

asta-magazin

FU70: Gegendarstellungen

VERITAS IUSTITIA



FU70: Gegendarstellungen

AStA FU Berlin 2018



Impressum

Herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuss der FU Berlin

Zu beziehen bei:

AStA FU Berlin
Otto von Simson Str. 23
14195 Berlin

www.astafu.de

Kontakt: fu70@astafu.de

Redaktion: Fabian Bennewitz, Janik Hollnagel, Johanna Keil, Tilman Schneider

Layout: Dennis Beutner

Belichtung: Medienraum des RefRat HU

Druck: AStA FU-Druckerei

Titelbild: Verbrennung des FU-Wappens und Aufhängen einer roten Fahne am Rektorat in der Ihnestraße, 13.05.1968, Fotograf: Klaus Lehnartz / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30233 ©photonet.de/lehnartz

Auflage: 5000

Erscheinungsdatum: Oktober 2018

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2028.

Die Redaktion dankt allen Autor_innen, Interviewpartner_innen, dem Layouter, dem Medienraum, der Druckerei, den Mitarbeiterinnen im Universitätsarchiv sowie allen FU-Angehörigen, die sich in den vergangenen 70 Jahren für eine kritischere Universität und eine bessere Gesellschaft eingesetzt haben. Besonderer Dank für ihren Rat und ihre Mitarbeit gilt im Besonderen: Harald Herbich, Ralf Hoffrogge, Reinhard Neubauer, Ernő Lőrincz und Juliane Pfeiffer.

Die Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion oder des AStA FU wieder.

Der Redaktion ist eine geschlechtergerechte Sprache wichtig, weshalb sämtliche eigens für diese Publikation verfassten Beiträge entweder den Gender-Gap oder den Gender-Star verwenden. Dies gilt nicht für die Interviews, welche den authentischen Sprachgebrauch des_der Interviewten wiedergeben, und die bereits im Vorläufer „fu60 : gegendarstellungen. 60 jahre freie universität – 40 jahre kritische uni – 20 jahre b*freite uni“ veröffentlichten Artikel. Diese stammen ursprünglich z. T. aus noch älteren Veröffentlichungen, weshalb zwar Rechtschreib- und Grammatikfehler korrigiert, die Texte aber ansonsten, sofern nicht anders angegeben, im ursprünglichen Zustand belassen wurden.

Trotz Recherche konnte bei einigen Fotos der_die Rechteinhaber_in des Bildes nicht ermittelt oder nicht ausfindig gemacht werden. Hinweise zum_r Rechteinhaber_in werden gerne entgegengenommen.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den_die Adressat_in Eigentum des AStA FU. „Zur Habe Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den AStA FU zurückzusenden.

Editorial

*„Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.“¹*

Dies trifft auch auf weite Teile der FU Geschichte zu. So ist der Universitätsleitung zwar daran gelegen, einige Aspekte der Universitätsgeschichte – insbesondere solche, die sich mit dem eigenen Anspruch an eine exzellente Eliteuniversität vereinigen lassen – hervorzuheben, andere werden jedoch bewusst im Dunkeln gelassen. Dies betrifft – wie sollte es auch anders sein – insbesondere solche von selbstorganisierten studentischen Bewegungen und der teils sehr heftigen Repression gegen diese, denn solche Erzählungen passen nicht in das sich liberal gebende Narrativ einer Erfolgsgeschichte. Jedoch ist in weiten Teilen der Universität der Anspruch, dass diese eine wahrhaft freie Universität sei, längst verschwunden, die Neoliberalisierung² ist auf dem Vormarsch und wer diese nicht mitträgt, sieht sich ihr doch oft hilflos gegenüber. Der letzte Lichtblick ist hierbei, was sich durch die gesamte Geschichte der Universität zieht, eine kritische Gegenbewegung (größtenteils von der Studierendenschaft getragen). An ihr ist es die verdrängten Geschichten, die noch im Dunkeln liegen, ans Licht zu bringen. Nur hier liegt – und lag immer – das Potenzial, diese Universität grundlegend zu verändern, und dass sie verändert werden muss, steht außer Frage.

Bevor nun heutige Handlungsfelder analysiert werden,

wird zunächst die Geschichte – und in erster Linie die Geschichte der Kämpfe – dieser „Freien“ Universität nachgezeichnet. Dabei wurde zu einem großen Teil auf bereits in den Vorgängern dieser Jubiläumsbroschüre erschienene Texte zurückgegriffen, die da wären: „Titanic in voller Fahrt“ (1988), „Archäologie einer freien Universität“ (1998) und „FU60 – Gegendarstellungen“ (2008).³ Durchsetzt wird dieser Block jedoch durch einige neu geführte Interviews, die die Ereignisse auf eine subjektive Ebene runterbrechen und auch über Lebensumstände, wie beispielsweise die Wohnsituation, zurückspeigeln, die in den historischen Texten notwendigerweise etwas zu kurz kommen.

Nun soll dies natürlich nicht einfach nur ein nostalgischer Rückblick sein, auf die vermeintlich besseren, kämpferischen Zeiten von 68 oder 88. Schon gar nicht soll die Gründung der FU 1948 hochstilisiert werden, denn: Diese studentische Gründung war – eben als studentische Gründung – zwar ein höchst emanzipativer und auch antifaschistischer, bis heute in der BRD einmaliger Akt, jedoch beinhaltete er von Beginn den Stachel der Restauration in Form des Antikommunismus. Für den Soziologen Klaus Boehnke bereits 1988 höchstens „ein Anlaß zu zwiespältiger Freude“⁴, nicht zuletzt, da sehr bald dieses restaurative Element die Oberhand an der FU gewann. Eine heutige emanzipatorische, linke Studierendenbewegung braucht das Wissen um diese historischen Kämpfe – das Wissen um ihre Siege und Niederlagen, ihre Taktiken und Strategien – und auch das Wissen um Taktiken und

¹ Bertolt Brecht, Schlussstrophen des Dreigroschenfilms 1930, in: Ders., Gesammelte Werke 2, Stücke 2, Frankfurt am Main 1967, S. 497.

² Ein paar kurze Beschreibungen was Neoliberalisierung an der Universität (und allgemein) bedeutet: Einführung von marktwirtschaftlichen Prinzipien und der Logik der Verwertung auf allen Ebenen der Verwaltung, der politischen Debatte und des Alltags; Ideologie von angeblichen Sachzwängen und Alternativlosigkeiten, die politische Debatten verhindert oder frühzeitig beendet; Rückzug des Staates und damit einer theoretisch möglichen parlamentarisch-demokratischen Kontrolle, zugunsten von mehr Einfluss für private Akteure wie Firmen oder Stiftungen usw.

³ Alle übernommenen Texte wurden auf Rechtschreibung und Zeichensetzung kontrolliert, aber ansonsten nicht verändert.

⁴ Klaus Boehnke in seiner Antwort auf eine Umfrage des AStA, in: AStA FU (Hg.), AStA Sonder-

zeitung. Titanic in voller Fahrt – 40 Jahre FU. Kein Grund zum Jubel!, Berlin 1988, S. 4.

⁵ Hiermit distanzieren wir uns in aller Deutlichkeit vom „Rasse“-Begriff. Er beschreibt eine Unterteilung der Menschheit in verschiedene „Rassen“, die in der Biologie heute als veraltet betrachtet wird. Nichtsdestotrotz wurden – und werden – Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ stigmatisiert und diskriminiert, als negativer Höhepunkt mündete diese Ideologie im Mord an den europäischen Jüd_innen und anderen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands. Nun findet der Begriff hier dennoch Verwendung, um dem Konstrukt grundsätzlich den Kampf anzusagen. Letztlich lebt das „Rassendenken“ in der Gesellschaft fort, nur mit dem kleinen Unterschied, dass heute stattdessen der Begriff der „Ethnie“ oder „Kultur“ verwendet wird. Das Problem aber bleibt die rassistische Klassifizierung von Menschen nach äußerlichen Gesichtspunkten. Auch wenn es nicht mehr (immer) so genannt wird, lebt doch die Konstruktion vermeintlicher „Rassen“ fort, was wir hier auch durch die Verwendung dieser Begrifflichkeit deutlich machen wollen.

⁶ Vgl. die beiden Artikel von Ralf Hoffrogge, „Ein Denkmal für die Freiheit“ und „Verdrängen statt erinnern“ in der vorliegenden Publikation.

⁷ Wolfgang Wippermann, Die Diktatur des Verdachts. Der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin auf Kommunistenjagd, in: Jungle World 1998/08, abgerufen online unter <https://jungle.world/artikel/1998/08/die-diktatur-des-verdachts> am 20.08.2018. In diesem Artikel findet sich auch das Zitat von Jürgen Kocka.

⁸ Für die Gründe vgl. den Artikel „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“ in der vorliegenden Publikation.

⁹ Karl Marx, Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, in MEW Band 1, Berlin 1970, S. 344. Hervorhebung im Original.

Strategien der Gegner. Nur so kann die aktuelle Lage richtig analysiert werden, nur so kann eine adäquate Politik dagegen entwickelt werden.

Im zweiten Teil dieser Broschüre werden anhand von drei Themenfeldern aktuelle und permanente Probleme an dieser Universität untersucht. Zunächst werden im Teil „Leben und Arbeit“ Dinge angesprochen, die man als „alltäglich“ bezeichnen könnte. Dazu zählen neben der desolaten Wohnungssituation in Berlin auch Beschäftigungsverhältnisse. Es geht um prekäre Arbeit, um Arbeitskämpfe, wie die erst kürzlich ausgeprägten Kämpfe um den studentischen Tarifvertrag, und „Gender-Mainstreaming“, wie damit umgegangen werden kann und wie Kämpfe zu verbinden sind. „Das Private ist politisch“ lautete schon eine wichtige Parole der zweiten Frauenbewegung. Nur durch Überwindung der scheinbar „privaten“ Lebensumstände können die aktuellen Verhältnisse, die scheinbar ahistorischen, naturalisierten Klassen-, „Rassen“- und Geschlechterverhältnisse überwunden werden.

Der Teil zur Geschichtspolitik der FU „Erinnern und Geschichte“ zeigt noch einmal deutlich, warum es diese Broschüre geben muss, und warum sie (erneut) den Untertitel „Gegendarstellungen“ trägt. Die Universitätsleitung ist seit Jahren nicht bereit, eine adäquate Geschichtspolitik zu machen, und betreibt stattdessen Geschichtsklitterung im großen Stil, so lange diese Geschichte nur gut in das Selbstbild nach Außen, in die „Corporate Identity“, wie Ralf Hoffrogge 2008 schrieb, dieser „Freien“ Universität passt. Zu diesem Trend, der sich bereits 2008 abzeichnete,⁶ passt die aktuelle Verschleppung der Aufarbeitung von Knochenfunden an der Universität. Zugleich arbeitet an der FU – man muss sagen: immer noch – der „Forschungsverbund SED-Staat“, dessen führende Mitarbeiter_innen Jürgen Kocka schon in den 90er Jahren als „Meister der politischen Demagogie“ und sein Kollege Wolfgang Wippermann als „nekrophile[...] Antikommunisten“ bezeichnete.⁷ Hier wird noch traditioneller Antikommunismus im Stile McCarthys unter Zuhilfenahme von Totalitarismus- und Extremismus-„theorie“, und das nicht nur im Bezug auf die historische DDR, sondern auch auf heutige sogenannte Linksextremisten.

Im abschließenden Teil „Studieren und Politik“ geht es noch einmal in die Tiefen der Hochschulpolitik: Wie wurde die Meinungsäußerung der Studierendenschaft durch den Entzug eines politischen Mandats über Jahrzehnte unterdrückt, wie hebelt die Universitätsleitung die ohnehin kaum demokratischen Strukturen immer weiter aus, wie wurden und werden Menschen von staatlicher Seite an der Ausübung ihres Berufs gehindert und wie werden über eine regressive Raumvergabepolitik unbequeme Veranstaltungen von der Uni verbannt? Aber auch: Wie kann Lehre, in Form der an der FU abgeschafften Projektstudien, anders aussehen und welche Perspektiven gibt es, um sich an der Basis zu organisieren?

Eine Warnung für historische Fehler ganz anderer Art gibt noch der abschließende Blick über den Tellerrand:

ein Interview mit einer Person, die in den 80er Jahren in Ungarn studierte und an dem Vorgänger dieser Broschüre, der FU60: gegendarstellungen, mitwirkte. Sie zeigt noch einmal deutlich, dass die befreite Gesellschaft, die wir anstreben, sicherlich nicht die ist, die als „real existierender Sozialismus“ in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas herrschte.

Nun geht es also darum die neoliberal-konservative Hegemonie in der Uni, in der Hochschulpolitik, wie im Alltäglichen aufzubrechen. Dies kann nicht losgelöst von der Kritik der Produktionsverhältnisse, geschehen. Dieser Aspekt muss also, auch wenn er in dieser Publikation nur am Rande vorkommt,⁸ mitgedacht werden. Nur durch Gegenerzählungen können wir die Hegemonie der vermarktwirtschaftlichen offiziellen Geschichtsschreibung brechen, nur aus ihnen neue Perspektiven gewinnen. „Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine *die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden*, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten.“⁹

Die Redaktion, Berlin August 2018

Inhaltsverzeichnis

Editorial

I. Historisches

Erinnerungen an das Problem einer freien Universität	6
<i>Interview mit Klaus Peter Kisker</i>	12
Diepgen und die Folgen. Die Abwahl des AStA-Vorsitzenden Eberhard Diepgen. Ein Stück FU-Geschichte	15
Von der Freien zur Kritischen Universität	18
Die Frauen im SDS oder In eigener Sache	28
<i>Interview mit Sigrid Fronius</i>	30
Der Revolte assistiert. Die Entwicklung rund ums Otto-Suhr-Institut 1966/67	36
<i>Interview mit Claudia Pinl</i>	41
1968 an der FU – Bilder einer Revolte	46
<i>Interview mit Peter aus B.</i>	58
Der vergessene grosse Aufbruch: Streik an der FU 1976/77	62
„Freie Universität“ Berlin. Von der Gruppenuniversität zur Konkursmasse	65
BESETZT. Die Befreite Universität Berlin im Streik	74
<i>Interview mit Christa Casper</i>	80
Von der Befreiten Uni zur Lernfabrik	84
<i>Interview mit Ansgar Dietrich</i>	90
Auf dem Weg zur globalisierten Dienstleistungshochschule – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 1998–2003	94
Gegen Bildungs- und Sozialabbau. Eine kritische Bestandsaufnahme der Studierendenproteste im Winter 2003/2004 mit Schwerpunkt Berlin	96
Elite trotz Reformchaos – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 2004–2008	99
<i>Interview mit Anne Bonny</i>	102
Kampf gegen Windmühlen? – Bildungsproteste 2009–2012	106

II. Aktuelles

II.1. Leben und Arbeit

Prekäre Arbeit an der FU	111
Ausbeutung ja – aber bitte gendergerecht	115
Die Wohnungslose Elite	120
Bis hierher und nicht weiter – kleine Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte	122

II.2. Erinnern und Geschichte

Ein Denkmal für die Freiheit – wie 15 Tonnen Bronze den kritischen Umgang mit Geschichte erschlagen	132
Verdrängen statt Erinnern	136
Knochenfunde an der FU Berlin – Erinnerungskultur heute	138
Der Kampf gegen links in wissenschaftlichem Gewand	142

II.3. Studieren und Politik

„Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“	146
Projektutorien an der FU. Über Chancen und Tücken studentischer Lehre	160
Wie an der FU die Vertreibung kritischer Köpfe versucht wurde – Berufsverbote an der FU nach dem „Radikalerlass“ von 1972	164
Die Autonomen aus der Kaiserswerther Straße – Ein hochschulpolitischer Abriss	168
50 Jahre 68 – eine Bilanz oder Wie die 68er den „Raum Hochschule“ prägten und was davon geblieben ist	174
FSI Geschichte Begins	178

Ein Blick über den Tellerrand: *Interview mit Ernö Lörincz*

Abkürzungsverzeichnis

Vorbemerkung

Seit einigen Semestern herrschte Unruhe an der Freien Universität Berlin. Im Januar 1967 meldeten sich auch 16 Gründer der FU mit einer Erklärung zu Wort. Sie erinnerten darin die Studierendenschaft der FU, und insbesondere ihre Studierendenvertretung, an den Geist der Gründung und mahnten, einen Schnitt zu machen zwischen ihrer Eigenschaft als Universitätsbürger (in der sie sich um ihre Universitätsbelange) und ihrer Eigenschaft als Staatsbürger (in der sie sich um ihre staatsbürgerlichen Belange zu kümmern habe). Einer der Gründungsstudenten, Klaus Heinrich, hat den Aufruf nicht unterschrieben. Seine abweichende Auffassung erläuterte er gegenüber der Presse. Die folgenden ‚Erinnerungen‘ wurden im Februar 1967 vom Berlin-Studio des WDR gesendet und im Juli 1967 in der Zeitschrift ‚Das Argument‘ Nr. 43 veröffentlicht. Der AStA FU druckte sie in seiner Sonderzeitung zum 40-jährigen Bestehen der FU nach. Auch in den Magazinen zu 50 und 60 Jahren FU wurde der Text nachgedruckt, denn auch heute hat der Text nichts von seiner Aktualität eingebüßt: Das Problem einer freien Universität erweist sich im Rückblick auf 70 Jahre FU und 50 Jahre nach Verfassen des Textes als zeitlos.



1949 war die Mensa noch behelfsmäßig in Baracken untergebracht. Boltzmannstraße 9, Fotograf: Hans Schulz / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30232.

Erinnerungen an das Problem einer freien Universität

Klaus Heinrich (1967)

Gründung ist ein mythologischer Begriff. Das Gegründete steht seit Urzeiten. Heroen haben es gegründet, periodische Veranstaltungen halten die Erinnerung aufrecht an jene Zeit. Wenn die Heroen aus dem Dämmer der Geschichte treten, steht die Geschichte still. In Zeiten der Unruhe sehen wir sie aus dem Dämmer der Geschichte treten.

16 Gründer der Freien Universität, ehemals Studenten, heute reputierliche Bürger eines reputierlichen Staates, haben ihre Stimme erhoben und Urzeit beschworen. Als einer, der ihren Aufruf nicht unterschrieben hat, sondern der (wie eine unabhängige Berliner Tageszeitung es formulierte) seine Unterschrift verweigert hat, weil er anderer Meinung sein soll, hole ich, wohl oder übel als Individuum, nach, was meine Freunde als ein Kollektiv von Vätern unternommen haben, und beschwöre Urzeit. Freilich, die Geschichte steht nicht still, und ich kann es nicht bei einer Beschwörung bewenden lassen. Sie stand auch nicht still, als wir diese Universität gegründet haben. Trotzdem – bitte erlauben Sie mir diese Fiktion – möchte ich einen Augenblick von jener Zeit in den beschwörenden Begriffen der Urzeit reden. Wir müssen uns noch einmal daran erinnern, damit wir unterscheiden können, was damals Hoffnung war und was Illusion. Hoffnung und Resignation heute sind nicht zu trennen davon, und wir dürfen uns nicht einreden, daß die Unruhe heute nichts zu tun habe mit der Unruhe damals. Wir sind nicht unschuldig an der Geschichte unserer Enttäuschungen, nicht an dem Schicksal der Gründung. Aber war diese

nicht selbst das Produkt einer Enttäuschung?

Ich gehe noch einmal einen Schritt zurück, bis in das Jahr 1945. Das war der Anfang der Zeit, düster und hell zugleich. Düster, weil wir, in dieser Kolonialstadt Berlin, mit einem Mal selbst als Eingeborene lebten, von Wächtern bewacht, zwischen den Vorzeitresten einer zertrümmerten Metropolis. Hell, weil wir, in Zorn und Fieber, auf diese Jahre gewartet hatten, in denen man denken und sprechen, analysieren und planen, anklagen und es besser machen konnte. Wir studierten, manche wieder, manche zum ersten Mal, darunter solche, die vorher niemals hatten studieren dürfen, an einer Universität: der im Winter 1945/46 wieder eröffneten Unter den Linden. Wir waren nicht viele Studenten, es lehrten nicht viele Professoren in dieser Stadt. Wir kannten uns, an den Fakultäten und über die Fakultäten hinaus. Die Vergangenheit griff nicht nach dieser Universität, der neuen alten. So wenigstens dachten wir. Es gab keine braunen Lehrstühle, die meist älteren Studenten waren, was heute leicht in Rufe wie „Gefahr von links“ und „Unterwanderung“ ausbrechen läßt, nämlich Antifaschisten. Wir standen auf dem friderizianischen Hof und diskutierten heftig, durch die politischen Fronten hindurch, wie eine bessere Gesellschaft auszusehen habe. Geistig waren wir längst keine Eingeborenen mehr. Eine Zeitlang waren die Ruinen dieser Stadt, die Werner Heldt als eine Meerstadt gezeichnet hat und die der junge Schnurre von einem panisch erschreckten Gazellenrudel bevölkert sein ließ, das vor dem U-Bahnschacht der Steppenstadt zu-

sammenbricht, klassische Ruinen: Sie reflektierten die Helligkeit einer sehr nüchtern, einer utopisch-nüchternen Generation. Das war die Zeit, in der wir glaubten, nur nach vorne zu sehen, und in der die Vergangenheit noch nach uns griff: als Zwang.

Die neue Universität, die darum die Freie heißt – das wieder und wieder zu sagen, darf niemand müde werden, der sie mitgegründet hat oder der bei ihrer Gründung dabei war –, ist gegen Zwang gegründet worden. Zwang, das war für uns damals der Inbegriff der NS-Zeit: der unmittelbare, die Knochen zerbrechende, und der mittelbare, die Zunge zersplattend, lautlos funktionierende Zwang. Zwang trat uns jetzt im Zentrum der neuen-alten Universität, im Zentrum der zerstörten Stadt, entgegen. Studenten wurden verhaftet, wohlweislich in den Semesterferien, es gab kein Verfahren, sie hatten durch ihre Verhaftung aufgehört, Bürger der Universität zu sein, und die Bürger der Universität (so hieß es damals) hatten sich nur um ihre Universität zu kümmern. Die Forderung nach Aufklärung und Verfahren wurde erstickt, die Herausgeber der unabhängigen Studentenzeitung *Colloquium* wurden relegiert. Noch waren die Fronten nicht klar unter den Studenten: Angehörige der Einheitspartei, der eben gegründeten, der sich jetzt, bald zwanzig Jahre später, eine bürgerliche Parteien-Einheit im anderen Teil Deutschlands zwanglos entgegenzustellen beginnt, warnten uns, wenn wir zu gefährlichen Rendezvous geladen wurden. Selbst höhere Funktionäre warnten. Aber das freie Leben, dessen Teil das freie Studium war, unsere große Hoffnung damals, war schneller, als einer von uns erwartet hatte, Illusion. Konnten wir unsere Hoffnung retten, oder war das, was wir da retteten, wieder nur die Illusion?

Ich werde darauf zu sprechen kommen, es ist der Kern der Debatte über diese Universität, die heute die Freie heißt, die 1948 gegründete, in den Westsektoren der Viersektorenstadt. Aber das möchte ich Sie bitten festzuhalten: Zwang war der Anlaß, daß wir uns trafen, heimlich, später öffentlich, die Initiative war von einzelnen Mitgliedern des Studentenrats ausgegangen, daß wir erst in einem Zimmer der TU zusammenkamen, später in Wannsee und Dahlem, um etwa Utopisch-Nüchternes zu tun – was dann den einen als zu utopisch, darum nicht realistisch genug, und den anderen als zu nüchtern, darum nicht politisch zündend genug erschien: eine Universität ohne Zwang zu gründen. Es war eine sehr bescheidene Gründung, wenige Professoren waren dabei, nur wenige ließen sich gewinnen. Wir bekamen zu hören: Als Mensch und als Staatsbürger teile ich Ihre Bedenken, aber als Universitätsbürger und Beamter, als Familienvater ohne Sicherung meines Lebens, so sehr es mir leid tut, kann ich nicht mitmachen. Sie gingen später auf geachtete Lehrstühle der Bundesrepublik, Mitglieder der Universitäten, die diese neugegründete, die jetzt die Freie hieß, semesterlang nicht anerkennen wollten.

Was hatten wir diesem Mißtrauen (und auch anderen Formen des Mißtrauens, die zu analysieren ein wichtiges Kapitel unserer jungen Universitätsgeschichte wäre) entgegenzustellen? Ich weiß wohl, wie ohnmäch-

tig realitätsferne und darum so gut von den Realitäten zu mißbrauchende Begriffe sind, heute wie damals. Aber so nannten wir unsere Universität: eine „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ und dieser Begriff hatte damals in der Tat eine Realität: die Realität der Pionierzeit. Wir fingen mit einem Stuhl und einzelnen Kisten an, in einem von der Militärregierung geräumten kleinen Haus, das dann Rektor und Senat, AStA und Außenkommission beherbergen sollte, und die Frühzeit der Wissenschaft lebte noch einmal auf in dem größeren Haus der Philosophischen Fakultät, das alle Institute dieser Fakultät unter einem Dach vereinte: Kunst und Theater über den

Sprachen der Welt, die Philosophie im Erdgeschoß, und ganz oben, in den niedrigen Räumen unter dem Dach, das Kaffeestübchen für den nützlichen Müßiggang. Heute wohnen nur die Germanisten, der Dekan und einige Mitglieder der Verwaltung in diesem Haus. Das Ende der Pionierzeit – mit dem Auszug eines jeden einzelnen Instituts, der Schließung des Kaffeestübchens, dem Schritt ins solide eigene Haus unerbittlich näherrückend – war, wie das Ende einer jeden Pionierzeit, die totale Organisation; ein Großbetrieb, für dessen arbeitsteiliges Funktionieren nicht mehr der Zusammenhang der in ihm geleisteten Arbeit zeugt, sondern nur die Reibungslosigkeit des Funktionierens und die Ruhe des Betriebs. Schnell, wie der Embryo die Entwicklung der animalischen Natur, hatte diese Universität den Geschichtsprozeß nachgeholt. Hatten wir uns über die Unvermeidbarkeit historischer Prozesse getäuscht? War, was wir so lange als den „Geist“ der freien Universität beschworen hatten, nur leere Romantik, bestenfalls der Pioniertraum einer für kurze Zeit noch einmal vorindustriell erscheinenden Epoche? Die utopische Nüchternheit der ersten Jahre schien endlich Frieden gemacht zu haben mit einer veränderten Wirklichkeit. Sie schien sich weiterentwickelt zu haben zu einem mit romantischer Reminiszenz verklärten Realitätsdenken, es schien eine folgerichtige Entwicklung zu sein. Aber täuschen wir uns nicht. Ein Mißverständnis, das leicht dazu dient, die Geschichte dieser Universität ebenso wie die Nachkriegsgeschichte unseres Landes in einen naturgesetzlichen Prozeß zu verkehren und so die Beteiligten von den bitteren Begleitumständen des Prozesses zu entlasten, bedarf der Korrektur. Nicht das Utopische entpuppte sich als romantische Reminiszenz, z. B. in einem leeren Pathos von „Gründergeist“, und nicht die Nüchternheit als der Vorläufer eines später so genannten „realitätsgerechten“ Verhaltens, dieses positivistisch-indifferenten Zerrbilds von Gerechtigkeit, sondern umgekehrt: An die Stelle der konkreten Nüchternheit trat ein der konkreten Wirklichkeit entfremdetes romantisches Pathos, Ausdruck der Flucht vor einer unbequemen Realität, und das utopische Bewußtsein – anders ausgedrückt: das kritische Bewußtsein von der Korrigierbarkeit der Welt – schrumpfte zusammen zu jener ohnmächtigen Spielart des Realismus, die nichts anderes mehr bedeutet als die kritiklose Hinnahme des Bestehenden.

Die einmal nüchtern gewesen waren, jetzt wurden sie romantisch (aber „romantisch“ ist ein viel zu schönes Wort), und das utopische Bewußtsein der Zeit nach dem Krieg verwandelte sich, durch einen schmerzli-

chen Prozeß der Enttäuschung hindurch, in den Positivismus der Resignierten. Erinnern wir uns, wie auch der Tonfall offizieller Reden sich seitdem verändert hat. Zynisch wurde die enttäuschte Utopie, und aus einer Nüchternheit, die jetzt keinen Platz mehr hatte, ohne zu erschrecken, wurde der larmoyante Tonfall dessen, der sich den Verrat an seinen Hoffnungen nicht eingestehen darf.

1948 war noch nicht die Zeit, dies zu erkennen. So wie auch andere in dieser Zeit kämpften wir, im Namen einer Demokratie, die nicht das Schicksal ihrer Vorgängerin teilen sollte, ausgehöhlt und beseitigt zu werden, für eine neue Form der Universität. Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, unterstützt von Bürgermeister Reuter und unseren Freunden unter den Mitgliedern der Militärregierung, drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor – Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Universitätsdemokratie – das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte. Diese Universität war keine Landesuniversität, sondern eine Stiftungsuniversität so wie einmal die Bürgeruniversität der Stadt Frankfurt; über sie wachte ein Kuratorium, das zugleich eines ihrer eigenen Organe war; sie vertraute dem Staat, der ihr Geld und Sicherheit und Häuser gab: Der Vorsitzende des Kuratoriums war der später so genannte Regierende Bürgermeister der Stadt; sie war nicht hierarchisch aufgebaut: Die Teile, aus denen sie sich zusammensetzte, waren, juristisch-physiologisch gesprochen, ihre Organe – jedes für die ganze Universität denkend und im Interesse des Ganzen handelnd: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft; die Studentenschaft war in allen beschlußfassenden Gremien mit beschließender Stimme vertreten; nur die Assistenten waren nicht vertreten – das lag daran, daß erst nur ein einziger Assistent die alte Universität verlassen hatte, der jetzt amtierende Rektor.

Dies schwebte uns vor, und es wurde semesterlang praktiziert, bis – ich glaube unter einem Rektor der Juristischen Fakultät, lange selbst das Sorgenkind der jungen Universität – es zu den ersten ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den nun sich formierenden Universitäts-Obersten und dem Universitäts-Volk kam: eine Zusammenarbeit ohne Ansehen des Ranges und der Person, wohl aber in Respekt vor der Leistung und der Erfahrung. Hier, so dachten wir, an dieser Freien Universität in dieser Stadt Berlin, machen wir den Anfang mit der allgemeinen großen Universitätsreform. Das Mißtrauen, das die anderen uns entgegenbrachten, war unser Stolz. Wir sahen entstehen, was in Deutschland nirgends sonst entstand: nicht in den Universitäten jener Zonen, die eine alte Gemeinschaft zu erneuern suchten, die restaurative Gemeinschaft der Korporationen, aber die selbst keine Mitwirkungsrechte der Studenten kannten an ihrer Korporation; nicht in den Universitäten der anderen Zone, die wir nun nicht mehr betreten durften, mit ihren Formen einer Restauration des Zwangs. Die Universität, das wußten wir, stand stellvertretend für die Gesellschaft. Dieser ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben: darin sahen wir

die Aufgabe einer Universität. Staatsbürger sein, es potenziert sein in der Helle des Bewußtseins, nämlich denkender, erkennender Staatsbürger, der aus seinem Erkennen Konsequenzen zieht: Das war die vornehmste Aufgabe des Bürgers einer Universität. Wir hatten die Lehre der NS-Zeit verstanden, die heute wieder vergessen ist: daß die politisierte Universität identisch ist mit der vermeintlich unpolitischen. Wir wollten das politische Bewußtsein des Universitätsbürgers. Es allein garantierte uns die Freiheit der Universität, die stellvertretend stand für eine freie Gesellschaft. Politiker und Professoren, Gewerkschaftler und Schriftsteller teilten unsere Ansicht. Wir hatten, damals, eine große Chance. Wir haben unsere Chance ergriffen, und wir haben unsere Chance verpaßt. Die Geschichte unserer Universität – nicht die ihres Wachstums und der an ihrem Wachstum ablesbaren Erfolge, sondern die ihres Universitätsbewußtseins – ist die Geschichte ihres Scheiterns bis heute. Ist sie darum wieder nur die Geschichte einer Illusion wie die ersten drei Jahre Berliner Universitätsgeschichte nach dem Krieg? Ich frage: Was ist aus unserem politischen Bewußtsein geworden? Daß wir uns recht verstehen: Ein parteipolitisches Bewußtsein war es nicht, Parteienzugehörigkeiten spielten keine Rolle. Aber es war auch nicht ein parteienfeindliches Bewußtsein, also nicht in sublimierter Form wieder das alte unpolitische des über Politik sich erhebenden, von nichts berührbaren Geistes, der selbst eine handfeste, weil die Berührung anderer willig in Kauf nehmende Politik betreibt. Vielmehr waren wir der Ansicht: wir dürften, auch wenn in Parteien, nicht deren Partei, sondern hätten nur für uns Partei zu ergreifen: für die Freiheit der Universität, und in ihr: für die der Gesellschaft. Das Scheitern unserer Universität ist das Scheitern dieser Illusion. Wir verstanden uns als eine Avantgarde der deutschen Universitäten und lebten allenfalls in einem Reservat. Diese Universität – aber das teilte sie nicht nur mit anderen ihresgleichen, sondern mit der Gesellschaft, deren Teil sie war – hatte keinen neuen Inhalt. Wie sollte sie da eine Richtung haben? Geist ist der alte Name für das Lebendige, das eine Richtung hat. Nach allen Seiten sich vergrößern, hier ein Haus und dort ein Park, Wachstum über alle einmal festgesetzten Wachstumsgrenzen hinaus, neue Lehrstühle und immer mehr Studenten –, das alles hat noch keine Richtung und ist nicht Geist. Daß die Universität die Korporationen aussperrte (wie lange noch?) und die denunziatorischen Formen der damaligen SED-Universitätspolitik, gab ihr noch keinen neuen Inhalt. Die Forderungen einzelner wurden von der Größe der organisatorischen Aufgaben zugedeckt. Woran sollte die Gemeinschaft sich erkennen, als das Netz privater Bekanntschaften zu weitmaschig geworden war? Was einte sie, als wenige Jahre nach ihrer Gründung der Pioniergeist von ihr ging? Frontstadtgeist zog, wie in diese Stadt – und zwar beide Hälften der halbierten, nicht nur die halbe –, so in ihre Universitäten ein – ich vermute: nicht nur die eine. Frontstadtgeist, das ist der Name für eine Neurose. Sie entsprang der Hilflosigkeit, nicht der Feindseligkeit, ihre Aggressivität war Ohnmacht, ihr Trotz die Selbstbehauptung für ein hier und dort verratenes Ganzes. Neurotisch drohte diese Stadt, neurotisch drohte ihre Universität zu werden, die sich noch immer die Freie nannte.

Weil die Universität das erkannte – denn es lehrten klarsichtige Lehrer an ihr, sie war nicht eine Universität minderen Ranges –, wurde sie sachlich, so wie man nach erhitzten Emotionen sachlich wird. Das vertrug sich vorzüglich mit dieser Gesellschaft, denn auch sie war inzwischen sachlich geworden und ahndete jede Kritik an ihrer Sachlichkeit mit Emotionen. Aber diese Sachlichkeit, schwerer zu durchschauen als das verkrampte Gewissen einer mißhandelten Stadt, war darum nicht weniger gefährlich, als ungezügelter Emotionen werden können. Sie war entstanden auf dem Boden einer Indifferenz, die sich durch nichts erschüttern lassen will, und übertrug deren Standpunkt auf Forschung und Lehre. Sie war der Panzer und das Alibi für ein Bewußtsein, das den Alptraum unserer Gesellschaft träumt.

In der Atmosphäre dieser Sachlichkeit ersticken unsere Universitäten. So erstickend liefern sie den Vorwand ab, der jedem zugute kommt, der die Mittel für den Zweck, das Denken für die Ziele des Denkens, die Beherrschung der Natur für die Natur der Herrschaft erklärt. Unsere Universitäten – damit stand die Freie nicht allein, nur daß an ihr sichtbar wurde, was die Kontinuität der Tradition an älteren Universitäten verhüllte und was darum auch sie bald mit der Kontinuität erborgter Traditionen zu verhüllen begann – waren nicht nur unzureichend organisiert. Wie hätte man sie besser organisieren können? Man wußte ja nicht, welchem Zweck eine bessere Organisation dienen sollte außer dem einen, Schritt zu halten im Konkurrenzkampf mit den siegreichen Industrienationen, die mit einem Mal auch die wissenschaftlich überlegenen waren und die dem letzten nationalen Bollwerk der inneren Emigration – der Überlegenheit des wohl mißbrauchten, aber in seiner Substanz dennoch nicht geschwächten deutschen Geistes – den Stoß versetzten, der der Augenblick der Wahrheit ist. Wenn es nach 1945 auch für die Wissenschaften eine Chance gab, so war es die: noch einmal ernst zu machen mit dem Grundprinzip der europäischen Wissenschaft, das zugleich das Grundprinzip für die Veränderung der europäischen Gesellschaft war – eine sehr reale Veränderung, der wir Formen und Inhalte unseres heutigen Leben verdanken.

Ich bin genötigt, eine Binsenwahrheit noch einmal zu formulieren. Die Geschichte der europäischen Wissenschaft ist eine Geschichte der Selbstbefreiung des Menschen. Ihr Erkennen war ein Sieg über animalische Ohnmacht und Angst. Sie hatte die großen, unser Leben verändernden Erfolge, weil animalische Mächtigkeit in den Dienst eines solchen Erkennens trat: Trieb, der die sofortige Erfüllung sucht, in den langfristigen Plan; Denken, das sich über die unbequeme Realität erhebt, in den planmäßigen Eingriff in diese; Angst vor dem Tod und Sorge für das Überleben in einen Kampf gegen Todesfurcht und Entwürfe für ein menschenwürdigeres Leben verwandelnd. Das ist eine Binsenwahrheit, und vergleichsweise intakt sind Wissenschaften bedeuten würde. Ich nenne das eine Beispiel der Medizin. Aber – damit greife ich meine Bemerkung über den Geist als das Lebendige, das eine Richtung hat, noch einmal auf – was ist in den Geistes-

wissenschaften aus dieser Binsenwahrheit geworden? Der Inhalt der Wissenschaft – die Sache, um die es ihr einmal gegangen ist und um die es ihr weiter gehen muß, wenn sie den Namen Wissenschaft behalten will – ist weitgehend verschwunden. Er ist verraten im Namen einer richtungslosen Sachlichkeit. Wozu werden diese 1001 Spezialitäten betrieben – oft mit Hingabe und Fleiß und manchmal dem Opfer einer lebenslangen Askese? Was heißt und zu welchem Ende studieren 10 000-e von Studenten an den volkreichsten Fakultäten unseres Landes Wissenschaft? Wer diese Frage stellt, bekommt nichtssagende Antworten zu hören, er stößt auf Indifferenz und Resignation. Wenn dies sich nicht ändert, wird der Begriff von Wissenschaft, dem wir unser Leben verdanken, am Ende sein, und – wir sollten es einmal mit aller Deutlichkeit sagen – das wäre ein viel einschneidendes Ereignis als das Ende des Humboldtschen Universitätsmodells, dieses hin-und-hergereichten Fetischs im Streit um eine Universitätsreform. Doch wie sollte es sich ändern? Hier, im Zentrum des Begriffs der Wissenschaft als einer planmäßig betriebenen, ein menschenwürdigeres Leben oder, um mit dem altmodisch-aufrührerischen Wort es zu benennen: Glück zum Ziele habenden, in seinem Namen sachlichen, um seinetwillen asketischen Aktion, sind wir zugleich im Zentrum der Bewegungen, die unsere Gesellschaft bilden, im Zentrum also eines nicht nur formalistischen Bildungsbegriffs. Die inhaltliche Bestimmung von Wissenschaft und die inhaltliche Bestimmung von Demokratie sind identisch, und das haben Jahrhunderte lang die Wissenschaftler des Okzidents nicht nur verstanden, sondern praktiziert. Es als einen flachen Fortschrittsoptimismus abzutun – wie es spätestens seit dem Scheitern einer weltweiten Hoffnung in einem ersten weltweiten Krieg zur allgemeinen Selbstrechtfertigung der Gebildeten unter den Verächtern der Wissenschaft geworden war –, ist das Produkt der allgemeinen Resignation, zugleich eine Kapitulation vor jenem ohnmächtigen Bildungersatz, der, als Halbbildung verächtlich gemacht, die Sache der Wissenschaft, nämlich im Hinblick auf die Universalität ihrer Ziele, ohne die Unterstützung der Wissenschaften weiterbetreibt. Er ist der Schatten des Anspruchs, den die Wissenschaften selbst verraten haben, aber ein Schatten mehr oder weniger ist noch kein Grund zur Beunruhigung.

Beunruhigend sind andere Symptome: weltweite Bewegungen, die mit ihren Ausläufern auch diese Stadt Berlin erreichen und die die verkrampte Stabilität dieser Stadt ebenso beunruhigen wie das labile Gleichgewicht ihrer Organisationen, zumal des Wissenschafts-Betriebes ihrer Universität. Zweigleisig ist die Art, in der Universität und Stadt die Beunruhigungen zur Kenntnis nehmen. Einerseits spüren sie eine auf Einzelaktionen kleiner Grüppchen nicht reduzierbare Unruhe unter den Studierenden und verraten ihre Beunruhigung darüber durch die Unmäßigkeit der Reaktion auf jede Einzelaktion kleiner Grüppchen. Andererseits verharmlosen sie die allgemeine Beunruhigung als universitätsinterne oder kleinstädtische Ordnungswidrigkeiten und bestätigen sich, aufatmend von Fall zu Fall, die Wiederherstellung der Ordnung.

Universität und Stadtverwaltung haben ihren Blick verengt. Sache der Universität wäre es, zu analysieren, Sache der Stadt, nicht in eine Kleinstadtmoralität zu verfallen. Mag die Stadt dies, einer kaum vergangenen Frontstadtneurose gegenüber, immer noch als das kleinere Übel betrachten, so sei sie dennoch vor den Folgen gewarnt: Das Ideal der Kommunalpolitik, Ruhe und Ordnung in einem aufgeräumten Gemeinwesen, als das Ideal des Stadtregimentes dieser Stadt, wäre nichts weniger als der Verzicht auf diese Stadt. Ohne ein Maß an Unordnung, Beunruhigung, latenter Provokation wäre eine Stadt wie diese verloren. Unruhe, die um die Chance ihrer Selbstdarstellung gebracht wird, ist gezwungen, sich in einen negativen und einen positiven Anteil zu zersetzen; der negative wandert in die Formen einer ihm verordneten Kriminalität, der positive in die großen Städte ab, die diesen Namen verdienen. Das ist nicht eine Stadt-Romantik, gegen die im übrigen weniger einzuwenden wäre als gegen einen allgemeinen Waschzwang, sondern die Verteidigung eines großstädtischen Substrats, ohne das wir heute alle noch in einer Feudalgesellschaft leben müßten. Allerdings: Die unablässige Anstrengung der Universität, zu analysieren, hätte der Stadtverwaltung zu Hilfe zu kommen. Sie kann weder nur die Sache eines liberalen Rektors sein noch die eines sozialistischen Senators, sondern hätte in allen Wissenschaften, wenigstens in allen Geisteswissenschaften, zu geschehen. Denn – dies ist die These, die den Ordnungsrufen in Universität und Stadt entgegenzuhalten ist –: Was hier beunruhigend, heute in dieser Gruppe, morgen in jener und übermorgen vielleicht in der ganzen Studentenschaft dieser Universität als Unruhe spürbar wird, ist das Ungenügen an einer Gesellschaft, in der es weder einen inhaltlichen Begriff von Wissenschaft, noch einen inhaltlichen Begriff von Demokratie mehr gibt.

Wellen der Unruhe laufen durch die Universitäten dieser Welt. Politische ebenso wie unpolitische Ereignisse lassen sie sichtbar werden, politische ebenso wie unpolitische Gruppen schüren sie. Die Angst, abgeschnitten zu sein von der Realität; nicht zu leben, sondern zu ersticken und prämiert zu werden für das Einverständnis damit; die Angst, eingesetzt zu werden für Krieg und Unrecht oder morgen ausgelöscht zu sein, und dann Wissenschaften treiben zu sollen, deren Wissenschaftlichkeit gerade im Absehen von den möglichen Folgen, zumal diesen Folgen, besteht; die Angst, heute noch, als Mitglied einer Gesellschaft der Unter-Dreißig-Jährigen, mit einem Rest von Leben vereinigt zu sein und morgen bei lebendigem Leibe tot zu sein, weil aufgegangen in einer in ihrer eigenen cleveren Lebendigkeit erstarrten Gesellschaft; Unbedingtheit zu wollen und ständig bedingt zu sein; Undurchschaubares durchschauen zu wollen; teilzuhaben an der Realbewegung, selbst um den Preis, ausgelöscht zu werden in einer selbstverursachten realen Katastrophe; den Zufall provozieren, der das bürgerliche Synonym für Schicksal ist, aber nicht länger in dem wohleingeordneten gesellschaftlichen Spielbereich der Happenings, diesem unbefriedigenden Ersatz für ein unbefriedigendes Leben; stumm zu sein, um nicht durch Sprache verstrickt zu werden in seinen Aktionen; jedesmal zu wissen, daß dies alles ohnmächtige Aktionen sind, und trotzdem

zu hoffen, daß ihre Verwandtschaft mit den mächtigen Aktionen einer etablierten Erwachsenenwelt diese als nicht weniger sinnlos entlarven wird als die vergeblichen eigenen: Dies und unendlich viel mehr, teils stumm, teils lärmend, teils politischen Spielregeln sich unterwerfend, teils jede Spielregel verwerfend als den Verrat an einem zuletzt doch nicht erreichbaren Ziel (aber wenigstens sollte es nicht scheinen, als mache man sich über die Erreichbarkeit noch eine Illusion), hat der Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu sein. Es ist eine Szene, würdig des absurden Theaters, wie 10.000-e von Studenten Wissenschaften betreiben, die sie auch nicht im geringsten interessieren, und wie diese Wissenschaften wiederum nicht im geringsten an dem interessiert sind, was die sie Betreibenden angeht.

Klaus Peter Kisker studierte ab 1956 an der sogenannten Freien Universität Volkswirtschaftslehre, arbeitete dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und wurde 1970 habilitiert. Bis heute hält er jedes Semester das Seminar: Marx Reloaded – Die gegenwärtige ökonomische Entwicklung aus marxistischer Perspektive.

Das Interview führte Tilman Schneider

Interview mit Klaus Peter Kisker

FU70: Sehr geehrter Herr Prof. Kisker, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch nehmen.

Sie sind in Bielefeld aufgewachsen, haben in Hannover angefangen Volkswirtschaftslehre zu studieren und sind 1956 dann nach Berlin an die sogenannte Freie Universität, die damals noch in den Kinderschuhen steckte, gegangen. Was gab für Sie den Ausschlag an die FU zu wechseln?

Klaus Kisker: Ich war schon als Schüler politisch sehr interessiert, war zwar nicht in einer Partei organisiert, hatte mich aber schon bei verschiedenen Organisationen engagiert. Es war vor allem der Ruf der FU, eine fortschrittlichere, politisch aufgeschlosseneren Universität zu sein, der mich nach Berlin zog. Diesem Ruf ist sie leider mit einer kurzen Ausnahme Ende der 60er Jahre kaum je gerecht geworden.

FU70: Wie würden Sie die Struktur an der FU, insbesondere natürlich die Rolle der Studierenden, in dieser Zeit beschreiben?

K. K.: Neu war an der FU, dass ein Student Mitglied des Fakultätsgremium war. Außerdem wurde ein neues Tutorenmodell ausprobiert. Das gab es bis dahin an den westdeutschen Universitäten nicht. Ansonsten aber war die FU eine stinknormale, konservative Hochschule. Sie war geprägt -wie alle anderen Universitäten- durch die oligarchische Herrschaft der Ordinarien. Da die FU im Wettbewerb mit den älteren, etablierten westdeutschen Universitäten stand hat man hier den Muff unter den Ta-

laren implementiert und noch mehr gepflegt als in Westdeutschland. Die Freie Universität war keine neue Universität. Das einzige was wirklich fortschrittlich an der FU war, war das Verbot von schlagenden Verbindungen an der Universität, welches bis heute noch Bestand hat.

FU70: Das passt ja nur bedingt zur Gründungsgeschichte der sogenannten Freien Universität, wie sie gerne erzählt wird, die sich ja gründete um der politischen Indoktrinierung der heutigen Humboldt Universität durch die sowjetische Besatzungsmacht etwas entgegenzusetzen.

K. K.: Das ist sowohl richtig als auch gleichzeitig falsch! Die Freie Universität ist als „Antiuniversität“ zur Humboldt Universität gegründet worden – deswegen auch der Name. Der Journalist Erich Kuby hat 1965 in einem viel beachteten Aufsatz erörtert weshalb der Name Freie Universität problematisch ist, da dieser eine antithetische Bindung an die Humboldt Universität symbolisiert. Auf Grund dieses Artikels bekam Kuby Hausverbot und er konnte trotz der Proteste und Demonstrationen eines großen Teils der Studenten nicht an der FU sprechen. In der Tat war es in den 50ern und Anfang der 60er Jahren so, dass die FU stark an Amerika orientiert war. Irgend eine kritische Auseinandersetzung mit der USA war in dieser Zeit völlig unmöglich. Insofern war die FU frei vor dem Einfluss des Ostens, unfrei jedoch was die Indoktrinierung durch den Westen betraf.

FU70: Das ist ja vermutlich insbesondere auch für ihren

*Fachbereich interessant gewesen, die Volkswirtschaftslehre, gerade weil die Ökonomie in der Nachkriegszeit vor allem durch US-amerikanische Wissenschaftler*innen dominiert wurde?*

K. K.: Es war in der Tat so, dass es eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der praktizierten Wirtschaftspolitik der 50er Jahre und der Lehre an der Universität gab. In der Wirtschaftspolitik herrschte der sogenannte Ordoliberalismus, oder wie Alexander Rüstow ihn nannte, der neue Neoliberalismus. An den Universitäten wurde jedoch Keynesianismus gelehrt, beziehungsweise der „Bastard – Keynesianismus“ wie Joan Robinson ihn betitelte.

Dass, was ich in den 50er Jahren gelernt habe, war diese neoliberale Version des Keynesianismus, diese sogenannte Hick'sche Synthese, von der Robinson, Leontief und andere mit Recht gesagt haben, das sie mit den keynesianischen Ideen fast nichts mehr zu tun hatte. Dass Keynes so interpretiert und gelehrt wurde ist zweifellos dem Einfluss der Amerikaner geschuldet, denn der wahre Keynes, und das habe ich erst viel später mitbekommen, hatte ja massive Kritik an der kapitalistischen Entwicklung geäußert. Von der haben wir als Studenten jedoch nichts gehört!

FU70: Ein anderes Thema, das uns aktuell beschäftigt sind die steigenden Studierendenzahlen, auch die Wirtschaftswissenschaften sind Massenstudiengänge, die oft überbucht sind. Auch in den 50ern und 60ern ist die FU ist nach ihrer Gründung sehr schnell gewachsen, wie haben Sie die (Lern-) Situation damals erlebt?

K. K.: Die Situation in den 50er und 60er Jahren war nicht viel anders als heute. Die Seminare waren immer überfüllt, das Verhältnis von Lernenden und Lehrenden also sehr ungünstig.

*FU70: In Nachkriegsdeutschland wurden an vielen Hochschulen NS-belastet Hochschullehrer*innen berufen, auch an der FU. Hatten Sie das Gefühl, dass sich mit solchen Berufungen und auch der NS Zeit kritisch auseinandergesetzt wurde?*

K. K.: Das ist richtig, in den 50er Jahren wurden an die FU eine ganze Reihe von NS-belasteten Hochschullehrern berufen. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät beispielsweise war der der Star der Betriebswirte Prof. Erich Kosiol. Er war ab 1932 Mitglied der SA und ab 1933 Mitglied der Nazi-Partei gewesen und wurde ab 1948 dann Professor an der FU. Ein weiterer, noch schlimmerer Fall der uns damals auch beschäftigt hat, war der Volkswirt Prof. Thalheim, der 1933 der SA beigetreten ist und im selben Jahr einen Aufruf zu dem Bekenntnis der Hochschullehrer zu Hitler mitinitiiert und unterschrieben hatte. Dieser Alt-Nazi wurde 1951 Professor bei den Wirtschaftswissenschaften. Es gab eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mehrerer Hochschullehrer, aber auf Grund der oligarchischen Strukturen, fand diese nur unter der Oberfläche statt. In einem sogenannten „Braunbuch“ wurde die Nazivergangenheit vieler Professoren zum Thema gemacht. Aber dies öffentlich, oder zumindest universitäts-öffentlich zu diskutieren

wäre in den 50er Jahren unmöglich gewesen. Eine offene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit begann erst 1965 mit den Vorläufern der 68er-Bewegung.

FU70: Sie waren selbst in der Studierendenschaft organisiert und an der Universität aktiv und kamen dadurch vermutlich auch mit den Lehrenden in Kontakt. Wie hat sich für Sie ihr politische (Gremien-) Arbeit damals gestaltet, beziehungsweise wie haben sie die politische Situation der Studierenden damals wahrgenommen?

K. K.: Ich selbst saß als gewählter Studentenvertreter in der Fakultät. Allerdings war das eine reine Alibi Veranstaltung, da ich dort unter ca. 25 Professoren saß. Wenn ich da irgendetwas kritisches gesagt habe, wurde entweder beifällig genickt oder der Kopf geschüttelt und dann zur Tagesordnung übergegangen. Diese Beteiligung der Studierenden auf Fakultäts- aber auch Senats-ebene war keine Mitbestimmung.

FU70: Das hört sich aus meiner Perspektive sehr ähnlich zur Situation heute an. Sie sind ja immer noch Teil der FU und geben weiterhin ihre Seminare und erleben dadurch ja auch die aktuelle Situation. Wie würden Sie diese, im Kontext zu ihren Erfahrungen in den 50er Jahren, bewerten?

K. K.: Heute haben wir leider auch keine wesentliche Verbesserung. Es gab eine wesentliche Verbesserung 1969 mit dem damals verabschiedeten Universitätsgesetz. Dieses Gesetz war die verzweifelte Antwort der Westberliner Regierung, auf die studentischen Proteste. In diesem 68'er Universitätsgesetz gab es die sogenannte Drittelparität, die jedoch zwei Jahre später auf Druck der konservativen Hochschullehrer durch das Karlsruher Urteil aufgehoben wurde. Seitdem ist der Einfluss der Studenten und der Assistenten auf die Universität wieder sehr begrenzt.

1968 gab es eine ganz kurze Zeit, in welcher die Ordinarien die Welt nicht mehr verstanden und dementsprechend große Unsicherheit bei ihnen herrschte. Diese Periode wurde 73/74 mit dem Karlsruher Urteil und dem Kippen des Universitätsgesetzes beendet.

FU70: Trotzdem ist die FU ja in der Außenwahrnehmung, obwohl es diese Erfahrungen und Erlebnisse, wie Sie sie auch gemacht haben, gibt, linkspolitisch konnotiert und versucht sich auch selbst immer wieder mit diesem Image zu vermarkten.

K. K.: Linkspolitisch konnotiert war die FU auf Grund ihres – leider nur sehr bedingten – Rufes, der viele fortschrittlich denkende Studentinnen und Studenten angezogen hatte und etwas zehrt die FU noch von diesem Ruf. Wenn ich mir den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ansehe, an dem ich von 1970 bis heute tätig bin, muss ich feststellen, dass es seitens der Hochschullehrer keine linke Auseinandersetzung gibt oder gab. Der Fachbereich ist fest in der Hand der Neoliberalen. Den Außenseiter hat man versucht zu eliminieren. Während meiner Lehrtätigkeit gab es beispielsweise zwei Versuche mich mittels Disziplinarverfahren wieder „loszu-

werden“, jeweils mit fadenscheinigen Begründungen. Und selbst nach dem ich pensioniert wurde, versuchte der Fachbereich mir die Lehrerlaubnis zu entziehen, also meine Habilitation und damit meine Lehrbefugnis, die lebenslang gilt, außer Kraft zu setzen. Dieser Versuch ließ sich dann mit Hilfe eines Anwalts gegen den Widerstand des Präsidenten, verhindern.

FU70: Während Ihrer Studienzeit durften Sie ja auch miterleben wie die Mauer gebaut und Westberlin komplett abgeriegelt wurde. Wie haben Sie damals die Situation in der Stadt erlebt?

K. K.: Ich habe natürlich mit vielen anderen gegen den Bau der Mauer protestiert, aber persönlich hat mich die Mauer nie groß gestört. Westberlin war groß und bunt genug. Das Leben in Westberlin war eigentlich völlig normal, auch das studentische Leben. Die Kneipen waren gut besucht und in den Lehrveranstaltungen spielte der Mauerbau keine Rolle.

FU70: Sie sprechen im Plural, waren Sie damals politisch organisiert?

K. K.: Es gab an der FU mehrere politisch orientierte Zirkel, in denen heftig über Marx, die Hochschulpolitik und die Entwicklung in der Stadt debattiert wurde. In einer Partei organisiert habe ich mich erst nach meinem USA Aufenthalt im Frühjahr 1969 als ich der SPD beitrug. Linke Studenten hatten damals eine SPD-Hochschulgruppe gegründet, entgegen einer Satzung der SPD, und mit dieser konnten wir auch einigen Einfluss auf das Universitätsgesetz nehmen.

Zur Zeit meines Studiums in den 50ern habe ich mich in der evangelischen Studentengemeinde engagiert. Es gab damals einen Spruch: Wem der SDS nicht links genug ist, der geht in die evangelische Studentengemeinde. Und da habe ich auch an vielen Aktionen teilgenommen und leitete einen marxistischen Arbeitskreis.

FU70: In den letzten zwei Jahren wurde an der FU die Polizei mehrfach gegen Studierende eingesetzt. Gleichzeitig hat die FU ja doch eine ausgeprägte Protestgeschichte, beispielsweise in Form der 68er Bewegung und des Unistreiks 88/89, um zwei große Ereignisse zu nennen. Wie würden Sie aktuell das politische Potenzial an der FU einschätzen?

K. K.: Hier an der FU ist immer noch mehr als an den meisten westdeutschen Universitäten ein politisches Potenzial vorhanden. Aber die Arbeits- und Studienbedingungen heute machen es extrem schwer es zu leben. Sie sind so viel anders als zu meiner Zeit in den 50er und 60er Jahren. Die Bologna Reform hat dazu geführt, dass die Bachelor- und Masterstudiengänge derart verschult sind, dass die Studenten nur noch sehr wenig Zeit haben sich zu engagieren. Ich vermute, dass die Anforderungen an die Studentinnen und Studenten bewusst so ausgerichtet sind, dass sie die Studenten daran hindern neben dem Studium irgendetwas anderes zu betreiben.

Das ein Potenzial da ist, zeigt, dass kritische Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaft, die KriWis, eine Vorlesungsreihe „Denkschulen der Öko-

nomik“ heute „Paradigmen und Kontroversen ökonomischer Theorie“ genannt durchgesetzt haben. In dieser sehr erfolgreichen Lehrveranstaltung, die seit mehreren Semestern läuft und immer von rund 200 Studentinnen und Studenten besucht wird, wird die herrschende Lehre hinterfragt. Ein weiterer Beleg ist mein Marx-Seminar, für das ich immer weit mehr Anmeldungen habe als ich aufnehmen kann. Aus dem Seminar heraus entstehen viele Polit-Ökonomische Bachelorarbeiten.

FU70: Die Möglichkeit politisch aktiv zu werden hat ja auch viel mit der ökonomischen Situation der Studierenden zu tun. Wie haben Sie damals ihr Studium finanziert?

K. K.: Ich bekam einen Zuschuss von meinen Eltern, der allerdings sehr knapp bemessen war. Meine Eltern waren gerade so gestellt, dass ich kein Bafög bekam. Ich habe mich daher um eine Stelle als Studentische Hilfskraft bemüht. Mit dieser, und ein bisschen Jobben, habe ich dann mein Studium finanziert.

FU70: Entstand aus dieser Anstellung als Studentische Hilfskraft auch ihr Fortbeschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter?

K. K.: Ja, die Arbeit als studentische Hilfskraft hat mir Freude gemacht und den Wunsch an der Uni zu arbeiten verfestigt. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter, beziehungsweise Assistent war ich 100% abhängig von meinem Chef. Er konnte mich -ohne jeglichen Kündigungsschutz- jeden Tag rausschmeißen. Eine meiner Aufgaben war es eine Übung zur Vorlesung meines Chefs zu halten. Als ich dort versuchte ein bisschen Kritik zu üben, bekam ich prompt großen Ärger. Er warf mir schwere Illoyalität vor und beanstandete, dass ich nacheinander Fakultäts-, Uni-, und Landesassistentenvertreter war und nur hochschulpolitisch aktiv zu sein anstatt mich um die Belange seines Lehrstuhls zu kümmern. Er wollte mich rausschmeißen. Erst als ich ihm klar machen konnte, dass dies zu einem hochschulpolitischen Skandal führen würde, habe ich einen Rauschmiss erster Klasse bekommen. Ich bekam ein Habilitationsspendsium, Hausverbot in seinem Institut und durfte keine Lehre mehr machen. Damit war er mich ohne Skandal los.

FU70: Als abschließende Frage: Gibt es irgendetwas was Sie heutigen Studierenden mit auf den Weg geben möchten, um die Uni wieder zu politisieren?

K. K.: Ich sage in meinen Seminaren und Vorträgen immer wieder: Die Forderungen der SDS Denkschrift aus den 60ern „Hochschule in der Demokratie“ sind nach wie vor aktuell. Forderungen nach mehr Demokratie, Forderungen nach mehr Mitbestimmung, Forderungen nach mehr Diskussionsfreiheit, nach mehr kritischer Auseinandersetzung in den Lehrveranstaltungen sind wichtig und notwendig. Insbesondere am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist fundamentale Kritik an den Lehrinhalten notwendig, denn das, was bei uns gelehrt wird, ist weitgehend irrelevant.

FU70: Vielen Dank für das Gespräch!

Diepgen und die Folgen - Die Abwahl des AStA-Vorsitzenden Eberhard Diepgen.

Ein Stück FU-Geschichte

Rolf Elker † (1988)

Wir schreiben das Jahr 1963. Am 30. Januar tritt der 14. Konvent (das damalige Studentenparlament) zusammen, um einen neuen AStA-Vorsitzenden zu wählen. Gegen den amtierenden und sich zur Wiederwahl stellenden AStA-Vorsitzenden Dietrich Schmidt-Hackenberg (Argument-Club) kandidiert Eberhard Diepgen, Mitglied der schlagenden Burschenschaft Saravia und der CDU. Überraschend deutlich setzt sich Diepgen, der Sprecher der Juristischen Fakultät, durch. Von den 60 Studentenvertretern stimmen 32 für Diepgen, 18 für Schmidt-Hackenberg, der Rest enthält sich.

Damit schien den Burschenschaftlern durch eine geschickte Wahlregie auf stillem Wege das gelungen zu sein, was sie seit langem angestrebt hatten: ihre Anerkennung als gleichberechtigte Studentenvertretung an der FU neben den politischen Studentenverbänden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Konvent die Anträge der Burschen- und Sängerschaften auf Anerkennung als förderungswürdige Studentenverbände immer abschlägig beschieden.

Doch es kommt alles anders. Am 2. Februar, drei Tage nach der verhängnisvollen Wahl, tritt der Ältestenrat des 14. Konvents zusammen und beschließt, eine Urabstimmung über die Gültigkeit der Wahl Diepgens zum AStA-Vorsitzenden durchführen zu lassen, ebenso über die Frage, ob der Konvent, der Diepgen wählte, aufgelöst werden soll. Zur Begründung schreiben sie: „Die Ältesten halten es für unvereinbar mit dem

Geist der Freien Universität und den Vorstellungen einer modernen Universität [...], daß ein Mitglied einer schlagenden Verbindung die Gesamtheit aller Studenten der Freien Universität vertritt.“ Zwei Tage später schließt sich der noch amtierende Schmidt-Hackenberg der Entscheidung an und macht ebenfalls von seinem Recht Gebrauch, eine Urabstimmung zu verlangen. Die Urabstimmung wird für die Tage vom 13. zum 15. Februar angesetzt. In der Zeit dazwischen passiert das, womit man schon nicht mehr zu rechnen wagte: Der legendäre ‚Geist‘ der FU feiert seine Wiederauferstehung. Die studentischen Gründungsmitglieder der FU verfassen eine Erklärung, in der sie fordern, daß in der FU nicht jene Geisteshaltung gepflegt werden dürfe, die ihren Teil dazu beigetragen habe, die deutsche Demokratie zu zerstören und auf ihren Trümmern das 3. Reich zu erbauen. Der Dekan der Philosophischen Fakultät, Professor Lieber, weigert sich, an der Sitzung eines Konvents teilzunehmen, der einen Burschenschaftler zum AStA-Vorsitzenden wählt. Auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die schlagenden Verbindungen und die FU“ vor 1500 Zuhörern im Audimax ist man sich einig in der Abneigung gegen die schlagenden Verbindungen. Diese, ebenfalls anwesend, schweigen. Nur der Fachverband Rechtswissenschaft im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) stellt sich hinter Diepgen.

Doch umsonst. Die Studentenschaft wählt Diepgen mit deutlicher Mehrheit ab. Die Wahlbeteiligung ist hoch (70,8 % = 10.027 Stimmen). 64,5 % sprechen

sich gegen Diepgen aus, 60 % votieren für die Auflösung des 14. Konvents.

Soweit die Chronik der Ereignisse. Wie sind sie zu bewerten? Das ist nicht ganz einfach. Sicherlich war die Abwahl Diepgens kein revolutionärer Akt. Dafür war die allgemeine Zustimmung zu dieser Entscheidung der Studentenschaft zu groß. Ob Tagesspiegel, Zeit oder FAZ, alle lobten den Geist der Freien Universität. Diepgen wurde auch von einem Teil der konservativen Studenten abgewählt. Es sollte noch Jahre dauern, bis das Studentenparlament eine gefestigte linke Mehrheit besaß. Im 15. Konvent, der im Sommer 1963 gewählt wurde, hatten die Rechten wieder die Mehrheit. Das Rechts-Links-Schema greift hier allerdings nicht ganz, da die Konventsmitglieder durch Personenwahl bestimmt wurden und die meisten nicht als Mitglieder politischer Gruppen kandidierten. So ist es auch zu erklären, daß mit Dietrich Schmidt-Hackenberg vom Argument-Club ein eher Linker schon 1962/63 AStA-Vorsitzender sein konnte, oder daß mit Lefèvre ein SDSler zum AStA-Vorsitzenden gewählt wurde, zu einer Zeit (Februar 1965), wo der SDS noch eine verschwindende Minderheit war (obwohl dieser Fall noch anders liegt...).

Aber zurück zu Eberhard Diepgen. Wie ist seine Rolle einzuschätzen? Entsprach er dem Bild eines rechtsradikalen Burschenschaftlers, dem Bild von den ewig Gestrigen, die nichts gelernt hatten und auch nichts lernen wollten, die sich die Gesellschaft so ständisch-autoritär wie ihre eigenen Verbände wünschten und so lange auf dem Paukboden zu überwintern gedachten, bis ihre Zeit wieder gekommen sein würde?

Das hatte man vielleicht noch 1948 denken können. 1963 gaben sich die Burschenschaften anders. Man hatte längst in der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft Fuß gefaßt, und es war gelungen, der Gesellschaft zu suggerieren, daß die Ziele der Burschen mit denen einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung auf's Beste harmonieren würden. Ein kurzer Rückblick soll das verdeutlichen. Die Zeit der allgemeinen Ächtung der Korporierten war nur kurz. Nach der Währungsreform und damit der Restauration der besitzbürgerlichen Ordnung bekamen die Burschenschaften und ihre Klientelstruktur schnell wieder einen ökonomischen Sinn. Der Nachwuchs für die höheren Ränge der neuen Ordnung sollte schließlich gut ausgesucht und möglichst aus der eigenen Familie sein. Die zuerst vor allem von den ‚alten Herren‘ betriebenen Neugründungen der Burschenschaften bekamen so schnell Zulauf. 1950 konstituierte sich in Marburg die Deutsche Burschenschaft. Schon zu Beginn der 50er Jahre stellten die Korporierten an einigen Hochschulen wieder die gewählten Studentenvertretungen. Doch noch widersetzten sich die meisten Hochschulen den Farbentragenden. 1949 faßte die Westdeutsche Rektorenkonferenz ihre Tübinger Beschlüsse, in denen sie den Hochschulen empfahl, das Farbentragen und Fechten von Mensuren zu untersagen. So verweigerte auch die Freie Universität den Burschenschaftlern die Immatrikulation. Den Widerstand der Universitäten brach die Justiz.

Sie, die alte Hochburg der Korporierten, untersagte den Hochschulen in einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil 1958 die Verweigerung der Immatrikulation für Mitglieder schlagender Verbindungen. Schon vorher war der RCDS aus der Front gegen die Burschenschaften ausgeschert. 1955 hob er den bis dahin gültigen Unvereinbarkeitsbeschluß auf. Damit war den Korporierten innerhalb des RCDS jetzt auch eine politische Betätigung an den Hochschulen möglich. Der SDS, der sich den Kampf gegen die Korporationen zur Hauptaufgabe gemacht hatte, stand bald allein da. Auch die SPD, die auf Druck des SDS ihren Unvereinbarkeitsbeschluß noch einige Male erneuerte, ignorierte diesen nach einiger Zeit stillschweigend. (Andernfalls müßte man heute einige Mitglieder ausschließen.) 1963 jedenfalls waren die entschiedenen Gegner der Korporationen auch an den Hochschulen schon in der Minderheit. Zum Deutschen Burschenschaftstag desselben Jahres entboten nicht nur der Kanzler Adenauer, sondern auch der Oppositionsführer Ollenhauer ihre Grüße. Vor diesem Hintergrund war nun der Geist der Freien Universität doch schon etwas anachronistisch und mehr als eine hohle Phrase.

Eberhard Diepgen riskierte also alles andere als seine gesellschaftliche Ächtung, als er sich entschloß, der schlagenden Burschenschaft Saravia beizutreten. Er sicherte seine berufliche und politische Karriere nur gewissenhaft nach allen Seiten ab. Und der Patzer mit der Urabstimmung hat ihm ja, wie wir heute wissen, nicht weiter geschadet. Die undemokratische Tradition und Ideologie der Burschenschaften, die allerdings hat Herr Diepgen anscheinend geflissentlich übersehen. Jedenfalls tut er so. In einem Artikel für die 15 Jahre FU-Jubiläumsschrift der Freien Universität stellt Diepgen im Juni 1963 fest, daß den Verbindungen an der FU eine wichtige Aufgabe zufalle, da es der Massenuniversität nicht gelungen sei, die Studenten zu integrieren. Die Korporation hätte deswegen die Aufgabe der Persönlichkeits- und Gemeinschaftsbildung zu übernehmen. Herr Diepgen empfiehlt also denjenigen, die nicht in der Lage sind, der Unvernünftigkeit der Gesellschaft mit Rationalität und Emanzipationsinteresse entgegenzutreten, die Flucht in die Deuschtümelei, den Manneskult, den bierseligen Irrationalismus der schlagenden Verbindungen. Das ist nicht gerade ein hochschulpolitisches Konzept, das man sich von einem Regierenden Bürgermeister wünscht. Aber inzwischen sind 25 Jahre vergangen und Herr Diepgen hatte Zeit genug, sich etwas Neues auszudenken. Andererseits, da er nun einmal den Lebensbund mit seinen Bundesbrüdern von der Saravia eingegangen ist, wird er ihm doch nicht untreu geworden sein, als deutscher Mann?



Die Urabstimmung an der FU vom 13.-15.2.1963, die den AstA-Vorsitzenden Eberhard Dieppen abwählte. Als Regierender Bürgermeister wird er im Oktober 1999 abgewählt.

Vorbemerkung

Am 2. Juni 1967 wurde bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Ein zu diesem Vorfall eingerichteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß richtete im Verlauf seiner Arbeit eine Anfrage an den AStA der Freien Universität. Die Stellungnahme des FU-AStA von 1967, die wir im folgenden abdrucken, analysiert und reflektiert die historische Entwicklung bis zum Entstehen der Studentenbewegung in Berlin.

Von der Freien zur Kritischen Universität

AStA FU (1967)

¹ S. Fijalkowski, Berlin, „Hauptstadtanspruch und Westintegration“, Köln und Opladen, 1967.

Politische Intentionen bei der Gründung der FU

Zu schildern, in welcher Situation und mit welcher Absicht Studenten 1948 die Linden-Universität verlassen haben, ist bei der Beantwortung der gestellten Fragen deshalb wichtig, weil dies heute von Kritikern und Befürwortern der studentischen Politik als Argument für den ‚Gründergeist‘ herangezogen wird. Die Intentionen der Gründung können keinesfalls heute allein darin erkannt werden, was arrivierte ehemalige Gründerstudenten aus ihrer jetzigen Situation dazu zu sagen wissen, man wird sich vielmehr auf Quellen und nachprüfbare Daten beziehen müssen.

Bei der Darstellung des ‚Gründer-Bewußtseins‘ soll hier zwischen einem institutionellen und einem bewußtseinsmäßigen Aspekt unterschieden werden, die jedoch – auch das wird sich zeigen – nicht voneinander getrennt werden können.

1. Der institutionelle hochschulpolitische Aspekt

Ähnlich wie in anderen Bereichen der Gesellschaft, wo in Berlin nach dem Kriege neue Formen demokratischer Institutionen zunächst installiert worden waren¹, hatte auch die neue Universität die Chance, allgemein als notwendig erkannte Reformen durchzuführen. Das von Humboldt gezeichnete Bild der ‚Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden‘ wurde von den FU-Gründern gerade deshalb aufgegriffen, weil es ein unautoritäres Zusammenwirken der Universitäts-

mitglieder meinte und den politischen Willen für eine menschliche Gesellschaftsordnung dokumentierte. Heinrich (Klaus Heinrich, Mitgründer der FU): „Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, unterstützt von Bürgermeister Reuter und unseren Freunden unter den Mitgliedern der Militärregierung, drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor – Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Universitätsdemokratie – das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte. Diese Universität war keine Landesuniversität, sondern eine Stiftungsuniversität, so wie einmal die Bürgeruniversität der Stadt Frankfurt; über sie wachte ein Kuratorium, das zugleich eines ihrer eigenen Organe war; sie vertraute dem Staat, der ihr Geld und Sicherheit und Häuser gab; der Vorsitzende des Kuratoriums war der später so genannte Regierende Bürgermeister der Stadt; sie war nicht hierarchisch aufgebaut: Die Teile, aus denen sie sich zusammensetzte, waren, juristisch-physiologisch gesprochen, ihre Organe – jedes für die ganze Universität denkend und im Interesse des Ganzen handelnd: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft; die Studentenschaft war in allen beschlußfassenden Gremien mit beschließender Stimme vertreten; nur die Assistenten waren nicht vertreten – das lag daran, daß erst nur ein einziger Assistent die alte Universität verlassen hatte, der jetzt amtierende Rektor.“ (Gemeint ist H. J. Lieber). Kotowski weist darauf auch besonders hin in seinem Aufsatz „Der Kampf um Berlins Universität“, in Veritas, Justi-

tia, Libertas, Berlin 1953².

Faktisch war es in den ersten Semestern (nach der Gründung) so, daß die Studenten bei allen Entscheidungen der Universität maßgeblich beteiligt waren. Es ist von damaligen Studentenvertretern überliefert, daß in den Gremien so lange diskutiert wurde, bis alle beteiligten Gruppen mit der gefundenen Lösung einverstanden waren, daß also keine Gruppe überstimmt wurde. Dies ist deshalb wichtig, weil so erklärt werden kann, daß die Gründerstudenten wegen ihrer tatsächlichen Situation keine Notwendigkeit sahen, den studentischen Einfluß weitgehender zu institutionalisieren, als es wirklich geschah. Professoren waren nur zögernd von der alten an die Freie Universität gekommen, die Studentenschaft hatte lange die entscheidende Initiative und war von Stadtregierung und akademischen Autoritäten als die tragende Kraft der Universität anerkannt. In dem politischen Entschluß, die studentischen Korporationen aus dem Universitätsleben auszuschließen, waren sich alle an der Gründung beteiligten Gruppen einig. Diese Einigkeit läßt darauf schließen, daß man die gesellschaftliche Rolle der Universität zu reflektieren bereit war und die Notwendigkeit sah, die gesellschaftliche Funktion der Universität zu definieren. Die Gründungssituation mit ihrem politischen Konsensus ließ sich natürlich nicht künstlich aufrechterhalten. Politische Handlungen und inneruniversitäre Entwicklungen erzwangen bald den Anfang dessen, was man heute ‚Restauration des Berliner Modells‘ nennen kann. Bei der Gründungsfeier der FU im Titania-Palast waren Repräsentanten der deutschen Universitäten nicht vertreten. Dies signalisierte eine Schwierigkeit, die die Entwicklung der neuen Universität sehr bald beeinflussen sollte: von Westdeutschlands Universitäten beargwöhnt, rang die FU bald um die Anerkennung als ‚volle Universität‘.

Drei Haupteinwände standen der Anerkennung durch die in ihrer traditionellen Form wiedererstandenen Universitäten entgegen: 1. das Odium der ‚Kampfuniversität‘ hing ihr an, weil sie ‚gegen die Ostberliner‘ gegründet worden war, 2. ihre neue Form, d. h. die Verwirklichung von Reformen vor allem im Mitspracherecht der Studenten, machte sie in westdeutschen Augen suspekt, 3. der Ausschluß der Korporationen, kurz nach dem Kriege an allen Universitäten selbstverständlich, hatte der FU einen wesentlichen Bestandteil der konservativen Institutionen genommen. Es war schwierig, Professoren nach Berlin an die neue Universität zu holen, worunter vor allem lange die Juristische Fakultät litt, denn kein einziger Jurist war von der Linden-Universität herübergekommen. Das Streben nach Anerkennung durch die westdeutschen Universitäten, einerseits Lebensbedingung als Universität, andererseits der Wunsch nach demselben traditionellen Prestige, wurde deshalb bald bestimmend für manche Entscheidung und mußte als Anpassung gegen die bei der Gründung intendierten Reformen gerichtet sein.

Die Politik der Regierung von Berlin pendelte sich, einerseits unter dem Druck der politischen Verhältnisse, andererseits wegen der Anti-Stellung gegenüber den östlichen Entwicklungen, auf eine Anschlußpoli-

tik an Westdeutschland ein. Die dadurch notwendige Anpassung politischer Verhältnisse Berlins an die Westdeutschlands engten den Raum selbständiger Entscheidungen der Berliner Regierung auch auf dem kulturpolitischen Sektor ein (s. Fijalkowski). Der große Andrang von Studenten an der neuen Universität machte einen schnellen, daher wenig geplanten Ausbau notwendig (In den ersten vier Jahren verdreifachte die FU ihr Volumen). Es lag keine bauliche Konzeption (wegen der Raumschwierigkeiten sowieso fast unmöglich) und keine hochschulpolitische Konzeption vor, da man die ersten verwirklichten Reformen beim Kampf um Anerkennung schon als Nachteil empfinden mußte. Die Generation der Gründerstudenten verließ die Universität nach der Ausbildung, die neuen Studentenvertreter konnten den engen Kontakt wegen der rapiden Vergrößerung nicht mehr finden, eine wachsende Bürokratie tat ein Zusätzliches für die Entfremdung zwischen den Mitgliedern der Universität. Der Lehrkörper vergrößerte sich, aus Westdeutschland kamen mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraute Lehrer, denen die Mitsprache der Studenten ungewohnt und unmotiviert erscheinen mußte. Da die studentische Mitsprache auf die obere Entscheidungsebene von vornherein beschränkt geblieben war (für die Gründer war die oberste Ebene identisch mit der unteren wegen der Überschaubarkeit der Universität), und die Institutionalisierung studentischer Mitsprache auf unterster Ebene nicht vorgenommen war, wurde der studentische Einfluß früh geringer.

Kadritzke³ schildert diese Kompetenzverluste, die durch den Ausbau der Universität eintraten, so: „Die eigentlichen Probleme, von deren Lösung oder Verschleppung die Studenten in ihrer Ausbildung einschneidend betroffen wurden, standen nun nicht mehr im Akademischen Senat, sondern in den Fakultäten und besonders in den einzelnen Fachbereichen und Instituten zur Debatte. Hier entzogen sie sich jeglicher universitätsöffentlicher Kontrolle. ‚Alle Fragen, in denen sich unter den Lehrstuhlinhabern keine allgemeine Übereinstimmung erzielen läßt, bleiben unentschieden, oder werden unter Umgehung der Selbstverwaltung gelöst.‘⁴ Es zeigte sich damit, daß ‚[...] die Studenten als erste in ihren Ausbildungsinteressen beeinträchtigt wurden. Denn sie gerieten nun in immer größere Abhängigkeit von Entscheidungen, die für den jeweiligen Fachbereich die Ordinarien in alter Weise allein fällten, ohne die Bedürfnisse der unterprivilegierten Universitätsmitglieder noch wahrzunehmen, weil die Distanz zwischen Lehrenden und Lernenden im expandierenden Universitätsbetrieb die Kommunikation zunehmend erschwerte. Zudem verschlechterte sich die objektive Ausbildungssituation: Der Universität gelang es nicht mehr, die beiden Funktionsbereiche von Forschung und Lehre in der von ihrem eigenen Anspruch geforderten Weise so zu verbinden, daß die Lehrenden die Erkenntnisse und Methoden eines Forschungsgebietes, auf dem sie selbst [...] arbeiteten, [...] in die wissenschaftliche Ausbildung eingehen ließen.‘⁵ Das unverbundene Nebeneinander von Lehrstühlen, deren bürokratischer Betrieb auch die Arbeitskraft ihrer professoralen Inhaber weit über Gebühr absorbieren mußte, verhinderte damit sowohl eine Mitbestimmung

² Es ist erstaunlich, wie Kotowski als Mitgründer der FU in seiner Darstellung der Gründungsgeschichte sich nur auf die äußeren Ereignisse beschränkt und wie er somit die inneren Impulse der Gründer selbst, die sich dokumentarisch belegen lassen, vernachlässigt. Die Gründung dürfte somit in ihrer hochschulpolitischen Bedeutung verharmlost sein.

³ Ulf Kadritzke, „Das Selbstverständnis der Freien Universität“, in *Universität und Demokratie*, Universitätstage 1967, S.40/41.

⁴ Zitat bei Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuß, „Die Hochschule in der Demokratie“, Neuwied 1965, S. 53.

⁵ „Die Hochschule in der Demokratie“, S. 206.

⁶ Kotowski, op. cit., S. 25.

⁷ Die ersten heftigen Auseinandersetzungen an der FU gab es, als ein Professor sich die Berufung durch falsches Ausfüllen der Fragebogen über seine Vergangenheit erschlichen hatte.

der Studenten an ihrer Interessenbasis als auch die Realisierung ihres Anspruchs auf wissenschaftliche Formen des Studiums.“ [...]

Die faktischen Einbußen an Mitsprachemöglichkeiten lassen sich schwer hinterher aufzeigen, weil viele nicht institutioneller Art waren (was oben zu zeigen versucht worden ist). Einige Beispiele institutioneller Kompetenzverluste erwähnt Kadritzke (S. 39/40 a. a. O.): „Die juristische Fakultät restaurierte als erste das überkommene Verfahren einer allein von Ordinariengesichtspunkten bestimmten Selbstergänzung des Lehrkörpers durch ein Berufungsverfahren, von dem der Studentenvertreter ausgeschlossen blieb... Der Akademische Senat hat diese Praxis nicht verhindert, obwohl ihm §10 der Universitätssatzung aufgibt, die einzelnen Fakultätsordnungen zu kontrollieren. Hatten die Studenten der Gründergeneration noch im Zeichen der antifaschistischen Universitätstradition entscheidenden Einfluß auf die Berufung neuer Universitätslehrer genommen und nazibelastete Professoren in Einzelfällen von der Hochschule fernhalten können, so wurden mit dem Beginn der Restaurationsphase Studentenvertreter auf formelle oder informelle Weise daran gehindert, zu berufende Professoren aus studentischer Perspektive mitzubeurteilen. Ein weiteres wesentliches Moment studentischer Mitbestimmung ging verloren, als der Rechts- und Verfassungsausschuß 1952 ausschließlich mit professoralen Mitgliedern besetzt wurde. Diesem Ausschuß hatte man noch 1950 eine entscheidende Funktion für die ins Auge gefaßte permanente Hochschulreform zugeordnet. Seine Mitglieder, damals zwei Professoren und ein Student, sollten alle notwendigen Veränderungen in der Hochschulstruktur juristisch kodifizieren und systematisieren“.

„[...] Die Arbeit des modellwidrigen Rechts- und Verfassungsausschusses trug in einem kritischen Abschnitt des Hochschulausbaues entscheidend dazu bei, den Anschluß der Freien Universität an das herkömmliche deutsche Hochschulrecht wiederherzustellen, das noch heute die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Wissenschaft im wesentlichen als inneruniversitäre Entscheidungsgewalt der Ordinarien versteht.“ Zu diesen Symptomen der hochschulpolitischen Entwicklung kam der Einfluß der Bürokratie. Kadritzke, S. 40: „Eine der negativen Konsequenzen dieser expansiven Entwicklung war das Wuchern einer Universitätsbürokratie, die traditionell studentische Angelegenheiten in die eigene Regie übernahm und damit der Kontrolle von außen entzog. Da sich die Mitentscheidungsrechte der Studenten an der FU als Folge der steckengebliebenen Hochschulreform von Anfang an auf die obersten Ebenen der akademischen Verwaltung beschränkt hatten, mußten sich die Chancen studentischen Einflusses entscheidend mindern.“ [...]

2. Politik und politisches Bewußtsein der FU-Gründer

Wie oben schon erwähnt, war es der zunehmende Druck und Zwang, der die Studenten 1948 aus der Linden-Universität trieb. Neben den Beschwerden im Studium bildete vor allem die Relegation – hierbei vor

allem das Verfahren, wie Kotowski betont ⁶ – dreier Colloquium-Mitarbeiter den Anlaß für eine Forderung nach einer freien Universität. Den Studenten und ihrer gewählten Vertretung wurde das Recht bestritten, sich zu dieser Angelegenheit äußern zu dürfen und Forderungen zu erheben, da es sich dabei um eine Universitäts-, ‚externe‘ Angelegenheit handele, und die Studenten hierzu offiziell Stellung zu nehmen, nicht befugt seien. [...]

Man hat sich damals explizit gegen zwei Seiten eines falschen Universitätsbewußtseins gewandt: gegen die unpolitische und gegen die politisierte Universität. Politisiert, ein damals eindeutig negativ besetzter Begriff, bedeutete: aufgesetzte Parteilichkeit, Opportunismus, gegenseitige Bespitzelung und Denunziation. Die gesellschaftliche Dimension der Wissenschaft wurde jedoch nicht – wie heute oft – einfach geleugnet, sondern sie bildete eines der Kernprobleme bei der Überlegung für eine neue Konzeption der deutschen Universitäten nach ihrem Versagen vor dem Faschismus.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine einheitliche politische Einstellung die ganze Universität in ihren Anfangsjahren prägte: der Antifaschismus. Die politische Rolle der Universitäten und der Studentenschaft vor allem 1933 war das Signal für das Selbstverständnis und die politische Rolle der Gründer. Kotowski, S. 21: „Ihre aktivsten Köpfe, die in ganz Deutschland als die unermüdetsten Vorkämpfer einer Hochschulreform **mit dem Ziel der Weckung des staatsbürgerlichen Bewußtseins in der Akademikerschaft** (Hervorhebung v. H. H.) angesehen werden müssen, [...] waren [...] unerschütterlich entschlossen, sich jedem neuen Diktaturversuch entgegenzustemmen. Gerade die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltpolitik [...] mußten hier die natürliche Führung werden.“ Heinrich, S. 93: „Es gab keine braunen Lehrstühle, die meist älteren Studenten waren, was heute leicht in Rufe wie ‚Gefahr von links‘ und ‚Unterwanderung‘ ausbrechen läßt, nämlich Antifaschisten.“⁷

Die Mitarbeit an der Gestaltung der neuen Gesellschaft, die nach dem Zusammenbruch entstehen sollte, war daher eine Selbstverständlichkeit. Die Bezüge in einer Zeit totaler Desorganisation und fremdbestimmter Verwaltung zwischen gesellschaftlicher Ordnung und Universität waren unmittelbar sichtbar. Es wurde deshalb auch nie in Frage gestellt, ob im Gründungsausschuß – oder später in den Gremien der Universität – über Fragen der allgemeinen Politik, etwa des Aufbaues des Bildungswesens, diskutiert werden sollte. Es wurde diskutiert, und die Universität als solche nahm Einfluß auf die Entwicklung der Stadt. Sie verstand sich nicht als neutraler Ort zweckfreier Wissenschaft, sondern sah ihren gesellschaftlichen Auftrag darin, mit ihrer Wissenschaft beim Aufbau einer humanen Gesellschaftsordnung mit Mitteln der Wissenschaft mitzuarbeiten. [...]

Die Universität hatte die studentischen Korporationen ausgesperrt, weil sie der Meinung war, daß sich ihr Auftrag nicht vereinbaren lasse mit jener Lebensform und jenen gesellschaftlichen Auffassungen, die dort indok-

triniert werden. Sie hatte damit ihre politische Neutralität aufgegeben. Versäumt wurde - wie oben angezeigt -, die wissenschaftliche Tätigkeit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung im Fach selbst zu reflektieren und so den Wissenschaftlern (und damit den Studenten) eine Verpflichtung, auch eine politische Rolle mit wissenschaftlichen Methoden zu geben. Es wurde versäumt, ein politisches Bewußtsein auszubilden, das nicht aufgesetzt ist, sondern sich aus einer verantwortlichen Tätigkeit ergibt. Die diesbezüglich an der FU unternommenen Versuche (studentisches Gemeinschaftsleben, Studium generale) mußten deswegen scheitern, weil sie für die wissenschaftliche Arbeit ein Zusätzliches waren und nicht Teil dieser selbst. Nach dem Scheitern dieser Versuche wurde eine Konzeption ‚politischer Bildung‘ entwickelt, die nach eigenen Aussagen ihrer Verwalter eine FU-spezifische Arbeit sei, also demnach den Anspruch erhebt, jenes erwähnte Bewußtsein der Gründer gleichsam als Tradition fortzuführen.

Wie diese ‚politische Bildung‘ durch den Beauftragten des Akademischen Senats funktioniert, schildert Kadritzke (S. 45): „Zwar koordiniert der Beauftragte des Rektors heute eine Fülle von Seminaren, Diskussionen und Vorträgen, aber dieses dem Wissenschaftsbetrieb äußerlich gebliebene Programm [...] hält sich im akademischen Rahmen der schon beschriebenen Persönlichkeitsbildung, die politisch folgenlos bleibt. Zwar ist politische Bildung der Universität zugeordnet und damit als spezifisch akademisch ausgewiesen, aber sie erschließt sich nicht von den Fachwissenschaften her oder in Kooperation mit ihnen. Zwar hat sie zum Ziel, die künftigen Akademiker für spätere berufliche und gesellschaftliche Positionen mit politischer Gesinnung auszustatten, aber eben damit läuft sie Gefahr, die Studenten in der Vermittlung bloßer Ordnungsvorstellungen an die etablierten Herrschaftsinstitutionen anzupassen. Denn schon an der Hochschule als einer dieser Institutionen ist studentisches Verhalten nur gelitten, solange es die unbefragt gebliebenen inneruniversitären Verhältnisse nicht stört. Insofern kann politische Bildung, wird sie in dieser Weise von der Gesamtuniversität getragen, in ihrer aufklärerischen Tendenz nur so weit gehen, als die eigene, universitäre Machtstruktur noch im Dunkeln bleibt. Ein Element dieser Machtstruktur ist das Hausrecht des Rektors, dem alle politischen Veranstaltungen an der Universität unterworfen sind. Die eminent repressive Funktion dieses Hausrechts bleibt selbst dann bestehen, wenn es – was nicht immer geschehen ist – hinter einer liberalen Praxis zurücktritt, wie sie Sontheimer fordert, indem er der Universität abrät, „aus Sorge um die politische Ausgewogenheit die Veranstaltungen autoritär zu steuern“. Das sehr ausgeprägte Interesse der akademischen Verwaltung an einer letzten Kontrolle über politische Veranstaltungen von AStA und Hochschulverbänden kann jedoch auch Sontheimer nicht verbergen, wenn er feststellt: „Studentische Politik ist in einem sehr begrenzten Sinne nützlich als tätige politische Anteilnahme des einzelnen. Sie ist in aller Regel harmlos, und die politische Fähigkeit der Professoren und der Verwaltung muß sich darin erweisen, die Kommilitonen gerade bis zu dem Punkte gewähren zu lassen, an dem problematische Folgen für das Ganze der Gemeinschaft

entstehen können.“ (Quellenangaben bei Kadritzke)

Dadurch, daß das politische Engagement der Studenten gefördert werden sollte als ‚staatsbürgerliche Pflicht‘ und daß dies kultiviert werden sollte in jener Konzeption von politischer Bildung, sollte es gleichzeitig wieder neutralisiert werden, indem dem Wissenschaftler als einem ‚über allen Parteien‘ Schwebenden die Rolle des objektiven, unbeteiligten Beobachters zugeschrieben wurde.

Strukturelle Gründe für Universitätskonflikte

Es ist festzuhalten, daß die Gründung der FU ein politischer Akt war und auch so verstanden sein wollte. Man wollte nicht nur einen Wissenschaftsbetrieb, frei von jeder staatlichen Oppression, sondern auch ein kritisches politisches Bewußtsein der Studenten fördern. Nur so ist es zu verstehen, daß 1950 im Konvent über Maßnahmen beraten wurde, die der politischen Lethargie der FU-Studenten entgegenwirken sollten.

Die Studentenvertretung selbst wurde dieser politischen Intention der FU-Gründung dadurch gerecht, daß sie häufig zu politischen Ereignissen Stellung nahm und Beschlüsse faßte, so unter anderem folgende:

Beschlüsse:

- die Befürwortung der Politik der Bundesregierung (19.11.1950)
- die Bejahung eines deutschen Wehrbeitrages (19.12.1950)
- die Solidarisierung mit der Wiedervereinigungspolitik Adenauers (2.2.1951)
- der Protest gegen die Verurteilung zweier Studenten durch den SSD (2.2.1951)
- der Protest gegen die Aufführung von Filmen des „Jud-Süß“-Regisseurs Veit Harlan (24.2.1954)
- der Appell an die Atommächte, die Atomwaffenversuche einzustellen (15.5.1957)
- der Protest gegen die Teilnahme von zwei Konventsmitgliedern an den Weltjugendspielen in Moskau; die beiden Studenten wurden ihrer Ämter enthoben (30.7.1957).

Diese Beschlüsse, die nach öffentlich-parlamentarischer Diskussion gefaßt wurden, gehen wesentlich über den engeren Bereich der Universität hinaus, zogen aber keine Eingriffe der akademischen Verwaltung nach sich. Das Recht der Studentenschaft, sich qua Konvent auf diese Weise politisch zu äußern, wurde nicht in Frage gestellt, wobei offen bleiben soll, ob die Zurückhaltung des Rektorats dem politischen Inhalt der damaligen Konventsarbeit oder einer Nachwirkung der für die Gründung der FU so wesentlichen Mitarbeit der Studentenschaft zu verdanken war.

Erste Anzeichen für einen Dissens innerhalb der Hochschulgemeinschaft zeigten sich 1958, als der Konvent mit knapper Mehrheit eine Befragung der Studentenschaft über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchzuführen beschloß. Auf Intervention des Rektorats, das durch die heftige Auseinandersetzung der bei-

den Parteien um den Frieden an der Universität besorgt war, verzichtete der Konvent schließlich auf die Befragung (4.7.1958). Zum offenen Konflikt zwischen Studentenvertretung und Senat kam es im Wintersemester 1958/59 aus Anlaß des Festaktes zum 10jährigen Bestehen der FU (4.11.1958), als der Rektor die ihm zur Einsicht vorgelegte Rede des AStA-Vorsitzenden verbot, in der Fragen über Ostkontakte, Studienförderung, Wiederbewaffnung Deutschlands, Korporationen und Ungarnaufstand angeschnitten wurden. Der Studentenvertretung wurde die Alternative gestellt, sich entweder auf ein Grußwort zu beschränken oder der Feier fernzubleiben. Der AStA widersetzte sich dieser Forderung und ließ die Rede halten.

Anfang Februar 1958 nahm der Rektor eine Petition des Konvents, die sich gegen die Beschäftigung von NS-Richtern, NS-Staatsanwälten und NS-Ärzten im staatlichen Dienst richtete, zum Anlaß, die Frage nach dem Recht der Gremien der universitären Selbstverwaltung, politische Beschlüsse zu fassen, prinzipiell zu klären, nachdem er Einspruch dagegen erhoben hatte, daß der Konvent über die Petition diskutierte. Das Verbot einer Geldsammlung für algerische Flüchtlinge, die der Konvent im Februar 1962 durchführen wollte und die eine scharfe Kritik an der Politik einer Berliner Schutzmacht beinhaltete, und die Genehmigung der Solidaritätssammlung für DDR-Studenten in Räumen der Universität im Juni des gleichen Jahres zeigten deutlich die Grenzen, innerhalb derer die Studentenschaft politisch agieren konnte. Mit dem Versuch, politische Initiativen der studentischen Partner zu unterbinden, sah sich die Hochschulleitung gezwungen, selbst politisch zu werten. Diese Wertung entsprach dem traditionellen Selbstverständnis der deutschen Universität, das auch die FU zu besonderer Staatstreue verpflichtete. Ein als politik-neutral ausgegebenes Urteil über die Universitätsspitze mußte sich in der Regel an der politischen Opportunität orientieren. Der Horizont des gerade noch Geduldeten endete dort, wo die auch die Universität tragenden politischen Mächte in das Spannungsfeld studentischer Kritik gerieten.

Der Hauptgrund für das so plötzliche Aufbrechen der Konflikte aufgrund divergierender Entwicklung in der Studentenschaft liegt in der Struktur der Universität, die die beiden oben genannten verschiedenen Prinzipien der Willensbildung kennt. Die absolute Vertraulichkeit im Senat verhindert eine wirksame Kontrolle der Universitätsleitung durch die Universitätsöffentlichkeit, so daß sich statt einer weitergehenden Hochschulreform, wie sie im Berliner Modell in nuce konzipiert war, eine Restauration der Machtstruktur durchsetzte, wie sie die alte Universität geprägt hatte. So entwickelte sich anstelle einer Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden regressiv das überkommene Gegenüber des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, das nicht die Lösung anstehender Probleme durch gemeinsame rationale Argumentation, sondern nur erzieherisch durch Maßregelung der einen Seite sucht. Diese Machtstruktur blieb aber solange verborgen, wie die Studentenschaft nicht die die Universität tragenden Mächte öffentlich angriff. Das Jahr 1958 bedeutet insofern eine Wende in der Geschichte der FU, als die latente konservative

Machtstruktur an der Universität offenbar wurde und die schon Jahre vorher bestehende Divergenz zwischen Studentenschaft und akademischer Verwaltung die Fiktion einer Hochschulgemeinschaft im offenen Widerspruch zerstörte.

Zum sogenannten politischen Mandat

Die Forderung der Studentenschaft der FU nach dem politischen Mandat findet ihre Begründung in der Erkenntnis, daß politische Wertung und daraus resultierende politische Praxis nicht vom Wissenschaftsprozess zu trennen sind: Wissenschaftliche Problemstellungen werden letztlich aus der gesellschaftlichen Praxis an die Wissenschaft herangetragen. Begriffs- und Theorienbildung sind notwendig selektiv und damit standort- und interessenbedingt. Diese Tatsache widerlegt bereits die These von der ‚objektiven‘ Wissenschaft, die wertfrei und neutral außerhalb jeglicher politischer Diskussion stehe. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung wirken wiederum auf alle gesellschaftlichen Bereiche ein. Diese Zusammenhänge können und müssen ihrerseits im Rahmen der Wissenschaft reflektiert werden.

Um über diese Verflechtung von Politik und Wissenschaft auf theoretischer Ebene hinaus die Notwendigkeit von Stellungnahmen der Studentenschaft zu tagespolitischen Fragen zu verstehen, muß die gegenwärtige politische Struktur der Gesellschaft sowie die Stellung von Universität und Wissenschaft innerhalb derselben berücksichtigt werden. Der Begriff ‚Demokratie‘ besagt, daß der Prozeß der politischen Willensbildung vom gesamten Volk getragen wird. Die politische Diskussion muß in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden. Diesem Postulat wird unsere gegenwärtige Gesellschaft nicht gerecht. Sie ist nach Kompetenzbereichen aufgegliedert. Der Bürger unterwirft sich unkritisch den sogenannten Sachzwängen der Arbeitsteilung. Das führt dazu, daß man die Universität auf einen Bereich ‚reiner, objektiver Wissenschaft‘ beschränkt und die politische Willensbildung einer kleinen Gruppe von Spezialisten überlassen bleiben soll, deren politisches Mandat alle vier Jahre durch formal-demokratischen Wahlakt bestätigt wird. Die Studenten sind nicht bereit, dieser Arbeitsteilung zu folgen, die den Berufspolitikern die politische Praxis überläßt, der Bevölkerung den Status der ‚Regierten‘ zuweist und die Studentenschaft zu politischer Askese in den Seminarraum verbannt. Die Studenten der FU bestehen darauf, ihre demokratische Verantwortung durch ggf. auch demonstrative Meinungsäußerungen wahrzunehmen, wobei sie sich auf die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Betätigung stützen.

Damit ist bereits der zentrale Gesichtspunkt für die Begründung des politischen Mandats der Studentenschaft angeschnitten: die besondere Stellung von Universität und Wissenschaft in der pluralistischen Industriegesellschaft. Der Realitätsbezug der Wissenschaft und ihre Bedeutung für die politische Entfaltung der Gesellschaft finden darin seinen Ausdruck, daß heute alle Lebensbereiche in immer stärkerem Maße von wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmt werden.

Die Gesellschaft ist somit zum unmittelbaren Anwendungsfeld der Wissenschaft geworden. Rationale Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis ist erst dann gewährleistet, wenn sie unter dem Vorzeichen ihrer sozialpolitischen Relation diskutiert und beschlossen wird; erst dann wird sie ihrer Prämisse gerecht, dem Leben zu dienen.

Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel, die alles Leben auf der Erde bedrohen, kann es der heutige Naturwissenschaftler nicht seiner Umwelt überlassen, welche Anwendung seine Erkenntnisse finden. Am Beispiel der Waffenentwicklung läßt sich sehr deutlich zeigen, daß wissenschaftliche Arbeit in Abhängigkeit von tagespolitischem Geschehen steht, daß ihr ein politischer Aspekt immanent ist, der ihre Voraussetzungen und Folgen zu bedenken verpflichtet.

Der Wissenschaftler und der Student als angehender Wissenschaftler haben daher in der heutigen Zeit die Position inne, die ihnen eine spezifische Verantwortung auferlegt. Es genügt nicht, daß sie die gesellschaftlichen Implikationen ihres Tuns erkennen und Politik selbst wissenschaftlich analysieren, sondern sie müssen die Voraussetzungen und Folgen ihrer Arbeit bewußt reflektieren. Da sich die Verpflichtung zu politischer Stellungnahme unmittelbar aus der wissenschaftlichen Tätigkeit des Studenten ergibt, kann sich auch die Vertretung der Studenten dieser Verantwortung nicht entziehen.

Sommersemester 1965

Hatte die Universitätsbürokratie anläßlich der oben genannten Streitfälle vom Februar 1959 bis zum Juni 1962 noch ganz offen die politischen Freiheiten der Studentenschaft angegriffen und die Rückkehr zum Opportunitätsprinzip gefordert, so benutzte sie im Kuby-Fall in ihrer Argumentation einen Verwaltungsformalismus, das Hausrecht, um die Studentenschaft von öffentlich-politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten und die Universität der Politik zu entziehen.

Gleichzeitig begann mit dem ‚Fall Kuby‘ eine Serie von Auseinandersetzungen, in deren Verlauf das Rektorat und der Akademische Senat das Dienstrecht („Fall Krippendorff“) und die ‚Akademische Würde‘ einsetzte (Rede des 1. AStA-Vorsitzenden Lefèvre anläßlich der Immatrikulationsfeier), um die Studenten und Angehörigen des Mittelbaus an der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hindern. Dabei verstieß die Universitätsbürokratie gegen den von ihr gern beschworenen Geist der ‚Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden‘ ebenso wie auch in einigen Fällen gegen die Universitätssatzung.

Der „Fall Kuby“

Der Publizist Erich Kuby war vom AStA zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion anläßlich des 20. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus im Auditorium Maximum der Freien Universität eingeladen worden, an der neben dem Journalisten Kraemer-Badoni auch Prof. v. Friedeburg als Diskussionsleiter teilnehmen sollte. Sie sollten über das Thema ‚Restauration oder

Neubeginn – die Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre danach‘ sprechen.

Die akademische Verwaltung stellte für die Veranstaltung das Auditorium Maximum zunächst zur Verfügung; später wollte der inzwischen im Amt befindliche Rektor, Prof. Lüers, den Raum nur unter der Bedingung zur Verfügung stellen, daß Kuby nicht an der Veranstaltung teilnahme. Kuby hatte 1958 Redeverbot an der FU erhalten, weil er am 12. Juni 1958 in einem Vortrag in der FU gesagt hatte: „... daß der Name (Freie Universität, U. S.) ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck bringt. Nur jene polemische Grundsituation vermag zu verbergen, daß in dem Wort ‚Freie Universität‘ eine innere antithetische Bindung an die andere, an die unfreie Universität jenseits des Brandenburger Tores fixiert ist, die für meinen Begriff mit den wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgaben einer Universität schlechthin unvereinbar ist.“ Obwohl AStA und Konvent scharfen Einspruch gegen die Verfügung von Rektor Lüers erhoben, wurde das Redeverbot nicht aufgehoben. Die Veranstaltung fand am 7.5.1965 im Studentenhaus der TU statt.

Im Gegensatz zu den Vorfällen vergangener Jahre sollte dieses Redeverbot nicht nur bei der Studentenvertretung, sondern zunächst vor allem innerhalb der Studentenschaft heftigen Protest hervorrufen. Die Studentengruppen LSD, SHB, SDS, ESG, DIS, HSU und Argument-Club klärten in Flugblättern die Studentenschaft über das Verbot und seine Hintergründe auf und riefen zu einer Protestversammlung für den Nachmittag des 7.5. im Henry-Ford-Bau auf. Etwa 500 Studenten unterschrieben eine Resolution, in der sie den Rektor aufforderten, es in Zukunft zu ermöglichen, daß die Studentenschaft der FU „jede Person zu jedem Thema und zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren könne.“

Mochte auch zunächst der Eindruck richtig sein, der Protest werde im wesentlichen von den politischen Studentenverbänden getragen, so ging jetzt die Aktivität mehr auf nicht organisierte Studenten über, die eine Woche lang die Unterschriftensammlung fortführten, Protestplakate vor die Gebäude der akademischen Verwaltung trugen und laufend die Presse informierten. Bis 18.5. hatten über 3.000 Studenten die Resolution unterschrieben.

Am 12.5. nahm das Rektorat öffentlich in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu den Forderungen der Studentenschaft Stellung, die als „völlig irrational“ bezeichnet wurden. Nach weiteren Verhandlungen des AStA und einem Votum des Konvents bestätigte das Rektorat am 17.5. das grundsätzliche Selbstverwaltungsrecht der Studentenschaft, verweigerte jedoch unter Hinweis auf sein Hausrecht die Forderungen der Studentenschaft.

Daraufhin rief die Studentenvertretung des Otto-Suhr-Instituts zu einem Vorlesungsstreik für den Vormittag des 18.5. auf, der allgemein befolgt wurde. Zudem protestierte eine Reihe studentischer Vereinigungen und Professoren der FU, zum Teil in offenen Briefen, gegen das Vorgehen des Rektors.

In einem Erwidernsschreiben an den Rektor faßte der 1. AStA-Vorsitzende die Argumentation der Studentenschaft am 24.5. wie folgt zusammen: „Wenn der Rektor unter Berufung auf den §6 der Satzung der Universität und in Verbindung mit dem §28 der Universitätsordnung sein Recht, die Universität nach innen und nach außen zu vertreten, so versteht, daß er allein verantwortlich für alles ist, was in dieser Universität geschieht, ist diese Konzeption der Universität, die man bislang mit der Formel ‚Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden‘ zu umschreiben liebte, offenbar aufgegeben worden. Hierin scheint mir die Bedeutung Ihres Schreibens zu liegen. Erstmals beansprucht ein Organ dieser Universität, in Unabhängigkeit von allen anderen Organen bestimmen zu dürfen, was an dieser Universität geschieht und was nicht. [...] Die Sorge, daß die Forderung der Studentenschaft verfassungsfeindlichen Tendenzen Vorschub leisten könnte, ist als Sorge um die Grundlage unserer Gesellschaft auch die unsere.“

Jedoch muß ich anfügen, daß die Vorstellung, der demokratische Geist unserer Universität könne allein durch die autoritative Ordnungsgewalt des Hausrechts gewahrt werden, ein Mißtrauen gegen demokratische Kontrollorgane (gemeint ist der Konvent, U.S.) verriet, von dem sich die Studentenschaft distanziert. Professoren und Studenten haben sich bei der Gründung der Freien Universität gemeinsam zum Prinzip der demokratischen Selbstkontrolle bekannt. Die Studentenschaft fordert – so betone ich nochmals – nicht ein Verschieben der Rechte der einzelnen Organe der Universität, sondern die Bestätigung ihres Rechts auf demokratische Selbstkontrolle.“ (FU-Sonderspiegel des AStA vom 25.5.1965)

Rede des AStA-Vorsitzenden bei der Immatrikulationsfeier

Am 28.5.1965 fand die Immatrikulationsfeier des Sommersemesters statt. Wie bislang üblich, sollte den Neumatrikulierten das Ritual der ‚Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden‘ vorgeführt werden, obwohl die Auseinandersetzung zwischen Studentenschaft und akademischer Verwaltung um das politische Mandat noch in vollem Gange waren.

Der 1. AStA-Vorsitzende nahm in seiner Rede kritisch zu den Ereignissen an der FU Stellung: Er zeigte den Neumatrikulierten die Grenzen des ‚Berliner Modells‘ auf. Als er erklärte, die studentischen Vertreter nähmen nur unter Protest an der Veranstaltung teil, wurde er von drei Senatsmitgliedern und dem Rektor am Weiterreden gehindert und verließ mit den studentischen Vertretern das Auditorium Maximum.

Der AStA erklärte in seiner Pressemitteilung vom 29.5.1965: „Dieser Vorfall ist in der Geschichte der FU einmalig. Bis jetzt wurde von keiner Seite dieser Universität das Recht der Studentenvertretung angezweifelt, zu allen Problemen der Universität öffentlich Stellung zu nehmen. Der AStA stellt mit Bestürzung fest, daß nach dem Hausverbot gegen einen außenstehenden Kritiker nun auch die Redefreiheit für den gewählten Repräsentanten der Studentenschaft beschnitten wur-

de. Dies ist mit der Geschichte und dem Anspruch der Freien Universität nicht vereinbar.“

Der „Fall Krippendorff“

Hatte die akademische Verwaltung im ‚Fall Kuby‘ das Hausrecht gegen einen außenstehenden Kritiker und gegen die Informationsfreiheit der Studenten eingesetzt, hatte sie anlässlich der Immatrikulationsfeier gezeigt, daß sie politische Meinungsäußerungen der Studentenvertreter nicht zu dulden gewillt war, so ging sie im ‚Fall Krippendorff‘ gegen das politische Engagement eines Angehörigen des ‚Akademischen Mittelbaus‘ vor.

Krippendorff, Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU, hatte am 14.5.1965 im Spandauer Volksblatt eine, wie es damals schien, unrichtige Information veröffentlicht über eine Weigerung des Rektors, Karl Jaspers zum 8.5.1965 an die Universität einzuladen. Am 18.5.1965 korrigierte sich Krippendorff im Spandauer Volksblatt und entschuldigte sich beim Rektor. Dennoch erhielt er am 10.6.1965 vom Rektor die Nachricht, sein Vertrag, der am 30.9.1965 auslaufe, werde nicht verlängert. Er war demnach faktisch entlassen.

Die de-facto-Entlassung war indessen problematisch: Der Rektor hatte weder den geschäftsführenden Direktor des Instituts, an dem Krippendorff angestellt war, noch den für Krippendorff zuständigen Lehrstuhlinhaber, Prof. Ziebura, konsultiert. Neben einem schweren „Verstoß gegen das innerhalb der Universität übliche Loyalitätsverhältnis zwischen Rektor und einem Kollegen“ sah Prof. Ziebura, daß „es sich hier um einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Freien Universität Berlin“ handle und daß die Vermutung naheliege, „daß der Rektor im Fall Krippendorff ein Exempel statuieren wollte, das sich grundsätzlich gegen wissenschaftliche Assistenten richtet, die sich politisch exponieren.“ (Alle Zitate entstammen dem Memorandum Prof. Ziebura.)

Die Öffentlichkeit erfuhr von den Vorgängen um Krippendorff erst am 13.6.1965 durch eine Flugblattaktion von 12 studentischen Vereinigungen, die den exemplarischen Charakter des Falles herausstellten und den Rektor aufforderten, seine Entscheidung öffentlich zu vertreten, sowie den Anstellungsvertrag Krippendorffs zu verlängern.

Einen Tag später fand eine Konventssitzung statt, in deren Verlauf Prof. v. d. Gablentz, ebenfalls Angehöriger des OSI, scharf gegen die Maßnahmen des Rektors Stellung nahm. Dafür und für einen Vorabdruck seines geplanten ‚Zeit‘-Artikels wurde er vom Akademischen Senat, der wie üblich die Maßnahmen des Rektors deckte, in einem Plakat der ‚Beleidigung des Lehrkörpers‘ angeprangert, das in allen Gebäuden der Universität aushing.

Auf einer Vollversammlung der Studenten aller Fakultäten am 16.7.1965 wurde schließlich der Rücktritt des Rektors gefordert, eine Forderung, die die Differenzen ausdrückt zwischen der ‚demokratischen Universität‘,

in der der Rektor von den in der Universität Arbeitenden demokratisch kontrolliert wäre, und der bestehenden Ordinarienuniversität, in der auch die demokratiefeindliche Entscheidung eines Rektors durch die körperschaftliche Willensbildung der akademischen Gremien gedeckt wird. Der Kompromißvorschlag, der schließlich von den direkt Beteiligten angenommen wurde, Krippendorff bei Aufrechterhaltung der de-facto-Entlassung ein Habilitationsstipendium zu gewähren, war nach Meinung des Konvents nicht geeignet, „die erneute Vertrauenskrise zwischen Universität und Rektor zu beheben!“ (Nachrichten aus dem Konvent 15.7 1965)

Aus den drei oben genannten ‚Fällen‘ lassen sich einige Schlußfolgerungen ziehen: Die akademische Verwaltung bestreitet der Studentenvertretung und anderen Universitätsangehörigen de facto das Recht auf selbstverantwortliche politische Stellungnahme. Sie ist dabei unnachgiebig in der Sache, aber anpassungsfähig im taktischen Vorgehen.

Die lange und heftige Auseinandersetzung mit der akademischen Verwaltung hatte zunächst als greifbares und für jeden Studenten sichtbares Resultat gezeigt, daß sich das Rektorat erneut durchgesetzt hat mit seinem Anspruch, alleiniger Herr in der FU zu sein. Die Tatsache, daß die akademische Verwaltung wieder einmal ihre Position bekräftigte, tritt an Bedeutung hinter der Tatsache zurück, daß das Rektorat gezwungen werden konnte, seine Haltung öffentlich in Presse, Rundfunk und Fernsehen darzulegen und zu verteidigen. Dabei gewannen die Argumente der Studentenvertretung mehr Gewicht als in vertraulichen Sitzungen des Akademischen Senats. Damit ist verbunden, daß die Studentenvertretung und die politischen Studentengruppen wieder Kontakt zu der Mehrheit der Studenten gewannen, der während der kritiklosen Teilnahme der Studentenvertretung an der Honoratiorenverwaltung während der Jahre der Restauration an der FU verloren gegangen war.

Des weiteren wurden die Studenten nicht nur mit der Machtstruktur der Freien Universität konfrontiert, sondern erfuhren, daß ihre radikal-demokratischen Forderungen von weiten Teilen der bis dahin als demokratisch eingeschätzten Presse nicht gewürdigt wurden. Die Ungeduld, mit der ein Teil der Presse auf das Austragen offener Konflikte reagierte, wies den von einigen Studenten theoretisch erkannten und in Aufklärungsveranstaltungen über Vietnam, Notstandsgesetze u. ä. nachgewiesenen Zusammenhang von Universität und Gesellschaft als real gegeben aus.

Im Inneren der Universität wurde klar, daß rationale und mit demokratischer Legitimation gefaßte Beschlüsse der Studentenschaft über Selbst- und Mitverwaltungsangelegenheiten von einem bornierten Rektor, der die FU wie ein Patriarch regierte, ohne Angaben von stichhaltigen Gründen abgewiesen werden konnten, ohne daß der körperschaftlich verfaßte Akademische Rat dagegen einschreiten würde.

Die Studentenvertretung, die während der Auseinan-

dersetzung immer wieder zur Kooperation bereit war und mit der Erinnerung an die Gründung und den ‚Geist‘ versuchte, ihren Einfluß in den akademischen Gremien zu stärken, mußte einsehen, daß sämtliche noch so rationalen und demokratisch zusammengekommenen Beschlüsse von der akademischen Verwaltung ignoriert werden konnten, solange sie nicht von einer mobilisierten Studentenschaft getragen wurden. Wollte die Studentenvertretung ihren politischen Spielraum erhalten, mußte sie deshalb die Rolle des Juniorpartners der akademischen Verwaltung mit den Riten der Vertraulichkeit und akademischen Würde weitgehend aufgeben und statt dessen die aufgetretenen Konflikte mit einer informierten Studentenschaft in größtmöglicher Öffentlichkeit austragen.

Die Universität zahlte so für ihr Prinzip, die Studentenschaft von öffentlich-politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, um die Universität der Politik zu entziehen, einen hohen Preis: Sie zwang die Studentenschaft, die Universität als Gesamtorganisation mitten in die öffentliche Diskussion zu stellen.

Zum Verhältnis von Hochschul- und Stadtpolitik

Es besteht heute eine Neigung zu der Behauptung, daß die Studenten mit den bekannten Frischeiern vom 5.2.66 (gegen das Amerika Haus, d. Hrsg.) die heftigen Reaktionen der Berliner Öffentlichkeit willkürlich provoziert hätten. Diese Neigung macht es bitter nötig, unser Gedächtnis aufzufrischen hinsichtlich des Prozesses, der die universitären Konflikte zu städtischen Konflikten werden ließ.

West-Berlin hat zu keiner Zeit die Entwicklungen in der FU als inneruniversitäre Angelegenheiten betrachtet, weil die FU von Anfang an eine bestimmte Rolle innerhalb des politischen Konzeptes spielte, dem sich West-Berlin seit 1948 verpflichtet hatte. Die FU hatte nicht nur eine Institution zu sein, in der Lehrende und Lernende ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen, sondern die FU sollte zugleich gegenüber der DDR demonstrieren, was Hochschulwesen in der ‚Freien Welt‘ ist. (Zur Widersprüchlichkeit dieser Funktion vgl. den historischen Abschnitt). Die Entwicklungen in der FU waren deswegen stets für die Berliner Öffentlichkeit wichtige und politische Ereignisse. In München z. B. hätte es wohl kaum 1962 noch einen Journalisten gegeben, der mit dem Gestus, einen Skandal aufzudecken, die Belanglosigkeit recherchiert hätte, daß ein AStA-Mitglied an den Weltjugendspielen (damals in Helsinki) als Beobachter teilgenommen hatte. (Vgl. Tagespiegel vom 23. 7. ff. 1962). Die ‚besondere Situation Berlins‘, auf die noch heute Journalisten und Politiker verweisen, um zu begründen, warum in Berlin weniger erlaubt sei als anderswo, diese Situation bewirkte, daß die Berliner Öffentlichkeit stets streng darauf hielt, daß die ‚Modell‘-Universität ihrer Aufgabe im antikommunistischen Konzept nicht untreu wurde. Spätestens seit dem ‚Atom-Kongreß‘ von 1958 gab es immer wieder Anlaß, die Universitätsbürger auf die ‚besondere Situation Berlins‘ verwarnend hinzuweisen. Daß es dabei z. T. Widersprüche zwischen der publizistischen Öffentlichkeit und den politischen Instanzen Berlins gab,

soll nicht verschwiegen werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die ‚Fluchthelfer-Affäre‘ vom August 1963, bei der der vom größten Teil der Berliner Presse scharf angegriffene Rektor Heinitz sein Vorgehen mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt abgeklärt hatte. [...]

Aber auch die Politiker begannen bereits im Sommersemester 1965 die studentische Bewegung an der FU anzugreifen, obwohl es keineswegs ein politisches Engagement von Studenten gab, das in irgendeiner Form die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundlagen der Gesellschaft berührte. Es genügte, daß einige Studenten dem etablierten politischen Selbstverständnis zuwider handelten, um auch die Politiker auf den Plan zu rufen. Man mag selbst urteilen, ob die Erklärung des SPD-Landesvorsitzenden Mattick vom 19.6.1965 oder gar die Erklärung der Berliner CDU vom 28.8.1965, in der bereits mit dem Staatseingriff in die autonome FU geliebäugelt wird, adäquat zu nennende Schritte angesichts politischer, grundgesetzkonformer Erklärungen von Studentenvertretern sind; oder ob sich diese Erklärungen nicht vielmehr einreihen in eine Diffamierungskampagne, die mit Demokratie nichts mehr zu tun hatte. [...]

Wenn das Wintersemester 1965/66 als ‚Vietnam-Semester‘ bezeichnet wurde, so ist festzuhalten, daß die Studenten sich zunächst nur in der Weise mit dem Vietnam-Krieg beschäftigten, in der sie dies auch z. B. im Wintersemester 1964/65 getan hatten, nämlich in inneruniversitären Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Neben der Tatsache, daß den Studenten plötzlich vom Rektor Hindernisse für diese Informationsveranstaltungen in den Weg gelegt wurden, war ebenfalls im Wintersemester 1965/66 neu, daß in der Stadt von nicht-studentischen Urhebern eine Kampagne für die Vietnam-‚Politik‘ der USA gestartet wurde, nämlich von den Berliner Zeitungsverlegern. Dies, sowie die Kampagne gegen eine Silvesterveranstaltung der Konzert-Agentur Biesold und gegen den Kabarettisten W. Neuss (worin auch Berliner Parteien verstrickt waren) stellte eine Radikalisierung der außeruniversitären Berliner Öffentlichkeit dar, angesichts derer es nicht verwundert, wenn sich Teile der Studentenschaft die Frage stellten, ob ihr politisches Engagement künftig auf die Universität beschränkt bleiben dürfe.

Am 28.1.1966 explodierte im Treppenhaus des Studentenhauses am Steinplatz während einer Informationsveranstaltung zum Vietnam-Krieg eine Bombe. Der größte Teil der Berliner Presse verharmloste diesen Anschlag und ging stattdessen mit der Informationsveranstaltung ins Gericht sowie mit der anschließenden nicht angemeldeten Demonstration, die nach dem Anschlag nur zu verständlich erscheint. Die Kriminalpolizei vermochte diesen Anschlag so wenig aufzudecken wie etwa die Haustürbrände bei Grass, Vogel, Goldschmidt und anderen Bürgern. Eine Veranstaltung zum Vietnam-Krieg am 31.1.1966 im Henry-Ford-Bau der FU wurde gleichfalls durch die Ankündigung eines Sprengstoffanschlags bedroht und hätte deswegen fast abgesagt werden müssen. Auch wenn nicht unerwähnt bleiben darf, daß der Senat Brandt die schlimmsten

Auswüchse dieser zum Teil schon manifest werdende Kampagne gegen die Studenten und andere Bürger verurteilte, so kann doch nicht übersehen werden, daß diese Appelle deswegen unwirksam blieben, weil die SPD und ihr Senat selbst es nicht wagten, den oppositionellen Studenten prinzipiell den Schutz ihres Rechts auf Opposition innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens zuzusichern. Die Rolle des Springer-Konzerns, der einen permanenten Druck auf den Senat ausübte, wird hier nicht näher analysiert. Jedenfalls zeigen die Erklärungen der SPD vom 16.6.65 und zur Vietnam-Unterschrift der AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow, daß die SPD in sich selbst uneinig war, ob sie politischen Artikulationen, die die Grundlinie des politischen Konzepts der drei Parteien und der Mehrheit der Bevölkerung und Presse verlassen, in Berlin gleiche demokratische Rechte zugestehen könne oder nicht. So wenig man den inneruniversitären Politisierungsprozeß des Sommersemesters 1965 und des Wintersemesters 65/66 als demokratiefeindlich bezeichnen könnte, so sehr konnte man die städtische Reaktion als undemokratisch bezeichnen, die dadurch ausgelöst wurde.

Diese Reaktion war die erste Gestalt der städtischen Dimension des universitären Politisierungsprozesses, keineswegs aber von studentischen Aktionen in dieser Stadt. Die Tschombe-Demonstration von Dezember 1964 und die Südafrika-Demonstration von März 1965 waren Ereignisse, die jeweils nur unmittelbar eine vergleichsweise harmlose Reaktion der Presse zur Folge hatten. Erst die kampagnemäßige Reaktion der Berliner Öffentlichkeit auf die inneruniversitären Auseinandersetzungen des Sommersemesters 1965 zeigte das neue Niveau, in dem Studenten zu Recht einen Radikalisierungsprozeß der Berliner Öffentlichkeit erblicken konnten. [...]

Der Anfang dieser Phase war vor allem durch zwei Schritte des Berliner Senats bzw. des Abgeordnetenhauses gekennzeichnet:

- 1) durch die äußerst problematische Deklaration der City zur Banneile, was einer Einschränkung der Demonstrationsfreiheit gleichkam, und
- 2) der Verweigerung der Beitragserhöhung für den FU-AStA-Haushalt bzw. später der illegitimen Koppelung dieser Beitragserhöhung mit einer Beitragserhöhung für das Studentenwerk. Mit dieser schrittweisen Einschränkung des Raums, in dem sich Studenten politisch artikulieren können, stellte sich für die Studenten das Legalitätsproblem vollständig neu, da die legalisierte Exekutive mit dieser Einschränkungspraxis zunehmend illegitime Gewalt ausübte. Als dann am 10.12.66 die Polizeiführung für eine Vietnam-Demonstration nur eine menschenleere Route anbot, waren die Studenten durch diese städtische Politik vor die Entscheidung gestellt, diese Auflage zu ignorieren oder aber auf die Wirksamkeit ihrer Demonstration zu verzichten. Es scheint offenkundig, daß die Demonstration dieser Auflage schon deswegen mißachten mußte, um diese illegitimen Maßnahme nicht noch durch Befolgung den Anschein von Rechtmäßigkeit zu geben.

Zum „Terror einer Minderheit“

[...] Anfang Dezember 66 wichen die Studenten im Verlauf einer genehmigten Demonstration von der ausgehandelten Route ab. Dieser Provokation ging eine Politik der Berliner Exekutive voraus, die Demonstrationen nur noch in nahezu menschenleeren Gegenden gestattete. Im November 66 stürten Studenten eine Diskussion mit dem Rektor; dieser Provokation ging eine Politik von Rektor und Akademischem Senat voraus, die der Forderung eines Sit-in von über 4.000 Studenten nach verbindlichen Diskussionen, das heißt nach Diskussionen, deren Ergebnisse nicht von der universitären Administration ignoriert werden, in der Weise Rechnung trug, daß sich der Rektor ein halbes Jahr später lediglich zu einem persönlichen Meinungsaustausch über unaktuelle Fragen herbeiließ. [...]

Die Ereignisse des Januar und Februar 66 brachten auch die andere Seite von städtischem und universitärem Konflikt zum Vorschein: die universitäre Administration reagierte auf die verschärfte städtische Kampagne gegen die Studenten ihrerseits mit verschärften Restriktionen gegen den politischen Freiraum der Studenten, um die politischen Auseinandersetzungen, die nur zu leicht auch die offizielle Universität in Mitleidenschaft ziehen könnte, ein für allemal zu beenden. Am 16.2.66 faßte der Akademische Senat den Beschluß, politischen Veranstaltungen nicht mehr Räume der FU zur Verfügung zu stellen. Dieses Raumvergabeverbot, das einen klaren Bruch der Universitätsordnung darstellte, führte nicht nur zum Rücktritt des AstA und des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, sondern es brachte die Zusammenarbeit sämtlicher politischer Studentenverbände vom RCDS und der KSG bis hin zum SDS hervor. Auch wenn selbst die Berliner Presse diesen Senatsbeschluß kritisierte, konnten doch die Studenten nicht übersehen, daß diese Kritik größtenteils taktischer Natur war: Man kritisierte den allzu eifrigen akademischen Helfer der eigenen Repressionsversuche, und zwar dahingehend, daß sein Vorgehen die Bekämpfung eher erschwere als fördere (vgl. z. B. den Kommentar der Berliner Morgenpost vom 18.2.66) [...]

Der Protest der Studenten, soweit er von einer relevanten Anzahl getragen wurde, war etwa bis Anfang 66, bezogen auf außeruniversitäre politische Ereignisse, in seinem Anspruch wenig mehr als ein Beitrag zum bestehenden Pluralismus politischer Meinungen; und wenn er universitäre Angelegenheiten betraf, entstand er als Reaktion auf Restriktionsmaßnahmen seitens der Universitätsverwaltung, d. h. wenn die Studenten sich in ihren formaldemokratischen Rechten der freien Meinungsäußerung beschränkt sahen. Der Protest entstand punktuell und verschwand mit der augenscheinlichen Aktualität der Ereignisse, weil er von vornherein schon als mehr oder weniger konsequenzloses Ritual eingestanden war. Doch durch die sich häufenden und verschärfenden Maßnahmen der Universität entwickelte sich eine latente Bereitschaft einer immer größer werdenden Anzahl von Studenten, gegen die erkannten Mißstände Front zu machen.

Aber noch blieb der Protest in einem den Studenten durch die Universität vermittelten Selbstverständnis der Trennung von Wissenschaft und Politik ihren individuellen Interessen und Zielen äußerlich; Interessen, die sich verständlicherweise um den Inhalt eines Studiums, das zur Einübung der technischen Handhabung wertfreier Fakten geschrumpft ist, nicht mehr kümmern und von Politik, die einzig in der Beliebigkeit politischer Meinungen erscheinen darf, nicht tangierbar sind. Aufbrechen konnte ein derart unpolitisches Bewußtsein erst, als sich einerseits die allgemeine Arbeitssituation an der Universität verschlechterte.

Für die Studenten entstand daraus eine Verunsicherung ihrer eigenen Zukunftschancen, die sich bislang als nur abhängig von den individuellen Fähigkeiten darstellten; und als andererseits die demokratischen Grundrechte der Meinungsfreiheit zunehmend beschränkt wurden. Gleichgültig, ob diese effektiv wahrgenommen wurden, war der abstrakte Konsens gerade der sich als liberal und aufgeklärt verstehenden Studenten die Toleranz gegenüber den möglichen politischen Ansichten. Daraus folgte weniger ein gemeinsames politisches Interesse als ein allgemeines Desinteresse. Die Eingriffe der Administration durch Verletzung ihrer eigenen Prinzipien – an der Universität wie in der Stadt – bildeten erst die Plattform teilweise nur formaldemokratischer Verteidigung von politischen Veranstaltungen, die inhaltlich keineswegs von allen Protestierenden geteilt wurden. Gerade in dieser Zeit entschloß sich die akademische Verwaltung zum Verbot aller politischen Veranstaltungen, obwohl jedermann klar war, daß der Anlaß die Vietnam-Veranstaltungen der politischen Verbände war, als sich zudem der Vietnam-Krieg nicht mehr als bedauerlicher Zwischenfall eines sonst demokratischen Landes abtun ließ. Wenn bislang die politischen Implikationen solcher Maßnahmen hinter dem Schleier egalitärer Behandlung verdeckt blieben, machte sich in diesem Fall die Universität durch ihre unangemessene Aktion selbst bei den weniger politisch engagierten Studenten der Parteinahme verdächtig.

Genau in dem Punkt läßt sich etwas typisiert der subjektive Antrieb der jetzigen Politisierung der Studenten lokalisieren, weil in dem Moment vielen klar wurde, daß die stets verordnete Unparteilichkeit nur dazu dient, die bestehenden Machtverhältnisse unangetastet zu lassen.

Ein zentrales Ereignis in diesem Entwicklungsprozeß war die Einführung der Zwangsexmatrikulation an der Medizinischen und Juristischen Fakultät. Erstmals erfolgten hier Maßnahmen seitens der Universität, die den Studenten die Vernichtung ihrer eigenen Existenz nicht mehr länger als theoretische Möglichkeit, sondern als reale Gefahr vor Augen hielten. Gefragt wurde nach der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme, die einzig im Rahmen einer umfassenden Studienreform überhaupt zur Diskussion hätte gestellt werden können. Nicht zuletzt ihre Widersprüchlichkeit zu den bestehenden Studienbedingungen machte ihr Ziel, blinde Disziplinierung und Anpassung der Studenten, zuschanden, weil es für jedermann zu offenbar keiner anderen Rationalität entspringen konnte.

Die Frauen im SDS oder: In eigener Sache

Ulrike Marie Meinhof (1968 in Konkret, Nr. 12)

Daß Tomaten und Eier sehr gut geeignet sind, Öffentlichkeit herzustellen, wo andernfalls die Sache totgeschwiegen worden wäre, ist seit dem Schahbesuch sattem bekannt. Als Verstärker von Argumenten haben sie sich schon mehrfach als nützlich erwiesen. Aber die Studenten, die da den Schah besudelten, handelten doch nicht in eigener Sache, eher stellvertretend für die persischen Bauern, die sich zur Zeit nicht wehren können, und die Tomaten konnten nur Symbole sein für bessere Wurfgeschosse. Ob man das für gut hielt, war eine Frage des mühsam erworbenen Wissens, der eigenen Entscheidung, der selbstgewählten Identifikation. Die Welt von CIA und Schah wird mit Tomaten nicht verändert, worüber diese Leute noch nachdenken könnten, darüber haben sie schon nachgedacht.

Die Tomaten, die auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz des SDS geflogen sind, hatten keinen Symbolcharakter. Die Männer, deren Anzüge (die Frauen wieder reinigen werden) bekleckert wurden, sollten gezwungen werden, über Sachen nachzudenken, über die sie noch nicht nachgedacht haben. Nicht ein Spektakel für eine alles verschweigende Presse sollte veranstaltet werden, sondern die waren gemeint, die sie an den Kopf gekriegt haben. Und die Frauen, die die Tomaten warfen, und die die Begründung dazu geliefert hatten, die redeten nicht aufgrund entlehnter mühsam vermittelter Erfahrung, die sprachen und handelten, indem sie für unzählige Frauen sprachen, für sich selbst. Und es scherte sie einen Käse, ob das, was sie zu sagen hatten, das ganz große theoretische

Niveau hatte, das sonst im SDS anzutreffen ist, und ob das alles haargenau hinsieht und ob auch der Spiegel zustimmen würde, wären sie doch erstickt, wenn sie nicht geplatzt wären. Ersticken doch täglich Millionen von Frauen an dem, was sie alles herunterzuschlucken, und essen Pillen dagegen, Contergan – wenn sie Pech haben – oder schlagen ihre Kinder, werfen mit Kochlöffeln nach ihren Ehemännern, motzen und machen vorher die Fenster, wenn sie einigermaßen gut erzogen sind, zu, damit keiner hört, was alle wissen: daß es so, wie es geht, nicht geht.

Der Konflikt, der in Frankfurt nach ich weiß nicht wie vielen Jahrzehnten wieder öffentlich geworden ist – wenn er es so dezidiert überhaupt schon jemals war –, ist kein erfundener, keiner, zu dem man sich so oder so verhalten kann, kein angelesener; den kennt, wer Familie hat, auswendig, nur daß hier erstmalig klargestellt wurde, daß diese Privatsache keine Privatsache ist.

Der Stern-Redakteur, der die Sache griffig abgefieselt hat – seit Jahren schwele im SDS die Auseinandersetzung über die Unterdrückung der weiblichen Mitglieder –, hat nur noch nicht gemerkt, daß gar nicht nur von der Unterdrückung der Frauen im SDS die Rede war, sondern sehr wohl von der Unterdrückung seiner eigenen Frau, in seiner eigenen Familie, durch ihn selbst. Der konkret-Redakteur, der die Sache mit den Tomaten als einen Zwischenfall unter anderen auf der Delegiertenkonferenz erlebte, und diese Frauen, die ausdrücklich den autoritären Ruf nach dem Gesetzge-



ber ablehnen, als „Frauenrechtlerinnen“ apostrophierte; auch der, wengleich gemeint, hat sich nicht getroffen gefühlt, wohl weil er nicht getroffen wurde. Und Reimut Reiches Vorschlag für die Frauen, doch einfach den Geschlechtsverkehr zu verweigern, bestätigte Helke Sanders Vorwurf, daß die Männer den Konflikt noch ganz verdrängen, wollte auch er ihn doch in jene Privatsphäre zurückweisen, aus der er eben erst durch Referat mit Tomaten ausgebrochen war.

Diese Frauen aus Berlin in Frankfurt wollen nicht mehr mitspielen, da ihnen die ganze Last der Erziehung der Kinder zufällt, sie aber keinen Einfluß darauf haben, woher, wohin, wozu die Kinder erzogen werden. Sie wollen sich nicht mehr dafür kränken lassen, daß sie um der Kindererziehung willen eine schlechte, gar keine oder eine abgebrochene Ausbildung haben oder ihren Beruf nicht ausüben können, was alles seine Spuren hinterläßt, für die sie in der Regel selbst verantwortlich gemacht werden. Sie haben klargestellt, daß die Unvereinbarkeit von Kinderaufzucht und außerhäuslicher Arbeit nicht ihr persönliches Versagen ist, sondern die Sache der Gesellschaft, die diese Unvereinbarkeit gestiftet hat. Sie haben allerhand klargestellt. Als die Männer darauf nicht eingehen wollten, kriegten sie Tomaten an den Kopf. Sie haben nicht rumgejammert und sich nicht als Opfer dargestellt, die Mitleid beantragen und Verständnis und eine Geschirrspülmaschine und Papperlapapp. – Sie haben angefangen, die Privatsphäre, in der sie hauptsächlich leben, deren Lasten ihre Lasten sind, zu analysieren; sie kamen darauf, daß die

Männer in dieser Privatsphäre objektiv die Funktionäre der kapitalistischen Gesellschaft zur Unterdrückung der Frau sind, auch dann, wenn sie es subjektiv nicht sein wollen. Als die Männer darauf nicht eingehen konnten, kriegten sie Tomaten an den Kopf.

Es kann jetzt nicht das Interesse der Frauen sein, daß der SDS sich die Frauenfrage zu eigen macht. Wenn er die Frauen unterstützt, gut, aber keine Bevormundung. Die Reaktion der Männer auf der Delegierten-Konferenz und die auch der immer noch wohlwollenden Berichterstatter zeigte, daß erst noch ganze Güterzüge von Tomaten verfeuert werden müssen, bis da etwas dämmert. Die Konsequenz aus Frankfurt kann nur sein, daß mehr Frauen über ihre Probleme nachdenken, sich organisieren, ihre Sache aufarbeiten und formulieren lernen und dabei von ihren Männern erstmal nichts anderes verlangen, als daß sie sie in dieser Sache in Ruhe lassen und ihre tomatenverkleckerten Hemden mal alleine waschen, vielleicht weil sie gerade Aktionsratssitzung zur Befreiung der Frau hat. Und er soll die blöden Bemerkungen über den komischen Namen des Vereins lassen, denn wozu der Verein gut ist, wird sich an der Arbeit herausstellen, die er zu leisten imstande ist. Daß ihm Berge von notwendiger und schwieriger Arbeit bevorstehen, daran besteht seit Frankfurt überhaupt kein Zweifel mehr.

Sigrid Fronius studierte von 1962 bis 1966 (war jedoch bis 1972 immatrikuliert und bis 1968 hochschulpolitisch aktiv) Geschichte und Französisch an der Freien Universität Berlin. 1968 wurde sie, bundesweit als erste Frau, zur AStA-Vorsitzenden gewählt. Heute lebt sie in Bolivien und betreibt dort ein Hotel mit subtropischem Garten.

Das Interview führte Janik Hollnagel.

Interview mit Sigrid Fronius

FU70: Hallo, wir interviewen im Rahmen von 70 Jahren Freie Universität Berlin aktuelle und ehemalige Studierende, um einen persönlichen Einblick in die Geschichte zu bekommen. Wir dachten, dass du hier sicherlich einiges zu erzählen hast.

Zuerst würde uns interessieren, wann du studiert hast und was dich nach Berlin getrieben hat?

Sigrid Fronius: Ich begann mein Studium an der FU im Herbst 1962 in den Fächern Romanistik und Geschichte. Ich hatte in Korntal bei Stuttgart Abitur gemacht und erst vorgehabt, Volksschullehrerin zu werden. Doch nach einem Klassenausflug nach Berlin und einem halben Jahr durch Europa trampeln, fühlte sich die Perspektive, eines Tages in einer Kleinstadt oder auf dem Land zu leben und zu unterrichten, als eng und abseits an. Ich war damals unpolitisch, doch irgend etwas, das ich nicht näher definieren kann, hatte mich in Berlin in seinen Bann gezogen. Und so fasste ich den Beschluss, mich an der FU zu immatrikulieren. Vielleicht empfand ich Berlin und die „Freie Universität“ als Orte, an denen ein frischer Wind wehte. Ich habe mich nicht geirrt, doch dieser „frische Wind“, das waren wir dann selber, die Generation der 68iger.

FU70: Wie war die Situation in der Stadt? Gab es (bezahlbare) Wohnungen bzw. Wohnheimplätze für Studierende? Und wie hast du dein Studium finanziert?

S. F.: Ich hatte das Glück, sofort ein Zimmer in dem Evangelischen Studentenwohnheim am Rudeloff-Weg,

also wenige Minuten von der Uni entfernt, zu bekommen. Dort herrschte von Anfang an ein lebendiger Geist der Gemeinschaft. Er nahm mein späteres Leben in Wohngemeinschaften vorweg.

Bis zur Bewilligung meines Antrages auf BAföG arbeitete ich mehrere Semesterferien hindurch als Stewardess bei der Schweizer Bundesbahn.

Ich kann nicht sagen, wie die Situation „in der Stadt“ Berlin damals war, denn ich wohnte und studierte in Dahlem und nahm parallel dazu ab 1963 an den Seminaren des Argument-Clubs teil. Ich hatte keinerlei Kontakt zur Berliner Bevölkerung.

FU70: Bevor wir zu deinem persönlichen politischen Engagement kommen: Wie hast du die politische Stimmung in der Stadt während deines Studiums wahrgenommen? Gab es einen Mentalitätswandel und wie hat sich dieser vollzogen? Sprunghaft im vielzitierten Jahr 68 oder eher als ein mehrere Jahre andauernder Prozess?

S. F.: Erst mit der Studentenbewegung und unseren Aktionen kam ich mit der „politischen Stimmung in der Stadt“ in Berührung, doch in erster Linie nicht durch die Bevölkerung selbst, sondern durch die verzerrende und hetzende Berichterstattung in der Springer-Presse. Dort sah ich dann Fotos von wutverzerrten Gesichtern der „Bevölkerung“. Doch persönlich habe ich sie nie so erlebt. Was ich erlebt habe, waren später die Einsätze



ASStA-Mitglied Sigrid Fronius spricht während der Gründungsvollversammlung der „Kritischen Universität“ im Audimax, Fotograf: Hellmuth Pollaczek / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30905.

der Berliner Polizei, wenn wir demonstrierten oder das Rektorat besetzten. Ich kann also keine Aussagen über einen Mentalitätswandel machen.

FU70: Wann hat dein politisches Engagement begonnen? Gleich nach dem Zuzug oder gab es ein späteres Ereignis, was dich politisiert hat?

S. F.: Während meiner Trampptour durch Europa 1962 machte ich die Bekanntschaft mit Menschen, die veraltete Strukturen und ungerechte Machtverhältnisse kritisierten. In Algerien tobte der Befreiungskrieg von der Kolonialmacht Frankreich und in Kuba hatte Fidel Castro einen Diktator besiegt. Ich hoffte, während meines Studiums mehr über Befreiungsbewegungen zu erfahren. Die Vorstellung von „Befreiung“ faszinierte mich. Während der ersten Semester besuchte ich bei den Romanisten und Historikern Seminare, die von Politik meilenweit entfernt waren. Außerhalb der Uni fand ich im Argument-Club einen intellektuellen Kreis, in dessen Seminaren Antworten auf grundsätzliche Fragen unserer Gesellschaft gesucht und gefunden wurden.

FU70: Gab es eine klare Trennung zwischen uni- und sonstigem politischen Engagement?

S. F.: Es gab keine Trennung, denn die repressiven Maßnahmen von Universitätsverwaltung und Berliner Senat hatten stets einen politischen Hintergrund. Dazu schildere ich einige Beispiele:

Im Jahre 1965 studierte ich brav Altfranzösisch, den Aufbau von Sonetten und übersetzte bei den Historikern mittellateinische Papsturkunden. Eines Tages wurde uns an der Türe zur Mensa ein Flugblatt in die Hand gedrückt. Der ASStA gab bekannt, dass er den Journalisten Erich Kuby als Sprecher zu einer Veranstaltung eingeladen habe, doch die Universitätsleitung verbiete sein Auftreten, da er mal geäußert habe „so frei sei die Freie Universität nun auch wieder nicht.“ Wegen diesem Satz sollte der Journalist nicht zu uns reden dürfen? Das schien mir unerhört. So wie ich empfanden viele und so folgten wir dem Aufruf des ASStA zu einem Sit-In, einer friedlichen Demonstrationsform, die der ASStA von der nordamerikanischen Studentenbewegung übernommen hatte.

Wir saßen zu hunderten auf dem Fußboden des Henry-Ford-Baus und als wir dem Aufruf der Polizei, den Saal zu räumen, nicht folgten, trugen sie Student für Student einzeln hinaus auf den Rasen. Das war anstrengend und sie ermüdeten bald. Schließlich erschien ein Vertreter der Universitätsleitung und war bereit, mit uns zu sprechen. An diesem Tag und mit dieser Aktion begann für mich die 68iger Bewegung. Von Anfang an war uni- und politisches Engagement eng miteinander verwoben. Inzwischen wissen wir, dass alles immer auch politisch ist.

1965 ging ich in den SDS und begann in einer Gruppe zu wirken, die sich mit Hochschulpolitik beschäftigte, denn in jenen Tagen wurde an der FU an einer Hochschulreform gearbeitet. Ich kandidierte zum Studen-

tenparlament, wurde gewählt und als Hochschulreferentin in den AStA berufen. Dort widmete ich mich zunächst der Hochschulreform und saß, zusammen mit Professoren und noch einem Studenten, in den entsprechenden Gremien.

Als AStA waren wir auch für politische Bildung zuständig und luden Referenten ein, die im Henry-Ford-Bau der FU Vorträge über gesellschaftliche und aktuell-politische Themen hielten.

Man verbot seit Kuby niemandem mehr den Zugang zum Mikrophon, doch es liefen Verfahren gegen Assistenten, deren Verträge aus versteckt politischen Gründen nicht verlängert wurden. Das war im Jahre 1965 und wir organisierten – zusammen mit den Hochschulgruppen – Sit-ins und Proteste auf dem Campus. Auch da waren universitäre Belange mit einer politisch restriktiven Haltung verbunden.

Dies war auch der Fall, als bekannt wurde, dass der zuständige Sachbearbeiter für ausländische Studenten im Rektorat Akten über eben diese anlegte und die gesammelten Daten – so hieß es – dem jeweiligen Geheimdienst des „befreundeten“ Landes übergab. Diese Dossiers waren der Anlass für unsere zweite Rektorsbesetzung.

Ein Konflikt entstand, als im FU-Spiegel Rezensionen erschienen, in denen die Lehr- und Lernmethoden einzelner Seminare kritisch unter die Lupe genommen wurden. Anonym. Die Professoren bei den Romanisten fühlten sich zutiefst gekränkt und schlossen „ihr“ Institut. Worauf die Studenten mit Besetzung antworteten. Das wäre ein Beispiel für universitäres Engagement ohne politischen Aspekt. Doch es reflektierte Herrschaftsverhältnisse und einen alt hergebrachten Mangel an Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden.

FU70: Wie war die politische Organisationsstruktur an der FU und wo wurden die wichtigen Entscheidungen getroffen? In den gewählten Gremien (AStA, Konvent), den Hochschulgruppen wie dem SDS oder eher in informellen Zusammenschlüssen?

S. F.: Der AStA war ein wichtiger Ort, der Konvent war eher für die Wahlen da und spielte darüber hinaus keine Rolle. Die politisch orientierten und aktiven studentischen Hochschulgruppen waren der SHB, RCDS, SDS, ESG (Evangelische Studentengemeinde) und andere. Sie fassten ihre eigenen Beschlüsse und nur ein Teil ihrer Aktivitäten spielte sich an der Hochschule ab. Der SDS zum Beispiel organisierte außerhalb der Uni die Kampagne gegen den Krieg in Vietnam. Alle diese Gruppen konnten ihre Flugblätter auf dem Gelände der Universität verteilen. Zu dieser oder jener Aktion gab es Bündnisse. In den Fachbereichen gab es auch gewählte Vertreter, obendrein bildeten sich Arbeitsgruppen, an deren Diskussionen und Aktionen jeder aus dem Fachbereich teilnehmen konnte. Am OSI herrschte natürlich ein anderer Geist als bei den zukünftigen Zahnärzten.

Der AStA lud oft zu Versammlungen im Henry-Ford-Bau ein und dort diskutierten dann alle miteinander. Ab 1966 beherrschten mehr und mehr die Redner vom SDS das Mikrophon, doch es hätte keine spannenden Diskussionen gegeben, wären nicht auch die Vertreter

der anderen Richtungen beteiligt gewesen.

Im AStA wurde alles auf den Referentensitzungen besprochen, d. h. mit dem ganzen Team. Oft war dieser und jener Vertreter aus einem Gremium, einer Gruppe oder Fakultät dabei, um Informationen auszutauschen und Aktionen zu koordinieren. Es ging zu wie in einem Taubenschlag und die Vervielfältigungsmaschine zur Produktion von Flugblättern stand nie still.

FU70: Bereits letztes Jahr war der 50. Jahrestag der Gründung der „kritischen Universität“. Wie war deine Rolle darin und wie würdest du die Gegenuni im Rückblick betrachten?

S. F.: Die „Kritische Universität“ wurde in der Folge der Ereignisse des 2. Juni 67 gegründet. Bei den Demonstrationen gegen den Empfang des Schahs von Persien durch den Berliner Senat wurde Benno Ohnesorg erschossen. Wie bei vielen anderen Ereignissen waren die Hauptakteure der Berliner Senat, seine Polizei und die Springer-Presse. Ohne ihr repressives Eingreifen wäre wahrscheinlich alles friedlich über die Bühne gelaufen. Doch am Morgen nach dem Besuch des Schahs in der Berliner Oper erfuhren wir durch B.Z. und Morgenpost, dass ein Student einen Polizisten erschossen habe und dass sich der Berliner Senat geschlossen hinter den Polizeieinsatz stelle. Wir erfuhren auch, dass der Hass der Berliner Bevölkerung auf die Studenten seinen Höhepunkt erreicht habe und es gefährlich sei, wenn sie einen von uns erwischten. Es war der Versuch, uns durch künstlich geschürte Pogromstimmung einzuschüchtern.

Doch in Wahrheit hatten weniger die Wut der Berliner Bevölkerung, sondern die Fehlinformation und gezielte Hetze der Springerpresse ihren Höhepunkt erreicht. Wir atmeten auf, als wir erfuhren, dass alle Polizisten wohl auf waren, waren jedoch empört und entsetzt, dass ein Student von einem Polizisten erschossen worden war.

Da mit einer vorurteilsfreien Untersuchung von Seiten staatlicher Instanzen nicht zu rechnen war, gründeten Studenten, Assistenten und hilfreiche Anwälte eine Kommission und untersuchten das Geschehen. Andere bildeten Arbeitskreise zur Manipulation der Springer-Presse, die täglich neu die Tatsachen verdrehte und gegen uns hetzte. Diese Recherchen und Analysen wurden im „Springer-Tribunal“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Eifer der Studenten zu verstehen, was da passierte, war groß und so bildeten sich mehr und mehr Arbeitskreise, die sich mit Medien, der freien Meinungsäußerung und anderen gesellschaftlichen Problemen beschäftigten. Viele stellten sich schon eine Weile die Frage, inwiefern ihr Studium sie auf ihren späteren Beruf und auf ihre Rolle in der Gesellschaft vorbereite, aber auch, wie ein Studium beschaffen sein könnte, das dies leistete.

Meine und unsere Aufgabe im AStA war, diese Aktivitäten zu unterstützen und zu koordinieren. Der Schritt, all diese Arbeitsgruppen unter dem Namen „Kritische Universität“ zu vereinen, war dann nicht mehr weit.

Wir halfen bei der Erstellung einer Broschüre, in dem, wie in einem Vorlesungsverzeichnis, stand, wann, wo und mit welchem Thema ein Seminar stattfand. Auch Assistenten nahmen an diesen Gruppen teil, doch der Unterricht war nicht mehr frontal. Man saß im Kreis und plante gemeinsam die Durchführung. All dies vollzog sich meist in den Räumen der Universität.

Wir haben uns nie als Gegenuniversität verstanden und ich kann mich auch nicht erinnern, dass wir diesen Begriff verwendet hätten. Vielleicht wurde er diskutiert und verworfen. „Kritische Universität“ hieß, eine Lehrveranstaltung von eigenen Fragen und Lerninteressen ausgehend zu gestalten. Sie bedeutete, dass die Teilnehmer_innen nicht passiv zuhörten, sondern aktiv an der Durchführung beteiligt waren. Die Situation schien mir ideal: Es wurde nicht studiert, weil es im Lehrplan stand und man einen Schein erwerben musste, sondern weil man und frau an einer Erkenntnis in einem bestimmten Bereich interessiert war. Wir wollten die Universität nicht ersetzen, sondern sie ummodelln. Doch dazu brauchten wir eigene, praktische Erfahrung.

FU70: 1968 wurde mit dir zum ersten Mal in der BRD eine weibliche AStA-Vorsitzende gewählt. Welche Ereignisse waren prägend in deiner Amtszeit und warum bist du nach knapp einem halben Jahr zurückgetreten?

S. F.: Zuerst zu der Frage, warum ich nach einem halben Jahr von meinem Amt zurückgetreten bin. Ich war und wirbelte seit 1965 – oder war es Anfang 66? – im AStA, also gute drei Jahre. Für mich machte es kaum einen Unterschied, ob als Hochschulreferentin oder als AStA-Vorsitzende. Es waren täglich gute zwölf Stunden intensivster Aktivität mit zahlreichen Herausforderungen. Die studentischen Aktivitäten hatten sich zunehmend auf die Fakultäten verlagert und ich hatte das Gefühl, die Bewegung liefe jetzt wie von selber. Die Situation war etwas unübersichtlich geworden, Institute waren besetzt und es streikten entweder Professoren oder Studenten. Viele Aktivitäten hatten sich in die Stadt verlagert, z. B. in den Republikanischen Club.

Verkürzt könnte ich sagen: Ich hatte genug und sehnte mich nach Rückzug. Das halbe Jahr ohne Verpflichtungen und Termine, das ich mir nach meinem Rücktritt gönnte, hat mir gut getan. Ich liebte es, alleine und zu Hause zu sein, zu lesen und nachzudenken.

Meine Aufgaben als Hochschulreferentin unterschieden sich nicht wesentlich von denen der AStA-Vorsitzenden. Wir taten sowieso das Meiste im Team. Sicherlich gab ich als AStA-Vorsitzende viele Interviews und vertrat die Berliner Studentenbewegung bei Treffen auf europäischer Ebene, in Turin, Paris und Amsterdam. Denn 1968 war überall was los und es gab viel auszutauschen. Einmal wurde ich von den Studenten der zahnmedizinischen Fakultät, die für ihre konservative, ja reaktionäre Haltung bekannt waren, gebeten, bei ihrer Vollversammlung die Politik des AStA darzulegen. Niemand im AStA beneidete mich um diese Aufgabe. Ich erwartete nicht, dass auch nur einer meine Ansichten teilte. Vielleicht hegten beide Seiten

Vorurteile: Sie erwarteten eine radikale, hysterische Agitatorin und ich fürchtete mich vor dieser Höhle von Löwen. Doch ich sprach klar und ruhig und antwortete auf alle ihre Fragen. Zu meiner Überraschung hörten sie sich meine Ausführungen zwar mit Skepsis, doch bis zum Ende höflich an.

Als besonderes Ereignis erinnere ich eine Veranstaltung mit Herbert Marcuse, der aus den USA angereist war und den ich begrüßte. Der Saal des Henry-Ford-Baus war voller denn je. Die Studenten saßen nicht nur in den Sesseln, jeder Zentimeter in den Gängen, auf den Fensterbänken und dem Podium war dicht besetzt. Ja, da war es nicht schwer, sich als Mittelpunkt der Welt und als das Herz der Bewegung zu fühlen.

Als AStA-Vorsitzende habe ich den Zug der Studenten in Richtung Rektorat angeführt und dafür gesorgt, dass wir ins Haus hineinkamen, um es zu besetzen. Als die Polizei anrückte, verbarrikadierten wir uns im 1. Stock. Doch die Polizisten arbeiteten sich, während wir ihnen zuschauten, durch den Möbelberg auf der Treppe nach oben und verhafteten uns. Mit 20 weiteren Studenten saßen wir dann auf dem Revier, in diesem Fall im riesigen Wohnzimmer einer Grunewald-Villa, und warteten auf unsere Vernehmung. Im Fernsehen lief die Abendschau. Sowohl die Polizisten als auch wir Studenten waren gespannt auf die Aufnahmen, saßen oder standen gemeinsam vor dem Apparat und sahen, wie die einen verhafteten und die anderen, wir, abgeführt wurden. Die Berliner Polizei war nicht immer brutal. Sie konnte auch freundlich sein und wie vieles andere, waren unsere Aktionen nicht nur Kampf, sondern machten auch Spaß oder brachten angenehme Überraschungen.

Gar nicht spaßig war der Schuss auf Rudi Dutschke. Da musste niemand mehr etwas organisieren; wir zogen alle spontan und voller Wut vor das Springer-Hochhaus, kippten Lieferwagen um und jemand warf ein Streichholz in das sich auf dem Boden ausbreitende Benzin. Die Flamme schlug hoch und war am nächsten Tag als Foto überall zu sehen.

In meine AStA-Zeit fiel eine Einladung von fünf europäischen Studentenvertretern zum Kongress des Nationalen Studentenbundes in Kansas City, USA. Ich reiste mit vier netten jungen Männern, einer davon aus Prag. Noch als wir im Flugzeug saßen und den Ozean überquerten, wurde bekannt, dass die Russen in Prag einmarschiert seien. So verließ uns der Tscheche sofort nach der Landung in New York und tauchte unter. Wir anderen erfuhren, dass für den folgenden Tag ein Gespräch mit Henry Kissinger, dem langjährigen Sicherheitsberater von Präsident Johnson, geplant war. Beide Männer waren für uns die höchsten Repräsentanten derer, die den Krieg in Vietnam führten. Also was tun? Zum Glück rief mich ein mir bekannter Dozent einer amerikanischen Universität an und sagte kategorisch: „Sigrid, ihr geht da nicht hin. Man will euch nur benutzen“. Und so kam es, dass wir uns tags darauf zwar nach Washington fahren ließen, doch nur durch die langen, hallenden Gänge des Pentagon liefen, ohne irgendein Büro zu betreten. Der Nationale Studentenbund entpuppte sich als eine Marionette der

Regierung, niemand war an uns interessiert und man ließ uns alle Zeit, auf dem gepflegten Rasen des Campus zu liegen und in den blauen Himmel zu schauen.

Wir und auch ich gehörten zur antiautoritären Bewegung. Wir verehrten zwar Freiheitskämpfer wie Che Guevara und Martin Luther King und kopierten Protestformen wie das Sit-In, doch ansonsten hatten wir keine Vorbilder oder Führer. Niemand schrieb uns etwas vor. Alles wurde ad hoc und im Moment analysiert und beschlossen. Spontaneität stand hoch im Kurs. Wir hatten selten Feierabend, doch einmal gingen wir ins Theater, in Handkes „Publikumsbeschimpfung“ am Kudamm. Wir saßen im Publikum und ließen uns beschimpfen. Als dies langweilig wurde, schimpften wir – was uns gerade so einfiel – zurück. Die Schauspieler griffen unsere Zurufe auf und das restliche Publikum glaubte, wir gehörten zum Stück. Ja, im Rahmen der antiautoritären Bewegung fanden wir reichlich Gelegenheit, uns auf besondere Weise zu vergnügen. Alles fühlte sich sehr lebendig an.

Selbst Demonstrationen auf dem Kudamm, gegen die die Berliner Polizei mit Wasserwerfern einschritt, wurden zum Spiel. Die warme Sommernacht und neugierige Touristen machten es möglich. Wenn der Wasserwerfer angefahren kam und seine Düse auf uns richtete, rannten alle, Studenten wie Touristen, in eines der vielen Cafés. Hinter den großen Fensterscheiben sicher, jubelten alle, wenn der vom Scheinwerferlicht gut ausgeleuchtete Wasserstrahl ins Leere ging... Ich habe jedenfalls nie einen Knüppel abbekommen, sondern die Erfahrung gemacht, dass die den fliehenden Demonstranten hinterherrennende Polizei einen nicht wahrnimmt, wenn man still dasteht und ihr entgegenschaut.

Im AStA bekamen wir viel mit, denn alles, was fantasievolle Künstler und rebellische Studenten damals erfanden und zur Schau stellten, wurde auch uns angehängt. Die Journalisten bedrängten uns mit Interviews und wünschten Stellungnahmen. Die Bewegung war 1968 so breit geworden, dass man kaum noch von Organisationsstrukturen sprechen konnte. Alles war im Fluss, in Auflösung und Neuformierung begriffen. Niemand verschwand, im Gegenteil, immer mehr Bevölkerungsgruppen kamen hinzu und wirkten in einem der Bereiche mit: als Eltern mit Kinderläden, in der entstehenden Frauenbewegung, in Stadtteil-, Künstler-, Schüler-, Jugend- und Berufsgruppen.

FU70: Warst du als Frau, sowohl vom Establishment als auch von deinen Genossen, besonderer Diskriminierung ausgesetzt? Was änderte sich durch das immer offenere Auftreten der Frauenbewegung, insbesondere manifestiert durch den Tomatenwurf von Sigrud Rieger auf Hans-Jürgen Krahl während des SDS-Delegiertenkongresses im September 68?

S. F.: Ich fühlte mich weder vom Establishment noch von den Genossen in irgendeiner Weise diskriminiert. Es könnte auch sein, dass wir im AStA viele Frauen waren und nicht auf die Idee kamen, uns auch noch um Frauenfragen zu kümmern. Erst durch den Tomaten-

wurf erfuhr ich von dem Desinteresse und den Schwierigkeiten, auf die frauenbewegte Genossinnen im SDS gestoßen waren. Ich fand ihre Aktion gut, fühlte jedoch keine Notwendigkeit, mich ebenfalls in diesem Bereich zu engagieren. Erst sieben Jahre später wurde ich Feministin.

FU70: Hattest du in diesen bewegten Zeiten überhaupt noch Zeit für dein Studium?

S. F.: Nein. Die Arbeit im AStA war eine Vollzeitbeschäftigung und wurde als solche von der Universität bezahlt. Die Studentenvertretung war Teil der Universität und hatte den Zweck, Studenten in die parlamentarische Demokratie praktisch einzuführen: die Wahl zum Konvent, als Parlament, der AStA war die Regierung und die Referenten die Minister, jeder mit seinem Resort. Die AStA-Vorsitzende entsprach der Kanzlerin. Nur einen Präsidenten gab es nicht. Der Konvent entsandte Studenten in Gremien der Universität und der AStA vertrat studentische Interessen und kümmerte sich auch um Belange wie Wohnheime, Mensa-Essen und ähnliches.

Eine Anmerkung: Es war damals nicht üblich, Student_innen, Referent_innen, Minister_innen mit seinem_ihrem Resort zu sagen oder zu schreiben. Und da ich von damals erzähle, benutze ich die damals übliche Sprache.

FU70: Was hast du im Anschluss gemacht?

S. F.: Ich weiß nicht, auf welchen Zeitraum sich diese Frage bezieht. „Im Anschluss“ können Monate oder 50 Jahre gemeint sein. Da es meiner Erfahrung nach viele interessiert, was aus einer 68igerin geworden ist, will ich die 50 Jahre schildern, mich jedoch kurz fassen. Ich bin sicher, dass niemand mir vorwerfen wird, dass ich dabei dies und jenes ausgelassen habe.

- Ein halbes Jahr habe ich mich zurückgezogen und viel gelesen, vor allem „Das Kapital“ von Karl Marx. Seither weiß ich, was mit Kapitalismus gemeint ist und warum er eine ungerechte und lebenszerstörende Wirtschaftsform ist.

Auf Bitten des Leiters der Jugendstrafanstalt Plötzensee besuchte ich regelmäßig einen Jugendlichen im Knast.

- Im Frühjahr 69 beschloss ich, in einem Berliner Betrieb zu arbeiten, um die Lage der Arbeiter kennenzulernen. Dem folgten drei intensive Jahre, während denen ich mit dem Aufbau von Betriebsgruppen beschäftigt war. Als auch unsere Gruppe 1972 an dem um sich greifenden Kader- und Parteien-Syndrom erkrankte, verließ ich sie. Wie 1968 trat ich von einem Tag auf den anderen aus oder zurück und wurde privat.

- Nach siebenjähriger Unterbrechung nahm ich mein Studium wieder auf, allerdings nicht an der FU, sondern an der Pädagogischen Hochschule.

- 1973 machte ich das Examen, ging jedoch nicht in den Schuldienst, sondern nach Chile, also in die 3. Welt, wie es damals hieß. Ich erlebte den Putsch von Pinochet, wechselte nach Argentinien, lebte anderthalb Jahre in Buenos Aires und entdeckte und praktizierte dort meine journalistischen Fähigkeiten. Ich

recherchierte die peronistische Bewegung und turbulente Zeit vor Ort und verarbeitete mein Material zu einem Buch mit dem Titel: „Nicht besiegt und noch nicht Sieger. Argentinien und die Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung“, das beim Rotbuch Verlag im Jahre 1975 veröffentlicht worden ist.

- Nun entdeckte ich endlich die Frauenbewegung bzw. sie mich. Mit anderen Frauen gründeten wir den Verein „Selbstverteidigung für Frauen“ und gleichzeitig wirkte ich in der Frauenzeitschrift Courage mit.

Ich habe also drei verschiedene und gleich intensive Phasen durchlebt und dabei einiges bewirkt: erst in der Studenten- dann in der Arbeiter/Betriebsgruppen- und schließlich in der Frauenbewegung. In allen drei Bereichen fällt es mir oft schwer, von ich zu sprechen oder zu schreiben. Denn meist dominierte das wir. Doch ich habe mich in diesem wir nie aufgegeben oder verloren. Solange es für mich stimmte, war ich dabei. Ich wandte mich nicht gegen das Vergangene, ich machte nur eine Pause und begrüßte dann das Neue, das nie lange auf sich warten ließ. Das Wesentliche aus jeder dieser Phasen betrachte ich als einen Schatz, der meine Persönlichkeit bis heute bereichert.

Eine dieser Bereicherungen war auch das Erlernen von Shiatsu und das tiefe Eintauchen in alternative Medizin und Therapie, die mich beide zur Spiritualität hinführten.

- Von 1979 bis 1982 arbeitete ich als pädagogische Leiterin beim DED und 1983 wanderte ich nach Bolivien aus, um auf dem Land zu leben, ökologisch zu gärtnern, mich selbst zu versorgen, Massagen zu geben und alternative Heilmethoden zu praktizieren.

- Mein Vorhaben, eine spirituelle Landkommune aufzubauen, gelang mir nicht, dafür aber der Aufbau eines ökologischen und vielbesuchten Hotels mit dem Namen Sol y Luna Ecolodge. Es befindet sich in einem mehrere Hektar Land umfassenden subtropischen Garten. Damit bin ich Unternehmerin, Bauherrin, Architektin und Landschaftsgestalterin. Wer sich das konkret anschauen und durch das Gelände spazieren will, kann www.solyluna-bolivia.com anklicken und die Fotos in der Galerie betrachten.

- Vorgesetzte von Angestellten zu sein und meine sozialistischen Ideale dabei nicht zu vergessen, waren eine große Herausforderungen.

- 2008 arbeitete ich ein halbes Jahr als Direktorin im Viceministerio de Turismo unter Evo Morales in La Paz. Da herrschte ein lebendiges Chaos wie im AStA und war natürlich auch ganz anders.

- Über mehrere Jahre hinweg unterstützte ich mit Therapie und Massage einen gelähmten jungen Mann, der anschließend, von mir angeregt, eine kämpferische Behindertenbewegung in ganz Bolivien ins Leben rief.

- In all diesen Jahren schrieb ich an einem Buch, in dem ich meine ersten Jahre in Bolivien und auf dem Land schildere. Die spanische Version wurde 2017 unter dem Titel „En abundancia“ - Im Überfluss - veröffentlicht. Im Herbst dieses Jahres bereite ich die Veröffentlichung der Originalversion in Deutschland vor.

FU70: Inwieweit verfolgst du das (politische) Geschehen in Deutschland?

S. F.: Fast täglich lese ich Nachrichten online, erst spiegel.de und nun tagesschau.de. Letztere hat den Vorteil, keine Werbung zu zeigen. Beide sind tendenziös und zutiefst frustrierend. Doch die Kommentare der jeweiligen Artikel enthalten wichtige Informationen und ein breites Spektrum an Meinungen. Per Email und Facebook bin ich mit Freund_innen aus der 68iger und aus der Frauenbewegung verbunden. Sie schicken mir ihre Veröffentlichungen und weisen mich auf gute Bücher und Sendungen auf youtube hin. In meinem näheren und weiteren Umkreis leben viele Menschen, Bolivianer- und Ausländer_innen, mit denen ich mich austauschen kann. Ich bin also, was Information betrifft, nicht weit ab vom Schuss. Und dank Internet sowieso nicht.

FU70: Als Schlusswort: Was würdest du (kritischen) Studierenden von heute mit auf den Weg geben?

S. F.: Nun, bislang habe ich nur meine sozialistische, feministische, ökologische und im Bereich alternativer Medizin aktive Person dargestellt. Was ich fast unerwähnt ließ, war und ist mein theoretisches und praktisches Interesse an Therapie und Spiritualität. Und das ist ein weites Thema: von der Meditation, über Familienstellen, Reinkarnation, Sterbehilfe, über Quantenphysik bis hin zu virtuellen und parallelen Welten, um nur einige wenige Bereiche zu nennen.

Ich erwähne dies deshalb, weil ich allen auf den Weg mitgeben möchte, dass das Interesse an Spiritualität sich gut mit sozialistischen, feministischen und ökologischen Ansichten verträgt. Ich sehe sie gar als Voraussetzung, um klare Entscheidungen zu fällen und bewusst handeln, fühlen und denken zu können. Denn durch sie bekommen wir Zugang zu unserer Intuition, ein für alle Lebensfragen unentbehrliches Organ der Wahrnehmung und des Wissens.

Mein Ratschlag an (kritische) Studierende wäre, dass man auf seine innere Stimme hören soll. Wenn man ein Unbehagen spürt, dann soll und kann man etwas ändern, sei es einen Studienplan, eine respektlose Behandlung, einen unzumutbaren Stress. Im Rückblick auf mein Leben erkenne ich, dass ich mich stets von dem leiten ließ, was mich interessierte und lockte. Und wenn ein Thema oder eine Phase gelebt war, wandte ich mich der nächsten Faszination zu. Ich verwarf das Vergangene nicht, denn es hatte mich umgestaltet und bereichert. So bin ich bis heute in die Vielfältigkeit des Lebens eingebunden, neugierig und davon fasziniert.

FU70: Vielen Dank für das Interview.

Der Revolte assistiert

Die Entwicklung rund ums Otto-Suhr-Institut 1966/67

Michael Hewener (2018)

¹ Zum komplizierten Prozess des Zusammenwachsens, siehe Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler: Die ersten fünfzehn Jahre – Von der „Deutschen Hochschule für Politik“ zum „Otto-Suhr-Institut“, in: Leviathan, 1989, H. 1, S. 127–139.

² Neumann war vor den Nazis in die USA geflohen, arbeitete dort zusammen mit Horkheimer und Adorno am ebenfalls emigrierten Institut für Sozialforschung, landete dann aber beim amerikanischen Auslandsgeheimdienst OSS und kam so (und über seine guten Kontakte zu amerikanischen Stiftungen) in die Position, wirkmächtig bei der Organisation der neuen Bildungsarchitektur in West-Berlin einzugreifen. Zu Neumanns Rolle vgl. David Bebnowski: Grundlagen der neuen Linken. Franz L. Neumann und amerikanisch-deutsche Netzwerke in West-Berlin, in Arbeit – Bewegung – Geschichte, Berlin 2018 II, S. 23–38.

Politikwissenschaft im Westen – das OSI

Wer im Jahre 2018 am Otto-Suhr-Institut studiert, mag verwundert zur Kenntnis nehmen, dass das OSI einst als rote Kaderschmiede galt.

Doch wie kam es dazu?

Es wird sich zeigen, dass in den „wilden“ 60ern am OSI, die Studierenden zu Beginn ziemlich brav waren und die Assistenten die Diskussionen mit den Professoren anzettelten: Diskussionen, die am OSI besonders waren, denn im Gegensatz zu anderen Universitäten, wo die Revolte tatsächlich den Muff von 1000 Jahren wegschleppen musste – sprich: Die wieder in Amt und Würden gekommenen Nazi-Professoren bekämpfte – standen die Profs am OSI mehrheitlich der SPD nahe. Es waren also Diskussionen der theoretisch fundierten Außerparlamentarischen Opposition mit Vertretern der jüngst in die Regierung gespülten Nach-Godesberger SPD. Diese Auseinandersetzungen fanden, das ist eine Besonderheit der Politikwissenschaft, durchaus auf dem Gebiet der politischen Theorie statt. Studirevolte und Fachgeschichte fielen hier zusammen.

Aber von Anfang an.

Vom Ruf einer „roten Kaderschmiede“, den das Otto-Suhr-Institut ab den späten 1960er Jahren haben sollte, war 1962 noch nicht viel zu hören. Das Institut war erst 1959 entstanden, im Verlauf der Integration der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) in die Freie Universität Berlin (FU).¹ Die Voraussetzungen, sich zu einem Ort emanzipativer Theoriebildung zu entwickeln, waren hier vergleichsweise gut. Die DHfP

war 1948 unter dem späteren SPD-Bürgermeister Otto Suhr wiedergegründet worden. Dort lehrten anfangs mehrheitlich Sozialdemokraten, aber auch andere Gegner des Nationalsozialismus, die während der NS-Zeit Deutschland nicht verlassen hatten. Später kamen die jüdischen Remigranten Ernst Fraenkel und Ossip K. Flechtheim hinzu. Die FU war, als Gegengründung zur im sowjetischen Einflussbereich liegenden alten Berliner Universität (seit 1949 Humboldt-Universität), zwar von einem antikommunistischen Grundrauschen begleitet, besaß als Neugründung und Reformuniversität aber den Vorteil, sich nicht allzu viel mit alten Nazi-Professoren herumschlagen zu müssen. Ihr Gründungspersonal konnte ihr zudem im Neuanfang demokratischere Strukturen mit mehr studentischer Mitbestimmung geben, als es an den ohne institutionellen Bruch wieder eröffneten Ordinariuniversitäten in anderen westdeutschen Städten möglich war – eine Besonderheit, die als „Berliner Modell“ bekannt wurde. Eine antikapitalistische Suchbewegung, die nicht nur auf Reeducation setzte, sondern die für den Faschismus mitverantwortlich gemachte Wirtschaftsstruktur angreifen wollte, wie sie vom wichtigen Strippenzieher Franz L. Neumann² sowohl von der Neugründung der FU als auch des OSI akademisch und politisch erhofft wurde, fand jedoch nicht auf breiter Basis statt. Mario Kessler fasst die tatsächliche Entwicklung zusammen: „Neumanns damals scharfer Antikapitalismus fand bei Kollegen wie Otto Suhr oder Ernst Fraenkel keinen ungeteilten Beifall, so sehr die Suche nach einer theoretischen Fundierung von Demo-

kratie sie gemeinsam beschäftigte. Gerade Fraenkel stand der Suche seines Freundes Neumann nach einem Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus zunehmend skeptisch gegenüber. Er vertrat das Konzept einer Übernahme nicht nur der Institutionen, sondern auch der Werte der amerikanischen bürgerlichen Demokratie.⁴³ Der politikwissenschaftliche Neuanfang stand also bald im Zeichen der Reeducation, nicht des Marxismus. Ohne Umbau an der ökonomischen Basis sollte den Deutschen durch Bildungsarbeit der Faschismus ausgetrieben werden und eine stabile Demokratie westlichen Typs installiert werden. Es ging dabei darum, den in der großen Mehrheit traditionell antidemokratisch eingestellten Deutschen diese Demokratie anzupreisen und nicht auf ihre Defizite hinzuweisen.⁴ Johannes Agnoli würdigte diese Form der Politikwissenschaft später verallgemeinernd als „affirmative Politologie“.⁵ Ernst Fraenkel entwickelte hier seine Pluralismus-Konzeption, die paradigmatisch für die frühe Politikwissenschaft in Berlin werden sollte.⁶ Er zeichnet das positive Bild eines Staates, in dem heterogene Interessengruppen um Macht, aber auch um Ausgleich, ringen. Es gibt dabei keinen vorher feststehenden *volonté générale* – das Gemeinwohl bildet sich im demokratischen Prozess heraus.⁷ Fraenkel hält jedoch einen relativ stabilen, nicht-konfliktiven Konsens, vor allem über die Spielregeln des demokratischen Prozesses, für notwendig. Eine besondere Aufmerksamkeit legt Fraenkel, als alter Arbeitsrechtsjurist, auf die Aushandlungsprozesse zwischen Kapital und Arbeit. Was für heutige Ohren sehr banal klingen mag, war damals eine heftige Auseinandersetzung: Der Hauptgegner, gegen den sich Fraenkels Pluralismuskonzeption richtete, war das autoritäre deutsche Staatsrechtsdenken in der Tradition von Carl Schmitt.⁸ Dieser strebte eine Einheitlichkeit im Willen in Staat und Bevölkerung an.⁹ Dies setzte, vom Staat aus gedacht, eine homogene, also gleiche Interessen verfolgende Bevölkerung voraus. Was Rousseau noch politisch in Kategorien von republikanischem Allgemeinwohl und Dissidenz dachte, spitzte der NS-Jurist völkisch zu – und was in einem solchen Staat mit Nicht-„Artgleichen“ geschah, wusste Ernst Fraenkel als Jude nur zu gut. Personell war das OSI zwar von unterschiedlichen Charakteren geprägt, der Grundtenor in den 1960er Jahren war jedoch linksliberal.¹⁰ Viele Professoren, wie Alexander Schwan, Gert von Eynern, Kurt Sontheimer, Richard Löwenthal, Otto Stammer und mit Abstrichen auch Ernst Fraenkel, standen, mit oder ohne Parteibuch, der SPD nahe oder waren linksliberal eingestellt, wie etwa Gilbert Ziebura. Einige der CDU-nahen Professoren des OSI waren eher dem linkskatholischen Flügel zuzuordnen, wie etwa Otto Heinrich von der Gablentz. Die vielen Lehrenden hier attestierte Nähe zur SPD bedeutete natürlich die Akzeptanz des Godesberger Programms von 1959. Inhaltlich bedeutete dies die Abkehr vom Marxismus als Theorietradition und ein Bekenntnis zur kapitalistischen Produktionsweise mit unterschiedlichen Vorstellungen staatlicher Steuerung. Andere Linksintellektuelle jener Zeit waren hingegen als Mitglieder der „Sozialistischen Förderergesellschaft“ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus der SPD ausgeschlossen worden. Unter ihnen befanden sich zum Beispiel Wolfgang

Abendroth in Marburg, am OSI Ossip K. Flechtheim und sein späterer Assistent Johannes Agnoli.

Sie waren jedoch eher Randfiguren – der linksliberale, über Godesberg nicht hinausreichende Konsens unter den Professoren bedeutete: Als es Mitte der 1960er Jahre, sowohl in Berlin allgemein als auch an der FU im Besonderen, zu rumoren begann, mussten die inhaltlichen Erneuerungsimpulse emanzipatorischen Denkens von den Studierenden, aber auch von den Assistenten kommen.¹¹ Zunächst jedoch entzündete sich der studentische Unmut an formalen Repressionen der FU Führung.

Als erstes erschütterte der Fall Kuby/Krippendorff die Universität.

Der linksliberale Journalist Erich Kuby hatte 1958 die Namenswahl der Freien Universität kritisiert¹², woraufhin er Hausverbot erhielt. Im Sommersemester 1965 lud dann der AstA Kuby zu einer Diskussion zum 20. Jahrestag des Kriegsendes ein. Das Thema sollte sein: „Restauration oder Neubeginn, die Bundesrepublik 20 Jahre danach“. Der FU-Rektor Herbert Lüers erinnerte sich des Hausverbots und wollte den AstA zwingen, die Veranstaltung abzusagen. Der jedoch protestierte und verlegte die Veranstaltung an die TU. Im Anschluss an diese Posse kritisierte Ekehart Krippendorff, damals Assistent am OSI, Lüers im Spandauer Volksblatt und warf ihm vor, ebenso eine geplante Veranstaltung mit Karl Jaspers hintertrieben zu haben. Da er dies aber nicht beweisen konnte, reagierte Lüers wütend, verlängerte Krippendorffs Vertrag nicht und setzte ihn somit auf die Straße. Daraufhin gab es eine riesige Solidarisierungswelle mit Krippendorff, von Profs, Assistenten und Studis, auch aus anderen Städten. Letztlich blieb es beim Rauswurf, Krippendorff wurde jedoch ein Stipendium für seine Habilitation zugeschanzt.

Innerhalb der Politikwissenschaft nahm der Konflikt 1967 Fahrt auf.

Die inhaltliche Kritik kam dabei von zwei Seiten:

Auf der einen Seite war die Kritik von Entwicklungen in der US-amerikanischen Politikwissenschaft inspiriert und forderte eine Hinwendung zur Empirie. Exemplarisch vielleicht am besten, wenn auch nicht chronologisch zuerst, ausgedrückt vom Mitbegründer der Wahl-Forschung Rudolf Wildenmann, der die normative Politologie kritisierte und ein Ende des „Philosophenkönigtums“ forderte.¹³ In eine ähnliche Richtung ging die Studentin Claudia Pinl in ihrer Fraenkel-Rezension, die aber schon die Brücke schlug zu einer Kritik des konservativen Charakters der Pluralismustheorie.¹⁴ Im Mai 1967 veröffentlichte die vom Allgemeinen Studierendenausschuss herausgegebene Zeitung „FU Spiegel“ eine studentische Rezension zu einem Seminar von Ernst Fraenkel, obwohl dieser mit allen Mitteln versucht hatte, das zu verhindern. Fraenkels Kollege Gilbert Ziebura fasst sie so zusammen: „Sie wiederholte im Grunde nur eine berechnete, auch von mir geteilte Kritik, dass die Pluralismustheorie nicht zur Erklärung gesellschaftlicher Machtverhältnisse taugt, also „auf die Rechtfertigung des Bestehenden“ hinausläuft.“¹⁵

Ebenfalls im Sommer 1967 erschien dann Johannes Agnolis Schrift „Transformation der Demokratie“¹⁶, die die Pluralismustheorie von links kritisierte.

³ Mario Kessler: Ossip K. Flechtheim, Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998), Köln/Weimar/Wien 2007, S. 101f.

⁴ Kurt Sontheimer schrieb dazu: „Durch ihre mehr normative und nicht empirisch orientierte Lehre und durch die Interpretation ihrer Forschungsergebnisse von bestimmten Ideen her hat sie zweifellos einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verankerung des bestehenden demokratischen Systems in der Bundesrepublik geleistet. [...] Die rebellierenden Studenten, die glauben, sie müßten die deutsche Gesellschaft revolutionieren, um die wahre Demokratie und das Reich der Freiheit heraufzuführen, sind also gerade nicht das Produkt einer entsprechenden radikal-demokratischen Indoktrination von Seiten ihrer akademischen Lehrer, sondern junge Intellektuelle, die wider den Stachel der herrschenden Lehre locken, nicht zuletzt deshalb, weil sie erkannt haben, daß diese Lehre die Funktion hat, die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren und damit zu stabilisieren.“ Ders.: „Wozu studiert man eigentlich politische Wissenschaft“, in: Die Zeit, 27.02.1970, S. 13f.

⁵ Johannes Agnoli: Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in: Ders.: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2012, S. 193–202, hier S. 194f.

⁶ Hans Kremendahl würdigte Fraenkels Konzept: „Fraenkels bleibendes Verdienst ist es, unter Aufarbeitung der Erfahrungen des nationalsozialistischen Totalitarismus und der stalinistischen Gewaltherrschaft eine Demokratietheorie entwickelt zu haben, die ihre Ausgangsbasis in der Heterogenität der Gesellschaft sieht, eine künstliche Homogenisierung des Volkswillens verwirft und den Staat als Ort der Austragung und Lösung realer und legitimer Interessenkonflikte begreift. Die pluralistische Konzeption der Demokratie ist bestrebt, namentlich in Deutsch-

land den vorherrschenden Einfluß der autoritären Staatslehre, wie sie vor allem Carl Schmitt entwickelt hat, zu durchbrechen zugunsten einer positiven Bewertung von Interessenvielfalt und Parteienkonkurrenz im Bewußtsein der Bevölkerung.“ Hans Kremendahl: Von der dialektischen Demokratie zum Pluralismus, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.): Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973, S. 381–394, hier S. 381.

⁷ Siehe Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 47.

⁸ Schmitt wurde wegen seiner Verstrickung in das NS-Regime nach 1945 nicht erneut auf einen Lehrstuhl berufen, versuchte aber mit einigem Erfolg, wieder in die öffentliche Debatte einzugreifen. Einige seiner ebenfalls massiv nationalsozialistisch belasteten Schüler, z. B. Ernst Rudolf Huber und Ernst Forsthoff, konnten schon bald auf ihre Lehrstühle zurückkehren und konterkarierten die Entnazifizierung an den west-deutschen Universitäten.

⁹ Sontheimer charakterisierte dies wie folgt: „In ihrer praktischen Anwendung läuft diese anti-pluralistische Staatslehre darauf hinaus, daß der einheitliche politische Wille des Staates sich nicht aus einem Prozeß miteinander konkurrierender politischer und sozialer Gruppen ergeben darf, wenn der Staat als Souverän nicht Schaden nehmen soll, jedenfalls dann nicht, wenn diese Gruppen unterschiedliche Zielvorstellungen über die staatlichen Aufgaben haben. Der für das Ganze verbindliche allgemeine Wille darf sich nur innerhalb des Staatsapparates bilden. Dieser entscheidet autoritativ über das Gemeinwohl.“ Kurt Sontheimer: Der Pluralismus und seine Kritiker, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.): Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg

Die Transformation der Demokratie¹⁷

Der Aufsatz „Transformation der Demokratie“ von Johannes Agnoli gilt als Kerntext der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der 1960er Jahre. Er wurde gelegentlich gar als „APO-Bibel“ bezeichnet. Er verdient daher nicht nur nähere Betrachtung, sondern auch eine historische Re-Lektüre. Ausgehend von der Begründung der Politikwissenschaft in West-Berlin und der Situation Mitte der 1960er Jahre am Otto-Suhr-Institut (OSI) in Berlin sollen Entstehungsgeschichte und Grundthesen des Textes erläutert werden. Der ursprünglich vom heute weitgehend unterschätzten Sozialpsychologen Peter Brückner angestoßene Band enthielt zwei Aufsätze – einerseits „Die Transformation der Demokratie“ (TDD) von Agnoli und „Die Transformation des demokratischen Bewußtseins“ von Brückner, Agnolis Beitrag war titelgebend. Die Beiträge sind deutlich voneinander abgegrenzt, im Folgenden geht es also um Agnolis Aufsatz, nicht um den „Sammelband“.

In Köln hatte Professor Ferdinand Hermens Agnoli mit einem Veröffentlichungsverbot¹⁸ belegt, aber schon bald nach seiner Ankunft in Berlin begann Agnoli Arbeiten zu verfassen, zum Teil Vorträge, die als Vorarbeiten gelten können und schon einige der späteren Kernthesen vorwegnahmen.

Dazu gehören: „Parlamentarismo e integrazione nella RFT [M. H.: BRD]“ von 1966, „Der Staat finanziert seine Parteienherrschaft“ von 1963 sowie „Demokratie und neue Obrigkeit“ auch von 1963. Dazu kommen noch umfangreiche, unveröffentlichte, aber inzwischen zugängliche Vorarbeiten zur TDD.¹⁹ Im Februar 1965 reiste Agnoli zusammen mit Winfried Steffani nach Bonn zum Bundestag, um Material für seine Habilitation²⁰ zu sammeln. Sie interviewten dabei zahlreiche Abgeordnete. Steffani, Assistent bei Fraenkel, wurde später Parteienforscher und Herausgeber der Zeitschrift für Parlamentsfragen. Bei Agnoli war die Sache komplizierter. Mit seinem Material war an eine Habilitation nicht zu denken, da sein Betreuer Flechtheim an der konservativen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angesiedelt war. Stattdessen schrieb er die „Transformation“.

In diesem, für eine „Bibel“ mit 80 Seiten reichlich schmalen Aufsatz, entwickelte Agnoli Grundzüge einer politikwissenschaftlich geprägten²¹ Parlamentarismuskritik aus fundamentaldemokratischer Perspektive am Beispiel der Verfasstheit und der Entwicklung²² der BRD. Er umriss das Grundproblem bürgerlicher Herrschaft: Anders als beim alten Zensuswahlrecht, wo durch nach Steueraufkommen gestaffeltes Stimmrecht gesellschaftliche Macht (der Besitz an Produktionsmitteln) und parlamentarische Mehrheit notwendig zusammenfallen, besteht beim allgemeinen Wahlrecht die theoretische Möglichkeit, dass die Besitzlosen, die natürlich die Mehrheit der Bevölkerung sind, so wählen, dass sich tatsächlich gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern könnten. Das war die alte sozialistische Hoffnung.

Deswegen muss die herrschende Klasse, die potentiell zur Demokratie führenden Institutionen (Wahlen und Parlamente) in einer Art und Weise transformieren, die den grundlegenden Klassenkonflikt einhegt, verdeckt oder ihm autoritär begegnet.²³

Agnoli identifizierte als zentrale Sozialtechnik das „Programm des sozialen Friedens“. Letztlich geschah hier nichts anderes, als dass das auf Betriebsebene gerade in der BRD schon länger erfolgreiche Befriedungskonzept des Korporatismus²⁴ zum gesellschaftlichen und staatlichen Leitbild gemacht wurde: Wer den Frieden bricht – und das sind immer diejenigen, die Grundlegendes verändern wollen – ist dabei natürlich immer im Unrecht und wird sanktioniert.²⁵ Agnoli greift den Pluralismus als Ideologie des sozialen Friedens an – nicht indem er reale Gruppeninteressen leugnet, sondern indem er hervorhebt, dass der Pluralismus der Distributionsebene den Klassenantagonismus an der Basis verdeckt.²⁶

Institutionell stehen in Agnolis Analyse das Parlament und die Partei im Mittelpunkt. Er versucht ausführlich zu zeigen, dass das Parlament ein „Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien“ ist, das „statt Tendenzen der Bevölkerung zu vermitteln, Richtlinien der Politik von oben nach unten trägt.“²⁷ Die Argumentation bei der Parteiform ist ähnlich: Wo Parteien nicht mehr spezifische Wähler_inneninteressen von unten nach oben tragen, sondern sich – wie die SPD in Godesberg – als „Volksparteien“ aufstellen, die das Gemeinwohl für alle sichern wollen, werden sie zu staatspolitischen Vereinigungen, die das Austragen grundlegender Klassenkonflikte wirksam verhindern. Aus Herrschaftskonflikten werden dann Führungskonflikte.

Agnoli spricht von der „pluralen Fassung der Einheitspartei“.²⁸

„Die Transformation der Demokratie“ stellte also einen recht forschen Angriff auf die vermeintlich demokratische Ordnung dar. Agnoli behauptet, die BRD sei ein System, das dazu diene, die Massen von der Macht fernzuhalten. Das Parlament hätte einen Funktionswandel erfahren und die Parteien, allen voran die SPD seien auch Teil des Problems. Die Intention dieser Parlamentarismuskritik sei aber nicht, Demokratie als ohnehin fiktiven Unsinn zu entlarven und abschaffen zu wollen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, sie gegen die Institutionen zu verwirklichen. Von der Politikwissenschaft verlangt er einen anderen Blick auf den Staat.

In den Vorarbeiten zur „Transformation der Demokratie“²⁹ schreibt er: „Zur deutschen Politologie: Makabre Reaktion, aus dem schlechten Gewissen, angeblich einmal durch Kritik zur Verschlechterung eines Verfassungszustands³⁰ beigetragen zu haben (eine deutsch-ideologische Überschätzung der Kritik) heute einen schlechten Verfassungszustand zu apologisieren.“

Agnoli wirft seinen Kollegen Sontheimer, Hermens und Wildenmann vor, dass sie letztlich apologetisch dem aktuellen System der BRD gegenüberstehen, da sie Demokratie mit dem Vorhandensein und dem ordnungsgemäßen Funktionieren – d. h. Stabilität erzeugen – der Verfassungsinstitute identifizieren. Agnoli sieht die Gefahr für die Demokratie in Wirklichkeit jedoch erstens in einer Entpolitisierung der Massen und nicht in der Aufwiegelung und zweitens durch eine autoritäre Umgestaltung der Institutionen durch die herrschende Klasse im Staat. Sprich, diejenigen, die

den Staat gegen Verfassungsfeinde verteidigen sollen, sind selbst antidemokratisch und höhlen den demokratischen Charakter der Institutionen aus.³¹

Es wundert wenig, dass die Reaktionen auf das Buch gemischt waren.

Reaktionen auf „Die Transformation der Demokratie“

In der liberalen und konservativen Politikwissenschaft werden Agnolis Thesen zurückgewiesen, die in der Politikwissenschaft einflussreiche „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ wurde als explizite Reaktion gegründet.³² Auf studentischer Seite zeigten sich die Konfliktlinien, an der Auseinandersetzung um den „Politologen“, die damalige Studienzeitschrift am Otto-Suhr-Institut. Die zunehmende Linkswende der Studierendenschaft zeigte sich am Übernahmeveruch der Zeitschrift, gegen den sich die konservativeren Altstudies zu wehren versuchten. Der Streit führte letztlich zur Gründung der Zeitschrift Sozialistische Politik (SoPo) aus der wiederum kurz später die auch heute noch existierende PROKLA hervorging.

Linkere Politikwissenschaftler stellten im Nachhinein fest, „dass „Die Transformation der Demokratie“ nicht nur für Parlamentarismuskritik steht, sondern ganz allgemein für einen politikwissenschaftlichen Ansatz, der theoretisch angeleitet sowohl den Staat als Machteinrichtung und Herrschaftsorganisation, wie auch alle Herrschaftsverhältnisse, -vorgänge und -gebilde untersucht, und zwar unter Maßgabe der kapitalistischen Verfasstheit der Gesellschaft. Dabei handelt es sich gewiss nicht um den einzig möglichen, aber doch um einen nicht nur legitimen, sondern unverzichtbaren wissenschaftlichen Zugang zur Deutung der politischen Wirklichkeit.“³³

Vor allem aber gewann die „Transformation“ Popularität³⁴ innerhalb der aufkommenden außerparlamentarischen Bewegung. Sie gab der von vielen beklagten Abwesenheit einer Repräsentation linker Politik in Zeiten der Großen Koalition aus CDU und SPD ab 1966 eine theoretische Begründung. Sie wurde ebenso zur Rechtfertigung für optimistischen außerparlamentarischen Aktivismus, auch wenn Agnoli selbst die Studierendenbewegung nie überschätzt hat. Für ihn blieb der Maßstab des politischen Kampfes das Proletariat. Auch gab die „Transformation“ ähnlich wie die in der Studierendenbewegung viel rezipierte Kritische Theorie keinerlei positive Handlungsanleitung, auch wenn Agnoli sich durchaus für politische Organisation aussprach. Der „Zauber der Theorie“ war in diesem Fall Antimagie: Für einen kurzen Zeitraum „immunisierte“ die „Transformation der Demokratie“ in Agnolis Wirkungsbereich, vor allem in Berlin und dort vor allem im Umkreis des Republikanischen Clubs, die Aktivist_innen vor allzu vorschneller Kanalisierung des Aufbegehrens in eine Parteiform.³⁵ Als es dann soweit war, bestätigte die hurtige Staatswerdung der Grünen Agnolis Theorie schneller, als es vielen lieb war.

Bezüglich der Pluralismuskritik hat Ernst Fraenkel 1969 bemerkenswertes geschrieben, wenngleich nicht als direkte Antwort: „Der Pluralismus ist die Staatslehre des Reformismus. Er lehnt implicit die These ab, daß der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, dessen Existenz er nicht in Zweifel zieht, mit ge-

schichtlicher Notwendigkeit dazu führen muß, daß er in der klassenlosen Gesellschaft »aufgehoben« wird. Der Pluralismus erblickt in diesem Antagonismus vielmehr eine besonders markante und politisch überragend bedeutsame Erscheinungsform einer die gesamte industrielle Massengesellschaft durchziehenden Kette von Interessengegensätzen, die nur dann nicht zur Desintegration von Staat und Gesellschaft zu führen geeignet sind, wenn den Verbänden nicht verwehrt ist, sie offen auszutragen, und dem Staat die Möglichkeit gewährt ist, bei ihrer – sei es kurzfristigen, sei es langfristigen, sei es kontinuierlichen – Schlichtung mitzuwirken.“³⁶

Wenn wir nun berücksichtigen, dass auch für Agnoli die klassenlose Gesellschaft keine geschichtliche Notwendigkeit, allerdings aber ein erstrebenswerter Zustand war, wird deutlich, wie nahe sich die beiden Analysen doch sind. Nur dass Fraenkel die „Interessengegensätze von Kapital und Arbeit“ explizit staatlich-korporatistisch einhegen will, um die Desintegration zu verhindern, während Agnoli die Desintegration herbeiführen will, um zu einer wahrhaft demokratischen und klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

Hier kann gar nicht genug betont werden, dass dieser sich nach Stabilität sehrende Nachkriegsimpuls der remigrierten jüdischen Intellektuellen (auch bei Max Horkheimer in Frankfurt finden wir ähnliches) nicht moralisch zu verurteilen ist. Wer gerade den Faschismus knapp überlebt hat, braucht sicherlich keine Massen in Bewegung und schon gar nicht die deutschen. Auch die Frage, wie man eine radikaldemokratische, das heißt kommunistische Gesellschaft aufbauen kann, stellt sich so nicht, wenn man hauptsächlich von Nazi-TäterInnen umgeben ist. Dass sie dabei von ihren früheren Einsichten, nämlich dass der Faschismus durchaus etwas mit Kapitalismus zu tun hat³⁷ nichts mehr wissen wollten, konnte eine jüngere Generation, die gerade eine autoritäre Wende, eine Restauration am Werk sah, aber nicht verstehen und musste aufbegehren.

Auch heute ist dieser Konflikt für Linke hochaktuell. In einer Zeit, in der der bürgerliche Staat von neofaschistischen Kräften unter Druck gesetzt wird, gilt es wieder abzuwägen. Verfällt man erneut in die affirmative Politologie, die sich darin erschöpft, zu wiederholen, dass Demokratie toll ist? Oder schafft man es, den Korporatismus der neoliberalen Einheitspartei von CSU bis zum regierungswilligen Flügel der Linkspartei aufzubrechen, und die soziale Frage – und die ist immer international! – so zu stellen, dass die demokratische Idee sich auch wieder mit Inhalt füllt?

1973, S. 425–443, hier S. 429.

¹⁰ Kritische Stimmen aus der Frühzeit hatten Berlin bereits verlassen, z. B. Arkadij Gurland. Siehe Kessler, Flechtheim, S. 102.

¹¹ Am OSI traf die männliche Form leider zu. Neben Agnoli ist sicherlich Ekkehart Krippendorff beispielhaft zu nennen, der nicht nur von Fraenkel als Assistent hinausgeworfen wurde, weil er dessen patriarchalen Führungsstil (inkl. das Nachhausetragen der Einkäufe von Fraenkels Frau) ablehnte, sondern auch ein zweites Mal als Assistent von der FU flog. Diesmal auf direktes Eingreifen des Rektors Herbert Lüers, da er einen Artikel über die Ausladung von Karl Jaspers veröffentlicht hatte, was für ziemlichen Aufruhr an der FU sorgte. Siehe Ekkehart Krippendorff: Lebensfäden, Heidelberg 2002, S. 149ff. Aber auch die wichtigen SDSler Klaus Meschkat am Osteuropa-Institut und Rudi Dutschke als Hilfsassistent in der Soziologie gehörten dazu.

¹² Er sagte: „Die Bezeichnung „Freie Universität“ bringe „ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck. Nur jene polemische Grundsituation vermag zu verbergen, daß in dem Worte ‚Freie Universität‘ eine innere antithetische Bindung an die andere, an die unfreie Universität jenseits des Brandenburger Tores fixiert ist... die für meinen Begriff mit den wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgaben einer Universität schlechthin unvereinbar ist.“ Zitiert aus: Die Zeit, Nr. 21, 1965, <https://www.zeit.de/1965/21/wie-frei-ist-die-freie-universitaet>.

¹³ Vgl Rudolf Wildenmann: Politologie in Deutschland, in Der Politologe Nr. 23, Berlin 1967.

¹⁴ Zur berühmten Rezension des Fraenkel-Seminars und den anschließenden Studentprotesten siehe auch das Interview mit Claudia Pinl in diesem Band.

¹⁵ Gilbert Ziebura: Kritik der Realpolitik, Berlin 2009, S. 179.

¹⁶ Siehe Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: Ders./Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

¹⁷ Ausführlicher zur Transformation der Demokratie vgl. Michael Hewener: Die Theorie der APO: Johannes Agnolis Transformation der Demokratie, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Berlin 2018 II, S. 39–53. Wenn man über Agnoli schreibt, ist es redlich, darauf hinzuweisen, dass dieser vor seiner Linkswende in seiner Jugend Mitglied der faschistischen Nachwuchsorganisation Italiens und später Wehrmachtssoldat war. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesem Komplex ist an dieser Stelle jedoch nicht möglich. Auf sein Werk bezogen, findet sich eine Diskussion im oben genannten Aufsatz. Eine weitere Veröffentlichung von mir dazu ist in Arbeit.

¹⁸ Siehe Barbara Görres Agnoli: Johannes Agnoli. Eine Biografische Skizze, Hamburg 2004, S. 48.

¹⁹ Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, International Institute for Social History/Amsterdam (IISH), Agnoli Papers, Mappe 930. Da meine Sichtung von Agnolis Nachlass vor der Erschließung stattfand, können sich Verschiebungen in der Zuordnung von Dokumenten zu den jeweiligen Mappen ergeben.

²⁰ Die Habilitation wurde nie fertiggestellt. Die Ernennung zum Professor geschah aufgrund einer „Sammelhabilitation“.

²¹ Ihm ist wichtig, dass „eine politologische Theorie etwas anderes als eine gesamtgesellschaftliche ist, aber schlüssig nur als Teil der letzteren.“ Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 930: Die Einordnung der Teiltheorie versucht Agnoli ein paar Jahre später mit dem Aufsatz „Der Staat des Kapitals“, in dem er u. a. foranalytisch das Verhältnis von Kapitalismus und staatlicher Autonomie bearbeitet.

²² Die Frage, ob es um grundsätzliche Mechanismen des bürgerlichen Staates oder um aktuelle Entwicklungen geht, ist in dem Aufsatz unscharf. Einerseits beschreibt er grundsätzliche Bedingungen, andererseits beschreibt er aktuelle autoritäre Tendenzen.

²³ Die autoritäre Wende nennt Agnoli „Involution“. Beispiele hierfür wären das KPD-Verbot oder, aktueller in den 1960ern, die Notstandsgesetze.

²⁴ Exemplarisch und 1967 aktuell die „konzertierte Aktion“.

²⁵ „Wer will schon gegen den Frieden sein?“ Agnoli, Transformation, S. 21.

²⁶ Er spricht von einer verdoppelten Wirklichkeit, siehe Ebenda, S. 23f. Agnoli löst an dieser Stelle aber das Problem der Unterscheidung von Klasse und Gruppe nicht wirklich. Dies ergibt sich in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus zwangsläufig, da dieser Gruppeninteressen als Ausgangspunkt nimmt, während die sich artikulierende Klasse nicht immer ein guter Angelpunkt ist, um kapitalistische Dynamik in den Blick zu bekommen. Denn Klasse funktioniert als Herrschaftsverhältnis grundlegend anders als z. B. Gender oder Race. Während bei diesen eine herrschaftsinteressierte anrufende Identitätskonstituierung notwendig ist, um das Herrschaftsverhältnis erst herzustellen, ergeben sich Klassen scheinbar naturwüchsig aus ökonomischen Verhältnissen und das Herrschaftsinteresse ist es eher, das Vorhandensein von Klassen zu leugnen.

²⁷ Ebenda, S. 68.

²⁸ Die letzten drei Wahlkämpfe und die großen Koalitionen 2005–2009 und 2013–2017 bestätigen diese These. Problematisch für ein solches, angeblich stabiles System wird es aber, wenn die staatstragende Ähnlichkeit von Parteien und KandidatInnen soweit geht, dass die Integrationskraft der interessensgebundenen Parteien schwindet. Die Dynamik im aktuellen Parteiensystem, sprich der Aufstieg der AfD, kommt unter anderem daher. In den 1960ern wollten die CDU und Teile der SPD (z. B. die Politologen Wilhelm Hen-

nis und Carlo Schmid) das Problem lösen, indem sie die Einführung des Mehrheitswahlrechtes nach britischem Muster forderten, bei dem jeweils nur der oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen ein Direktmandat erhält.

²⁹ Später ähnlich veröffentlicht, siehe Johannes Agnoli: Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik, in: Ders.: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998 S. 61–66, hier S. 62f.

³⁰ Es geht um die Weimarer Republik und ihr bekanntes Ende, personell gemeint ist hier insbesondere Ernst Fraenkel, „in geringerem Maße“ auch Richard Löwenthal.

³¹ Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 930 K 20 D30, S. 34, eine Tendenz, die der extremismustheoretisch verblödete, rechtskonservativ unterwanderte Verfassungsschutz fortwährend bestätigt.

³² Eine explizite Gründung gegen die außerparlamentarische Stoßrichtung. Siehe Uwe Thaysen/Jürgen W. Falter: Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der „Parlamentsverdrossenheit“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 2007, H. 2, S. 401–413, hier S. 413.

³³ Wolf-Dieter Narr/Richard Stöss: Johannes Agnolis „Transformation der Demokratie“. Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Politikanalyse, in: ZParl, 2007, H. 4, 828–841, hier S. 832.

³⁴ Unter anderem durch eine begeisterte Rezension von Sebastian Haffner in der Zeitschrift „Konkret“ im März 1968 und eine ebenso begeisterte von Dieter Senghaas in der Zeit im Mai 1968. Eine ausführliche Sammlung von Rezensionen befindet sich in: Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 990.

³⁵ Siehe Michael Hewener: Die Westberliner Neue Linke und die Stasi – der Kampf um den „Republikanischen Club“, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte (ABG), 2017, H. 1, S. 22–44.

³⁶ Ernst Fraenkel: Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 1969, H. 49, S. 3–27, hier S. 23.

³⁷ Max Horkheimer „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ – Die Juden und Europa. In: Studies in Philosophy and Social Science, Band 8. The Institute of social research, New York 1939, S. 115. Ernst Fraenkel: „Klassenkampf ist das bewußte Streben nach Gerechtigkeit, Verzicht auf den Klassenkampf die bewußte oder unbewußte Mitwirkung an der Stabilisierung des Unrechts“ Zur Soziologie der Klassenjustiz, Berlin 1927, S. 44.

Claudia Pinl, geboren 1941, studierte ab 1964 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, mit dem Abschluss Diplom-Politologin im Dezember 1967. Sie arbeitete als Journalistin u. a. für Rundfunkanstalten und die „taz“, war 1986-1990 Fraktionsmitarbeiterin der Grünen im Bundestag, seither freiberufliche Publizistin. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zu Gender-Themen und Neokonservatismus, zuletzt erschien „Ein Cappuccino für die Armen. Kritik der Spenden- und Ehrenamtsökonomie“ (Köln 2018).

Das Interview führte Michael Hewener.

Interview mit Claudia Pinl

FU70: Fangen wir mit deinem persönlichen Hintergrund an. Wann und was hast du studiert und wie waren deine Lebensumstände?

Claudia Pinl: Ich bin Einzelkind, im Krieg geboren. Mein Vater war Professor, Mathematiker, Abitur und Studium waren quasi selbstverständlich und ich war nicht auf einen Job angewiesen, wenn ich Geld brauchte hab ich das bekommen. Ich habe nicht üppig gelebt, aber hatte auch keine materiellen Sorgen, war also nicht, wie auch damals schon viele Studierende, auf irgendwelche Jobs oder Nebenbeschäftigungen angewiesen. Ein bisschen Geld habe ich durch kleinere journalistische Arbeiten verdient, Buchbesprechungen hauptsächlich.

FU70: Warum hast du Politikwissenschaften an der FU Berlin, am Otto-Suhr-Institut (OSI) studiert?

C. P.: Ich war schon zu Schulzeiten politisch interessiert. Was dann den Ausschlag gegeben hat, war, dass ich als Schülerin zweimal die Ferien in London bei einer Familie verbrachte, in der die Eltern – er Buschaffner, sie Sekretärin an einem College der London University – in der Kommunistischen Partei Großbritanniens waren. Mit Jack und Hilda gab es spannende Diskussionen und ich erfuhr, dass man die Welt auch anders sehen konnte, als ich es von zu Hause kannte. Ich war damals in Köln auf einem Mädchengymnasium, es war alles sehr katholisch geprägt und die Adenauerzeit lastete zum Teil schwer auf uns Jugend-

lichen. In London erfuhr ich ganz andere Weltinterpretationen und dann kam ich nach Hause und habe meine Eltern damit konfrontiert. Dann ging es los: „Solange du die Füße unter meinem Tisch...“, und so weiter. Mein Vater war ein ausgesprochener Antikommunist. Allerdings war er auch ein Verfolgter des NS-Regimes, er hat eine Weile in Gestapo-Haft gesessen, weil er an der deutschsprachigen Universität Prag, die es in der Zwischenkriegszeit gab, Relativitätstheorie unterrichtet hat. Das galt als „jüdische Physik“ und beim Einmarsch der Wehrmacht in Prag 1939 ist er verhaftet worden. Er sagte immer, er wolle weder rote noch braune Stiefel lecken.

Anfang der sechziger Jahre, kurz nach dem Abitur, war ich mit meinen Eltern in den Südstaaten der USA, in Atlanta. Ich hatte vorher schon ein Semester in Köln studiert, neuere Geschichte und Politik als Nebenfach. In den USA habe ich dann die Anfänge der Bürgerrechtsbewegung kennengelernt. Das war wieder ein Politisierungsschub. Als Gasthörerin war ich an der Emory University für Soziologie und neuere Geschichte. Der amerikanische Bürgerkrieg war gerade hundert Jahre her, und die Kluft wurde deutlich, die sich in diesem Land zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit auftat, vor allem, was die afroamerikanische Bevölkerung betraf. Da war ich schon sehr politisiert, aber nicht in dem Sinn, dass ich dachte, ich muss jetzt auf die Straße gehen oder irgendwas machen, sondern mich interessierte einfach: Wie tickt die Welt eigentlich wirklich politisch?

Da habe ich geguckt, wo ich Politikwissenschaft im

Hauptfach auf Diplom studieren konnte und bin dann nach zwei Semestern in Köln im Sommersemester 1964 in Berlin gelandet.

FU70: Und was hast du dort vorgefunden, wie war damals die politikwissenschaftliche und generelle Situation am OSI?

C. P.: Das Studium war am OSI reglementierter, als es die universitäre Bildungslandschaft im Durchschnitt in Deutschland damals war. Bis zum Vordiplom hatten wir bestimmte Scheine zu machen, zum Beispiel auch Hilfswissenschaften wie Statistik, außerdem Grundlagen von Staats- und Verfassungsrecht, die Grundzüge der VWL. Die neuere Geschichte war ein gewichtiger Schwerpunkt, von den napoleonischen Kriegen bis in die Anfänge der Bundesrepublik. Um einen der geforderten Seminarscheine zu bekommen, musste man ein Referat halten oder eine schriftliche Arbeit abgeben oder, wie in der Statistik, eine Klausur bestehen.

Acht Semester war die reguläre Studienzeit bis zum Diplom. Nach vier Semestern machte man Vordiplom und danach konnte man sich entscheiden zwischen den großen Strängen der Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen, Innenpolitik – „vergleichende Lehre der Herrschaftssysteme“ – oder politische Theorie. Inhaltlich war das meiste Institutionenlehre und blieb häufig etwas an der Oberfläche. Ich selbst wählte dann als Schwerpunkt Innenpolitik bei Kurt Sontheimer, den ich als sehr angenehmen Dozenten in Erinnerung habe. In dessen Seminaren ging es manchmal auch um Wissenschaftstheorie, im Hintergrund waberten da marxistische Begrifflichkeiten, Klassengesellschaft zum Beispiel, vermutlich als Gegenpol zum Positivismus von Popper. Nach fünfzig Jahren bin ich natürlich in der Sache nicht mehr so richtig drin. (lacht) Diese wissenschaftstheoretischen Hintergründe interessierten aber die allerwenigsten Lehrenden, die haben halt ihre ideengeschichtlichen Überblicke gemacht, oder VWL, oder Jura, ohne irgendwie einen gesellschaftskritischen Blick auf die Dinge zu werfen oder auch nur einen kritischen Blick darauf, wie diese Theorien oder Erkenntnisse überhaupt zustande kommen. Beides fehlte meiner Erinnerung nach ziemlich. Bei Sontheimer, es ging gerade um Theorien der empirischen Sozialforschung, Behaviorismus oder ähnliches, und er stand im Seminar auf und sagte, ach, das ist doch alles Quatsch, meine Damen und Herren, und ist dann einfach dahin zurückgekehrt, wie halt das System der BRD funktioniert.

Bei Helmut Gollwitzer habe ich damals, über zwei Semester zusätzlich, eine theologische Vorlesung gehört. Das konnte man damals noch, seit der Bologna-Reform ist der Rahmen ja sehr viel strikter, es bleibt wenig Zeit für anderes und für das Herausschauen über das eigene Fach. Damals war das berühmte Studium Generale nicht nur reine Theorie.

Ernst Fraenkel hatte ich als Prüfer im Vordiplom und bei der Gelegenheit habe ich zum ersten Mal den Anstoß bekommen, mich auch praktisch politisch zu engagieren und nicht bloß theoretisch und neugierig wissenschaftlich. Er fragte damals: „Sie sind in keiner Partei? Als Politologin sollte man doch vielleicht...“, ich weiß nicht mehr, wie er es ausgedrückt hat, jeden-

falls bin ich dann 1966 in die Berliner SPD eingetreten. (lacht) Das war der Anstoß. Da war ich aber in der darauffolgenden Zeit nicht sehr aktiv, ich erinnere mich nur noch an so Eisbein-Essen mit den alten Genossen in irgendwelchen Keller-Kneipen. (lacht)

Dann kamen die Ereignisse an der FU, die sich langsam aufbauten, und die dann mein Interesse mehr in Beschlag genommen haben.

FU70: Wie bist du denn in die Ereignisse an der FU reingeraten, wie ging es für dich los?

C. P.: Zu Beginn des Sommersemesters 64 bin ich neu in die Stadt gekommen, ich war zuvor noch nie in Berlin, das war erst drei Jahre nach dem Mauerbau. Meine Eltern haben sich in Berlin kennengelernt und als meine Mutter zu Besuch war, erinnerte sie sich an den Potsdamer Platz der Vorkriegszeit und jetzt war da eine riesige Trümmerwüste mit dem Neubau der Philharmonie als einzige Landmarke, das fand ich alles total spannend. Ich habe damals bei irgendwelchen Wirtinnen in Dachzimmern gehockt und war etwas vereinsamt. Es wurde alles ganz anders für mich, als ich dann zum Sommersemester 1965 ins Studentendorf Schlachtensee gezogen bin. Zu meiner Zeit gab es dort viele verschiedene Cliques. Bei mir auf der Etage verkehrte z.B. die Verwandtschaft von Frigga Haug, da saß man dann in Runden von sechs bis zehn Leuten und trank Wein, Whisky oder Wodka, hat Brecht-Balladen und Franz Josef Degenhardt gehört und nächtelang Poker gespielt. Wir waren alle zumindest anpolitisiert und verstanden uns als Linke. Das war genau das Semester, als es an der FU auch zu den ersten Protesten kam.

Zunächst die Sache mit der Zwangsexmatrikulation. Da hatten sich welche zu Semesterbeginn nicht rechtzeitig zurückgemeldet und wurden deshalb zwangsexmatrikuliert und dagegen gab es Protest. Ich erinnere mich, dass ich damals dachte, so bürgerlich konform wie ich aufgewachsen war: Naja, warum kann man sich nicht rechtzeitig zurückmelden, jeder hat doch einen Kalender. (lacht). 65 müsste dann aber auch der erste größere Konflikt mit dem Rektorat und Senat der FU passiert sein, die Affäre Kuby-Krippendorff¹. Das fand ich dann schon spannender, ich war dann auch bei dem Vortrag von Erich Kuby, der ja in die TU verlegt wurde, weil er an der FU Redeverbot hatte. Das habe ich alles mitbekommen, aber ohne mich direkt einzumischen.

Ein großes Thema war natürlich der Vietnamkrieg. An Wochenenden lag ich auf einer der Wiesen im Studentendorf und las das Vietnam-Buch von Horlemann/Gäng. Den Zwiespalt haben wir ja selbst immer erfahren: Mehrmals im Jahr war US-Parade in Zehlendorf mit Militär-Band und polierten Stahlhelmen. Da waren auch immer viele Leute und man wusste halt: Die Amis garantieren die Freiheit Westberlins. Andererseits betreiben sie diesen absolut menschenverachtenden und zerstörerischen Krieg in Vietnam. Im Hintergrund der Ereignisse war immer das Gefühl, dass man da am Schnittpunkt des Weltgeschehens war, in dem Moment, in dieser Stadt. Der Vorwurf des Antiamerikanismus waberte im Zusammenhang mit der Studentenbewegung immer durch die Gegend, das wurde von

der Springer-Presse hochgespielt. Aber wir standen ja auf der Seite derjenigen Amerikanerinnen und Amerikaner, die auch gegen diesen brutalen Krieg waren, die in Berkeley gegen die Eindämmung von Redefreiheit protestierten und mit der Bürgerrechtsbewegung der AfroamerikanerInnen auf die Straße gingen. Wir waren gegen bestimmte Formen der amerikanischen Politik, das muss man, finde ich, klar trennen. In der Politikwissenschaft beschäftigten wir uns mit dem amerikanischen Regierungssystem, mit der großartigen Unabhängigkeitserklärung, dem Aufstand gegen die Kolonialmacht Großbritannien, dem Bürgerkrieg, der nicht nur, aber auch gegen die Sklaverei gerichtet war. Und dann: das Ideal und die Wirklichkeit, Napalm auf die Dörfer in Vietnam. Der Zwiespalt zwischen Ideal und Wirklichkeit, das war dann sozusagen das Leitmotiv der folgenden Jahre.

An der FU bezog sich das auf die Gründung 1949. Der Auszug aus der HU in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, die da eine Kadenschmiede gründen wollten oder was auch immer, jedenfalls keine freie Universität, wo man in Freiheit studieren und lernen konnte. Und diese Idee, dass diese in Dahlem neu gegründete Freie Universität sich in der Gründungsphase nicht nur von dem, was da in der SBZ passierte, absetzen wollte, sondern auch von der alten Ordinariuniversität. Das Berliner Modell, dass Studenten eine Mitsprache haben sollten. Als dann die Konflikte aufkamen, wie z.B. der mit Kuby, da sah man direkt vor der eigenen Nase eine deutliche Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit und es wurde eingefordert, die Wirklichkeit dem Ideal anzupassen.

Was aber ein sehr einschneidendes Erlebnis für mich war, war der dritte Juni 1967, am 2.6. waren ja die Anti-Schah-Proteste und der Mord an Benno Ohnesorg. Und am nächsten Morgen, ich hatte nichts eingekauft und nichts zu essen und fuhr nach Dahlem in die Mensa und auf dem Weg von der Bushaltestelle zur Mensa komme ich an so einem Bild-Zeitungskasten vorbei und da war ein riesiges Foto auf der ersten Seite der „Bild“ und da sieht man einen Polizisten, der sich die Hand vors Gesicht hält und der Kopf blutet. Und das waren wieder die wilden linken Horden und ich dachte, das geht jetzt zu weit. Und zehn Minuten später stehe ich am Eingang der Mensa und bekomme die Flugblätter in die Hand, dass Benno Ohnesorg erschossen worden ist. Und da an dem Punkt habe ich, glaube ich, sehr deutlich gemerkt, was es mit der Springer-Presse auf sich hat, das war ein sehr einschneidendes Erlebnis. Dass die Springer-Presse und zum Teil auch andere Medien die studentischen Proteste generell kriminalisierten, das wusste ich natürlich generell schon vorher (lacht), aber diese freche Verdrehung der Geschehnisse vom Tag zuvor hat es für mich auf den Punkt gebracht.

FU70: Warst du selbst, jenseits der SPD-Mitgliedschaft, irgendwie (hochschul)politisch organisiert?

C. P.: Nein. Bei den Konventswahlen habe ich, glaube ich, durchgehend den SHB gewählt, den Sozialdemokratischen Hochschulbund (der SPD nahestehender bundesweiter Studierendverband). Der SDS war mir, glaube ich, irgendwie zu radikal, ich war damals schon so eine Reformistin, bin ich im Grunde immer

noch. Ich fand aber auch die AStA-Leute aus der Zeit, die ich kannte, immer sehr gut und sehr klar. Lefèvre war damals noch SDS-AStA-Vorsitzender, aber dann kamen eben so Leute wie der Niels und der Ulf Kadritzke, Knut Nevermann, Hartmut Häußermann, das waren eben Leute, die zwar die Gesellschaft grundlegend reformieren wollten, die aber nicht im Sinne des SDS die Revolution hier und jetzt forderten. Das ist jetzt natürlich alles recht verkürzt und auch subjektiv. Jedenfalls hab ich durchgehend den SHB gewählt und der war ja auch relativ stark, der SDS hat zahlenmäßig nicht unbedingt so eine Rolle gespielt, zumindest nicht innerhalb der FU.

Außerhalb der SPD hab ich mich in keiner politischen Gruppe engagiert, außer im Studentendorf, da hatten wir einen Dorfrat, das war so ein Parlament im Kleinen, von jedem Haus kamen da Delegierte. Beim Dorf-Blättchen hab ich auch mitgemacht, „Konturen“ hieß das, da ging es vor allem um Studentendorfpolitik, z.B. um die Preise im Laden, der ein regionales Quasi-Angebotsmonopol hatte, um das mal volkswirtschaftlich auszudrücken (lacht). Oder wenn jemandem gekündigt wurde aus Gründen, die wir nicht richtig fanden, solche Sachen.

FU70: Wie stand es um den Feminismus in der Politikwissenschaft in den 60ern?

C. P.: Davon hab ich damals nichts mitbekommen, in der Rezension des Fraenkel-Seminars schrieb ich ja auch alles in der männlichen Form, da hatte man damals überhaupt keine Ader.

Als Jugendliche hatte ich Simone de Beauvoir gelesen, war schon ein Stück weit interessiert und sensibilisiert, aber dass das an der Uni eine Rolle gespielt hat, wusste ich jetzt nicht. Ein nachhaltiges Erlebnis hatte ich außerhalb der Uni. Wir mussten acht oder zehn Wochen eines politischen Praktikums vorweisen und das hab ich beim RIAS gemacht, da war ich also Praktikantin und hab da kleine Sendungen gemacht, bin so undercover nach Ostberlin rüber und hab meine Berichte geschrieben für eine Sendung, die hieß „Aus der Zone für die Zone“ und saß da mit einem Redakteur im Zimmer und der ließ sich von seiner Sekretärin Kaffee bringen. Als die Frau wieder im Vorzimmer verschwunden war, griff er zum Telefon und sagte sowas wie: „Schmidtchen, ich hab keinen Zucker!“ Und Frau Schmidt kam aus dem Vorzimmer und brachte den Zucker und verschwand wieder. Und da dachte ich, ich möchte eigentlich promovieren, damit mir sowas nie passiert, für die Kaffeedienste zuständig zu sein. Also die Wahrnehmung dieser Hierarchie im Berufsleben gab es schon. An der Uni hab ich das jetzt nicht so empfunden. Studentinnen waren in der Minderheit, ok, aber auch nicht so eine kleine Minderheit, ich würde sagen, so ein Viertel bis ein Drittel, an der Uni hab ich da keine Zurücksetzung irgendwie in Erinnerung.

Ich hatte eine Promotion bei Flechtheim angestrebt, zum Thema Notstandsverfassung, die im Mai 68 vom Bundestag verabschiedet wurde, genauer: Der Einfluss der außerparlamentarischen Opposition auf die Gesetzgebung. Von Seiten der Gewerkschaften gab es ja viele Versuche, die SPD Bundestagsfraktion dahin zu bringen, dass die schlimmsten befürchteten Verände-

rungen der Verfassung abgebogen werden sollten, das Verfahren lief ja bereits, weil ja angeblich nur durch Notstandsartikel im Grundgesetz die alliierten Vorbehaltsrechte abgeschafft werden konnten. In der Bundstagsbibliothek in Bonn bekam ich zu dem Thema ein dutzend dicke Aktenordner hingestellt. Naja, ich hatte ja damals schon einen Job bei der Gewerkschaft und habe dann bald kapituliert, weil ich dachte, das schaffe ich nie. Und ich bin noch immer nicht promoviert! (lacht)

FU70: Wie kam es dazu, dass du die berühmte Fraenkel-Rezension² geschrieben hast?

C. P.: Ich war im Studidorf inzwischen ganz gut integriert, als Anfang 1967 Christel Dietze da einzog. Sie wurde irgendwann Chefredakteurin des FU-Spiegel und fragte mich eines Tages, ob ich nicht Lust hätte, eine Vorlesungsrezension zu schreiben. Es waren zu der Zeit schon zwei oder drei Rezensionen zu Romanistik, und Anglistik-Veranstaltungen, die zwar ein gewisses Grummeln ausgelöst hatten, veröffentlicht worden. Aber anscheinend gab es da keine großen Probleme, sie zu veröffentlichen, bei der Fraenkelgeschichte von mir gabs dann ein großes Problem. Die Geschichte im Einzelnen ist ja bekannt, der akademische Senat hat dann gegen die Stimmen der studentischen Mitglieder die Veröffentlichung verboten. Ich hab das gestern Abend nochmal ein bisschen nachgelesen in „Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland“. Das ist ein dicker Wälzer, über 600 Seiten, da sind die ganzen Einzelheiten der Akademischen Senatssitzung oben im Henry-Ford-Bau, mit den Massen beim Sit-In unten im Foyer, geschildert – einschließlich des Polizeieinsatzes. Meiner Meinung nach war es das erste Mal, dass der Rektor die Polizei in die Universität geholt hat. Die Leute wurden rausgetragen, kamen dann aber durch die Fenster irgendwie wieder rein. (lacht) Ich selber war dabei, aber habe mich relativ schnell aus dem Staub gemacht.

FU70: Magst du noch was sagen zur inhaltlichen Dimension der Rezension? –

Fraenkel hat sich einerseits dagegen gesperrt, dass man ihn überhaupt rezensiert oder aus seinem Seminar erzählt, aber es war ja schon auch eine inhaltliche Kritik, die du geschrieben hast.

C. P.: Inhaltlich ging es vor allem um Kritik an seiner Pluralismustheorie, checks and balances, Gewerkschaften hier und Unternehmerverbände dort und alles schön im Gleichgewicht und das Parlament als die Institution, die in der parlamentarischen Demokratie die Regeln vorgibt. Da waren wir damals eigentlich alle kritisch genug, um das hinterfragen zu wollen und zu können. Bei ihm in der Veranstaltung fehlte die wissenschaftstheoretische Reflektion komplett und die Darstellung der Entwicklung von politischen Theorien war nicht gesellschaftskritisch fundiert. Ich fand die Rezension, auch als ich sie jetzt nochmal gelesen habe, nicht besonders böse formuliert. Nachträglich hat er das dann als Forschungsseminar

deklariert, dessen Ergebnisse nicht an die Öffentlichkeit getragen werden dürften. Das war so ein nachträglicher Versuch, seine Intervention gegen die Veröffentlichung zu legitimieren. So war es aber überhaupt nicht, das Seminar war einfach als ideengeschichtliche Abhandlung konzipiert, von Aristoteles bis weiß ich nicht, Hannah Arendt vielleicht, wenn er die auf dem Schirm hatte. Dann hat er noch behauptet, die Rezension sei ein Plagiat aus der Zeitschrift „Das Argument“. Das wurde dann aber in einer Ausgabe des Arguments vom Juli 67 zurückgewiesen, da die zeitliche Veröffentlichungsreihenfolge andersherum war.

FU70: Fraenkel hat sich also offensichtlich sehr angestrengt, die Rezension irgendwie zu diskreditieren.

C. P.: Ja, das hat er. Für mich war das damals die alte Ordinarienherrlichkeit, der Muff von 1000 Jahren, der es nicht mag, wenn er mal ausgelüftet wird, obwohl die FU ja, von ihrer Entstehungsgeschichte her, angetreten war, um mehr Liberalität in das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu bringen. Vor diesem Hintergrund habe ich seine Reaktion auf meine Rezension gelesen, aber dass Fraenkels persönlicher biographischer Hintergrund da vielleicht auch eine Rolle gespielt hat, hab ich damals nicht gesehen. Damals hatte ich nicht so in meinem Bewusstsein, dass Fraenkel in der Nazizeit emigriert und danach wieder zurückgekehrt war, wie auch Ossip K. Flechthelm oder Löwenthal. Das heißt, ich wusste das schon, aber ich hatte dafür wenig Empathie und konnte mich nicht gut hineinversetzen in die Situation von Menschen, die rassistisch verfolgt worden waren und sich jetzt wieder angegriffen fühlen, wenn auch aus ganz anderen Gründen.

Mein Vater hat beispielweise auch sehr ablehnend auf die 68er reagiert, weil es für ihn da Überschneidungen in der äußeren Form gab zu dem, was er mit den sudetendeutschen NSDAP-nahen Studenten an der deutschsprachigen Prager Uni erlebt hat. Die haben zum Boykott der Vorlesungen und Übungen meines Vaters aufgerufen und ihn unter Druck gesetzt, mit der „jüdischen Physik“ aufzuhören, was nach seiner Weigerung schließlich zu seiner Gestapo-Haft führte. Und diese äußeren Dinge, wie Boykott Aufrufe, oder auch Teach-ins und Sit-ins, das hat ihn an seine eigene Biographie und an seine damaligen Erfahrungen mit den faschistischen Studenten erinnert und das löste dann eben auch emotionale Reaktionen aus, die so rein rational vielleicht nicht nachvollziehbar sind.

Konkret ist mir das dann im Zusammenhang mit Fraenkel erst vor ein paar Jahren bewusst geworden, als ich in Schöneberg einen Stolperstein für den Arbeitgeber meiner Mutter verlegen ließ, die vor 1933 Haushälterin bei einem Arzt war, der alsbald rassistisch verfolgt wurde und am Vorabend seiner Deportation 1942 Selbstmord beging. Damals bin ich in einer Ausstellung über die früheren jüdischen Bewohner des Viertels auch auf den Namen Fraenkel gestoßen, der wohnte auch in der Gegend da um den Bayerischen Platz. Und erst da ist mir klar geworden, dass ich damals für diesen Aspekt der Geschichte keine Sensibilität hatte. Jedenfalls hat mir die Christel Dietze dann erzählt, dass Fraenkel sich danach wochen- oder monatelang

krankschreiben hat lassen wegen Gürtelrose, einer Krankheit, die oft psychische Hintergründe hat.

FU70: Fraenkel hat dann tatsächlich ja auch im Tagesspiegel-Interview von SA-Methoden gesprochen. Und dafür dann auch sehr viel Kritik bekommen. Die Auseinandersetzung mit den Professoren finde ich am OSI allerdings insofern spannend, da es dort eben diese Alt-Nazis wie im Rest der Republik nicht gab.

C. P.: Ja, das stimmt. In Köln war dann eben doch so mancher Alt-Nazi dabei, zum Beispiel der Historiker Theodor Schieder, den ich als Professor ganz toll fand und von dem ich später gelesen habe, dass er in einem Institut der Nazis in Königsberg über die Germanisierung der zu erobernden Ostgebiete geforscht hat. Aber am OSI gab es das, glaube ich, nicht. Das OSI war sicher eine der wichtigen Keimzellen der 68er Revolte. Allerdings auch nicht durchgängig. Ich erinnere mich an Kommilitonen, die es nachher im Regierungsapparat unter Helmut Kohl sehr weit gebracht haben, wie z.B. Horst Teltschik. Oder Hermann Gremliza als Spiegelredakteur. Also da waren nicht nur die Revoluzzer. Wenn ich mich an die Seminare bei Sontheimer erinnere, das waren auch mehr so die intellektuellen Salonkommunisten, sag ich jetzt mal stark verkürzt. Ich glaube in anderen Fachbereichen, Soziologie oder Philosophie war an tatsächlichem politischen Aktivismus mehr los.

Da muss man auch aufpassen, dass sich da nicht so Mythen bilden, das war eine internationale Bewegung, das muss man immer im Kopf behalten und das ist nicht alles aus der FU entstanden. Schon zur Zeit von Krippendorff-Kuby gab es Kontakte zum Free Speech Movement an der Universität von Kalifornien in Berkeley, wir waren selbstverständlich solidarisch mit den Anti-Vietnamkriegsprotesten in den USA; die Proteste und Revolten in London und natürlich vor allem in Paris waren sehr präsent. Im Dezember 67 habe ich Examen gemacht und war dann noch etwas in Berlin, auch auf der großen Vietnamdemo im Februar 68, die ja ihren Ausgang in der TU nahm. Überhaupt hatte sich da relativ viel in die Räumlichkeiten der TU verlagert. Am OSI hatte ich mitbekommen, dass viele meiner Kommilitonen ihre Diplomarbeiten publizistisch verwerteten. Ich hatte bei Sontheimer über den „Funktionswandel der Studentenpresse in der Krise der Universität“ geschrieben und die in Köln vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ hatten die gekürzte Fassung gedruckt und mir gleichzeitig eine Stelle angeboten. So kam ich im Frühjahr 1968 zurück nach Köln.

¹ Der links-liberale Journalist Erich Kuby hatte sich kritisch zum Namen „Freie Universität“ geäußert und durfte deshalb der Einladung des AStA FU zu einer Podiumsdiskussion im Sommersemester 1965 nicht folgen, da der FU-Rektor Herbert Lüers die Räume verwehrt, was dann zu massiven Gegenprotesten der Studierendenschaft führte. In diesem Zusammenhang behauptete Ekkehart Krippendorff (seinerzeit Assistent am OSI) im Spandauer Volksblatt, dass der Rektor auch eine Veranstaltung mit Karl Jaspers verhindert hätte, worauf dieser seinen Vertrag nicht verlängerte, was wiederum zu großen Protesten von Studierenden, aber auch Professoren, führte.

² In der AStA-Zeitschrift FU-Spiegel sollte eine anonyme studentische Rezension zu einem Seminar des renommierten Politologie-Professors Ernst Fraenkel erscheinen. Dieser versuchte, dies mit allen Mitteln zu verhindern, und erwirkte einen Beschluss des akademischen Senats. Aus Protest dagegen organisieren die Studierenden Ende April 1967 ein großes Sit-In im Henry-Ford-Bau mit über 2000 Leuten, woraufhin der FU-Rektor Joachim Lieber die Polizei mit der Räumung beauftragte, die diese allerdings mittendrin abbrach, da sie diese Maßnahme für überzogen hielt. Die Rezension erschien dann trotz Verbot im Mai 1967, zusammen mit einer Stellungnahme Fraenkels.



Protestversammlung anlässlich des Hausverbots des Journalisten Erich Kuby am 07.05.1967, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/31071.

1968 an der FU – Bilder einer Revolte

Eine Dokumentation der Ereignisse anhand von Fotos aus dem Universitätsarchiv der FU

Die Revolte der 68er jährt sich dieses Jahr zum 50sten Mal – Grund genug diese doch eher textlastigen Publikation mit einer Fotodokumentation aufzulockern. Außerdem füllt diese Dokumentation somit eine Lücke zwischen den Texten – schließlich endet der Text „Von der Freien zur Kritischen Universität“ an dem Punkt, wo sich die Ereignisse zu überschlagen beginnen. Die FU gilt – sicherlich nicht ganz zu Unrecht – als die wichtigste Keimzelle der Studierendenbewegung. In Berlin fanden die meisten und wichtigsten Ereignisse der APO statt. Zu nennen wären hier beispielsweise das Wirken der Kommune 1, der Vietnam-Kongress an der TU, die Proteste nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und gegen die Verhaftungen von APO-Größen, wie Fritz Teufel oder den heute zum Rechtsradikalismus umgeschwenkten Rechtsanwalt Horst Mahler. All dies zeigt diese Dokumentation nicht oder wenn nur am Rande. Sie soll vielmehr die Ereignisse, die rund um die FU selbst stattfanden, illustrieren. Sie zeigt auch, dass „68“ an der FU eben nicht erst im Jahr 1968 begann, sondern es bereits in den Jahren zuvor große studentische Proteste gab. Wir beginnen daher mit einem Bild von den Protesten gegen das Hausverbot des Journalisten Erich Kuby. Einen Bruch, der noch einmal weitere Kreise der Studierendenschaft mobilisierte, stellten dann aber sicher die Demonstrationen gegen den Schah-Besuch und die Ermordung Benno Ohnesorgs am 02.06.1967 dar. Auch wenn diese Ereignisse sich räumlich nicht an der FU abspielten, wurden sie hier aufgenommen. Der Grund ist, dass der AStA nach dem Tod Ohnesorgs einen eigenen Untersuchungsaus-

schuss einrichtete, was nochmal die enorme Bedeutung unterstreicht. Ansonsten werden hier die wichtigsten Ereignisse der Studi-Bewegung gezeigt: Die Gründung der „Kritischen Universität“, die Besetzungen des Rektorats, die Besetzung des Germanischen Seminars und weiterer Institute sowie Streik- und Protestaktionen an beinahe allen Fakultäten. Dabei wurde bis auf einige kurze, einordnende Erläuterungen auf lange Texte verzichtet, – denn die Bilder sprechen für sich. Für Hintergrundinformationen empfiehlt sich das Interview mit Sigrid Fronius im vorliegenden Heft sowie die zahlreiche Literatur zur APO und den 68ern.



Sit-in von 3.000 Studierenden im Henry-Ford-Bau, 22.06.1966, Fotograf: Heinz-Otto Jurisch / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30225.



Demonstrierende Studenten vor dem Henry-Ford-Bau, Fotograf: Heinz-Otto Jurisch / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30226.



Studenten veranstalten ein „Go-In“ im Rathaus Schöneberg, Sommer 1967, Fotograf: Wolfgang Albrecht / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30234.

Auf dieser Seite sieht man oben links ein Foto des ersten „Sit-Ins“, eine Protestform, die von der amerikanischen Studierendenbewegung übernommen wurde, an einer deutschen Universität anlässlich einer Sitzung des Akademischen Senats auf der u. a. die Zwangsexmatrikulation von Langzeitstudierende in der medizinischen und juristischen Fakultät auf der Tagesordnung stand.

Auf dem Bild rechts daneben (vermutlich vom selben Protest) ist links im Vordergrund der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann zu sehen. Die Veranstaltung links unten (am Podium spricht Hartmut Häußermann, auf der Bühne u. a. Rudi Dutschke) ging, laut Bildbeschreibung, später in ein „Sit-In mit Polizeieinsatz“ über.“



AStA-Veranstaltung im Audimax im Henry-Ford-Bau am 19.04.1967, Fotograf: Hellmuth Pollaczek / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30357.



Der regierende Bürgermeister Heinrich Albertz (mit Pfeife in Hand) trifft zur Eröffnung des John F. Kennedy-Instituts in der Lansstr. 5-9 ein, 28.01.1967, Fotograf: Hellmuth Pollaczek / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30238.

2. Juni 1967: Proteste gegen den Schahbesuch – am Mittag vor dem Rathaus Schöneberg



Die Polizei hält Demonstranten, die gegen den Schahbesuch protestieren, zurück, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30922.



„Jubelperser“ prügeln auf Demonstranten, die gegen den Schahbesuch protestieren, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30926.

...und am Abend an der Deutschen Oper in Charlottenburg



Die Polizei hält Demonstranten, die gegen den Schahbesuch protestieren, zurück, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30923.

Um die Geschehnisse des 02.06.1967 aufzuklären, setzte der AStA einen eigenen Untersuchungsausschuss ein. Die hier gezeigten Fotos wurden von diesem verwendet.



Ein Polizist prügelt auf einen Demonstranten, der gegen den Schahbesuch protestiert, mit dem Schlagstock ein, ein, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30925.



Die Polizei setzt einen Wasserwerfer gegen Demonstranten, die gegen den Schahbesuch protestieren, ein, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30924.

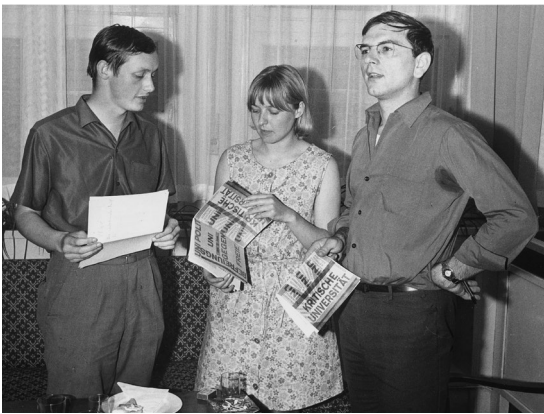


Dokumentation des Präsentationsvorschlags der Fotos des AStA Untersuchungsausschuss zum 02.06.1967, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30820.



Der ermordete FU-Student Benno Ohnesorg, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., StudaA_60697_Ohnesorg_Benno.

Kritische Universität



Reinhard Selke, Sigrid Fronius und Hartmut Häußermann (v. l. n. r.) geben Arbeitsweise und Funktion der neuen „Kritischen Universität“ bekannt, Fotograf: Landesbildstelle Berlin / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30039.



Gründungsvollversammlung der „Kritischen Universität“ im Audimax, Fotograf: Hellmuth Pollaczek / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30904.



Gründungsvollversammlung der „Kritischen Universität“ am 01.11.1967, Fotograf: Hellmuth Pollaczek / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30231.

Besetzung des Germanischen Seminars am 27.05.1968



Besetzung des Germanischen Seminars als Protestaktion der Studenten gegen die Notstandsgesetzgebung, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30818.



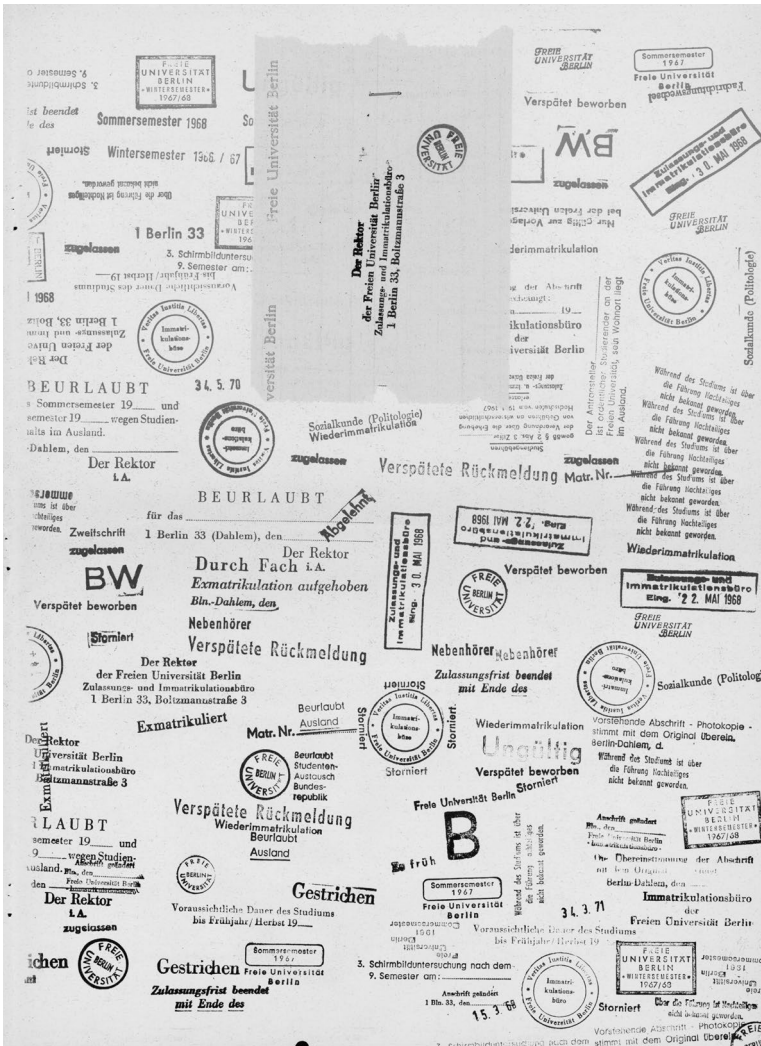
Blick auf das besetzte ehemalige Hauptgebäude in der Boltzmannstraße 3 (Außenansicht), Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30911.



Besetzung des Germanischen Seminars als Protestaktion der Studenten gegen die Notstandsgesetzgebung, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30914.



Besetzung des Germanischen Seminars als Protestaktion der Studenten gegen die Notstandsgesetzgebung, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30224.



Während der Besetzung wurden „Stempel und dergleichen autoritäre[r] Schmuck“ gestohlen. Anschließend wurden in der Berliner APO-Zeitung „Charlie kaputt“ (Nr. 2 vom Juni/Juli 1968) diese Stempel auf zwei Seiten abgedruckt.



Studierende verbarrikadieren sich im besetzten ehemaligen Hauptgebäude in der Boltzmannstr. 3 (Innenansicht), Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30913.

28.06.1968 Erste Rektoratsbesetzung



Die Polizei räumt das besetzte Rektoratsgebäude in der Ihnestraße 24, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30920.



Im besetzten Rektorat toben sich die Studenten aus, während Fotografen die Aktion dokumentieren, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30918.

Erst nach Mitternacht wird das Rektorat durch Polizeikräfte geräumt. Etwa 50 Studenten, die sich noch in den Amträumen des Rektors aufhalten, werden einzeln aus dem Gebäude getragen. Die Besetzer ziehen sich ins Auditorium maximum zurück, wo über die Rektoratsbesetzung und die Situation an der FU diskutiert wird.



Die Polizei riegelt das besetzte Rektoratsgebäude in der Ihnestraße 24 ab, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30919.

10.07.1968 Zweite Rektoratsbesetzung



Zerstörung im besetzten Rektoratsgebäude der Freien Universität Berlin, Fotograf: Bert Sass, UA, Foto-Slg., Foto/30448 und Foto/30449.

Nach einer Protestversammlung gegen die Ablehnung der Satzung des Otto-Suhr-Instituts durch den Akademischen Senat, die in der Halle des Henry-Ford-Baus stattfindet, besetzen am Mittag rund 500 Student*innen erneut das Rektorat der FU. Sie fordern den Rücktritt des Rektors, die Auflösung des Akademischen Senats und die Abschaffung der „Ordinarien Herrschaft“. Etwa 100 Student*innen dringen in das Gebäude ein, brechen Schreibtische und Schränke auf, sichten und durchwühlen Akten und verbarrikadieren die Treppenaufgänge mit Möbelstücken. Kurze Zeit später werfen siebündelweise Akten aus den Fenstern des Gebäudes, die von den draußen Versammelten verbrannt werden. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Rektoratsbesetzung ordnet Innensenator Kurt Neubauer die polizeiliche Räumung des Rektorats an.

Diverse Proteste und Aktionen um 1968



Das besetzte Ostasiatische Seminar im Mai 1968, Abteilung Japanologie in der Balbronner Str. 3, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30232.



Das besetzte Ostasiatische Seminar, Abteilung Japanologie in der Balbronner Str. 3 im Juni 1968, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30432.



Satzungsdiskussion des philosophischen Seminars, 17.06.1968, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30917.



Streik der Publizistikstudenten im Gebäude in der Garystraße (Außenansicht) im Mai 1968, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30916.



Der Eingang zum Otto-Suhr-Institut mit dem Graffiti „Karl-Liebknecht-Institut“ im Februar 1969, Fotograf: Friedrich W. Zimmermann / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30436.



Streikaktion in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in der Garystraße, 16.01.1969, Fotograf: Friedrich W. Zimmermann / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30450.



Studierende nach einer Protestveranstaltung im Hörsaal (der Juristischen Fakultät?), Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30453.



Unbekannte Protestkundgebung, 1960er, Fotograf: unbekannt / FU Berlin, UA, Foto-Slg., Foto/30910.

*Peter studierte von 1969 bis 1976 Jura an der Freien Universität Berlin.
Heute arbeitet er als Rechtsanwalt.*

Das Interview führte Reinhard Neubauer, redigiert von Ernő Lőrincz.

Interview mit Peter aus B.

FU70: Hallo, wir sind auf der Suche nach ehemaligen Studierenden der Freien Universität Berlin, die uns etwas Erhellendes zur Geschichte der FU erzählen können. Und da dachten wir, Du wärest ein sicherlich profunder Experte für bestimmte Ereignisse.

P.: Da fühle ich mich sehr geehrt.

FU70: Die erste Frage ist: Wann hast Du studiert und warum ausgerechnet in Berlin?

P.: Meine Eltern sind mit mir kurz vor dem Mauerbau aus der DDR in den Westen verzogen. Ich habe dann eine Berufsschulbildung abgeschlossen und später mein Abitur gemacht. Ich wollte unbedingt in einer Großstadt studieren. Berlin faszinierte mich als „Frontstadt“ und Hochburg der Studentenbewegung und hatte außerdem einen angenehmen Nebeneffekt, damals jedenfalls: Die Bundeswehr musste draußen bleiben. Ich habe mich zum Wintersemester 1969/70 eingeschrieben und dann Rechtswissenschaften studiert. Ich hatte keine präzise Berufsvorstellung. Ich wollte etwas Neues ausprobieren und hatte mir ein Fach ausgesucht, von dem ich dachte, dass ich mit dem angeeigneten Wissen Menschen helfen kann. Der Staatsdienst hat mich nicht interessiert.

FU70: Als Du nach Berlin gezogen bist, gab es da eigentlich Probleme? Mit Wohnungen oder Wohnheimplätzen?

P.: Wohnheimplätze gab es eigentlich kaum. Billige Wohnungen zu bekommen war hingegen nicht das Problem. In Westberlin begannen damals die ersten Sanierungen. Dadurch wurden die kleinen unsanierten Wohnungen, etwa mit anderthalb Zimmern, Ofenheizung und Außentoilette, unattraktiv. Die konntest Du leichter bekommen. Ich wohnte anfangs in einem möblierten Zimmer in Friedenau, danach in einer Einzimmerwohnung mit Außenklo in der Nähe des Charlottenburger Schlosses.“

FU70: Was???

P.: Ja. Es gab außerdem einige linke Professoren, die hatten große Wohnungen in der Stadt angemietet und an Wohngemeinschaften untervermietet. Ich wollte aber lieber alleine wohnen.

FU70: Und wie ließ sich das alles finanzieren?

P.: Anfangs habe ich „Honnef“ bekommen.

FU70: Das „Honnefer Modell“ war eine finanzielle Unterstützung für Studierende, die in den 1950er Jahren auf einer Hochschulkonferenz in Bad Honnef beschlossen wurde.

P.: Ja. Der Haken war: „Honnef“ gab es nicht in den Semesterferien. Danach bekam ich BAföG. Das reichte eigentlich aus. Ich habe auch aufgrund meiner Berufsschulbildung als „Schrauber“ arbeiten können

und Autos repariert. Ab dem 6. Semester war ich Tutor.

FU70: Tutor... Wie lief denn das Studium? Der Fachbereich Rechtswissenschaften gilt gemeinhin als etwas konservativ.

P.: Du, in Berlin war die Hölle los. Auch die Uni war ein brodelnder Hexenkessel. Der SDS war im Zerfall begriffen, es bildeten sich viele linke Splittergruppen und „Kleinst-Parteien“.

FU70: Sind damals auch Vorlesungen gesprengt worden.

P.: Am Fachbereich 9? Ich kann mich nicht erinnern. Ehrlich gesagt war es eher so: Im 1. Semester bist Du brav zur Vorlesung gegangen, im 2. Semester zu ausgesuchten Veranstaltungen, ab dem 3. Semester hast Du das alles gemieden. Eine Raumnot am Fachbereich gab es nicht, wohl aber beengte Verhältnisse in der Bibliothek, wenn Hausarbeiten geschrieben wurden.

FU70: Na, das hat sich ja nicht geändert.

P.: Einiges ist schon anders! Die Rostlaube gab es damals nicht, sie war im Bau, später kam die Silberlaube dazu. Die große Mensa gab es noch nicht, wir gingen in die alte Mensa neben der Juristischen Fakultät in der Van-’t-Hoff-Straße.

FU70: Und was hast Du dann am Fachbereich gemacht?

P.: Wir haben eine eigene Gruppe gegründet, das SAKjur – Sozialistisches Arbeitskollektiv jura. Die Gruppe entstand durch eine Spaltung der „Roten Zellen“. Das SAKjur war ein Gegengewicht der antiautoritären Spontis zu den sich überall etablierenden maoistischen Gruppen und „Parteien“. Wir haben dann als Gruppe zusammen studiert und eine gemeinsame Kritik entwickelt. Wir haben uns auf die Übungen gemeinschaftlich vorbereitet und selbstorganisiert studiert. Gelernt haben wir anhand von Skripten, aber nicht die Repetitorien besucht.

FU70: Wie waren Fachbereich und Universität organisiert?

P.: Das wichtigste Gremium war der Fachbereichsrat. Eine Fachschaftsinitiative gab es nicht, der AstA war verboten worden. Ich war am Fachbereich als studentischer Vertreter in die Ausbildungskommission gewählt worden, die gibt es ja wohl heute noch. Auf universitärer Ebene gab es in den Gremien die Drittelparität: Professoren, Mitarbeiter, Studierende. Das führte dazu, dass entgegen dem Willen der Professoren der wissenschaftliche Mitarbeiter Kreibich als Uni-Präsident durchgesetzt werden konnte.

FU70: Du hast vorhin gesagt, in Berlin sei die Hölle los gewesen. Das lag sicher nicht nur an Fritz Teufel. Wie sah denn die Stadt aus und wie konntest Du da mit einer doch durchaus profilierten Auffassung leben?

P.: In Westberlin entwickelte sich eine richtige Gegenkultur. Es gab unzählige verschiedene Kleinstorganisationen, die Flugblätter verteilt haben, es gab die Zeitschrift 883 als Publikationsorgan für alle möglichen Erklärungen und die Zeitung „100 Blumen“...

FU70: Das klingt aber sehr chinesisch.

P.: Klingt so, war es aber nicht, es war eine Zeitung der Spontis, also der Antiautoritären, nicht der Maoisten! Und um eigene Freiräume zu schaffen, wurden studentische Kneipen aufgemacht. In meiner Lieblingskneipe durftest Du für ein Bier 10 Pfennig zusätzlich bezahlen als Solidarität für den Aufbau eines sozialistischen Zentrums. Das sollte in der Stephanstraße entstehen, in der ehemaligen Kommune 1. Jede Woche gab es eine Demo und „teach-ins“, aber eher an der TU. Die Studenten waren in der Bevölkerung ausgesprochen unbeliebt. Daher auch die Etablierung der Gegenkultur. In einer normalen Eckkneipe konnte ich mich mit meinen langen lockigen Haaren nicht blicken lassen. Damit bin ich eigentlich immer angeeckt. Wenn ich von Westdeutschland über die Transit-Autobahn zurück nach Westberlin fahren wollte, hatte ich kaum Probleme mit den Grenzern in der DDR. Es waren immer „unsere“ Polizisten, die mich anhielten und filzten. Lange Haare und 2CV¹...

FU70: Die Situation in Berlin war aber auch nicht entspannt...

P.: Ja. Als der SDS zerfiel, entstanden auch die militanten Gruppen. In Berlin zum Beispiel die Haschrebelln und die „Bewegung 2. Juni“.

FU70: Der Name erinnert an Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den Schah von Persien von einem Polizisten in Zivil erschossen wurde.

P.: Genau. Der Weg der Militanten in den Untergrund führte dazu, dass Anfang der 1970er Jahre in Westberlin zahlreiche Banken überfallen und ausgeraubt wurden. Später, im November 1974, wurde der Kammergerichtspräsident von Drenkmann erschossen und 1975 der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Peter Lorenz, entführt. Die Linke geriet unter einen Generalverdacht und auch wir wurden mit Sachen identifiziert, mit denen wir nichts zu tun hatten. Das führte dann beständig zu Polizeikontrollen. Gerne durchsucht wurden die Wohngemeinschaften. In dieser aufgeheizten Atmosphäre wurde Ende 1971 Georg von Rauch erschossen, der zu den Westberliner Militanten gehörte. Danach wurde das alte Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg besetzt und in Georg-von-Rauch-Haus umbenannt. Ihr kennt vielleicht den Rauch-Haus-Song von Ton, Steine, Scherben? Der beschreibt das Ereignis.

FU70: „Der Mariannenplatz war blau...“

P.: Nein, jetzt nicht singen!! Das Ereignis war für mich Anlass, mich in der Roten Hilfe zu engagieren und im Ermittlungsausschuss „Georg von Rauch“. Das führte

¹ Gemeint ist der Citroën 2CV, besser bekannt als „Ente“. Anmerkung der FU70-Redaktion.

zu zahlreichen außeruniversitären Aktivitäten mit juristischem Bezug. Sprich: Durch das reale wilde Leben konntest Du viel für Deinen späteren Beruf lernen. Ich war die ganze Woche auf Achse: zwei Abende Treffen der Roten Hilfe, ein Plenum im Rauch-Haus, ein Plenum des SAKjur, dazu am Freitag ein „teach-in“ an der TU, dann noch Treffen mit anderen Sponti-Gruppen, Kampagnen vorbereiten und durchführen, Flugblätter herstellen und verteilen. Anfang der 70er Jahre: Das war ein Wahnsinnsleben, wenn Du mitten drin gewesen bist.

FU70: Entschuldige, wenn wir dann mal direkt nachfragen müssen: Wie hast Du eigentlich Dein Examen geschafft?

P.: Das ist eine gute Frage, auf die ich auch eine klare Antwort geben kann: Entscheidend war der Zusammenhalt in unserer Gruppe, dem SAKjur, das solidarische Zusammenarbeiten, das eigenverantwortliche Lernen, unsere gemeinsamen Diskussionen, das Feedback über die Gruppe. Ich denke, wenn wir alle ohne diesen Zusammenhalt versucht hätten, das Examen alleine zu packen, dann hätte das nie geklappt, in keinem einzigen Fall.

FU70: Das klingt nach einem guten Schlusswort.

P.: Na ja, vielleicht für das Ende des Studiums. Aber die Geschichte geht ja noch weiter. Mein Engagement an der Universität und in der Stadt ist nicht unbemerkt geblieben.

FU70: Na, das wollen wir doch hoffen.

P.: Das war dann doch deutlich anders, als Ihr jetzt vielleicht denkt. Ich hatte also Anfang 1976 mein 1. Staatsexamen geschafft. Um aber als Rechtsanwalt tätig werden zu können, musste ich noch ein Referendariat absolvieren und mit dem 2. Staatsexamen abschließen. Ich meldete mich also beim Kammergericht, um das Referendariat anzutreten – und wurde daraufhin mit einem Berufsverboteverfahren konfrontiert.

FU70: Wie das??

P.: Um Referendar werden zu können, musstest Du Dich beim Kammergericht bewerben und dort in das Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen werden. Ihr versteht: Beamter! Da durfte ich gleich zu einem Gespräch antreten, in welchem mir vorgehalten wurde, aufgrund meiner exponierten Stellung im SAKjur, ein Verfassungsfeind zu sein, und der könne leider, leider kein Beamter werden. Damit hätte ich dann meine Ausbildung nicht abschließen können.

FU70: Sauerei!

P.: Professor Uwe Wesel vom Jura-Fachbereich hat sich sehr für mich engagiert und auch die Professorin Jutta Limbach...

FU70: – die spätere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts –

P.: ... war hellauf empört, dass mir versagt wurde, die Ausbildung abzuschließen.

FU70: Du wolltest doch sicherlich nicht Ministerpräsident werden?

P.: Ich erinnere mich dunkel: Da geriet ein Referendarkollege aus Baden-Württemberg auch in ein solches Berufsverboteverfahren, ja, ja. Nein, ich hatte keinerlei Ambitionen, in den Staatsdienst zu gehen. Beamter wäre ich nur während der Referendarzeit gewesen. Ich wollte freiberuflicher Anwalt werden, mein eigener Chef.

FU70: Und?

P.: Das Verfahren zog sich eine Zeitlang hin. Am Kammergericht war man sich nicht einig. Ich sagte ja schon: Der Kammergerichtspräsident von Drenkmann war einige Monate zuvor erschossen worden. Die Stimmung war gespannt. Am Ende und vermutlich auch unter dem Eindruck des Engagements aus der Professorenschaft der FU wurde ich dann doch verbeamtet und konnte mein Referendariat beginnen.

FU70: Lass mich raten: Brav bist Du auch danach nicht gewesen...

P.: Ich hatte immer noch meine langen Haare und fiel damit auf. Dann bin ich in den Personalrat der Referendarinnen und Referendare gewählt worden und war der letzte freigestellte Personalrat. Und habe dann gleich Anfang 1977 das Russell-Tribunal gegen Berufsverboteverfahren besucht, um mich fortzubilden.

FU70: Das riecht nach weiteren Konflikten.

P.: Ich bin nicht eingeknickt. Zahlreiche andere Menschen, vor allem aus den maoistischen Gruppen, hatten ihre studentische Vergangenheit als Jugendsünde abgetan und machten jetzt auf brav und bürgerlich, um ihr Fortkommen zu sichern. Ja, es gab weitere Konflikte. Denn die wilden 70er Jahre kulminierten 1977 mitten in meinem Referendariat im „Deutschen Herbst“. Im April 1977 wurde der Generalbundesanwalt Buback erschossen. Wir hatten damals eine Arbeitsgemeinschaft und unser Ausbilder, ein Richter, forderte alle Anwesenden auf, aufzustehen und eine Gedenkminute abzuhalten. Ich blieb sitzen.

FU70: Das kam bestimmt nicht gut an. Gab es für den Beamten Probleme?

P.: Seitens des Dienstherren wurde dieses Ereignis später einmal angesprochen und ich sagte: Ich komme aus der DDR, ich habe einschlägige Erfahrungen mit staatlich angeordneter Trauer, daher meine Aversion. Für das Kammergericht war das Thema damit erledigt. Es ging dann aber weiter. Im Göttinger AstA hatte ein Genosse aus der lokalen Sponti-Gruppe in einem „Nachruf“ auf Herrn Buback dessen Ermordung kommentiert und mit „ein Göttinger Mescalero“ unterschrieben. In dem Artikel schildert der Autor seine „klammheimliche Freude“ über den Tod des Generalbundesanwaltes,

um im Anschluss daran die Anwendung von Gewalt als politisches Mittel zu kritisieren. Das letztere wurde in der sich nun anschließenden aufgeregten Debatte regelmäßig ausgeblendet, die „klammheimliche Freude“ hingegen führte zu einer Hausdurchsuchung im AStA mit anschließender Strafverfolgung all jener Personen, die den „Mescalero-Nachruf“ veröffentlichten. Es gab damals den „Tenor“, eine Zeitschrift des „Verbandes der Berliner Gerichtsreferendare e. V.“ Ich war Mitglied der Redaktion, in der auch andere linke Organisationen vertreten waren. Schon recht bald traten die ersten Spontis an uns heran mit dem Ansinnen, dass aus Solidarität mit dem „Mescalero“ und als Absage an die Kriminalisierungswelle unbedingt der „Nachruf“ veröffentlicht werden müsse. Das gab lebhaftes Auseinandersetzen in der Redaktion.

FU70: Wie sah die Lösung aus?

P.: Wir haben den Artikel veröffentlicht und die „klammheimliche Freude“ geschwärzt. Dazu haben wir geschrieben: Wir mussten eine Stelle schwärzen, weil eine Veröffentlichung eine Kriminalisierung nach sich ziehen würde. Wer wissen möchte, was an dieser Stelle steht, könnte den genauen Wortlaut im „Spiegel“ oder in der „Frankfurter Rundschau“ nachlesen.

FU70: Und?

P.: Es passierte nichts. Aber der Lacherfolg war uns sicher.

FU: Dennoch hast Du auch das 2. Examen bestanden?!

P.: Ja.

FU70: Schlusswort?

P.: Zum Studium hatte ich mich ja schon geäußert: Gemeinsames und eigenverantwortliches Lernen und Studieren hat uns dahin gebracht, wo wir sind. Wir haben Ende der 1970er Jahre das erste solidarische Anwaltskollektiv gegründet, und das hat, immer noch in dieser Tradition stehend, die folgenden 40 Jahre bis heute überdauert. Darauf bin ich stolz.

Der vergessene grosse Aufbruch: Streik an der FU 1976/77

Arthur Kritzler (2008)

Versehen mit dem hochhoffiziellen Wappen der FU Berlin, unter Inanschlagbringung von Veritas, Iustitia und Libertas also, ließ Unipräsident Lämmert am 06.12.1976 einen Aufruf „an die Studenten der Freien Universität Berlin“ aushängen und verteilen, der wie eine Todesanzeige, allerdings in optimistischem Hellblau, gerahmt war:

„Alle Studenten der Freien Universität fordere ich dringend auf, die Semesterarbeit wieder aufzunehmen. Erschwerte Studienbedingungen, ungerechte BAföG-Politik und eine forcierte Handhabung der beamtenrechtlich vorgeschriebenen politischen Überprüfung fordern einen Appell an die Öffentlichkeit heraus, sich mit der Lage an ihren Universitäten ernsthafter zu beschäftigen und dort nicht nur Tumulte zu beklagen, wo mitverantwortete Notstände herrschen. Anhaltende Arbeitsverweigerung macht jedoch einen solchen Appell zunichte und gibt nur denjenigen Kräften recht, die das akademische Studium ohnehin weiter verkürzen und einengen wollen. [...]“

Kräfte, die ohnehin? Der Öffentlichkeit ihre Universitäten? Eine forcierte Handhabung der beamtenrechtlich vorgeschriebenen politischen Überprüfung? Hier darf und will sich jemand nicht klarer ausdrücken, dem die Felle, die man anderen abziehen will, bereits davongeschwommen sind.

Am 07.12.1976:
„Erklärung des Präsidenten der Freien Universität

Berlin. Ich ordne für Mittwoch, den 07.12.1976, eine Schliessung der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an. [...] Mit der Schliessung der Fachbereiche verbinde ich die Erwartung, dass der Lehrbetrieb am Donnerstag in geregelter Weise wieder aufgenommen wird. [...] Aushängen von Türen, Barrikadenbau und das Verkleben von Schlössern in der Universität können nicht die Mittel sein, den Interessen der Studenten bei der Anpassung des Berliner Hochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus Geltung zu verschaffen. [...] Ich fordere Sie daher eigens dazu auf, ab Donnerstag Ihre Lehrveranstaltungen zu besuchen und garantiere Ihnen die weitere Aufrechterhaltung des Lehrangebotes. Sollten am Donnerstag neue Behinderungen geschehen, werde ich deshalb ab Freitag den geordneten Lehrbetrieb notfalls durch POLIZEI [...]“

Die Ausschliessung der Studierenden begründet die garantierte Erwartung eines geregelten Lehrbetriebes? Erklärt wer? Wem?

Der Streik im Wintersemester 1976/77 war die erste größere studentische Bewegung an der FU nach 1968. Die K-Gruppen hatten die Szenerie länger dominiert als die antiautoritäre Revolte gedauert hatte. Sie waren am Ende, setzten aber, bezeichnenderweise durch Professoren, den Anlass zum Streik, indem zwei Germanistikprofessoren im Tagesspiegel zur Wahl der KPD aufriefen. Zwei weitere Profs der FU riefen öffentlich

zur Wahl des Westberliner Ablegers der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin auf. Diesen vier sollte, wie schon anderen zuvor, stante pede der Beruf verboten werden. Der AStA war schon seit dem Ausklingen der 68er Revolte verboten. Oder war er nur vom Gesetzgeber – auf die professorale Artikulation von Verbotsreflexen hin? – wegreformiert worden? Studentische Fachbereichs-Vollversammlungen, denen mangels der rechtlichen Existenz von Organen der Studierendenschaft von professoraler Seite der Einwand der Illegalität entgegengehalten wurde, beschlossen ab Mitte November 1976 den Streik. Auf diesen Vollversammlungen und mit dem anschließenden Streik konstituierte sich mit den Spontis der akademische Teil der Alternativbewegung in Abgrenzung zum technokratischen Protestantismus der selbsternannten proletarischen Avantgardeparteigruppen. Mit den Paradigmen der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, der Reflexion der eigenen Bedürfnisse im Rahmen möglichst unvermittelter Kritik von Herrschaftsverhältnissen erscheint die antiautoritäre Revolte wieder an der Universität.

Gerade an den weitgehend konservativ gebliebenen Fachbereichen waren in den Semestern vor diesem neuen Aufbruch Sponti-Fachschaftsgruppen entstanden, so zum Beispiel das „SAK-jur“ (Sozialistisches Arbeitskollektiv Jura) und das „FBI“ (Fachbereichsinitiative). Im Sommersemester 1976 war aus einem K-gruppensdominierten Unter-Ausschuss des „AK gegen Berufsverbote“ ein selbständiger Koordinationsrat der Fachbereichsinitiativen geworden, der „Uni-Ausschuss“.

In der letzten Novemberwoche streikten nicht nur alle Fachbereiche der FU, sondern alle Westberliner Universitäten.

Am Jura-Fachbereich hatte auf Vorschlag von FBI und SAK-jur eine Fachbereichs-VV von etwa 800 Studierenden die Durchführung einer Urabstimmung beschlossen, in der mit 1200 zu 500 Stimmen für den Streik votiert worden war (Zahlen laut Prozessgruppe des Unorganisiertenplenums, Mai 1977).

Streikinfo (Jura) vom 03.12.1976:

„Von der Fachbereichs-VV beschlossene Streikforderungen:

- Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen!
- Schluss mit den politischen Überprüfungen!
- Für die Durchführung aller beantragten Projektgruppen! Bereitstellung von genügend Tutoren!
- Für die Einstellung von AG-Leitern und Korrekturassistenten für die Klausurenkurse!
- Für studienbegleitende Arbeitsgemeinschaften und die Anerkennung kollektiver Hausarbeiten! [...]

In den Streiktagen fällt der normale Lehrbetrieb aus! Das FBI bietet in dieser Zeit mehrere Veranstaltungen an: Berufsverbote vor Gericht, geplantes Kraftwerk Oberjägerweg, Ausländerrecht, (Staatsstrafrecht), Projektgruppentreffen, Veranstaltung zur Arbeit in Studienkollektiven, Erstsemesterveranstaltungen. Während des Streiks werden Filme gezeigt. In den stattfindenden Lehrveranstaltungen gibt es keine Dogmatikpaukereien, sondern es finden Diskussionen zu den anstehenden Problemen statt (Streikforderungen).

[...] Kommt zur FBI-Sitzung. Wir tagen täglich! Auch ein heute am Fachbereich eingerichteter NofU-Krisenstab wird den Streik nicht verhindern!“

Die „Kräfte, die ohnehin“ am rechten Rand der Ideengeschichte des deutschen Konservatismus zu verorten sind, konzentrieren ob solcher Ungehörigkeiten nun ihre Gedankenlosigkeit zu schärfster Sammlung:

„Herr Präsident! Seit dem 7. Dezember um 8 Uhr 10 werden am Fachbereich 9 die Lehrveranstaltungen systematisch gestört. Bei den Hörsälen 1, 2, 3 und 211 sind die Türflügel ausgehängt worden. Die Türflügel der Hörsäle 1, 2 und 3 sind außer Haus gebracht worden. [...] Der Hörsaal 211 ist in eine Cafeteria umfunktioniert worden. Am Donnerstag, dem 9.12., soll ab 19 Uhr eine Fete stattfinden. In meiner Lehrveranstaltung Grundkurs Zivilrecht IV, Hörsaal 4405, von 8 bis 9 Uhr 30, bin ich ab 8 Uhr 10 massiv gestört worden von etwa 30 bis 40 Personen, die mir überwiegend dem Gesicht nach bekannt waren. Trotz mehrfacher Abmahnung unter dem Hinweis auf universitätsrechtliche Konsequenzen störte insbesondere Herr X, Matrikel-Nummer. Gleichfalls störten [...]. Ich bitte, Ordnungs- und Strafverfahren einzuleiten.“ (07.12.1976)

„Die Vorlesung konnte nicht stattfinden, da sich nur ein einziger Hörer zu dieser Veranstaltung einfand.“ (13.12.1976)

„Sie verlangten von mir, dass ich über den „Streik“ und die ihm zugrundeliegenden Motive (Prüfungssituation, Berufsaussichten, Berufsverbote, BAföG) diskutieren sollte. Unter Hinweis auf die rechtliche Irrelevanz solcher „Urabstimmungen“ lehnte ich dieses Ansinnen ab.“ (13.12.1976)

„Das gleiche gilt im Prinzip für eine blonde Dame mit mittellangem, glattem Haar, deren Name vermutlich Y ist, Matrikel-Nr., Anschrift. Diese Dame ist ebenso in zahlreichen anderen Veranstaltungen aktiv störend aufgetreten, wie die Kollegen Baumert, Randelzhofer, Schlüter, Scholz und Konzen eidlich bestätigen können. [...]

Ich bin der Meinung, dass Sanktionen nicht nur gegen die in Betracht kommen sollten, die in der Vorlesung aktiv stören, sondern vor allem gegen die, die auf „Streik-Beschlüsse“ hinwirken und zur Nötigung wie Hausfriedensbruch aufrufen.“ (13.12.1976: Das Wort „eidlich“ ist in dem Schreiben des im weiteren Verlauf seiner Karriere als Präsident der FU Berlin und dann als Innensenator tätigen Herrn Rechtsprofessor gestrichen und handschriftlich durch „vielleicht“ ersetzt).

Noch im Dezember 1976 lag an der FU die Zahl der eingeleiteten Ordnungsverfahren mit dem Ziel der Relegation der betroffenen Studierenden schon bei 12, davon 8 am neuen Dietmar-Kupke-Institut, dem vormaligen Jura-Fachbereich, der von den Streikenden nach dem fortschrittlichen Frankfurter Richter für Mietrecht benannt wurde, der von den durchaus personalisierbar darzustellenden Verhältnissen in den Selbstmord getrieben worden war. Darüber hinaus

waren seit dem 04.12.1976 zwei Studierende in Untersuchungshaft geraten, denen eine Auseinandersetzung mit Angehörigen des Studentenverbanders der militant antikommunistischen Moon-Sekte vorgeworfen wurde. Selbstverständlich wurde der ursprünglich befristete Streik im Januar 1977 nach weiteren Vollversammlungen und Urabstimmungen fortgesetzt. Ab dem zweiten Januar-Streiktag begannen rechte Studierende, am Jura-Fachbereich systematisch Fotos von den Streikenden zu machen. Zwei Wochen später waren sie so streikerfahren, dass es einer Gruppe von ihnen gelang, in einer Alternativ-Vorlesung eine Rangelei zu inszenieren und zwei Streikende von der Polizei festnehmen zu lassen, was zu einer Anklage der beiden wegen gemeinschaftlich versuchten Raubes am Landgericht Berlin führte. Selbstverständlich ging der Streik auch im Sommersemester noch weiter und zielte im Mai, als bereits 27 Ordnungsverfahren an der FU eingeleitet und bereits 8 Relegationen ausgesprochen waren, auf die Lehrveranstaltungen derjenigen Profs, die die Ordnungsverfahren eingeleitet hatten. Viele AktivistInnen des Streiks wurden Objekte der „forciert gehandhabten beamtenrechtlich vorgesehenen politischen Überprüfung“, als sie nach erfolgreicher Niederschlagung der Ordnungsverfahren und bestandenen ersten Staatsexamen für das Referendariat zumindest vorübergehend in den Staatsdienst eintreten mussten.

Noch im Sommersemester 1977 beginnen die Fachbereichsinitiativen und StreikaktivistInnen Diskussionen mit dem Ziel der Gründung eines Unabhängigen StudentInnen-Ausschusses, UStA. Im Januar 1978 schlägt mit dem Tunix-Kongress die Geburtsstunde der Alternativbewegung. Der UStA entsteht 1978/79 und wird bald von den sich nun Basisgruppen nennenden Fachbereichsinitiativen getragen. Zur Eindämmung und Integration der sich an der Uni entfaltenden Alternativen etabliert schließlich der sozialdemokratische Wissenschaftssenator Glotz Anfang der 80er Jahre einen AStA. Da haben die sich in den Basisgruppen selbst organisierenden UStA-Studis der ersten Stunde, die zuvor noch die Überführung des Studentenwerks in die Hände der verfassten Studierendenschaft forderten, schon überwiegend in die Stadt begeben, als Hausbesetzer.

Das schönste Denkmal für eine Freie Universität forever haben sich die stets nicht symbolisch handelnden „Kräfte, die ohnehin“ gesetzt, indem sie bei der Erneuerung der abhanden gekommenen Hörsaal Türen auch das Anbringen zusätzlicher Leisten bedachten, die dauerhaft verhinderten, dass jemals wieder eine Tür an ihrem Fachbereich ausgehängt werden kann.

PS: Der Autor bedankt sich bei einem Mitglied des Legal Teams von Rostock/Heiligendamm 2007, der ihm den diesem Artikel zugrundeliegenden Ordner aus seiner Jugend zwei Tage vor Redaktionsschluss zur Verfügung stellte.

„Freie Universität“ Berlin Von der Gruppenuniversität zur Konkursmasse

Helmut Müller-Enbergs (1988)

„Kommste mit zur Demo?“ „Nee, ich hab ein Seminar.“ Dieser zwar selten gewordene, aber noch zu vernehmende Wortwechsel impliziert die Pole zwischen politischer Manifestation und Schein-Studium. Die Berufsplanung, der Karriereentwurf, forciert durch eiliges Scheinesammeln, ist bei vielen, auch bei radikaldemokratischen Studenten, FU-Alltag. Politisches Engagement wurde aus der ‚Freien Universität‘ ausgelagert und findet außerhalb der Seminarzeiten statt. Politisches Handeln innerhalb der FU wird einfach delegiert. Denn es kostet Zeit und bedeutet auch eine Auseinandersetzung mit der ‚übermächtigen‘ Bürokratie, den diversen Gremien, und darum wird es vorgezogen, konstruktive Kritiken an und zu Studienbedingungen, Senat, Dozenten und Studenten nicht aktiv umzusetzen. Obwohl wir davon ausgehen können, daß unsere Studentengeneration ausgesprochen kritisch und politisch ist, gilt dies jedoch offensichtlich nur außerhalb der Universität. Nach jahrzehntelangem Ringen scheint es den konservativen Strategen gelungen zu sein, die Universität in ihrem Sinne zu entpolitisieren und aufs neue die alten ‚Leitbilder‘ zu installieren. Von Turner bis Radunski, alle ideologische Kombattanten können ihren Blick wesentlich entspannter über dieses Schlachtfeld Universität gleiten lassen. Diesen Krieg haben sie gewonnen. Die Freie Universität schimmert im Glanz der Konkursmasse. Der Mythos der ‚Revolutionszentrale‘, von den unerschrockenen Dozenten und Studenten, nebelt über dem Areal. Doch schon ist es Geschichte. Vergangenheitsbewältiger entdecken ein Objekt der Historie.

Zuvor mußte jedoch diese Geschichte gemacht werden. Nachfolgend interessieren weniger die Studierenden und ihre Verbände, deren Kritikpotential durch Akzeptanz des Status quo überwogen wurde, als vielmehr jene, die Material für Mythen lieferten, der ‚Freien Universität‘ ihr prägnantes Image verschafften und den revolutionärsten Gesellschaftsentwurf verwirklichen wollten. Radikaldemokratische Studierende formierten sich in den 60er Jahren im SDS, rieben sich an den verknöcherten, muffigen Talarträgern, deren Status zu einer Karikatur unterhöhlt worden war. Diese Organisation war Impulsschleuder, magnetisches Zentrum, dessen Entwurf einer neuen, reformierten Universität 1969 Wirklichkeit wurde. Was den studentischen FU-Gründern 1948 versagt blieb, die volle, paritätische Mitbestimmung in allen Universitätsgremien, vermochte die zu neuen Ufern aufbrechende 68er-Generation durchzusetzen. Die entsetzten Ordinarien schienen paralysiert zu sein. Aber bald erholten sie sich, formierten sich und eroberten verlorengegangenes Terrain Zug um Zug zurück. Unentschuldigste Verdienste erwarb sich hier als auffälligstes Sprachrohr die ‚Notgemeinschaft für eine freie Universität‘ (NofU). Die Wirkung der Studentenrevolte schwappte in alle gesellschaftlichen Bereiche noch lange nach den entscheidenden Impulsen nach, als längst der SDS seine avantgardistische Funktion verloren hatte. Voreilig wurde bereits das ‚Scheitern‘ deklariert. Real vollzog sich sukzessiv ein Paradigmenwechsel bei den Revolteuren. ‚Rote Zellen‘ in allen Fachbereichen bildeten in der Umbauphase

1969/70 einen anderen Organisationsausdruck, um die politisierten Studenten aufzufangen, als dies der SDS vermochte. Eine nachrückende Studentengeneration aus dem zweiten Glied vermochte nicht mehr antiautoritär ‚kooptiert‘ zu werden, sagte sich vom ‚Antiautoritarismus‘ los und sprang als vormaliger Haschrebelle in den marxistisch-leninistischen Kampfanzug. Dieser strukturell im SDS angelegte Übergang vermochte letztmalig nahezu die Gesamtheit linker Konzeptionen, von anarchistischen bis trotzkistischen, von maoistischen bis orthodoxen, von sozialistischen bis radikal-demokratischen, zusammenzuhalten. Innerhalb weniger Wochen kristallisierten sich die diversen Kader aus, die Risse gingen quer durch die Beziehungen, Wohngemeinschaften, Seminare und Fachbereiche. SEW, SPD und FDP vermochten zwar ein reichhaltiges Reservoir auszumachen, zu rekrutieren und zu kooptieren, jedoch die Mehrheit der Bewegung in den ‚Roten Zellen‘ verstand sich als zukünftiger Kampfstab gegen ‚Revisionismus‘, ‚Reformismus‘ und ‚Imperialismus‘. Es wurde die kurze, schmerzliche Ära der K-Gruppen eingeleitet, die in ihrer Majorität schließlich 1980 die Luft aus dem Popanz ‚Vorhut der Arbeiterklasse‘ rausließen und andere Wege suchten. Sie hinterließen tiefe Risse, Wunden, Verletzungen, kurz ein Scherbenegericht.

Rote Zellen

Als stärkste Gruppe traten aus den ‚Roten Zellen‘ maoistische Formationen hervor. Die ‚Rote Zelle Germanistik‘ vermochte den stärksten Einfluß zu gewinnen, wirkten in ihr doch bekannte SDS-Funktionäre. Sie bildete den Grundstock der ‚Kommunistischen Partei Deutschlands – Aufbauorganisation‘ (ugs. KPD-A-Null). Studentenrevolteure wie diese fanden auf der Suche nach einem Veränderungsplan dieser Gesellschaft nichts anderes als den Marxismus-Leninismus vor, dessen deutschen bzw. Weimarer Vertreter sie im Detail imitierten: Organisationsbezeichnungen, Publikationsgestaltung, Ideologie und Sprache, Verhalten und nicht zuletzt das Aussehen. Im universitären Bereich sollte die Studentenorganisation dieser Partei, der ‚Kommunistische Studentenverband‘ (KSV), das Terrain bis Mitte der 70er Jahre bestimmen. In der Arbeiterklasse entdeckten sie logischerweise die „einzige konsequente revolutionäre Klasse, nur unter ihrer Führung kann der Kampf bis zur endgültigen Abschaffung jeder Klassengesellschaft geführt werden“ (Programm 1974: 35). Die Studenten jedoch „bildeten keine eigene Klasse, sondern eine soziale Schicht“, der durch „die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Funktion der kapitalistischen Hochschulausbildung mit mehr oder weniger großen Entbehrungen erkaufen muß. Der Klassengegensatz der Studenten zur Arbeiterklasse, die Einheitlichkeit der Ausbildungssituationen werden deshalb von solchen Unterschieden nicht berührt.“ (Rote Pressekorrespondenz 186: 1). Der KSV müsse deshalb „mehr und mehr Studenten dem Einfluß der Bourgeoisie [...] entreißen und sie für die Aufgabe [...] befähigen, die ihnen jetzt und während der ganzen Etappe der sozialistischen Revolution in Westdeutschland und West-Berlin vom Proletariat, dem Führer der Volksmassen, gestellt werden.“

(RPK Nr. 118) Dieser militante Studentenverband hatte seinen Lebensschwerpunkt nicht mehr in der Universität, sondern hatte größere Pläne. Dennoch war er nur ein marxistisch-leninistischer Studentenverband unter vielen und mußte, wenn er an der Universität Vorhut sein wollte, genügend Zeit dafür investieren, dies den anderen zu beweisen. Die Orientierung auf die Arbeiterklasse, die Mitarbeit in Betriebsgruppen, die ständige Kampagnenfähigkeit und die Einbindung in fortwährende ideologische Diskussionen absorbierten die Kräfte, entzogen sie für direkte und intensive Arbeit zu Einzelfragen der Universität. Gleichwohl vermochte die Reaktion in den maoistischen Kadern, insbesondere dem KSV, den eigentlichen ‚Störenfried‘ an der ‚Freien Universität‘ auszumachen. Die andere Front für die konservativen Universitätsstrategen bildete die sozial-liberale Wende, die durch die Hebammentätigkeit der Studentenrevolteure das Licht der Regierung erblickt hatte. Willy Brandt wollte mit der Bildungsreform noch vor den Ost-Verträgen ein Meisterstück vorlegen: Die Hochschulreform sollte nicht nur einen Teil der gesamten Bildungsreform stellen, sondern auch deren „Kernstück“. Mit dem geschaffenen Instrument der Bundesrahmengesetzgebungskompetenz sollte sozial-liberale Reformpolitik demonstriert werden (Regierungserklärung 28.10.1969). Nach sechs bildungspolitisch zermürbenden Jahren wurde 1975 das Hochschulrahmengesetz (HRG), welches nach den vielversprechenden ersten Anläufen die gesteckten reformerischen Ziele kaum mehr einlösen konnte, verabschiedet. Bis 1975 wollte der Berliner Wissenschaftssenat jedoch nicht warten. Inhalt des 1969 beschlossenen Berliner Universitätsgesetzes war die Entstehung der Gruppenuniversität, die Beratungs- und Entscheidungskompetenzen über alle Hochschulangelegenheiten lagen somit bei allen Mitgliedsgruppen, also auch bei den Studenten. Als kleinstes Selbstverwaltungsorgan wurde der Lehrstuhl durch den Fachbereich abgelöst. Die Stellung der Ordinarien wurde durch die Erweiterung der Gruppe der Hochschullehrer geschwächt. Die Ordinariatsuniversität wurde für einige Jahre abgeschafft. Kaum war dies unter maßgeblichem Engagement des Wissenschaftssenators Stein umgesetzt, wurde mit der Demontage begonnen. Was war geschehen? Hatte Stein seine Positionen geändert? Stein: „Die Welt hat sich weit nach links verschoben, ich bin stehengeblieben, wo ich stand.“ (Spandauer Volksblatt, 9.4.1974) Stein war nämlich ein linker, streitbarer Geist innerhalb der SPD. 1959 knallte er sein Parteitagmandat in Godesberg auf den Tisch, als klar wurde, daß der Parteivorstand der ‚demokratischen Willensbildung‘ etwas nachhalf. Nun war Stein in die Mühlen der Reaktion, seiner reformunwillig gewordenen Genossen, sowie der geifernden NofU, die der Gruppenuniversität von Anbeginn an den Kampf angesagt hatte, und dem Problemdruck der Universität geraten. Das Löwengebrüll der Reformer schmolz.

Schatten der 68er Reform

Die Universitätsreform 1969 hatte nämlich auch das Ziel, die revoltierenden Studenten in die Mitverantwortung universitärer Entscheidungen einzubeziehen, sie in das System zu kooptieren. Bezahlt wurde dies mit

der Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft, dem AStA und des Studentenparlaments. Diese zunächst als Erfolg gefeierte Reform zielte auch darauf, das politische Potential der Studenten durch Gremienarbeit zu dämpfen, ein politisches Mandat zu unterlaufen. Die Reform euphorie überwand kritische Stimmen, die auf diese Kooptation hinwiesen. Letzthin hatten die Strategen damit die Zerschlagung studentischer Organe erreicht und konnten nunmehr dazu übergehen, die Bedingungen innerhalb der diversen Gremien systematisch einzuschränken, die erkämpfte Demokratie zu verwässern und zurückzudrängen. Die propagandistische Phalanx bildete hierbei die NofU, indem sie neben ‚aufklärerischer‘ Literatur eine Wanderausstellung durchführte. Motto: „Kommunistische Krawalle und Schmierereien sind an der Tagesordnung – Die Freie Universität ist in weiten Bereichen kommunistisch unterwandert.“ (Berliner Morgenpost, 2.3.1974) Eine umfangreiche Statistik wurde veröffentlicht, wonach der Anteil liberaler Konzilsmitglieder seit 1969 um 30 Prozent zurückgegangen sei, demgegenüber der Anteil „linksextremistischer Professoren“ um 20,4 Prozent zugenommen habe. (Welt, 13.6.1974) Die konservative Kampfpresse versäumte es nicht, Sprachrohr der NofU-Krieger zu sein. Der ‚vierte Stand‘, die Studenten an der ‚Freien Universität‘, wollte sich durchaus nicht als demokratisches Feigenblatt verstanden wissen. Zugleich entwickelte sich unter dem Titel Gruppenuniversität ein schwieriges, unübersichtliches und mit diversen Mitteln fightendes System von Fraktionen, Cliques und politischen Seilschaften, welches gnadenlos Terrain verteidigte und eroberte. Partielles Übergewicht hatte ein wechselndes Bündnis diverser linker Strömungen. Der ‚linke‘ FU-Präsident Kreibich (1971-1975), aufgerieben von den Attacken links und rechts, enttäuschte die in ihn gesteckten Erwartungen. Von studentischer Seite bildeten Anfang der 70er Jahre marxistisch-leninistische Positionen die ideologische Folie, aufgrund derer die politischen Stoßrichtungen festgelegt wurden. Voreilig wurden von Studenten die Kampffronten zwischen marxistisch-leninistischer und ‚bürgerlicher‘ Wissenschaft ausgemacht. Das war den sozialdemokratischen Reformern zuviel, sie intervenierten und kapitulierten damit vor der CDU und der NofU.

Berufsverbote

Auf mehreren Ebenen sollte der marxistische Einfluß innerhalb der ‚Freien Universität‘ ausgeschaltet werden. Berufsverbote gegen ‚linksextremistische Dozenten‘ sollten deren Engagement zurückdrängen. Die Formierung des HRG hatte, wie bereits erwähnt, jeden Reformcharakter verloren, es reihte sich in die Front der innerstaatlichen Feinderklärung gegen die Linke ein. Nahezu übereinstimmend formulierten Wissenschaftssenator Stein und der Generalsekretär der CDU Baden-Württembergs: „Im Moment, das muß ich ehrlich sagen, sehe ich keine Gefahr von rechts.“ (Spiegel, 14.2.72; Heidelberger Tagblatt, 5.2.72) Die Repression richtete sich gegen linke Verlage, Linke in Funk und Fernsehen, linke Zeitungen, Verschärfung des Haftrechts, Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Einschränkung von Rechten bei Arbeit und in

der Fabrik und nicht zuletzt wurden Berufsverbote dafür eingesetzt. Berufsverbote sind Symptom einer Gegenreform, ein Versuch, Emanzipation und Aufklärung zu unterdrücken. Sie bringen, nach U. K. Preuß „praktisch von einem Tag zum anderen, ohne Konsultation, ohne Diskussion, ohne Einschaltung eines Justizverfahrens, ganze Bevölkerungsgruppen [...] um ihr Eigentum, nämlich die Qualifikation der wissenschaftlichen Ausbildung.“ (Brückner/Krovoza 1976: 13). Diese „soziale Ausbürgerung bestimmter Gruppen“ empfahl Prof. Alexander Schwan der Wirtschaft in der ‚Welt‘. Demnach könne man weder von der Industrie noch von anderen Institutionen verlangen, auf Absolventen der Berliner Universitäten zurückzugreifen (12.1.72). Eine Reihe von linken Assistenten sollte an der ‚Freien Universität‘ unter den Hammer kommen. Die Berufung E. Mandels auf einen Lehrstuhl wurde abgelehnt, weil er Marxist sei und befürchtet wurde, er verlege die trotzkistische Zentrale nach West-Berlin. Er wurde somit zum zweiten Mal politisch verfolgt, beim ersten Mal waren es deutsche Faschisten. Wolfgang Lefèvre wurde eine Assistentenstelle am Philosophischen Seminar an der ‚Freien Universität‘ verweigert. Stein warf ihm vor, er habe in der maoistischen ‚Proletarischen Linken/Parteiinitiative‘ (ugs. Plipi), einer der sozialrevolutionären Gruppen Anfang der 70er Jahre, die auf die Betriebsarbeit orientierte, sich für eine „proletarische Revolution“ ausgesprochen. Mit dieser Begründung hatten seinerzeit fast alle linke, Marxisten und Sozialisten von der ‚Freien Universität‘ entfernt werden können.

Gegenoffensive

In diesem Kontext muß die Universitätsnovelle von 1974 gesehen werden. Die 74er Novelle stellte bereits den zweiten – noch schärferen – Angriff dar, deren erster am massiven Widerstand aller Universitätsgruppen, mit Ausnahme der ideologischen Wasserträger und Kombattanten der NofU, gescheitert war. Die Ordinarien waren jedoch schon längst zur Offensive übergegangen. Mit einer Verfassungsbeschwerde bewirkten sie eine wesentliche Aushöhlung der Gruppenuniversität. Die Professoren sahen nämlich in der paritätischen Mitbestimmung einen Verstoß gegen Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, die Wissenschaftsfreiheit betreffend. Das Bundesverfassungsgericht leitete im ‚Mitbestimmungsurteil‘ 1973 folgende Entscheidung ab: Homogenität der Hochschullehrergruppe, maßgeblicher Einfluß der Hochschullehrer mit mindestens der Hälfte der Stimmen bei Entscheidungen, die die Lehre unmittelbar betreffen; den ausschlaggebenden Einfluß mit mehr als der Hälfte der Stimmen der Hochschullehrer bei Forschungs- und Berufungsentscheidungen und den Ausschluß einer undifferenzierten Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten bei Entscheidungen über Fragen der Forschung und Lehre.

Der Berliner Wissenschaftssenat beeilte sich mit der Umsetzung dieses Urteils. Damit war die Mitbestimmung der Studenten eingeschränkt, vermochten sie doch nur noch Beschlüsse durchzusetzen, wenn es ihnen gelang, einige Professoren dafür zu begeistern. Darüber hinaus versuchte Stein, strukturell das Lenkrad

herumzureißen, und zwar durch den Abbau demokratischer Mitbestimmung und Entfaltungsmöglichkeit der anderen Dienstkräfte, Studenten und Assistenten, die Verstärkung des Instrumentariums der Staatsaufsicht und Machtverlagerung auf die staatliche Bürokratie, die Entmündigung der Universität in Studienreformangelegenheiten und die direkten staatlichen Eingriffe in den Wissenschaftsprozess sowie die Förderung von Verselbständigungstendenzen in der Medizin durch Sonderregelungen und Preisgabe der Integration von Forschung, Lehre und Krankenversorgung als Grundlage der Universitätsmedizin.

Trotz heftigster Kritik hielt die SPD an diesem Entwurf der Novelle fest. Lediglich die NofU klatschte noch nicht ganz zufrieden Beifall und schürte die Auseinandersetzungen weiter an. Das Gründungsmitglied der NofU, Prof. Knauer, verließ unter großzügiger medialer Berichterstattung die ‚Freie Universität‘, weil sie „zur Persiflage einer Universität geworden ist und die Grundlage unserer beruflichen Tätigkeit zerstört hat.“ (Welt, 4.5.1974) Zu all dem setzte der Wissenschaftssenator noch eins drauf: Bei Wahlen zu universitären Gremien sollte ein Quorum eingeführt werden, angeblich, um eine höhere Wahlbeteiligung zu sichern. Das Quorum, d. h. die Minderung der Sitze einer Gruppe bei zu geringer Wahlbeteiligung, sollte so aussehen: Bei einer Beteiligung von 50 Prozent bekommen alle Gruppen die im Gesetz vorgesehene Zahl der Sitze in den Gremien. Sind in einer Gruppe nur zwischen 30 und 50 Prozent zu den Urnen gegangen, erhält die Gruppe ein Viertel weniger an Sitzen, bei einer Wahlbeteiligung unter 30 Prozent wird noch ein weiteres Viertel abgezogen. Es war klar, wen das treffen würde: die Studenten. An diesem Referentenentwurf zur Novelle wird deutlich, daß man zunächst die revoltierenden Studenten in das System kooptierte und dann die Partizipationsmöglichkeiten einzuschränken versuchte.

Streiks und Vollversammlungen signalisierten den Widerstand. Wolfgang Lefèvre formulierte auf einer Vollversammlung eine Abwehrstrategie: Die SPD versuche, die Novelle vor dem Wahlkampf abzuschließen. Darum sei zu verdeutlichen, daß das Durchpeitschen der Novelle zu schweren Konflikten mit den Hochschulangehörigen in der Wahlkampfzeit führen werde. Die geplanten Aktionen sollten zeigen, daß an den Hochschulen ein Widerstandspotential vorhanden sei, das auch über die Semesterferien nicht erlahme. Eine Verschiebung der Novelle auf die nächste Legislaturperiode mit einer voraussichtlichen Mitbestimmung der FDP über die Novellierungsinhalte werde als erreichbares Ziel verstanden. Prof. Schubenz wies auf die „Zerschlagung der Demokratisierung der Hochschulen“ hin und Prof. Holzkamp sah darin den Versuch, den Marxismus an den Universitäten zu unterdrücken. Die Strategie Lefèvres artikulierte am ehesten die Intentionen der Studenten.

Dies signalisierte auch, daß die studentischen K-Gruppen an der ‚Freien Universität‘ abgewirtschaftet hatten und für einige Zeit die SEW-nahe ADS die Initiative übernahm. Diese, von den K-Gruppen zu den ‚Revisionisten‘ gezählte Gruppe, konnte sich vor allem des-

wegen profilieren, weil sie sich als dienstleistungs-politische, realistische Gruppe von den sektiererischen K-Gruppen abheben konnte. Der KSV erstarrte und isolierte sich von den Studenten recht bald, gleichwohl er die kritische Solidarität unterschiedlichster Kreise gegen das beabsichtigte Verbot des KSV erhielt. Die nachrückenden Studentengenerationen konnten und wollten nicht mehr am Maoismus anknüpfen, sie lehnten Kadergehorsam, Pathos und Sektiererei der K-Gruppen ab. Das Erlahmen der Reformeuphorie, der Vorabend des ‚deutschen Herbstes‘ und der überschrittene Höhepunkt der marxistisch-leninistischen Phase 1973/74 deuteten bereits eine neue politische Studentengeneration mit anderen Schwerpunkten und Inhalten an, kurz ‚Spontis‘ genannt. Der KSV sah in der Novelle 1974 nur eine Kampagne von vielen, ihr Aktionsfeld war bereits Partei und Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus in West-Berlin. Der Abzug universitärer Kader bedeutete die Aufgabe eines ‚revolutionären‘ Subjekts an der ‚Freien Universität‘, die Trauer hielt sich in Grenzen.

Obwohl es mit der Stein-Novelle genügend Zündstoff für ein heißes Sommersemester 1974 gab, blieb es, wie die Medien zufrieden feststellten, eines der ‚krawallärmsten‘ der letzten Jahre (Spandauer Volksblatt, 24.7.1974). Nur vereinzelt kam es zu Aktionen gegen die Novelle, bei der Protestdemonstration nahmen lediglich 8.000 teil. Lediglich vom Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften wurde intensiver Widerstand gegen die Hochschulpolitik des Senats geleistet. Dies steht auch im Einklang mit der politischen Verteilung in den Gremien. Bei den Neuwahlen zum Konzil und den Fachbereichsräten setzte sich ein ‚Mitte-Rechts‘-Bündnis durch. Auf solch einem Bündnis lag die Option der SPD-Fraktion, die somit der Entdemokratisierung der ‚Freien Universität‘ Vorschub leistete. In dieser Konstellation konnte sich die FDP als Bewahrer der Errungenschaften von 1969 darstellen und mit einer Regierungsbeteiligung bei den Abgeordnetenhauswahlen 1975 rechnen. Nach der Sommerpause wurde zwar das Quorum und die Tutorenregelung fallen gelassen, eine Entschärfung war das jedoch nicht. Dem Widerstand gegen diese Novelle hatten sich von studentischer Seite andere Themen übergeordnet. So richtete sich eine verbotene Demonstration im November 1974 eher gegen die Isolierung, gegen die Berliner Gesetze zum Volksentscheid und nur zweitrangig gegen die Novelle. Andere Themen dominierten die Debatten: Tod von Holger Meins, RAF, Kampf gegen Isolationshaft. Damit hatte der studentische Widerstand mehrere Fragen zugleich aufgegriffen und seine einheitliche Stoßkraft gegen die Novelle geschwächt. Die Strategie, auf die Wahlen hin zu orientieren, ging nicht auf, die Novelle wurde vorher verabschiedet. Die Integrationskräfte auf die Studenten in den Gremien verloren zunehmend an Bindungskraft. Erste Initiativen wurden zur Bildung eines ‚Unabhängigen AStAs‘, eben UStA, gebildet, um ein wirkungsvolles Organ gegen die Restauration der ‚Freien Universität‘ zu bilden.

Die deutlichsten Signale des Vorabends des ‚Deutschen Herbstes‘ waren der Tod Ulrich Schmückers, Günther von Drenckmanns, die Entführung Peter Lorenz‘ und

die Freilassung von fünf politisch Inhaftierten, die Besetzung der Stockholmer Botschaft und der OPEC-Zentrale in Wien und der Tod Ulrike Meinhofs. Eckpunkte einer militanten Strategie, die das innenpolitische Klima verschärfte. Die Verstärkung der Instanzen, politische Kontrolle, Schaffung neuer Kompetenzen in Ermittlungsverfahren, Zurückweisungskompetenz der Staatsanwaltschaft gegenüber Verteidigern, die Vorverlagerung der Strafbarkeitszonen, Kontaktparagrafen, Verminderung von Beschuldigten- und Verteidigungsrechten, Verbot der Mehrfachverteidigung und Beschränkung der Höchstzahl der Verteidiger, Verteidigerausschluß, Einschränkung des freien Verteidigerverkehrs, Änderung des Beweismittelrechts, Verschlechterung der Prozeßstellung der Angeklagten und Erschwerung der Richterablehnung sind Elemente einer legislativen Strategie, mit der Erscheinung des Terrorismus umzugehen.

Spontanität

Als Reflex auf die K-Gruppen entstanden Mitte der 70er Jahre die undogmatischen Gruppen, die sich gegen marxistisch-leninistische Konzeptionen wandten, für Autonomie, Selbstorganisation und Spontanität in Gefühl und Aktion eintraten. Phantasie, Witz, Lust und Spaß gehörten dazu. Diese Basisgruppen nahmen den subversiven Impetus des SDS wieder auf und aktualisierten ihn: „Unsere Motive, in politischen Gruppen mitzuarbeiten, lassen sich nun einmal nicht auf politische Ergebnisse und Engagement reduzieren. Dabei spielt nämlich auch immer unser Bedürfnis nach Zusammensein mit anderen, nach Geborgenheit, Liebe und Angstlosigkeit mit.“ (Konsequer, UStA-Zeitung, 1978:3). Die Themen beziehen sich auf Hochschule, Anti-AKW, Antirepression, auf Frauen, Ökologie, Jugendzentren, Landkommunen, Trikont, Netzwerke und Alternativpresse. Ihren Höhepunkt erreichten die Spontis, wie sie genannt wurden, 1979. Zuvor jedoch fand mit 6.000 Teilnehmern der ‚Nationale Widerstandskongreß: Reise nach TUNIX‘ statt, wo andere Ideen für ein Konzept entwickelt werden sollten, mit der an anarchistische Positionen des ‚hier und jetzt‘ anknüpfenden „Wir wollen alles und wollen es jetzt!“

Glotzen

Im Rahmen einer verstärkten innerstaatlichen Repression und eines Protestpotentials der Spontis muß die Umsetzung des HRG in West-Berlin gesehen werden. Mit dem Wissenschaftssenator Glotz wurde ein politischer Beamter installiert, zu dessen Instrumentarium Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionen und Gesprächsbereitschaft ebenso gehört wie intellektuelles Flair und trotz signalisierter Liberalität die Bereitschaft, nicht einen Zoll hinter dem Geforderten zurückzubleiben. Nachdem der Regierende Bürgermeister Stobbe schon nicht umhin gekommen war, Glotz nach West-Berlin zu holen, wurde die public-relation-Maschine Anfang Juni 1977 angeworfen, die mediale Einstimmung begann. Im Spiegel äußerte Glotz: „Im Jahr 1977 stehen die deutschen Hochschulen im Zeichen der Offensive

eines neuen Konservatismus; die Reformpartei ist zerrissen und zerquält, die Courage ist abgekauft. Linke Studenten wehren sich gemeinsam mit rechtsliberalen Professoren gegen Regelstudienzeiten und die volle Ausschöpfung der Hochschulkapazitäten. Gedankenverloren memoriert die akademische Linke die Forderungen, die nicht durchgesetzt werden: Die Debatte dreht sich um Paritäten, um das politische Mandat der Studentenschaft, um Ordnungsrecht. Daß die Bildungsreform trotz vieler Fehlschläge weitergegangen ist und jetzt in eine zweite Phase eintritt, in der die sozialen Folgen der eingeleiteten Expansion bewältigt werden müssen, wird nicht einmal reflektiert. Derweil kommen die Konservativen zur Sache. [...] Wann begreift die Linke diesen neuen Frontverlauf?“ (20.6.1977)

Peter Glotz hatte die schwierige Aufgabe, in einem erhitzten innenpolitischen Klima mit zu dem Zeitpunkt einer Million Arbeitslosen in der Bundesrepublik, Lohnsenkung, Renten und Steuerpolitik, Bespitzelung, Polizeischüssen und Berufsverboten eine politische Studentenschaft zu integrieren, wo zugleich die Integrationsmechanismen der 69er Reform ihre Bindung verloren hatten.

Spontis hatten bereits einen Unabhängigen AStA aufgebaut, der basisdemokratische Prinzipien wie auch das politische Mandat forderte. Ordnungsrecht, Verfaßte Studentenschaft ohne politisches Mandat, Potenzierung der Staatsaufsicht und die Ausrichtung von Wissenschaft und Lehre auf den Rechtsstaat waren dagegen die Ziele, die in einen Referentenentwurf gegossen am 6.9.1977 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Worum ging es? Bereits im Mai 1977 wurden Vorarbeiten zu einem Anpassungsgesetz an das HRG publik. Demnach war die Neuordnung der Berliner Hochschulen zu zwei oder drei Gesamthochschulen um ‚Freie‘ und Technische Universität geplant. Angepeilt wurden integrierte Gesamtschulen. Zweiter Schwerpunkt bei den Änderungen lag auf der Studienreform, die die Entwicklung der integrierten Gesamthochschulen berücksichtigen sollte. In anderen Studiengängen sollte der Spielraum des HRG genutzt werden, der besagte, daß Hochschulvertreter mehr als die Hälfte der Stimmen einnehmen könnten.

Eine spezielle Berliner Variante wurde in einem Thesenpapier von SPD-FDP fixiert. Zwingendes Bundesrecht war zunächst, daß in allen Gremien, die unmittelbar über Forschung, Lehre und Berufungen entschieden, die Professoren der absoluten Mehrheit der Stimmen aller Gremienmitglieder bedurften, sondern darüber hinaus auch noch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. In West-Berlin wollte man die absolute Mehrheit für die Professoren an der unteren Grenze halten. Die Paritäten in den Gremien der Fachbereichsräte und des Akademischen Senats, die bisher bei der Behandlung von allgemeinen Fragen so konstituiert waren, daß die Dienstkräfte, Assistenten und Studenten zusammen die Professoren knapp überstimmen konnten, mußten nach dem HRG geändert werden. Bei der Setzung von Mindestanforderungen bei der Scheinvergabe hatte der Akademische Senat bereits Beschlüsse gefaßt und damit über seine

Kompetenz hinaus gehandelt. Der Konflikt, wonach der Akademische Senat in die Fachbereiche hinein entscheidet, war somit vorprogrammiert. Künftig sollte der Akademische Senat auch bei der Berufungsentscheidung mitwirken. Bei der starken Stellung der Hochschullehrer im Akademischen Senat würde diese Kompetenzerweiterung von den Konservativen genutzt werden, um radikaldemokratische Alternativen bei Berufungsvorschlägen nicht mehr zum Tragen kommen zu lassen. Dies brachte zwangsläufig die Minimierung des Fachbereichseinflusses.

Die Stellung der Fachbereichsvorsitzenden sollte dagegen ausgebaut werden. Die eigentliche Entscheidung über die Einstellung, Entlassung oder Weiterbeschäftigung des Personals sollte nach wie vor bei der mehrheitlich mit Staatsvertretern besetzten Personalkommission des Kuratoriums liegen. „Im übrigen soll der Umfang der Staatsaufsicht unverändert bleiben. Das gilt auch für die Kuratorien und ihre Kommissionen.“ Die Tendenz, die Staatsaufsicht zu verstärken, war ohnehin im HRG angelegt: in der Fachaufsicht des Senators über Zulassungszahlen und Ausbildungskapazitäten; in der Verdeutlichung, daß die Hochschulen zugleich staatliche Einrichtungen sind und daher bei der Personalverwaltung der Wirtschaftsverwaltung und Haushalts- und Finanzverwaltung sowie in der Krankenversicherung Staat und Hochschule zusammenwirken mußten. Dies sollte nach wie vor überwiegend in den Kuratorien geschehen, die wie bisher paritätisch aus Hochschul- und Staatsvertretern zusammengesetzt waren. Obwohl die Kuratorialverfassung als Alternative von den unionsregierten Ländern im HRG gestrichen wurde, beabsichtigte der Senat, an der Kuratorialverfassung festzuhalten. Er wollte die Kuratorien nicht, obwohl auch in diesem Gremium Fragen von Forschung, Lehre und Berufungen mitentschieden wurden, in der Parität zugunsten der Professoren verändern, wie es von den Konservativen gefordert worden war. Die Erhöhung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten lag weiterhin darin, daß bei Rechtsvorschriften, die von den Hochschulen zur Bestätigung vorgelegt werden müssen, eine Außerkraftsetzung stattfinden sollte. Dies sollte so lange gelten, bis die Hochschulen die vom Senator gewünschten Änderungen getroffen hätten. Gelten sollte diese Ermächtigung „allgemein nur für den Bereich der Studien- und Prüfungsordnungen und im übrigen nur insoweit [...], als die Hochschulen im Einzelfall trotz der dringenden Notwendigkeit einer Regelung hierzu nicht in der Lage sind.“ Das Ordnungsrecht des HRG sollte in West-Berlin differenzierter geregelt werden. Eine Exmatrikulation für vier Semester von Studenten, die zur Gewalt aufrufen, sie anwenden oder damit drohen, sah das HRG vor. In West-Berlin sollten diese absolutistischen Maßnahmen durch abgestufte Verfügungen, die von Verwarnungen über den schriftlichen Verweis bis zu dem Ausschluß von einzelnen Lehrveranstaltungen reichen, nach unten ergänzt werden. Ob es in West-Berlin zur Wiedereinführung einer Verfaßten Studentenschaft kommen würde, war zu dem Zeitpunkt noch offen. (Tagesspiegel, 1.5.1977).

Soweit die Kampfansage, das Ergebnis einer dreißigjährigen Reformbewegung, die erst durch den revolu-

tionären Impetus der Studentenbewegung und ökonomischer Interessen in Fahrt kam, sich im Gestrüpp der Bürokratien und konservativer Interessen verfang und letztlich die Deformation jeglicher Reform war. Willy Brandts Anspruch in der Regierungserklärung wurde mit diesem Entwurf nicht eingelöst.

Streik

Nachdem bereits im WS 76/77 militante Auseinandersetzungen gegen HRG, Disziplinierungen, Berufsverbote und Studienbedingungen an der ‚Freien Universität‘ gelaufen waren, mußte nach diesen Erfahrungen damit gerechnet werden, daß die Aktivitäten wegen des Anpassungsgesetzes noch erhöht werden würden. In den drei größten West-Berliner Hochschulen fanden Versammlungen zur Vorbereitung eines Streiks gegen das HRG und den Berliner Anpassungsentwurf statt. Die meisten Studenten sprachen sich für einen unbefristeten Streik aus, obwohl der VDS lediglich bundesweit einen vierzehntägigen Streik inklusive Urabstimmung vorsah. Der vorläufige UStA und die Gruppen der Troztkisten und Maoisten orientierten auf eine Demonstration. In einer Resolution hieß es, daß die Studenten gegen die „kapitalistische Hochschulreform“ seien und daher den Referentenentwurf und das HRG insgesamt ablehnten, ebenso wie die „Anbindung der Wissenschaft an die Ideologie des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates“. In einem Katalog wird u. a. ein AStA mit politischem und imperativem Mandat gefordert, die Einstellung aller Ordnungs- und Strafverfahren gegen Studenten und die Auflösung der Ordnungsausschüsse. Außerdem wandten sie sich gegen eine Kriminalisierung der 48 Herausgeber des Buback-Nachrufes und gegen Verbotsanträge gegen maoistische Organisationen. Allein an diesem Forderungskatalog wurde deutlich, daß die Studenten sich zugleich gegen die innerstaatliche Repression und die Deformierung der Hochschulen richten mußten und in beidem einen Zusammenhang sahen. Auf Vollversammlungen wurde das Streikkonzept vorgestellt. Zunächst wurde bei den Mathematischen und Geowissenschaftlichen Fachbereichen gestreikt. An einer Urabstimmung an der TFH nahmen 1684 Studenten teil, davon stimmten 1207 für Streik wenige Tage später wurde an 125 von 170 Hochschulen der Bundesrepublik gestreikt. Glotz protestierte schriftlich beim AStA, weil dieser sich nicht zu Gesprächen bereit erklärt hatte. Weil Studenten der Wirtschaftswissenschaften die Hörsäle blockierten, sah sich FU-Präsident Lämmert gezwungen, das Gebäude zu schließen. Zugleich wurde ruchbar, daß der Verfassungsschutz Einblick in die Akten des Ordnungsausschusses erhalten hatte. Nahezu an allen Fachbereichen stand nunmehr der Streik, selbst bei den Juristen. Repressionen wurden angedeutet: Der Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Fippinger, stellte „rechtliche Konsequenzen“ in Aussicht, wenn der Streik weiter geführt werde. Die Senatsparteien wollten in nichts nachstehen und waren darin übereingekommen, daß Wiederholungen von Lehrveranstaltungen wegen des Streikausfalls in „keinem Fall in Frage“ kommen würden. CDU-Boroffka wünschte sich öffentlich Polizeieinsätze gegen die

Studenten, um deren Identität festzustellen, weil diese „generalstabsmäßig eingesetzte Streikposten“ seien. Auf Antrag des UStAs bei einer Vollversammlung sollte der bereits seit vierzehn Tagen dauernde Streik eingestellt werden, denn es hatte sich gezeigt, daß an der massenwirksamen Aktion im WS 76/77 nicht mehr angeknüpft werden konnte und es sinnvoller erschien, im Januar 1978 durch eine erneute Mobilisierung größere Wirkung zu erzielen. Im Grunde hatte es Glotz verstanden, einen Teil der Studenten durch sein öffentliches Auftreten, seine Gesprächsbereitschaft auf seine Seite zu ziehen. Des weiteren war abzusehen, daß die radikaldemokratischen Forderungen nach imperativem und politischem Mandat des AStA bei Glotz auf taube Ohren stießen. Letztlich wurde die Anpassung an das HRG vollzogen und die Verfaßte Studentenschaft, sowie deren Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel eingeschränkt und somit die Selbstverwaltung nicht allein durch sie selbst bestimmt, zugestanden.

Abschied von der Universität

Die intensiven Auseinandersetzungen, die Vollversammlungen, Demonstrationen und Streiks, all dies hat die regressive Anpassungsnovelle nicht verhindern können. Die Folge war die Abkehr vieler (radikal-demokratischer) Studenten von der Hochschulpolitik und ihre Hinwendung zu anderen Bereichen. Die Niederlage im Kampf der Studenten gegen das HRG, der Rückzug, die Umorientierung war Ausdruck des Scheiterns radikal-demokratischer Vorstellungen an der ‚Freien Universität‘, zugleich Flurbereinigung, Eintrittskarte für die Konservativen, die nunmehr mühelos eine abgewirtschaftete Sozialdemokratie ablösen konnten. Die Sozialdemokratie, die einst als Reformerin des Bildungswesens angetreten war, bildete zugleich auch das Beerdigungsinstitut ihrer Reformideen. Ihr gelang es noch weniger als Ende der sechziger Jahre, die verstaatlichte Großhochschule ‚Freie Universität‘ auf die gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen. Aus dem Elfenbeinturm wurde durch Novellierungen, Anpassungsregelungen und HRG die Klipp-Schule gezimmert. Solch ein Monstrum wie die ‚Freie Universität‘ muß irgendwann kontraproduktiv werden, die ihr gesetzten Fesseln sprengen. Die Verstaatlichung der Universität bei einer Entstaatlichung der Wirtschaft war politisches Kalkül und hatte somit dem Konservatismus die Wende vorweggenommen. Konservative Politik des Wissenschaftssenators brauchte nur noch diesen Weg weiterzugehen, eine ernsthafte studentische Opposition, die sich intellektuell und massenhaft gegen die Verstaatlichung der ‚Freien Universität‘ stemmen würde, hatte sozialdemokratisch verstandene Reformpolitik aufgebraucht.

Und heute?

Vergleichen wir unsere Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche mit den Bedingungen, die wir an der ‚Freien Universität‘ antreffen, müssen wir eine Diskrepanz zur Realität feststellen. Dies betrifft nicht allein die Politik des Wissenschaftssenators Turner und dessen ‚Macht

und Pracht‘, die Tugendhat so zusammengefaßt hat: „Man muß wissen, daß Turner eine Null ist und sich nur um sein eigenes Profil kümmert. Die Institutionen, denen er vorsteht und für die er Sorge zu tragen hat, sind ihm völlig gleichgültig.“ (taz, 2.7.1987) Gleichwohl hat diese „Null“ in seinem Buch ‚Universitäten in der Konkurrenz – Möglichkeiten und Grenzen von Wettbewerb im Hochschulbereich‘ (Stuttgart 1986) seinem postulierten Ruf gerechtwerdend, ein kaum „richtungsweisendes Hochschulkonzept“ (Braun) vorgelegt. Seine Analyse koinzidiert einen Wettbewerb an den und innerhalb der Hochschulen um Personalstellen und Forschungsgelder; ein Wettbewerbsdefizit im Bereich der Lehre; Wettbewerb lasse höhere Leistungen erwarten, wozu den Hochschulen mehr Eigenständigkeit zugestanden und durch die Stärkung des Hochschulmanagements, d. h. der Hochschulleitung optimiert werden müsse. „Notwendig ist weniger zentrale Administration und die Verlagerung von mehr Befugnissen auf die Hochschulen.“ (ebd., 5. 108)

Alles in allem sollen Methoden des Industriemanagements auf die Universität angewandt werden, was die Umwandlung der Universität zu einer Ausbildungsfabrik forciert. Der Wettbewerb soll denn auch Pate bei der Gründung neuer Institutionen stehen, die zugleich die Trockenlegung kritischer Potentiale zur Folge hat. Im Zeichen „gegenseitiger Mißachtung“ (Braun) steht denn auch das Verhältnis zum Universitätspräsidenten Heckelmann, gleichwohl der Weg zum „Selbstbedienungsladen“ ‚Freie Universität‘ für die Industrie nicht blockiert wird. Bisher hat es sich als steiniger Weg erwiesen, diesem Treiben Widerstand, geschweige denn Einhalt zu gebieten. Die direkte Umsetzung des Berliner Hochschulgesetzes ist nach dem Konzeptpapier zur 40-Jahr-Feier der ‚Freien Universität‘ so zu sehen: „produktive“ d. h. verwertbare notwendige Naturwissenschaften stehen „problematischen“ Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber.

Schlicht: Eine gestrichene Planstelle bei den Geistes- und Sozialwissenschaften ergibt hier einen neuen PC und bei den Naturwissenschaften steht sie als Planstelle wieder neu auf. Mit Hilfe von strukturellen Änderungen werden die politischen Mehrheiten verschoben. Die Reduzierung von Fachbereichen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften, qua „Verwaltungsvereinfachung“ verringert das „problematische“ Potential in diversen Gremien und dadurch die Festigung konservativer Mehrheiten. Dies mit „allgemeiner Untätigkeit“ Turners abzutun, reicht nicht aus. Nachdem das Berliner Hochschulgesetz diese Politik festgeschrieben hatte, wurde die Umsetzung trotz „gegenseitiger Mißachtung“ an Heckelmann delegiert. Es dürfte nur noch ein müdes Lächeln erzeugen, hier von Autonomie der Universitäten zu sprechen und aufklärerische Inhalte und die Idee von Universität einzufordern.

Sicherlich kommen wir nicht umhin, die verschiedenen betroffenen Akteure und Subjekte einzubeziehen, seien es die Professoren, wissenschaftlichen Angestellten, politischen Gruppen und Organisationen sowie die Studenten.

Von dem Aufbruch Anfang der siebziger Jahre ist nichts mehr zu spüren. Lethargie aller orten. Das Wort Reform und dessen Inhalt sind zu einem Stück Geschichte der siebziger Jahre geworden. Die heutige Situation an der Universität können wir nur noch mit Bildern, Phrasen umreißen: Kahlschlag, Ruinierung und Konkursmasse. Angesichts der Verknappung der zur Verfügung gestellten Ressourcen bei gleichzeitiger Massenausbildung müssen wir konstatieren, daß radikal-demokratische Initiativen nicht auszumachen sind, die sich erfolversprechend gegen diese Lage stemmen. Wir können nicht allein auf eine veränderte ökonomische und politische Konstellation verweisen, um diese Situation zu erklären. Denn das hieße, daß studentischer Protest nur bei zukünftig gesichertem Arbeitsplatz möglich ist, daß Assistenten und Professoren nur bei reformerischem Zeitgeist radikal-demokratisch wirken können. Dieses Verständnis komprimiert die Subjekte zu Wesen, deren politisch-emanzipatorisches Handeln nur unter bestimmten gesellschaftspolitischen Bedingungen möglich zu sein scheint. Folglich müßten diese Bedingungen zunächst erst „umgewälzt“ werden, um den Subjekten innerhalb der Universitäten optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu geben bzw. zu radikal-demokratisch Handelnden, die emanzipatorisch aktiv in Universität und Gesellschaft eingreifen. Daß dem mitnichten so ist, belegen anschaulich die Universitäten in bereits umgewälzten Gesellschaften. Die Verantwortung für das Handeln der Subjekte wird diesem Verständnis nach an gesellschaftliche Bedingungen delegiert und entbindet die einzelnen Subjekte von ihrer individuellen Verantwortung. Gerade diese Verantwortung müssen wir von jedem einzelnen Akteur und Subjekt an der Universität einklagen.

Die Klientel

Wenn wir nachfolgend drei wesentliche Gruppen der Universität benennen und skizzieren, so bezieht sich das auf die darin befindlichen radikal-demokratischen Akteure. Daß sich konservative Akteure z. Z. im Zeitgeist befinden bedarf hier keiner Erläuterung, können doch diese schwerlich für ein radikal-demokratisches Konzept an der Universität gewonnen werden. Unser Unmut muß darum vor allem jene treffen, deren Anspruch mit den Jahren gelitten hat und Makel aus einer anderen Zeit ist. Löbliche Ausnahmen sind hierbei aber nicht die Regel.

Manche Professoren betrachten die Lehre als lästiges Übel, orientieren sich auf ihr eigenes Forschungsgebiet und lassen die Idee eines universitären Gesamtzusammenhangs, geschweige eines gesellschaftlichen, vermissen. Nur zum kleineren Teil schauen sie zweifelt auf die heutige Studentengeneration, was nur mäßig davon ablenkt, daß sie selbst nur die Rolle des modernen Ordinarius ausfüllen, der noch in Seminaren mit glänzenden Augen von seinem historischen Auftreten während der Studentenrevolte berichtet. Deren Widersprüchlichkeiten, Eitelkeiten und Borniertheiten sind allenfalls Themen am Biertisch, nicht aber die der Öffentlichkeit. Inhaltliche Auseinandersetzungen über (deren) Seminare enden meist damit, daß sie, wenn

möglich, nicht mehr besucht oder eben hinter sich gebracht werden.

Das starke Engagement der Assistenten Anfang der siebziger Jahre für die Umsetzung der Reformen ist geschwunden. Hatten diese eigentlichen Träger der Reformen sich seinerzeit noch bundesweit organisiert, um Taktik und Strategie zu vereinheitlichen, so müssen wir heute mit Ausnahmen den Einzelkämpfer wahrnehmen, der um Jahresverträge und Gunst buhlt. Das ‚Wir‘ der Assistenten ist einem Individualismus gewichen, der lediglich die eigene Karriere vor den Konkurrenten favorisiert.

Die Niederlage der Studentenbewegung z. B. in Fragen der Hochschulreform und die Neubestimmung von Themen führte dazu, daß die politisch Aktiven unter uns außerhalb der Universität in anderen gesellschaftlichen Bereichen wirken. Die Universität wurde einigen Kadern überlassen, die vollkommen überlastet in diversen Gremien handwerkeln und alljährlich das Schauspiel um Minderheiten im AStA aufführen. Die Hoffnungsträger studentischerseits Anfang der achtziger Jahre, die Alternativen, müssen sich einer Studentengeneration mit zunehmendem technokratischem Bewußtsein gegenüberstellen, die Universität als Fabrik wahrnehmen und sie lediglich als Durchlauferhitzer gebrauchen, um das nötige Instrumentarium für eine optimale Berufsausbildung qua Titel zu erwerben. Scheine, Schnellstudium zeichnen diesen professionellen zukünftigen Spezialisten aus. Zugleich gelingt es nicht mehr, die Studenten in eine Debatte über Rolle und Funktion der Universität, von Studium einzubeziehen. Trotz publizistischer Anstrengungen gelingt es vorerst nur, diese Frage aufzuwerfen und nach Antworten zu suchen. Die konstruktive Alternative zu entwickeln, ist nicht allein Aufgabe eines Zirkels oder einiger Kader, sondern eine gesamtstudentische. Diese breite Studentenschaft für diese Fragen zu gewinnen, ist die aktuelle Aufgabe, um Entwürfe zu denken, um über eine Abwehrstrategie hinaus, trotz ökonomischem und politischem Gegenwind, unser Bild von Universität zu bestimmen, zu verteidigen und aufzubauen.

Ziel: Kampf um die Universität

Wenn es unserer heutigen Studentengeneration nicht gelingt, die Universität im radikal-demokratischen Sinn zu repolitisieren, werden die technokratischen Studenten die letzte radikal-demokratische Burg auf universitärem Campus schleifen. Weil viele politisch aktive Studenten die Universität sich selbst überlassen haben, es schwer ist, diese für das Projekt demokratische Universität zu begeistern, müssen wir, wenn wir die Konkursmasse ‚Freie Universität‘ nicht aufgeben wollen, in dieses Vakuum vordringen, um das Projekt voranzubringen.



Protestbanner der Friedensbewegung am Institut für Philosophie in der Habelschwerdter Allee 30 (Aussenaufnahme), Fotograf: Reinhard Friedrich / FU Berlin, UA, Foto-Slg., RFDia/047-12.

BESETZT

Die Befreite Universität Berlin im Streik

Thomas Schwarz (1989)

Über der Garderobe der Rostlaube der B*freiten Universität Berlin prangt in stolzen Lettern das Wort „BESETZT“. Über dem Eingang der Hochschule der Künste wölbt sich in einem roten Halbkreis dieselbe Überschrift in Form eines „Toiletten-Besetzt-Zeichens“. Am Top des Gebäudes flattert eine riesige Piratenflagge. Über dem TU-Portal hängt ein Transparent mit der Aufschrift „Bastille der Akademie“ und fordert 200 Jahre nach der französischen Revolution zum Sturm auf die Universität auf. Bilder aus dem Wintersemester an den Berliner Unis, das nicht stattgefunden hat. Jahrelang aufgestauter Unmut über die konservative Politik hatte sich Anfang Dezember ausgehend von der FU-Berlin entladen. Innerhalb kurzer Zeit stellten die StudentInnen UNiMUTig die ganze Uni und gelegentlich auch die halbe Stadt auf den Kopf. Die StudentInnen traten mit dem Anspruch an, nicht nur einfach Hochschulpolitik zu machen, sondern mischten auch allgemeinpolitisch, zum Beispiel im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus mit. Die Streikwelle erreichte, vom Berliner UNiMUT angeregt, auch andere Universitätsstädte. Die folgende Geschichte des Streiks informiert über die wichtigsten Phasen und zentrale Forderungen der Streikbewegung an der B*freiten Universität. Ein Résumé will dieser Artikel nicht bieten. Denn viele Forderungen aus dem Wintersemester sind noch nicht erfüllt worden. Für sie gilt es im Sommersemester weiterzukämpfen. Erst dann ziehen wir Bilanz.

Ist's eine Komödie oder eine Tragödie?
Das Berlinstück in sieben Akten

Erster Akt Kubat-Dreieck, Heckel-Eck und eine Geheimkommission

Besetzungen haben in Berlin eine längere Tradition. Im Sommer 1988 ist das 5 Wochen lang besetzte Kubat-Dreieck über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden. Davon angeregt haben die StudentInnen an der FU zur selben Zeit den Hinterhof der Rost- und Silberlaube besetzt und in Heckel-Eck umbenannt. Die Aktion war ein Protest gegen die konservative Modernisierungspolitik an der Uni.

Im April 1987 hatte der Akademische Senat der FU unter der Regie von Unipräsident Heckelmann auf Anweisung des damaligen CDU-Wissenschaftssenators Turner eine ‚Strukturkommission‘ (Struko) eingesetzt. Dort wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Strukturplanungen für die ‚Freie Universität der 90er Jahre‘ ausgearbeitet. Die Dominanz der Rechten in den entscheidenden Planungsgremien hatte Auswirkungen. Die scheinbar unsachliche Zerschneidung und Neukombination von Fachbereichen entpuppte sich als politisches Tendenzstück. Das Strickmuster, das die Strukturplanungen durchzog, blitzte im Abschlußbericht der Struko verräterisch auf. In der alten Struktur gebe es zu wenig „interfachliche Kontrolle“.

Damit war nun keineswegs gemeint, daß interdisziplinäre Arbeit an der Uni angestrebt werden sollte, sondern die politische Kontrolle von als ‚links‘ eingestuften Fach-

bereichen. Diese sollten mit rechten Fachbereichen zusammgelegt werden, dergestalt, daß rechte Professorenmehrheiten in den Fachbereichsgremien künftig linke Ansätze überlagern. Die Auswirkungen auf Berufungsverfahren und Geldvergabe für Projekte kritischer WissenschaftlerInnen waren absehbar. Es war damit zu rechnen, daß die ins Haus stehenden Kürzungen finanzieller und personeller Art zu ihren Lasten gehen sollten.

Die Semesterferien kamen, und der Widerstand gegen die Struko schien sich zu verlaufen. Der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) arbeitete in dieser Zeit engagiert und routiniert an der Form der Protestmaßnahmen gegen die Feierlichkeiten zum 40-jährigen FU-Jubiläum. Die StudentInnen gingen davon aus, daß sich die Konservativen auf der offiziellen Geburtstagsfeier am 4.12.1988 im Audimax vor ausgesuchtem Publikum selbst beweihräuchern wollten. Sie selbst sahen keinen „Grund zum Jubel“, setzten für den 1.12. eine studentische Vollversammlung und für den 4.12. einen ‚akademischen Schmähakt‘ als Protestkundgebung an. Niemand dachte im Ernst daran, daß sich im Wintersemester eine breite StudentInnenbewegung entwickeln könnte. Zu oft schon waren derartige Erwartungshaltungen frustriert worden.

Die Strukturpläne für die ‚Freie Universität der 90er Jahre‘ waren mittlerweile im inneruniversitären Gremiendschungel teils revidiert worden. Noch aber standen die Entscheidungen des obersten universitären Gremiums, des Kuratoriums, aus. Über das Kuratorium konnte der CDU/FDP Senat mit fünf dort vertretenen Senatoren direkt in die Unipolitik hineinregieren. Dies war die Stelle, wo auf der politischen Ebene die konservative Hegemonie in der Stadt direkt auf die Uni durchschlug. Hier war die Autonomie der Hochschule direkt angreifbar. In seinen Novembersitzungen macht das Kuratorium Nägel mit Köpfen. Vor allem kleine, gesellschaftswissenschaftliche Institute wurden mit einer willkürlichen Stellenstreichungs-, Zerschneidungs- und Zusammenlegungsoffensive überzogen. Am Montag, den 28.11.1988 war schließlich das Lateinamerikainstitut (LAI) an der Reihe.

Dort wird seit Jahren mit interdisziplinärem Anspruch gearbeitet. Per Kuratoriumsdekret sollte nun der sprachliche Bereich der Lateinamerikanistik aus diesem Forschungszusammenhang herausgerissen werden und dem romanischen Seminar untergeordnet werden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die StudentInnen der betroffenen Fächer nichts mehr zu verlieren. Die defensiven Versuche, mit Argumenten auf die Gremienpolitik Einfluß zu nehmen, mußten als samt und sonders gescheitert betrachtet werden. Ab jetzt ging die studentische Basisbewegung in die Offensive.

Der Versuch der Stärkung der Romanistik im sprachlichen Bereich fügt sich in die hochschulpolitischen Konzepte, die Diepgen und Turner mit ihrem Sinn für kapitalistische Zweckrationalität angesichts der Krise an den Hochschulen Mitte Dezember herausgaben. Dort versprachen sie „verstärkte Förderung der Sprachausbildung in [...] Französisch, Spanisch und Italienisch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt 1992“.

Zweiter Akt

Studentische Basisbewegung in der Offensive

Am 29.11.1988 verkündete ein abgenudeltes Waschzettel, dem das Entsetzen und die Eile, mit dem er produziert worden ist, förmlich anzusehen ist, mit krakeligen Buchstaben: „Das LAI ist besetzt“. Der Damm, mit dem die Konservativen die Uni eingemauert hatten, zeigte schnell springende Risse. Die LAI-StudentInnen zogen agitierend durch die Hörsäle. Das Ergebnis: Die studentische Vollversammlung am 1.12. platzte aus allen Nähten. Weitere sechs Institute folgen. Am 2.12. sind 17, am 2.12. sind 22 Institute besetzt. Am 4.12. demonstrieren an die 4 000 StudentInnen gegen die universitätsoffizielle 40-Jahresfeier, die nur unter polizeilicher Abschilderung durchgeführt werden kann. Die Nullnummer der Streikzeitung der B*freien Universität Berlin, die ‚BESETZT‘ vom 5.12.1988 kann feststellen: „Die täglich [...] stattfindenden Uni-Vollversammlungen geraten zur mächtigen Manifestation des studentischen Willens zur Rückeroberung der Uni“.

Am 7.12.1988 meldet das neue Blatt: „Alle 36 Institute sind besetzt und es werden über 300 selbstbestimmte Seminare durchgeführt. Unsere selbstbestimmte Uni ist Wirklichkeit“. Das Tempo der StudentInnenbewegung ist schlicht atemberaubend. Am 10.12. wird unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten“ eindrucksvoll mit 10 000 TeilnehmerInnen für den Zusammenhalt von Gesellschafts- und Naturwissenschaften in der Berliner Innenstadt demonstriert. Am 13.12. demonstrieren an die 30 000 SchülerInnen und StudentInnen aller Hochschulen Berlins in einem symbolischen Sternmarsch zum Rathaus Schöneberg ihre gemeinsame Stärke.

Die PolitikerInnen versuchen, die Forderungen der StudentInnenbewegung als rein materielle zu interpretieren. In der Tat spielen wir auf dieser Ebene die 100 Milliarden, die dieser Staat für den Jäger 90 auszugeben bereit ist, gegen die paar Millionen „Weihnachtsgeld“ aus, die jetzt auf den heißen Stein der Uni geträpelt werden sollen (BESETZT Nr. 10, 16.12.88). Insgesamt aber geht es um mehr.

Die Streikbewegung an der B*freien Universität hat ihre Ursachen im jahrelang erduldeten Ausbau des Studiums zu einem Unterwerfungsritual. Von Seiten des CDU-Senats wurde massiv in die Berufungspolitik der Uni hineinregiert. Exemplarisch dafür steht der Fall ‚Wippermann‘.

Der kritische Faschismusforscher stand auf Platz 1 einer Berufungsliste auf eine Professur am Fachbereich Geschichtswissenschaften. Die Wahl von Wissenschaftssenator Turner, der in letzter Instanz über Berufungen entscheiden konnte, fiel aber auf einen unbekanntenen Newcomer, der auf Platz 3 der Liste stand.

Die Folgen der systematischen und sträflichen Vernachlässigung kritischer Aufarbeitung der Vergangenheit in Berlin zeigen sich jetzt: Eine neofaschistische Partei, die sogenannten Republikaner, ist ins Abgeordnetenhaus gewählt worden. Deshalb ist die Forderung nach Faschismusforschung zum wichtigen Kampfziel des StudentInnenstreiks avanciert. Auch am Fachbereich Politische Wissenschaften schlug der Wissenschaftssenator zu. An-

statt Margit Mayer auf Platz 1 der Berufungsliste zu wählen, entschied er sich für den Drittplazierten: ein Schlag ins Gesicht der feministischen Wissenschaft.

Dieser Politik traten die StudentInnen nun mit ihrer Forderung nach Quotenregelung zur systematischen Besetzung von Professuren mit Frauen entgegen. Sie haben vom patriarchalisch-dominierten Wissenschaftsbetrieb genug. Berufungspolitik und Umstrukturierungspläne an den Berliner Hochschulen, die hier in letzter Instanz senatsgesteuert sind, ließen den Ruf nach „Autonomie der Hochschule“ laut werden. Aber auch aus dem Versagen der Uni-Gremien wurden Konsequenzen gezogen:

Die unbrauchbaren Ergebnisse der konspirativ tagenden Strukturkommission entzogen der undemokratischen Arbeitsweise solcher Instanzen die Legitimationsgrundlage. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Gremienbeschlüsse auf die StudentInnen in den Fachbereichen verloren die dort festgeschriebenen Professoralmehrheiten das Vertrauen endgültig.

Im Rahmen der Strukturreform sollte auch das Psychologische Institut zerstört werden. Dort existierten auf Fachbereichsebene noch von Profs unabhängige studentische TutorInnen. Daneben gab es ein Mitbestimmungsmodell, das auf Drittelparität basierte. Jetzt verlangen die StudentInnen offensiv die uniweite, projektorientierte Ausgestaltung autonomer Tutorien. Was die Mitbestimmung angeht: Sie ist zum zentralen Streikziel geworden. Dem entgegen streben das Hochschulrahmengesetz und das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973. Dort wurde festgelegt, daß HochschullehrerInnen bei Gremienentscheidungen, die Fragen der Lehre betreffen, mindestens die Hälfte der Stimmen, bei Abstimmungen über Forschungsorganisation und Berufungen gar die Mehrheit haben müssen. Nun wird von uns ein viertelparitätisches Mitbestimmungsmodell angestrebt, in dem die funktionalen Gruppen der Profs, der sonstigen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und der StudentInnen gleichberechtigt an einem Tisch sitzen sollen. Vom neuen Senat wird erwartet, daß er schleunigst das Berliner Hochschulgesetz dementsprechend novelliert und auf Bundesebene Initiative zur Neugestaltung des Hochschulrahmengesetzes ergreift.

In sozialpolitischer Hinsicht werden die StudentInnen an drei Punkten hart getroffen. Die Blümsche Gesundheitsreform sieht ab dem vierzehnten Semester eine Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge vor. Die Mietpolitik des CDU-Senats sorgt mit der Aufhebung der Mietpreisbindung für ein rapide wachsendes Mietniveau. Der BAföG-Kahlschlag war noch vor der Wende von der SPD mit der Teilumstellung auf Darlehensbasis eingeleitet worden. Nach der Machtübernahme durch die Kohl-Regierung wurde die BAföG-Politik Mittel zur Regulierung der StudentInnenzahlen. Im Rahmen ihrer Sparpolitik sollte die Vergabe von BAföG nur noch als Darlehen die Unter- und Mittelschichten vom Studium ausschließen und die StudentInnenzahlen senken. Die sozialpolitischen Vorstellungen der StudentInnen hingegen zielen auf die Einführung eines Mindesteinkommens. Auf dieser Basis soll es jedem/r problemlos möglich sein, Bildungsinstitutionen bis hin zur Uni, die dann eine Volluni sein wird, zu nutzen.

Dritter Akt

KultuRRevolution an der Uni

Bis Weihnachten hatte sich die Universität zunehmend verwandelt. Das Kampffeld ‚Universität‘ wurde auch auf der symbolischen Ebene neu besetzt. Den HistorikerInnen war es zu dumm geworden, daß ihr Institut ausgerechnet den Namen des ersten Rektors der FU, Friedrich Meinecke, tragen sollte. Sie kündigten Meinecke fristlos. Dessen Vergangenheitsbewältigung hatte darin bestanden, die nationalsozialistische Diktatur als „Deutsche Katastrophe“ zu bezeichnen und sie damit zu naturalisieren. Er hatte dem deutschen Volk alternativ dazu die Ausübung von Ersatzreligion anempfohlen. Es sollte in der Kirche „Goethegemeinden“ bilden, um den „deutschen Geist zu retten“. Die HistorikerInnen, die ganz andere Vorstellungen von kritischer Faschismusforschung haben, setzten mit einer Umbenennung des FMI andere Akzente. Sie nannten sich fortan nach dem volkstümlichen Vitalienbruder und Seeräuber ‚Klaus Störtebeker‘. Auch die anderen Institute hoben neue und alte Namen aus der Taufe. Die JuristInnen benannten ihr Institut nach Karl Liebknecht, der im Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter seine Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert hatte. Der Name steht für eine Diskurs-technik gegen Krieg: Bildung gegen Jäger 90.

Das Otto-Suhr-Institut der PolitologInnen verwandelte sich ins Ingrid-Strobl-Institut (ISI), das geographische Institut ins Ulla-Penselin-Institut (UPI). Die Stoßrichtung der neuen Namen ist eine gegen Gen- und Reprotechnik, gegen die auch Ingrid und Ulla kämpfen. Zudem bekundeten die Studis so Solidarität mit den nach §129a inhaftierten Frauen.

An der TU signalisierte der Fachbereich Umweltechnik internationale Solidarität, als er den Namen ‚Chico-Mendes-Institut‘ übernahm. Der brasilianische Umweltschützer war von Großgrundbesitzern erschossen worden. Der neue Name verweist auf die ökologische Notwendigkeit der Rettung des Regenwaldes. Die ChemikerInnen taufte sich ‚Siggi-Möwe-Institut‘. Schon der Autor des Artikels, der dies in der BESETZT Nr. 11 annoncierte, gab zunächst zu, möglicherweise „kulturell nicht ganz auf der Höhe zu sein“. Dann enthüllte er die diskurstaktische Stoßrichtung des Namens: Siggi Möwe ist der „welteste Hausmeister, nach dem ein organisch-chemisches Institut benannt wurde“. Dies fügte sich nahtlos in den Rahmen der studentischen Forderung nach viertelparitätischer Mitbestimmung in den Gremien, auch für die Gruppe der ‚sonstigen Beschäftigten‘.

Der kulturelle Bruch zwischen Freier und B*freiter Universität wurde mit diesen Umbenennungen symbolisiert. Die Denormalisierung an der Uni nahm schwer einzugrenzende Dimensionen an. Die Trennung zwischen Privatsphäre und Studium wurde aufgelöst. Viele Studis schliefen nicht in ihren Betten, sondern in den besetzten Instituten. Tische und Stühle standen nicht mehr in den Seminarräumen, sondern blockierten Eingangstüren. ‚Streikcafés‘ boten einer ungezwungenen Kommunikation Raum. Die täglich erscheinende Videozeitung lockte fernsehstüchtige StubenhockerInnen in die Uni.



Rost- und Silberlaube während des Streiks. © Umbruch-Archiv.

Die Universitätsgremien wurden konsequent zum Schweigen gebracht. Blockaden und Sprengungen verhinderten deren Sitzungen.

Die Uni bekam indes Farbe. Slogans und Graffitis überwucherten die trostlose Atmosphäre der Betonuni. Ein Gang der Silberlaube hat sich unter dem Motto „Macht die ganze Uni bunt“ in ein unbuntistisches Gemälde verwandelt.

Die Fantasie der StudentInnen, lange aufgestaut und eingezwängt, war explodiert. Die Stoßwelle der Detonation erreichte schnell die Stadt. Die Wartesäle der U-Bahnhöfe wurden zu Vorlesungssälen, zu Seminar- und Übungsräumen für schrilles Theater umfunktioniert. MusikstudentInnen übten unüberhörbar, KunststudentInnen malten unübersehbar. Der Grad der Aufmerksamkeit, den die StudentInnenbewegung in den Medien und in der Öffentlichkeit genoß, schwoll rasch an.

An der TU wuchs trotz aller Bemühungen des repressiven Staatsapparates immer wieder ein autonomer Zebrastrifen nach, und zwar genau da, wo auf der Straße des 17. Juni die Autokultur mit ihrem dubiosen Freiheitsbegriff hegemonial war. Was die BullInnen wiederholt mühsam wegschrubben, markierte wenig später wieder, wie von Zauberhand, einen Fußgängerüberweg.

Eine der kultuRRevolutionärsten Errungenschaften des Streiks waren die ‚Autonomen Seminare‘, ohne den repressiv-zensierenden Scharfblick von ProfessorInnen. Auffällig häufig standen in ihnen die Themen ‚Interdisziplinarität‘, ‚Feminismus‘ und ‚Faschismus‘ im Vordergrund. Sie sind ein Indikator dafür, welcher Typus und welche Themen von Wissenschaft als gesellschaftlich relevant erachtet werden. In der Regel waren die Seminare interdiskursiv angelegt: Natur- und GesellschaftswissenschaftlerInnen sollten sich koppeln. Die Untersuchung

patriarchalischer Strukturen und faschistischer Vergangenheit in Uni und Gesellschaft, aber auch Technologiefolgenabschätzung wurden gemeinsam betrieben.

Koordiniert wurde die StudentInnenbewegung nicht vom AStA, sondern von einer neuen, basisdemokratischen Institution, dem Besetzungsrat: Jedes Institut besaß eine Stimme. Es holte sich dort eine Beschlußvorlage ab und ließ sie auf dem Fachbereichsplenum diskutieren und abstimmen. Das weitere Procedere sah vor, zwei Delegierte, ausgestattet mit einem imperativen Mandat, in den geschlechterparitätisch-quotierten B*Rad zurückzuschicken. EineR der Delegierten rotierte nach dem zweiten Besuch im B*Rad raus, um eineR NachrückerIn Platz zu machen. Auf diese Weise sollte die Transparenz der zentralen Ebene für möglichst viele StudentInnen, die so selbst aktiv am Entscheidungsprozeß teilnehmen konnten, gewährleistet werden.

Die basisdemokratischen Verkehrsformen brauchten Zeit und zogen auch schon mal bissigen Spott auf sich: „Die Anzahl der Räte in der Befreiten Uni steht in reziprok proportionalem Verhältnis zur Anzahl sinnvoller Entscheidungen“ war in der BESETZT Nr. 16 vom 12.12.88 zu lesen. Mit Inhaltsrat, Presserat, Kulturrat, berlinweitem ‚Rat der Räte‘, Sondierungsrat und Berlin-Kommission entstand nach und nach ein neuer Gremiendschungel.

Vierter Akt ‚UNiMUT‘

Die zarteste Versuchung seit es internationale Kongresse gibt

Am 17.12.1988 wurde in der BESETZT Nr.11 angekündigt, daß vom 6. bis 9. Januar ein Kongreß durchgeführt werde, der in die „neugeschaffenen Strukturen“ der

b*freiten Universitäten Berlins einführen sollte. Rasch konkretisierte sich das Projekt. Es wurde international angelegt und erhielt den Titel „UNIMUT – Alternativen zur Fremdbestimmung“ (BESETZT Nr. 12, 19.12.88).

Die Absichten, die mit dem Kongreß verfolgt wurden, sind schnell umrissen: Die „Zusammenführung“ der „jüngsten europaweiten Proteste“ an den Unis wurde angestrebt. Andere Unis sollten, durch den Berliner Widerstand angeregt, „auf den Geschmack kommen“. Die LIEBLINGSZEITUNG (LZ), die berlinweite Streikzeitung aller Hochschulen und Schulen, erläuterte noch einmal die Funktionen des Kongresses. Er sollte als „Ausgangspunkt für eine bundesweite Neu- bzw. Wiederbesetzungswelle der Universitäten dienen“. Der „Austausch“ mit Gewerkschaften und Frauengruppen sollte koordiniert werden, um „universitären mit gesamtgesellschaftlichem Widerstand zu koppeln“. (LZ Nr. 2, 30.12.88).

Am Freitag, den 6. Januar 1989, war es schließlich so weit. Etwa 6 000 Leute, schätzte die BESETZT (Nr. 16, 8.1.89), waren gekommen, darunter in der Tat viel internationales Publikum. Die als Chaoten verschrienen BesetzerInnen hatten der Welt vor laufenden Kameras bewiesen, daß sie die Simulation der bürgerlichen Verkehrsform ‚Kongreß‘ perfekt beherrschen. Feierlich wurde der Kongreß mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Universität und Gesellschaft“ eröffnet. Am Samstag stand das Thema „Feministische Wissenschaftskritik“ auf der Tagesordnung, am Sonntag das Thema „Alternativen zur Fremdbestimmung? – Widerstand gegen Herrschaft“.

Die Kontaktaufnahme „zwischen studentischem und außeruniversitärem Widerstand“ war zwar erfolgreich. Die LZ Nr. 5 vom 9.1.89 aber kommentierte, am politischen Erfolg der Veranstaltung zweifelnd: „Diese Zusammenarbeit muß jetzt praktisch werden“. Für den Montag war zum Kongreßschluß eigentlich ein Aktionstag geplant. Alles konzentrierte sich jetzt aber auf die Ereignisse am Fachbereich Medizin. Die spielerische Leichtigkeit und der Enthusiasmus, mit dem die StudentInnenbewegung aufgebrochen war, war mit einem Schlag dahin.

Fünfter Akt

Die Polizei auf dem Campus

Am 11.12.1988 noch hatten auf einer Fachbereichsvollversammlung von 2 074 MedizinerInnen 82,8 % für eine Fortsetzung des Streiks gestimmt. Die solidarische Teilnahme der NaturwissenschaftlerInnen am Unistreik brachte für die anderen Fachbereiche einen Mobilisierungsschub. Doch dann wurde es für die Medis ernst. In der BESETZT Nr. 7 vom 13.12.88 meldeten sie, daß sie immer noch „Streikbrecher vom Betreten der Lehrveranstaltungen abhalten“ müssen. Doch trotz der „zeitaufwendigen Blockaden“ lagen auch schon die „ersten Termine für autonome Seminare vor“, so daß es auch mit der „inhaltlichen Arbeit vorwärts“ ging.

Am 3.1.89 jedoch räumte ein „Rollkommando der Bullen die Physiologie und Biochemie“ von den BesetzerInnen, die dort auch in den Weihnachtsferien geblieben waren. Die BESETZT vom 4.1. titelte: „MEDIS ENTSETZT“. Die Polizei riegelte das Gelände um die medizinischen Institute weiträumig ab, um StreikbrecherInnen bei Vor-

lesungsbeginn am 9.1. den Zugang zu den Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Am 8.1. schritt die Medi-VV erneut zum Hammelsprung. Das Ergebnis der Abstimmung war denkbar knapp: Von 2 567 Medis stimmten 1 231 für, 1 276 aber gegen Beendigung des Streiks. Die Blockaden gingen also weiter, aber unter neuen Bedingungen.

Presserat und AStA kommentierten in einem Telex die Ereignisse vom „schwarzen Montag unseres Streiks“:

„die polizei ging gegen die blockierenden studentinnen mit brutalsten knüppelinsätzen vor, um streikbrechern den zugang zu den gebaeuden freizumachen. bis 16 uhr gab es weit über 100 verletzte und über 80 festnahmen. vor der anatomie wurde ein demonstrant von einem polizeifahrzeug überrollt – mit diesem sollten streikbrecher zu ihren kursen gefahren werden.“

Die Auseinandersetzungen zogen sich über mehrere Tage hinweg. Die BESETZT vom 18.1.89 setzte zum Vergleich an: „Jetzt ist es auch in Berlin so weit, wie in El Salvador: die Bullen werden auf den Campus geschickt“. Doch schon war klar, daß sich der CDU-Senat hier eine „moralische Niederlage“ eingehandelt hatte. Am Donnerstag schließlich zog sich die Polizei zurück. Die BlockiererInnen fielen sich in die Arme. Die LZ Nr. 6 vom 13.1.89 wertete:

„Natürlich ein Sieg – ein teuer bezahlter. Aber wir haben nur die Repression zurückgeschlagen, unsere Forderungen warten noch immer auf Erfüllung.“

Diese Woche hatte bei den Streikenden immense Kräfte verzehrt. Die inhaltliche Arbeit in den Autonomen Seminaren war zum Erliegen gekommen. Demobilisierend wirkte auch, daß die Medis in einer neuen VV nicht die erforderliche Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks erreichten.

Die „drei medizinischen Fachbereiche erhalten bereits die Hälfte aller Gelder“ an der B*FU. „Vom Rest erhalten die anderen Naturwissenschaften ein Drittel und die ‚sonstigen‘ werden mit einem Sechstel bedient“ (LZ Nr. 8, 27.1.89). Die ZahnmedizinerInnen waren bereits am 16.12.88 wieder aus dem Streik ausgeschieden. Die VeterinärmedizinerInnen brachen den Streik am 12.1.89 ab. Am 21.1. scherte der Fachbereich Chemie aus. Obwohl die Mehrzahl der Fachbereiche (FBs) mit zumeist recht passablen Mehrheiten den Streik fortführte – bei der Abstimmung mit Deutschmark war die Streikfront eingebrochen. In der BESETZT Nr. 25 vom 21.1. fragte eine AutorIn, ob nun das „Ende der Basisdemokratie?!“ erreicht sei? Denn: „An den FBs, in denen die Urabstimmung eine Mehrheit fand, herrscht beklemmende Leere“.

Sechter Akt

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Die Hoffnung vieler StudentInnen konzentrierte sich jetzt auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 29.1.1989. Von einer Abwahl des CDU-FDP-Senats versprach mensch sich eine gravierende Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Kuratorium, dem sturen Uni-Gremium, dem die verheerenden Strukturbeschlüsse zu verdanken waren. Noch einmal mobilisierte die StudentInnenbewegung in einer ‚berlinweiten Aktionswoche‘ letzte Reserven. Mit



© Umbruch-Archiv.

phantasievollen Aktionen in der Stadt sollte das Wählervolk noch einmal kräftig gegen den CDU-FDP-Senat aufgehetzt werden.

Am 27.1. rief die LZ Nr. 8 agitatorisch zur ‚Jubelparade‘ zum Rathaus Schöneberg auf: „Zu einer Jubelparade passen keine tristen Farben, UNIBUNTISMUS heißt unsere Devise“. Schließlich kamen laut LZ Nr. 9 „20 000 DemonstrantInnen“. Manche schmolten auch nach dem Motto „Wahlen können sowieso nix verändern“.

Dann der Wahltag: Die Regierungskoalition ist abgewählt worden. Trotz rechnerischer SPD-AL-Mehrheit kam keine Freude auf, denn die Republikaner konnten mit einem haarsträubenden Erfolg ins Abgeordnetenhaus einziehen. Hochschulpolitisch bedeutet das auch, daß im neuen Kuratorium auch ein „Vertreter der Republikaner“ sitzt. (BESETZT Nr. 29, 1.2.89).

Siebter Akt Erdrutsch

Nach der Wahl verlor die StudentInnenbewegung erdrutschartig an Stärke. Der B*Rad begann, „an zu geringer Beteiligung der BEs“ (Besetzungseinheiten) (BESETZT Nr. 29, 1.2.89) zu kranken. Ein geplanter ‚Tag der offenen Tür‘, an dem das Volk die Uni zur Volxuni machen sollte, konnte nicht durchgeführt werden. Viele Besetzungen wurden unkoordiniert und ohne einen taktisch-geplanten Rückzug aus der Uni abgebrochen.

Erschreckend war auch, was sich am „Tatort Lankwitz“ (BESETZT Nr. 30, 2.2.89) abspielte. Elf Institute hatten im B*Rad für eine „Verhinderung“ der Sitzung des Akademischen Senats in Lankwitz gestimmt. Schließlich standen sich dort 20 bis 30 BullInnen und etwa genausoviele StudentInnen gegenüber. Letztere bezogen auch prompt

Prügel. Zwar konnte die Sitzung verhindert werden, aber nur um den Preis großer Verbitterung beim Kern der AktivistInnen: „Wo wart ihr, die ihr so vehement über die Streikbrecher herzieht? Ihr seid verantwortlich für das, was in Lankwitz passiert ist [...]. Die Sache ist gelaufen. Wahrscheinlich findet sich das nächste Mal dann keiner mehr, der für Euch seinen Kopf hinhält“. Am Mittwoch, den 5.2.1989, war es schließlich so weit. Die Sitzung des Akademischen Senats „konnte nicht verhindert werden“ (BESETZT Nr. 35, 17.2.89). Ein Mißtrauensantrag gegen Heckelmann fand keine Mehrheit. Die BESETZT-Redaktion gab ihrem Blatt einen neuen Namen. Sie kündigte an, solange ENTSETZT zu bleiben, „bis die StudentInnenbewegung wieder in der Offensive ist“ (ENTSETZT Nr. 1, 3.3.1989). Die vorlesungsfeie Zeit brachte das Ende der Besetzung.

Seit Samstag, den 25.2.1989, bestimmte die Unileitung wieder, wann Rost- und Silberlaube geöffnet sind. Nach und nach wurden kleinere, noch besetzte Institute geräumt. Die Schlösser wurden ausgewechselt. Zuletzt wollte die Polizei am Samstag, den 4.3.89, das ISI entsetzen. Dort, im Keller der Ihnestraße 22 ereignete sich dann auch der Treppenwitz der Streikgeschichte. Die BesetzerInnen waren (vom Weltgeist informiert?) schon in der Nacht zuvor abgezogen.

Daß sich die StudentInnenbewegung in den Semesterferien scheinbar aufgelöst hat, hat wenig zu bedeuten. Gerade ein Streik an der Uni kann sowieso nur zyklologisch gekoppelt an die Vorlesungszeit stattfinden. Wenn die StudentInnenbewegung im Sommersemester wieder antreten sollte, dann ist sie auch gewachsen. Gewachsen um Erfahrung in kultuRRevolutionärem Elan, in Basisdemokratie und – hoffentlich – im Ausarbeiten von politischen Kampfzielen.

Christa Casper studierte in den 80er Jahren Politikwissenschaften an der FU. Heute lebt sie in Berlin und arbeitet als Softwareentwicklerin.

Das Interview führten Reinhard Neubauer und Ernö Lörincz.

Interview mit Christa Casper

FU70: Hallo, wir suchen Freiwillige, die uns über die Geschichte der Freien Universität und der Stadt berichten können. Und da haben wir entschieden, dass Du eine Freiwillige sein könntest.

Christa Casper: Danke.

FU70: Wann bist Du nach Berlin und warum? Der Bund war wahrscheinlich nicht der Grund.

C. C.: Doch. Ich wollte nicht zum Bund! Ich hatte in Marburg ein Politikstudium begonnen, aber das war dort sehr auf marxistische Theorie begrenzt. Da bot das OSI, also das Otto-Suhr-Institut, ein deutlich breiteres Spektrum: von Parteienforschung über internationale Wirtschaftsbeziehungen, neue soziale Bewegungen – das war Grottians Spezialgebiet – und, was mich besonders interessierte: politische Psychologie und politische Theorie. Das Studium war deutlich anspruchsvoller, außerdem war es hier ein Vollstudiengang. Das heißt, ich konnte mein Diplom ohne Nebenfächer abschließen. Spannend waren die Veranstaltungen der Professoren Narr und Altvater. Ja, und der norwegische Friedensforscher Johann Galtung. Er prägte den Begriff der strukturellen Gewalt, der dann von der feministischen Forschung aufgegriffen wurde. Ein charismatischer Mensch, der mich sehr beeindruckt hat. Später besuchte ich noch Professor Agnolis Seminar zur subversiven Theorie. Ich studierte rein aus Interesse, nicht im Hinblick auf einen späteren Beruf. Ich verstand das Studium der Politik-

wissenschaft als eine Möglichkeit, weitere Bildung zu erlangen – vor allem: dass Du Dich selbst eigenständig und eigenverantwortlich weiterbildest. Klar, ich wollte die Gesellschaft und ihre Mechanismen verstehen und verändern. Wer, wenn nicht wir? Man war schon ein bisschen großenwahnsinnig. Damals wurde alles in Frage gestellt. Wir wollten an der Vision einer anderen Gesellschaft arbeiten. Die Frage nach dem Sinn und Zweck des Studiums lautete: Willst Du etwas ändern oder willst Du nur ein größeres Stück vom Kuchen haben? Für die meisten Leute, die Politikwissenschaften studiert haben, war die Antwort klar.

FU70: Nach dem Motto: Alles verändert sich, wenn Du es veränderst. Ich hätte jetzt aber eher eine engagierte Studentin feministischer Wissenschaften erwartet.

C. C.: Gemach, so schnell läuft die Geschichte nicht. Die Frauenforschung etablierte sich am OSI ab Mitte der 80er Jahre. Wir kämpften lange für eine Frauenprofessur, ich glaube, Barbara Riedmüller bekam die erste 1988. Davor hatten allerdings die Professoren Grottian und Narr es ermöglicht, eine Teilzeit-Professur für Frauenforschung einzurichten, indem beide auf 1/3 ihrer Stelle verzichteten. Das war schon 1985. Ich fand das damals sehr beeindruckend von den beiden. Leider fand dies im wissenschaftlichen Bereich keine Nachahmer. Jedenfalls ist mir kein Fall bekannt. Ich glaube, das Arrangement ging bis zur Emeritierung der beiden. Die erste Stelle bekam Carol Hagemann-White, danach Eva Kreisky. Aber auch

im Mittelbau gab es eine Reihe Dozentinnen, die sich auf feministische Forschung konzentrierten. Ab 1985 habe ich ausschließlich diese Seminare besucht.

FU70: Eva Kreisky – das klingt sehr österreichisch...

C. C.: Stimmt, sie stammte aus Wien und war wohl die Schwiegertochter von Bruno Kreisky. Es gab dann auch Professoren, die der NofU nahestanden, beispielsweise die Schwans – da ging aber praktisch niemand hin. Bis auf die, die Karriere machen wollten.

FU70: Ich erinnere mich dunkel. Der Informationsausschuss des UNiMUTs, der im Streik 1988/89 entstand, hatte zusammen mit dem AStA eine Broschüre herausgebracht: „FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde.“ Die NofU – die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ – war eine Organisation, deren primäre Aufgabe darin bestand, linke Studierende bei den einschlägigen staatlichen Stellen anzuschwärzen, die für so etwas immer mindestens zwei Ohren haben. Freiheit, die sie meinen...

C. C.: Wir lebten ja auch in einer „freien Stadt“. Das OSI bestand damals aus den beiden Institutsgebäuden Ihnstraße 21 und 22. Das Osteuropa-Institut war noch nicht mit dem OSI verbunden. Und neben dem OSI hatten damals die US-Truppen ein Haus. Die sicherten die Freiheit und schützten uns vor den Russen. Als die US-Army wieder in einen Krieg marschierte, haben wir eine Blutspur vor dem Haus gelegt. Da kamen die GIs gelaufen, mit MP. Nun mussten wir aber rennen. Ab ins OSI und die hinter uns her.

FU70: Hallo, hallo, ist da die Irrenanstalt? Mit MP in die Uni??

C. C.: Ja. Campus hin, Campus her. Berlin war teilsouverän, die westlichen Alliierten und ihre Soldaten hatten noch beträchtliche Rechte. Die wollten uns haben.

FU70: Geschossen haben sie nicht?

C. C.: Nein, wir haben uns aber eingeschlossen.

FU70: Wir können also festhalten: Im Politikstudium lernt man auch etwas für das praktische Leben, nämlich schnell wegzurennen.

C. C.: Ja, heute lachen wir drüber.

FU70: Wie sahen die Veranstaltungen denn ansonsten aus? Raumnot?

C. C.: Meine ersten Seminare waren immer überfüllt. Da waren locker 60 Leute anwesend. Und es wurde geraucht wie blöd. Das war im Winter besonders übel. Es wurde ja überall noch mit Braunkohle geheizt, vor allem im Osten. Wir hatten damals öfter Smog-Alarm. Die Frage war dann, ob die Luft draußen besser war als drinnen. Wir konnten dann die Fenster nicht öffnen, jedenfalls nicht zum Lüften. Im Studium arbeiteten wir vornehmlich in Arbeits-

gruppen. Die Profs sagten: Wir wollen über dieses Thema reden und ihr stellt dazu jetzt etwas zusammen. Und zu den Themen hielten wir Referate und/oder schrieben Projekt- oder Seminararbeiten.

Wir lernten Zusammenarbeit und Diskussion. Es gab keinen Frontalunterricht mit input, input, input, sondern wir mussten lernen, uns Wissen selbst anzueignen. Das sind die Vorzüge des geisteswissenschaftlichen Studiums.

Zum Schluss meines Studiums hatte ich dann eine Diplomarbeit mit fünf Frauen, die alle ihre Arbeit im Bereich der Frauenforschung schrieben. Wir haben uns mindestens einmal in der Woche getroffen, unsere Arbeiten diskutiert und uns gegenseitig bei der Vorbereitung auf die Diplomarbeit unterstützt.

FU70: Wie sah denn die „praktische Umsetzung“ des Studiums aus?

C. C.: Um ehrlich zu sein: Die Politik fand weniger an der Universität statt. Ich habe dort für mich nichts Passendes gefunden, ich war auch nicht im AStA. Wir haben uns natürlich politisch engagiert, aber nicht an der Uni. Die spannenden Sachen, auch die politischen Debatten, fanden in Kreuzberg oder Schöneberg statt, nicht im Institut. Als es die Frauenforschung gab, bin ich da mit meinen Kommilitoninnen tiefer eingestiegen. Aber auch hier galt: Die praktischen Projekte und die politischen Auseinandersetzung gab es in der Stadt, nicht in Dahlem. Eine Ausnahme ist vielleicht der UNiMUT-Streik gewesen, den Du bereits angesprochen hast. Da haben wir voll mitgemacht. Wir streiken! Die Uni war ab Dezember 1988 zu, und zwar richtig zu, selbst in Fachbereichen, von denen Du das nie erwartet hättest: Medizin, BWL, Jura. Wir haben immer demonstriert. Es gab selbstorganisierte Alternativvorlesungen. Daraus entstanden später die Projekt tutorien. Das Otto-Suhr-Institut wurde in Ingrid-Strobl-Institut umbenannt. Sie war Autorin bei der „Emma“ und hatte damals einen Prozess wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung am Hals. Aus OSI wurde ISI. Die Otto-Suhr-Büste bekam einen Punker-Haarschnitt verpasst. Dann wurde sie geklaut. Was mich besonders faszinierte, war die Tatsache, dass dieser Streik vornehmlich von Unorganisierten getragen wurde. Es waren nicht die etablierten studentischen Organisationen, die hier im Vordergrund standen. Das war sehr spontan, nicht steuerbar, unberechenbar. Keine Macht für niemand. Die Autonomen aus Kreuzberg hatten ihre helle Freude. Und es gab technische Revolutionen: Die Streikzeitungen wurden erstmals per Computer erstellt, also wohlge-merkt: 1988. Und das Informationsmedium war – in Ermangelung des noch nicht erfundenen iPhones – die Videozeitung: am Vormittag von einer Streikgruppe gedreht, dann geschnitten, am Nachmittag über mehrere Leinwände und Fernseher stadtwweit gezeigt, in der FU, TU, HdK (wie die UdK damals hieß) und an allen anderen Fachhochschulen Berlins. Der Spaß- und Klamaufaktor wurde hier großgeschrieben, das trug sehr zur Popularität der Video-Zeitung bei.

FU70: Andere Frage: Wie war die Wohnsituation und wie konntest Du Dein Studium finanzieren?

C. C.: Ich habe länger studiert, ich bin häufig umgezogen und ich bekam kein BAföG. Ich habe erst in Spandau gewohnt, dann auch in Wohnheimen des Studentenwerks, später in mehreren WGs in Kreuzberg und Neukölln, dann noch in einem Projekthaus, das ehemals besetzt war und dann legalisiert wurde. Und ich musste für meinen Unterhalt alleine aufkommen. In den Semesterferien habe ich gearbeitet, zum Beispiel bei Siemens. An Wochenenden habe ich in einem Hotel gearbeitet als „Zimmermädchen“ und ich habe unter der Woche in mehreren Kinos gejobbt, an der Kasse, als Vorführerin, dann natürlich auch während der Berlinale im Kartenvorverkauf. Interessant war mein Job als Hausmeisterin in einem selbstverwalteten studentischen Wohnheim. Dort war ich neben zwei anderen Studenten von den Bewohnerinnen und Bewohnern gewählt worden als Ansprechpartnerin des Studentenwerks und damit auch als Hausmeisterin. Wir haben wirklich alles selbst organisiert, Reinigungen und kleinere Instandsetzungsarbeiten. Als Hausmeisterin musste ich einen Fahrstuhlführerschein erwerben.

FU70: Einen was? Fährst du nicht von alleine?

C. C.: Fahrstuhlführerschein. Wenn jemand stecken geblieben ist, musste ich den Fahrstuhl manuell zum nächsten Stockwerk hochziehen.

FU70: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie...“

C. C.: Nichts da! Was meinst Du, wie oft ich da Leute rausgeholt habe! Oder wie häufig ich nachts um 4 Uhr Menschen in ihr Zimmer lassen musste, weil die ihren Schlüssel vergessen hatten und ich den Generalschlüssel hatte. Waren die Schlüssel verloren, habe ich die Schlösser ausgetauscht. Ich habe in den acht Jahren des Studiums und der Jobberei so ziemlich keinen Urlaub gehabt. So war das damals!

FU70: Wie war denn das sonstige Leben in der Stadt?

C. C.: Die 1980er Jahre waren eine Epoche der großen Umbrüche. Zuerst lebten wir in einer eingemauerten Stadt...

FU70: Eine Insel im Roten Meer.

C. C.: Das hat mich erst einmal nicht sonderlich gestört. Schlecht war es nur, wenn Du die Stadt verlassen wolltest. Die Zugfahrt von Frankfurt/Main nach Berlin dauerte locker 9-10 Stunden. Ich bin auch viel getrampt. In Berlin gab es viele Mitfahrzentralen, eine große war im Bahnhof Zoo. Heute sind sie alle weg. Da bekamst Du gegen Gebühr die Telefonnummer von Leuten, die Dich gegen Fahrkostenbeteiligung in ihrem Auto nach Westdeutschland mitnahmen. Mit dem Auto ging es ein wenig schneller. Ich hatte da mal ein ganz merkwürdiges Erlebnis, als an der Grenzkontrolle der Typ vom Bundesgrenzschutz mir den Pass zurückgab und erwähnte, was ich denn da alles an wilden Sachen während meines Studiums getrieben habe. Das war strange, der hatte Insiderkenntnisse.

FU70: Und warum hast Du Dir den Ärger nicht gespart und bist geflogen?

C. C.: Das war absolut außerhalb unseres Vorstellungsvermögens. Flüge von Berlin nach Westdeutschland oder wohin auch immer waren unbezahlbar teuer. Nach Tegel flogen auch nur drei Fluggesellschaften der Westalliierten – die Lufthansa übrigens nicht. Mein allererster Flug überhaupt war mit Malev – einer ungarischen Fluglinie. Ziel war Kreta: Da ging es über Schönefeld erst mal nach Budapest. Dort hatten wir 8 Stunden Aufenthalt, dann weiter nach Athen. Dort wieder etliche Stunden, bis es dann weiter nach Kreta ging.

Der Flughafen Schönefeld gehörte zwar zur DDR, konnte aber als Transitflughafen von Westberlinern genutzt werden.

FU70: Dann doch zurück: Wie war das Leben auf dieser eingemauerten Insel?

C. C.: Es war etwas teurer als im Westen. Die Stadt selbst war der Hort der Subkultur, da konntest Du machen, was Du wolltest. Berlin war 24 Stunden geöffnet – das war auch eine Werbung im Fernsehen. Es gab einige Kneipen mit einem sehr morbiden Charme. Aber diese Kultur gab es in der Stadt, nicht an der Uni. Dahlem war richtig weit weg. Aus Marburg war ich gewohnt, dass die Uni die Stadt prägt, als politischer und als kultureller Faktor. Das war damals in Berlin definitiv nicht der Fall. Die 1980er Jahre waren ein Demo-Jahrzehnt. Ein entscheidender Tag war der 22. September 1981, das war noch vor meiner Zeit. Da kam Klaus-Jürgen Rattay ums Leben, er war 18 Jahre alt. Er war ein Hausbesetzer. Acht Häuser wurden geräumt, bei der anschließenden Demonstration wurde Rattay auf der Flucht vor der Polizei von einem BVG-Bus überfahren.

FU70: In der Potsdamer Straße hatten Sympathisanten einen Gedenkstein in den Gehweg eingelassen – der ist jetzt bei Bauarbeiten weggekommen!

C. C.: Typisch Berlin. Jedenfalls führte der Tod zu einer großen Solidarisierung in der Hausbesetzerbewegung, die eigentlich schon abebbte. Die Stimmung danach war heftig. Die Autonomen etablierten sich als politisches Subjekt, die Demos wurden immer militanter. Wenn in den 80er Jahren ein führender US-Politiker in die Stadt kam, endete das immer in einer Straßenschlacht. Am 1. Mai 1987 kam es zu einem spontanen Aufruhr. Morgens war der Mehringhof durchsucht worden und die Stimmung war gereizt. Als dann nachmittags die Polizei auf dem Mai-Fest in Kreuzberg auftauchte, kam es zur Straßenschlacht mit Barrikaden und Molotowcocktails. Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Dabei ist am U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof der Bolle-Supermarkt abgebrannt. Ich erinnere mich noch, dass wir im Grottian-Seminar zu „Neue soziale Bewegungen“ am nächsten Tag darüber diskutiert haben.

Die Ruine stand Jahre lang, jetzt ist da eine Moschee. In den Folgejahren gab es dann immer Straßenschlachten am 1. Mai. Ein weiterer Höhepunkt war im

Jahre 1988 die Demonstration gegen IWF und Weltbank, die in Berlin tagten. Da waren 80.000 Leute auf dem Ku'damm.

FU70: Du auch?

C. C.: Natürlich. Es war ein Zeitalter, in dem wir alle immer unsere Solidarität mit der 3. Welt bekundeten, die durch IWF und Weltbank weiter in die Armut getrieben wurde. Wir haben zum Boykott von Waren aus Südafrika aufgerufen, um das Apartheid-Regime zu schwächen. Und aus Solidarität mit der Revolution mussten alle Kaffee aus Nicaragua kaufen, „Sandino-Dröhnung“. Das war ein Stoff...

FU70: Oh ja. Ich erinnere mich an eine Geschichte aus dem AStA. Da hatte jemand Kaffee gekocht und ich war das erste Opfer, das davon getrunken hat. Anschließend stand ich unter Starkstrom und habe den Kollegen gefragt: Sag mal, wie viel Löffel pro Tasse hast Du eigentlich genommen?? Er antwortete: Löffel pro Tasse? Ich habe die Filtertüte vollgemacht. So kriegt man den Kaffee auch weg.

C. C.: Uuh. Nun ja, die Geschichte war dann 1990 schlagartig vorbei. Das Interessante war dann auch die Entwicklung am OSI, wie sich die Professorenschaft vom Marxismus als politischer Theorie distanzierte. Das erschien mir als eine Überreaktion. Kapitalismuskritik als Thema der Politikwissenschaft war out. Zauberland ist abgebrannt.

FU70: Aber es heißt ja auch: Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten. Wie war denn Dein Eindruck von Gorbatschow und dem Mauerfall?

C. C.: Gorbatschow wurde in der Linken kaum diskutiert. In der Stadt wurde er als Hoffnungsträger wahrgenommen. Was spannend war: Mit seinem Auftreten ging das Feindbild verloren. Der Westen sah richtig hilflos aus, der gefährliche Russe war weg. Wir hatten nicht den Eindruck, dass die GIs nebenan gegen die Rote Armee kämpfen müssten. Einschneidender empfand ich das Tian'anmen-Massaker. In Peking gab es im Mai und Juni 1989 Proteste, vornehmlich von den Studierenden, aber auch von jungen Arbeiterinnen und Arbeitern. Man fühlte sich mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen verbunden, die Kritik an herrschenden Strukturen äußerten. Die Proteste wurden niedergewalzt. Da sind tausende Menschen ums Leben gekommen. Im realsozialistischen Fernsehen und bei den hiesigen Leninisten hieß das: Niederschlagung einer konterrevolutionären Bewegung. Das war die chinesische Antwort auf Gorbatschow. Zum Mauerfall: Nie im Leben hätte ich dieses Ereignis erwartet, das war 1988 für mich unvorstellbar. Das war irgendwie zwischen null und zero. Mir fällt dazu folgende Begebenheit ein, die ich nie vergessen habe: 1988/89 trat eine „Wahrsagerin“ im Fernsehen auf und verkündete: Die Mauer wird fallen und Nelson Mandela wird aus dem Gefängnis entlassen und später Präsident werden. Ich dachte total empört: Wie kann man so einen unrealistischen Schwachsinn verzapfen. Die baut darauf, dass dieser Quatsch in einem Jahr wieder

vergessen sein wird. Ein Jahr später war die Mauer offen und Mandela frei.

FU70: Ihr wart angetreten mit der Absicht, die Welt zu verändern und voilà.

C. C.: Ich sag mal eher von heute aus gesehen: Der Traum ist aus.

FU70: Der Kampf geht weiter... Was hast Du dann gemacht?

C. C.: Ich habe mein Examen gemacht! Ich gehörte mit zu den ersten, die ihre Dipl.-Arbeit mit einem PC geschrieben haben! Der funktionierte noch mit „dos“, dem Vorläufer von „windows“. Und er hatte „word 5.0“, das kann heute im Museum für Verkehr und Technik bewundert werden. Als die Zeit knapp wurde, hat mir auch jemand geholfen, meinen vorformulierten Text zu tippen. Dem musste ich sagen: Am Ende der Zeile nicht „enter“ drücken wie bei einer Schreibmaschine, der Computer hat einen automatischen Zeilenumbruch. Das war eine Umstellung. Dann war ich fertig. Ich wollte nicht als Politikwissenschaftlerin arbeiten, bis ans Ende der Welt. Ich habe in vielen Projekten gearbeitet, auch Frauenprojekten, und Du ahnst es nicht: Die Bezahlung war mau.

FU70: Hat das Studium etwas genutzt?

C. C.: Ich sag mal so: Wir haben im Studium analytisches und konzeptionelles Denken gelernt. Und das habe ich in der Folgezeit, die ja noch nicht abgeschlossen ist, immer wieder verwenden können. Das hilft überall. Das eigenständige Erarbeiten komplexer wissenschaftlicher Themen ist eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte.

Darüber hinaus haben wir auch gelernt, in Teams zusammen zu arbeiten und zu diskutieren, und ich weiß noch, wie wir in unseren Arbeitsgruppen versucht haben, radikal basisdemokratisch zu agieren.

FU70: Das Fazit der 80er Jahre?

C. C.: The times they are a changin'.

FU70: Das ist aber nicht von Rio Reiser?

C. C.: Nein, das stammt von einem Nobelpreisträger für Literatur.

Von der Befreiten Uni zur Lernfabrik

Manfred Suchan (1998, vom Autor überarbeitet 2008)

¹ Klaus Heinrich, studentischer Mitbegründer der FU, 1989: Zur Geistlosigkeit der Universität heute. In: Das Argument 173, S. 9.

Das neue neoliberale Regulationsregime autoritärer Herrschaft vor der Vollendung?

„Die Forderung nach Demokratisierung der wissenschaftlichen Produktion in der Hochschule ist kein Vorschlag zur größeren Effizienz oder zur besseren Planung von Leistungssteigerung. Die Entfesselung von Produktivkräften, auf die diese Forderung nach Demokratisierung der Hochschule hinauswill, steht mit dem zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommenen Begriff von Produktivitätssteigerung in Widerspruch. Denn die intendierte Entfesselung der Produktivkräfte besteht nicht in weiterer Steigerung inhaltsleerer Leistungsfähigkeit, sondern in der Emanzipation der lebendigen Produktivkraft Mensch zur Bestimmung und Aneignung des gesamten Produktionsprozesses seines Lebens.“ (Aus der Hochschulresolution der 22. Delegiertenkonferenz des SDS 1967)

„Ich beginne mit der Beziehung der Universitätsmitglieder zu ihrer Institution. Was jeden Angehörigen meiner Generation verblüfft, ist die totale Enterotisierung dieser Beziehung. Die Universität ist nicht mehr Haß- und Liebesobjekt, so wie zuletzt noch für die Generation der Studentenbewegung der sechziger Jahre [...]. Es gibt keine Universitätsutopien mehr, und immer weniger ehemalige Universitätsutopisten werten dies als Charakteristikum einer Umbruchszeit. Folgerichtig ist die Universität mit ihren Problemen auch dem öffentlichen Interesse abhandengekommen [...].“ – Klaus Heinrich ¹

16 Jahre neokonservative Hegemonie haben in Universität und Gesellschaft Ruinenlandschaften hinterlassen. Noch bis Ende der 80er Jahre sah es so aus, als könnten starke Neue Soziale Bewegungen, und mit ihnen die Studierendenbewegung, ein wirksames Gegengewicht zu dem neoliberalen Bündnis aus Konservativen und ModernisiererInnen bilden. Doch nur letzteres, dessen Zeit schon abgelaufen schien, konnte politischen Gewinn aus dem unverhofften Zusammenbruch der ‚Systemalternative‘ ziehen, so daß die 90er Jahre die lange zuvor angekündigte ‚geistig-moralische Wende‘ brachten. Nach einem kurzen, aber heftigen Kampf um die Definition der Situation war klar: Die zuvor ausgemachten Grenzen des Wachstums sollten nun noch einmal überschritten werden. Der zuvor scharf kritisierte technologische und wissenschaftliche Fortschritt wurde revisionistisch umgearbeitet und konnte schließlich ganz und gar unambivalent wieder zur ersten Produktivkraft ausgerufen werden. Die Neuen Sozialen Bewegungen verfielen, und neo-,liberale‘ Politik konnte jetzt hemmungslos umgesetzt werden. Der Weg zur neo-konformistischen autoritären Leistungsuniversität war frei.

Bei einem wahrscheinlichen Regierungswechsel in Berlin im nächsten Jahr (1999) ist es daher ungewiß, ob es einer Sozialdemokratie, die mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft in den 70er Jahren dem Konservatismus die Wende vorwegnahm, und Bündnisgrünen, denen mit ihrer Basis ihr Subjekt verloren gegangen scheint, sowie marginalisierten demokratischen Sozialisten gelingen wird, einen überfäll-

ligen Paradigmenwechsel in Universität und Gesellschaft einzuleiten, wenn dieser nicht von einer breiten emanzipatorischen Bewegung eingefordert wird.

1. Der Verlust der Utopie und die Krise der FU

Der letzte bedeutende Aufbruch von Studierenden der FU im WS 1988/89 liegt mittlerweile 10 Jahre zurück. Dieser war zugleich der letzte studentische Aufbruch, bei dem der Studierendenschaft der FU noch eine Vorreiterrolle innerhalb der Studierendenbewegung der BRD zukam. Auch diesem Aufbruch lag ein über Jahrzehnte existentes Selbstbewusstsein der Studierendenschaft der FU zugrunde, das ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der von Studierenden gegründeten Freien Universität und ihres Modellanspruchs unverstänlich bleibt. Gerade dieses Selbstbewusstsein gab den Studierenden der FU lange Zeit die Kraft zum Widerstehen gegenüber den Zumutungen und Anmaßungen der restaurierten alten Verhältnisse in Universität und Gesellschaft.

So führte die Studierendenschaft der FU im Rekurs auf den Gründungsanspruch der Freien Universität auch dann noch einen hoffnungslosen Kampf um die grundlegende Reform von Universität und Gesellschaft, gegen einen wiederaufgelebten ‚Muff von 1000 Jahren‘, als dieser woanders schon längst aufgegeben worden war. Quelle dieser Kraft war die von Studierenden der FU immer wieder erneut aufgegriffene, neu interpretierte und umgesetzte Utopie einer repressionsfreien Universität ohne Zwang in einer freien Gesellschaft. Diesem immer wieder erneuerten Mut zur Utopie ihrer Studierendenschaft verdankt die FU ihre Entstehung und ihre Fortexistenz. Ein dauerhafter Verlust dieser Utopie und die bleibende Unfähigkeit ihrer Studierendenschaft zur Erneuerung dieser Utopie wäre daher das endgültige Ende der Freien Universität. Die Entwicklungen der 90er Jahre bis hin zum studentischen Streik 1997 lassen es jedoch ungewiß erscheinen, ob es einer tiefgreifend entpolitisierten Studierendenschaft in Zukunft gelingen wird, zumindest die Idee freier Universitäten zu bewahren.

2. Von der neokonservativen Wendeuni zur Befreiten Uni

Niemand hatte unmittelbar vor dem Dezember 1988 mit studentischen Protesten gerechnet: weder auf der Seite der organisierten Hochschullinken², noch auf Seiten der Universitätsverwaltung und der Berliner Senatsadministration. Zudem lag der letzte bedeutende studentische Aufbruch mittlerweile auch schon 10 Jahre zurück. Damals galt es, mit einem ‚nationalen Studentenstreik‘ im WS 1977/78 und der Gründung ‚Demokratischer Gegenhochschulen‘ Reste der Universitätsreform von 1969 im Hochschulrahmengesetz (HRG) zu retten³. An der FU gelang der Bewegung immerhin die Absicherung ihres UStA im HRG⁴, so daß die Studierendenschaft der FU nach neun Jahren wieder über einen AstA verfügte. Doch letztlich nahm eine technokratische ‚Reform‘ mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft dem Neokonservatismus die ‚Wende‘ vorweg.

Seitdem war es still geworden an den Universitäten. Eine Durchrationalisierung der Universitätslandschaft gemäß neokonservativ-neoliberalen Paradigma schien auf keinen nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dies verleitete die Universitätsmanager zu Trugschlüssen. Doch ein erstes Vorzeichen einer wiederentstehenden Studierendenbewegung war der studentische Streik im Januar und Februar

1986 zum Erhalt des tarifvertraglich abgesicherten Berliner Tutorienmodells⁵. Ebenso konnte die beabsichtigte Abschaffung der verfaßten Studierendenschaft abgewehrt werden⁶. Mit einem derart entschlossenen Widerstand der Studierenden hatte keiner der selbsternannten Regulatoren der sprichwörtlichen ‚deutschen Bildungskatastrophe‘ aus Universitätsführung und Senatsadministration gerechnet, so daß der CDU/FDP-Senat gar seinen Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig 1986 fallen ließ. Kewenig fand von nun an als Innensenator Verwendung, um fortan die Universitäten von außen polizeitechnisch zu regulieren, wie sich bald zeigen sollte. Ersetzt wurde er durch George Turner, der die gleiche Politik in abgewandelter Verpackung erneut präsentierte. Die Zusammenarbeit des Wissenschaftssenators insbesondere mit der FU war hervorragend. Dafür sorgte FU-Präsident Dieter Heckelmann, der von der ‚Liberalen Aktion‘, dem hochschulpolitischen Arm der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU), mit verschiedenen Tricks bis hin zu Wahlmanipulationen fast 10 Jahre im Amt gehalten wurde⁷. Erst die vom Akademischen Senat (AS) und Kuratorium am 28.11.1988 geplante Zusammenlegung mehrerer Institute und die offiziellen Jubelfeiern zum 40-jährigen Bestehen der FU unter demonstrativem Ausschluß der studentischen Öffentlichkeit bewirkte den entschlossenen und geschlossenen Massenprotest der Studierenden.

Nach der Kritischen Uni 20 Jahre zuvor war die im WS 1988/89 neu entstandene Befreite Uni ein weiterer Versuch der Studierenden der FU, den studentischen Gründungsanspruch der FU aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

3. Die Re-Formierung der autoritären Leistungsuniversität

Die gewaltige Stärke der UNiMUT-Bewegung während ihrer Hochphase im Dezember verleitete einen Großteil der AktivistInnen zu dem Trugschluß, alles sei hier und jetzt möglich. Doch die Hoffnung der UNiMUT-bewegten Aktiven auf einen Fortbestand der Befreiten Uni über die Semesterferien hinweg ins SoSe 1989 erfüllte sich nicht.

Zwar war die Befreite Uni nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29.01.1989 nicht mehr durch den Senat und die von ihm zu verantwortenden Prügeleinsätze der Polizei unter der Regie des Innensensors Kewenig bedroht, mit denen der CDU/FDP-Senat noch kurz vor den Wahlen die ‚Universitätsfrage‘ gewaltsam lösen wollte. Über 200 verletzte StudentInnen, 55 Festnahmen und davon 26 Ermittlungsverfahren, 34 Hausfriedensbruchanzeigen und 17 Strafprozesse war die Bilanz nach mehrtägigem Wüten der Aufstandsbekämpfungseinheit EbLT auf dem Campus⁸.

Als konzertierte Bedrohung der Befreiten Uni erwiesen sich nun einerseits die Konjunkturen studentischer Bewegung, die während der Semesterferien eine erdrutschartige Baisse verzeichneten. Kombiniert mit den Restaurationsbestrebungen des materiell und institutionell privilegierten NofU-Kartells um Heckelmann⁹, bedeuteten sie das vorläufige Ende der Befreiten Uni. Zwar verweigerte der neue SPD/AL-Senat der FU-Führung unter Heckelmann Polizeieinsätze und verlangte Auseinandersetzungen auf Verhandlungsebene, gegen die sich sogar der Berliner Landesverband der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgesprochen hatte: Die Polizei sei nicht bereit, „für politisches Versagen den Kopf hinzuhalten“ (DPA: 28.02.1989). Doch die FU-Führung vertrieb mit Wachschutzpersonal die ver-

² Pascal Beucker diagnostiziert treffend: „Doch die neue ‚StudentInnenbewegung‘ stellt nicht die Ursache für eine Krise der Hochschullinken dar, sie ist vielmehr Ausdruck dieser Krise. Aufgetrieben in ritualisiertem innerlinkem Hickhack, gut eingerichtet in den linken Nischen der studentischen Selbstverwaltung und den eigenen Zusammenhang als Nabel der Welt begreifend, ist die Hochschullinke schon seit einiger Zeit nicht mehr in der Lage, veränderte Realitäten an den Hochschulen adäquat wahrzunehmen und sich den daraus entstandenen neuen Anforderungen an linke Politik zu stellen.“ In: ders. 1989: Die Karten werden neu gemischt. Die ‚Neue StudentInnenbewegung‘ und die organisierte Hochschullinke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 1990, S.82.

³ Vergl.: Landefeld, Beate et al. 1978: Der Streik – Lehren aus dem 1. nationalen Studentenstreik Wintersemester 1977/78. Dortmund.

⁴ Vergl.: UStA Hochschullehrerreferat 1977: Ergebnisse und Erfahrungen aus unserem 4-monatigen Arbeitsprozess zum Hochschulrahmengesetz und Referentenentwurf. Berlin.

⁵ Der Arbeitskampf der 3700 studentischen Beschäftigten ist dokumentiert in: Büchner, Gerold et al. 1986: Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Torenstreik 1986. Hamburg.

⁶ Das war eine der Hauptforderungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU): „Die Organe der Verfaßten Studierendenschaft werden in Berlin auf absehbare Zeit in der Hand von Extremisten und Chaoten bleiben. Sie haben deshalb dem Ansehen der Berliner Hochschulen schweren Schaden zugefügt und werden das, wenn man sie nicht abschafft (sic!) [...], weiter tun.“ Aus: Nr. 640 der Veröffentlichungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität, März 1986, S. 11.

⁷ Über die Machenschaften der NoFU und das ‚Roll-back‘ der Reformuniversität hin zur reaktionären ‚Wende-Uni‘ hat der Informationsausschuß der Befreiten Universität nach einjähriger Recherche ein viel beachtetes, 256seitiges Buch geschrieben: FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin. Dezember 1989. Erhältlich im AStA FU und im Projekt Archiv (ausleihbar in der UB).

⁸ Die staatlichen Repressionen gegen Studierende im WS 1988/89 dokumentierte die Anti-Repressions AG des AStA FU im August 1990 in einer 88seitigen Broschüre: Haut weg den Scheiß! – Berichte, Fotos, Dokumentationen und Analysen der staatlichen Repressionen aufgrund des Universitätsstreiks im Wintersemester 1988/89. Berlin.

⁹ Die NoFU-Professoren zogen andere Folgerungen aus dem Kampf um die Universität, als die Studierenden: „Als langfristige Maßnahme Korrektur der falschen Bildungspolitik, durch die zu viele Jugendliche auf das Gymnasium und in ein Studium geführt werden. Erheblicher Anteil der Gymnasiasten und Studenten für diesen Bildungsweg intellektuell und charakterlich ungeeignet. Daher nicht nur schwere Nachteile für die Betroffenen [...], sondern auch schwere Nachteile für die Volkswirtschaft [...]. Daher keine Aufhebung, sondern Verschärfung des NC [...]“. So ein Jura-Prof. der TU in einem Schreiben an die FAZ am 16.01.1989. Die Forderungen der NoFU scheinen in den 90er Jahren zentrales Element herrschender Bildungspolitik geworden zu sein.

¹⁰ Aus einem Strategiepapier der Zentralen Universitätsverwaltung vom 23.02.1989, erstellt vom damaligen ‚Mann fürs Grobe‘, Präsidialamtsleiter Kurt Zegenhagen, wird ersichtlich, daß mit einem Fortbestand der Befreiten Uni gerechnet wurde, falls es nicht gelänge, sie gewaltsam zu zerschlagen: „Es ist nicht zu erwarten, daß sich zum Sommerse-

bliebenen Besetzungseinheiten aus den Befreiten Instituten, „...um einen geordneten Vorlesungsbetrieb für das Sommersemester vorzubereiten“¹⁰, so daß nach kurzer Zeit der Status quo ante mitsamt den überwunden geglaubten Herrschaftsverhältnissen restauriert war¹¹.

Wachschutzgestütztes Hochschulregiment bleibt seitdem bis heute Grundlage autoritären Hochschulmanagements ‚top down‘ von oben, um den Studierenden unmißverständlich die Allmacht des etablierten Apparates und die eigene Ohnmacht nachhaltig bewußtseinsprägend vor Augen zu führen. Wie Mafiabosse in einem billigen Film, umgeben von willigen VollstreckerInnen ihres Machtwillens, treten heute VertreterInnen des Präsidialamts in der universitären Öffentlichkeit auf. Wachschutzeinheiten sind immer zur Stelle, um Manifestationen der mittlerweile geschichtlichen Krise der FU autoritativ-sozialtechnisch zu pazifizieren. Der rationale Diskurs hingegen wird schon seit Jahrzehnten verweigert.

4. Keine Chance zum Neuanfang

Entgegen den Hoffnungen vieler Aktiver gelang es nach der Zerschlagung der Befreiten Uni den Studierenden im folgenden Semester nicht mehr, gegen einen institutionell und materiell überlegenen Gegner erneut die nötigen Freiräume für eine Befreite Uni zu erkämpfen, so daß ungehindert die normierende Macht des gesetzten Faktischen wirkte¹². Lediglich hochschulintern erfolgte der Versuch einer institutionellen Einbindung der 300 Autonomen Seminare der Befreiten Uni durch das Zentrale Projektstudienprogramm des Akademischen Senats vom 03.05.1989.

Zwar löste 1991 innerhalb der FU Präsident Johann Wilhelm Gerlach den von Skandalen und Intrigen belasteten Präsidenten der NoFU, Dieter Heckelmann, ab. Mit seiner Wahl verbanden sich Hoffnungen auf Durchsetzung von Studienreform, Demokratisierung, Frauenförderung, Gleichstellung von AusländerInnen und studentInnenfreundlicher Politik¹³. Auch begann Gerlach sein Amt mit viel Elan, doch die Hoffnungen, die von den Studierenden anfänglich in den als linksliberal geltenden Präsidenten gesetzt wurden, hielten nicht und wurden schwer enttäuscht. Auch er stand den alten und neuen Sach- und Geldzwängen völlig hilflos gegenüber. Im Bestreben, die FU irgendwie zusammenzuhalten, machte er weitaus mehr Konzessionen an alte Seilschaften und professoralen Standesdünkel als an die Interessen der übrigen Gruppen. Schon ein Jahr nach seiner Wahl erfolgte der erste Polizeieinsatz auf dem Campus, und sozialtechnologisches Krisenmanagement blieb weiterhin Bestandteil autoritären Universitätsregiments. Auch in der Lehre kam es nicht zu den versprochenen Verbesserungen. Statt einer egalitären Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden entwickelte sich erneut regressiv das überkommene Gegenüber des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, das nicht die Lösung anstehender Probleme durch gemeinsame rationale Argumentation sucht, sondern nur erzieherisch durch Maßregelung der einen Seite wirkt. Die Chance einer demokratischen Lösung der historisch gewachsenen Krise der FU wurde erneut vertan.

Der SPD/AL-Senat hatte zwar durch Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel zögerlich einige Reformen an den Universitäten eingeleitet, und ein Entwurf für ein novelliertes Berliner Hochschulgesetz sollte mehr Autonomie und Demokratie für die Universitäten sowie Hochschulzugang auch ohne Abitur bringen (taz: 08.06.1990). Doch in den Berliner Universitätsverwaltungen herrschte

wenig Bereitschaft zur Reform. Mit einem flächendeckenden Numerus clausus wollten sie einen erwarteten Ansturm von DDR-BewerberInnen abschrecken (Tagesspiegel: 07.06.1990), der dann jedoch ausblieb (taz: 15.08.1990). Dieser Senat geriet jedoch in den Strudel des Zusammenschlusses von BRD und DDR, so daß er 1990 weit vor Ende seiner Legislaturperiode durch die große Koalition von CDU und SPD abgelöst wurde. Es stellte sich wieder einmal die Frage, wie und zu welchem Ende die sprichwörtlich gewordene Krise und Katastrophe des deutschen Bildungswesens reguliert werden sollte.

Der neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU), wie Turner ein Import aus Baden-Württemberg, knüpfte unverhohlen an die Politik des Bildungs- und Sozialabbaus seiner Amtsvorgänger Kewenig und Turner an. Im September 1991 beschloß das Abgeordnetenhaus von Berlin den Abbau von 15.000 Studienplätzen – davon 10.000 an der FU, und Erhardts ‚Hochschulstrukturplan‘ (HSP)¹⁴ sollte das vollstrecken. Statt Reform stand nun wieder Krisenmanagement auf der Tagesordnung.

Daraufhin erfolgte in der FU-Verwaltung eine ‚innere Wende‘. Sie gab das Vorhaben auf, mehr für die Universität einzufordern, sondern war bemüht, das Bestehende durch Zugeständnisse möglichst abzusichern. Es begann eine Kooperation mit der Senatspolitik und der von Erhardt eingesetzten ‚Landeshochschulstrukturkommission‘ (LHSK) (die Hälfte ihrer Mitglieder kamen ebenfalls aus Baden-Württemberg), deren Aufgabe der Abbau von Studienplätzen, sogenannten ‚Doppelangeboten‘ in der Lehre und der ‚Überfrachtung der Lehrinhalte‘ war. Ende 1992 legte sie ihren Abschlußbericht vor. Initiiert durch ProfessorInnen gründete sich die Reformgruppe ‚Sturm für die Unis‘, und die Studierenden ahnten Schlimmes.

Erhardts Hochschulstrukturplan wurde am 02.04.1993 veröffentlicht. Flächendeckender Numerus clausus, festgeschriebene und scharf sanktionierte Regelstudienzeiten sowie Zwangsexmatrikulationen bei deren Überschreitung, Studiengebühren, Zwei-Klassen-Studium und weitere Maßnahmen, die lediglich Statistiken auf Kosten der Studierenden beschönigten, waren die vorgesehenen Instrumente. Erhardt versuchte, diese geplante Krisenverschärfung als ‚Reform‘ und ‚Modernisierung‘ zu verkaufen. Zur Umsetzung verlangte er einen ‚Ermächtigungsparagrafen‘, der den direkten Staatseingriff in die Universitätsautonomie zuließ, um damit die gewünschten Umstrukturierungen auch gegen den Willen der Universitäten durchzusetzen.

Den Universitäten wurde eine Frist von sechs Wochen zur Stellungnahme zugebilligt, doch am 05.05.1993 legte der Akademische Senat (AS) eine Stellungnahme vor, die dem HSP nichts entgegensetzt. Die Hochschulleitung unterwarf sich aus Furcht, daß „alles noch viel schlimmer kommt, wenn sich die Universitäten nicht fügen“, widerstandslos dem erhardtischen Diktat. Damit mißachtete sie – so die geäußerte Kritik – aufs Größte ihre Aufgabe, die Interessen der FU als Universität vehement nach außen zu vertreten, sowie Anmaßungen des Staates und Zumutungen des Kapitals zurückzuweisen.

Die Auseinandersetzungen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre zeigen, daß emanzipatorische Reformen nur dann eine Chance haben, wenn sie gleichermaßen von einer reformwilligen Senatsregierung, einer progressiven Universitätsverwaltung und einem zeitgleichen studentischen Aufbruch getragen werden, dem es gelingt, ein breites reformwilliges Bündnis über die Statusgruppen-

grenzen hinweg zu integrieren, um so die strukturell bedingte Handlungsunfähigkeit durch das institutionalisierte Professorenkartell zu überwinden. Diese Faktoren kamen bisher erst einmal für kurze Zeit zusammen. Das war 1969.

5. Die Studierendenproteste 1993

Als der Akademische Senat (AS) der FU am 12.05.1993 Haushaltskürzungen zustimmen wollte, wurde seine Sitzung von aufgebracht Studierenden gesprengt. Eine Vollversammlung (VV) am 19.05.93 im Innenhof der Rostlaube bildete dann den Beginn studentischer Aktionen. 800 Studierende diskutierten daraufhin erfolglos mit den Mitgliedern des AS. Die Fachschaftsinitiativen führten Instituts-VVs durch und neue Initiativen wurden gegründet. Nach einer Uni-VV wurde am 01.06.1993 das Psychologische Institut (PI) besetzt, dem sich in den folgenden Tagen einige andere anschlossen. Am 09.06.93 organisierten die Studierenden einen ‚Spartag‘, bei dem die gesamte Rost- und Silberlaube zu einer studentischen Zukunftswerkstatt im Diskurs mit einer interessierten Öffentlichkeit wurde. Für einen kurzen Moment zeichnete sich die Möglichkeit einer neuen Befreiten Uni ab. Doch das Präsidialamt ordnete daraufhin Wachschutzeinsätze an. Unkoordinierte Streiks und vereinzelte Institutsbesetzungen zogen sich dann noch bis zum Semesterende hin.

Der Konflikt steigerte sich gegen Ende 1993 zu berlinweiten Studierendenunruhen mit Institutsbesetzungen, wobei jedoch erstmals die FU ihre Rolle als Epizentrum studentischer Bewegung verlor und seitdem auch nicht wiedererlangte.

Ein Generationenbruch hatte innerhalb der Studierendenschaft stattgefunden. Die weitgehend desillusionierten ehemaligen Aktiven der 88er UNiMUT-Bewegung verließen mehr und mehr die Universität, und eine neue Studierendengeneration versuchte eine neue Taktik. Doch es gelang nicht, eine neue paradigmatische Programmatik zu entwickeln, die Basis eines längerfristigen studentischen Vorgehens hätte sein können. Allzu schnell ließen sich die Studierenden mit ‚Schein‘-Ängsten vor einem ‚verlorenen Semester‘ einschüchtern. Doch gerade dieses fremdbestimmte Normstudium gilt es zu verlieren, um eine neue Uni mit neuer Wissenschaft zu gewinnen.

Ein Höhepunkt dieser Proteste war die sogenannte ‚Besetzung‘ des Preußischen Landtages, dem Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses, durch ein Go-in von 4000 Studierenden am 29.11.1993 (Berliner Zeitung: 30.11.1993). Dennoch wurde am 03.12.1993 vom Abgeordnetenhaus die Änderung des BerlHG verabschiedet, um den Hochschulstrukturplan umzusetzen. Die Fachbereiche wurden daraufhin aufgefordert, ihre Studienordnungen bis zum April 1995 an das neue BerlHG anzupassen.

Vor Weihnachten bröckelte jedoch die Protestfront ab und konnte 1994 nicht wiederbelebt werden, obwohl ein zweimonatiger Stellenstopp Lücken ins Lehrangebot riß. Die Streikbereitschaft der Studierenden war gründlich aufgebraucht, so daß eine sogenannte ‚Zwangsberatung‘, als Versuch der FU-Führung, mit den sogenannten ‚Langzeitstudierenden‘ das kritische Potential der Studierendenschaft von den Universitäten zu verbannen und die Produktions- und Durchlaufzeiten der Lernfabrik Universität zu maximieren, im SoSe 1994 und im WS 1994/95 durchgezogen wurde, ohne einen Proteststurm auszulösen. 15.000 FU-Studierende, die eine ‚Regelstudienzeit‘ um mindestens 2 Semester überschritten hatten, wurden im SoSe 1994

vom Präsidialamt in blauen Briefen (sic!) unter Androhung einer Zwangsexmatrikulation Studienberatungen verordnet (Die Welt: 28.05.1994). Eine Studie von Prof. Peter Grotian entlarvte das Konstrukt des ‚Langzeitstudierenden‘ dagegen als ‚Mythos‘ (taz: 24.06.1994). Im WS 1994/95 erhielten nochmals 23.000 von 60.000 Studierenden der FU, ‚die bei der Zwischenprüfung um mehr als 2 Semester überfällig sind‘, ‚Blaue Briefe‘ (Die Welt: 05.12.1994). Zwischenbilanz dieser ‚Zwangsberatungen‘ waren bis zum SoSe 1995 7.000 Exmatrikulationen und eine Reduzierung der Studi-Zahlen auf unter 50.000 (taz: 30.06.1995).

6. Die Studi-Proteste 1996

Geplante Studiengebühren, Verkürzungen der Regelstudienzeiten, BAföG-Verzinsungen und Institutsschließungen sowie der Abbau von weiteren Studienplätzen und neue Haushaltskürzungen führten erst wieder im WS 1995/96 und im SoSe 1996 zu studentischen Protesten mit Demonstrationen, Aktionstagen und kurzfristigen Institutsbesetzungen. Am 26.02.1996 besetzten 30 Studierende der FU medienwirksam für wenige Stunden die deutschen Botschaften in Brüssel und Luxemburg sowie das Generalkonsulat in Amsterdam (taz: 27.02.1996). Eine Qualität wie im WS 1993/94 erreichte diese studentische Protestbewegung jedoch nicht.

Erstmals in der FU-Geschichte beteiligten sich im SoSe 1996 auch ProfessorInnen an den Protesten. Die von ihnen über Jahrzehnte tolerierte und zum Zweck des eigenen Machtausbaus mitgetragene Destruktionspolitik an den Universitäten drohte nun auch sie selbst zu treffen. Auf einer überfüllten Veranstaltung im Audimax der FU bat FU-Präsident Gerlach um ‚kreative Proteste‘ und ermutigte die Studierenden zu Aktionen (Die Welt: 24.04.1996). Aus dem laufenden Etat wurden den Berliner Hochschulen im SoSe 1996 noch einmal 196 Mio. DM gestrichen. Die Bibliotheken standen vor der Entscheidung, entweder Bücher oder Periodika abzubestellen. In der OSI-Bibliothek beispielsweise wurden 75 % aller Abos gekündigt.

Entgegen den Anstrengungen einer studentischen Boykottinitiative wurden durch Wissenschaftssenator Peter Radunski zum WS 1996/97 erstmals sogenannte ‚Immatrikulations- und Rückmeldegebühren‘ in Höhe von 100 DM erhoben, als Vorgriff auf zu erwartende Studiengebühren. Im gleichen Semester wurde die Rentenversicherungspflicht für Studierende eingeführt, nachdem am 13.09.1996 der Bundestag die Sozialversicherungsbefreiung für Studierende aufgehoben hatte. Zudem wurde die Privatisierung der Hochschulen erwogen. Mit einem wilden Umzugskarussell täuschte die FU-Führung unsinnigen Aktionismus vor, während die Vernichtung von Studienplätzen neue Rekordzahlen erreichte.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Abwicklung der FU mit der vom Akademischen Senat eingesetzten sogenannten ‚Entwicklungs- und Planungskommission‘ (EPK). Mit dessen ‚Strukturkonzept 2003‘ trat – so die damalige Polemik – die ‚Selbstverstümmelung der FU‘ in das Stadium des ‚begeisterten Selbstmords‘ ein.

7. Der bundesweite Streik im WS 1997/98

Zum WS 1997/98 setzte eine in Hessen beginnende breite studentische Protestbewegung ein. Doch erst als schon fast alle bundesrepublikanischen Hochschulen im Ausstand waren, schloß sich auch die Studierendenschaft der FU per VV-Beschluß vom 20.11.1997 den Protesten an.

mester 1989 von selbst ein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb einstellt.“ Deshalb „... sollen die Gebäude umgehend geräumt und erforderlichenfalls kurzzeitig verschlossen werden. Wird erneut besetzt, ist erneut zu räumen [...]“. Auch die Idee zum autoritativen Management der geschichtlichen Krise der FU durch einen Wachschutz, das bis heute üblich ist, scheint von Zegenhagen zu stammen. Dieser am 17.02.1989 in: Maßnahmen in der Boykottsituation: „Denkbar ist eine intensive aber kostenaufwendige Aufsicht durch eine Wachgesellschaft, die z. B. auch den laufenden Schließdienst für alle Hörsäle (sic!) übernimmt.“ Unter dem Regime von Präsidialamtsleiter Peter Lange ist diese schöne neue orwellsche Universität dann ein Stück Wirklichkeit geworden.

¹¹ Auch einen Monat nach der Abwahl des CDU/FDP-Senates funktionierte die Zusammenarbeit zwischen dem noch amtierenden Innensenator Kewenig und FU-Präsident Heckelmann hervorragend, wie aus einem Schreiben Heckelmanns an Kewenig vom 27.02.1989 hervorgeht: „Für die Tage nach einer Räumung bitte ich um einen besonderen Schutz des Präsidialamtes.“

¹² Nach den Räumungen war sich das Präsidialamt seines Sieges nicht sicher: „Es ist zu befürchten, daß es einigen radikalen Gruppierungen unter den Studenten gelingen wird, den Streik auch im Sommersemester 1989 – vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern – fortzuführen.“ So ein Rundschreiben des FU-Präsidenten an die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der FU vom 10.03.1989.

¹³ Gerlach galt als Gegner des NoFU-Professorenkartells. Der offiziellen 40-Jahr-Feier der FU blieb er fern. Dies begründet er in einem Antwortschreiben an Heckelmann vom 01.12.1988: „[...] Die meisten FU-Angehörigen berührt diese Feier nicht. Viele, die sich mit der FU identifizie-

ren, indem sie ihr viel verdanken und geben, würden sich in einem angemessenen Rahmen sicher gern zu ihrem Geburtstag versammeln, um über die heute bedrückenden Sorgen der Universität – ihren inneren Zustand wie die ständige Mißachtung ihrer funktionalen Bedeutung durch den Staat – zu sprechen. Diese wirklichen Anliegen sind nicht feierlich. Deshalb zeigt die gleichwohl veranstaltete Festlichkeit die völlige akademische Inkompetenz der dafür Verantwortlichen. Man kann der FU zum Geburtstag nur wünschen, daß sie auch diese Zeit einigermaßen übersteht.“¹⁴ Leider sind diese Zeilen nach wie vor gleichermaßen aktuell.

¹⁴ Eine kurze Geschichte des HSP ist in: ASiA FU, Mein erstes Semester, SoSe 1994, S. 21–25.

¹⁵ Eine wahre Fundgrube ist mit 468 Seiten der Reader zum BUG-Kongress.

¹⁶ Nach Pierre Bourdieu (Bourdieu, Pierre 1988: Homo academicus, S. 287) wird ein ‚kritisches Moment‘ durch ‚kritische Ereignisse‘ erzeugt. Der ‚krisische Moment‘ ist ein Zustand, „in dem gegen die alltägliche Erfahrung der Zeit als bloße Weiterführung der Vergangenheit oder einer in der Vergangenheit angelegten Zukunft alles möglich wird, oder doch erscheint, in dem die Zukunft wirklich kontingent, das Kommende wirklich unbestimmt, der Augenblick wirklich als solcher erscheint – in der Schwebe, abgehoben, ohne vorgesehene noch vorhersehbare Folgen.“

¹⁷ Doch auch wenn sich keine direkten Erfolge erkämpfen ließen, ist kein Streik umsonst. Wesentliche Wirkungen sind eher unscheinbar und wirken langfristig. Jeder Streik verbessert die Ausgangslage der Studierenden: Ein Politisierungsprozess setzt ein, langfristige Arbeitsgruppen entstehen, Solidarisierung durchbricht die Anonymität.

¹⁸ Aus: Herbert Marcuse 1973: Konterrevolution und Revolte, Frankfurt/M, S. 153–154.

Obwohl die Dynamik der Bewegung anfänglich die Hoffnung auf eine Neuauflage der UNiMUT-Bewegung von 1988 aufkommen ließ, verhinderte an der FU schnell inhaltliche Konzeptlosigkeit die Formierung eines geschichtsmächtigen studentischen Kollektivsubjekts. Der Streik fand im Wesentlichen nicht innerhalb der Universitäten statt, sondern vollzog sich in Form eines ungeordneten Rückzuges in die individuelle Privatsphäre. Diesen Trend konnte auch der bundesweite studentische Basiskongress: ‚Bildung und Gesellschaft‘ (BUG) vom 08.–11.01.1998 in Berlin nicht mehr kippen, obwohl 3000 TeilnehmerInnen einen beachtenswerten Forderungs- und Maßnahmenkatalog entwarfen¹⁵.

Daher wurde aus dem Protest kein neuer studentischer Aufbruch und eine mögliche Geschichte erfüllte sich nicht: Der Kritische Moment (Bourdieu) schlug nicht in ein Kritisches Ereignis um¹⁶. Bis auf begrenzte Einzelfälle, wie z. B. dem ‚Roman-Herzog-Institut‘ am Fachbereich Germanistik in der Woche vom 19.–23.01.1998, kam es nicht zur Wiedereignung der Universität und des eigenen Studiums als selbstbestimmter Lebensform im Rahmen eines aktiven, konstruktiven Streiks¹⁷. Ohne die Schaffung selbstbestimmter Freiräume hat das Nachdenken über wünschenswerte Alternativen und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten keine Chance und eine komplette Studierendengeneration diskriminierte den Neuentwurf ihrer eigenen Zukunft und die der gesamten Gesellschaft. Es wurde nicht die Chance ergriffen, die Universität ihrer ureigensten Aufgabe zuzuführen: Experimentierfeld und Zukunftswerkstatt der Gesellschaft zu sein, Entfaltungsraum und öffentliches Forum freier Gedanken und ungezwungenen Geistes, einer Universität, die mit der übrigen Gesellschaft, in die sie unmittelbar eingebunden ist, in engster Wechselwirkung und direktem Austausch steht und soziale Kompetenzen für individuelle Selbst- und gesellschaftliche Mitbestimmung vermittelt. Eine Universität, die allen unbeschränkt offensteht, um hier im freien, antihierarchischen und antihierarchischen Diskurs wünschenswerte Möglichkeiten und notwendige Alternativen zu entwickeln. Eine Universität, die nicht als normierende Kader- und Elitenschmiede, als Fachidiotenproduktionsstätte einer gleichgeschalteten Wissens- und Kulturindustrie für die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft autoritativ formiert wird, und deren Mitglieder sich vehement gegen eine Eindimensionalisierung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen wehren.

Die Frage ist, wie die Universität als Kulturraum zurückgewonnen und wiederbelebt werden kann, in der einer kritischen und engagierten Studierendenschaft eine zentrale Rolle zukommt. Eine universitäre Öffentlichkeit muß erst wieder neu geschaffen werden, um den Trend zur Geistlosigkeit der Universität, ihrer Verschulung und Entwissenschaftlichung, sowie der Enttheoretisierung der Wissenschaft umzukehren. Dafür müssen Universität und Wissenschaft dorthin gestellt werden, wo sie hingehören: in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Hieraus erwächst eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für eine engagierte Studierendenschaft.

8. Wie weiter?

Die Dialektik von ‚Konterrevolution und Revolte‘ (Marcuse)¹⁸ ist in den 90er Jahren keine mehr. An den Universitäten ist z. Z. keine emanzipatorische Kraft erkennbar, die ein wirksames Gegengewicht gegen eine 25jährige ‚Konterrevolution in Permanenz‘ darstellen könnte. Studentischer

Widerstand reduziert sich noch auf sporadische Unmutsbekundungen, ohne sichtbare Potentiale, die normierende Macht des gesetzten Faktischen zu transzendieren, um so von der Krise des Bewußtseins zum Bewußtsein der Krise zu gelangen.

Dennoch ist es falsch, daraus zu schließen, daß die jetzige Studierendenbewegung eine unpolitische Bewegung sei. Was hier stattfindet, ist ein Verteilungskampf um gesellschaftlichen Reichtum. Die Studierenden versuchen, das zurückzufordern, was ihnen über 16 Jahre genommen wurde. Auch beschränken sich die Forderungen der Studierenden nicht auf mehr Geld für die Universitäten, sondern eingefordert wird mehr Geld für alle sozial benachteiligten Gruppen. Dies sei durch Umverteilung von oben nach unten zu beschaffen.

Das unterentwickelte theoretische Niveau ist dagegen der historischen Situation geschuldet, aufgrund 16jähriger Entpolitisierung aller gesellschaftlicher Bereiche, einer angepaßten Medienöffentlichkeit, einer orientierungslosen Linken, der Repression kritischer Meinungen wie z. B. im Fall der Maulkorbklagen gegen ASten, und des Fehlens organisierter Opposition, die sich offensiv äußert. Vor diesem Hintergrund ist schon die Forderung nach Umverteilung geradezu revolutionär. Aufgabe ist es nun, die entstandene Bewegung weiter zu politisieren.

Hierbei ist es notwendig, aber nicht hinreichend, die Kritik am Neokonservatismus und Neoliberalismus als Kritik der politischen Ökonomie zu betreiben. Vielmehr ist eine Kritik der politischen Technologie erforderlich. Denn Sparpolitik folgt nicht einfach vermeintlichen ökonomischen (Haushalts-) Sachzwängen, sondern ist längst zu einem Instrument autoritativer Transformation der gesamten Gesellschaft geworden. Dies gilt besonders für den Bildungsbereich, wo sich neoliberale Politik nahtlos in ein jahrzehntelanges rechtskonservatives Roll-back einfügt. Da es nicht gelang, eine Hegemonie über die Universitäten zurückzuerlangen und auch die autoritative Eindämmung der Bildungslandschaft durch Berufsverbote, Radikalenerlass, das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, die Universitätsgesetznovelle von 1974 und die Erklärung der Universitäten zum „geistigen Umfeld des Terrorismus“ letztlich nicht von Erfolg gekrönt war, leistet die anonymisierte Herrschaft über die verordnete Krise mittels konstruierter ökonomischer Sachzwänge dies umso präziser. Die Universitätslandschaft wird in Trümmern gelegt, denn der ‚Standort Deutschland‘ verlangt nicht massenhaft kritische IntelligenzlerInnen, sondern unbegrenzt verfügbare ‚menschliche Ressourcen‘ und beliebig verwertbares ‚Humankapital‘. Zu geistlosen Lernfabriken transformierte Universitäten, ‚Schädelstätten des Geistes‘, sollen dies in Massen, zugerichtet nach DIN-Norm, ausstoßen. So sind in Folge der Entwicklung Massenverblödung und Fachidiotismus im Hegemoniemodell Deutschland die entscheidenden Standortfaktoren.

Diesen Verwertungsinteressen gilt es sich im Interesse der Zukunft der Gesellschaft zu widersetzen, denn:

„Heute ist es schon fast ein Verbrechen, über Veränderung nur zu sprechen, während die Gesellschaft in eine Institution der Gewalt verwandelt wird [...]. Was der Revolte durch die verstärkte Unterdrückung und die Konzentration der zerstörerischen Kräfte in den Händen der Mächtigen aufzueingewungen wird, muß für ihre Reorganisation, für die Überprüfung ihrer Politik genutzt werden. [...] Der Ausgang hängt entscheidend davon ab, daß die junge Generation weder ‚aussteigt‘ noch sich anpaßt, sondern lernt, sich

nach einer Niederlage zu reorganisieren und mit der neuen Sinnlichkeit eine neue Rationalität zu entwickeln, um den langen Erziehungsprozess zu überstehen – die unentbehrliche Voraussetzung für den Übergang zu politischen Aktionen großen Stils. [...]“ – Herbert Marcuse¹⁹

Im Rückblick auf eine 50jährige Entwicklung der Krise der FU läßt sich feststellen, daß sie als Teil der sprichwörtlichen ‚Katastrophe des deutschen Bildungswesens‘ beachtliche Kontinuitäten tradiert. Es sind immer wieder die gleichen Problemkonstellationen, die in leichten zeitgeschichtlichen Abwandlungen die Dialektik des Kulturkampfes zwischen Konterrevolution und Revolte ausmachen, also die Konflikte prägen und die Konfliktlinien bestimmen. Die 50jährige Geschichte der FU steht exemplarisch für diese Entwicklung.

Diese Entwicklung läßt sich ohne Rekurs auf die deutsche Geschichte der letzten 200 Jahre nicht hinreichend begreifen, deren bildungs- und sozialpolitische Konfliktlinien letztlich zwischen Emanzipation und Sozialtechnologie verlaufen.

Wesentliche durchgängige Elemente des 50jährigen Krisenprozesses der FU sind (12 Thesen, vorläufig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

1. Entdemokratisierung: Systematische Marginalisierung der Studierendenschaft und Zurückdrängung ihres Einflusses in den Selbstverwaltungsorganen einer Universität, die einmal von Studierenden als demokratische Gegenuniversität und politische Reformuniversität in der Hoffnung auf Demokratisierung von Universitäten und Gesellschaft gegründet wurde. Das skandalöse Verfassungsgerichtsurteil vom 29.05.1973 steht exemplarisch für diesen Prozess²⁰.

2. Militarisation und Sozialtechnologisierung des öffentlichen Raumes Universität: Die systematische Einschränkung der freien Entfaltungsmöglichkeit der Studierendenschaft innerhalb der Institution Universität und die Beschneidung ihres Rechtes auf ungehinderte Nutzung universitärer Räumlichkeiten durch autoritativ-hierarchisches Management der FU-Verwaltung, mittels phantasie-reicher Strapazierung und repressiver Auslegung des Haus- und Ordnungsrechts, der Verwaltungs- und Bauordnung, sowie Versuchen der sozialtechnologischen Pazifizierung der Krise der FU durch z. T. exzessive Polizeieinsätze und permanent präsente Wachschutzeinheiten auf dem Campus. Die Lernfabrik Universität läßt sich nur in einer total verwalteten Welt erzwingen, die Geistlosigkeit der Universität heute ist die Folge.

3. Hierarchisierung: Marginalisierung der Studierendenschaft innerhalb des Wissenschaftsbetriebs durch Restauration des überkommenen Gegenübers des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, anstatt die Freiheit von Forschung und Lehre allen zu gewährleisten. Die Universität hat zu ermöglichen, daß „ihre Studierendenschaft jede Person zu jedem Thema zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren kann.“²¹.

4. Refeudalisierung: Reinstallation von überwunden geglaubten Strukturen der ständischen Ordinarienuniversität. Es ist völlig inakzeptabel, daß sich gerade an den Universitäten derart hartnäckig vordemokratische gesellschaftliche Atavismen behaupten, wie wir sie sonst nur noch beim Militär, beim postabsolutistischen staatlichen Verwaltungsapparat und in der ‚freien Wirtschaft‘ vorfinden.

5. Differenzierung und Spaltung der Studierendenschaft durch gesetzte Selektionsinstrumente, durch Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen, die den Selektionspro-

zess des Schulsystems fortführen, unterschiedliche Lebenschancen zuteilen und soziale Ausgrenzung produzieren.

6. Enteignung und Fremdbestimmung des gesamten Produktionsprozesses des eigenen Studiums durch Unterwerfung der Studierenden unter das Wertgesetz des ‚Schein‘-Studiums und der Zertifikatakkumulation, Gängelung und Bevormundung über eine zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommene effizienzorientierte ‚Aus‘-Bildung durch ‚Leistungsnachweise‘, Prüfungen, Klausuren. Herrschaft über Curriculum, Numerus clausus und Studienordnungen. Abschlüsse und Diplome werden so letztlich für erfolgreiche Anpassungs- und Unterwerfungsleistungen vergeben.

7. Verdrängung selbstbestimmter, autonomer studentischer Lehre und Forschung. Ständige Versuche der Zerschlagung des vielfältigen Berliner Tutorienmodells und Unterwerfung der Tutorien zu Handlangerdiensten für Lehrstuhlinhaber.

8. Zerstörung der Universität als Kulturraum. Sterilisierung und Desinfizierung der Universität für lebensfremde asketische Wissensproduktion. Verhinderung und Unterdrückung von Versuchen einer Rückgewinnung der Universität als Kulturraum, der im Mittelpunkt öffentlichen Interesses und der gesellschaftlichen Diskussion steht.

9. Tradierung von personellen und paradigmatisch-theoriekonzeptionellen NS-Kontinuitäten in Forschung und Lehre, insbesondere in den Naturwissenschaften. Die paradigmatische Wende von der ‚Wehrhaftmachung der Wissenschaft‘ für Kriegs- und Produktionsschlachten, hin zu einer Wissenschaft für eine zivile Gesellschaft gelang erst in Spuren.

10. Etablierung von Herrschaftswissenschaft, Machtphilosophie, Verwertungs- und Vernichtungstechnologien. Unterdrückung kritischer und emanzipativer Ansätze. Entzug der Wissenschaft der demokratischen Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit. Wissenschaft wird so gemeingefährlich, Wissenschaftler werden zu potentiellen Tätern.

11. Auslieferung der Universität an und Gleichschaltung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen von Staat und Kapital. Der mögliche Beitrag einer herrschaftskritischen und antihegemonialen Wissenschaft zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme wird diskriminiert, Minderheiten und Randgruppen werden aus der Betrachtung ausgegrenzt.

12. Gewaltsame Zerschlagung aller studentischen Versuche, Universität und Wissenschaft in kritischer Praxis und praktischer Kritik am herrschenden Wissenschaftsbetrieb neu zu konzipieren, wie im Fall der Kritischen Uni 1967/68 und der Befreiten Uni 1988/89. Vertreibung der Volksuni aus der FU, Verhinderung von selbstorganisierten studentischen Sommeruniversitäten.

1948 galt die FU als Modell für einen demokratischen Neubeginn in Universität und Gesellschaft. Dies ist in Vergessenheit geraten. Umso mehr brauchen wir heute eine freie Universität, die Maßstäbe für eine demokratische Weiterentwicklung von Universitäten und Gesellschaft setzt.

In diesem Sinne sind wir alle aufgefordert, Universität neu zu erfinden und Wissenschaft neu zu entdecken.

Doch wer soll dies tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt? 50 Jahre FU wären daher ein Anlass, ihren Modellsanspruch und ihre Utopie aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Den ProfessorInnen wurde damals unter Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit die Mehrheit in den universitären Gremien zugesprochen („ausschlaggebender Einfluß“) und die Drittel- bzw. Viertelparität verboten.

²¹ Aus der Resolution des Sit-in im Henry-Ford Bau vom 22./23.06.1966, womit eine Forderung der Studierenden in Berkeley aufgegriffen wurde.

Ansgar Dietrich studierte von 1989 bis 1997 an der FU, erst Soziologie und später Psychologie. Er engagierte sich im Institutsrat und bei verschiedenen Kiez-Initiativen in Berlin-Mitte. Nach vielen Jahren als kaufmännischer Geschäftsführer bei sozialen Dienstleistungsträgern ist er heute Prokurist bei adelphi, einer unabhängige Denkfabrik im Bereich Klima, Umwelt und Entwicklung, und lebt in Bernau bei Berlin.

Das Interview führte Fabian Bennewitz.

Interview mit Ansgar Dietrich

FU70: Vielen Dank das du für das Interview zugesagt hast. Fangen wir mit deinem persönlichen Hintergrund an. Wann und was hast du studiert und wie waren deine Lebensumstände zu Beginn des Studiums?

Ansgar Dietrich: Ich bin 1989, zwei Monate vor Maueröffnung, nach meinem Zivildienst zum Studium nach Berlin gekommen. Ich habe zunächst mit Soziologie begonnen, am Institut für Soziologie der FU, was damals noch in der Babelsberger Str. war, in der sogenannten Babelsburg. Ich habe dort angefangen, weil ich für meinen eigentlichen Studienwunsch Psychologie keinen Studienplatz bekommen habe. Nach 2 Semestern konnte ich per Losverfahren doch noch einen Psychologieplatz ergattern und hab das eine Weile parallel studiert, mich dann aber auf Psychologie beschränkt und dort 1997 mein Diplom gemacht am Psychologischen Institut [PI]. Damals gab es zwei Institute an der FU, das PI, was mit den Soziologen und Erziehungswissenschaftlern zusammen in einem Fachbereich war und das Institut für Psychologie [IfP] an einem anderen Fachbereich, ich weiß nicht mehr welcher. Das PI war das linkere Institut, wo es weniger um naturwissenschaftliche Psychologie ging sondern sehr viel um Kritische Psychologie, um soziologische und systemische Ansätze, was eine ziemlich Abgrenzung zu dem anderen Institut war, was entsprechend auch immer zu Reibereien geführt hat. Das PI war eins der alten linken Institute an der FU.

FU70: Kannst du kurz was zu deinem persönlichen

Hintergrund zu Beginn deines Studiums sagen, zu Deinem familiären Hintergrund und vielleicht auch zur Finanzierung Deines Studiums?

A. D.: Ich komme gebürtig aus dem Münsterland und habe drei Schwestern. Meine ältere Schwester hatte damals schon ihr Studium beendet, als ich nach Berlin kam.

Meine jüngeren Schwestern haben dann später auch noch studiert. Während des Studiums wurde ich von meinen Eltern unterstützt und habe parallel zum Studium auch immer gearbeitet. 1992 bin ich dann Vater geworden, hab auch ein Urlaubssemester genommen, so dass ich mich eben auch ziemlich viel um meinen Sohn kümmern konnte und ab da Familie, Studium und Arbeiten immer parallel liefen.

FU70: Was war für Dich der Grund Psychologie zu studieren?

A. D.: Mich hat das als Fach immer schon interessiert, also wie Menschen ticken und vor allem die Frage, wie Menschen sozialisiert werden und zu dem werden, was sie sind. Insofern war auch Soziologie ein gutes und spannendes Fach. Dann war ich gerade frisch in Berlin angekommen und zwei Monate später ging die Mauer auf. Das war natürlich eine extrem spannende Zeit, zwei unterschiedliche Gesellschaften in einer Stadt, die aufeinanderprallen, und da persönlich mit-tendrin zu sein.

FU70: 1989 war der Mauerfall, 90 schon die Wiedervereinigung. Wie hast du die Situation damals wahrgenommen? Wie hat sich das in der Stadt und auch an der Universität, die ja im damaligen Westberlin lag, niedergeschlagen?

A. D.: Die Situation in Westberlin vor der Maueröffnung war extrem schwierig, weil in der Stadt eine extreme Wohnungsnot herrschte, die auch mit heute nicht zu vergleichen ist. Die Situation heute ist auch mies, aber damals waren nicht mal WG-Zimmer annonciert und wenn, dann kämpfte man mit mindestens 100 anderen, um wenigsten bis zur Küchenuquisition vorzudringen. Ich kenne einige, die aus der Stadt nach einem Semester wieder weg sind, weil sie keine Bleibe gefunden haben, das war die bittere Situation damals in Westberlin und es war natürlich gerade unter den Erstsemestern ein großes Thema. Ich hatte Glück, auf Zeit was zu finden und habe zu Beginn in Kreuzberg gewohnt. Wie schon gesagt, ging für mich im Oktober die Uni los und im November die Mauer auf und dann war zunächst mal in der Stadt permanenter Ausnahmezustand. Neben der Euphorie gab es natürlich auch die Schattenseiten: U-Bahnen waren übervoll, der Verkehr brach immer wieder zusammen, man konnte nicht treten, es war wirklicher monatelanger Ausnahmezustand. Zu den vielen DDR-Bürgern kamen natürlich auch noch reichlich Touristen, die zusätzlich kamen, weil Berlin einfach der Brennpunkt war. Es war eine unglaubliche, teilweise anstrengende, aber auch sehr spannende Zeit. Wir haben versucht, gleich auch Kontakte in Ost-Berlin zu knüpfen, auch an die Humboldt Uni. Es war ja letztlich nicht mal ein Jahr bis zur Wiedervereinigung, da ist so viel passiert, dass alleine das zu beschreiben, schon sehr ausführlich wäre.

FU70: Das klingt nach einer aufregenden Zeit. Du meinst in der Stadt war Ausnahmezustand. Hat der Mauerfall eine große Rolle an der FU in Dahlem gespielt? Oder ist das eher untergegangen unter den sonstigen politischen Auseinandersetzungen und Debatten?

A. D.: Also untergegangen ist es sicherlich nicht, weil es dafür einfach viel zu groß war. Ich hab ja damals Soziologie studiert in der Babelsberg in Schöneberg. Ich hatte gedacht, dass es ein größeres Geschenk für einen Gesellschaftswissenschaftler eigentlich nicht geben kann, als bei sowas live dabei zu sein. Mitten drin zu sein, wenn zwei teilweise unterschiedliche Gesellschaften direkt aufeinanderprallen. Erstaunlicherweise war es aber am IfS ziemlich ruhig, was glaube ich daran lag, dass das Institut in einer ziemlichen Schockstarre war, weil es doch ne Menge Dozenten und Professoren dort gab, die sehr linksgerichtet waren und vielleicht auch so insgeheim die DDR als den besseren deutschen Staat gesehen haben. Der Zusammenbruch der DDR hat dann erstmal große Fragezeichen aufgeworfen. Ich habe es so erlebt, dass eher an anderen Instituten die spannenden Sachen passierten. Ich hab damals bei den Psychologen am PI gleich im SoSe 90 ein Seminar mitgemacht zur Sozialisation in der DDR, die hatten eine Professorin aus dem Osten kontaktiert, die das spontan übernommen hat. Ich er-

innere mich auch, dass am OSI schnell neue Inhalte ins Programm kamen. An verschiedenen Instituten passierte eigentlich mehr als bei den Soziologen – in den ersten ein, zwei Semestern unmittelbar danach. Aber es hat natürlicherweise riesige Auswirkungen gehabt. Wir haben damals bei den Soziologen von Studentenseite aus versucht, Kontakte nach Ostberlin zu knüpfen. Ich war im Institutsrat und auch im Institutscafé engagiert. Zuerst sind wir auf die Soziologen der Humboldt zugegangen. Das war aber nur ein winziger Fachbereich mit 80 Studenten. Und wir haben dann versucht, das muss so im März 1990 gewesen sein, eine große Ost-West-Party zu organisieren. Zunächst mal wollten wir nur die Soziologen einladen. Als wir dann aber merkten, dass es gar nicht so viele gibt, haben wir das breiter an der Humboldt-Universität gestreut. Da gibt's noch eine lustige Geschichte, ich weiß nicht ob du die hören willst?

FU70: Gerne.

A. D.: Das wirklich ein schönes Stück aus dem Lehrbuch über kulturelle Ahnungslosigkeit und Missverständnisse. Damals war die Ost-Mark völlig abgetauscht. Ich glaube zu der Zeit lag der Kurs bei 1 zu 14, also West- zu Ost-Mark. Die Partys, die wir gefeiert haben, waren immer selbstverwaltet und wir haben immer geschaut, dass man einigermaßen Plus-Minus-Null rauskommt, oder ein paar Mark übrig blieben für irgendeinen guten Zweck. Wir haben normalerweise ein Bier für zwei Mark verkauft und haben dann überlegt, wenn wir für zwei West-Mark das Bier verkaufen, dann muss jemand aus dem Osten 28 Ost-Mark für ein Bier bezahlen, was für uns nicht in Frage kam. Dann war die Überlegung, wenn die Hälfte Wessis, die Hälfte Ossis kommen und jeder zahlt in seiner Währung eins zu eins, dann passt das schon so. Ging ja nicht drum was zu verdienen. Haben aber einige große kulturelle Unterschiede, die uns einfach nicht bekannt waren, außenvor gelassen. Die Party sollte um 21 Uhr abends losgehen, so war es auch auf Flyern Richtung Humboldt-Uni transportiert worden.

Nun war es so, dass man in der DDR eher früher auf Partys ging, erst recht, wenn unklar war, wie voll es war und ob man überhaupt reinkommt. Es war dann so, dass um 19 Uhr das Institut schon pickepackevoll war. Die einzigen Wessis, die da waren, waren die Leute, die organisiert haben, sonst war es voll mit Ost-Studenten. Um 21 Uhr ging es eigentlich erst damit los, dass die Weststudenten kamen. Das Problem war, dass das Bier mittlerweile alle war und wir 2000 Ost-Mark eingenommen hatten, also haben wir ein riesiges Minus gemacht. Wir haben dann noch Bier irgendwoher organisiert und hatten eine supergeile Party mit vielen spannenden Begegnungen. Allerdings dachten die Studis aus dem Osten wir wollten sie verscheißern, als sie in unserem Vorlesungsverzeichnis sahen, dass wir 4 Semester lang das Kapital von Marx lasen und das auch noch freiwillig.

Die kulturellen Unterschiede hatten uns also ein dickes Minus beschert, aber wir haben dann bei unseren Dozenten und Professoren gesammelt und haben noch eine Soli-Party hinterhergeschoben.

¹ Siehe dazu den Text „BESETZT – Die Befreite Universität Berlin im Streik“ (1989) von Thomas Schwarz auf S.74 in diesem Heft.

FU70: Das ist eine schöne Anekdote aus der Zeit. Ich würde nochmal zurückkommen zu der politischen Situation an der FU, weil du das auch schon angeschnitten hattest. Du hast 1989 angefangen zu studieren an der FU, 88/89 war der große Streik, nannte sich damals Besetzt bzw. UNiMUT-Streik. Es ist mehr oder weniger das ganze Semester ausgefallen, weil eigentlich flächendeckend an der ganzen Universität Fachbereiche und Institute bestreikt wurden. Es gab über 400 selbst organisierte Veranstaltungen wie Seminare und Lesekreise.¹ Wie hast du die Situation an der FU im ersten Semester und in den darauffolgenden wahrgenommen?

A. D.: Als ich nach Berlin zum Studium kam, wusste ich tatsächlich gar nichts von diesen Studentenprotesten, das ist ziemlich an mir vorbeigelaufen, da ich ein paar Monate davor im Ausland gewesen bin. Es war dann aber gleich so, dass wir zu Beginn in der Einführungswoche viel davon gehört haben und dann ging es auch um den paritätisch besetzten Institutsrat. Da bin ich auch gleich mit reingewählt worden und hab im Institutsrat mitgearbeitet. Einer der Erfolge des Streiks war, dass Gelder bereitstanden für autonome Seminare bzw. die sogenannten Projektutorien. Das waren studentische organisierte Veranstaltungen zu selbstgewählten Themen. Ich hab damals ziemlich viel gemacht, wo es um das Thema Gender ging, weil es damals noch extrem wenig gab dazu. Wobei Gender damals noch gar nicht so die Überschrift war. Es ging im Wesentlichen um Emanzipationsthemen aus der Frauenbewegung, von Männerseite ging es gerade erst los, dass wir uns diesem Thema stärker stellten und uns mit Themen wie männliche Identität und männliche Sozialisation auseinandersetzten. Hierfür waren die neuen selbstbestimmten Lernformen sehr geeignet Dinge auszuprobieren.

Trotzdem gab es damals schon auch den Punkt, der vermutlich auch heute wieder, oder vielleicht immer so ist, dass wir hörten: „früher waren die Studenten anders“. Wir hatten eine Menge Freiheiten, weil sowohl bei den Soziologen als auch beim PI die förmlichen Studienanforderungen bzw. deren praktische Umsetzung relativ locker gehandhabt wurden. Damals wurde von den Dozenten beklagt, dass zu 68er bzw. 70er-Zeiten die Leute viel eifriger die Freiräume genutzt haben, um ihre eigenen Sachen zu machen und ihre Themen mitzubestimmen und sie das Gefühl hatten, dass wir das nur noch dafür benutzen, um in der Hängematte zu sein oder mit minimalen Aufwand durchs Studium zu kommen. Wie ich gehört habe, sind die Geschichten zehn oder fünfzehn Jahre später die gleichen und vermutlich ist das auch immer noch so.

FU70: Du meinst eine Folge des Streiks war Geld für autonome Seminare bzw. die Projektutorien. Mich würde noch interessieren was waren politische Auseinandersetzungen im Verlauf deines Studiums, die Du selber mitbekommen hast? Sei es, weil du selber aktiv warst, oder das direkt mitbekommen hast. Gab es da politische Ereignisse, die dir da besonders im Gedächtnis geblieben sind?

A. D.: Es gab einige bzw. eine Menge politischer Sa-

chen, die in der Zeit passiert sind. Ich kann gar nicht genau sagen, wie oft wir eigentlich gestreikt haben. Wir haben noch diverse Male gestreikt, auch in meiner aktiven Studienzzeit. Nicht mehr in der Länge, aber zu ganz unterschiedlichen Themen und mir fallen vermutlich nicht mal mehr alle Streikgründe ein. Es gab einen großen Streik, den wir initiiert haben, als der 1. Golfkrieg ausbrach, das war ein riesiges politisches Thema. In der ganzen Stadt hingen weiße Bettlaken aus dem Fenster, also das war nicht nur ein Uni-Thema, sondern ein großes gesellschaftliches, und hat ziemlich viele Leute mobilisiert. Als das losging, haben wir erstmal mindestens eine oder zwei Wochen die Uni lahmgelegt.

Am Fachbereich gab es immer wieder Streit, insbesondere bei den Psychologen, weil es da immer wieder Versuche gab, die Institute zusammenzulegen und das PI auszubluten. Da wurde auch mal schnell gestreikt oder mal der Fachbereich besetzt.

Auch die Wohnungsnot hatte immer wieder Auswirkungen an der Uni. In der Folge der Wohnungsnot sind 1990 neben unzähligen einzelnen Wohnungen über 100 Häuser in Ostberlin besetzt worden, was wirklich eine Mischung war aus sehr politischen Häusern, was man so als erstes assoziiert mit Hausbesetzungen, aber es war auch einfach ein Ventil, was aufgegangen ist und den Wohnungsmarkt entlastete. Es gab auch eine Menge Häuser, wo sich Leute zusammengetan haben, die einfach Wohnraum brauchten und ein Haus besetzt haben.

FU70: Also einfach Ausdruck der damaligen Wohnungsnot?

A. D.: Durch die große Wohnungsnot war das auch ein sehr politisches Thema. Bei einer großen Veranstaltung an der FU warb eine Aktivistengruppe für ein Besetzungsprojekt in Neukölln, wo ich mit hinging. Nahe der Grenze gab es den Werra-Block, einen großen Altbaublock, der einem ziemlich krassen Immobilienspekulanten gehörte, Skoblo hieß der und er hatte dutzende Häuser in Westberlin. Der hat diesen Block total verkommen und leerstehen lassen und die Leute mit heftigen, rabiatischen Methoden rausgeschmissen, den Block entmietet, weil er den schick sanieren wollte. Zu der Zeit stand der Block schon überwiegend leer und wir haben in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das Haus besetzt. Ein Teil verbarrikadierte sich dort drin, aber trotz vieler Sympathien auch in der Politik wurden die Häuser nach kurzer Zeit wieder geräumt, da man in Westberlin keine besetzten Häuser mehr wollte.

Zwei Wochen später haben wir von den Soziologen aus mit einer Gruppe von Leuten in der Ackerstraße ein Haus besetzt, was man heute immer noch kennt, denn den Schokoladen, den wir damals gründeten, gibt es heute noch. Es gab dann aber ziemlich schnell heftigen Streit im Haus, denn es gab zwei Fraktionen im Haus, die einen wollten ein politisches Projekt machen, Transparente raushängen etc., die andere wollte einfach nur möglichst in Ruhe wohnen und vor allem das Haus nicht nach außen kenntlich machen, denn es gab durchaus berechtigte Angst vor Fascho-Übergriffen. Schlussendlich zogen die Aktivisten aus oder in andere Häuser.

Als dann die Mainzer Straße geräumt wurde², was ja auch eine Riesensache in Berlin war, hat auch das dazu geführt, dass wir erstmal eine Woche die Uni lahmgelegt und gestreikt haben. Das ist auch immer einhergegangen mit nicht nur Protesten, sondern auch alternativen Lehrveranstaltungen. Ich weiß, dass das Otto-Suhr-Institut da eine große Rolle gespielt hat. Es gab einen Professor, ich weiß nicht mehr wie er hieß, der hat dann teilweise Vorlesungen in der U-Bahn gemacht. Es gab so ganz verschiedene eben auch kreative Formen etwas zu machen. Es war nicht immer nur besetzen und alles zumachen, sondern eben auch zu schauen, was man für andere Aktionen machen kann. Irgendwann in den 90ern, ich kann mich an die genaue Jahreszahl nicht erinnern, kam dann die Diskussion auf über Höchststudiendauern und Zwangsexmatrikulationen. Das hat zu vielen Diskussionen geführt und wurde damals auch zumindest teilweise eingeführt. Der erste Schritt waren erst mal eine Zwangsberatung, also wenn man 14 oder 16 Semester um hatte und weitermachen wollte, musste man zu irgendeiner Beratung gehen, um sich über Möglichkeiten, Unterstützungen und so weiter Informationen zu holen. Immer wenn es darum ging, die Regularien zu verschärfen oder Freiheiten oder Ressourcen zurückzudrehen, führte das immer sehr schnell dazu, dass ein Teil der Studenten irgendwas blockiert hat und dagegen protestierte. Es war aber eben auch immer nur ein relativ kleiner Teil, der Aktionen gemacht hat, was dann natürlich auch unter den Studierenden zu Streit führte. Das kann man sich ja auch vorstellen, dass wenn du die Uni zumachst und da jemand hinkommt, der an dem Tag eigentlich eine Prüfung hat, dann findet der das vielleicht nicht so witzig, dass da irgendwelche Anderen sagen: Wir machen jetzt mal dicht hier.

FU70: Das klingt auf jeden Fall nach einer sehr ereignisreichen Zeit, in der du studiert hast. Gibt es aus der persönlichen Erfahrung heraus etwas, dass du Leuten, die heute studieren mitgeben würdest?

A. D.: Das ist schwer zu sagen, denn was ich so mitkriege, wie Studium heute funktioniert, das Meiste viel reglementierter ist als früher. [überlegt] Ich denke extrem hilfreich sind die Teile, wo sich die Wissenschaft und die universitären Inhalte vom Studium mit tatsächlichen praktischen Anwendungen paaren. Ich glaube das ist etwas, was ich damals schon wichtig fand und wo ich auch bei den Psychologen die Chance dazu hatte, weil es so einen besonderen Teil im Hauptstudium gab, der sehr praxisorientiert war. Ich kann nicht einschätzen, ob es da heutzutage andere Möglichkeiten oder sogar verpflichtende Sachen gibt an der Schnittstelle zum Berufsleben, aber die Frage des Praxistransfers der Studieninhalte empfinde ich als einen sehr wichtigen Punkt.

Eine Sache, die mir einfällt, weil sie extrem gefehlt hat und das nicht nur in meinem Fachbereich, ist praktisches Handwerkszeug, das man im Berufsleben braucht. Ich rede jetzt nicht vom Arbeiten an der Universität und einer Karriere in der Wissenschaft, sondern in anderen Zusammenhängen.

Was man im Rahmen von wissenschaftlichen Arbeiten lernt, lässt sich nur bedingt auf einen normalen

Arbeitsalltag übertragen. In so ziemlich allen Berufen brauche ich Organisations- und Managementfähigkeiten, also so praktisches Handwerkszeug: Wie organisiere ich Teamsitzungen? Wie kann man das möglichst klar strukturieren? Wie kann man effektiv im Team zusammenarbeiten? Wie kann ich ein konkretes Projekt umsetzen etc. – einfach so effektives Handwerkszeug, wie man Dinge im beruflichen Alltag meistert. Mit einem Universitätsabschluss ist es ja durchaus so, dass man im Berufsleben relativ schnell in eine Situation kommt, wo man z. B. Personalverantwortung übernimmt und darauf bereitet die Universität gar nicht vor.

Da kann ich nur empfehlen, wenn man da irgendeine Chance bekommt, sei es innerhalb des Studiums oder mit irgendwelchen begleitenden Angeboten, solche praktischen Sachen mitzunehmen.

FU70: Vielen Dank für das Interview.

² Anm. d. R.: Die Räumung der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain im November 1990 gipfelte in Straßenschlachten um 13 besetzte Häuser und gilt als einer der massivsten Polizeieinsätze Berlins in der Nachkriegszeit. Der Einsatz führte zum Scheitern der rot-grünen Koalition von AL (Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz) und SPD in Berlin.

Auf dem Weg zur globalisierten Dienstleistungshochschule – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 1998-2003

Ralf Hoffrogge (2008)

¹ 2010 schied Lenzen vorzeitig aus dem Amt des FU-Präsidenten und wurde Präsident der Universität Hamburg [Anmerkung der FU70-Redation].

Mit dem Abbröckeln des bundesweiten Streiks Anfang 1998 und der 50-Jahr-Feier im Dezember desselben Jahres war die FU Berlin keinesfalls befriedet. Im Laufe der folgenden zehn Jahre äußerten Studierende immer wieder ihren Unmut in Vollversammlungen, Protesten und Streiks. Gründe gab es genug. Hatte sich die FU bei der Gründung 1948 und noch einmal in den 60er Jahren als Vorreiterin demokratischer Studienreformen gezeigt, so wandelte sie sich seit Mitte der 90er zum Modellprojekt eines autoritären Neoliberalismus. 2006 wurde die FU zur „unternehmerischsten Hochschule Deutschlands“ gewählt, seit 2007 gehört sie zum erlauchten Kreis der „Elite-Universitäten“. Die Hochschule, so das neue Dogma, ist ein Akteur unter vielen am Bildungsmarkt. Sie bietet eine Dienstleistung an, wirbt um MitarbeiterInnen und KundInnen, ihre Beziehungen zur Gesellschaft sind waren- und marktförmig. Intern ist sie unternehmerisch und effizient, also antidemokratisch strukturiert.

Insbesondere die Präsidenten Peter Gaegtens (1999-2003) und Dieter Lenzen (ab 2003¹) haben diese Entwicklung vorangetrieben. Ihre Stoßrichtung war nicht völlig neu, bereits seit den 80er Jahren sind Grundzüge erkennbar. Insbesondere mit der durch den Bologna-Prozess erzwungenen Einführung des Bachelor/Master-Systems hat sich die Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen jedoch enorm beschleunigt. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass in den letzten zehn Jahren die radikalste Hochschulreform in der Geschichte der BRD stattgefunden hat, in ihrem Ausmaß vergleichbar einzig mit den Umwälzungen im Gefolge des Jahres 1968 und

der Abwicklung des DDR-Hochschulsystems.

Studentische Proteste haben diesen Wandel an der FU in den letzten zehn Jahren stets begleitet, konnten ihn jedoch nicht aufhalten. Zwar gelang mit der Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003/04 ein durchschlagender Erfolg. In allen anderen Bereichen hat sich die FU-Leitung jedoch durchgesetzt und nicht nur die FU bis zur Unkenntlichkeit „reformiert“, sondern auch Maßstäbe gesetzt für die bundesweite Entwicklung.

Winter 2000/2001 – Rettet das OSI

Nach einer von mehreren tausend Studierenden besuchten Anti-Studiengebühren-Demo im Sommer 2000 wurde das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft im Wintersemester 2000/2001 zum Zentrum studentischer Proteste an der FU. Eine überwiegend von AktivistInnen im Grundstudium getragene Bewegung wandte sich gegen massive Kürzungspläne und die Umstrukturierung des Studiums im Rahmen der am OSI frühzeitig angestrebten „Modularisierung“. Professorale „Modernisierer“ in den Gremien weigern sich jedoch, auf studentische Reformvorschläge einzugehen, und stimmen ihre Konzepte durch. Die Proteste gipfeln in einer Institutsbesetzung und einem Polizei-Großeinsatz, die Besetzung wurde schließlich durch die Studierenden gewaltlos beendet.

Neben einer Ablehnung der Kürzungen wurde 2001 explizit der Erhalt kritischer Wissenschaft am Institut gefordert. Durch erfolgreiche Mobilisation in den folgenden Semestern gelang es, das Diplomstudium neben BA und MA zu erhalten, allerdings mit modularisierter und ver-

schulter Studienordnung. Im Sommer 2008 trifft dann verspätet ein, was viele schon sieben Jahre zuvor befürchtet hatten: Die Abschaffung des Diploms steht erneut auf der Tagesordnung. Ob sie ein weiteres mal verhindert werden kann, ist ungewiss.

2001/2002 – Rasterfahndung und Zwangsexmatrikulationen

Eine von den Berliner Universitätspräsidenten geplante Kündigung des Tarifvertrages für die studentischen Beschäftigten scheiterte nur an einem Veto des Berliner Senates. In den Sommersemesterferien 2001 konnte eine im Akademischen Senat vorgelegte Regelung zur Zwangsexmatrikulation durch ein studentisches Gruppenveto nur aufgeschoben werden, nach den Ferien wurde die Regelung beschlossen und trat 2002 in Kraft. Abgesichert wurde dies durch eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes, durchgeführt vom frisch angetretenen rot-roten Senat. Damit war die ursprüngliche Regelung zur Zwangsberatung entscheidend verschärft worden. Langzeitstudierenden, die „Auflagen“ seitens der Universität nicht erfüllten, drohte nun der Rauswurf. Gleichzeitig wurden im Wintersemester 2001/2002 erste Forderungen nach Abschaffung des Projektstudienprogramms laut.

Nach dem 11. September 2001 folgte im Rahmen der Anti-Terror-Hysterie ein bisher nie dagewesener Vorgang: Auf Anfrage des Bundeskriminalamtes (BKA) gab FU-Präsident Gaetgens am 17.9.2001 ohne Gerichtsbeschluss und ohne Konsultation von Studierendenvertretern persönliche Daten ausländischer Studierender für eine Rasterfahndung an die Polizei heraus.

Am 22. November informierte der AStA FU auf einer Vollversammlung über diese Vorfälle, am 11. Dezember fand eine weitere VV mit über 1000 TeilnehmerInnen statt. Die Versammlung beschloss einen dreitägigen Streik und eine Beteiligung an auf EU-Ebene angekündigten SchülerInnen- und Studierendenprotesten. Als die Diskussionen der Arbeitsgruppen auch nach 22 Uhr nicht abgeschlossen sind, ließ die Universitätsleitung etwa 100 verbliebene TeilnehmerInnen in einem brutalen Polizeieinsatz aus der Silberlaube räumen. Trotz Absprachen mit der Universitätsleitung erfolgte am 12.12. 2001 ein weiterer Polizeieinsatz: Ein Streikkonzert im Mensa-Foyer wurde gewaltsam beendet, die Silberlaube erneut geräumt.

Die massive Repression und das nahende Semesterende führten zum Abbruch des Streiks, bevor dieser überhaupt richtig Breite gewinnen konnte. Die Rasterfahndung wurde 2002 vom Landgericht Berlin für unzulässig erklärt, das Urteil jedoch in nächster Instanz aufgehoben.

Im Sommersemester 2002 wurde schließlich das Projektstudienprogramm seitens der professoralen Mehrheit im Akademischen Senat ersatzlos gestrichen. Das Programm, das seit 1989 bezahlte studentische Lehre mit selbst gesetzten Inhalten ermöglichte, gehört damit der Geschichte an. AStA und StudierendenvertreterInnen protestierten, größerer Widerstand blieb jedoch aus.

Sommer 2003 – Kürzungen und Studienkonten statt Bildungsförderung

Die 2002 im Gefolge des Bankenskandals an die Macht gekommene rot-rote Regierung geriet von studentischer

Seite schon bald in die Kritik. Im Wahlkampf versprach Gregor Gysi in einer Podiumsdiskussion an der FU noch die umgehende Ausfinanzierung mehrerer Tausend zusätzlicher Studienplätze, nach der Wahl war davon nichts mehr zu merken. Im Gegenteil: Statt Bildungsförderung kündigte der Senat eine neue Kürzungsrunde an den Berliner Hochschulen an, über 100 Mio. Euro sollten bis zum Jahr 2009 eingespart werden. Zusätzlich diskutierte die Koalition die Einführung von Langzeitstudiengebühren im Rahmen eines Studienkontenmodells.

Ende April und Anfang Mai 2003 fanden vom AStA einberufene Informationsveranstaltungen statt. Es folgten eine Protestkundgebung am 16. Mai vor dem Landespartei-tag der SPD und eine Berlin-weite Demonstration mit etwa 6000 TeilnehmerInnen, die gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstrierten. Im Anschluss erfolgte eine Besetzung des Büros von SPD-Finanzsenator Sarrazin.

In den Protesten Mitte 2003 dominierten die im Rahmen der Hochschulverträge verhandelten Kürzungspläne. Weitere Diskussionen über anstehende Studienreformen wurden kaum geführt, trotz der bedrohlichen Pläne gelang zunächst keine Ausweitung des Protestes über das Sommerloch hinaus.

Eine in Berlin stattfindende Konferenz der europäischen BildungsministerInnen zur Koordination des Bologna-Prozesses sorgte allerdings im September noch einmal für Aktivität. AktivistInnen der Sommerproteste organisierten gemeinsam mit den Berliner ASten eine Gegendemo am 16.9.2003. Gleichzeitig fand unter dem Titel „European Education Forum“ (EEF) ein Gegengipfel mit studentischen und globalisierungskritischen AktivistInnen aus den europäischen Nachbarländern statt. Die Demonstration wurde ebenfalls überregional wahrgenommen und von einigen Hundert TeilnehmerInnen besucht, erreichte aber nicht mehr die Dimension der Sommerproteste. Die RednerInnen auf der Demo übten eine Grundsatzkritik am Bologna-Prozess: Dessen erklärtes Hauptziel sei die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Bildungsstandorte und eine reine Arbeitsmarktorientierung von Hochschulbildung.

Konflikte gab es im Vorfeld des EEF, weil der europäische studentische Dachverband ESIB sich nicht an den Protesten beteiligen, sondern gemeinsam mit den MinisterInnen im Hotel Hilton die Reformen „mitgestalten“ wollte. Der deutsche „Freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) unterstützte diese Position. Die unkritische Haltung der studentischen Verbände gegenüber dem Gesamtprozess verhinderte damit eine Doppelstrategie aus Protesten im und vor dem Konferenzsaal. Im Rückblick läßt sich sagen, dass durch studentische Beteiligung die Auswirkungen des Bologna-Prozesses nicht abgemildert oder positiv beeinflusst werden konnten. Das „konstruktive“ Mitwirken erhöhte stattdessen die Legitimation der Reformen und schwächte die Position der KritikerInnen.

Das schnelle Abflauen der Sommerproteste 2003 erzeugte zunächst Frustration, auch Erschöpfung macht sich breit. An der FU waren im Winter 2003 keine Aktionen geplant. Erst als eine von unermüdeten AktivistInnen an der TU organisierte VV im November 2003 völlig unerwartet den Streik ausrief und es zeitgleich auch in Hessen zu brodeln begann, sprang der Funke erneut auf die FU über. Der Auftakt zum bundesweiten Streik 2003/2004 war gemacht.

Gegen Bildungs- und Sozialabbau – Eine kritische Bestandsaufnahme der Studierendenproteste im Winter 2003/2004 mit Schwerpunkt Berlin¹

Ralf Hoffrogge (2004, überarbeitet 2008)

¹ Der vorliegende Artikel ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Aufsatzes der unter dem Titel „Emanzipation oder Bildungslobby“ in der PROKLA, Heft 134 vom März 2004, erschien.

² In Berlin gab es vielleicht auch deswegen bereits im Sommersemester 2003 eine heftige Protestwelle gegen die schon damals angekündigten Studiengebühren, vgl. dazu Hoffrogge 2003b.

Die Auslöser der Streikbewegung im Wintersemester 2003/04 waren wieder einmal einschneidende Mittelkürzungen an den Universitäten. In Pleiteländern wie Berlin fielen die Kürzungen mit Stellenstreichungen von bis zu 30 % an den Universitäten besonders drastisch aus². Der immer offenere Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung löste auch im „reichen Süden“ studentische Proteste aus, so dass diese erstmals seit 1997 wieder bundesweiten Einfluss gewannen. Auslöser für die deutschlandweite Streikbewegung waren neben den diversen Kürzungen vor allem die Einführung von Studiengebühren. Zur Debatte standen damals einerseits die von der CDU bevorzugten Langzeitstudiengebühren in Höhe von meist 500 Euro für Menschen ab dem 14. Semester, andererseits die durch die von rot-grünen Landesregierungen eingeführten „Studienkonten“. Besonders das Kontenmodell bedeutete einen Schritt hin zur völligen Ökonomisierung des Studienalltags, erfordert es doch für jede Veranstaltung eine Preis-Leistungs-Abwägung (Vgl. Himpele 2002). Dennoch wurde gerade dieses Modell vom Berliner SPD/PDS-Senat zur sozialen Alternative gegenüber direkten Studiengebühren erklärt. Anders als beim Streik 1997, bei dem vor allem CDU und FDP im Kreuzfeuer studentischer Kritik standen, dominierte nun eine allgemeine Abneigung gegenüber allen politischen Parteien. Die Berechtigung dieses Misstrauens zeigte sich im Rückblick: Vor allem die Langzeitstudiengebühren dienten oft nur als Übergang für allgemeine Gebühren ab dem ersten Semester.

Betrachtet man die Berliner Forderungen und Resolutionen, so zeigte sich im Streik 2003/04 durchaus eine Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Die Resolution der Technischen Universität Berlin vom 5.11.2003 beschränkte sich zwar auf vornehmlich hochschulpolitische Themen: Verhinderung der geplanten Kürzungen und Einsparungen, Ablehnung von Studiengebühren einschließlich des in Berlin geplanten Studienkontenmodells sowie Einführung viertelparitätischer Mitbestimmung in den universitären Gremien. Den Abschluss allerdings bildete eine deutliche Ablehnung von „Bildungskürzungen, Sozialabbau und Entsolidarisierung“ (Vgl. TU-Streik Info Nr. 1). Am 24.11.2003 legten dann die Studierenden der Freien Universität Berlin ihre Forderungen vor und betonten den gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Proteste: „...so solidarisieren wir uns mit allen von den bundes- und senatspolitischen Sparplänen Betroffenen und lehnen es ab, die Einschnitte im hochschulpolitischen Bereich als singuläre Angelegenheit ohne weiteren sozialen Kontext zu begreifen“. Die Studierenden verweigerten eine Abwälzung der Kürzungen auf andere Gruppen und definierten ihren Streik als „Teil des berlinweiten, bundesweiten und europäischen Protests gegen Bildungs- und Sozialabbau“ (Vgl. StreikZeit Nr. 2). Diese Präambel fand später Eingang in einen Berlinweiten Forderungskatalog, dem die Vollversammlungen aller drei großen Universitäten zustimmten. Sei es durch die Erfahrungen des erfolglosen Streiks von 1997 oder durch die von allen Parteien gleichermaßen betriebene Spar- und Umstrukturierungspolitik.

Im Jahr 2003 zeigte sich gleich zu Beginn des Streiks eine Tendenz zur gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung und Einordnung der studentischen Probleme.

Allerdings hatte man manchmal den Eindruck, dass diese Resolutionen sich nicht ganz herumgesprochen hatten oder nicht verstanden wurden. Denn trotz aller verbalen Ablehnung der „neoliberalen Verwertungslogik“ versuchten viele Studierende immer wieder, ihre Nützlichkeit für Staat und Nation zu beweisen. So bezeichneten sich etwa die KulturwissenschaftlerInnen der HU Berlin in einer 24-Stunden Marathonvorlesung als „weiche Standortfaktoren“, auf einem Flugblatt streikender HistorikerInnen wurde die Bedeutung der Tätigkeit von GeschichtswissenschaftlerInnen „insbesondere im Außenministerium“ betont und auf keiner Demo fehlte das obligatorische Transparent „Deutschland bleibt dumm – wir sind dabei“ (Vgl. Titelbild „Unicum“ 1/2004).

Auch das demonstrative Mitführen von Pappsärgen („Wir tragen die Bildung zu Grabe“) unterstrich wieder einmal wirkungsvoll den Habitus des beleidigten Intellektuellen und trug gleichzeitig die eigene Ohnmacht zur Schau.

Wie bereits 1997 wurde im aktuellen Protest von vielen AktivistInnen ihre Stellung in der Gesellschaft und die Rolle der Universität als Institution zur Elitenreproduktion nicht reflektiert oder aber stillschweigend akzeptiert. Stattdessen setzte man erneut auf möglichst viele, möglichst „kreative“ und öffentlichkeitswirksame Aktionen, um über ein positives Presseecho die Politik von ihrer vermeintlich irrationalen Haltung abzubringen.

Dabei besitzen die derzeit ablaufenden Transformationen eine ganz eigene Rationalität, eben die oftmals kritisierte Logik der Verwertung. Die Universitäten verlassen in diesem Prozess die staatliche Sphäre und treten direkt in einen marktförmig organisierten Wettbewerb. Nicht nur die universitär zugerichtete Arbeitskraft, sondern auch die modular genormte Bildung wird zur Ware, die per Studiengebühr erworben werden muss. So werden letztendlich die Studierenden selbst durch ihre mit creditpoint-Kaufkraft ausgestattete Nachfrage dafür sorgen, daß nur noch direkt am Arbeitsmarkt verwertbare Bildungsinhalte angeboten werden. Die Sparpolitik spielt hier nur eine Legitimationsfunktion, sie erzeugt den nötigen Druck, schafft Akzeptanz für die kapitalistische Landnahme im zu privatisierenden Bildungswesen (zur Transformation vgl. Bultmann 1996).

Im Protest 2003 wurde diese Transformation jedoch meist als rein fiskalischer Prozess wahrgenommen: Es wird gekürzt, uns wird was weggenommen. Ein Musterbeispiel für diese eingeschränkte Wahrnehmung bildete ein Antragsentwurf der Grünen Hochschulgruppe an der FU Berlin. Darin wurden sowohl die menschenrechtswidrige Ausländerpolitik als auch die repressive Drogenpolitik in der BRD allein aus finanziellen Überlegungen abgelehnt: Diese seien zu teuer, man solle doch lieber in Bildung investieren. Politische Kategorien jenseits von Haushaltslogik kamen hier nicht vor (Beck/Gruner 2003).

Die vermeintliche Entpolitisierung von Entscheidungen, die Ideologie von Sachzwang und leeren Kassen

bilden also nach wie vor die mächtigsten Waffen zur Umsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsprojektes. Diese Ideologeme finden ihre Entsprechung in einer Studierendenschaft, in der es seit Mitte der 90er Jahre nicht nur keine linke Hegemonie mehr gibt, sondern auch die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Links und Rechts stark nachgelassen hat: In einer Umfrage aus dem Jahr 1996 sprachen sich 42 % der „linken“ Studierenden dafür aus, dass WissenschaftlerInnen sich mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland auseinandersetzen sollten (Demirovic 1996: 384).

Stattdessen hat sich im Gefolge der Zeitenwende von 1989 eine Art postmoderner Meinungspluralismus unter Studierenden etabliert: Jeder darf mal reden, alle sind undogmatisch und erfrischend ideologiefrei. Die damit verbundene Abkehr vom orthodoxen Marxismus als steriler Dogmensammlung, die sich bereits in den antiautoritären Tendenzen des Streiks von 1988 abzeichnete, wäre ein Gewinn für studentische Bewegtheit. Nur leider schießen die Studierenden von heute in ihrer undogmatischen Haltung gerne auch mal über das Ziel hinaus: Auf einer Vollversammlung der TU Berlin wurde tatsächlich eine Resolution gegen „sozialistische und kommunistische“ Flugblätter gefaßt, besonders Eifrige fingen gleich an, verdächtiges Schriftgut zu konfiszieren. Der Beschluss wurde zwar nicht veröffentlicht und bereits nach einer Woche wieder aufgehoben, zeigte jedoch den mehr als unsicheren Stand jener emanzipatorischen Ideen, die in den Streik-Resolutionen festgehalten waren.

Die Abgrenzung nach rechts klappte dagegen nicht immer so recht. So wurde etwa die Solidaritätserklärung des emeritierten Politik-Professors Fritz Vilmar mehrheitlich begrüßt. Zwar stand Vilmar durch seine anti-amerikanischen und nationalistischen Seminarinhalte, etwa gegen die „Amerikanisierung der Deutschen Sprache“, bereits seit längerem in der Kritik. Dennoch gab er mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Streiks. Bei der Band Mia und ihrem Song „Was es ist“, einem poppigen Liebeslied über einen deutschen Neuanfang, assoziiert mit den Farben Schwarz-Rot-Gold, reagierten zumindest einige beherzt: Ihren umstrittenen Auftritt auf einem Streik-Soli Konzert am 15.1.2004 musste die Band wegen Protesten und Eierwürfen abbrechen (Vgl. StreikZeit 10).

Dennoch kursierte gleichzeitig unter dem Titel „Einigkeit und Recht auf Bildung“ eine auf die Melodie des Deutschlandliedes gereimte „Streikhymne“.

Dieses absurde Beispiel zeigt vielleicht am besten die Heterogenität der Streikbewegung, die lediglich in der Ablehnung von Bildungsabbau, Studiengebühren und Sozialabbau eine vorerst negative Einheit fand. Die oft fehlende Kritik an Staat und Nation veranlasste dann auch größere Teile der verbliebenen studentischen Linken, sich aus den Protesten herauszuhalten – dadurch wurden diese allerdings auch nicht politischer oder aufgeklärter.

Die 1990er Jahre haben offensichtlich eine bleibende politische Orientierungslosigkeit im studentischen Milieu hinterlassen.

Die weit verbreitete Vorstellung, allein durch kreative Aktionen und gute Presse ließe sich der bildungs- und sozialpolitische Kurs des Staates grundsätzlich verän-

den, erwies sich wie schon 1997 als Trugschluss und führte bei vielen AktivistInnen zu Enttäuschung und Resignation. Überhaupt läßt sich feststellen, daß der Studierendenprotest 2003/2004 sich mehrheitlich auf einer rein symbolischen Ebene abspielte.

Auch deswegen meinten die Herrschenden, sie könnten diese Bewegungen einfach aussitzen und machten außer verständnisvollen Floskeln zunächst keine Zugeständnisse. Diese Taktik des „Weglobens“ von Protesten ging jedoch im Winter 2003/2004 nicht so glatt auf wie noch im Jahr 1997.

Denn neben den dominanten symbolischen Aktionen setzten entschlossene Teile der Studierendenschaft immer wieder auf direkte Konfrontation: Besonders in Berlin suchten sie die politischen Eliten und MeinungsmacherInnen auf, besetzten ihre Büros und brachten ihre Forderungen vor. Sowohl die PDS-Parteizentrale, als auch das Willy-Brandt-Haus, das Büro von Kultursenator Flierl und Finanzsenator Sarrazin, das Rote Rathaus, die Bertelsmann-Zentrale Unter den Linden und die taz-Redaktion in Berlin erhielten unerwarteten studentischen Besuch, in anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Manchmal wurden die Besetzungen nach einigen Stunden abgebrochen, ab und an mussten sie durch Polizeigewalt beendet werden. Oder die Forderungen wurden erfüllt: In der taz vom 16.12.2003 erhielten die BesetzerInnen mehrere Sonderseiten, auf denen sie nicht nur die Bildungspolitik, sondern auch die einseitige Berichterstattung der bürgerlichen Medien (einschließlich taz) heftig kritisierten.

Einen Höhepunkt dieser direkten Konfrontationen stellte sicher die Blockade des Berliner Abgeordnetenhauses am 15.1.2004 dar. Etwa 3000 DemonstrantInnen zogen einen Belagerungsring um das Parlament, um die Lesung des Haushaltes zu verhindern und eine Neuverhandlung über Sozialabbau und Kürzungen zu erzwingen. Nur dank massivem Polizeischutz konnte die Sitzung dennoch stattfinden.

Diese Aktion, die sich explizit nicht nur gegen Bildungsabbau, sondern gegen die gesamte unsoziale Sparpolitik des Landes Berlin richtete, war ein praktisches Beispiel für die notwendige Ausdehnung des politischen Widerstands. Dennoch folgten nur wenige Nicht-Studierende dem Aufruf. Offensichtlich müssen erst gemeinsame Kommunikations-, Widerstands- und vor allem Organisationsformen von Studierenden und anderen gesellschaftlichen Gruppen gefunden und aufgebaut werden. Auch, um von der negativen Einheit „gegen Sozialabbau“ zu positiven emanzipatorischen Zielen voranzuschreiten.

Wie so viele andere Bewegungen bröckelte auch dieser Streik mit dem Ende des Semesters zunehmend ab. In Berlin konnte dennoch genug Druck aufgebaut werden, um die Basis der PDS dazu zu bewegen, ihrem Senator Flierl auf einem Parteitag die Umsetzung des geplanten Studienkontenmodells zu untersagen. Dies ist der Grund, warum die Universitäten in Berlin bis heute keine Studiengebühren verlangen. Als weitere Errungenschaft ist die Besetzung eines leerstehenden Gebäudes an der HU und die Gründung der „Offenen Uni Berlins“ zu nennen, die sich ebenfalls bis heute

erhalten hat.

In fast allen anderen Bundesländern jedoch konnten trotz ähnlich radikalem Protest damals keine Erfolge erzielt werden. Dies lag einerseits an der Kaltschnäuzigkeit der jeweiligen Landesregierungen: Viele Ministerpräsidenten spekulierten erfolgreich auf ein baldiges Ende der Proteste – sie wussten nur zu gut, dass Studierendenproteste in den vergangenen Jahren stets nach einer euphorischen Hochphase schnell wieder abgeflaut waren und kaum kontinuierliche Organisationsformen oder Politisierungsprozesse hervorbringen konnten.

Ein anderer Grund für die geringe Durchschlagskraft des Streiks war, dass die Wandlung von der studentischen Lobby zum Sozialprotest zwar von Teilen der Streikenden gewollt, aber nicht von der Masse mitgetragen wurde. Sozialprotest, das hätte etwa bedeutet, entschieden gegen die 2004 in Kraft getretenen Hartz-Gesetze zu protestieren. Als jedoch mit den Montagsdemos Ende 2004 eine derartige Protestbewegung in Gang kam, saßen die Studierenden mehrheitlich wieder in den Hörsälen. Dies war keineswegs nur die zufällige Ungleichzeitigkeit zweier Protestwellen, sondern zeigt, dass aus den Mißerfolgen der rein studentischen „Mehr Geld“-Proteste der 1990er Jahre nicht die entscheidenden Schlüsse gezogen wurden. Auch 2003/2004 dominierten vielerorts Medienzentriertheit und die Idee, mit einem kleinsten gemeinsamen Nenner aus rein studentischen Forderungen möglichst alle mitzunehmen. Eine gescheiterte Strategie, die dringend abgelegt gehört.

Literatur

Beck, Christian/Grüner, Inanna (2003): Bildung gerecht finanzieren – Antrag der Grünen Hochschulgruppe zur FU-Vollversammlung am 1.12.2003.

Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, In: Prokla 104, S 329–357.

Demirović, Alex (1996): Die politische Metapher „links“ und die politischen Orientierungen von Studierenden, In: Prokla 104, S. 371–394.
Himpele, Klemens (2002): Modernes Bildungsprivileg, In: Studienheft Bildungsfinanzierung, S. 8–12.

Hoffrogge, Ralf (2003): „'68, '88, '97 – von der Weltrevolution zur BAFöG-Reform“ In: Universität im Umbruch, Hochschulpolitische Reihe des AstA FU Berlin, Band 11.

Hoffrogge, Ralf (2003b): „Politik und Hochschule im Sommersemester 2003“ In: Out of Dahlem Nr. 2, online: https://www.astafu.de/sites/default/files/out_of_dahlem-02.pdf (Zugriff: 8.6.2008 [aktualisierter Link, Zugriff 15.08.2018, die Redaktion]).

StreikZeit – Neues zum Streik an der FU Berlin (2003/2004): Ausgaben 1–12 der FU-Streikzeitung.

Vollversammlung der Studierenden der FU Berlin (2003): Resolution vom 24.11.2003, In: StreikZeit Nr. 1, oder: http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2003/presse_11-24a (Zugriff: 8.6.2008).

Vollversammlung der Studierenden an der TU Berlin (2003): Resolution vom 5.11.2003, In: TU-StreikInfo Nr.1.

Vollversammlungen der FU Berlin, HU Berlin, TU Berlin (2003): Berlinweiter Forderungskatalog.

Elite trotz Reformchaos – Studierendenproteste in Berlin und an der FU 2004-2008

Ralf Hoffrogge (2008)

2005 – Warnstreik gegen die Zustände im neuen Bachelor-System

Nachdem 2003 und 2004 hauptsächlich gegen Kürzungen und Gebühren protestiert wurde, richtete sich ein im Winter 2005 ausgerufen Warnstreik explizit gegen die Bachelor/Master-Reform an der FU und ihre katastrophale Umsetzung. Die seit dem OSI-Streik 2001 immer wieder geäußerten Befürchtungen über Entwissenschaftlichung, Verschulung und Arbeitsüberlastung hatten sich bestätigt. Die neuen Studiengänge brachten weniger Wahlfreiheit und mehr Pflichtveranstaltungen – ein interessengeleitetes Studium ist kaum noch möglich. Erschwert wird diese Problematik bis heute durch die an der FU besonders überhastete und handwerklich schlechte Umsetzung der „Reform“. Durch die vom Präsidium erzwungene Umstellung im Schnelldurchlauf strickte jedes Institut seinen eigenen Bachelor. Zusammengehalten wird das System nur durch die jeweils gleiche Anzahl von Leistungspunkten. Es fand weder eine inhaltliche noch eine organisatorische Abstimmung statt, so dass mit Einführung der neuen Studiengänge Pflichtveranstaltungen massenhaft gleichzeitig stattfanden. Eine Einhaltung der neuen Studienordnungen war für viele Studierende faktisch nicht möglich.

Im November 2005 gab es daher mehrere Vollversammlungen an der FU, die schließlich zur Ausrufung eines Warnstreiks am 7. Dezember führten. Zentrale Forderungen waren Verhinderung von Studiengebüh-

ren, Abschaffung der Campus-Management Software sowie ungehinderter Zugang aller Bachelor-AbsolventInnen zum Masterstudium. Als weitergehende Vision wurde „ein freies, selbstbestimmtes und emanzipatorisches Studium“ gefordert.

Das kritisierte Campus-Management System hatte bereits vorher durch zahlreiche Pannen und erhebliche Datenschutzmängel für Aufregung gesorgt. Zu Beginn des Anmeldezeitraums am 4. Oktober 2005 waren mehr als die Hälfte der Studiengänge im System nicht verfügbar, der AstA forderte die umgehende Abschaffung des Systems.

Die FU-Leitung wich der studentischen Kritik wie üblich aus, Sitzungen des Akademischen Senates fielen kurzfristig wegen „Raummangel“ aus, das Kuratorium tagte unter Polizeischutz. Mit purem Aussitzen war es diesmal jedoch nicht getan. Die Studierenden waren wütend, eine mehrstündige Besetzung des Präsidialamtes bildete einen Höhepunkt der Proteste.

Die FU Leitung sah sich durch den studentischen Druck gezwungen, die in allen Bachelorstudiengängen implementierte Maluspunktteregelung gegen „zu langsames“ Studium auszusetzen. Damit wurde offen zugegeben, dass die neuen Studiengänge aufgrund der chaotischen Bedingungen nicht in den geplanten sechs Semestern abzuschließen sind. Die Regelung ist bis heute außer Kraft, auch nach drei Jahren hat sich die Situation noch nicht normalisiert. Im Gegenteil: Erste vergleichende Studien aus dem Jahr 2007 bescheinigten dem FU-Bachelor eine deutlich höhere Abbruchquote als den al-

¹ Heute (2018) gibt es an der FU noch 15 Bibliotheken an 13 Standorten. Die „Reform“ des Bibliothekswesens ist also fast wie geplant durchgeführt worden [Anmerkung der FU70-Redation].

ten Studiengängen. Als Ursachen werden die rigide Verschulung, und fehlende Möglichkeiten zum Fachwechsel ausgemacht. Viele Studierende, denen an der FU ein Wechsel des Studienfaches verweigert wird, wechseln in den folgenden Semestern zu anderen Universitäten. Eine Liberalisierung der Regeln zum Fachwechsel ist bisher nicht in Sicht, stattdessen wird eine Abschaffung des Kombi-Bachelors mit drei Fächern angediskutiert.

Dennoch hielt sich der Widerstand in Grenzen. Der Warnstreik 2005 konnte im Folgejahr nicht ausgeweitet werden. Trotz fehlender Massenproteste ereigneten sich jedoch einige spannende Protestaktionen kleineren Umfangs.

Anti-Exzellenz Aktionen 2006 und 2007

Im Juni 2006 verhinderten Studierende des Otto-Suhr-Instituts der FU eine Begehung der Institutsgebäude im Rahmen der sogenannten „Exzellenzinitiative“. Durch die Besetzung des Instituts und die Blockade der Zugänge wollten die Studierenden die Bewerbung der FU um einen Status als „Eliteuniversität“ sabotieren. Die Exzellenzinitiative wurde abgelehnt als Versuch, die deutschen Hochschulen in Elite und Masse aufzuspalten. Mit dem Versprechen zusätzlicher, nach „Leistung“ zu verteilender Gelder soll sie die Akzeptanz von Elitenbildung für wenige und Mangelbildung für die Masse bei den Betroffenen sicherstellen. Teile und herrsche in Reinform. Im Anschluss an die Aktion folgte im Juli 2006 eine uniweite Vollversammlung zum Thema, begleitet von einer Spontandemo zum Präsidialamt.

Im Oktober konnten die ExzellenzkritikerInnen an der FU dann jubeln: Die Freie Universität scheiterte in der ersten Vergaberunde. Im Jahr darauf wurde im Rahmen der zweiten Bewerbungsrunde eine weitere Exzellenzbegehung durch Studierende verhindert: Am 18.6.2007 mußten die GutachterInnen wegen angekündigter Proteste auf die Besichtigung der Philologischen Bibliothek, dem Aushängeschild der FU, verzichten. Diese Einzelaktionen konnten jedoch weder die Kandidatur der FU noch die Exzellenzinitiative als ganzes erfolgreich sabotieren. Im Oktober 2007 wurde die Freie Universität mit ihrem Konzept der „International Network University“ doch noch offiziell zur Exzellenzuni gekürt. Das unter absoluter Geheimhaltung und Umgehung aller zuständigen FU-Gremien erstellte „Zukunftskonzept“ des Präsidiums hatte nun offiziellen Elitestatus, eine enorme Stärkung des autoritären Kurses von Präsident Dieter Lenzen.

Unbeschwert genießen konnte Lenzen seinen Erfolg allerdings nicht. Als er während der Immatrikulationsfeier im Oktober 2007 den Elitestatus feiern wollte, wurde er nicht nur durch den Redebeitrag der AStA-Vertreterin heftigst kritisiert. Noch eindrucksvoller war die Tatsache, dass sein Vortrag in einer satirischen Applausorgie des „Dieter Lenzen Fanclubs“ völlig unterging. Studentische Sprechchöre und ein eigens zusammengestellter Jubelsong führten dazu, dass von Lenzens Ausführungen kein einziges Wort zu verstehen war. In den Zeitungen des Folgetages las

man wenig über das Exzellenzkonzept, dafür schaffte es der Eklat bei der Immafeier einschließlich des Happenings „Exzellenzcluster vergleichendes Dosenstechen“ in alle Gazetten.

Zwar können solche medialen Achtungserfolge breiten Protest nicht ersetzen, aber sie brachten eines zum Ausdruck: Die FU befindet sich keineswegs im gleichgeschalteten Elitenrausch. Auch wenn es innerhalb der Professorenschaft und unter den Lehrenden keinerlei offene Kritik am Präsidium mehr gibt, ist dennoch offensichtlich, dass der Elitestatus größtenteils virtuellen Charakter hat. Die zusätzlichen Gelder sind hauptsächlich der Forschung und nicht der Lehre gewidmet, das Elite-Etikett kann über die gescheiterte Bachelor-Reform und die unzumutbaren Studienbedingungen nicht hinwegtäuschen.

Wenige Monate nach Beginn der zweiten Förderrunde musste dies auch die Presse zugeben: Nachdem sich konservative Stimmen bereits seit längerem gegen den Bachelor aussprachen, gab es ab 2008 auch im Mainstream zunehmend Kritik. Bundesweit distanzieren sich immer mehr ursprüngliche Befürworter von der Reform, so etwa Ex-Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin. Die Krise des BA/MA Systems, die sich an der FU besonders grell zeigte, ist somit auch ein bundesweites, wenn nicht europäisches Phänomen.

Bibliotheksskandal und Aktionswoche 2008

Trotz der offensichtlichen Legitimationsprobleme von Bologna-Prozess und Bacheloreinführung konnten die Studierenden bisher nicht erneut in die Offensive gehen. Eine bereits im Vorjahr beschlossene und im Sommersemester 2008 durchgeführte Aktionswoche mit einem Protestcamp in der Silberlaube erreichte jenseits des Kreises der bereits hochschulpolitisch Interessierten kaum neue Leute.

Dabei gab es Themen genug. Neben den andauernden Konflikten um die Probleme im Bachelorstudium wurden Pläne der FU-Leitung zur radikalen Zusammenlegung der universitären Bibliotheken bekannt. Hatte die FU im Jahr 1985 noch 142 selbständige Bibliotheken, so sollen im Jahr 2015 nur noch neun Standorte die ganze FU mit Literatur versorgen. Dass eine solche Schrumpfkur nicht ohne Verluste abgeht, ist klar: Allein die Zusammenlegung der Bibliotheken des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften mit der Universitätsbibliothek erfordert laut Angaben der PlanerInnen die Aussonderung von ca. 350.000 Büchern, die damit der FU auf Dauer verloren gehen. Angesichts dieses Szenarios wehren sich nicht nur Studierende, sondern auch BibliotheksmitarbeiterInnen gegen die Pläne. Dennoch veröffentlichte das Präsidium bereits Stellenanzeigen für Aussonderungsbeauftragte – wie die Sache weitergeht, ist noch offen.¹

Zehn Jahre Protest – was bleibt?

Festzustellen ist, dass es den studentischen Protesten der letzten zehn Jahre weder in Berlin noch bundesweit gelungen ist, den herrschenden Trend im Bildungswesen zu stoppen. Trotz Erfolgen wie der erfolgreichen Verhinderung von Studiengebühren in Berlin



© Björn Kietzmann.

ist die Hegemonie wirtschafts- und marktorientierter Konzepte bundesweit ungebrochen.

Die Voraussagen studentischer KritikerInnen in Bezug auf Bachelor und Bologna-Prozess haben sich zwar in vieler Hinsicht mehr als bewahrheitet: Wie befürchtet sind Kommerzialisierung, Verschulung, Arbeitsüberlastung der Studierenden und zunehmende soziale Ungleichheit beim Bildungszugang zu beobachten. Gleichzeitig zeigen sich enorme handwerkliche Mängel und Konstruktionsprobleme, die nicht vorhergesehen wurden. So wurde mit der Einführung des BA eine europaweite Kompatibilität und Vergleichbarkeit angestrebt, in der Realität jedoch sind die Module nicht einmal zwischen HU, FU und TU Berlin vergleichbar oder anrechenbar. Selbst nach seinen eigenen Maßstäben ist der Bologna-Prozess also gescheitert, dies allerdings kaum aufgrund studentischer Proteste, sondern aufgrund seiner inneren Widersprüche. Die weitgehende Standardisierung von Bildung erwies sich als nicht umsetzbar, zu unterschiedlich sind die Interessen und Vorstellungen der Akteure, aber auch die zu homogenisierenden Wissens-Inhalte selbst. Der befürchtete hermetisch geschlossene, warenförmig organisierte Bildungsmarkt ist deshalb bisher nicht verwirklicht. Trotzdem haben Wirtschaft und Kommerz im Jahre 2008 mehr Einfluß an den Unis als je zuvor, und die Studienorganisation ist unfreier den je, herabgedrückt beinahe auf das Niveau einer gymnasialen Oberstufe.

Angesichts dieser Legitimationskrise von Bachelor und Bologna-Prozess öffnen sich neue Chancen für studentische Interventionen bei den zweifellos notwendigen Nachbesserungen und Reformen der Reform. Diese Interventionen sind jedoch nicht zu leisten als Einzelproteste an der FU, sondern nur im Rahmen einer mindestens bundesweiten Bewegung. Was in den vergangenen 10 Jahren gefehlt hat, ist einerseits

die langfristige, übergreifende Kontinuität, andererseits die Überwindung des rein universitären Kontextes. Spontan aufflammende Streiks und Proteste sind notwendig und wichtig, aber sie konnten beides nicht leisten. Die Defizite bleiben, es fehlen Politisierung und Organisation. Ersteres, damit Proteste von den Herrschenden nicht weiterhin ignoriert und ausgesessen werden, können. Letzteres, damit nicht jede neue Studierendengeneration das Rad neu erfinden und alle Fehler selber machen muss. Leider hat sich in dieser Frage wenig getan. Auf Berlin-Ebene ist die Landesastenkonzferenz (LAK) nach der Übernahme und Zerstörung des ASTA TU durch Rechte Gruppen und Burschenschaften für drei Semester zusammengebrochen. Mit dem Ende dieses Intermezzos im Mai 2008 beginnt erst jetzt wieder eine verbindlichere Zusammenarbeit der Studierendenvertretungen. Bundesweit sieht es ähnlich schwierig aus. Der „freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) als Dachverband der deutschen ASTen vertritt längst nur noch eine Minderheit der Unis, durch unpolitische Vereinsmeierei und Bürokratismus hat er sich selbst ins Abseits manövriert. Eine „Bundesastenkonzferenz“ (BAK) im letzten Jahr in Berlin konnte sich jedoch nicht als Alternative konstituieren. Hier dominierte das andere Extrem: Ein basisdemokratisch-antiautoritärer Ansatz wurde zur dogmatischen Organisationsfeindlichkeit gesteigert, diese Kritik an jeder Repräsentation läßt statt Organisation nur unverbindliche „Vernetzung“ zu. Beide Extreme gilt es durch neue politische und engagierte Organisationsformen zu überwinden, damit an der FU und anderswo eine Trendwende gelingt. Notwendig ist dazu allerdings auch die Überwindung des rein universitären Kontextes und die wissenschaftlich fundierte Kritik der marktradikalen Hochschulpolitik im gesellschaftlichem Gesamtzusammenhang.

Anne Bonny (Name geändert) studierte von 2002 bis 2010 (hauptsächlich) Geschichte und Deutsche Literaturwissenschaft. Während des Studiums war sie vor allem in der Fachschaftsinitiative (FSI) Geschichte aktiv. Heute ist sie als Deutsch-Lehrerin an einer Privatschule tätig.

Das Interview führte Janik Hollnagel.

Interview mit Anne Bonny

FU70: Hallo, wir interviewen Leute für unsere Publikation zu 70 Jahren FU – Gegendarstellungen. Daher vorangestellt schonmal der Dank, dass du dich als Freiwillige bereit erklärt hast.

Wir würden gleich mit unserer ersten Frage einsteigen: Wann hast du in Berlin studiert – und warum ausgerechnet in Berlin?

Anne Bonny: Ich war von 2002 bis 2010 an der FU, vorher war ich schon ein Jahr in Bamberg, weil ich dachte: „Kleine Studistadt, Bayern, super.“ Dann habe ich aber erstmal festgestellt, dass ich nicht in Bayern war, sondern in Oberfranken, das war dann aber auch ok. Dann habe ich aber im Grundstudium eine Freundin, die Politikwissenschaften studiert hat, kennengelernt, die nicht in Bamberg bleiben wollte, sondern unbedingt ans OSI. Ich war eigentlich schonmal an der HU eingeschrieben gewesen, weil ich dachte, wenn man zum Studieren geht, dann geht man nach Berlin, meine Eltern waren auch in Berlin. Deswegen dachte ich mir dann, ich geh‘ einfach mit. Ich bin dann etwas planlos nach Berlin mitgegangen und hab dann das studiert, was ich auch als LK-Fächer hatte: Deutsch und Geschichte. In Bamberg hatte ich Mittelalter-Archäologie gemacht, aber das war dann doch nicht so mein Fach. Ich habe dann alles Mögliche probiert, Theaterwissenschaft und so’n Scheiß, letztendlich bin ich dann auf Deutsch und Geschichte hängen geblieben und habe das dann zu meinen Hauptfächern gemacht. Zwei Hauptfächer – das ging damals noch, also ich habe noch auf Magister bzw. Magistra studiert.

FU70: Du gehörst also zu den letzten, die noch einen Magisterstudiengang machen konnten. 2001 hat der AS beschlossen, Bachelor- und Masterstudiengänge einzuführen – das hat dann natürlich in der Praxis noch etwas gedauert. Was hast du davon während deiner Studienzeit noch mitbekommen?

A. B.: Ich war damals in der FSI Geschichte und dort haben wir uns auch immer um die Erstis gekümmert. Irgendwann kamen da dann immer nur noch jedes Jahr welche, weil das Sommersemester als Aufnahmesemester abgeschafft wurde. Wir haben auch immer eine Ersti-Fahrt gemacht und davor hatten wir auch immer noch zum Sommerhalbjahr neue Leute. Dann ging’s irgendwann richtig los mit dem Bologna-Prozess und den ganzen Bachelor-Master-Geschichten. Da haben wir uns natürlich erstmal kritisch mit auseinandergesetzt, weil wir’s halt scheiße fanden, aus verschiedenen Gründen natürlich. Dann haben wir erstmal geguckt: Was müssen wir machen, wie kriegen wir die Leute am besten da durch, was fällt hinten runter, was wollen wir aufgreifen, ...?

FU70: Und was ist so runtergefallen?

A. B.: Letztendlich vor allem das, was beim Magisterstudiengang schon ein bisschen zu kurz kam: Kritische Auseinandersetzung mit Geschichte. Es gab im Hauptstudium zwar schonmal einige Seminare, die ganz cool waren, aber was zum Beispiel Postkolonialismus, anti-koloniale Kritik oder auch Feminismus angeht, ist

das alles nicht so wirklich im Curriculum der FU verankert gewesen, da ging noch mehr. Dann dachten wir, dann müssen wir das halt stemmen, und deshalb haben wir, zum Beispiel auf der Ersti-Fahrt, auch entsprechende Seminare veranstaltet. Aber wir haben auch sonst geguckt, was die neuen Bachelor-/Master-Leute so können müssen, weil der Bachelor wurde, vor allem von den Studis, als unglaublich starr und statisch empfunden. Die haben den Studienverlaufsplan zum Teil als Gesetz angesehen und dann auch so durchstudiert, ohne überhaupt darüber nachzudenken, nach Interessen zu studieren und zum Beispiel nicht wie vorgesehen mit dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit anzufangen, obwohl Neuere Geschichte einen eventuell viel mehr interessiert, um dann im ersten oder zweiten Semester abzubrechen, weil es zu langweilig ist. Dabei stand sogar – zumindest bei der ersten Ausgabe, das wurde später gestrichen – obendraüber „vorläufiger Vorschlag zum...“.

FU70: Dass der Studienverlaufsplan, zumindest in den ersten Semestern, von vielen als Gesetz angesehen wird, hat sich leider bis heute nicht geändert.

2005 wurde ja auch das „Campus Management“ eingeführt und die FU war 2006/2007 bei der Exzellenzinitiative erfolgreich – dagegen habt ihr ja sicher auch Proteste organisiert, oder?

A. B.: Ja, ich erinnere mich noch an Stinkbomben bei der Immatrikulationsfeier 2007. Da gab es diese Jubel-Initiative, den Dieter-Lenzen-Fanclub. Lenzen, der FU-Präsident, hat einen Vortrag gehalten und es wurde laut geklatscht – bei irgendwelchen Charts, Zahlen usw. Das war großartig, alle haben sich umgeguckt nach dem Motto: „Was ist los, was passiert hier?“. Als dann die Stinkbomben gezündet wurden hat sich der Saal dann recht schnell geleert. Das war eine große Aktion. Passt ja auch sehr gut zum Namen Exzellenzinitiative. Ich erinnere mich noch an einen Flyer, den ich gelayoutet habe: „Exzellenzen? Lenzen exen!“ oder so ähnlich hieß es da. Bei dieser Exzellenzinitiative ging es halt darum, die vermeintlichen „Leuchttürme“ der Wissenschaft herauszufiltern, da waren wir natürlich auch dagegen. Ein paar Unis werden zu Leuchttürmen erklärt – was ist dann mit dem Rest? Der knallt dann auf die Küste, um in der Metapher zu bleiben. Dann lieber keine Leuchttürme und überall Licht. Vor allem Lenzen hat sich damit ewig profiliert. Es hieß dann immer, „endlich Planungssicherheit“. Wie diese Planungssicherheit aussah, haben wir dann anhand von Kürzungen und Neoliberalismus an der Uni erlebt.

FU70: Bereits davor, 2003/2004, gab es ja auch bereits große Bildungsproteste. Soweit ich weiß, ging es dort ja unter anderem auch gegen Studiengebühren, mit deren Verhinderung ja ausnahmsweise auch mal ein Erfolg zu verzeichnen gewesen ist.

A. B.: Achja, der große Bildungsstreik 2003. Gerüchteweise haben wir damals die Studienkonten verhindert. Es gab z. B. auch eine Mahnwache vor dem Roten Rathaus gegen die Kürzungen an den Hochschulen, auf der ich ein halbes Jahr ab und zu gesessen habe. Es war scheinbar kalt. Zu der Zeit liefen Studi-Proteste durchaus

auch noch zusammen mit anderen sozialen Protesten. Zum Beispiel mit den Montagsdemonstrationen. Heute denkt man dabei ja eher an „Aluhüte“, aber das ging damals unter anderem gegen die Abschaffung des Sozialtickets und die Hartz-Reformen. Die „alte Garde“ der damals in der DDR Protestierenden ist dann halt zusammen mit Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen usw. montags in Mitte rumgelaufen, um zu demonstrieren und die Studis sind dort mitgegangen. Das waren dann die großen Proteste und danach ist man wieder auf die kalte Mahnwache gegangen und hat gefroren. Es gab auch einige Besetzungen. Unter anderem ist das taz-Büro besetzt worden, ich vermute mal, um die Abschaffung der Studienkonten zu fordern. Diese sahen vor, dass wer länger studierte, mehr zahlen musste. Total die absurde Sache, haben sie ja auch irgendwann eingesehen. Wahrscheinlich eher nicht wegen der glorreichen Besetzung des Friedrich-Meinecke-Instituts für eine Nacht. Aber es war zumindest mal spannend zu gucken, was da alles nachts angeliefert wird.

FU70: Am Friedrich-Meinecke-Institut ist nachts doch niemand.

A. B.: Doch! Das ist ja das Ding: Mitten in der Nacht, um halb vier oder so, kamen Leute und haben gefrorene halbe Hunde angeliefert – nicht für die Cafeteria, sondern für das Veterinärmedizinische Institut, was im gleichen Gebäude untergebracht ist. Das war ziemlich eklig. Morgens um halb sechs kommen dann die Cafeteria-Leute, aber die waren cool. Die meinten: „OK, gut, dass ihr streikt, dann können wir leider nicht arbeiten.“ Wir haben aber die Prüfungskandidaten reingelassen und – dummerweise – den Reparatur des Fahrstuhls mit seinem Bolzenschneider. Danach waren alle Fahrradschlösser durch. Uns hätte auffallen sollen, dass der Fahrstuhl überhaupt nicht kaputt war. Eigentlich hatte ich dieses Semester versucht, zum ersten Mal wirklich konsequent zu einer Vorlesung, in dem Fall bei Puschner, zu gehen. Ich war zweimal da, und dann war Streik. Das heißt, wir haben alle Stühle versteckt. Damals war König von der Kunstgeschichte Dekan, der war cool. Der wusste, wo die Stühle waren, weil wir hatten sie einfach nur in den Nebenraum geschlossen, also da hätte problemlos jemand mit einem Schlüssel hingehen und nachgucken können, hat aber nichts unternommen. Dadurch hatte das Institut ein halbes Jahr keine Stühle. In den Kursen wurde dann zum Teil auf den Tischen gesessen. Ich selber bin in diesem Semester konsequent zu keinem Seminar gegangen, außer zu meinem Lateinkurs, aber da haben wir dann tatsächlich auf den Tischen gesessen und Latein gemacht.

Zu der Zeit ist dann auch die FSI voll groß geworden. Es kamen coole Leute dazu, die sich zum Teil auch erst durch den Streik politisiert hatten. Es war dann ja auch nicht unbedingt immer gleich eine Besetzung mit Kämpfen um die Tür, sondern auch Sachen, wie Flyer verteilen, Party mitorganisieren, Streik mitorganisieren usw. Wir waren dann 10 bis 12 aktive Leute in der FSI. Das ist zwar später auch wieder etwas runtergeschrumpft, aber es sind auch einige von den neuen Leuten geblieben.

FU70: Warst du beim nächsten größeren Bildungsprotest 2009 auch noch aktiv? An der FU gab es ja unter anderem eine Besetzung des Präsidiums und außerdem eine bundesweite Bildungstreik-Bewegung.

A. B.: Nicht mehr so sehr. Den Streik habe ich so ein bisschen ausgeblendet. Das war dann eher die nächste Studi-Generation. Zwischen 2008 und 2010 war ich grad damit beschäftigt, dann doch mal meine ganzen Hausarbeiten zu schreiben – und meine Magisterarbeit anzusetzen. Ich habe zwar noch an der Uni gearbeitet und war auch noch in der FSI – das war ich tatsächlich schon bevor ich Geschichte studiert habe und auch noch nachdem ich schon gar nicht mehr zu Seminaren gegangen bin, das Histo-Café war so eine Art Fixpunkt – aber die größeren Aktionen habe ich dann nicht mehr mitgemacht.

FU70: Schon VOR dem Studium?

Ich hatte ja Deutsch als erstes Hauptfach, aber als ich zur FSI Geschichte gekommen bin hatte ich Geschichte grade nicht als zweites Fach. Ich glaub da hatte ich grade Kunstgeschichte ausprobiert. Und die FSI Geschichte hatte auch grad Zettel aushängen für die Ersti-Fahrt und die Leute von der FSI meinten: „Los, kommt alle mit, tragt euch schnell ein.“ Das fand ich total cool und hab mich dann sofort eingetragen. Am Ende war ich eine von dreien, die mitgefahren sind. Das habe ich überhaupt nicht verstanden, das war doch voll das coole Angebot. Aber ich bin natürlich auch nach Berlin gekommen, um zu streiken, nicht um zu studieren. Das hat man vielleicht auch an der Studienwahl gemerkt: Kunstgeschichte, Theaterwissenschaften – da kann man auch streiken.

FU70: Wie kann es denn sein, dass nur drei Leute mit auf der Ersti-Fahrt fahren?

A. B.: Es herrschte wohl so eine gewisse Grundskepsis: „Hm, wer ist denn das...?“ Außerdem wollten viele Leute am ersten Freitag nicht fehlen. Dabei wäre das überhaupt kein Problem gewesen, da wir ja alle noch auf Magister studiert haben. Bei den Bachelor-Leuten haben wir dann später immer gesagt, dass wir im Ernstfall mit den Dozenten reden würden, weil die tatsächlich noch mehr Schiss hatten und wir dachten, dass am Ende sonst niemand mehr mitkommt. Dafür sind bei diesen kleinen Ersti-Fahrten fast alle, die mit waren, am Ende bei der FSI geblieben, hat also trotzdem was gebracht und war ziemlich cool. Bei den Literaturwissenschaften war das nie so. Da gab es zwar auch eine FSI, aber die war ein bisschen verschnarcht und hat mehr so Kultur-Zeug gemacht.

FU70: Nochmal zu einem ganz anderen Thema: Wie sah es denn vor 16 Jahren, als du nach Berlin gekommen bist, mit der Wohnungssituation aus? Konntest du eine Wohnung finden?

A. B.: Ja, ich habe eine Wohnung gefunden, und dass obwohl ich solche online Portale überhaupt nicht kannte, die waren vermutlich auch noch nicht so verbreitet. Ich habe von Freunden meiner Eltern Zeitungsaus-

schnitte geschickt bekommen und dann habe ich da angerufen. Aber so habe ich eine Wohnung gefunden. Gefühlt war die Miete immer im BAföG-Rahmen mit drin. Am Anfang habe ich für 210€ gewohnt, allerdings waren das auch nur zehn Quadratmeter. Unterm Strich war es also schon teuer, aber das war auch in Steglitz. Ich habe erst später rausgefunden, dass man mit dem Fahrrad in 15 Minuten am FMI sein konnte. Stattdessen bin ich immer einen großen Umweg mit dem Bus gefahren. Ich bin dann umgezogen, weil ich gemerkt habe, dass alle meine Freunde in Kreuzberg wohnen, und dann in Neukölln gelandet. Meine Mieten haben sich aber eigentlich immer im 200er Rahmen bewegt, auch als das Zimmer größer wurde. Als ich dann aus dem Erasmus-Semester zurückkam, ging das auch noch. Ich hatte immer ca. 500 bis 600 € und von 200 bis 250 € gelebt. 2006 sind wir dann kollektiv umgezogen in eine Wohnung, wo wir mit allen Zimmern belegt 200 € gezahlt haben. Das war dann krass, als einer ausgezogen ist und wir das Durchgangszimmer mit übernehmen mussten, waren das dann 250€ pro Nase – egal wie groß die Zimmer waren. Dort habe ich zehn Jahre gewohnt, aber als ich dann reingekuckt habe... Ich hatte halt vorher 250€, mit Strom usw. vielleicht 280€, gezahlt und dachte mir, ich gucke mal für 300€ – nix. Dann gucke ich für 350€ – auch noch nichts. Dann habe ich mir gedacht, man darf echt nicht mehr umziehen.

FU70: Aber trotz einiger Probleme klingt ja durchaus raus, dass es, im Vergleich zu heute, vor 10-15 Jahren durchaus noch möglich war, bezahlbar in Berlin zu wohnen.

A. B.: Also wir haben damals eine große Wohnung gesucht mit sechs Zimmern. Wir haben uns zehn Sachen angeguckt und drei davon hätten wir sofort bekommen. Wir konnten also noch wählerisch sein, was Lage und Wohnung angeht. Heute musst du ja echt nehmen, was du kriegen kannst und dabei möglichst noch deine Eltern – am besten von allen Mitbewohnern und noch alle Großeltern obendrauf – mit in den Mietvertrag nehmen. Die Wohnung, in der ich jetzt wohne, habe ich auch nur über Kontakte bekommen. Wie das halt so ist...

FU70: Wo hat es dich nach dem Studium hin verschlagen?

A. B.: In die Schule zurück. Dabei hatte ich extra nicht auf Lehramt studiert. Total absurd: Eigentlich wollte ich nach Mexiko. Ich hatte sogar schon die ganzen Vorbereitungsseminare gemacht, aber irgendwie bin ich dann doch nicht losgekommen. Dann habe ich einen Freund, der jemanden kannte, der an einer Schule gearbeitet hat – an einer Privatschule – und da die einzige „rote Socke“ war. Und da habe ich dann einen Job gefunden: Als – tada! – Deutschlehrerin. Es hat sich also ausgezahlt, knapp zehn Jahre Germanistik studiert zu haben. Ich war auch total erstaunt, dass sie mich ohne Lehrerfahrung eingestellt haben. Das mache ich auch immer noch.

Es gibt ja auch immer Leute, die als zweites Fach BWL oder so belegen, um damit später Geld zu machen und

Geschichte halt für sich gemacht haben. So habe ich das mit Deutscher Literaturwissenschaft gemacht – und es hat am Ende lustigerweise hingehauen. Mit Geschichte habe ich berufsmäßig nie wieder was gemacht.

FU70: Wir würden dann auch langsam zum Schluss kommen. Hast du noch irgendwelche Erkenntnisse, die du jüngeren Studierenden gerne mit auf den Weg geben möchtest?

A. B.: Ja. Also bei meiner Schwester konnte ich beobachten, dass sie nur studiert hat, um zu studieren. Zugegeben, sie hat auch Medizin gemacht, aber ich bin halt zum Studium gekommen, um Leute kennenzulernen, die sich, wie ich, kritisch mit Sachen auseinandersetzen wollten, und nicht, um wieder im Klassenraum zu sitzen. Wie gesagt: Ich war schon in der FSI Geschichte, bevor ich überhaupt Geschichte studiert habe. Das war für mich das Wichtige, also sich mit Leuten zu vernetzen, mit Leuten zusammen Politik zu machen, wenn es sein muss Hochschulpolitik, oder auch Geschichtspolitik, einfach andere Leute dazu anzuregen, kritisch zu denken, Sachen zu hinterfragen oder sich neue Theorien zu erarbeiten. Das ist das, was ich mitgenommen habe und das, was ich immer noch weiß und nicht das, was ich in meinem Mittelalter-Seminar gelernt habe. Die Raunkämpfe, Auseinandersetzungen mit Autoritäten, Dekanen, Geschäftsführenden Direktoren usw. – das ist das Wichtige.

FU70: Das ist doch ein schönes Schlusswort. Vielen Dank für das Interview.

Vorbemerkung

Da leider zum Bildungsstreik 2009/10 bis Redaktionsschluss noch kein Artikel vorlag, drucken wir im Folgenden einen Ausschnitt aus dem Artikel „Kleine Geschichte der FU Berlin“. Dieser wurde ursprünglich von Manfred Suchan geschrieben, aber immer wieder kollektiv und anonym bearbeitet und ergänzt (so auch der hier abgedruckte Teil). Abgedruckt wurde der Text in zahlreichen Ausgaben von „Mein erstes Semester“, zuletzt in der 24. Auflage aus dem Jahr 2017 im Bearbeitungsstand von 2012.

Der (z. T. etwas zu wenig selbstkritischen) Aufzählung der Ereignisse und Proteste folgt ein Appell an die Studierendenschaft, der auch heute noch sehr aktuell ist. Wir halten einen Abdruck dieses Überblicks für unverzichtbar, auch da hier die Ausgangslage für viele spätere Ereignisse gelegt wird. Der Zeitraum ab 2012 wird im ausreichenden Maße im „aktuellen“ Teil gewürdigt, weshalb er im historischen Teil nicht vorkommt.

Die FU70-Redaktion, 2018

Kampf gegen Windmühlen? – Bildungsproteste 2009-2012

Bundesweiter Bildungsstreik Sommersemester 2009

An (fast) allen Instituten und Fachbereichen waren nun die Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt. Nachdem es längere Zeit so schien, als würde die erhebliche Umstrukturierung der Studiengänge, Anwesenheitspflicht, Zwangsberatung und eine ständige Atmosphäre des Leistungszwangs und -drucks den größten Teil der Student_innen nicht berühren bzw. von ihnen als Normalität aufgefasst werden, zeigte sich beim bundesweiten Bildungsstreik im Sommersemester 2009 ein anderes Bild. Vom 15.06. bis zum 19.06. wurde eine bundesweite Streikwoche auf die Beine gestellt, deren Höhepunkt eine Großdemonstration am 17.06.2009 war. 220 000 Schüler_innen und Studis gingen auf die Straße, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Die Studis hatten sich nach längeren Diskussionen und Verhandlungen auf vier zentrale Forderungen einigen können, die inhaltlich noch individuell ausgestaltet werden konnten:

- Soziale Öffnung der Hochschulen
- Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form
- Demokratisierung des Bildungssystems
- Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen.

Allein in Berlin protestierten 25 000 Schülis, Studis, Azubis, Lehrende genau so wie andere von der Umstrukturierung des Bildungssystems Betroffene. Es gab ein alternatives Veranstaltungsverzeichnis für die Streikwoche, in dem Student_innen verschiedene Workshops, Seminare und Veranstaltungen anboten.

Mehrere Pflichtveranstaltungen und Vorlesungen wurden boykottiert. An der TU und HU wurden Gebäude besetzt.

An der FU wurde am frühen Montagmorgen (15.06.2009) das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft verbarrikadiert und besetzt. Alle Veranstaltungen, die normalerweise in der Ihnestraße 21 und 22 sowie in der Garystraße 55 stattfinden, fielen während der gesamten Bildungsstreikwoche aus. In diesen Gebäuden befinden sich neben dem OSI auch das Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, das Soziologie-Institut sowie das Osteuropainstitut. Auch der Forschungsbetrieb und die Verwaltung waren stark eingeschränkt. Stattdessen fanden alternative Seminare und Diskussionsrunden statt. Die Besetzer_innen stellten Forderungen auf, die dem Fachbereichsdekanat präsentiert und mit diesem diskutiert wurden.

Ebenfalls am Montag wurde ein Raum in der Silberlaube besetzt, um eine Streikzentrale und damit einen Anlaufpunkt einzurichten. Am 16.06.2009 wurde an der FU das Präsidium nach einer Vollversammlung von mehreren hundert Studis besetzt. Sie forderten die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, freie Wahlmöglichkeiten für Studienmodule, Viertelparität in den akademischen Gremien, die Abschaffung der Erprobungsklausel und außerdem die Infragestellung von Dieter Lenzen als Präsident. Lenzen hatte kurz zuvor die Studierenden der FU für die Demonstration am 17. Juni von der Anwesenheitspflicht freigestellt. Hintergrund der Freistellung waren die laufenden Verhandlungen um die Hochschulverträge, bei denen sich eine

Realkürzung des Hochschuletats abzeichnete. Vom AStA FU wurde die Freistellung zwar begrüßt, jedoch wollte mensch sich nicht vereinnahmen lassen, da sich der Protest ausdrücklich auch gegen Dieter Lenzen und die Politik des Präsidiums richtete.

Im Rahmen des Bildungsstreiks kam es zu mehreren brutalen Polizeieinsätzen. Alles in allem haben die Demonstrant_innen sich jedoch nicht abschrecken lassen, sondern kreativ und friedlich weiterhin ihren Unmut verdeutlicht.

Folgen und Erfolge des Bildungsstreiks 2009 waren noch unklar. Die Protestwoche war zwar vorbei, das Protestsemester jedoch noch nicht. Jetzt galt es mit den erarbeiteten Forderungen und Resolutionen an AS und Präsidium heranzutreten. Die Streikwoche war ein Anfang, auf dessen Grundlage weiter protestiert und gekämpft werden musste.

Höhepunkt und Ende der „Uni brennt“-Bewegung 2009/2010

Im Wintersemester 2009 erreichte der Bildungsstreik, als „Uni brennt“-Bewegung seinen Höhepunkt. Ende Oktober wurden in Österreich in fast allen großen Städten Universitäten besetzt. Auch dort protestierten die Studierenden gegen Ungerechtigkeit und Missstände im Bildungssystem. Anfang November fingen auch die Studierenden in Deutschland an, ihre Universitäten zu besetzen. Unter den ersten waren, Heidelberg, Potsdam, München und Dresden. Am 11.11.09 entschlossen sich auch die Studierenden der FU Berlin in einer großen Vollversammlung, den Hörsaal 1a der Silberlaube zu besetzen und so auch ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Am selben Tag wurde auch noch das Audimax der Humboldt Universität und am darauffolgenden Tag die Alice Salomon Hochschule in Berlin und die Technische Universität Berlin besetzt. Schnell entwickelte sich im „Freiraum 1a“ eine Infrastruktur mit Schlafplätzen, VoKü im Innenhof und vielen Arbeitsgruppen, die Inhalte, Positionen und Forderungen entwickelten. Auch wurden einige Konzerte in dem besetzten Hörsaal gegeben. Bis Ende des Monats waren in Deutschland 75 Universitäten und Hochschulen besetzt. Dazu kamen dann noch 16 Universitäten in Österreich und der Schweiz. Eine noch nie dagewesene Vernetzung zwischen den Unis fand statt, Solidaritätserklärungen wurden verschickt, per Video-Livestream konnte bei anderen Plena zugesehen werden. Bald kamen auch Meldungen aus Ungarn, den USA, England, Italien, Frankreich und Griechenland, wo Studierende sich solidarisierten, gegen die Politik in ihrem Land protestierten oder ihre Unis besetzten. Eine Woche nach der Besetzung fanden in Berlin und vielen anderen Städten bundesweit Großdemonstrationen statt. In Berlin beteiligten sich 12.000 Studierende und Schüler_innen an der Demonstration. Vom Unipräsident Lenzen war in den ersten Wochen der Besetzung nichts zu hören oder zu sehen, auch bei den Sitzungen des Akademischen Senats ließ er sich entschuldigen. Erst am 11.12. erhielten Studierende, Professor_innen und Mitarbeiter_innen die Nachricht: „Dieter Lenzen geht nach Hamburg“. Die Streikenden der FU schickten eine Beileidsbekundung nach Hamburg. Am 25.11. wurden auch an der Charité in Mitte von Studierenden Räume

besetzt. Am 26.11. folgte nach einer weiteren studentischen Vollversammlung, diesmal in der Mensa zur Unterstützung des Warnstreiks der Beschäftigtenvertreter_innengewerkschaft ver.di, eine Besetzung am Otto-Suhr-Institut. Trotz mangelnder Aufmerksamkeit des Akademischen Senats arbeiteten die Streikenden an der FU weiter an ihren Forderungen und Positionen. Vom 30.11.–04.12.09, parallel zum eintägigen Bildungsgipfel von Kanzlerin Merkel, fand auch an der FU ein selbstorganisierter einwöchiger Bildungsgipfel mit Workshops und Diskussionen statt, um die Positionen der Studierenden zu zeigen.

Anfang Dezember fand der erste Runde Tisch statt, ein von den Streikenden initiiertes Zusammentreffen mit allen Statusgruppen der Universität. 6 Professor_innen, 6 wissenschaftliche und 6 sonstige Mitarbeiter_innen sowie 12 Studierende waren eingeladen. Hier sollten die Forderungen der Studierenden sowie generelle Probleme an der Uni besprochen werden. Durch die Empfehlung des Runden Tisches wurde am 16. Dezember im Akademischen Senat die Aussetzung der Anwesenheitspflicht beschlossen.

Kurz vor Beginn der Weihnachtsferien folgte eine Welle von Räumungen, darunter z. B. in Frankfurt am 2.12. mit massiver Polizeigewalt oder in München noch während der Weihnachtsferien. Die Besetzer_innen des Hörsaals 1a an der FU entschieden sich, den Hörsaal auch über Weihnachten besetzt zu halten und feierten zum Teil sogar mit ihren Familien und einem geklauten Weihnachtsbaum des Seminaris Hotels im Hörsaal 1a. Nach den Weihnachtsferien Anfang Januar waren nur noch wenige Unis besetzt. Am 10.02.10 hob das Präsidium die Duldung der Besetzung an der FU auf. Am 14.02. um 6 Uhr früh veranlasste das Präsidium überraschend und unter Einbeziehung eines privaten Sicherheitsdienstes und der Polizei die Räumung des Hörsaals 1a (einem der letzten besetzten Hörsäle der „Uni brennt“-Bewegung). Da einige Besetzer_innen sich weigerten den Hörsaal zu verlassen, wurden sie von der Polizei herausgetragen bzw. herausgeschleift und danach für mehrere Stunden von der Polizei festgehalten. Diese Personen hatten bis zu einem Jahr lang mit den Repressionen zu kämpfen, vor allem auch da sich die Unileitung erst nach mehreren Anfragen und Gesprächen bereiterklärte, die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch zurückzuziehen.

Räumung des Seminarzentrums und „Exzellenziade“ 2011/12

Gegen die weiter anhaltenden Probleme im Bildungssystem regte sich im Wintersemester 11/12 abermals Widerstand.

Auf einer Vollversammlung Mitte November nahmen die Studierenden eine Bestandsaufnahme des angesammelten Unmuts vor. Dabei zeigte sich, dass nicht nur Prüfungsstress und Zugangshürden im Bildungswesen Studierende vor Probleme stellten, sondern sie auch von steigenden Mieten und niedrigen Löhnen betroffen sind. Mehrere Hundert Studierende wollten die Diskussion nach der Vollversammlung fortsetzen und besetzten das Seminarzentrum, um sich einen Raum zum Diskutieren und Vernetzen zu schaffen. Entgegen der öffentlichen Inszenierung der „Freien“ Universität

hält das Präsidium wenig von kritisch-reflektierenden Studierenden und ordnete noch am selben Abend die Räumung an. Eine Hundertschaft der Polizei zerrte 60 Studierende aus deren Uni und bedrohte nebenbei auch noch einen Pressefotografen. Die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs wurden später zurückgezogen, nachdem betroffene und empörte, solidarische Studierende zahlreich eine Sitzung des Akademischen Senats besuchten und vom Präsidium Rechenschaft über die Repression verlangten.

In der Folge etablierte sich mit dem wöchentlichen Plenum im Mensa-Foyer eine Anlaufstelle für alle Studierenden, die genug hatten von der Vereinzelung im Bologna-Studium. Der Austausch über die Missstände an der Uni und darüber hinaus stand unter der Prämisse, nicht einfach Forderungen an Autoritäten zu richten, sondern selbst aktiv zu werden und die besagten Autoritäten nach Möglichkeit zu ignorieren.

Anfang 2012 organisierte die Bildungsprotestgruppe mit der „Exzellenziade“ ein satirisch überzeichnetes Sportevent, um den absurden Konkurrenzwahn der Exzellenzinitiative zu kritisieren. Im Bildungshürdenlauf galt es Hindernisse auf dem Weg zur Exzellenz zu überwinden: Um kritische Lehre abzuwickeln, befreiten sich die Sportler_innen aus der Umschlingung von Frischhaltefolie. Bücher wurden weggeworfen, um unnötigen Wissensballast abzulegen und Bibliotheken zu schließen. Kurz vor dem Ziel mussten beim Aufbau von Bündnissen mit der Wirtschaft noch unzählige Hände von anzugragenden Geschäftsmenschen geschüttelt werden. Anschließend zogen 50 Studierende zum Henry-Ford-Bau, wo eine stark verstärkte Sicherheitstruppe Studierenden den Zugang zur eigenen Uni verwehrte. Im so zum Exzellenzbunker degradierten Gebäude trafen die externen Gutachter_innen der Exzellenzinitiative auf handverlesene Uniangehörige und versuchten herauszufinden, ob die „Freie“ Universität weiterhin den Exzellenzstatus tragen dürfe. Sprechchöre und rhythmische Fenstertrommelei brachten die Fassade des Exzellenzbunkers zum Beben. Schließlich gelang es den Protestierenden, trotz gewaltsamer Gegenwehr der Sicherheitskräfte, durch eine Tür und ein Fenster eines Hörsaals das Gebäude zu betreten. Die Gewalt der Sicherheitskräfte – Stöße, Schläge und Tritte, auch gegen bereits am Boden Liegende – wurde später von der Universitätsleitung geleugnet.

Das Jahr der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO)

Mit der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) wurde im Sommersemester 2012 die lange Liste der Protestgründe um ein Element erweitert. Das vom FU-Präsidium im Geheimen ohne Beteiligung von Studierenden entworfene Regelwerk für alle Studiengänge gelangte an die Öffentlichkeit, die den Leitgedanken des Entwurfs sofort erkannte: Der ohnehin hohe Leistungsdruck im Studium sollte weiter steigen und ein Rollback, der in der Vergangenheit erkämpften Verbesserungen durchgeführt werden. Kernpunkte der Kritik waren die Verschärfung der Zwangsberatung für „langsame“ Studierende, die bereits ab dem dritten Semester greifen sollte, die neue Beschränkung der Prüfungswiederholungen auf zwei sowie die Wieder-

einführung der seit 2009 ausgesetzten Anwesenheitspflicht.

Um ihrem Protest gegen die intransparente und undemokratische Arbeitsweise des Präsidiums und die Inhalte der RSPO Nachdruck zu verleihen, zogen im Anschluss an eine Vollversammlung im Juni etwa 300 Studierende in einer Spontandemonstration zum Sitz des Präsidiums. Dort fanden sie heruntergelassene Rollläden, erneut gewalttätige private Sicherheitskräfte und, nach kurzem Warten, zwei Vertreter_innen des Präsidiums vor. Diese erklärten, dass die neuen Regelungen nur im besten Interesse der Studierenden seien und hielten die Diskussion damit für erledigt. Auf die Forderung nach einem Runden Tisch unter Beteiligung aller Statusgruppen wurde eindeutig geantwortet: Nein!

Zwei Wochen nach dem Überraschungsbesuch im Präsidium statteten Studierende zahlreich dem Akademischen Senat einen Besuch ab, und forderten eine Diskussion über Sinn und Unsinn der geplanten Verschärfungen ein. Die im Audimax geführte, mehrstündige Debatte eines Teils der AS-Mitglieder mit rund 200 Studierenden ließ zwar harmonische Töne anklingen und stellte, ebenso wie zwei Besuche des Präsidenten Peter-André Alt und des Vizepräsidenten für Studium und Lehre, Michael Bongardt, eine für die FU ungewöhnliche Öffnung dar, doch fand in der Sache keine Bewegung statt. Einzig die Zwangsberatung wurde vollständig aus der RSPO gestrichen, da der gesteigerte Beratungsaufwand nicht zu leisten und eine andere, sanftere Regelung rechtlich nicht möglich war. Zunehmend wurde klar, dass jede Diskussion und jedes Gespräch für das Präsidium und seine professorale Machtbasis im AS nur dem Zweck der Beschwichtigung und des Hinhaltens diene. Ihre Hoffnung war, der Protest werde sich im Laufe des Sommers, spätestens aber über die Semesterferien, totlaufen und von selbst erledigen.

Doch die Rechnung sollte nicht aufgehen. Als am 14. November 2012 der Akademische Senat endgültig die noch immer kräftig kritisierte RSPO verabschieden sollte, beschloss eine Vollversammlung, sich der professoralen Mehrheit nicht unterzuordnen. Noch vor den Senatsmitgliedern besetzten über 250 Studierende den Sitzungssaal im Henry-Ford-Bau sowie dessen Vorraum und verhinderten mit der Sitzung auch die Verabschiedung der RSPO. Vom Stuhl des Präsidenten aus, der sonst die Sitzungen des Akademischen Senats leitet, eröffnete Lucas Feicht vom Referat für Hochschulpolitik die 1. Sitzung des „Freien Akademischen Senats“. Im Saal, in dem sie sonst zu stummen Zuschauern gemacht werden (Erste Vizepräsidentin Monika Schäfer-Korting: „Es diskutieren die Mitglieder des Senats miteinander, und die Zuhörer heißen Zuhörer, weil sie zuhören!“), bekräftigten die Studierenden im offenen Plenum ihre Forderung nach mehr Beteiligung und einem Runden Tisch als notwendige Bedingungen einer annehmbaren RSPO. Auf weitere Scheindebatten und Beschwichtigungsversuche ließen sich die Besetzer_innen nicht ein, sodass Präsident Alt und sein Vize Bongardt den Senatssaal nur betreten durften, um sich den Forderungskatalog der Studierenden abzuholen. Anschließend mussten sie wieder gehen.

Hierauf reagierte das Präsidium Anfang 2013 nicht

etwa mit einer Abkehr vom falschen Kurs, sondern mit einer Machtdemonstration. Im Januar wurde die Polizei bestellt, um den Ausschluss der Öffentlichkeit von der gesamten AS-Sitzung durchzusetzen. Es zeigten sich aber neben den Studierenden, die in einer Petition Peter-André Alts Rücktritt forderten, auch einige Professor_innen empört über Polizeieinheiten, die bereits mehrere Stunden vor der Sitzung über den Campus patrouillierten. In der Folge dieses PR-Desasters – auch die Presse interessierte sich – entzog sich Alt für einige Monate seiner Verantwortung für den Konflikt, polierte bei gemeinsamen politischen Reisen mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit sein Image und ließ AS-Sitzungen von seiner Stellvertreterin Monika SchäferKorting leiten.

In dieser verfahrenen Situation legten die Studierenden dem Akademischen Senat am 13. Februar 2013 ein Dialogangebot vor, mit dem sie die drohende weitere Eskalation abwenden wollten. Um dem sich verstetigenden Wechsel von gesprengten Gremiensitzungen und Pauschalausschluss der Öffentlichkeit zu entkommen, sollte das Beschlussverfahren zur RSPO ausgesetzt werden und stattdessen mit allen Universitätsangehörigen diskutiert werden, wie die im Laufe der Auseinandersetzung evident gewordenen Demokratiedefizite beseitigt werden könnten. Das Präsidium und die professorale Mehrheit des Akademischen Senats zogen es vor, in die ausgestreckte Hand zu spucken und sagten den Studierenden eine Diskussion zu – nach Beschluss der RSPO. Schließlich hatten sie ein Ass im Ärmel: Auf den Versuch hin, erneut die Sitzung des Akademischen Senats zu sprengen, verkündete Schäfer-Korting, die Sitzung werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit an einem anderen, geheimen Ort fortgesetzt.

Die studentischen AS-Mitglieder wurden vor die Wahl gestellt, mit unbekanntem Ziel in ein Auto zu steigen oder auf die Ausübung ihres Mandats zu verzichten. Als Ziel der Flucht stellte sich das brandenburgische Teltow, genauer das Gelände des Helmholtz-Zentrums heraus. Dort wartete auch der private Wachschutz der FU auf die in Taxis nachgereisten Protestierenden. Mitarbeiter_innen des Wachschutzes bedrohten einen Fotografen noch außerhalb des Geländes und nahmen ihm seine Kamera weg. Später betreten Studierende das Gelände, um zur Senatssitzung zu gelangen, und wurden vom Wachschutz verprügelt. Hiervon wurden die Senatsmitglieder und das Präsidium in Kenntnis gesetzt, ohne dass sie es für notwendig erachtet hätten, die Sitzung zu unterbrechen. Einen Beschluss der RSPO konnten die studentischen AS-Vertreter nun nur noch mit einem suspensiven Gruppenveto bis zur folgenden Sitzung verzögern.

Letztlich wurde die RSPO am 20. März 2013 beschlossen. Aus der Summe ihrer großen und zahlreichen kleinen Kritikpunkte an der Präsidiumsvorlage zur RSPO hatten die Studierenden einen Gegenentwurf verfasst und als Änderungsantrag eingebracht. Ein Zitat aus der Sitzung fängt die ganze Farce ein, die auch stellvertretend für die immer behauptete, jedoch nie ehrlich vorhandene, Gesprächsbereitschaft des Präsidiums und seiner Paladine steht: „Wir dürfen jetzt den studentischen RSPO-Entwurf vorstellen, er wird dann aber gar nicht erst zur Abstimmung kommen?“ – „Genau, so sieht es aus.“

Am Ende musste die Abstimmung mit Stimmzetteln statt Handzeichen durchgeführt werden, da fast ein Jahr nach Beginn der Auseinandersetzung die Studierenden noch immer nicht aufgegeben hatten und eine reguläre Abstimmung mit Lärm und Konfetti unmöglich machten. Dass selbst in den Semesterferien noch genügend Menschen zu einer AS-Sitzung mobilisiert werden konnten, zeugt von der Bedeutung der behandelten Themen und vor allem von der gerechten Wut, die Peter-André Alts Präsidium mit seinem Handeln immer wieder entfachte. Eine Aufarbeitung des 13. Februars wurde abgelehnt, weil in der Welt des Präsidiums nichts Besonderes geschehen war. Alt verhönte sogar die Opfer der Gewalt: „Den Studierenden hätte klar sein müssen, dass ihnen Grenzen gesetzt werden.“ Er hätte auch sagen können: „In Dahlem nichts Neues.“

Was tun?

Mit dem Beschluss der RSPO scheint die Auseinandersetzung abgeschlossen. Natürlich wird neben dem juristischen Kampf gegen die RSPO und ihre Folgen auch an der FU selbst z. B. per zivilem Ungehorsam gegen Anwesenheitskontrollen gekämpft. Aber darin liegt keine Protestperspektive.

Der einjährige Konflikt hat aber immer wieder strukturelle Probleme der FU ans Tageslicht befördert, die weit über den miserablen Politikstil des Präsidiums hinaus gehen. In letzter Instanz ging es bei der RSPO nicht nur um die Frage, wie oft nicht bestandene Prüfungen wiederholt werden dürfen. Es ging auch darum, wie Entscheidungen getroffen und wessen Interessen dabei berücksichtigt oder unter den Tisch gekehrt werden. Immer wieder bekamen die Protestierenden von professoralen Mitgliedern des Akademischen Senats zu hören, es gebe einen Dissens, und die Studierenden hätten zu akzeptieren, dass demokratisch durch Abstimmung entschieden würde. Hier liegt aber gerade das Problem: Eine selbstbewusste Studierendenschaft, die Uni nicht nur als Fortsetzung der Schule mit anderen Mitteln versteht, sondern gleichberechtigter Teil der von verschiedenen Gruppen getragenen Hochschule sein will, kann die bestehenden Machtverhältnisse in den Hochschulgremien niemals akzeptieren. Wo der kleinsten Statusgruppe, den Professor_innen, von Gesetzes wegen in allen relevanten Gremien die absolute Mehrheit zugestanden wird, über die Belange von 33.000 Studierenden zu entscheiden, herrscht ein feudales Ständesystem und keine Demokratie.

Wesentliche Ursache vieler Demokratiemängel ist die Teilgrundordnung (TGO), eine Art Verfassung der FU, in der die Existenz von Gremien und ihre Entscheidungsbefugnisse geregelt sind. Andere Universitäten haben im Gegensatz dazu eine vollständige Grundordnung, was nicht nur eine Spitzfindigkeit ist. Der Unterschied weist darauf hin, dass an der FU vieles nicht geregelt ist, was die FU laut Berliner Hochschulgesetz festlegen könnte. Unter anderem aus diesen Regelungslücken entsteht die Macht des Präsidiums, das im Zweifel sich selbst für zuständig hält. Eine (Teil-)Grundordnung ist aber nicht in Stein gemeißelt, sondern kann geändert werden. Dies hat im Sommer 2013 die TU Berlin eindrucksvoll bewiesen, als der Erweiterte Akademische Senat beschloss, er selbst solle künftig

viertelparitätisch besetzt sein. Viertelparität bedeutet, dass alle Statusgruppen mit gleicher Sitzzahl vertreten sind. Was gut und demokratisch klingt hat das Bundesverfassungsgericht 1973 in einem umstrittenen Urteil in allen Gremien, die Forschung und Lehre unmittelbar betreffen, wegen der Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 GG für verfassungswidrig erklärt. Der Erweiterte Akademische Senat wählt aber vor allem das Präsidium und trifft keine Entscheidungen zu Forschung und Lehre.

Es wird in nächster Zeit die Aufgabe der Studierenden an der FU sein, aus Abwehrkämpfen gegen schlechter werdende Studienbedingungen auszubrechen und gegen die undemokratische Ständeordnung einzutreten, die ursächlich immer wieder Entscheidungen gegen studentische Interessen produziert. Abseits der FU selbst stellt die anhaltend unzureichende Finanzierung der Hochschulen die Studierenden vor die Frage, ob sie hinnehmen wollen, dass Geld lieber für Luftschlösser ausgegeben wird, als für das Bildungswesen.

Ausblick – Proteste ohne Ende?

Die seit den 90ern zu beobachtende Erlahmung und Entpolitisierung der Berliner Studierendenproteste konnte durch den Ausbruch von 2003 kurzzeitig aufgehalten werden. Dieser Protest unter der Parole „gegen Bildungs- und Sozialabbau“ konnte die sich abzeichnende Einengung von Bildungspolitik auf studentische Lobbypolitik verhindern und die Einführung von Studiengebühren sabotieren – doch eine hochschulpolitische Trendwende gelang nicht.

Im Gegenteil: die im Rahmen des europaweiten „Bologna Prozesses“ erfolgte Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge als größtes Reformprojekt seit 1968 wurde von den Studierenden weitgehend passiv hingenommen. Zwar hatten studentische Kritiker_innen, unter ihnen auch der AStA FU, schon seit Beginn des Jahrzehnts vor einer Entwissenschaftlichung und Verschulung des Studiums gewarnt, konnten sich jedoch kein Gehör verschaffen.

Mittlerweile ist abzusehen, dass nicht nur diese im voraus geäußerten Kritiken an der BA/MA-Reform voll eingetroffen sind, sondern dass die überhastete und in weiten Teilen unkoordiniert durchgezogene Reform eine Reihe weiterer Probleme verursacht hat: sich überschneidende Pflichtveranstaltungen, dadurch unstudierbare Stundenpläne, ein datenschutzmäßig fragwürdiges und technisch mangelhaftes Campus-Management-System sowie eine grandiose Inkompatibilität der neuen Studiengänge untereinander.

Insbesondere letzteres ist ein bundesweites, ja europäisches Phänomen und vieles spricht dafür, daß die neueste Studienreform auch nach den Maßstäben ihrer Befürworter_innen gescheitert ist. Wurde noch vor fünf Jahren eine grenzenlose Flexibilität und europaweite Kompatibilität versprochen, so ist heute nicht einmal mehr die Kombination von Haupt- und Nebenfach an HU und FU möglich. Zahlreiche Sonder- und Ausnahmeregelungen halten zwar seitdem die FU am Laufen, es wird jedoch wohl noch Jahre dauern bis sich aus den neuen Studiengängen ein irgendwie „geregelter“ Alltag entwickelt hat. Und ob die von den Reformern angestrebte EU-weite Kompatibilität in absehbarer Zeit

überhaupt erreicht wird, ist absolut zweifelhaft.

Dennoch blieben die Proteste an den Unis bescheiden. Die Neuerungen trafen nur die jeweiligen Erstsemester_innen und spalteten die Studierendenschaft in Altstudierende der auslaufenden Studiengänge und die neuen BA/MA-Studis. Objektive gemeinsame Interessen werden somit weniger sichtbar, die unterschiedlichen Seminare und der verschiedene Studienalltag schwächen das Zusammengehörigkeitsgefühl. Aber, das zeigen die Ereignisse des Wintersemesters 2005/2006 und des Sommersemesters 2009, Proteste sind dennoch kein Phänomen der Vergangenheit. Die geradezu erschreckend schlampige Umsetzung der Reform erzeugte unter der Studierendenschaft beinahe noch mehr Wut als die eigentlichen Verschlechterungen im Studienalltag. Das Potential für Proteste ist da, Gründe gibt es genügend, aber im Alltag dominieren häufig Vereinzelung, Durchwursteln und unter den Altstudis der Wunsch „endlich fertig werden“.

Politisch aktive Studierende sehen ihr Aktionsfeld eher außerhalb der Universitäten. Allerdings sollte dieser gesellschaftliche Raum nicht aufgegeben werden. Eine kollektive Organisierung im eigenen Lebensmittelpunkt ist immer noch das beste Rezept gegen die neoliberale Offensive in allen Bereichen der Gesellschaft. Die erfolgreiche Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003 zeigte, dass ein solches Engagement auch konkrete Früchte tragen kann. Langfristig ist jedoch mehr nötig, es gilt, die demokratische Gegen-Öffentlichkeit an den Unis wiederherzustellen, sich von Debattierklubs und Karrieremessen zu emanzipieren und eigene Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln – auch wenn diese zunächst unrealistisch erscheinen mögen. Vergangene Proteste lehren vor allem eines: Radikale Opposition an den Unis erzielte stets die größten realpolitischen Erfolge, und zwar nicht nur an der Hochschule. Angepasst fatalistisches Mitgestalten oder zurückhaltend konstruktive Kritik hingegen wurden stets gnadenlos vereinnahmt oder schlichtweg ignoriert. Studentische Politik von heute muss deshalb radikaler werden, sich ernsthaft mit Themen und Bündnispartner_innen außerhalb der Unis beschäftigen, ohne jedoch die Uni selbst darüber zu vernachlässigen. Gelingt es nicht, die Universität im demokratischen Sinne zu repolitisieren, werden neokonservative think tanks und marktradikale Politiker_innen die letzten demokratischen Bastionen auf dem Campus schleifen, um die Freie Universität durch die „Profitorientierte Leistungsuniversität“ zu ersetzen. Studiengebühren, Überwachung, Kontrolle, selektierter Zugang und die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (AStA) sollen sicherstellen, dass in Zukunft nur noch gelehrt, studiert und geforscht werden kann, was dem Establishment genehm ist. Ein derart gleichgeschaltetes „Unternehmen Universität“, dass statt Solidarität nur „corporate identity“ vermittelt und dessen Marktradikalismus schon totalitär anmutet, kann letztlich nicht in unserem Interesse sein. Eine solche Universität negiert persönliche Wünsche aller Art weit stärker als die alte Bürokratenuni und reduziert seine Studierenden letztlich zu reinen Objekten des Arbeitsmarktes. Und all das am liebsten noch mit unser aller freudiger Mitwirkung. Diese jedoch gilt es anderen Zielen zu widmen.

Prekäre Arbeit an der FU

Linda Guzzetti und Gabi Hänsel (2018)

Die FU ist neben einem Ort zum Lernen und Forschen vor allem für sehr viele Menschen ein Arbeitsplatz und damit ein großer Arbeitgeber (mind. 4.350 Beschäftigte)¹ Welche Art der Beschäftigungen es an dieser „exzellenten“ Universität gibt, welche Machtverhältnisse sich auf die Arbeitsverhältnisse auswirken und welche Arbeitskämpfe es in den letzten Jahren gab wollen wir hier darstellen.

1 - Art der Beschäftigungen an Hochschulen

An den Hochschulen stellen die „normalen“ Arbeitsverhältnisse, d.h. unbefristete, sozialversicherte Vollzeitbeschäftigungen, sicher nicht den häufigsten Fall dar. Solche Arbeitsverhältnisse haben die Profs (nicht die Juniors, die befristet sind) und der Großteil der Verwaltungs- und technischen Angestellte. Die Mehrheit der Beschäftigten sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, von denen auf Bundesebene 93% befristet sind. Diese leisten die meisten Lehrstunden, aber die Lehre wird auch von Lehrbeauftragten bestritten, die keine Beschäftigten sind und die pro geleistete Unterrichtseinheit vergütet werden. Hinzu kommen die Privatdozent*innen: Diese sind habilitierte Personen, die an einer Uni mindestens 2 Unterrichtseinheit pro Jahr leisten müssen, um die venia legendi (d.h. das Recht auf eine Professur berufen zu werden) nicht zu verlieren. Diese Lehre muss nicht vergütet werden und in der Regel wird sie es nicht.

2 - Machtverhältnisse an der FU

Die allgemeinen Züge der Beschäftigungsverhältnisse sind an allen Hochschulen dieselben, aber es gibt Hochschulen, die sich im gegebenen Rahmen bemühen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern oder bestimmte Härte zu mildern, und solche, an denen die Hochschulleitungen mit allen Mitteln auf Kosten der „unteren“ Gruppen sparen wollen. Dabei stellt sich die Frage, welche rechtlichen Einschränkungen, internen Kontrollmechanismen und Widerstand der Betroffenen den Hochschulleitungen gegenüberstehen.

Alle Berliner Hochschulen haben im Laufe der langen Jahre der Sparmaßnahmen (ca. 1995-2015) nicht nur viel Personal verloren, sondern auch die Kunst hoch entwickelt, um jeden Pfennig, später Cent, zu kämpfen, der ausgegeben werden sollte. Die Ausnahme dazu bilden die Prestigemaßnahmen, für die - besonders nach der Einführung der Exzellenz-Programme - genug Geld vorhanden ist. Aber für das laufende Geschäft und umso mehr wenn es um Vergütung der schlecht oder gar nicht abgesicherten Gruppen (siehe studentischen Beschäftigten oder Lehrbeauftragten), scheuen die Hochschulleitungen keine Mühe, um Kosten zu vermeiden.

Dazu waren die Lenz'schen² Reformen am Anfang des Jahrhunderts der entscheidende Wendepunkt: Die Macht des Präsidium – und generell der Leitungen auf jeder Ebene – wurde verstärkt und Gegengewichte geschwächt oder abgeschafft. Als beraten-

¹ Freie Universität Berlin. „Zahlen und Fakten“, 2016, Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.fu-berlin.de/universitaet/leitbegriffe/zahlen/index.html>.

² Dieter Lenzen war von 2003 bis 2009 Präsident der FU. Unter seiner Amtsführung sind beispiellose Sparmaßnahmen rigoros durchgesetzt worden, um die FU komplett umzustrukturieren und Mitbestimmung drastisch zu beschneiden.

³ Das sind die Professor*innen, die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, die sonstigen Mitarbeiter*innen und die Studierenden. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts müssen bei Berufungen die Professor*innen in der Mehrheit sein, aber sie haben in fast allen akademischen Senaten immer die Mehrheit der Sitze. An der TU-Berlin wird diese professorale Mehrheit in Frage gestellt; siehe: https://www.pressstelle.tu-berlin.de/menue/tub_medien/newsportal/hochschulpolitik/2016/braucht_die_universitaet_eine_viertelparitaet/.

⁴ Unter diesem Begriff werden diejenigen gemeint, die „in der Mitte“ zwischen Studierenden und Profs liegen: wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte und Privatdozent*innen.

⁵ Die Beteiligung der Lehrbeauftragten an der Lehre lag im Fachbereich Pol/Soz bei 25% und am Sprachenzentrum bei 40%.

⁶ Bei diesen Beträgen handelt sich nicht um Löhne, sondern um Betriebseinnahmen, aus denen die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden müssen. Zudem werden nur die Unterrichtseinheiten vergütet und damit werden alle mit der Lehre zusammenhängenden Tätigkeiten (z.B. Vor- und Nachbereitungen, Betreuung der Studierenden) mit abgegolten. Effektiv kommen viele damit bestenfalls auf Mindestlohniveau oder landen häufig sogar darunter.

⁷ <https://fubeschlusslib.wordpress.com/>.

de Instanz für das Präsidium wurde ein Kuratorium eingeführt, das sich als „Organ des Zusammenwirkens zwischen Hochschule, Staat und Gesellschaft“ definiert. In dieser Instanz sitzen neben Vertretungen der Statusgruppen³, des Gesamtpersonalrats, der Frauenbeauftragten, sowie fünf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Staatssekretär für Wissenschaft. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) hat außerdem einen Sitz mit Rede- und Antrags-, aber ohne Abstimmrecht. Das Kuratorium trifft sich 5-6 Mal im Jahr und kann nur allgemeine Entscheidungen treffen, ohne in das Alltagsgeschäft einwirken zu können. Trotz dieser eingeschränkten Zuständigkeit hat es beim langen Kampf für die Wiedereingliederung der ausgelagerten Bereiche des Botanischen Gartens einen wichtigen Einfluss ausgeübt, wie wir weiter sehen werden.

An Hochschulen haben die Statusgruppen durch ihre Vertretung im akademischen Senat die Möglichkeit der Mitgestaltung, aber diese ist an der FU dadurch besonders eingeschränkt, dass der akademische Senat kein Informationsrecht über das Handeln des Präsidiums hat. Durch den Personalrat Dahlem und den Gesamtpersonalrat werden die Interessen der Beschäftigten vertreten, aber diese Organe spielen eine geringe Rolle als Gegengewicht zum Präsidium dar.

3 - Proteste und Konflikte der letzten Jahre

Obwohl für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (WiMis) die Arbeitsbedingungen an der exzellenten FU gar nicht exzellent sind, ist es strukturell schwierig, den Mittelbau⁴ zu organisieren. Denn die WiMis sind fast alle befristet angestellt und zudem direkt abhängig von den Professor*innen, die auch ihre Prüfer*innen sind. Eine wichtige WiMi-Initiative, die Gruppe »FU-Mittelbau«, wurde vom Templiner Manifest der GEW inspiriert und hat ab 2010 die Themen des BefristungsUNwesens, der unberechenbaren Karrierewege und der fehlenden life-work-balance in der hochschulinternen Öffentlichkeit fest verankert. Nach vier Jahren ging die Gruppe auseinander, ohne konkrete Verbesserungen erreicht zu haben. Die Auflösung geschah vor allem deswegen, weil die in der Initiative engagierten WiMis die Universität verließen. Hier hat sich deutlich gezeigt, dass befristete Stellen nicht nur für die Lebensplanung der Betroffenen, sondern auch für das politische Engagement schädlich sind.

Eine weitere Auseinandersetzung entwickelte sich um die FU-Leseart der familienpolitischen Komponente im Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Über das allgemein gültige Arbeitsrecht hinaus, regelt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz die befristete Beschäftigung von wissenschaftlichem Personal. Das Gesetz besagt, dass wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, sofern sie aus Haushaltsmitteln beschäftigt werden, zunächst bis zu sechs Jahre je Qualifikationsstufe (d.h. je vor und nach der Promotion) befristet beschäftigt werden können. Zudem sind einige Ausnahmen vorgesehen. So eröffnet die familienpolitische Komponente beispielsweise die Möglichkeit, die maximale Befristungsdauer um zwei Jahre pro Kind zu verlängern. An der FU wurde diese Option jedoch

lange Zeit so interpretiert, dass die Verlängerung um 2 Jahre pro Kind im Rahmen der maximalen 6+6 Jahre möglich sei. Obwohl dies absurd ist, weil der Sinn der familienpolitischen Komponente ist, den Rahmen zu erweitern, ist das Präsidium so verfahren. Erst seit Unterzeichnung der Hochschulverträge, die hierzu entsprechende Vorgaben enthalten, wird nun auch an der FU vollumfänglich von der familienpolitischen Komponente Gebrauch gemacht.

Ein Teil der Lehre wird von Lehrbeauftragten bestritten; wie groß dieser Anteil an der FU ist, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden, da Angaben fehlen. 2011 mussten die Vertreter*innen des Mittelbaus über viele Sitzungen das Präsidium fragen, bis es die Zahlen über die Lehrbeauftragten veröffentlichte: Der Anteil lag damals bei 12%, mit großen Unterschieden in den Bereichen⁵. Ein ähnlicher Vorstoß der Mittelbauvertretung im Akademischen Senat führte 2016 leider zu keiner Veröffentlichung von Daten über die Anzahl und Vergütung der Lehrbeauftragten.

Die FU hat sich lange verweigert, die Lehrbeauftragten höher zu vergüten als die in der Richtlinie des Berliner Senats festgelegte Untergrenze, obwohl andere Hochschulen, besonders die Fachhochschulen, dies taten. Im Juli 2014 hat der akademische Senat (AS) einen von der Mittelbauvertretung gestellten Antrag zur „Qualitätssicherung der Lehre von Lehrbeauftragten“ bei 20 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme unterstützt. Mit diesem Antrag wurde das Präsidium aufgefordert, die Rolle von Lehrbeauftragten zu würdigen, die Vergütung angemessen zu gestalten, ihnen die Teilnahme an Weiterbildungen und den Zugang zu den akademischen Wahlen zu erleichtern. Es handelte sich allerdings nur um eine Empfehlung, da der akademische Senat in Personalfragen keine direkte Zuständigkeit hat. Trotz der breiten Unterstützung im AS geschah jedoch wenig. Im September 2014 erhöhte die Universitätsleitung die Entgelte für die Lehrbeauftragten am Sprachenzentrum: Von den damaligen 25 € pro Unterrichtseinheit zum 1. April 2015 auf 26 €, ein Jahr später auf 27 € und zum 1. April 2017 auf 28 €. ⁶ Später forderte das Präsidium die anderen Fachbereiche auf, sich an dieser Erhöhung zu orientieren. Darauf wurden die Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten (Würdigung der Arbeit der Lehrbeauftragten, Erhöhung des Honorars, Zugang zur Weiterbildung, Erleichterung des Zugangs zu den Gremienwahlen) in einer Petition verfasst, die mit circa 400 Unterschriften im Dezember 2015 dem Präsidium übergeben wurden. ⁷ Auch dieses Mal keine Resonanz, alles blieb beim Alten.

Erfolgreich war hingegen ein Vorstoß der Vertretung des Mittelbaus im Fachbereichsrat Politik und Sozialwissenschaften: Im Wintersemester 2016/17 wurde beschlossen, dass die dortig tätigen Lehrbeauftragten den FU-internen Höchstsatz der Honorare bekommen, also 36 Euro pro Unterrichtseinheit. Noch zu erwähnen ist, dass nicht alle Lehrbeauftragten vergütet werden. Besonders Stipendiat*innen und WiMis auf Drittmittelstellen, die Lehrerfahrungen für ihre Karriere sammeln wollen und müssen, sind oft bereit, unvergütet zu unterrichten. Viele von

ihnen können es schwer ablehnen, wenn ihnen die Vorgesetzten ein solches Angebot machen angesichts ihrer starken Abhängigkeitssituation. Zudem verfügt die FU über eine für die universitäre Karriere geschätzte virtuelle Währung: das Prestige der Exzellenz.

Im Gefolge der Sparmaßnahmen 1995-2015 ist die Zahl der Verwaltungs- und Technikangestellten stark gesunken, während die Zahl der Studierenden gestiegen ist. Damit hat die Arbeitsbelastung der Angehörigen dieser Gruppe, die auch „sonstige“ oder „wissenschaftsunterstützend“ genannt wird, deutlich zugenommen. Erschwerend kommt hinzu, dass ab 2006 der Tarifvertrag der Länder (TV-L) zulässt, dass neu angestellte sonstige Mitarbeiter*innen niedrig eingestuft werden. Zwar werden sie nach einer tätigkeitsbezogenen Entgeltgruppe gezahlt, aber die Erfahrungsstufe wird so niedrig angesetzt, dass sich jahrzehntelange Berufserfahrung nicht im Gehalt spiegelt. Wenn sie Bereich oder Hochschule wechseln, fangen viele in der Erfahrungsstufe 1 an, als kämen sie frisch aus der Schule. Inzwischen sind die Ausstattungen der Professuren auf ½ Sekretariatsstelle durchgängig verringert worden. Außerdem werden Junior-Prof. in den Professur-Sekretariaten mit betreut, was unsinnig ist, da gerade junge Profs eine extra Unterstützung benötigen. Dies alles bedeutet eine zusätzliche Gehaltskürzung, weil ja mehr workload fürs selbe Geld gefordert ist.

Ein Beispiel dafür stellen die „Fremdsprachsekrätärinnen“ dar, die in der Entgeltstufe 6 oder 7 des Tarifvertrags-Länder eingestuft werden, als würden sie noch die Briefe der Professoren tippen und ins Englische übersetzen, wie vor Jahrzehnten der Falls war. Heute verwalten sie alle Angelegenheiten der Institute und Lehrstühle und müssen sich ständig weiter qualifizieren.

Ein besonders dramatisches Beispiel der skrupellosen Ausbeutung an der FU fand an in der Veterinärmedizin statt. Approbierte Tierärzte wurden zunächst ohne Entgelt in der Tierklinik eingesetzt. Sie waren dazu bereit, weil sie Berufserfahrung für ihre Facharzt Ausbildung sammeln wollten. Diese Situation hielt längere Zeit an, bis einige wenige den Mut aufbrachten, und ihre Unzufriedenheit äußerten. Es ist ein langwieriger Prozess (im wahrsten Sinn des Wortes) gewesen, bis die Kolleg*innen überhaupt ein Gehalt erhalten haben. Allerdings bekommen sie jetzt schlappe 2.000 Euro brutto. Der TV-L hingegen schreibt Entgeltgruppe 14 für approbierte Tierärzte vor; damit würden sie etwa das Doppelte verdienen.⁸

4 - Zwei erfolgreiche Kämpfe

In den 90er Jahren haben die studentischen Beschäftigten in Berlin einen Tarifvertrag erkämpft, aber seit 2001 gab es keine Erhöhung der Bezüge, so dass sie mittlerweile in der damaligen Spitzenposition unter den Bundesländern, was den Lohn angeht, nicht mehr waren. Gleichzeitig haben sich aber die Anforderungen erhöht. Studentische Beschäftigte übernehmen immer öfter Aufgaben des Stammpersonals: in Bibliotheken, in der Verwaltung, im Sekretariat und in der Lehre.⁸ Im Januar 2018 traten die studentischen

Beschäftigten in Berlin in den Streik, um die Erhöhung des Stundenlohns (10,98 Euro) sowie die Dynamisierung der Bezüge nach TV-L zu fordern. Es folgten monatelange Kämpfe und wochenlange Streiks, die alle Berliner Hochschulen betrafen und bei denen die studentischen Beschäftigten der FU aktiv waren. Im Juli 2018 ist der Kampf mit einem neuen Tarifvertrag (TV Stud 3) erfolgreich abgeschlossen worden. Nicht nur werden die Stundenlöhne von derzeit 10,98 Euro bis auf 12,96 Euro im Jahre 2022 stufenweise steigen, sondern ist auch eine nachhaltige Anknüpfung an den Tarifvertrag der Länder trotz des erbitterten Widerstandes der Hochschulen durchgesetzt worden. Dieser Erfolg wurde zum einen dadurch ermöglicht, dass über 1000 von den 8000 studentischen Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder (bei der GEW oder bei ver.di) geworden sind. Zum anderen haben Hunderte von Aktiven Versammlungen, Streikcafés und Demos organisiert.

Die Hochschulleitung der FU hat Anfang 2018 in einem Rundschreiben den Streik „als rechtswidrig“ erklärt und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bei einer Streikteilnahme bedroht. Das war aber nur eine Einschüchterungstaktik, um die studentischen Beschäftigten vom Streik abzuhalten. Die Kündigungen des TV Stud II durch ver.di und GEW am 31.12.2017 war rechtswirksam und somit bestand auch keine Friedenspflicht mehr.

Ein weiterer wichtiger Kampf wurde am Botanischen Garten gewonnen, indem das dortige Outsourcing beendet wurde. Der Erfolg am Botanischen Garten ist hart erkämpft: Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde dieses Mal endlich umgesetzt. Der Botanische Garten war in den 90er Jahren vom Senat in die FU verlagert worden. Ein Teil der Beschäftigten wurden in die „Betriebsgesellschaft für die Zentraleinrichtung Botanischer Garten und Botanisches Museum (BG BGBM)“ verlagert, die eine hundertprozentige FU-Tochter war. Der Beweggrund dieser Ausgründung war es, dem Botanischen Garten „kostengünstig Dienstleistungen“ anzubieten, d.h. dass die Beschäftigten für identische Tätigkeiten bis zu 50% weniger Gehalt bekamen als die nach TV-L bezahlten FU-Beschäftigten, obwohl sie nebeneinander dasselbe gearbeitet haben. 2014 hat sich die Mehrheit der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, und ver.di hat die FU zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Der Erfolg am Botanischen Garten ist insofern besonders wichtig, weil bisher kein Fall bekannt ist, in dem sich Beschäftigte durch einen Arbeitskampf zurück in den öffentlichen Dienst gekämpft haben. Damit kann die Geschichte vom Botanischen Garten als Fallbeispiel für die Wiedereingliederung der ausgelagerten Betriebe gelten.

Zum Kampf am Botanischen Garten ist sogar ein Buch¹⁰ veröffentlicht worden, in dem nicht nur die Ereignisse erzählt werden, sondern es wird auch selbstkritisch erwähnt, dass es nicht gelungen ist, die Ausgliederung der Reinigungskräfte zu verhindern. Zwar arbeiten heute die ex-Reinigungskräfte als Gartenarbeiter*innen, aber für die jetzigen Reinigungskräfte, die von der Firma Gegenbauer beschäftigt werden, sieht es schlechter aus. Sie sind von der betrieblichen Gemeinschaft weitgehend isoliert, kön-

⁸ <http://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/bildung/fu-berlin-universitaets-personalrat-aus-freistellung-entfernt-nach-konflikt-um-tieraerztinnen-als-vollzeit-gratis-jobber/>.

⁹ <https://tvstud.berlin>.

¹⁰ <http://www.verdi-botanischer-garten.de/wordpress/2017/09/01/das-buch/>.



Kundgebung gegen die Outsourcing-Praxis am botanischen Garten der FU.

nen weder an Personalversammlungen teilnehmen noch sich an die zuständigen Personalräte wenden. Auch die hauseigene Tischlerei und die Schmuckgärten sind bis heute ausgegliedert, wogegen weiterhin gekämpft wird. Im Laufe der langen Auseinandersetzung haben die Beschäftigten im Botanischen Garten und ihr Betriebsrat viel Unterstützung innerhalb und außerhalb der FU bekommen.

Auch das Kuratorium der FU setze sich mit dem Kampf am Botanischen Garten auseinander. Am 11.12.2015 und am 15. Dezember 2017 wurden Beschlüsse zum botanischen Garten gefasst. Dabei fanden Kundgebungen vor dem Kuratorium statt und viele Kolleg*innen saßen dann im Versammlungssaal. In der Sitzung vom Dezember 2015 empfahl das Kuratorium an das Präsidium, das Gespräch mit den Personalräten und den Gewerkschaften zu suchen. Nach Auffassung des Kuratoriums soll von allen Beteiligten mittelfristig das Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ angestrebt werden. In der Sitzung vom Dezember 2017 ging es darum, dem Präsidium der FU zu empfehlen, die vom Berliner Senat bereitgestellten Mittel aus dem Sondertatbestand der Hochschulverträge doch dem Botanischen Garten und Botanischen Museum zugutekommen zu lassen. Da die Leitung der FU die Hochschulverträge unterschrieben hat, erscheint es logisch, dass sie sie umsetzt. Aber wie dieses Beispiel zeigt, sind dazu wiederum Mobilisierungen und Sitzungen des Kuratoriums notwendig.

5 - Schlusswort

Die FU feiert ihr 70jähriges Bestehen. Aber für viele Gruppen von Beschäftigten – oder nicht-Beschäftigten - gibt es wenig zu feiern. Zwar zeigen Untersuchungen, dass sie mit den Inhalten ihrer Arbeit und oft auch mit der Arbeitsumgebung zufrieden sind, nicht aber mit den Arbeitsverhältnissen. Sie zu ändern, ist sicher kein FU-spezifisches Problem. Dass Veränderungen möglich sind, zeigen die Kämpfe um den studentischen Tarifvertrag und den botanischen Garten exemplarisch. Wir hoffen darauf, dass sich in den nächsten 10 Jahren mehr Beschäftigte wehren und ihre Rechte erkämpfen, anstatt die Einsparungen der letzten und der vermutlich kommenden Jahre weiter auf ihrem Rücken still zu ertragen.

Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern Ausdruck von Ansichten und neuen Erkenntnissen und somit veränderlich. Um dem Rechnung zu tragen, verwenden wir bei historischen Bezügen den Begriff „Frau“, so wie er 1968 Verwendung fand. Wenngleich die Bedeutung des Begriffs „Frau“ bereits damals hinterfragt und dekonstruiert wurde, fanden begriffliche Änderungen erst später statt. Auch war die damalige Frauenbewegung unseres Wissens nach primär cis-weiblich (und heterosexuell, weiß, mittelständig). Da viele Lesben in feministischen und Frauen-Kontexten aktiv waren taucht auch in einigen Texten der selbstgewählte Begriff „FrauenLesben“ auf, den wir an diesen Stellen übernehmen. Mit der Queer-Theorie in den 1990er Jahren setzte sich allmählich mit der Sichtbarmachung von queeren Identitäten auch eine sprachliche Veränderungen durch um die Zweiteiligkeit von Geschlecht in Frage zu stellen. So wird bis heute die Denkweise kritisiert, dass es nur ein „weibliches“ und ein „männliches“ Geschlecht gibt. Daher verwenden wir im Rest des Textes das Gender-Sternchen (), um auch die Menschen mit einzubeziehen, die sich nicht in das binäre System einordnen sowie um die Idee einer Zweiteiligkeit von Geschlecht, mit ‚dem Weiblichen‘ und ‚dem Männlichen‘ als gegensätzliche Teile eines Systems, zu hinterfragen.*

Ausbeutung ja – aber bitte gendergerecht

Eine Kritik an Gender Mainstreaming in der neoliberalen Hochschule

Barrikada Rosarot & Revolutionary Res (2018)

2018: das Jahr der Jubiläen - doch was wird hier gefeiert?

Berlin. 1948. Im Steglitzer Titania-Palast wird die feierliche Gründung der Freien Universität begangen. Die Gründung geschieht als Reaktion auf vorherigen Geschehnisse an der Universität Berlin (heute Humboldt-Universität von Berlin). Die sich im Ostteil der Stadt befindliche Universität Berlin gelang zunehmend unter die Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht. Mit dem Resultat, dass mehrere Studierende zunächst zu Zwangsarbeit verurteilt wurden und kurz darauf anderen Studierenden die Zulassung verweigert wurde (Freie Universität Berlin o.J.). Als Gegenprojekt dazu, auch anhand großer finanzieller Unterstützung der USA, vor 70 Jahren die Freie Universität gegründet.

Frankfurt, 1968. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Dass Helke Sander den allein aus Männern bestehenden Vorstand des SDS mit Tomaten bewarf, wird heute als Beginn der 2. Welle der Frauenbewegung bezeichnet. In dem Jahr feierte die Freie Universität ihr 20-jähriges Jubiläum und Ulrike Meinhof schrieb „in eigener Sache“¹ einen Text, der den Tomatenwurf legitimierte: „[d]iese Frauen aus Berlin in Frankfurt wollen nicht mehr mitspielen, da ihnen die ganze Last der Erziehung der Kinder zufällt, sie aber keinen Einfluß darauf haben, woher, wohin, wozu die Kinder erzogen werden. Sie wollen sich nicht mehr dafür kränken lassen, daß sie um der Kindererziehung willen eine schlechte, gar keine oder

eine abgebrochene Ausbildung haben oder ihren Beruf nicht ausüben können, was alles seine Spuren hinterläßt, für die sie in der Regel selbst verantwortlich gemacht werden. Sie haben klargestellt daß die Unvereinbarkeit von Kinderaufzucht und außerhäuslicher Arbeit nicht ihr persönliches Versagen ist, sondern die Sache der Gesellschaft, die diese Unvereinbarkeit gestiftet hat“ (Meinhof 1968). Meinhof machte deutlich, dass sich die gesellschaftliche Stellung der Frau auch an den Hochschulen widerspiegelte und die Forderung nach geschlechtlicher Gleichstellung selbst in linken Kontexten umstritten war obwohl diese Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung kritisierten.

Berlin, 2018. Freie Universität - „Gender und Diversitykompetenz“ wird auf der Studienangebotsseite der FU als wichtiges Qualifikationsziel benannt. Das Margherita-von-Brentano-Zentrum für Geschlechterforschung ist eine interdisziplinär und international ausgerichtete Zentraleinrichtung der Freien Universität. Gender Mainstreaming findet man nicht mehr nur in sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern, sondern wird interdisziplinär gelehrt und der scheidende Präsident a.d. Peter Andre Alt lässt verlauten, man habe „die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern [...] als herausragende Zukunftsaufgabe erkannt“². Es klingt, als könnte man den Hochschulen auf die Schulter klopfen und ihr anerkennend zunicken „Gut gemacht, willkommen im 21. Jahrhundert, endlich gehen wir es an“.

¹ Der vollständige Text „die Frauen im SDS oder in eigener Sache“ (1968) von Ulrike Meinhof ist auf S.28 in diesem Heft zu finden.

² „Zukunft von Anfang an“, lautet das Motto der Freien Universität Berlin (FU) und Justitia, die Gerechtigkeit, ist als ein Leitbegriff im Siegel verankert. „Die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern wurde deshalb an der Freien Universität schon frühzeitig als herausragende Zukunftsaufgabe erkannt“, sagt FU-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt: „Wir können auf eine bald 40-jährige Tradition erfolgreicher und vorbildlicher universitärer Gleichstellungspolitik zurückschauen.“ So wurde bereits 1974 eine Kindertagesstätte für den Nachwuchs von Angestellten und Studierenden eingerichtet und sieben Jahre später die „Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung“ gegründet. Diese fördert die Integration von Frauen-

und Geschlechterforschung, Gender- und Diversity-Kompetenz in Wissenschaft und Ausbildung und unterstützt Studierende, Lehrende und Forschende in diesem Bereich. Seit 1991, direkt nachdem im Berliner Hochschulgesetz das Amt der Frauenbeauftragten verankert wurde, gibt es an der FU eine zentrale Frauenbeauftragte für die gesamte Universität sowie dezentrale Frauenbeauftragte an den verschiedenen Fachbereichen. Zudem ist Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ein Kriterium für die Mittelzuweisung an die Fachbereiche. Insbesondere für die Berufung von Frauen auf unbefristete Professuren gibt es finanzielle Anreize.“ (TOTAL E.-QUALITY Deutschland e.V. o.J.).

³ Der Begriff Frauenbewegung bezieht sich in diesem Text ausschließlich auf die 2. Welle der Frauenbewegung ab 1968 in Deutschland.

⁴ Die Bologna-Reform ist eine Reihe an Reformen die in allen EU-Ländern durchgeführt wurden, um innerhalb der EU die Hochschulsysteme anzugleichen. Neben der Einführung des Bachelor- und Mastersystems hat die Reform in Deutschland dazu geführt, dass Studierenden weniger Freiheit und Selbstständigkeit in der Gestaltung ihres Studiums gewährt wird, was den Studienverlauf und die Auswahl der Module angeht.

⁵ „Eine umfassende Definition des Begriffs Drittmittel liefert die Universität Zürich in ihren Richtlinien: »Drittmittel sind Einnahmen aus Verträgen, durch die sich die Universität ... Dritten gegenüber verpflichtet, Forschungs-, Lehr- oder universitäre Dienstleistungen zu erbringen«. Drittmittel sind damit öffentliche oder private Mittel, deren inhaltliche Ausrichtung maßgeblich außerhalb der Einrichtung definiert wird, z.B. in Ausschreibungen der Ministerien oder Stiftungen, oder aber zu einem gewichtigen Teil von außen mitentwickelt wird, z.B. in Kooperationen mit Firmen.“

50 Jahre nach 1968 und zum 70. Jubiläum der Freien Universität Berlin wollen wir den Zusammenhängen der Historischen Ereignisse nachgehen und uns fragen, ob es wirklich etwas zu feiern gibt. Wir zeichnen den Zusammenhang zwischen dem Freiheitsgedanken im Gründungsethos der FU Berlin und dem Freiheitsgedanken des Gender Mainstreaming, um deren gemeinsames Verständnis von Freiheit und Gleichheit kritisch zu hinterfragen. Warum befreit uns der Freiheitsgedanke der FU Gründung nicht und entsprechen aktuelle Gleichstellungskonzepte wie Frauen*Quoten, Diversity und Repräsentation wirklich dem, was wir unter Befreiung und Emanzipation verstehen? Dabei nutzen wir die in der Anfangsphase der 2. Welle der Frauenbewegung³ geäußerte radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und beziehen sie auf die gegenwärtige Situation der FU Berlin.

Freiheit von was und für wen?

„Die Stadt Berlin hat durch ihre entschlossene Haltung gegenüber brutalen Methoden bewiesen, dass sie nicht gewillt ist, sich zum zweiten Male dem Joch des totalitären Zwanges auflegen zu lassen und das Gut der Freiheit preiszugeben. In diesem Ringen ist es notwendig, das akademische Studium vor Einflüssen zu bewahren, welche die Ehrlichkeit und Selbstständigkeit von Lehre und Forschung bedrohen“ (Gründungsaufruf 1948).

Damit wendete sich der Gründungsethos der Freien Universität Berlin in klassisch liberalistischer Manier gegen staatliche Einflussnahme auf Forschung und Lehre. Trotz der Ablehnung der ideologischen Einflussnahme kam es der Gründung der FU Berlin damals zu Gute, dass der Konflikt zwischen der kapitalistischen Besetzung im Westen der Stadt und der kommunistischen Besetzung durch die Sowjetunion im Osten die US-Amerikaner dazu veranlasste, die Gründung der FU finanziell zu unterstützen, wovon der Henry-Ford-Bau heute noch zeugt. „Frei von politischem Einfluss wollten Studierende und Wissenschaftler an der Freien Universität lernen, lehren und forschen“, so steht es in der Gründungsgeschichte der FU (Freie Universität Berlin 2011). Primär bedeutete das für die USA frei von kommunistischen Ideen, wofür die FU unter anderem nach Vorbild des US-amerikanischen Bildungssystems aufgebaut wurde. Für die Gründer*innen war die FU zwar ein Gegenmodell zu der staatlichen Einflussnahme, jedoch nicht frei von politischen Idealen. Einige der Gründungsmitglieder waren national-liberal eingestellt, wie z.B. der Mitgründer des Berliner Tagesspiegel, Edwin Redslob, oder der erste Fraktionsvorsitzende der Berliner FDP, Carl-Hubert Schwennicke. Auch die Rede von John F. Kennedy im Jahr 1963 an der Freien Universität bestärkte ihre liberale Vorreiterrolle in Berlin und in West-Deutschland (Kennedy 1963).

Liest man die Gründungsgeschichte der Freien Universität Berlin, so zeigt sich, dass der Freiheitsbegriff, wie er im Gründungsethos enthalten ist, dem klassischen Liberalismus entspringt. Dieser propagiert die Freiheit des*der Einzelnen als höchstes Gut, welches geschützt werden muss vor staatlicher Übermacht oder sonstiger kollektiver Kontrolle. Dabei wird Freiheit ga-

rantiert durch Individualismus und die Gleichheit aller Individuen in Form von Gleichbehandlung. Eigentum als zentral schützenswertes Gut bedarf staatlicher Gewährleistung, Umverteilung oder Kritik an der Entstehung von Eigentumsverhältnissen werden als Angriff auf die Freiheit des Individuums gewertet und somit delegitimiert. Somit verschleiert der Liberalismus nicht nur, dass in einer Konsumgesellschaft individuelle Freiheit von ökonomischen Verhältnissen abhängt, sondern auch die Hierarchien, die einhergehen mit einer Gesellschaft in der der Reichtum einzelner auf der Ausbeutung vieler basiert. Während Eigentum durch Ausbeutung entlang von gesellschaftlichen Kategorien wie race/ class/ gender entsteht, gibt der Liberalismus vor, Eigentumsverhältnisse sind Ergebnis individueller Fleißes und Erfolgs.

Auf den universitären Kontext bezogen, propagiert die Gründungsidee der FU eine neo-liberale Ausrichtung von Bildung - individueller Erfolg in einem System in dem jede*r gegen jede*n konkurriert. In der Lehre ist dies seit der Bologna-Reform⁴ nicht mehr nur auf nationaler sondern Europa-weiter Ebene der Fall, in der Forschung stehen die Exzellenzinitiative und der Drittmittelzwang⁵ exemplarisch für den globalen Konkurrenzdruck. Ganz nach dem Motto „Jede*r ist sich selbst am nächsten“ bedeutet die liberalistische Denkweise, dass die gesellschaftliche Hierarchisierung und Individualisierung die durch den Arbeitsmarkt produziert wird, unkritisch weitergegeben wird. Das Bildungssystem vermittelt uns, dass wir uns nur am besten behaupten müssen - Realität ist aber, dass unsere Gesellschaft wie eine Pyramide aufgebaut ist - und da ist oben nun mal nur Platz für wenige. So garantiert das System, dass, dass wir alle Leistung bringen in der Hoffnung aufzusteigen, auch wenn klar ist, dass nur für einen Bruchteil von uns Allen „oben“ platz ist. „Freiheit“ ist die demnach die Freiheit derer, die mit 1,0er- Abitur ihren Studiengang frei wählen dürfen. „Freiheit“ bedeutet, dass wir die Seminare in unserem 55-Stunden-Wochenplan selbst wählen dürfen, nicht aber, wie viele Stunden in der Woche wir für unser Studium aufbringen wollen. „Freiheit“ bedeutet, wir dürfen uns selbst aussuchen, wo wir ein unbezahltes Praktika machen, „Freiheit“ bedeutet, dass wir uns am Wochenende selbst aussuchen dürfen, ob wir nach Dahlem fahren oder doch lieber in der zentralen Grimm-Bibliothek lernen. Unsere Freiheit also beläuft sich auf beliebig viele Möglichkeiten unser Leben zu gestalten, innerhalb eines vorgegeben Rahmens - der individuellen Karriere, in der die* gewinnt, die* am meisten Leistung vorzeigen kann. Kurz gesagt, die FU fördert Karrierist*innen, Expertentum und einzelgängerischen Führungsanspruch⁶. Wer es schafft, die Leiter nach oben zu klettern, soll sich freuen (trotz Burnout, Überstunden und keinem Privatleben) - der Rest von uns tummelt im Dreck.

Liberalistische Freiheit? - der Frauenbewegung 68 nicht genug

So kritisierte die Frauenbewegung bereits in den 1960er Jahren die Mechanismen von Unterdrückung und Leistungszwang. Allein durch die „Anpassung an ein Leistungsprinzip, unter dem ja gerade auch die

Männer leiden und dessen Abschaffung das Ziel ihrer Tätigkeit ist“, wäre es Frauen möglich, in der Gesellschaft die gleiche Stellung wie Männer einzunehmen (Sander 1968). Die Frauen der Frauenbewegung wollten die Rolle der Frau in der Gesellschaft, die damals vor allem im Privatleben stattfand, aufbrechen, nicht aber um den Preis, die Rolle des Mannes* anzunehmen, der zwar in öffentlichen und führenden Positionen tätig war, aber unter dem Zwang von Konkurrenz und Leistungsdruck stand. Hier ist zu betonen, dass die Frauenbewegung mehrheitlich weiß, bürgerlich und cis-weiblich⁷ war. So konzentrierten sich die Kritik vor allem auf die Rolle von Frauen mit diesem Hintergrund. Trotzdem erkannte die Bewegung einen strukturellen Zusammenhang zwischen ihrer Rolle als Hausfrau die unbezahlte Hausarbeit leisten sollte und der Rolle der Ehemänner die arbeiten sollten. Diese Erkenntnis, dass das kapitalistische System nur durch das Zusammenwirken verschiedener Rollen funktionieren konnte, veranlasste die Bewegung zunächst zu einer radikalen Position nicht allein gegen ihre gesellschaftliche Rolle, sondern das System als Ganzes – den patriarchal-kapitalistischen Staat.

Von der Autonomie zum Gender Mainstreaming

Die Rolle der Frau als Hausfrau, als Person die sich im privaten aufhielt und abhängig blieb von ihrem Ehemann, dadurch dass ihre häuslichen Tätigkeiten nie offiziell entlohnt wurden, wurde demnach nicht allein abgelehnt weil Frauen* diese Rolle nicht länger hinnehmen wollen, sondern auch weil sie sie als eine ihnen von den herrschenden Männern* auf erzwungene Rolle. Der Rolle des Mannes aber wollten die Frauen wie oben geschildert auch nicht nacheifern. Stattdessen machten sie es sich zur Aufgabe das „Subjekt Frau“ zu ergründen (Truman 2004). Frauenhäuser wurden gegründet, Selbstverteidigungskurse veranstaltet, Frauenläden geöffnet, Frauenberatungsstellen eingerichtet und an den Universitäten Forschungsstellen für feministische Theorie und Geschlechterforschung eingerichtet (Ibid). Der Weg der eigenen Subjektfindung sollte somit durch Autonomie in Form von Selbstorganisation abseits vom Staat und temporär auch abseits von Männern* innerhalb dieser Frauenprojekte realisiert werden. Doch während die Frauenprojekte den Frauen* ermöglichten, innerhalb des kapitalistisch-patriarchalen Systems ein selbstbestimmtes Leben zu führen, stießen sie schnell an die Grenzen des Systems (Mies 2015). Ein Großteil der Frauenprojekte basierte auf freiwilliger Arbeit, die Autonomie der Frauen* war also begrenzt durch die eigenen Ressourcen, welche wenig bis keine waren, hatte das System Frauen* doch bisher verweigert, Lohn zu erhalten oder Kapital zu besitzen. Auch verstärkte sich die Kritik daran, dass die politische Praxis vieler Frauen* sehr nach innen gerichtet war und zum Teil sogar gesellschaftlich isoliert stattfand.

Der radikalen Ablehnung des Systems folgte demnach eine Debatte über die Möglichkeiten, ohne Institutionalisierung, ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat, innerhalb eines Wirtschaftssystems wie dem unseren existieren zu können. Während die radikale Position lautete, dass Frauenprojekte nicht das Ziel ha-

ben sollten, Frauen in das System zu integrieren und ihnen eine bessere Stellung innerhalb des Systems zu verschaffen, so verlauteten Marxist*innen wie Maria Mies, dass die Frauenbewegung politikfähiger werden sollte, mit dem Ziel, sich zwar den gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, nicht aber der eigenen Macht, zu verweigern (Ibid). Ergebnis dieser Debatte war, dass die Frauenbewegung zunächst den staatlichen Institutionen die über Gesetzgebung und gesellschaftlicher Umsetzung bestimmten, nicht länger den Rücken zuwendete, sondern zu versuchen, diese zu übernehmen und von Innen zu verändern. In anderen Worten, war die Überlegung, führende Berufe und politische Tätigkeiten aufzunehmen und diese so zu gestalten, dass Ausbeutung und Hierarchien nicht länger reproduziert würden (Truman 2004).

Gender Mainstreaming - Gleiche Ausbeutung für Alle?

Es folgte der Marsch durch die Institutionen. Hier erfuhren Frauen* Diskriminierung in und durch diese und die Problemanalyse veränderte sich. Statt wie bisher die Ausbeutung der Frauen* durch Männern* als elementar für das kapitalistische System anzuprangern, ging es hauptsächlich um Diskriminierung aufgrund fehlender Gleichbehandlung, welche es zu beheben galt. Aus der Suche nach Befreiung und Emanzipation aller wurde die Forderung nach Geschlechtergleichstellung. Mit dieser Entwicklung wurde vor allem deutlich, dass die Frauenbewegung primär weiße, bürgerliche cis-Frauen vertrat. Denn während diese anfangen durch Gleichstellung eine Verbesserung ihrer Position zu erkämpfen, bleibt dies bis heute nur möglich anhand der Ausbeutung von Schwarzen Frauen*, Frauen* of Colour und Frauen* die Berufen arbeiten, die keinen höheren Bildungsabschluss voraussetzen.. Aus der Frauenbewegung wurde so eine Frauenrechtsbewegung, welche nicht weiter antagonistisch zum Staat standen, sondern „im Mainstream angekommen ist“ (Truman 2004). So verabschiedete der Bundestag 1994 folgende Änderung des Grundgesetzes:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3, Abs. 2 GG)

Dort wo der Liberalismus die Gleichbehandlung aller als „Gleichheit vor dem Gesetz“ erwirkt hatte, griff ab nun das Gender Mainstreaming in der Forderung, dass der Staat sowohl präventiv als auch korrektiv die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter herstellen sollte. Dass die Debatte und der Kampf um Gender Mainstreaming vor allem von Akademiker*innen geführt wird, zeigt sich allein daran, dass sich Gender Mainstreaming hauptsächlich auf die Gleichstellung von Frauen* und Männern* in der Erwerbstätigkeit konzentriert und dort oft nur bezogen auf besser bezahlte Berufe - so auch an der FU Berlin.

Wer sich die Berichte der ‚Zentralen Frauenbeauftragten‘ der FU Berlin anschaut wird schnell feststellen können, dass diese sich inhaltlich vor allem auf ein Thema konzentrieren - den Quotenanteil an „Frauen“ über alle wissenschaftliche Positionen der einzelnen

(Schuld o. J.) An der FU Berlin verpflichteten sich Professor*innen bei dem Erwerb von Drittmitteln. Die Berufung von einer befristeten Juniorprofessur zu einer Professur hängt davon ab, ob der*die Bewerber*in Drittmittel während der Juniorprofessur erworben hat. Genauso wie „Erfahrungen in der Einwerbung und Durchführung von Drittmittelprojekten“ mittlerweile ein hartes Kriterium in jedem Berufungsverfahren für neue Professor*innen ist.

⁶ Dieser Ethos findet sich heute wieder in dem politischen Programm der „Vereinten Mitte“ (die stärkste Professor*innen-Liste in den gewählten Hochschulgremien, die auch die letzten beiden Präsidenten stellte): „Die Vereinte Mitte verfolgt ihre Ziele auf kollegiale Weise und behält dabei das Gesamtinteresse der Universität im Blick. Die Freie Universität an die Spitze zu führen, sichert und erweitert die Beschäftigungs- und Laufbahnchancen für alle Mitglieder unserer Universität einschließlich unserer Absolventinnen und Absolventen“ (Vereinte Mitte 2006).

⁷ Cis-gender bedeutet, dass die geschlechtliche Identität einer Person übereinstimmt mit dem Geschlecht übereinstimmt, welches der Person bei der Geburt zugewiesen wurde.

⁸ Gendermainstreaming wurde in den 80er Jahren in den USA entwickelt und kommt unter dem Begriff „Managing Diversity“ aus der Organisationsentwicklung von Unternehmen welche sich durch die Förderung von Diversität einen Vorteil in der Personalentwicklung versprochen (Krell 2000).

Fachbereiche sowie universitäre Gremien hinweg aufgeschlüsselt. Festgehalten wird, wie hoch der Anteil an „Frauen“ bei Professuren, Juniorprofessuren, Promotionsstellen, Master- und Bachelor-Studienplätze ist. Auch stehen Probleme wie Sexismus, Kita-Plätze oder Rhetorik-Empowerment mit auf der Agenda, denn Chancengleichheit ist nur gewährleistet, wenn Alltags-Diskriminierung abgeschafft wird und Skills, die beruflichen Erfolg verschaffen, wie zum Beispiel rhetorische Schlagfertigkeit, auch von allen gekannt werden. Hingegen geht es bei der Reproduktionsarbeit wie sie in den Mensen oder durch die Putzkräfte geleistet wird nicht darum, die Männer*-Quoten zu heben.

So können wir resümieren, dass 50 Jahre nach dem Beginn der 2. Welle der Frauenbewegung vor allem eines erfolgreich erkämpft wurde: das Recht weißer bürgerlicher cis-Frauen, genauso wie ihre Ehemänner, Karriere zu machen, in Aufsichtsräten zu sitzen, und Führungspositionen in Unternehmen einzunehmen. Es steht außer Frage, dass selbst dieses Recht bisher nur unzulänglich umgesetzt wird. Obwohl die FU bundesweit gut abschneidet, sind weiterhin nur 36% der Professuren von Frauen besetzt. Dass diese mit hoher Wahrscheinlichkeit alle weiß, cis-weiblich sind und aus einem akademischen Haushalt kommen wird nicht mal thematisiert. Doch ist mit Blick auf Frauen*quoten, dem Gender Pay Gap und der infamösen „Glassdecke“ der Skandal für uns ein anderer.

Denn die Gründe, warum einige Berliner*innen 1968 den „Aktionsrat zu Befreiung der Frauen“ gründeten, bleiben bis heute bestehen. Der Preis für das Bestehen des patriarchal-kapitalistischen Systems ist nicht gesunken: an der Uni werden wir zu Karrierist*innen gemacht (heute eben Frauen* wie Männer*) und nehmen Burn-Outs, psychische Erkrankungen, Vereinzelung, Überstunden und extremen Leistungsdruck in Kauf. Umd diese zu ermöglichen braucht es diejenigen, die unter schlechteren Arbeitsbedingungen noch schlechter bezahlt werden. Diejenigen, die die schlechte bis unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, welche die Frauen* mit Karriere nicht leisten wollen oder können: Frauen* aus Osteuropa die die Eltern von Professor*innen pflegen, Frauen* mit Migrationshintergrund die als Nanny die Kinder von Karriere-Paaren groß ziehen, schlecht bezahlte Erzieher*innen-Jobs in den Kindergärten der Universitäten; Putzkolonnen von Menschen ohne deutschen Pass, die nachts um 4 Uhr unsere Seminarräume für 8,50€/ Stunde säubern; Menschen, die im spanischen Almería als illegale Arbeitskräfte das Gemüse pflücken, dass in der Mensa auf dem Speiseplan steht. Konzepte wie Gendermainstreaming mit ihrem Ursprung in der liberalen Verwertungslogik von Unternehmen haben hierbei ihren Anteil⁸. Anstatt über Ausbeutungsverhältnisse zu sprechen, reproduzieren Gender-Mainstreaming Narrative die patriarchal-kapitalistische Gesellschaft: sie geben vor Kind und Karriere wären vereinbar, sie geben vor, Kind und Karriere wären die erstrebenswerten Lebenswege aller Frauen*. Vor allem aber, greifen sie die Logik der Ausbeutung nicht an, sondern verschieben die Ausbeutungsverhältnisse zu Gunsten von weißen cis-weiblichen Akademiker*innen.

Hochschule als Teil des Problems

Gender Mainstreaming ist ein Beispiel dafür, wie radikale Ziele bis zur Unkenntlichkeit ins herrschende System eingepasst werden. Jegliche Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung, sowie der Wunsch nach Emanzipation für Alle scheint in Vergessenheit geraten, wenn Mensch das Konzept des Gendermainstreamings anschaut. 2018 scheint es, als haben sich die liberalen Grundsätze von 1948 durchgesetzt und die radikalen Forderungen der 68er nach einer tatsächlich befreiten Gesellschaft wurden, neben realen Lebensverbesserungen für akademische Frauen*, in den Mühlen des Neoliberalismus zermahlen.

Doch unsere Vorstellungen und unsere Forderungen ähneln in ihren Grundzügen denen von früher. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Konkurrenz und Ausbeutung und nicht eine, in dem der Lebensstil und das Reichtum der/des Einen darauf basiert, dass andere an Hungerlöhnen sterben oder die Umwelt vernichtet wird, und damit bereist für viele eine Existenzgrundlage. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem wir lernen, miteinander aufeinander zu achten, und nicht gegeneinander aufgehetzt werden. Wir wollen ein System, in dem es mehr als ein Lebensmodell von Kleinfamilie und Karriere gibt. Wie Meinhof schon feststellte, die Hochschulen sind Teil des Systems in dem wir leben. Sie sind Teil des Problems und in ihrer Ausgestaltung mitverantwortlich für dessen Fortbestehen. Neben kleinen Inseln der kritischen Forschung und Lehre sind sie primär Ausbildungsfabrik und Vorreiter um neue Wege der Verwertungslogik zu entwickeln und die Ausbeutung innerhalb der Hochschule sowie innerhalb der Gesellschaft weiter zu optimieren. Wenn wir heute sagen, wie kämpfen als Queerfeminist*innen, als Frauen*, Lesben, Trans* und Inter*personen, kämpfen intersektional und antirassistisch, dann tun wir das nur, wenn wir auch die Systemfrage stellen. Das heißt, auch Universität als Institution radikal zu hinterfragen – inklusive dem Lebensmodell, die sie uns vermittelt. Neben aller Kritik und den Ohnmachtsgefühlen mit denen diejenigen, die eine andere Gesellschaft wollen, immer wieder zu kämpfen haben, erfreuen wir uns über Orte und Momente, an die diese Verwertungslogik durchbrochen wird. Seien es die selbstverwalteten unkommerziellen Studi-Cafés, studentische Projekte wie die „Manufacturing Race“ Ausstellung, der Ruf nach einem Bildungstreik, die Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften an der HU Berlin zum Erhalt von kritischer Lehre, selbstorganisierte Lesekreise und Seminare, oder wenn wir unseren Kommiliton*innen trotz Abwesenheit in die Anwesenheitsliste eintragen, unsere Notizen für die Klausur mit dem ganzen Kurs teilen und Studis rassistische Aussagen von Professor*innen oder Kommiliton*innen laut widersprechen.

Universität sollte der Ort sein, in dem wir die liberale Interpretation des Freiheitsbegriffes diskutieren, Eigentum in Frage stellen, Pläne schmieden wie wir solidarische, queer-feministische Praxen umsetzen können. Bildung sollte ein Prozess sein, in dem wir frei sind, ein anderes Miteinander zu schaffen. Doch Zeit und Raum für solche Gedanken werden uns durch Platzmangel an Unis, Lohnabhängigkeit, Regelstu-

dienzeitdruck und kreative Konsumideen des Marktes kaum gegeben. Oft empfinden wir es als wesentlich relevanter, für die Work-Life Balance ins Kino zu gehen, Pilates zu machen oder das Wochenende durch zu feiern – denn auch diese Tätigkeiten werden an und durch Universitäten ermöglicht. Momente, in denen neue Beziehungen und Miteinander entstehen und mensch ein Gefühl dafür bekommt, was eine andere Gesellschaft bedeuten kann sind rar, aber durch erkämpfte Freiräume zeitweise ermöglicht worden. In diesen Momenten handeln wir Umgangsformen miteinander neu aus - die von quotierte Redelisten und Neugestaltung von Carearbeit, solidarische Spendenkassen, die Organisation eigener spannender Lehrveranstaltungen und wichtiger anti-rassistischer und anti-faschistischer Bildungsarbeit und mehr. Diese Momente sind rar und es gilt sie zu schaffen und sie zu verstetigen. Denn auch für Feminist*innen gilt: Niemand ist wirklich frei, wenn nicht alle frei sind.

Literatur:

Adamczak, Bini. 2017. *Beziehungsweise Revolution- 1917, 1968 und kommende*. Suhrkamp Verlag.

Freie Universität Berlin. o.J., „Kleine Chronik der FU-Berlin | 1945-1948 |“. Zugegriffen 19. August 2018. http://web.fu-berlin.de/chronik/chronik_1945-1948.html.

Gründungsaufruf der Freien Universität Berlin. 1948. Online: Freie Universität Berlin. „Gründungsaufruf • Universitätsarchiv • Freie Universität Berlin“. Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.fu-berlin.de/sites/uniarchiv/fugeschichte/archivschau Fenster/gruendungsaufruf/index.html>.

Freie Universität Berlin. 2011. „Gründungsgeschichte“, Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.fu-berlin.de/universitaet/leitbegriffe/gruendungsgeschichte/index.html>.

Kennedy, John F. 1963. Rede an der FU Berlin. Zugegriffen 19. August 2018. https://www.fu-berlin.de/sites/kennedy/dokumente/rede_audio/index.html.

Krell, Gertraude 2000: *Managing Diversity - Chancen für Frauen*. in: Kobra (Hg.) *Managing Diversity - Ansätze zur Schaffung transkultureller Organisationen*. Kobra-Werkstattpapier zur Frauenförderung Nr. 14. Berlin. 27-35.

Meinhof, Ulrike. 1968. „Die Frauen im SDS oder In eigener Sache“. *Konkret* Nr. 12.

Mies, Maria. 2015. *Patriarchat und Kapital*. München: bge-verlag.

Sander, Helke. 1968. Rede zur 23. Delegiertenkonferenz des SDS. Zugegriffen 19. August 2018. http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0022_san&object=translation&l=de.

Schuldt, Hans-Joachim. o. J. „Stichwort:»Erst-«»Zweit-«und»Drittmittel«“. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*. Zugegriffen 22. August 2018. https://www.die-bonn.de/zeitschrift/22007/Stichwort_Erst_Zweit_Drittmittel.htm.

TOTAL E.-QUALITY Deutschland e.V. o.J., „Chancengleichheit in Forschung und Lehre - Freie Universität Berlin“. Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.total-e-quality.de/die-praedikatstrager/erfolgsgeschichten/fu-berlin/>.

Truman, Andrea. 2004. „Von feministischer Staatskritik zu Gender Mainstreaming“. *alaska – Zeitschrift für Internationalismus*. Berlin. Zugegriffen 22. August 2018. <https://www.linksnet.de/artikel/18785>
Vereinte Mitte. 2006. *Programmatische Grundsätze für die Hochschulpolitik der Vereinten Mitte*. Zugegriffen 22. August 2018. <http://page.mi.fu-berlin.de/jhs67/vm/Programmatik.pdf>.

Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin. 2014. „Gleichstellung konkret - Berichtsreihe der zentralen Frauenbeauftragten | Band 1“, Zugegriffen 19. August 2018. https://www.fu-berlin.de/sites/frauenbeauftragte/media/Gleichstellung_konkret_Web_II.pdf.

Zetkin, Clara. 1889. *Für die Befreiung der Frau*. In: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften Band 1*. 1957. Dietz Verlag: Berlin.



Szene aus einem Video, das eine Aktion gegen einen Luxus-Wohnkomplex für Studierende in Berlin-Wedding dokumentiert.

Die Wohnungslose Elite

Zur Wohnungslosigkeit der Berliner Studierenden in Zeiten der #BrainCity Berlin

Barrikada Rosarot (2018)

¹ Duwe, Paul F. „Viele wohnen erst mal im Hostel“. Der Tagesspiegel Online, 23. Januar 2018. Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/wohnungsmangel-bei-studenten-viele-wohnen-erst-mal-im-hotel/20864990.html>.

² Nur in Hamburg haben Studierende im Schnitt höhere monatliche Einnahmen als in Berlin. Middendorff, Elke, Beate ApolinarSKI, Karsten Becker, Philipp Bornkessel, Tasso Brandt, Sonja Heißenberg, und Jonas Poskowsky. „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016 - 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung“, Juli 2017, S.40.

Mit Anfang des Wintersemesters werden die Schlangen zur Besichtigung von Wohnungen mindestens etwa so lang wie die vor dem Berghain. Doch während die Türpolitik des Berghains noch aus Zeiten stammt, in denen Berlin „arm aber sexy“ war, so ist Berlin heute vor allem für Investoren sexy, wobei Berlins Studierende regelrecht verarmen.

Studi sein, flüssig sein, cool sein

Der Grund, warum wir zur Besichtigung einer gammeligem Wohnung mit dem maximalen Beat eines tropfenden Wasserhahn genauso lange wie am Berghain anstehen, liegt zunächst einmal in dem Problem mit der Miete. Die Preise für neuvermietete WG-Zimmer steigen jährlich um etwa 30€ in Berlin und lagen im Jahr 2017 bei 430€ im Monat. Wer den Bafög Wohnsatz von 250€ im Monat erhält, kann eigentlich nur noch auf ein Zimmer in einem der Berliner Wohnheime des Studierenden Werks hoffen. Auf 10.000 Plätze kommen da aktuell 5.000 Personen auf der Warteliste¹. Nicht gemeint sind damit die neuste Marktlücke für Investoren – private Studi-Wohnheime. Diese werben mit einem metropolischem Lifestyle und nehmen zwischen 500€ bis 1200€ Miete für die bereits möblierten Zimmer, wobei auch Yuppies (Young Urban Professionals) in ihre Zielgruppe fallen, denn die Bezeichnung „Student Apartement“ ist lediglich ein Marketing Strategie. Während die wenigsten Bock haben, in diese Luxus Ghettos zu ziehen, sind viele von uns gezwungen, sich einen Job zu holen um somit das teure WG-Zimmer zu mieten. Hier erklärt sich auch, warum Berlins Wirtschaft boomt und Berlins Studis des öfteren an Burn-Outs verzweifeln. Wie viele gar nicht erst ihr Studium

anfangen oder sich nicht erlauben können, in Berlin zu wohnen, zeigt sich allein daran, dass Berliner Studierende tatsächlich durchschnittlich die zweitreichsten in Deutschland sind bzw. sein müssen, um hier zu überleben.²

Doch auch die „Fähigkeit“ (Beruf Sohn/ Tochter) mehr als 450€ für ein Zimmer zu zahlen ist bei weitem keine Garantie eins zu bekommen. Dafür braucht es zunächst dann noch eine elterliche Bürgschaft (meistens über die gesamte Miete der Wohnung), sowie 3-fache Nettokaltmiete als Kautions. Auch wenn der Vermieter rechtlich gesehen nicht beides verlangen darf, so können Berlins Vermieter quasi alles verlangen. Und tun es auch. Da die Nachfrage im Vergleich zum Angebot so hoch ist, fragen Vermieter*innen immer mittlerweile auch nach polizeilichem Führungszeugnis und Beschreibung über den Lebensalltag. Wer sich durch WG-Interviews quälen muss, kann nur hoffen, dass er* oder sie* weder neu in Berlin, noch aus dem Schwabenland kommt, noch kurzfristig hier ist – aber gleichzeitig doch bitte auf jeden Fall flüssig genug ist um die Miete zu zahlen und am besten auch noch problemlos vorerst illegal in der WG wohnen kann, weil die Ummeldung halt erst geht wenn der Vermieter*innen der neuen Untervermietung auch zugestimmt hat. Falls er*sie das überhaupt tun wird. Weil die meisten Vermieter*innen nur noch Verträge vereinbaren, in denen Mietsteigerung entweder sowieso festgeschrieben sind, oder aber eine WG nicht als WG vermietet wird – und so mit jeder Person die einziehen soll ein komplett neuer Vertrag für die Wohnung gemacht werden muss – damit bei „Neuvermietung“ dann auch endlich mal wieder die Miete erhöht werden kann.

Was machen diejenigen von uns, die sich aufgemacht haben nach Berlin, aber nicht genügend Kapital mitbringen? Zwar will zunächst niemand bei der Oma im Mahrzahn-Hellersdorf wohnen und jeden Tag 2-3 Stunden Pendelzeit auf sich nehmen, aber spätestens ab November ist das dann doch die bessere Option im Vergleich zum Zelt oder der Kleingartenanlage, auf die einige Studierende zurückgreifen müssen. Viele bleiben mittelfristig auch auf der Couch bei Freund*innen hängen oder dem billigsten Hostel in ganz Berlin. Das Leben einer Berliner Student*in? Morgens gehen wir in die Exzellenz*-Universität, abends kriechen wir in unsere Löcher.

Auch in Oxford gibts keine Sozialwohnungen...

Im Jahr 2007 wurde der erste Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern verabschiedet, der den Anstieg der Studienanfänger*innen finanziell absichern sollte. Der Bund stellte den Ländern mehr Geld zur Verfügung und diese vereinbarten mit den Hochschulen, ihre Kapazitäten auszubauen um mehr Studierende aufzunehmen. Die Anzahl der Studierenden ist in Berlin seit 2008 von 135.000 Studierenden auf 187.000 Studierende im Jahr 2017 gestiegen. 2008 fingen 24.000 Menschen ihr Studium in Berlin an, 2017 waren es 36.000 Menschen³. Gleichzeitig ist die Anzahl an Wohnheimplätzen, die durch das StudierendenWERK Berlin bereit gestellt werden im gleichen Zeitraum konstant bei etwa 10.000 Plätzen geblieben.

Bereits im Jahr 2014 bemängelte die LandesAstenKonferenz (der Zusammenschluss der Asten der Berliner Hochschulen) das Problem der Wohnungslosigkeit. Der Senat beschloss kurzerhand, seine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft berlinovo doch bitte 5.000 Wohnheimplätze bauen zu lassen. Von den 5.000 Plätzen waren 2018 bereits 129 gebaut. Doch berlinovo ist nicht verpflichtet, diese Wohnungen an Studierende zu vermieten und so wird in den Anzeigen für die „Studentenapartements“ doch tatsächlich die Entfernung zu Berlins Flughäfen, nicht aber Berlins Hochschulen angezeigt⁴.

Das Berliner Studierende unter Wohnungslosigkeit leiden ist also nicht allein Resultat des angeblich nicht vorhersehbaren Anstiegs an Zuzüglern und spekulativem Kapital, welches dafür sorgt, dass diese Zuzügler doch bitte die wesentlich teureren Mieten der just erworbenen Immobilie abzahlen sollen. Nein, die Wohnungslosigkeit unter Berliner Studierenden ist Resultat dessen, dass der Senat die Grundversorgung mit Wohnraum für Studierende und all jenen, die vergleichsweise wenig Miete zahlen können, seit Jahren vernachlässigt. Zeitgleich fließt Geld in Prestige-Projekte wie zum Beispiel das „FU Berlin Innovation Centre“ (FUBIC)⁵ um Berlin zur #BrainCityBerlin auszubauen (so nennt der Senat sein Wissenschaftsprojekt). Für solche Projekte stellte der Bezirk Steglitz-Zehlendorf der Universität dann auch kostenlos ein ehemaliges Militärhospital in unmittelbarer Nähe zum Campus zu Verfügung währenddessen die Bezirksverordnung eine Baugenehmigung für das erste Zehlendorfer Luxus-Studi-Apartment vergab. Insgesamt lassen sich die Vorhaben im Senatsplan nachlesen, in dem es heißt, Berlin soll „Nationale Spitze“⁶ werden was die Wissenschaft angeht. So heißt es im Kontext des FUBIC: „Als „deutsches Oxford“ galt Dahlem schon vor hundert Jahren“ - womit die Narrative sich auf eine Zeit

bezieht zu derer in der Ihnestr. 22, dem Gebäude des damaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, Rassenforschung an menschlichen Schädeln betrieben wurde⁷. Vielleicht also nicht der beste Referenzpunkt um über führende Rollen in der Wissenschaft zu fantasieren...

Studentification?

Dass Wohnungslosigkeit nicht allein ein Problem für Studierende ist wird auch deutlich an der sichtbar wachsenden Anzahl an Menschen die in Zelten in Berlins Parks, unter Brücken und Waldstücken wohnen. Insgesamt sind die lokalen Mieten seit 2010 um mehr als 70% gestiegen – so viel wie in keiner anderen Stadt der Welt⁸. Globale Spitze sind wir also bei der Mietsteigerung. Dabei ist die Stimmung in Berlin mittlerweile so angespannt, dass Studierende auch als „Gentrifizierer*innen“ betitelt werden. Während es stimmt, dass die Mietsteigerung auch über Neuvermietungen ermöglicht werden, so fällt die Situation von Studierenden zu Anfang ihres Studiums doch immer zu Gunsten der Vermieter*innen. Denn nicht nur interessiert es viele Vermieter*innen nicht, dass ihre Mieterhöhung die eigenen Mieter*innen verdrängt – nein, sie setzen sogar darauf, dass die Bevölkerung die zuzieht mehr zahlen wird. Bei dem Angebot bleibt keine Wahl. Dafür, dass Investor*innen sich in der Gewissheit wiegen können, dass der Influx an Menschen insgesamt ein höheres Einkommen zur Verfügung hat, als solche, die verdrängt werden, ist an vielen Stellen durch die Politik erst ermöglicht worden. An der Stadtentwicklungsstrategie durch Gentrifizierung hält nicht allein der Senat fest, sondern auch die Hochschulen. Als der Asta der FU Berlin im Wintersemester 2017/18 im akademischen Senat danach fragte, ob das Präsidium bereit wäre, Gebäude für die Notunterkunft für Studierende bereit zustellen, verneinte das Präsidium dies⁹. Auf Anfrage der LAK prüft der Berliner Senat aktuell genau diese Möglichkeit. Während die Berliner Asten auf der einen Seite Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit unter Studierenden vermeiden wollen, so besteht bei temporären Notunterkünften gleichzeitig die Gefahr, dass sich ein Substandard bezüglich des Wohnen in der Stadt normalisiert.

Es braut sich was zusammen

Doch hinnehmen wollen die Berliner Studierendenvertretungen diese Situation nicht länger. Als Reaktion auf die Wohnungslosigkeit bemühen sich die Asten innerhalb der LandesAstenKonferenz bereits seit Anfang des Jahres für eine mittelfristigen Lösungsansatz. So beteiligte sich die LAK an der berlinweiten Demo am 14. April 2018, zu der 25.000 Berliner*innen auf die Straße gingen. Zudem gründete sich im April die Arbeitsgruppe Wohnen, die aktiv daran arbeitet, dass Problem der Wohnungslosigkeit unter Studierenden sichtbar zu machen und gemeinsame Forderungen herauszuarbeiten¹⁰. Ob das Thema genug Mobilisierungspotenzial hat, bei der aktuell politisch eher lethargischen Studierendenschaft, um ernsthaft Druck aufzubauen wird sich zeigen. Tatsächliche Erfolge im Kampf für eine sozialer Wohnpolitik erscheinen aber nur realistisch, wenn sich Studierende als Teil einer Mieter*innen-Bewegung begreifen und zusammen mit den zahlreichen aktiven Initiativen in der Stadt kämpfen, anstatt im Hamsterrad des Studiums stecken zu bleiben.

³ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Hochschulen. Zeitreihen. (o.J.). Zugriffen 19. August 2018. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/BasisZeitreiheGrafik/Zeit-Hochschulkonsp?Pyp=400&Sageb=21003&creg=BBB&anzwer=7>.

⁴ <https://www.berlinovo.de/apartment/1-zimmer-studentenapartment-der-anlage-storkower-stra-e-205-berlin-lichtenberg>.

⁵ WISTA-MANAGEMENT GMBH. „WISTA-Innovations- und Gründerzentrum FUBIC - Services für Startups in Berlin Dahlem“. (o.J.). Zugriffen 19. August 2018. <https://suedwest.wista.de/>.

⁶ Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei Wissenschaft und Forschung. „Leitlinien der Berliner Wissenschaftspolitik“, 14. November 2017. Zugriffen 19. August 2018. <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/politik/leitlinien/>.

⁷ WISTA-MANAGEMENT GMBH. „WISTA-Innovations- und Gründerzentrum FUBIC - Services für Startups in Berlin Dahlem“. (o.J.). Zugriffen 19. August 2018. <https://suedwest.wista.de/>.

⁸ Jürgens, Isabell. „In Berlin steigen die Immobilienpreise weltweit am stärksten“, 11. April 2018. Zugriffen 19. August 2018. <https://www.morgenpost.de/berlin/article213982443/In-Berlin-steigen-die-Immobilienpreise-weltweit-am-staerksten.html>.

⁹ Sitzung des Akademischen Senats vom 18. Oktober 2017.

¹⁰ Landes-Asten-Konferenz Berlin. „Studentische Wohnungsnot in Berlin“, 12. Juni 2018. Zugriffen 19. August 2018. <https://www.lak-berlin.de/wohnen/>.

¹ Köhler, Max. „Bis hierher und nicht weiter. Kleine Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte – HUch#85“. HUch - Humboldt Universität collected highlights (blog), 13. Oktober 2017. Zugegriffen 22. August 2018. <https://www.refrat.de/huch/2017/10/bis-hierher-und-nicht-weiter-kleine-geschichte-des-berliner-tarifvertrags-fuer-studentische-beschaeftigte/>.

² ver.di, und GEW. „PM: Tarifeinigung beim TV Stud – Jetzt haben die Mitglieder das Wort“. TV Stud Berlin (blog), 29. Juni 2018. Zugegriffen 22. <https://tvstud.berlin/2018/06/pm-tarifeinigung-beim-tv-stud-jetzt-haben-die-mitglieder-das-wort/>.

³ „Eckpunkte des neuen Tarifvertrags sind die Erhöhung der Stundenlöhne von derzeit 10,98 Euro: ab 1. Juli 2018 auf 12,30 Euro, ab 1. Juli 2019 auf 12,50 Euro, ab 1. Januar 2021 auf 12,68 Euro und ab 1. Januar 2022 auf 12,96 Euro. Zudem werden ab Juli 2023 die Löhne der Studentischen Beschäftigten im selben Maße wie die der anderen Hochschulbeschäftigten erhöht, die nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt werden. Die Hochschulen erhalten ein Widerspruchsrecht für den Fall, dass sie die TV-L-Erhöhung durch die Hochschulverträge nicht finanzieren können. Andere wichtige Elemente der Einigung sind die Erweiterung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall von 6 auf 10 Wochen und die Erhöhung des Urlaubsanspruchs[sic] von 25 auf 30 Arbeitstage jährlich ab 2019.“ ver.di, und GEW. „PM: Verhandlungsergebnis angenommen: Tarifaussensatzung an Hochschulen beendet“. TV Stud Berlin (blog), 6. Juli 2018. Zugegriffen 22. August 2018. <https://tvstud.berlin/2018/07/pm-verhandlungsergebnis-angenommen-tarifaussensatzung-an-hochschulen-beendet/>.

Anmerkung der Redaktion:

Eine erste Version des Textes, die sich von der vorliegenden in einigen Absätzen unterscheidet, ist am 13. Oktober 2017 auf dem Blog der Zeitschrift HUch des Referent_innenrats (gesetzl. AStA) der HU erschienen.¹

Die hier zu lesende Version stammt vom 12. Juni 2018, kurz bevor es zu einer Tarifeinigung in den aktuellsten Auseinandersetzung um einen Berliner Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte kam. Am 28. Juni verkündeten ver.di und GEW die Zustimmung zur Einigung durch die Tarifkommission.² Am 6. Juli stand auch das Ergebnis der Mitgliederbefragung in Form einer Annahme des Tarifvertrags fest, wobei 68,2 Prozent der GEW-Mitglieder und 64,2 Prozent der ver.di-Mitglieder dem vorliegenden Angebot zustimmten.³ Aktuell (22. August 2018) steht der fertig formulierte und von beiden Seiten unterschriebene Tarifvertrag noch aus, aber das scheint nur noch eine Formsache zu sein.

Bis hierher und nicht weiter – kleine Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte

Max Köhler (2018)

I – Einleitung

Der 16. Januar 2018 war ein historischer Moment. Zum ersten Mal seit 32 Jahren streikten die studentischen Beschäftigten der Berliner Universitäten und Hochschulen wieder. Ihr letzter Streik fand also 1986 statt und erkämpfte den zweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in Berlin. Bis heute blieb dieser bundesweit leider ein Unikum und auch seine Erneuerung in Berlin – er wurde zum 31.12.2017 von den Gewerkschaften gekündigt, um Streiks zu ermöglichen – hängt gerade vom Ausgang der neuerlich wieder vehementer ausgefochtenen Arbeitskämpfe zwischen studentischen Beschäftigten und den Leitungen der Universitäten und Hochschulen sowie der aktuellen Berliner Regierung aus SPD, Linke und Grünen ab.

Der Artikel gibt zuerst einen historischen Abriss, wie es überhaupt zum ersten und zweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte gekommen ist. Anschließend entwickelt er aus diesen historischen Erfahrungen einige Thesen, die für die aktuellen und kommenden Kämpfe hilfreich sein könnten.

Dieser Rückblick soll vor allem zweierlei verdeutlichen:

1. dass der Berliner Tarifvertrag weder vom Himmel gefallen ist, noch ein Geschenk des Staates oder der Gewerkschaften war. Der Vertrag wurde in Arbeitskämpfen, die maßgeblich und relativ autonom von den

studentischen Beschäftigten geführt wurden, gegen den heftigen Widerstand des Staates und den teilweisen Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzt.

2. dass das einmal erkämpfte Niveau von guten Arbeitsbedingungen, Freiheiten und egalitären Strukturen keinesfalls davor gesichert ist, wieder abgesenkt oder ganz zerstört zu werden.

Die Betroffenen scheint die kontinuierliche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen über die letzten drei Jahrzehnte größtenteils unberührt gelassen zu haben. Jedenfalls erzeugte sie bei ihnen bis vor einem Jahr kaum Gegenwehr. Und auch die aktuellen Streiks und Proteste nehmen sich angesichts enorm gestiegener Studierendenzahlen und ihrer historischen Vorgänger noch recht klein und verhalten aus. Dabei ist es wahrscheinlich, dass der Tarifvertrag von den Universitätsleitungen nicht erneuert, geschweige denn verbessert wird, wenn ein Kampf darum ausbleibt. Ohne Druck bewegen sich die Universitätsleitungen nicht und die Arbeitsbedingungen werden sukzessive schlechter. Der letzte Teil widmet sich daher der Frage, wieso der Widerstand so gering ist.

Jedenfalls gilt es mehr denn je, wie der sozialistische Schriftsteller Dietmar Dath formulierte: „Die akademische, künstlerische, organische und sonstige Intelligenz Tag und Nacht nerven, bis sie wenigstens gewerkschaftliches Bewußtsein entwickelt, also endlich in den Kampf ums Einbehalten oder Zurückholen gestohlener Lebens- und Arbeitszeit eintritt, den weni-

ger luftige Berufsgruppen seit 150 Jahren führen.“

II – Der erste Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der BRD

Die Geschichte des Berliner Tarifvertrags ist nicht ohne diejenige des sogenannten Berliner Tutorienmodells zu denken. In den 50er und 60er Jahren waren aufgrund der sich ändernden organischen Zusammensetzung des Kapitals die westlichen Industriegesellschaften in einem Umbruch begriffen, den wir aus heutiger Sicht als den zu Dienstleistungs- und Informationsgesellschaften erkennen können, also zum digitalen Kapitalismus. Damit ging eine enorme Verwissenschaftlichung der Produktion, vor allem aber der Zirkulation einher.

Das änderte auch maßgeblich die Funktion und klassenspezifische Zusammensetzung der Universitäten und brachte ein ganz neues Phänomen hervor: die Massenuniversität. Die Unis verwandelten sich also von den elitären Ausbildungsstätten für höhere Staatsbeamte und Funktionäre des Bürgertums in solche für leitende oder mittlere Angestellte in Staat und Wirtschaft sowie technisch-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, die nun vornehmlich aus dem Kleinbürger- und Bürgertum kamen. Der technologische Stand der Produktivkräfte erforderte spezieller ausgebildet Fachkräfte und zwar in großer Zahl – dafür waren die Universitäten nun zuständig.

Als Reaktion auf diesen Umbruch in der inneren Struktur der Universität und als Antwort auf die Forderungen der Student_innenrevolte wurde 1969 eine umfassende Universitätsreform eingeleitet. Die Vorherrschaft der Ordinarien sollte zugunsten einer selbstbestimmten Ausbildung gebrochen, die Einschränkung des Zugangs zu den Bildungsstätten für eine kleine Elite durch Chancengleichheit ersetzt werden (über Abitur und Examen). Allerdings bleibt schon hier festzuhalten: die Reformen waren Reaktionen auf Proteste: ohne die große Revolte von 1968, die maßgeblich von Student_innen getragen war, wäre die autoritäre Struktur der Universitäten weder so schnell, noch so umfassend weggefeht wurden.

Im Zuge dieser Proteste gelang es den studentischen Beschäftigten in Berlin, eigene Personalräte durchzusetzen, die die Belange der Beschäftigten ähnlich wie ein Betriebsrat vertreten. Auch das stellt, neben dem Tarifvertrag, bis heute bundesweit eine Ausnahme dar. Denn in den restlichen Bundesländern sind die studentischen Beschäftigten entweder explizit von der gesetzlichen Personalvertretung ausgeschlossen oder ihr Mitbestimmungsrecht ist gravierend eingeschränkt.

Zumindest in West-Berlin wurde das Tutorienmodell im Laufe der 60er und 70er Jahre an allen Universitäten eingeführt. Grundprinzip von Tutorien ist, dass qualifizierte Student_innen andere Student_innen in Kleingruppen ausbilden. Dabei geht es vornehmlich um die Einführung der Studienanfänger_innen in die verwirrende Struktur der universitären Einrichtungen, das Erlernen des wissenschaftlichen Jargons und die Vertiefung der Stoffe und Methoden von Lehrveranstaltungen regulärer wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen.

Maßgeblich bestimmend für die Tutorien ist die selbstständige Arbeit in Kleingruppen.

Darüber hinaus gab es aber auch Tutorien, die nicht an die vorgegebenen Lehrpläne gebunden waren. In ihnen wurden die Inhalte und Methoden frei gewählt und die gemeinsame Arbeit lief selbstbestimmt ab. Heute gibt es diese noch an der Humboldt-Universität unter dem Namen Projektutorien. An der Freien Universität wurden sie 2002 aus politischen Gründen abgeschafft. An dem Punkt, wo das Tutorienmodell von notwendigen Hilfsmaßnahmen an einer Massenuniversität in wirklich selbstbestimmte Bildung überging, wurde es radikal beschnitten.

Die Einführung von Tutorien nach dem Berliner Modell an den übrigen westdeutschen Universitäten wurde vom Kapital, beispielsweise der Ford Foundation und der Stiftung Volkswagenwerk mit Millionenbeträgen und von staatlicher Seite über Richtlinien der Kultusministerkonferenz unterstützt. Dies lässt auf die Wichtigkeit dieser Ausbildungsform für die neuen Anforderungen in der Mehrwertproduktion schließen. Steigerung der Team- und Kommunikationsfähigkeit, selbstständiges und eigenverantwortliches Arbeiten, Leistungssteigerung durch Identifikation mit der Arbeit, flache Hierarchien bei gleichzeitig vorgegebenen Arbeitsauftrag, Kreativität und vor allem ständige, experimentell-gestützte Neuausrichtung von Methoden, Abläufen, Organisationsformen usw. usf.

Der Neoliberalismus verstand es also, die Forderungen der Student_innenbewegung in einer Weise für sich zu reklamieren und „umzusetzen“, die die kapitalistische Produktionsweise nicht wie beabsichtigt sprengte, sondern im Gegenteil nur ihre immanente Erneuerung herbeiführte. Das Tutorienmodell passte also einer Produktionsweise wie die Faust aufs Auge, die stärker als die vorhergehende auf der permanenten, technisch-wissenschaftlichen Revolution der Produktions-, Zirkulations- und Kommunikationsprozesse, dem lebenslangen Lernen und dem selbständigen und eigenverantwortlichen Arbeiten fußt. Weil es dieser Produktionsweise zunehmend nicht mehr um die Produktion, sondern das Produkt, also Verkauf und Vermarktung geht, werden auch die sogenannten Softskills immer wichtiger: Ideenentwicklung, Teamfähigkeit, Kommunikation, Networking usw.. All das lernt man besonders gut in Tutorien.

Das verdeutlichen die Aussagen der Präsidenten der FU und TU nach mehrjähriger Erfahrung.

„Das Tutorenprogramm dient der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozess Beteiligten. Ziel der Tutorenarbeit ist es, die Ausbildung der Studenten zu selbständigem, kritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern. Sie liegt also nicht darin, durch bloß organisatorische Maßnahmen die Relation von Lehrpersonal und Studenten zu verbessern.“⁴

„Die Einführung des studentischen Tutors ist vielleicht die wichtigste strukturelle Änderung im Bereich der

⁴ Rolf Kreibich, bis 1977 Präsident der FU, Vorlage zur Beschlussfassung für die 167. Sitzung des Kuratoriums der FU Berlin am 14.2.1972.

⁵ Alexander Wittkowsky, bis 1977 Präsident der TU; Tutoresbericht, 15.9.1972.

⁶ Mehr zu Radikalerlass und Berufsverböten an der FU siehe den Text „Wie an der FU die Vertreibung kritischer Köpfe versucht wurde“ (2018) von Lore Nareyek auf S. 165 in diesem Heft.

Lehre seit dem Kriege. Sie hat sich allgemein durchgesetzt und ist insbesondere in den Massenfächern aus dem Universitätsalltag nicht mehr wegzudenken. Die inzwischen ebenfalls weitgehend anerkannte Schwerpunktverlagerung von der großen Vorlesung zur Arbeit in kleinen Gruppen wäre ohne den Einsatz studentischer Tutoren nicht möglich gewesen und wird auch in Zukunft selbst bei noch so großzügiger Erweiterung des hauptberuflichen Lehrkörpers anders nicht möglich sein.⁵

Aus dem letzten Zitat wird auch klar ersichtlich, dass die Tutorinnen schon damals als billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden, ohne die der Universitätsbetrieb entweder enorm teuer wird oder zusammenbricht.

Mit der flächendeckenden Einführung von Tutorien an den Berliner Universitäten verwandelten sich diese für immer mehr Studentinnen von reinen Ausbildungsstätten zu Arbeitsstätten. Über die 70er Jahre hinweg waren die Arbeitsbedingungen dieser neuen studentischen Beschäftigten den Angriffen der Berliner Regierung ausgesetzt, die die Resultate der wenigen progressiven Reformen wieder einzudämmen suchte.

So wurde die relative Autonomie der studentischen Beschäftigten von Professor_innen 1974 durch das Berliner Hochschulgesetz eliminiert, das den Fachbereichsräten das Vorschlagsrecht bei der Einstellung entzog. Ausschreibung und Vergabe von Stellen verliefen also wieder neofeudal über die Autorität der Professor_innen, wenn auch die Personalräte der studentischen Beschäftigten ein Auge darauf haben dürfen. Deren Kontrollrecht ist aber rein formal und in der Praxis meist wirkungslos. Die einmal erkämpfte Demokratisierung wurde also in persönliche Abhängigkeit zurück gedreht. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Mit seinem Amtsantritt als Senator für Wissenschaft und Kunst 1975 legte SPD-Mitglied Gerd Löffler einen ersten Richtlinienentwurf vor, der de facto eine Kriegserklärung an die studentischen Beschäftigten war. Massenentlassungen von bis dahin unbefristet Eingestellten sollten bis März 1976 stattfinden und für die Übrigbleibenden waren Beschränkungen der Arbeitszeit, Verringerung des Stundenlohns, Abbau von Sozialleistungen, völlige Abhängigkeit von Professor_innen und politische Überprüfungen vorgesehen (im Sinne des wenige Jahre zuvor durchgesetzten Radikalerlasses).⁶

Während die Massenentlassungen von den Arbeitsgerichten gestoppt wurden, verhinderte ein massiver Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten, der in einem einwöchigen Warnstreik gipfelte, die Verschärfung der Arbeitsbedingungen. Dass es den Student_innen gelang, Universitätspräsidenten, Fachbereichsräte und die akademischen Senate in den Kampf gegen die Richtlinien hineinzuziehen, dürfte zum Erfolg des Arbeitskampfes beigetragen haben.

Festzuhalten bleibt aber, dass der Kampf zwar erfolgreich war, aber nur in Abwehr der Verschlechterungen. Er war nicht offensiv. Das bleibt kennzeichnend: die Konterrevolution scheint bis heute nur gedämpft, nicht aber aufgehoben oder gar durch weitere Emanzipation zurück gedrängt werden zu können.

Ausgehend von diesen zumindest in ihrer abwehrenden Ausrichtung erfolgreichen Kämpfen forderte die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ (ÖTV) 1976 erstmals einen Tarifvertrag, der die Interessenvermittlung zwischen dem Staat und den studentischen Beschäftigten gewähren sollte.

Die komplizierte und hierarchische Gewerkschaftsbürokratie hatte in Westdeutschland bis dahin Student_innen eher als linksradikale Chaoten und Störenfriede betrachtet und scheute vor der Vertretung von Randgruppen Beschäftigter, insbesondere im Dienstleistungssektor, noch zurück.

Mit dieser gewerkschaftlichen Ausrichtung auf den bloßen Erhalt des für akzeptabel befundenen status quo und der damit einhergehenden Kompromissbereitschaft gegenüber den Zumutungen der Herrschenden sollten die studentischen Beschäftigten noch in argen Konflikt geraten.

Die Staatsrepräsentanten hatten jedenfalls an Vermittlung erst einmal keinerlei Interesse, sondern brachten im Gegenteil eine zweite Richtlinie auf den Weg, die wiederum an immensem Widerstand scheiterte. Schließlich sahen sie sich aufgrund von Warnstreiks und Protestveranstaltungen genötigt, als Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin (VA-döD) ab 1979 Tarifverhandlungen aufzunehmen. Diese zogen sich aufgrund der heute immer noch üblichen lächerlichen Angebote der Staatsseite, die die Gewerkschaft als indiskutabel ablehnte, bis 1980 hin. Erst weitere Arbeitsniederlegungen und sie begleitende Protestaktionen konnten die Staatsseite zwingen, nach einer vierzehnstündigen Mammut Sitzung in den Tarifvertrag einzuwilligen.

Als Tarifvertrag für studentische Beschäftigte trat er zum 1.1.1981 in West-Berlin in Kraft, womit diese erstmals als rechtlich gleichwertige Arbeiter_innen anerkannt wurden. Eine Neuheit und Einzigartigkeit, die der Tarifvertrag bis heute in der Bundesrepublik geblieben ist. Das Vertragswerk sicherte die Arbeitsbedingungen, die in den letzten Jahren so heftigen Angriffen ausgesetzt waren und erwirkte in Urlaubs- und Sozialleistungen sogar leichte Verbesserungen. Allerdings wurde in ihm auch eine willkürliche Lohnhierarchie zwischen den Beschäftigten mit „anspruchsvollen“ Aufgaben in Lehre und Forschung an den Universitäten, selbigen an den Fachhochschulen und denjenigen, die in der Verwaltung tätig waren, festgeschrieben.

III – Der große Streik 1986

Mit dem Amtsantritt des neokonservativen Kissinger-Schülers und CDU-Abgeordneten Wilhelm A. Kewenig als Wissenschaftssenator brach in den 80er Jahren die Konterrevolution über die Berliner Hochschulen herein, die für Kewenig „Freigehege für Rechtsbrecher“ waren.

In vorher ungekanntem Ausmaß beschnitt er die Autonomie der Hochschulen und ersetzte deren Selbstverwaltung durch direkten staatlichen Eingriff. Durch eine Erneuerung des Berliner Hochschulgesetzes hievte er 1982 zwei konservative Professoren in die Präsidialämter der FU und TU. Außerdem hatte er sich neben den



Studierende bilden eine Streikgasse bei der Blockade des Biochemie-Praktikums für Mediziner an der FU.

BAföG-Empfänger_innen, der Vertretung der Schwulen und Lesben sowie den allgemeinen Studierendenausschüssen (AStA), die studentischen Beschäftigten, vor allem die Tutorinnen als Ziel seiner repressiven Politik auserkoren. Da der vier Jahre geltende Tarifvertrag ihn an Eingriffen in die Arbeitsbedingungen hinderte, setzte er kurzerhand die bereits vor Jahren von der SPD anvisierten massenhaften Entlassungen durch.

Damit reduzierte er unter dem Vorwand der Rationalisierung das Berliner Tutorienmodell auf eine fabrikmäßige Massenabfertigung. Kamen 1972 an der TU noch ca. 1.000 Tutor_innen auf 12.000 Student_innen, so verblieben 1982 noch knappe 750 Stellen für mittlerweile 26.000 Student_innen. Die Konsequenzen kann man sich anhand der heutigen Zustände ausmalen. Aufgrund der ersatzlosen Streichung vieler Tutorien stieg die Teilnehmer_innenzahl auf teilweise bis zu 100, individuelle Betreuung und intensive Vor- und Nachbereitung in Kleingruppen entfiel, inhaltliche Spielräume und Experimentiermöglichkeiten wurden der stupiden und unkritischen Repetition von Prüfungsstoffen geopfert. Letztlich wurden die Tutorien als billiger Ersatz von Veranstaltungen wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen eingesetzt, wie es auch heute noch geschieht.

Hier zeigt sich also der Kern des Neoliberalismus: eine autoritäre Normierung hin auf das gesellschaftlich Geforderte (Verwertbarkeit), brachiale Kürzung staatlicher Ausgaben, die allen und nicht nur dem Kapital zugute kommen, und eine brutale Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft durch Optimierung von Abläufen, also deren enorme Beschleunigung.

Weil die Kündigung des Tarifvertrages nach Kewenigs Vorstößen absehbar war, gründete 1984 ein kleines Häufchen Engagierter die „Tarifvertragsinitiative der studentischen Beschäftigten in Berlin“ (kurz TV-Ini). Sie leistete bis zum offenen Ausbruch des Konfliktes vor allem klassische Aufklärungsarbeit, indem sie vor den Folgen einer möglichen Kündigung warnte, für den Eintritt in die ÖTV warb und den Wiederaufbau des zusammengestutzten Tutorienmodells forderte. Während des Streiks sollte sie die maßgebliche Triebkraft der Basis gegenüber der unterwürfigen Verhandlungsführung der Gewerkschaftsfunktionäre bilden.

Mitte des Jahres 1985 beschloss Kewenig wie erwartet, den Tarifvertrag pünktlich zur ersten Möglichkeit am 31.12.1985 zu kündigen. Die tariflichen Vereinbarungen sollten durch Verwaltungsrichtlinien ersetzt werden, deren maßgebliche Inhalte eine Lohnkürzung um gut ein Drittel (von 16,69 DM auf 11,50 DM) sowie weitere drastische Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen waren. Insgesamt wären den Beschäftigten gut 40% ihres Einkommens gestrichen worden.

Parallel zu diesem Großangriff plante Kewenig, mit einer Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes die Struktur der Universitäten in autoritärer Weise umzubauen. Die „doppelte Mehrheit“ der Statusgruppe der Professor_innen sollte eingeführt werden und so die unanfechtbare Entscheidungshoheit dieser zahlenmäßig kleinsten Interessengruppe in den universitären Gremien installieren. Gleichzeitig sollte die Asten ab-

geschafft und die Möglichkeit zu Zwangsexmatrikulationen eingeführt werden.

Die Folge dieses reaktionären Vorhabens war allerdings eine Resonanz von Tutor_innenstreik und Student_innenprotest, die die Berliner Hochschulen derart zum Tanzen brachte, dass die Durchsetzung des zweiten Tarifvertrags für studentische Beschäftigte (der sog. TV Stud II), der bis vor kurzem noch galt, und die Abmilderung des reaktionären Hochschulgesetzes gelang.

Bis zum Jahresende 1985 scheiterten vier Verhandlungsrunden über einen neuen Tarifvertrag an der sturen Blockade der staatlichen Arbeitgeberseite, woraufhin der Bezirksvorstand der ÖTV eine Urabstimmung über die Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen bei dem in Stuttgart residierenden Hauptvorstand beantragte. In der Gewerkschaftsbürokratie sollen sich die unten ohne das Ja von oben nicht rühren dürfen.

Aber die Kompromissucht und Konfliktscheue der Gewerkschaftsbürokratie schlug vorher zu und servierte den Arbeitgebern eigenmächtig und an der TV-Ini vorbei ein Schlichtungsangebot. Der wütende Protest der studentischen Beschäftigten konnte daran nichts mehr ändern, aber Kewenig und der Innensenator Lummer ließen die Schlichtung mit der Forderung nach Einlenkungen platzten.

Mit dem ersten Vorlesungstag am 6. Januar 1986 brachten die Tutor_innen jedoch gegen alle Erwartungen wieder Bewegung in die festgefahrene Situation. Noch bevor der schwerfällige Hauptvorstand der Urabstimmung zugestimmt hatte, begannen sie mit spontanen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, Verkehrsblockaden, militanten Unterbrechungen des Lehrbetriebs und anderen Protestaktionen. Als sogenannte wilde Streiks, weil sie von der Gewerkschaft nicht ausgerufen wurden, standen die Aktionen nicht unter dem Schutz des Arbeitsrechts.

Um den gewerkschaftlichen Rechtsschutz doch zu erlangen, reiste eine kleine Delegation von studentischen Beschäftigten spontan und auf eigene Kosten nach Stuttgart und drängte den Hauptvorstand persönlich zur Urabstimmung. Jedoch ohne unmittelbaren Erfolg: ein Telefonat des Senatsdirektors mit der Gewerkschaftsvorsitzenden reichte, um erneut die Schlichtungswilligkeit der Gewerkschaft herbei zu führen. Die Urabstimmung wurde in Richtung des Semesterendes auf den 21. und 22. Januar verschoben, was ihrer Sabotage gleich kam.

Allerdings bewirkte das energische Auftreten der Student_innen immerhin, dass die Gewerkschaft zu Warnstreiks aufrief, was den spontanen Aktionen Rechtsschutz gewährte. Zudem verhinderten sie durch energischen Protest die Annahme eines zweiten unbefriedigenden Angebotes, das die Bezirksleitung der Gewerkschaft in vorausweisendem Gehorsam gegenüber dem Staat vorgelegt hatte. Nach heftigen Diskussionen wurde die Bezirksleitung genötigt, nicht mehr hinter die Forderungen der mehrheitlich studentisch besetzten Tarifkommission zurückzuweichen.

Während bis zur Urabstimmung immer mehr Fachbereiche von Warnstreiks lahmgelegt wurden, be-

schlossen auf Vollversammlungen zunächst die Student_innen der TU und etwas später die der FU, ihre lohnarbeitenden Kommilitoninnen durch Proteste zu unterstützen. So ergriff der Streik nicht nur den gesamten Universitätsbetrieb West-Berlins, der Student_innenprotest intensivierte ihn vor allem auf der Straße.

Am 21. und 22. Januar 1986 fand schließlich die Urabstimmung über den Streik statt. 500 Beschäftigte traten dabei spontan der Gewerkschaft bei, was ihren Organisationsgrad von kaum 12% auf 50% hochschnellen ließ. Im Audimax der TU wurde das Ergebnis bekannt gegeben: 98,6% hatten für die Arbeitsniederlegung gestimmt.

Der Streik begann am Folgetag unter der auf einem Transparent festgehaltenen Parole „Bis hierher und nicht weiter – no pasaran“ (eine Anspielung auf die Parole, die während des spanischen Bürgerkriegs dazu aufrief, die Republik gegen die Faschisten zu verteidigen).

Insgesamt dauerte der Streik zwei Wochen. Auf seinem Höhepunkt demonstrierten 20.000 Studentinnen und studentische Beschäftigte gegen das neue Hochschulgesetz und die Kündigung des Tarifvertrages. Die beiden großen West-Berliner Universitäten, die Hochschule der Künste und weitere Fachhochschulen wurden trotz teils brutalen Polizeieinsatzes kontinuierlich bestreikt, d.h. Tutorien, Seminare, Vorlesungen und Prüfungen fielen aus oder wurden blockiert. Zusätzlich fanden regelmäßige Demos auf dem Ernst-Reuter-Platz vor der TU statt, die den Berliner Verkehr lahmlegten und unzählige kleine Aktionen begleiteten den allgemeinen Streik.

In den zwei Wochen des Streiks hatten sich die Hochschulen in das verwandelt, was sie angeblich immer sein sollten: eine gemeinsame Lebenswelt. In den eingerichteten Cafés, Streikbüros, Essensräumen und Glühweinständen entstand ein reger Austausch, die kahlen Hochschulgebäude wurden innen und außen durch zahlreiche Transparente umdekoriert, Theater-, Video-, Musik-, Plakat- und Pressegruppen belebten die Wartezeiten. In täglich erscheinende Streikzeitschriften wurde über die aktuelle Lage informiert und das weitere Vorgehen diskutiert. Trotz der Härte des Kampfes lies man es sich nehmen, auch exzessive Feten zu feiern.

Zudem reichte die Solidarität durch alle Statusgruppen der Universität: so wiesen wissenschaftliche Mitarbeiter_innen die Aufforderungen ihrer Präsidenten zur Aushilfe als „Streikbrechdienste“ zurück und 200 Professor_innen solidarisierten sich öffentlich im Tagespiegel mit den Zielen der Streikenden.

Diesem geballten und energischen Widerstand gab die Staatsmacht schließlich im Februar zumindest teilweise nach. So wurde ihr ein neuer Tarifvertrag abgerungen, der die Mantelbedingungen (Vertragsdauer, -umfang, Sozialleistungen etc.) des vorherigen beibehielt und die Lohnkürzungen zumindest auf 9% reduzieren konnte. Im Resultat konnte dieser Abwehrkampf zwar nur eine Einschränkung der Kürzungen erreichen, aber er verdeutlichte trotzdem als herausragendes Beispiel für die gesamte Bundesrepublik, dass ein umfassender Arbeitskampf den Staat zu Zugeständnissen nötigen und die Arbeits- und damit Lebensbedingungen entscheidend



Passant schaut Großdemo vom 29. Januar 1986 zu.

verbessern kann.

Auch das von Kewenig vorgelegte Hochschulgesetz konnte nach den stürmischen Protesten nur noch in wesentlich abgemilderter Form durchgebracht werden. Die doppelte Mehrheit der Professor_innen entfiel und der AStA blieb. Auch die Einführung der Kategorie „wissenschaftliche Hilfskräfte mit Universitätsabschluss“ konnte verhindert werden. Sie dient bis heute außerhalb Berlins dazu, Angestellten den Status als wissenschaftliche Mitarbeiter_innen und damit die reguläre tarifliche Absicherung wie Bezahlung zu verwehren. Auch zur Ersetzung regulärer Stellen werden diese untertariflich bezahlten Hilfskräfte eingesetzt.

Festzuhalten bleibt aber, dass der Kampf zwar erfolgreich war, aber nur in Abwehr der Verschlechterungen. Er war nicht offensiv. Von da an bleibt das kennzeichnend: die Konterrevolution scheint bis heute nur gedämpft, nicht aber aufgehoben oder gar durch weitere Emanzipation zurück gedrängt werden zu können.

IV – Thesenhafte Reflexionen

IV.1 – Zur Rolle des Staates.

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist bietet keinesfalls Schutz vor den Zumutungen kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Im Gegenteil: grundsätzlich ist seine Aufgabe als „Staat des Kapitals“, wie Johannes Agnoli ihn nannte, die Bedingungen der Kapitalakkumulation zu sichern.⁷ Darunter fällt auch die Bildungspolitik, deren Inhalt prinzipiell die Heranbildung von

fähigen Arbeitskräften und hörigen Untertanen ist. Der Staat ist damit parteiübergreifend an dem Raubzug von Lebenszeit der Arbeiterinnen beteiligt.

Einerseits strukturell, indem er die Ordnung des Privateigentums, die die große Masse vom gesellschaftlich produzierten Reichtum ausschließt, gewaltlos aufrecht erhält. Andererseits, indem er die spezifischen Bedingungen der Kapitalakkumulation zu fördern versucht. Im konkreten Fall installiert er autoritäre Strukturen an den Hochschulen, die die Belastbarkeit und Hörigkeit des Menschenmaterials gewährleisten sollen, ihre Bereitschaft zu permanenten Opfern und Selbstaussbeutung, zur Hinnahme von unsicheren und unwürdigen Arbeitsbedingungen.

Gleichzeitig muss der Staat aber auch dafür sorgen, dass ein Wissen erworben wird, dass zwar die notwendige Innovation in der Produktion hervorbringen kann, aber nicht zu kritisch ist, um Sinn und Zweck des Ganzen zu hinterfragen.

Diese Gradwanderung zwischen notwendigem, möglichst innovativem Wissen und der Verhinderung kritischen Denkens, also die Kompromisse, die der Staat im Bildungsbereich vollziehen muss, führen oft zu der Illusion, es ginge dem Staat um kritische Wissenschaft oder Bildung als solcher und er wäre der richtige Ansprechpartner, sie zu fördern. Dem ist keinesfalls so. Daher sind die ersten Zielscheiben der Streichungen auch immer die selbstorganisierten Tutorien, die nicht an den Lehrplan und die Autorität von Professor_innen gekoppelt sind.

⁷ Siehe Agnoli, Johannes. Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften. Freiburg i.Br.: Ça ira-Verl, 1995.

⁸ Agnoli, Johannes. Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg im Breisgau: Ça-Ira-Verlag, 1990, S. 88.

Aus der Geschichte des TV-Stud lässt sich lernen:

1. Was an rechtlichen Zugeständnissen, Verbesserungen und Sicherungen der Arbeitsbedingungen für die Beherrschten besteht, ist dem Staat in harten Kämpfen abgerungen, also gegen ihn durchgesetzt worden. Der Tarifvertrag ist kein Geschenk des Staates, sondern Resultat von harten Kämpfen.

2. Was an freier, autonomer, wirklich selbstbestimmter, der Form nach egalitärer, aber trotzdem finanzierter Bildung besteht – also bspw. Projektstudien, Asten und Stupas, Personalräte usw. – ist ebenfalls Resultat von Kämpfen gegen den Staat und nicht die Konsequenz von dessen genuiner Vorliebe für selbstbestimmte, kritische Wissenschaft und egalitäre Entscheidungsstrukturen.

IV.2 – Zur Rolle der Gewerkschaften

Heutige integrierte Massengewerkschaften sind in ihrer bürokratischen Hierarchie schwerfällige Organisationen, die das Interesse einer gewissen, heute meist sehr weit gefassten Klientel vertreten. Sie sind meist autoritär, also hierarchisch organisiert und grundsätzlich sozialdemokratisch, was heißen soll, dass ihr Gesellschaftsentwurf nicht darüber hinaus geht, den Beherrschten einen willkürlich als „angemessen“ festgelegten Teil vom Profittkuchen zuzusprechen und ihn gegebenenfalls über Reformen oder Arbeitskampf ein wenig zu vergrößern.

Ihre domestizierende Funktion in den kapitalistischen Nachkriegsgesellschaften, vor allem in der BRD, fasste Johannes Agnoli in „Die Transformation der Demokratie“ präzise zusammen:

„Fraglos sorgen integrierte Gewerkschaften mit größerem Erfolg als Kampfgewerkschaften – wengleich nur in hochkonjunkturellen Perioden – für die Sicherung und möglichst für die Erhöhung des Lohnanteils der Abhängigen. Sie überlassen jedoch den Unternehmern die Organisation der Arbeit und die Lenkung der Produktion. Dadurch wird das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entpolitisiert: nicht mehr als Konfliktsituation verstanden, in der Herrschaft ausgeübt und gegen Herrschaft gekämpft wird. Herrschaft und Ausbeutung werden getrennt, die Aufhebung der letzteren (als eigentliches Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit vorgestellt) wird von der Befehlsstruktur der Produktion losgelöst und abstrakt als Hebung des Lebensstandards angestrebt, ohne daß die Herrschaftsfrage (wer organisiert die Arbeit; wer entscheidet im Produktionsprozeß) gestellt wäre.“⁸

Folglich findet der Kampf der integrierten Gewerkschaften seine Grenze an einer systemimmanenten Verbesserung oder Erhaltung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Dass die Gewerkschaften entpolitisieren, also die Frage der Herrschaft und damit der Kontrolle über den Produktionsprozess ausklammern, kann man auch aktuell gut beobachten: Prozesse der Entscheidungsfindung bspw. über Einstellung sowie über die Inhalte der Arbeit spielen in den Tarifverhandlungen bisher kaum eine Rolle. Bisher wird nur um die formalen Arbeitsbedingungen (Lohn, Vertragslänge, Anwendungsbereich) gestritten, nicht aber über Form und Inhalt der Arbeit sowie die Frage der Weisungsbefugnis, d.h. letztlich der Befehlsstruktur.

Die Rolle der Gewerkschaften als sogenannte Sozialpartner besteht also vornehmlich darin, den politischen Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital auf einen rein ökonomischen Konflikt zu reduzieren, der durch Kompromisse und Verträge gelöst werden kann. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften diese rein ökonomischen Konflikte noch zusätzlich de-eskalieren, indem sie gegen ihre nicht selten viel kampfbereitere Basis schnelle und für die Arbeitgeber angenehmere Kompromisse eingehen.

Die Geschichte des TV-Stud II zeigt also deutlich:

1. Der Tarifvertrag in seinem großen finanziellen Umfang ist kein Geschenk der Gewerkschaften, sondern wurde von der Basis der studentischen Beschäftigten ziemlich hartnäckig und kämpferisch gegen die immer wieder den Kompromiss suchende Gewerkschaft durchgesetzt.

2. Das hat sich heute kaum geändert, nur erscheint es anders. Die Bürokratie der Gewerkschaften ist immer noch enorm und ihre Kampfbereitschaft eigentlich noch geringer. Aber weil die Student_innen heute – im Gegensatz zu früher – noch weniger kampfbereit sind als die lahmen Gewerkschaften, erscheinen heute schon ver.di und GEW als radikal. Dieser Trugschluss wird verfliegen, sollten die studentischen Beschäftigten den Arbeitskampf tatsächlich über das rein Ökonomische ins Politische treiben, was aber aktuell unwahrscheinlich ist.

IV.3 – Zur Rolle der Student_innen

Student_innen bilden seit den 60er Jahren die große Masse der zukünftigen mittleren und höheren Angestellten oder Beamten. Ihre Klassenlage ist uneinheitlich, wobei in der BRD weiterhin die wenigsten von ihnen kein Elternhaus mit mindestens Abitur haben. Sie kommen also weiterhin größtenteils aus dem Kleinbürger- und Bürgertum.

Ihre Anstellungs- und Lohnaussichten differieren ebenfalls gravierend, sodass die vorgebliche Einheit „Studierendenschaft“ nur abstrakt über die Immatrikulation besteht. Das führt immer wieder zu dem Selbstmissverständnis, man sei eine homogene Interessengruppe mit identischen Zielen.

Zudem wird seit den Student_innenprotesten 1968 diesem angeblichen einheitlichen, studentischen Subjekt noch ein genuiner Hang zu Protest, Rebellion, gar Revolution angedichtet. Das aber ist ein Mythos, den es zu zerstören gilt.

1. Ist die Klassenlage der Student_innen heterogen, sodass auch ihre bspw. ökonomischen Interessen zum Teil weit auseinander gehen. Dies gilt auch für studentische Beschäftigte: hat eine Studentin aus einem Arbeiterhaushalt ein vitales Interesse daran, dass die Arbeitsbedingungen gut sind, so ist das bei einem Bürgersohn schon relativer, weil er auf die Unterstützung seiner Eltern zurück greifen kann. Für ihn ist es nur bezahlte Fortbildung, für sie überlebenswichtige Grundsicherung und damit Lohnarbeit. So können es sich an Universitäten außerhalb Berlins mit besonders niedrigen Löhnen auch nur Kinder besser verdienender Eltern leisten, eine Hilfskraftstelle anzunehmen.



Kundgebung am Bebelplatz 16. Januar 2018.

2. Sind Student_innen keinesfalls genuin rebellisch, was schon ein kurzer Blick in die Geschichte zu verdeutlichen hilft: Erinnerung sei an die nationalistische Euphorie der Studierendenschaft 1914 oder etwa die Bücherverbrennungen 1933, die maßgeblich von Studentenverbänden organisiert worden waren. Aber auch in den letzten 20-30 Jahren haben die Studentinnen zwar immer mal wieder protestiert, aber diese Proteste waren größtenteils von Symbolpolitik gekennzeichnet, die auch ihre Ineffektivität besiegelte. Zudem bleiben diese Proteste meistens von einer radikalen Minderheit organisiert. Das Gros der Student_innen ist heute passiv und konform und will nur möglichst schnell und erfolgreich seine Ausbildung absolvieren, um sich dann auf dem Arbeitsmarkt die Haut gerben zu lassen.

Die Geschichte des TV-Stud II zeigt aber:

Wenn es überhaupt eine Einheit geben soll, dann muss sie aktiv hergestellt werden – und das geht. Die Einheit der Studierendenschaft mit den studentischen Beschäftigten ist sowenig wie die Einheit innerhalb der studentischen Beschäftigten ein gegebenes Faktum. Sie entsteht erst, wenn man sich aufeinander als Gleiche bezieht und für die gemeinsame Gleichheit kämpft. Zudem muss man einander klar machen, dass bessere Arbeitsbedingungen und freie und egalitäre Bildungsinstitutionen ein Anliegen von allen sind. Dies gilt übrigens auch über die Gruppe der Studierenden oder der studentischen Beschäftigten hinaus: der Streik 1986 war so erfolgreich, weil er andere Statusgruppen der Universität, insbesondere wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, aber auch

zum Teil Professor_innen mit einbezogen hatte und eine Solidarität zwischen ihnen aufbauen konnte.

Man sollte aber stets damit rechnen, dass man den Kampf um die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen nicht nur gegen den Staat und die Gewerkschaftsbürokratie, sondern gegebenenfalls auch gegen andere Student_innen oder studentische Beschäftigte führen muss.

IV.4 – Zur Rolle der Gleichheit noch einmal ausführlich
Das Prinzip von Herrschaft ist Hierarchie und Ungleichheit. Teile und herrsche, wie es im Lateinischen heißt. Dagegen ist das Prinzip der Emanzipation die Gleichheit. Sie muss also immer wieder gegen die Hierarchisierungen der Herrschaft erkämpft werden. Sie ist dabei aber nicht erst zukünftiges Ziel, dass irgendwann mal erreicht wird, sondern muss letztlich schon in jeder Aktion, daher auch in jedem Mittel des Kampfes auftauchen und bestätigt werden.

Aus dem Streik von 1986 lässt sich lernen:

1. Jeder Bildungsprotest muss sich daran messen lassen, dass er Gleichheit herstellen will und in seiner Form auch schon nach Möglichkeit praktiziert. Konkret heißt das, dass der Protest am besten Statusgruppen übergreifend agiert oder sogar auf die Abschaffung der Hierarchie zwischen ihnen abzielt (bspw. durch Lohnstufen, in den Hochschulgremien etc.). Wie eine Aktivistin während des Streiks 1986 formulierte: „Solange Solidarität und Widerstand quer durch alle Mitgliedsgruppen der Universitäten so gut funktionieren wie im Tutorenstreik, gibt es Hoffnung.“⁹

⁹ Büchner, Gerold, Hrsg. Bis hierher und nicht weiter: der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg: VSA-Verlag, 1986.

¹⁰ Zum Thema Zwangspraktikum siehe Kleinschmidt, Christiane. „Radikale Realpolitik an der Universität“. HUCh, Nr. #86 (Mai 2017): 5.

Dass Lohnstufen nach angeblichen Qualifizierung von der aktuellen TV-Ini abgelehnt werden, ist also ein gutes Zeichen in diese Richtung. Ebenso ihr Bemühen, nicht-studentische Personalgruppen, insbesondere wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, in ihren Kampf einzubeziehen und sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

An einem Beispiel aus dem Streik von 1986 lässt sich das Problem plastisch verdeutlichen.

Eine sich hartnäckig haltende Vorstellung, die auf einer der ältesten ideologischen Formationen beruht, sieht die Kopfarbeit als höherwertig an als die Handarbeit. Deutlich wurde das an einer Spaltung innerhalb der studentischen Beschäftigten während des Streiks. Im Brennpunkt der Tarifverhandlungen stand mit dem Tutorienmodell nämlich nur der Lohn der Gehaltsgruppe I, mithin derjenigen studentischen Beschäftigten, die als Tutor_innen selbst Lehrtätigkeiten übernehmen oder in Forschung und Lehre arbeiten. Die studentischen Beschäftigten, die in der Verwaltung (Bibliotheken, Druckereien etc.) angestellt waren und in die Gehaltsgruppe II fielen, wurden von den Tutor_innen zumeist nur belächelt oder bemitleidet. In der letzten Verhandlungsrunde versuchten einige Tutor_innen sogar die Beschäftigungsuntergrenze von 40 Stunden für sich dadurch zu retten, dass die Ausnahmeregelung nur für die „Nicht-Tutorinnen“ gelten sollte. Das hätte bedeutet, dass für diese die Untergrenze de facto weggefallen wäre. Das gelang nicht, aber im Tarifvertrag blieb trotzdem eine Lohndifferenz von fast 3 DM festgeschrieben, die erst 2001 weggefallen sollte.

Gegen diese künstliche Hierarchie zwischen Hand- und Kopfarbeit, bzw. Lehr- und Verwaltungstätigkeit hätten die Tutor_innen hier kämpfen müssen und den gleichen Lohn (bzw. gleiche Beschäftigungsuntergrenze) für alle auf dem höchsten Niveau fordern müssen. Zumal gerade die stupide Arbeit in der Verwaltung – eben weil sie so stupide ist – eigentlich besser bezahlt werden sollte. Sie haben aber im Gegenteil die Hierarchie der Herrschaft bestätigt und sogar versucht, sie zu ihren Gunsten gegen die in der Verwaltung angestellten studentischen Beschäftigten auszuspielen.

2. Für kommende Kämpfe sind solche Fehler nicht zu wiederholen. Die Hierarchien der Herrschaft sind zurückzuweisen, jeder Standesdünkel zu zerstören und die Gleichheit aller ist zu erkämpfen, sonst wird man leicht anhand dieser Hierarchien gespalten. Denn die Hierarchisierung beruht letztlich immer auf dem Prinzip der Herrschaft, das das des Leistungsprinzips ist und zuordnet, wem an welchem Platz wie viel zukommt. Dabei werden sogenannte Führungspositionen höher bewertet als angeblich nur ausführende Tätigkeiten. Letztlich wird die Bewertung anhand der Nützlichkeit für die Herrschaft entschieden, sodass stets die Positionen der Herrschaft von dieser selbst höher bewertet werden. Der Teufelskreis der Hierarchie. Wenn überhaupt eine Ungleichheit in der Entlohnung akzeptiert werden sollte, dann darf diese nicht nach dem herrschaftlichen Leistungsprinzip strukturiert sein, sondern nach dem Prinzip der Bedürftigkeit.

IV.5 – Selbstbildung statt Arbeit?

Mit der ideologischen Höherstellung der Kopfarbeit geht innerhalb der Studierendenschaft, aber auch über diese hinaus im ganzen wissenschaftlichen und intellektuellen Prekariat, die falsche Vorstellung einher, es handele sich bei dem, was man tut, gar nicht um Lohnarbeit, sondern um (Selbst-)Bildung oder gar Selbstverwirklichung. Als Intelligenz meint man sich den Kämpfen um die materiellen Lebensbedingungen entzogen und redet sich mit luftigen, aber nicht sättigenden Dingen wie Geist, Bildung, Selbstverwirklichung usw. Arbeitsbedingungen schön, die keine Proletarierin je akzeptieren würde.

Dieser krassen Fehleinschätzung der eigenen Arbeits- und Gesellschaftsposition bediente sich auch Kewenig, um den studentischen Beschäftigten vorzuhalten, sie müssten geradezu froh darüber sein, dass ihre Arbeitskraft fremdbestimmt angewendet würde, immerhin würden sie dabei Erfahrungen sammeln. Dafür Lohn zu fordern, sei geradezu vermessen und undankbar.

Aus dem Streik von 1986 lässt sich ersehen:

1. Dass man sich mit dem Inhalt der Arbeit identifizieren mag, ändert absolut gar nichts daran, dass sie der Form nach Lohnarbeit bleibt, also die eigene Arbeitskraft fremdbestimmt für die Zwecke von Staat und Kapital gewinnbringend angewendet wird.
2. Die eigene Arbeit muss also als Lohnarbeit erkannt und die kostenlose Vernutzung der eigenen Arbeitskraft unter dem windigen Vorwand der Selbstbildung und -verwirklichung zurückgewiesen werden. Das kann man gar nicht oft genug betonen. Und die Aus- und Fortbildung für Lohnarbeit sollte auch von jenen bezahlt werden, denen sie nützt, nämlich dem Kapital. Man müsste also bspw. für die Streichung der unbezahlten Zwangspraktika in den Bachelor-Studiengängen kämpfen.¹⁰

V – Einbeziehung der „Ossis“ und 25 Jahre neoliberale Konterrevolution

Mit dem Mauerfall und dem Anschluss der DDR trat ein neues Problem auf: die Lohndifferenz zwischen Ost und West, die vor allem eine der Währung war. Nominell betrachtet erhielten die Kolleg_innen im Osten einen geringeren Lohn. Jedoch gelang es 1993, die studentischen Beschäftigten im Osten mit 80% des Westlohns durch eine Änderung in den Tarifvertrag einzugliedern („TV Stud II-Ost“). Drei Jahre später sollten die Löhne deckungsgleich sein.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte ein schleichernder Verfall der tariflichen Absicherung ein. Die besondere Unfähigkeit, den Arbeitskampf an den Universitäten und Hochschulen fortzuführen oder gar zu intensivieren, ist jedoch im Zusammenhang mit der allgemeineren Schockstarre der westlichen Linken angesichts der Brutalität des nun ungehemmt losbrechenden Klassenkampfes von oben zu verstehen.

2001 wurde die sogenannte „Dynamisierung“ im Tarifvertrag gestrichen, d.h. die Löhne stiegen nicht mehr wie im weiteren öffentlichen Dienst, sodass seither durch die Inflation das Lohnniveau effektiv gesunken ist.

In der letzten Neufassung des Tarifvertrags von 2003 waren der Staatsseite Zugeständnisse beim Mindestvolumen der Arbeitsverträge gemacht worden. Allerdings gelang es, die Gruppenunterscheidung der Beschäftigten, die eine unbegründete Lohnhierarchie festschrieb, aufzuheben, sodass nun alle 10,98€ Stundenlohn erhielten.

2004 strichen die Hochschulen dann das Weihnachtsgeld. Dies in Rechnung gestellt, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten seit mehr als 17 Jahren kontinuierlich.

VI – Einige These zur Schwäche des Widerstandes

Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft zur besseren Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft (HartzI-V-Reformen) wurden auch die Universitäten umgekrempelt in der sog. Bologna-Reform ab 2006. Sie wurden marktkompatibler gestaltet, um dem europäischen Kapital möglichst schnell und unkompliziert möglichst versierte, aber hörige Arbeitskräfte bereit zu stellen.

Das bedingte eine immense Verschlechterung der Studienbedingungen an den Universitäten, die bisher relativ widerstandslos hingenommen wurde. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge stieg in erster Linie der Arbeitsaufwand (recht treffend als „Workload“ bezeichnet) für ein Studium und mit dem Kreditpunktesystem, das von der ersten Minute des Studiums an greift, wurde ein umfassendes und kontinuierliches Kontrollregime eingeführt.

Das hat vor allem eine Verschärfung des klassenspezifischen Charakters der Universitäten zufolge, denn das Studium ist nun für Student_innen, die nicht auf wohlhabende Eltern oder eines der wenigen Stipendien zurückgreifen können, finanziell kaum mehr zu bestreiten. Die häufigste Ursache für die Verlängerung eines Studiums ist daher keineswegs die Faulheit der Student_innen, wie es das ressentimentgeladene Vorurteil sich ausmalt, sondern die Notwendigkeit der Lohnarbeit neben dem Studium.

Die in den Bachelorstudiengängen verankerten Pflichtpraktika, die man nüchtern betrachtet getrost als Zwangsarbeit bezeichnen kann, weil rechtlich keine Notwendigkeit ihrer Entlohnung besteht, werden zudem gezielt dazu eingesetzt, vormalig regulär bezahlte Arbeitsplätze zu ersetzen und die Ausbildungskosten vom Kapital auf die zukünftigen Arbeiterinnen abzuwälzen. Gleichzeitig werden studentische Beschäftigte als billiger Ersatz von wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, mithin zur Lohndrückerei, eingesetzt, weil ihre Tätigkeitsbeschreibung im Tarifvertrag dies zulässt. Mit der Umwandlung von studentischen Hilfskraftstellen in Werkverträge versucht man zusätzlich noch, die Löhne und Sozialleistungen des Tarifvertrags zu umgehen. Zusammenfassend lässt sich für die aktuelle Situation konstatieren, dass der Staat durch seine „Reformen“ in der letzten Dekade einen enormen Raubbau am Wert der Ware Arbeitskraft betrieben hat. Diese krasse Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet vor allem einen Diebstahl an Zeit – Zeit, in der man vielleicht auf Gedanken kommen würde, wie eine bessere Gesellschaft aussähe.

Dass sich dagegen so wenig Widerstand formiert, liegt einerseits an der allgemeinen Schwäche der Linken seit 1989. Damit ging ein Verfall und Vergessen von grundlegenden Ideen gesellschaftlicher Emanzipation einher (wie z. B. dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, demokratische Entscheidungsstrukturen oder gar ein Zusammenleben ohne Verwertungszwangs, Unterwerfung und Kontrolle). Seit 1989 wähnt sich die herrschende Klasse am „Ende der Geschichte“¹¹. Das Kapital hat sich globalisiert und mit unglaublicher Brutalität alle emanzipatorischen Errungenschaften sowie jede praktische Alternative zur Wertverwertung zerstört. So können sich heute die meisten eher noch ein Ende der Menschheit vorstellen, als ein Ende des Kapitalismus. Umso wahnsinniger erscheint es unter diesen Verhältnissen (zumindest im Westen), für ein solches Ende von Staat und Kapital einzutreten, zu kämpfen, gar etwas dafür zu riskieren. Emanzipation als eine gesellschaftliche Bewegung, die Erfolg haben könnte, scheint unreal.

Andererseits hat sich – sicherlich auch aufgrund dieses Schwäche emanzipatorischer Kräfte – der Verwertungsdruck, der auf jeder einzelnen lastet, unglaublich gesteigert. Aufgrund des Mangels an realen und realistischen Alternativen und dem Terror-Regime von Konkurrenz und Jobcentern sehen sich die Individuen innerhalb des Systems mit dem eisernen Zwang konfrontiert, möglichst verwertbar zu sein. Selbstoptimierung ist die Devise.

Gleichzeitig sinkt durch die technische Steigerung der Produktivkräfte aber der variable Anteil des Kapitals enorm. Sprich, es werden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht, die Reservearmee wird immer größer, was im Klartext heißt, die Zahl der nach den Maßstäben des Kapitals Überflüssigen, die einfach nicht mehr ausgebeutet werden können, steigt rasant an. Das erhöht natürlich den Konkurrenzdruck und damit die Bereitschaft zu Konformität. Die Angst, aus dem System rauszufallen, schwächt die Bereitschaft zu Widerstand und Rebellion und lässt einen noch die schlechtesten Arbeitsbedingungen akzeptieren.

Das ganze ist allerdings ein Teufelskreis, der nur Durchbrochen werden kann, wenn man bereits entschieden hat, dem Konkurrenzdruck und Konformitätszwang nicht nachzugeben. Keine leichte Aufgabe, aber eine, die jetzt dringlicher denn je in Angriff genommen werden muss. Höchste Zeit also, in die Puschen zu kommen und endlich wieder in den Kampf um die Rückgewinnung gestohlener Lebenszeit einzutreten. Bis hierher und nicht weiter!

Wie man das macht, kann ausführlich in dem Buch „Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Tutorenstreik 1986“¹² nachgelesen werden, das in mehreren Berliner Bibliotheken zur Verfügung steht und in detail den Ablauf des Streiks von 1986 analysiert.

¹¹ Fukuyama, Francis. Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München: Kindler, 1992.

¹² Büchner, Gerold, Hrsg. Bis hierher und nicht weiter: der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg: VSA-Verlag, 1986.

Sollte man ehemaligen Nazis, rechten Antikommunisten und bezahlten Geheimdienstlern ein Denkmal errichten? Die FU sagte ja und schritt zur Tat: Seit September 2007 steht das neue Mahnmal auf der Wiese hinter dem Henry-Ford-Bau. FU-Präsident Lenzen hält es für ein Freiheitsdenkmal – Künstler, Studierende und Historiker schütteln den Kopf.

Ein Denkmal für die Freiheit – wie 15 Tonnen Bronze den kritischen Umgang mit Geschichte erschlagen.

Ralf Hoffrogge (2008)

¹ Online: http://www.fu-berlin.de/tour/campus/kunstwerk/presse-info/media/rede_graf_vonkrockow.pdf.

² Werner Rügemer, *Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred von Oppenheim*, 3. überarbeitete geschwärtzte Auflage, Nomen Verlag, Frankfurt/Main 2006.

Am 6.9.2007 wurde an der FU mitten in den Semesterferien und ohne vorherige Diskussion eine Skulptur des Künstlers Volker Bartsch eingeweiht. Das Werk mit dem Titel „Perspektiven“ widmete Präsident Dieter Lenzen zehn FU-Studenten, die Anfang der 50er Jahre aus Ostberlin verschleppt und später in Moskau durch sowjetische Geheimpolizei hingerichtet wurden. Der Grund waren Widerstandshandlungen in der DDR, von den SU-Behörden als Spionage interpretiert.

Erst im Jahr 2005 hatte die russische Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ die Grabstätten der Ermordeten in Russland aufgespürt und den Vorgang in Deutschland bekannt gemacht. Studentische Stimmen, etwa die FSI Geschichte, begrüßten im September 2007 eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der FU-Geschichte. Sie kritisierten aber von Anfang an die seltsame Art und Weise, in der diese stattfand. Bereits ein erster Blick auf die Skulptur offenbart einen fundamentalen Widerspruch zwischen Form und angeblicher Gedenkfunktion: Es finden sich auf dem Sockel des neuen „Denkmals“ nirgendwo die Namen der Ermordeten – stattdessen wurde großflächig der Name des Bankhauses Oppenheim angebracht, das die Skulptur bezahlte.

Damit das ganze nicht von vornherein als PR-Gag eines Finanzdienstleisters aufflog, wies Bankchef Matthias Graf von Krockow bei der Einweihung explizit darauf hin, dass das Bankhaus Oppenheim als jüdisches Familienunternehmen selbst während der NS-Zeit Opfer von Verfolgung und Willkür gewesen sei.¹

Verschwiegen wurde jedoch, dass die Bank während der NS-Zeit von einem „volksdeutschen“ Treuhänder geführt wurde und an Arisierungen jüdischen Vermögens beteiligt war.² Von Krockow bezeichnete sich im weiteren Verlauf seiner Rede als Sproß einer „alten preußischen Familie“, welche Ende 1945 als Vertriebene selbst Opfer eines totalitären Regimes geworden sei. Über die Leistungen seiner Familie vor 1945 sagte er nichts.

Form follows Function?

Eine ganze Reihe von Opfern war also zur Einweihung versammelt – die ermordeten Studenten tauchten nur am Rande auf. Ein Artikel aus der Berliner Zeitung vom 7.9.2007 erklärt, warum nicht nur die Widmung sondern auch die Form des „Denkmals“ die historischen Vorgänge ignoriert:

„Aus Kunstkreisen ist zu hören, man habe längere Zeit nach einem Standort für das bereits fertige Kunstwerk gesucht und die FU sei keineswegs die erste Wahl gewesen. Das klingt, als stehe es jetzt nur ‚zufällig‘ für die Ehrung der ermordeten Studenten.“

Der Leserbrief des Berliner Künstlers Peter Paul Pottans in derselben Ausgabe bestätigte, dass die von Lenzen zum „Denkmal“ beförderte Skulptur eigentlich keines ist. Nur durch „freundschaftliche Beziehungen innerhalb und außerhalb des Rotary Clubs“ sei die FU zur Skulptur gekommen:

„Weil sich für die Skulptur von Volker Bartsch im Berliner Stadtzentrum kein Platz fand, wird sie kur-



Das Denkmal wurde aus Protest mit Zetteln beklebt, auf denen inhaltliche Kritik an der Gedenkpolitik der FU zu lesen ist. Copyright Björn Kietzmann.

zerhand zum Mahnmal erklärt [...]. Die offene Form lässt halt viele, beliebige Lesarten zu. Der Künstler beklagt sich nicht, Hauptsache er wird im öffentlichen Raum platziert!“

Von Dissidenten und Agenten

Es könnte allerdings noch einen weiteren Grund geben, warum die Namen der Opfer nicht genannt werden. Im Internetarchiv des Deutschlandfunk erklärt ein Bericht vom 13.10.05, was die FU-Studenten³ in Ostberlin taten und bringt ihre Aktionen in Zusammenhang mit der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU):

„Dieser Widerstand bestand darin, dass man also Flugblätter in die S-Bahn Züge klebte [...]. Kernpunkt und Kristallisationspunkt all dieser Organisationen war die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, hier in Westberlin beheimatet“.⁴

Laut Informationen des „Handbuch Rechtsextremismus“ von Jens Mecklenburg wurde die KgU 1948 von westlichen Geheimdiensten als Vorfeld- und Spionageorganisation gegründet. Sie soll aktiv beim Aufbau eines Agentennetzes in der DDR mitgewirkt haben⁵. Dennoch war in der FU-Presserklärung vom 6.9.07 und auch den Zeitungsberichten zur Enthüllung des Bartsch-Denkmal immer nur von „angeblicher Spionage“ die Rede. Später veröffentlichte die FU im Internet biographische Details der zehn Studenten und musste nun selbst zugeben, dass einer der Ermordeten zur Zeit seiner Verhaftung „für einen Geheimdienst

der Westalliierten“ arbeitete.⁶

Auch bewiesene Spionagevorwürfe würden Verschleppung und Ermordung keinesfalls rechtfertigen. Dennoch wirft dies deutliche Zweifel auf die Denkmalswürdigkeit der zehn Studenten.

Die im Internet zugänglichen Kurzbiographien bestätigen die Verbindungen von drei der zehn Studenten zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Außerdem war einer der genannten zehn laut FU-Angaben von 1941 bis 1944 Mitglied der NSDAP, wurde dann jedoch aus der Partei ausgeschlossen. Anscheinend hat das Präsidium der FU wider besseres Wissen die Widmung auf dem Sockel des „Denkmals“ bewusst vage und nichtssagend gehalten.

NSDAP-Mitgliedschaft, aber auch die Natur der WKampfgruppe gegen UnmenschlichkeitW passen nicht ins von der FU gepflegte Bild der „Freiheitskämpfer“. Vorwürfe, die KgU sei eine Vorfeldorganisation von CIA und BND gewesen, sind nicht neu. Auch sind derartige Vorwürfe keineswegs ein Werk linker VerschwörungstheoretikerInnen. Selbst auf der Website des „Deutschen Historischen Museums“ ist über die „Kampfgruppe“ und verwandte Organisationen zu lesen, sie hätten sich für ihre Informationen gut bezahlen lassen, ja geradezu um die Gelder der Nachrichtendienste konkurriert:

„Das Geld kam vom US-Geheimdienst. Nach dem Wert der Nachrichten richtete sich die Höhe der Zuwendungen. ‚Das war ein hartes Geschäft nach der Devise ‚Ware gegen Geld‘, erinnert sich ein BND-Veteran“⁷.

³ Es handelt sich bei den zehn bisher bekannten Opfern durchweg um Männer, deshalb ist im Folgenden von Studenten und nicht von Studierenden die Rede.

⁴ Campus und Karriere, 13.10.05; online: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/424010/>, Zugriff: 24.3.08.

⁵ Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S.169f.

⁶ Vgl. <http://www.fu-berlin.de/tour/campus/kunstwerk/kontext/biografien/prautsch/index.html>, Zugriff 24.3.08. Die Kurzbiographien finden sich auch in der Ausstellung „Zukunft von Anfang an“ sowie in der Festschrift „Perspektiven“, FU Berlin (Hg.) 2007.

⁷ http://www.dhm.de/ausstellungen/kalter_krieg/brosch_02.htm, Zugriff 24.3.08.

⁸ E-Mail von Präsidiumsvertreter Robert Nissen an den Verfasser, 5.11.2007.

⁹ Bericht des AStA FU zur Podiumsdiskussion, online: http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2007/news_11-07_Zugriff24.3.08.

Aber nicht nur Spionage, sondern auch „aktive Sabotage“ wurde von der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ betrieben. Im „Spiegel“ vom 19.11.1952 wird von Brandstiftungen, Sabotage an Telefonanlagen und Vorbereitungen zu Brückensprengungen (!) berichtet, welche die DDR-Behörden der KGU zu Last legten. Der „Spiegel“ kommentierte ihr Handeln wie folgt:

„...Das war der hartgesottenen „Kampfgruppe“ zu zahm. Sie wollte die rote Diktatur ins Wanken bringen. Sie verlegte sich auf anderes. Sie beauftragte teilweise unerfahrene Jungen, die aus Empörung gegen die Kommunisten alles mitzumachen bereit waren, verantwortungslos mit vertrackten Aufträgen; die Jungen fielen dem sowjetdeutschen „Staatsicherheitsdienst“ reihenweise in die Hände und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen.“ Haben vielleicht einige dieser „unerfahrenen Jungen“ ihre Aktionen nicht nur mit dem Zuchthaus bezahlt, sondern mit dem Leben?

Fest steht: Selbst zeitgenössische, keinesfalls des Kommunismus verdächtige Organe wie der „Spiegel“ stuften die KGU und ihre Handlungen als unverantwortlich, ja geradezu terroristisch, ein. Folgt man obigem Zitat, handelt es sich bei den ermordeten Studenten nicht allein um Opfer von Stalins Geheimpolizei, sie erscheinen gleichermaßen als Opfer der West-Geheimdienste, die sie wissentlich auf Himmelfahrtskommandos schickten.

Um eine Debatte über die Biographien der Ermordeten und die fragwürdige Denkmalsetzung anzustoßen, formulierten der AStA FU und die Fachschaftsinitiative Geschichte im Herbst 2007 einen schriftlichen Fragenkatalog und luden Präsident Lenzen persönlich zu einer Podiumsdiskussion ein.

Diskutiert wird nicht – Verordnetes Gedenken

Unter dem Titel „Die Freiheit, Die ich Meine“ fand die Veranstaltung am 6. 11.2007 statt. Auf dem Podium diskutierten Prof. Wolfgang Wippermann vom Friedrich-Meinecke-Institut der FU, Martin Schönfeld vom Büro für Kunst im öffentlichen Raum sowie der Autor dieser Zeilen als Vertreter des AStA. Das Präsidium der FU weigerte sich trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Nachfragen, einen Vertreter oder eine Vertreterin zu schicken. Stattdessen wurden die in der Einladung gestellten Fragen einen Tag vor der Diskussion in einer dünnen E-Mail beantwortet. Die Kritik der Studierenden wurde dabei voll und ganz bestätigt – in Bezug auf den Ursprung der Skulptur schrieb der Präsidiumsvertreter:

„Es ist dem Präsidium gelungen, den Mäzen davon zu überzeugen, die Skulptur von Volker Bartsch, die dieser für den Mäzen gefertigt hat, der Freien Universität zu schenken. Der Ort für die Aufstellung einer Skulptur wurde nicht bei der Auftragserteilung bereits festgelegt“⁸.

Auch die Verbindung der Studenten mit der KGU bestätigte sich. Sie wurde sogar nicht nur für drei, sondern für alle zehn genannten Studenten zugegeben. Bezahlt wurden die Studenten aber angeblich nicht:

„Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hatte 80 fest angestellte Mitarbeiter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Darüber hinaus gab es einen Kreis von Vertrauensleuten. Die meisten der ermordeten Studenten waren in diesem Kreis engagiert, aber nicht in der KGU beschäftigt.“

Der Verweis auf „öffentliche Mittel“ stellt noch einmal eindeutig klar, dass die KGU kein ehrenamtliches Dissidentennetzwerk war, sondern im Staatsauftrag handelte (ob nun der BRD oder der USA bleibt hier unklar). Straftaten, so das Präsidium, hätten die betreffenden Studenten jedoch nicht begangen, diese seien ihnen selbst von den sowjetischen Militärtribunalen nicht vorgeworfen worden.

Weiterhin wurde auf der Podiumsdiskussion von Martin Schönfeld die seltsame Entstehungsgeschichte des „Denkmals“ erläutert. Im Bericht des AStA FU ist zu lesen:

„Schönfeld bestätigte noch einmal, dass die Skulptur keineswegs als Denkmal entstanden ist. Vielmehr sei sie vom Bankhaus Oppenheim für den südlichen Vorplatz des neuen Hauptbahnhofes in Auftrag gegeben worden. Eine Aufstellung dort sei jedoch an der zuständigen Senatskommission gescheitert, die ihr Veto eingelegt habe. Die Kommission, in der er auch mitarbeitete, habe stattdessen verschiedene Brachen und Grünflächen am Stadtrand als Aufstellungsort empfohlen. Insbesondere diese Enthüllung löste im Publikum einiges an Heiterkeit aus. Nur weil die Gegenvorschläge als Repräsentationsorte für das Bankhaus nicht attraktiv erschienen, sei die Skulptur quasi als „drop-art“ an die FU gekommen. Man solle sie daher als Kunstwerk in der Tradition des Post-Kubismus nehmen, ein Denkmal sei das Werk jedoch keinesfalls“⁹.

Für eine weitere Enthüllung sorgte auf der Podiumsdiskussion Prof. Wippermann: Er informierte über die Verbindungen eines der geehrten Studenten zum „Narodno Trudowoi Sojus“, zu deutsch etwa „Völkischer Arbeiterrat“. Diese 1918 zunächst gegen die Russische Revolution gegründete Organisation habe unter anderem während des 2. Weltkrieges mit den nationalsozialistischen Besatzungstruppen in der Sowjetunion zusammengearbeitet – auch sie sei daher keinesfalls denkmalwürdig.

Für Kontroversen sorgte dann die Debatte mit einem Angehörigen eines der zehn ermordeten Studenten, der im Publikum saß. Trotz heftigem Streit um vermeintlich schlampige Recherche und einseitige Darstellungen gab es zumindest einen Konsenspunkt unter den Diskutierenden: Man müsse die Biographien der Ermordeten ernst nehmen.

Dies ist jedoch kaum der Fall mit einem „Denkmal“, das eigentlich als themenlose Banken-Repräsentationskunst entstanden ist. Auch die schonungslose Subsumierung der ambivalenten Biographien und dem Begriff „Freiheitskämpfer“ wird den historischen Realitäten kaum gerecht. Letztendlich stellt es sich so dar, als wären die zehn ermordeten Studenten gleich doppelt instrumentalisiert worden: einmal als Schachfiguren im Kalten Krieg, ein weiteres Mal in der Gegenwart als Versatzstücke für eine Imagekampagne der FU.

Dambruch in der Erinnerungskultur

Wir haben es hier mit einem Novum in der Erinnerungspolitik zu tun. Einerseits ist das „Denkmal“ eine klassische Verlängerung von Kalter-Kriegs-Ideologie und Totalitarismustheorie, eine optisch-ideologische Panzersperre gegen die Idee, Kommunismus könnte auch andere Inhalte als Stasi und Stacheldraht haben. Andererseits ist die Skulptur Ausdruck einer neuen, postmodernen Beliebigkeit in der Erinnerungspolitik. Ein Kunstwerk wird völlig aus dem Zusammenhang gerissen und als Mahnmal undefiniert, eine Widmung für konkrete Opfer existiert schlichtweg nicht. Lediglich durch Begleittexte im Internet und der Presse werden historische Personen an die völlig unbestimmte Freiheitswidmung angedockt.

Diese neue Beliebigkeit ist vielleicht noch kritischer zu sehen als der klassische Antikommunismus, der sich etwa in Denkmälern im Stil der „Neuen Wache“ mit ihrer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR widerspiegelt. Solcherlei Antikommunismus bezog sich wenigstens noch auf konkrete Vorgänge, machte sich dadurch angreif- und kritisierbar. Er vertrat, wenn auch in perverser Form, die Idee, man könne aus der Geschichte lernen.

Diese Idee ist im Patchwork-Denkmal an der FU nicht mehr erkennbar. Form, Inhalt und Diskurs der Skulpturensetzung haben keinen inneren Zusammenhang. Geschichte dient hier als bloßes Versatzstück für ein FU-Image ohne Inhalte. Corporate Identity heißt diese Form von Ideologie. Eine FU-Identität soll hergestellt werden, ohne konkrete Inhalte und Prinzipien zu nennen, die der FU ihre Besonderheit verleihen. Denn solche Prinzipien, und seien es nur die schwammigen Floskeln von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit aus dem FU-Motto, wären ein Maßstab der Kritik für die real unhaltbaren Zustände an der Freien Universität. Kritik und Diskussion jedoch, das zeigt sich an der Reaktion des Präsidiums auf studentische Debatten zur Bartsch-Skulptur, ist unerwünscht. Lieber sollen wir gedenken und schweigen.

Verdrängen statt Erinnern

Wie die offizielle FU-Geschichtsschreibung den Nationalsozialismus verharmlost und vom Antisemitismus nichts wissen will

Ralf Hoffrogge (2008)

Nicht erst die Kontroverse um das im September 2007 eingeweihte „Freiheitsdenkmal“ zeigte, dass an unserer Universität Erinnerungspolitik auf fatale Weise schiefläuft. Auch an anderen Beispielen wird sichtbar: Geschichte ist für das aktuelle FU-Präsidium nur ein Rohstoff für Imagekampagnen. Im Stile einer Unternehmensgeschichte pickt man sich Erfreuliches heraus und verdrängt alle unangenehmen Facetten. Auch vor der Verharmlosung von Antisemitismus und Nationalsozialismus wird dabei nicht haltgemacht.

Antisemitismusdebatte um Henry-Ford-Bau

Seit Jahren schon weigert sich die FU und namentlich Präsident Lenzen, eine Umbenennung des Henry-Ford-Bau zu erwägen, obwohl Ford sich als antisemitischer Publizist betätigte und mit dem Buch „The International Jew“ eine der populärsten antisemitischen Schriften seiner Zeit herausgab.

Ford, Erfinder des Fließbands und Gründer des bekannten US-Autokonzerns, publizierte seit März 1920 im von ihm herausgegebenen Sensationsjournal „The Dearborn Independent“ eine Reihe antisemitischer Artikel. Weiterhin erschien ein Nachdruck der „Protokolle der Weisen von Zion“, jener kruden Verschwörungstheorie, die bis heute zu den Klassikern des Antisemitismus zählt. Henry Ford selbst kommentierte in einem Interview vom Februar 1921: „Alles was ich zu den Protokollen sagen kann, ist, dass sie zu dem passen, was vorgeht“.

Im November 1920 erschien dann mit „The international Jew“ unter Fords Namen eine Artikelsammlung aus dem „Independent“, die schnell auch ins Deutsche übersetzt

wurde und lange vor 1933 zum festen Bestandteil der Propaganda deutscher Antisemiten wurde.

Wohl auch aus diesem Grund erhielt Ford schließlich 1938 das „Großkreuz des Deutschen Adlerordens“, die höchste Auszeichnung, die Nazideutschland an Nichtdeutsche vergab. Damals hatte Ford seine antisemitische Kampagne freilich schon abgebrochen. Eine aufsehenerregende Verleumdungsklage brachte ihn im Jahr 1927 dazu, den Dearborn Independent einzustellen. Im Verfahren konnte Ford sich zwar zu Recht darauf berufen, die fraglichen Artikel nicht selbst geschrieben zu haben. Sie wurden von einem seiner Mitarbeiter formuliert und erschienen dann unter Fords Namen. Seine Behauptung jedoch, er hätte die Artikel nie gelesen, sondern nur die Überschriften, wurde von Zeugen und selbst von Freunden Fords als absolut unglaubwürdig abgetan. Henry Ford selbst jedenfalls berichtete noch 1940 in einem Interview mit dem „Manchester Guardian“, dass jüdische Bankierskreise den zweiten Weltkrieg angezettelt hätten.

Ford starb 1947, einen Großteil seines Vermögens hinterließ er der familieneigenen Ford-Foundation. Diese ermöglichte durch eine Millionenspende die Errichtung des 1954 unter dem Namen Henry-Ford-Bau eröffneten Gebäudes der FU.

Präsident Lenzen beharrt in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf der Aussage, der Ford-Bau sei nicht nach dem Antisemiten Ford, sondern nach dessen Enkel Henry Ford II. benannt. Eine Behauptung, für die es keinerlei Beweise gibt. Auch an sich wirkt die Behauptung

unglaublich, müsste das Gebäude doch „Henry-Ford-II.-Bau“ oder „Henry Ford Junior Bau“ heißen, wenn Lenzens Version zuträfe. Auch der im FU-Archiv einsehbare Senatsbeschluss vom 3. März 1954 besagt nur „dass das Gebäude des Auditorium Maximum im ganzen den Namen ‚Henry-Ford-Bau‘ tragen soll“. Ein Henry Ford Junior wird nicht erwähnt, es ist also davon auszugehen, dass das Gebäude sehr wohl nach dem Autobauer und Antisemiten Henry Ford I. benannt ist.

Obwohl die Vorwürfe gegen Ford seit Jahrzehnten bekannt sind, unternahm die FU nichts. Zunächst schieg das Präsidium sich schlicht aus, seit etwa 2003 flüchtete man sich in die zitierte Schutzbehauptung über Ford Junior. Ziel war, die erneute Vergabe von Geldern durch die Ford-Foundation für eine geplante Renovierung des Gebäudes nicht zu gefährden. Die Presse machte es der FU-Leitung leicht und ignorierte die Vorwürfe über Jahre hinweg. So etwa zur Wiedereröffnung des HFB nach der Renovierung im April 2007: Obwohl seitens der Studierendenschaft ausführliche Pressemitteilungen zum Thema herausgegeben wurden, berichteten lediglich die marxistische „Junge Welt“ und die „Jüdische Allgemeine“ über den Vorgang. Die Mainstreamblätter begnügten sich damit, die Pressemitteilungen des Präsidiums abzuschreiben.

Verdrängung der NS-Vergangenheit von FU-Gebäuden

Auch beim Thema Faschismus und NS-Erbe ist die FU gut im Verdrängen. Nach wie vor werden die Institute der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, in deren Gebäude heute FU-Einrichtungen residieren, in verharmlosender Weise als „deutsches Oxford“, als Standort „exzellenter Wissenschaft“ porträtiert. So etwa in der Ausstellung „Zukunft von Anfang an“, die 2004 zum 50. Jahrestag der Einweihung des Henry-Ford-Bau entworfen wurde und die FU-Geschichte als „Erfolgsgeschichte“ aufbereitet. Die Ausstellung ist seit 2007 als Dauerausstellung im HFB zu sehen, ihre Texte finden sich auch auf der FU-Homepage. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) wurde im Jahr 1911 als Netzwerk staatlicher Forschungsinstitute gegründet. Die Novemberrevolution und den Faschismus überstand sie unbeschadet, erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs änderte sie ihren Namen in „Max-Planck-Gesellschaft“. Direktor des ersten Kaiser-Wilhelm-Institutes war der Chemiker Ernst Haber, einer der Pioniere der chemischen Kriegsführung. Durch Haber entwickelte Giftgase wurden im ersten Weltkrieg industriell produziert und durch deutsche Truppen an der Westfront eingesetzt, Tausende von Soldaten fanden den Tod.

Auch während des Zweiten Weltkrieges waren die in Dahlem ansässigen Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht unbeteiligt. Mittels rassistischer Forschung unterstützten sie die Ideologie der Nazis, aber auch Rüstungsforschung wurde betrieben.

Am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie wurde im Dezember 1938, ziemlich genau zehn Jahre vor Gründung der FU, die weltweit erste Kernspaltung vollzogen und damit die Grundlagen für Atomenergie und Atomwaffen gelegt. Die Entdeckung veranlaßte ein umfangreiches NS-Kernwaffenforschungsprogramm, das glücklicherweise nicht zu Ende geführt werden konnte. Das Gebäude des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie ist heute als

„Otto-Hahn-Bau“ Teil des Instituts für Chemie der FU.¹ Zwei am Gebäude vorhandene Gedenktafeln ignorieren weiterhin den NS-Kontext der dort betriebenen Kernversuche.

In den Texten der FU-Ausstellung „Zukunft von Anfang an“ wird zwar durchaus erwähnt, dass in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auch Rassen- und Kriegswissenschaft für die Nazis betrieben wurde, jedoch verschwindet diese Problematisierung hinter allerlei Beschönigungen. So wird etwa der Eindruck erweckt das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“, in dessen Gebäude heute die FU-Politikwissenschaft eingerichtet ist, habe sich erst seit Sommer 1933 mit rassistischer Forschung beschäftigt. Das Institut in der Ihnestraße 22 war beteiligt an Menschenversuchen und lagerte in seinen Räumen Organe ermordeter KZ-Häftlinge.

Allein der Titel des 1926 gegründeten Instituts macht jedoch deutlich, dass hier bereits in der Weimarer Republik eine rassistische Forschungstradition etabliert wurde, welche die Nazis fertig vorfanden. Denn „Eugenik“ meint nichts anderes als die Reinigung des „Volkkörpers“ von „kranken“ und unerwünschten „Elementen“, sprich Menschen. Auch der Gründungsdirektor Eugen Fischer amtierte von 1927 bis 1942, stand also für die Kontinuität rassistischer und menschenverachtender Pseudowissenschaft am Institut.

In der FU-Geschichtsschreibung liest sich das so:

„Das Institut entwickelte sich schnell zu dem humangenetischen Zentrum in Deutschland und erwarb sich u. a. durch seine empirische Grundlagenforschung Anerkennung.“²

An dieser Stelle hätte es sich angeboten, die heutige Humangenetik auf ihre rassistischen Wurzeln und unverarbeiteten Prämissen abzuklopfen, oder auch auf die menschenverachtende Kontinuität aktueller eugenischer Argumentationen etwa gegenüber Behinderten hinzuweisen. Stattdessen versucht die FU in ihrer Ausstellung, mit der künstlichen Trennung „vor 1933/nach 1933“ auch noch aus einem Institut, dessen bekanntester Mitarbeiter KZ-Arzt Joseph Mengele war, symbolisches Kapital zu schlagen.

Geschichte am Markt – Verdrängung statt Erinnerung

An diesen zwei Beispielen wird deutlich, was die Kommerzialisierung der Universitäten und ihre Inszenierung als Unternehmen eines zukünftigen Bildungsmarktes bedeutet: Eine Geschichtswahrnehmung, die kritisch hinterfragend ihre Verantwortung wahrnimmt, hat hier nichts zu suchen. Am Umgang der FU mit 1968 und Studierendenprotesten im Allgemeinen ließe sich dieser Vorgang genauso aufzeichnen. Zwar war der Mainstream der Geschichtsschreibung immer schon Herrschaftsgeschichte, und das ist im Falle der FU nicht anders. Die Vermarktwirtschaftlichung des Erinnerens bewirkt jedoch eine ungeahnte Steigerung des institutionellen Verdrängens.

Denn die Universitäten der Zukunft brauchen eine Erfolgsgeschichte. Die „Exzellenz“ der eigenen Uni muss schon „von Anfang an“, also weit in der Vergangenheit angelegt sein. Und wenn die Vergangenheit nicht dazu passt, dann wird sie eben passend gemacht. Wenn man dazu Antisemitismus verdrängen und Faschismus in orwellscher Manier schönreden muss, dann wird auch das gemacht – der Markt verlangt es.

¹ Das Gebäude trägt heute (2018), seit einer Umbenennung 2010, den Namen „Hahn-Meitner-Bau“, nachdem der Beitrag zur Entdeckung der Kernspaltung der jüdischen Emigrantin Lise Meitner über Jahrzehnte ignoriert worden war [Anmerkung der FU70-Redaktion].

² http://www.fu-berlin.de/tour/geschichtsaussstellung/geschichte/kwi_anthro/index.html.

Knochenfunde an der FU Berlin – Erinnerungskultur heute

G. Wilde (2018)

¹ Gerichtsmedizinischer Bericht zu den Knochenfunden auf dem Campus. Knochen lagen mehrere Jahrzehnte in der Erde, in: campus.leben, 19.11.2014, in: https://www.fu-berlin.de/campusleben/intern/2014/20141119_knochenfunde/index.html [zuletzt am 31.07.2018].

Als am 1. Juli 2014, während Sanierungsarbeiten an der Außenanlage der Universitätsbibliothek, menschliche Knochenreste gefunden wurden, rief dies in der Folgezeit ein starkes mediales Interesse hervor. Der Grund hierfür war zum einen der Fund an sich und zum anderen der Umgang mit diesem.

Zunächst wurden die Arbeiten in der Harnackstraße eingestellt und die zuständige Polizeibehörde leitete Untersuchungen zu Herkunft und Datierung des Fundes ein. Im späten Herbst lag das rechtsmedizinische Gutachten vom Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin vor. Der Befund hielt fest, dass die Knochen bereits mehrere Jahrzehnte in der Erde gelegen haben müssen und von mindestens 15 Personen stammten. Diese seien Erwachsene und Jugendliche oder Kinder gewesen. Nach dem Abschluss der Untersuchungen übergab das Landesinstitut den Fund an das Krematorium Ruhleben. Dort wurde er am 12. Dezember 2014 eingäschert und wenig später anonym auf dem Friedhof Ruhleben begraben. Doch gerade dieser Vorgang ist zu einem heiklen Diskussionsthema geworden. Denn neben den menschlichen Knochen befanden sich an der Fundstelle zehn runde Kunststoffmarken, die mit handgeschriebenen Nummern versehen waren, und eine Ampulle mit einer eingetrockneten Flüssigkeit darin. Laut dem Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin handelte es sich dabei um das Lokalanästhetikum Procain. Hinsichtlich der Kunststoffmarken merkte das Institut an, dass diese „an Markierungen für biologische/medizinische Präparate“ erinnern würden.¹

Menschliche Knochenfunde in Berlin sind nicht ungewöhnlich. Die Verbindung solch eines Fundes mit diesen Objekten hingegen schon. Auffällig ist auch der Fundort. Er liegt in unmittelbarer Nähe zur Ihnestraße 22. Das Grundstück (inklusive Gebäude) gehört seit 1948 zur Freien Universität und wird derzeit vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft genutzt. Von 1927 bis 1944 hatte jedoch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik hier seinen Sitz. Die Einrichtung widmete sich in seinem Forschungsschwerpunkt der Frage, inwieweit menschliche Eigenschaften (worunter auch Alkoholismus und Kriminalität verstanden wurden) erblich seien. Vor diesem Hintergrund führte sie Experimente an Tieren und Menschen durch. Besonders die Zwillingsforschung mit Berliner Proband*innen nahm hierbei einen wichtigen Stellenwert ein. Das Institut erhielt zusätzlich für seine Untersuchungen Augen und Blutpräparate von Josef Mengele aus dem Konzentrationslager Auschwitz. Generell spielte das Kaiser-Wilhelm-Institut für die nationalsozialistische Rassenpolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Beide Institutsdirektoren (bis 1942 Eugen Fischer, anschließend Otmar Freiherr von Verschuer) vertraten die Ansicht, dass Wissenschaft und Politik eng zusammenarbeiten sollten und eine gemeinsame Schnittstelle die Rassenhygiene darstellen würde. Für die Untersuchungen wurde des Weiteren eine anthropologische Sammlung genutzt. Diese gehörte ursprünglich Felix von Luschan, einem Mitarbeiter des Museums für Völkerkunde und Dozent an der Friedrich-Wil-

helm-Universität (heutige Humboldt-Universität zu Berlin). Die Knochen stammten aus den ehemaligen deutschen Kolonien in Süd-Ost-Asien und Afrika, darunter u. a. aus dem Konzentrationslager Haifischinsel in Namibia. Nach Luschans Tod 1924 besaß die Berliner Universität die Sammlung. Drei Jahre später wurde sie dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zur Verwaltung und Aufbewahrung übergeben. In der Folgezeit wuchs die Sammlung auf 4.000 bis 5.000 Einzelteile an. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die HU Berlin sie zurück. Da die Bestandsdokumentation im Krieg fast vollständig zerstört wurde, ist nicht gesichert, ob es sich dabei um die vollständige Sammlung handelte. Weder die Vergangenheit dieses Ortes noch die anderen entdeckten Objekte wurden zum Anlass genommen, um weitere Untersuchungen der menschlichen Knochenfunde einzuleiten. In einem Interview mit *campus.leben* vom 4. Februar 2015 führte der damalige FU-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt dafür mehrere Gründe an. Er hob insbesondere die Kleinteiligkeit und die starke Verwitterung, die eine exakte Datierung nicht möglich gemacht hätten, hervor. Außerdem führte er an, dass bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in der Ihnestraße 22 menschliche Knochen aus mehreren Berliner Museumssammlungen gelagert hätten. Somit wäre die Benennung der Opfergruppen zu spekulativ gewesen. Deutlich wird anhand solch einer Aussage vor allem, dass der Ursprung von anthropologischen Knochensammlungen immer noch zu wenig problematisiert und die Opfer des Kolonialismus in der deutschen Erinnerungskultur einen untergeordneten Stellenwert haben. Laut Prof. Dr. Alt sei die Grundlage der Entscheidung, keine weiteren Untersuchungen zu beauftragen, letztendlich ein gemeinsamer Beschluss der Freien Universität, auf deren Gelände die Knochen gefunden wurden, sowie der Max-Planck-Gesellschaft, welche die Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist, gewesen.²

Michael Tsokos, Leiter des Berliner Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin, sowie Lars Oesterhelweg, leitender Oberarzt in der Rechtsmedizin der Charité, meinten hingegen, keine näheren Erläuterungen zum besagten Kaiser-Wilhelm-Institut erhalten zu haben. Daher nahmen sie keine weiteren Analysen vor.³ Was folgte, waren Schuldzuweisungen aus unterschiedlichen Richtungen, die sich um die fehlende Aufarbeitung der Herkunft der Knochen und die anonyme Bestattung in Ruhleben drehten. Die Berliner Zeitung z. B. warf in ihrer Kolumne „Geistlos und roh an der FU Berlin“ Prof. Dr. Alt ein falsches Vorgehen vor, veröffentlichte aber am 4. Februar 2015 eine Richtigstellung der Vorgänge.⁴ Professor Alt selbst räumte gegenüber dem *Tagesspiegel* anfangs eine Kommunikationslücke zum Landesinstitut ein.⁵ Allerdings berichtete die Zeitung einige Tage später, dass der FU-Präsident im Akademischen Senat plötzlich verkündet hätte, die Charité habe über den Kontext der Funde Bescheid gewusst. Dem *Tagesspiegel* teilte die Universität auf Nachfrage mit, sie hätte die Polizei auf die spezielle Verortung der Funde aufmerksam gemacht. Man sei davon ausgegangen, die Polizei würde die Information an das Landesinstitut weiterleiten. Darüber hinaus hätten Vertreter der Universität

in Telefonaten mit der Gerichtsmedizin die mögliche Verbindung der Knochen zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und zum Nationalsozialismus thematisiert. Dies wiederum bestritt Michael Tsokos.⁶

Wer wen wann über was genau in Kenntnis setzte oder nicht, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Offenkundig ist, dass ein großes Kommunikationsproblem zwischen allen Beteiligten bestand. Das betraf ebenso die universitätsinterne Informationsübermittlung. In den ersten beiden veröffentlichten Mitteilungen über die Knochenfunde im Online-Magazin *campus.leben* gab es keinerlei Verweis auf das Kaiser-Wilhelm-Institut.⁷ Es wurde erst in einem Bericht vom 27. Januar 2015 erwähnt.⁸ Zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Knochen bereits bestattet waren und nachdem Andrea Barthélémy am 12. Januar 2015 in einem Artikel von einer potentiellen Verbindung des Fundes zum Konzentrationslager Auschwitz sprach.⁹

Der mediale Aufschrei schien zunächst Wirkung auf die Handlungsweise der FU gehabt zu haben. Sie gründete eine Arbeitsgruppe, die die Herkunft der Knochen nachträglich klären sowie mögliche Gedenkformen konzipieren sollte. Die Gruppe bestand aus Mitgliedern und Expert*innen der Universität, der Max-Planck-Gesellschaft sowie des Landesdenkmalamtes Berlin. Anlässlich neuer Bauarbeiten in der Harnackstraße (zwischen der Universitätsbibliothek und dem Henry-Ford-Bau) im Juni 2015 beschloss diese, den Vorgang durch Bodenuntersuchungen begleiten zu lassen. Dafür zuständig waren das Landesdenkmalamt und Archäolog*innen der Freien Universität, unter der Leitung von Prof. Dr. Susan Pollock und Prof. Dr. Reinhard Bernbeck. Das gleiche Team führte auch in der Folgezeit Ausgrabungen durch: Als die Außenanlage der Ihnestraße 24 im August 2015 erneuert wurde sowie in der Harnackstraße in unmittelbarer Umgebung der ersten Knochenfundstelle im November 2015 und Anfang Februar 2016. Während in der Ihnestraße lediglich Knochen tierischen Ursprungs entdeckt wurden, konnten bei allen Grabungsarbeiten in der Harnackstraße abermals Menschenknochen geborgen werden.

Im Sommer 2016 ließ die offizielle Arbeitsgruppe den Fundort von 2014 erneut öffnen und die Verfüllung untersuchen. Diese enthielt zahlreiche menschliche Zähne, Schädelpartien, Gipsstücke sowie weitere handschriftlich nummerierte Kunststoffmarken. Seitdem wird der Fund im Hinblick auf sein Alter, Geschlecht, Mindestindividuenzahl, Pathologien und Ursachen für die Fragmentierung analysiert. Offen ist, ob invasive Untersuchungen vorgenommen werden. Da bei diesen die Knochenfragmente direkt bearbeitet werden würden, wäre dies letztendlich eine Entscheidung, die alle potentiell betroffenen Opferverbände zu treffen hätten. Der Universität muss an dieser Stelle zu Gute gehalten werden, dass sie im Sommer 2015 wenigstens dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma über die Knochenfunde, die Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts und die gebildete Arbeitsgruppe Bescheid gegeben hat. Anfang 2016 nahm sie ein weiteres Mal Kontakt auf. Dabei informierte sie die Zentralräte über den damaligen Untersuchungsstand und fragte nach deren Meinungen

² „Unhaltbare Vorwürfe“: Ein Interview mit Universitätspräsident Peter-André Alt zu den Anschuldigungen im Umgang mit den Knochenfunden auf dem Campus, in: *campus.leben*, 04.02.2015, in: https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2015/150204_interview-alt-knochen/index.html [zuletzt am 31.07.2018].

³ Kühne, Anja: Menschenknochen auf dem FU-Campus. Zu wenig kommuniziert, in: *Der Tagesspiegel*, 26.01.2015, in: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/menschenknochen-auf-dem-fu-campus-zu-wenig-kommuniziert/11284156.html> [zuletzt am 31.07.2018].

⁴ Zur Kolumne „Geistlos und roh an der FU Berlin“ Richtigstellung, in: *Berliner Zeitung*, 04.02.2015, in: <https://www.berliner-zeitung.de/zur-kolumne--geistlos-und-roh-an-der-fu-berlin--richtigstellung-2670146> [zuletzt am 31.07.2018].

⁵ Kühne: Menschenknochen auf dem FU-Campus, in: *Der Tagesspiegel*, 26.01.2015.

⁶ Kühne, Anja: Neue Widersprüche bei Skelettresten auf dem FU-Campus, in: *Der Tagesspiegel*, 06.02.2015, in: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/heikler-fund-neue-widersprueche-bei-skelettresten-auf-dem-fu-campus/11333914.html> [zuletzt am 31.07.2018].

⁷ Bauarbeiter stoßen auf menschliche Knochen. Fund bei Sanierungsarbeiten beschäftigt die Polizei, in: *campus.leben*, 03.07.2014, in: https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/140703_fund/index.html [zuletzt am 31.07.2018] sowie Gerichtsmedizinischer Bericht zu den Knochenfunden auf dem Campus. Knochen lagen mehrere Jahrzehnte in der Erde, in: *campus.leben*, 19.11.2014, in: https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/20141119_knochenfunde/index.html [zuletzt am 31.07.2018].

⁸ Küppers, Juliane: „Ihr, die ihr gesichert lebet...“ Freie Universität gedenkt der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz mit einer Kranzniederlegung, in: campus.leben, 27.01.2015, in: <https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2015/150127-kranzniederlegung/index.html> [zuletzt am 31.07.2018].

⁹ Barthélémy, Andrea: War Josef Mengele Absender des grausigen Fundes?, in: WELT, 12.01.2015, in: <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article136284183/War-Josef-Mengele-Absender-des-grausigen-Fundes.html> [zuletzt am 31.07.2018].

¹⁰ Neue Grube mit menschlichen Knochen an der Harnackstraße entdeckt. Auch Marken und Gipsteile gefunden/ Untersuchungsergebnisse nicht vor Jahresende erwartet, in: campus.leben, 01.09.2016, in: <https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2016/160901-knochen-grabung-abgeschlossen/index.html> [zuletzt am 31.07.2018].

¹¹ „Unhaltbare Vorwürfe“. Ein Interview mit Universitätspräsident Peter-André Alt, in: campus.leben, 04.02.2015.

¹² <http://manufacturing-race.org/de>.

zu invasiven Analysemethoden sowie spezifischen Bestattungsritualen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma antwortete der Universität bezüglich der Untersuchungsverfahren keine spezifischen religiösen und kulturellen Vorbehalte zu haben, solange die Würde der Toten gewährleistet sei. Das war im Mai 2016. Seitdem gab es keinen gegenseitigen Austausch mehr. Die Freie Universität selbst hatte zuletzt am 1. September 2016 auf campus.leben über das Thema berichtet.¹⁰

Somit ist weder der aktuelle Stand der Untersuchungen bekannt, noch gibt es einen Hinweis darauf, ob bzw. was es für Pläne für die ausstehende Bestattung und das Gedenken an die möglichen Opfergruppen gibt. Dabei hatte das FU-Präsidium bereits nach dem ersten Fund betont, dass die Menschenknochen würdig bestattet werden müssten. Die Max-Planck-Gesellschaft schlug in diesem Zusammenhang vor, die Knochen auf dem Münchener Waldfriedhof für Opfer des NS-Regimes beizusetzen. Die Frage, die sich zunächst mit der Bestattung in Ruhleben erübrigt zu haben schien, stellt sich mit den Funden aus den Jahren 2015 und 2016 wieder: Wie, wo und wann sollen sie beerdigt werden? Des Weiteren hatte Prof. Dr. Alt in dem uni-internen Interview Anfang 2015 verkündet, dass nach Beendigung der Bauarbeiten ein Gedenkstein an dem ersten Fundort aufgestellt werden wird.¹¹ Von diesem ist allerdings bis heute nichts zu sehen.

Generell scheinen Initiativen, die sich für eine aktive Gedenkkultur an der Universität einsetzen, stärker von engagierten Professor*innen und Studierenden als vom Präsidium der FU vorangetrieben zu werden. Am 27. Januar 2015 (anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus) fand zum Beispiel eine Gedenkveranstaltung statt, die von Reinhard Bernbeck (Professor für Vorderasiatische Archäologie) angestoßen wurde. Sie wurde vor dem Gebäude in der Ihnestraße 22 und an der Fundstelle in der Harnackstraße durchgeführt. Am selben Tag verteilten Studierende des Otto-Suhr-Instituts Handzettel, auf denen sie eine Professur für Antisemitismusforschung forderten.

2016 wiederum erstellten Studierende der Politikwissenschaft zusammen mit Prof. Bilgin Ayata ein Gedenkkonzept für den Standort Ihnestraße 22. Frau Ayata war zu diesem Zeitpunkt auch Mitglied der von der Universität gegründeten Arbeitsgruppe für die Knochenfunde. Das Konzept sah eine digitale Infotafel mit Touchscreenfunktion vor, eingefasst in einem größeren künstlerischen Objekt. Für die inhaltliche Gestaltung sollte eine Expert*innenkommission, bestehend aus Wissenschaftler*innen, erinnerungspolitischen Akteur*innen und Vertreter*innen von Opferverbänden, eingesetzt werden. Besonders wichtig war der Gruppe, dass die Kommission alle potentiellen Opfergruppen berücksichtigen und die Rolle der Wissenschaft in der deutschen Rassenpolitik beleuchten würde. Vor diesem Hintergrund hätte die Möglichkeit bestanden, das von den gleichen Studierenden ins Leben gerufene Webseiten-Projekt „Manufacturing Race“ in den Informationspool einzupflegen. Die Seite behandelt unter anderem die Verbindung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum deutschen Kolonialismus.¹² Ebenso hätte es sich angeboten, die Knochenfunde sowie die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der ei-

genen Geschichte zu thematisieren. Das Otto-Suhr-Institut sicherte sogar einen Kostenzuschuss für das multidirektionale Erinnerungskonzept zu. Letztendlich scheiterte die Umsetzung jedoch an dem Weggang der wesentlichen Initiator*innen (einschließlich Prof. Dr. Ayata). Bedauerlicherweise hatte es die Freie Universität versäumt, die Fortführung dieses vielversprechenden Projekts beispielsweise durch eine dauerhafte Stelle zu sichern.

Die Knochenfunde und das Kaiser-Wilhelm-Institut wurden erst im Sommersemester 2017 abermals zum Thema. Unter dem Titel „Vergangenheitspolitik in der Kontroverse zwischen Staat, politischen Akteuren und Wissenschaft. Das politische und wissenschaftliche Erbe des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ boten die beiden Historiker*innen Dr. Susanne Heim und Dr. Florian Schmaltz eine kooperative Lehrveranstaltung an der Freien und der Technischen Universität Berlin an. Aus diesem Seminar entwickelte sich eine Arbeitsgruppe, die aus Politikwissenschafts- und Geschichtsstudierenden sowie einem ehemaligen Mitglied der Manufacturing-Race-Gruppe besteht. Ihre Zielsetzung ist eine aktivere Erinnerungskultur an der FU. Aus diesem Grund nahm die Initiative zunächst Kontakt zum Universitätspräsidium auf. Im November 2017 fand ein persönliches Treffen mit Prof. Dr. Alt und seinem Referenten, Goran Krstin, statt. In dem Gespräch wurden die Knochenfunde, der Gedenkstein, das multidirektionale Erinnerungskonzept, das Einbeziehen von Opferverbänden und die Verankerung der Geschichte in der Lehre thematisiert. Dabei sprach sich Prof. Alt für eine genauere Aufarbeitung des Ortes Ihnestraße 22 sowie eine bessere Gedenkkultur aus. Außerdem wies er darauf hin, dass beides am OSI verankert werden könne. Dafür (und für organisatorische Zwecke) sei obendrein die Einrichtung einer Stelle denkbar. Dem Vorschlag, die Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts zu einem festen Bestandteil der Lehre zu machen, war Prof. Alt nicht abgeneigt. Ob bzw. inwieweit das Thema Knochenfunde an der Freien Universität im Großen und Ganzen berücksichtigt werden würde, ging aus dem Gespräch allerdings nicht eindeutig hervor. Dennoch: Im Endergebnis wirkte das Treffen durchaus vielversprechend.

Daher erhielt das Präsidium wenig später eine E-Mail, die die Inhalte der Besprechung zusammenfasste und – um eventuellen Missverständnissen vorzubeugen – bestätigt oder korrigiert werden sollte. Leider kam bis heute keine Antwort darauf. Ebenfalls wurde der im Gespräch geäußerte Plan, neben dem Institut für Politikwissenschaft das Friedrich-Meinecke-Institut hinzuziehen, nie in die Tat umgesetzt. Lediglich Prof. Dr. Ladwig, geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts, wurde vom Präsidium kontaktiert. Doch wurde er dabei nicht über die Existenz der (studentischen) Arbeitsgruppe in Kenntnis gesetzt.

Die (studentische) Initiative selbst ist im März 2018 eher zufällig auf eine entsprechende Stellenausschreibung am Institut für Politikwissenschaft gestoßen. Somit hat das FU-Präsidium zwar diesbezüglich Wort gehalten, aber versäumt, die Ausschreibung an die Arbeitsgruppe weiterzuleiten. In Folge dessen nahm sie selbst Kontakt zu Prof. Dr. Ladwig und seinem Re-

ferenten, Joscha Dapper, auf. In einem persönlichen Gespräch konnten sie sich hinsichtlich der Stellenbeschreibung und dem zukünftigen Aufgabenfeld austauschen. Die Stellenausschreibung wurde daraufhin Ende Juni 2018 leicht modifiziert erneut veröffentlicht. Der Aufgabenbereich der geplanten Post-Doc-Stelle wurde wie folgt beschrieben: „Durchführung eines universitätsinternen Forschungsprojekts zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Gebäudes der Ihnestraße 22 (ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik); Durchführung von Lehrveranstaltungen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft; enge Verzahnung des Forschungsprojekts mit der Lehre (forschungsorientierte Lehre); Einbeziehung von Opferverbänden; Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit; Organisation von Workshops, Fachgesprächen und Tagungen.“¹³

Alles in allem wurden die Inhalte sehr allgemein gehalten, wodurch mehrere Aspekte vernachlässigt werden könnten. Zum einen sollte der*die Postdoktorand*in nicht nur Kenntnisse über die Geschichte der Rassenhygiene ab 1927, sondern ebenso über den deutschen Kolonialismus haben. So könnte die Berücksichtigung möglichst vieler Opfergruppen im Forschungsprojekt gewährleistet werden. Zum anderen sollten in den geplanten Lehrveranstaltungen unterschiedliche Perspektiven beleuchtet werden. Sei es, indem Lehrende anderer Fachbereiche Kurse anbieten, kooperative Seminare gebildet werden oder eine für die breite Öffentlichkeit zugängliche Ringvorlesung abgehalten wird. Die Beiträge hierfür könnten von Expert*innen unterschiedlicher Fachrichtungen, Vertreter*innen von Opferverbänden und erinnerungspolitischen Akteur*innen geliefert werden. Für eine Perspektiverweiterung könnten auch Studierende der Geschichtswissenschaft, Medizin, Veterinärmedizin, Archäologie sowie der Sozial- und Kulturanthropologie sorgen. Die Themen Geschichte und Folgen der Forschungen des Kaiser-Wilhelm-Instituts sowie die aktuellen Knochenfunde sind für diese ebenfalls relevant. Daher sollte sich das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft aktiv darum bemühen, diesen Studierenden den Zugang zu solchen Lehrveranstaltungen zu erleichtern. Letzten Endes würde dies ebenso einen Gewinn für das Forschungsprojekt, welches voraussichtlich in der Erstellung und Umsetzung eines Gedenkkonzeptes bestehen wird, darstellen. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Stelle mit einer aufgeschlossenen Person besetzt wird, die diese Ansichten teilt.

Insgesamt haben die Knochenfunde an der Freien Universität Berlin auf zwei Dinge aufmerksam gemacht. Einerseits braucht es immer wieder engagierte Personen, die eine veränderte Erinnerungskultur an der Universität anstoßen. Vom FU-Präsidium scheint hingegen wenig von sich aus initiiert zu werden. Selbst die veröffentlichte Stellenausschreibung kann nicht ganz dem Eindruck entgegenwirken, dass die Aufarbeitung der Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik sowie die Entwicklung von Gedenkformen an das Otto-Suhr-Institut ausgelagert wurden. Andererseits könnte diese Wahrnehmung die Folge einer unzulänglichen Kommunikation an der Universität sein. Weshalb es umso

notwendiger wäre, diese zu verbessern. Im digitalen Zeitalter ist es schlicht und ergreifend schwer nachvollziehbar, weshalb Institute nicht über studentische Initiativen und Stellenausschreibungen informiert werden oder Entscheidungen, die die Untersuchung der Knochen betreffen, hinter geschlossenen Türen getroffen werden. Es muss möglich sein, wenigstens einen aktuellen Stand der Analysen zu veröffentlichen oder in einem Vortrag an der Universität zu thematisieren. Dabei geht es nicht darum, abgeschlossene Ergebnisse präsentiert zu bekommen, sondern in Kenntnis gesetzt zu werden. Außerdem wäre es wünschenswert, weitere Verbände von möglichen Opfergruppen des besagten Kaiser-Wilhelm-Instituts (wie zum Beispiel den Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V.) vorab zu kontaktieren. Es sollte ihnen ebenfalls ein Mitspracherecht zum Umgang mit den Knochenfunden, Analysemethoden und möglichen Gedenkformen zugestanden werden. Letzteres würde vor allem zeigen, dass die Geschichte des deutschen Kolonialismus deutlich präsenter in der Erinnerungskultur wird. Darüber hinaus sollte sich die Freie Universität bewusst werden, dass weder eine 1988 an der Eingangsfassade der Ihnestraße 22 angebrachte Gedenktafel noch der eventuell in Zukunft gesetzte Gedenkstein am ersten Fundort der menschlichen Knochen für ein andauerndes Erinnern ausreichen. Insbesondere, da kein Text die Komplexität des Ortes in ein paar Zeilen wiedergeben kann. Ein multidirektionaler Erinnerungsort, bestehend aus der Gedenktafel und einem Informationspool (bspw. in Form einer Dauerausstellung) sowie fächerübergreifenden, variierenden Lehrangeboten, könnte dagegen für eine dauerhafte Verankerung der Geschichte im kollektiven Gedächtnis der FU sorgen. Dies erscheint umso wichtiger, da die Post-Doc-Stelle am Institut für Politikwissenschaft zunächst auf zwei Jahre befristet sein wird.

Die Autorin ist Mitglied der im Text erwähnten (studentischen) Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Knochenfunde am einstigen Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.

¹³ <https://www.fu-berlin.de/service/stellen/st-2018/st-20180625/index.html>.

Der Kampf gegen links in wissenschaftlichem Gewand¹

Maximilian Fuhrmann (2018)

¹ Teile dieses Artikels sind bereits in einer Rezension auf freitag.de erschienen.

² Deshalb und um zu verdeutlichen, dass es sich um eine unpräzise Fremdschreibung handelt, setze ich „Linksextremismus“ in Anführungszeichen. Eine Zurückweisung dieser Kategorie möchte ich nicht als Leugnung problematischer Entwicklungen in der radikalen Linken verstanden wissen. Freilich gibt es in Strömungen, die sich in einer linkspolitischen Tradition verorten Autoritarismus, Antisemitismus oder menschenverachtende Gewalthandlungen. In der Kategorie „Linksextremismus“ werden diese Strömungen jedoch mit radikaldemokratischen Positionen in einen Topf geworfen. Dies führt einerseits zur Delegitimierung radikaler Gesellschaftskritik und andererseits zur Verschleierung der genannten Probleme.

³ Die Mittel kamen aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“, das von der damaligen Ministerin Kristina Schröder (CDU) aufgelegt wurde.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich der Extremismusbegriff zur Bezeichnung der „Feinde der Demokratie“ im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland (BRD) festgesetzt. Er ist Ergebnis des Versuchs der damaligen sozialliberalen Bundesregierung den aggressiven Antikommunismus der 1950er und 1960er Jahre in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken. Reichten im Nachkriegsdeutschland schon eine Unterschrift gegen die Aufrüstung der BRD oder Kontakte in die DDR aus, um als Kommunist_in und damit Verfassungsfeind_in zu gelten, leitet sich der Extremismusbegriff als Antithese zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) ab. Er ist rein negativ bestimmt. Dies hat den Vorteil, sämtliche als verfassungsfeindlich deklarierten Strömungen unter einen Begriff zu subsumieren und somit auch der ideologischen Ausdifferenzierung der radikalen Linken seit Mitte der 1960er Jahre Rechnung zu tragen. Sowohl die verschiedenen Strömungen der Neuen Linken als auch orthodox kommunistische Gruppen können mit der Unterkategorie Linksextremismus gefasst werden. Heute arbeiten vor allem die Sicherheitsbehörden mit dem Linksextremismusbegriff. In den Sozialwissenschaften wird er hingegen gemieden, da bislang kein konsistentes soziales Phänomen „Linksextremismus“ ausgemacht werden konnte, das unter Zuhilfenahme dieses Begriffs erforscht wird.² Während weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass sich ein rechtsextremes Weltbild aus Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Antiziganismus etc. zusammensetzt, gelang es der finanziell nicht zu knapp ausgestatteten Extremis-

musforschung noch nicht darzulegen, was ein „linksextremes“ Einstellungsmuster ausmacht. Genau dieses Einfallstor für Kritik am Extremismusparadigma versprochen Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder, Mitarbeiter_innen des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin, zu schließen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) führten sie von 2012 bis 2014 das Forschungsprojekt „Demokratiegefährdende Potenziale des Linksextremismus in Deutschland“ durch.

Es mag verwundern, dass sich ausgerechnet DDR-Forscher_innen diesem Thema zuwenden. Die 455.763€, die der Forschungsverbund laut Bundesregierung für sein Vorhaben erhielt, waren vermutlich ein wichtiger Anreiz.³ Zudem fügt sich der Forschungsauftrag in die bisherige Ideologieproduktion des Forschungsverbundes ein. Bereits mit der Namensgebung „SED-Staat“ wird die vermeintliche Ähnlichkeit des Forschungsgegenstandes zum „NS-Staat“ suggeriert. Veröffentlichungen des 1992 gegründeten Verbundes lesen sich wie ein Versuch, das Totalitarismusparadigma des Kalten Krieges ins 21. Jahrhundert zu überführen. So plädieren Schroeder und Co in ihrer 2012 veröffentlichten Studie „Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen“ dafür, in der historischen Bildung den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie stärker hervorzuheben. Zudem sollten sich die Bildungsmaßnahmen an den Werten der fdGO orientieren (kritisch hierzu Siebeck 2013). Beide Forderungen reden einer Ideali-

sierung des Status quo das Wort und rücken jene Stimmen, die der fdGO nicht huldigen, sondern deren Genese und Rolle kritisch hinterfragen, in den Verdacht des totalitären Gedankenguts. In dieser Tradition steht auch die Extremismusforschung. Von daher überrascht es nicht, dass sich die Schroeders der Erforschung des „Linksextremismus“ zuwenden.

Die Ergebnisse der Untersuchung wurden am 23. Februar 2015 veröffentlicht und medial breit rezipiert. Am Tag darauf titelte die Welt „Jeder Fünfte will eine linke Revolution“. Auch der Tagesspiegel weiß: „Ein Fünftel der Deutschen ist zur Revolution bereit“. „Linksextreme Einstellungen sind deutlich weiter verbreitet als rechtsextreme“, wird Klaus Schroeder auf der deutschen Welle zitiert und die Zeit titelt mit dem Zitat von ihm: „Die Gesellschaft ist nach links gerückt“. Die FAZ überlässt es den Schroeders gänzlich selbst, einen ausführlichen Artikel über ihr Buch „Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie“ zu schreiben. Mit diesen Schlagzeilen wurden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht: 17 % der Deutschen hätten ein „linksextremes“ Weltbild; 60 % der Ostdeutschen hielten den Sozialismus für eine gute Idee und 14 % aller „Linksextremist_innen“ würden die Anwendung von Gewalt befürworten. Weder in den Interviews noch in den Artikeln über die Studie wurden die Untersuchungsansätze und Ergebnisse kritisch hinterfragt. Es wirkt so, als wäre lediglich die ausführliche Pressemitteilung der FU übernommen worden und keine_r der Journalist_innen hätte einen Blick in das Buch geworfen. Wieso sollte dies auch notwendig sein? Die Studie wurde von einem Professor durchgeführt, der an einer renommierten Universität lehrt. Sie erschien in einem seriösen Verlag und umfasst 653 Seiten. Bei so viel Wissenschaftlichkeit ist an den Ergebnissen nicht zu zweifeln. Ein Jahr später legten die Schroeders nach und veröffentlichten auf 411 Seiten einen etwas anders aufbereiteten Aufguss der bisherigen Studie unter dem Titel „Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen“. Einige Passagen sind der Veröffentlichung von 2015 fast wörtlich entnommen (vgl. 2015: 594–597 bzw. 2016: 82–85).⁴ Wer, wie der Autor dieser Zeilen, die insgesamt mehr als 1000 Seiten wirklich liest, wundert sich wie weit die Bezeichnung „wissenschaftlich“ ausgedehnt werden kann. Dass die beiden Bücher der Schroeders von seriöser Wissenschaft weit entfernt sind, soll durch folgende Kritikpunkte verdeutlicht werden.

Positiv formuliert decken die Bücher eine breite Themenpalette ab: u. a. den Streit um den Extremismusbegriff, Selbstdarstellungen „linksextremer“ Gruppen, Analysen zum 1. Mai, Interviews und Selbstzeugnisse von „Alt-Linken“, Befragungen von Jugendlichen in DDR-Gedenkstätten, Kritik an der Kampagne „ich bin linksextrem“ oder jene „Linksextremismusskala“, die auf große mediale Resonanz gestoßen ist und auf die ich weiter unten ausführlich eingehen werde. Eine überzeugende Verknüpfung dieser methodisch und inhaltlich sehr unterschiedlichen Kapitel geht weder aus den Einleitungen noch den Fazits der beiden Bücher

hervor. Manche Kapitel, wie jenes über den Extremismusbegriff, lesen sich wie Zusammenfassungen verschiedener Diskussionsbeiträge, gespickt mit bissigen Fußnoten der Autor_innen. Die geringe analytische Durchdringung des Materials und der fehlende rote Faden mögen darin begründet sein, dass die Schroeders umfangreiche Hilfe verschiedener Mitarbeiter_innen bei der Erstellung der mehr als tausend Seiten zur Hilfe nahmen. Die Verantwortung für die Missachtung wissenschaftlicher Standards liegt jedoch allein beim Autor_innenduo.

In den Kapiteln zu „Kontinuitäten und Brüche im Linksradikalismus/Linksextremismus“ und „Strukturen und Entwicklungslinien des aktuellen Linksextremismus“ fällt besonders deutlich auf, dass einige der aufgestellten Aussagen unzureichend belegt sind. Hauptsächlich stützen sich die Autor_innen in ihren Analysen auf Zitate, die sie der mittlerweile verbotenen Internetplattform „linksunten.indymedia.org“ entnommen haben. Sie erwähnen jedoch an keiner Stelle, dass diese Plattform keine Zugangsbeschränkungen hat und jede_r dort schreiben kann. Dass dort immer wieder Provokationen von rechts erscheinen, zeigte sich bspw. an gefälschten Bekenner_innen-schreiben u. a. bezüglich des Bombenanschlags auf den Spielerbus von Borussia Dortmund 2017 oder auf eine Moschee in Dresden 2016. Die Aussagen von dieser Plattform als Grundlage für Analysen der linken Szene zu nehmen, ist unzureichend. Sich nicht die Mühe zu machen, andere Quellen wie linke Zeitungen oder Internetseiten, die ausschließlich linkspolitischen Gruppen oder Personen zuzuordnen sind, hinzuzuziehen, ist unseriös. Obwohl also eine Validierung der Ergebnisse durch andere Quellen ausbleibt, reklamieren die Autor_innen für sich, Entwicklungen der linken Szene nachzeichnen zu können (v. a. 2016: 153–164, 192f). Politisch brisante Behauptungen wie: „Radikale Jugendliche fordern mehr Staat“ (2016: 112) oder auch heute sei eine „prinzipielle geringe Distanz linksextremer Gruppen zu linksterroristischen [Gruppen]“ festzustellen (2016: 114)⁵ kommen gänzlich ohne Belege aus. Als Quelle für linksmotivierte Straftaten dient die Internetplattform „BiblioLinX“, deren Hintergründe und Funktionsweise jedoch unerwähnt bleiben. Ein Hinweis darauf, dass der ehemalige AfD-Politiker Karsten Dustin Hoffmann für die Seite verantwortlich ist, wäre zur Einordnung der Zahlen hilfreich gewesen, v. a. da diese nicht mit anderen Quellen abgeglichen werden.

Aus dem Kapitel „Politische Einstellungen linksradikaler/linksextremer Jugendlicher“ geht weder der Feldzugang noch die Auswertungsmethode der geführten Interviews hervor. Auf eine Typenbildung oder die Darstellung von Zusammenhängen innerhalb der Interviews verzichten die Autor_innen gänzlich. Manche ihrer Schlüsse finden keine Bestätigung in den bereits selektiv zitierten Passagen. So resümieren die Schroeders zu Gewalt gegen rechts: „Gegenüber ‚Rechten‘ kennen die meisten der Befragten, auch die gemäßigten Linken, kein Pardon. Für sie sollten weder Meinungsfreiheit noch generell die Menschen- und Bürgerrechte zählen. Insofern differenzieren die Ju-

⁴ Da ich in diesem Artikel vor allem aus den beiden Büchern von Schroeder und Deutz-Schroeder zitiere, reduziere ich die Verweise auf die Jahres- und Seitenzahl.

⁵ Diese Aussage verwundert umso mehr, da sich selbst die Sicherheitsbehörden einig sind, dass aktuell keine linksterroristischen Aktivitäten in der BRD zu verzeichnen sind (BMI 2016: 104). Zu welchen linksterroristischen Gruppen nur eine geringe Distanz bestehen soll, bleibt damit völlig unklar.

⁶ Durch diesen genaueren Blick auf die Zahlen erscheint die Schlagzeile der Welt (s. o.) in einem anderen Licht. Denn viele der Befragten wünschten sich vielleicht eine Revolution, aber sicherlich keine linke.

⁷ Leider zeigten sich die Schroeders nicht bereit, die Rohdaten dieser mit öffentlichen Geldern finanzierten Studie anderen Wissenschaftler_innen zur Verfügung zu stellen. Meine Anfrage wurde zumindest negativ beschieden.

gendlichen zwischen ‚Menschen‘ und ‚Rechten‘; für letztere gelte auch keine Gewaltfreiheit. Diese Vorstellung, ‚Rechte‘ seien gleichsam ‚vogelfrei‘ klingt bei vielen Interviewten durch, ohne, dass sie es explizit äußern.“ (2016: 271). Hier stellt sich die Frage, was „klingt bei vielen Interviewten durch“ für eine analytische Kategorie sein soll, die eine solch weitreichende und umstrittene Aussage rechtfertigt. Von den 28 Interviewten befürwortet lediglich ein Interviewpartner (2016: 263) explizit den Einsatz von Gewalt gegen Personen aus dem rechten Spektrum. Die gleiche Person wird eine Seite später mit dem Satz zitiert: „Gewalt als politisches Mittel lehne ich generell ab, sei es gegen Personen oder gegen Sachen“ (2016: 264). Ein bemerkenswerter Widerspruch (oder handwerklicher Fehler bei der Zuordnung der Interviews?) auf den die Schroeders nicht eingehen. Die acht Interviewpartner_innen, die sich explizit gegen Gewalt gegen Personen aussprechen, werden in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt. Die Position der anderen 19 Interviewten bleibt uneindeutig. Scheinbar reichen diese „Belege“ jedoch aus, um im Fazit des Buches zu behaupten, „Linksextreme“ würden „Rechtsextremisten/Rechtspopulisten [...] gleichsam für vogelfrei erklären.“ (2016: 382). An dieser Stelle verzichten die Schroeders darauf, vogelfrei in Anführungszeichen zu setzen. Solche Aussagen, nach fast 400 Seiten voller Literatur und Analysen, können den Eindruck erwecken, sie seien tatsächlich auf Grundlage seriöser Wissenschaft entstanden.

Auch das Kernstück der Schroeder’schen Studie, die Linksextremismusskala, wirkt auf den ersten Blick wie das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung. Die Skala setzt sich aus 14 Fragen (Items) zusammen und ist in vier thematische Unterskalen (Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, kommunismusnahes Weltbild) gegliedert. Durch die Zustimmungverteilung der knapp 1400 Befragten ergibt sich, dass 4 % aller Deutschen ein nahezu geschlossenes und weitere 13 % ein überwiegend „linksextremes“ Weltbild hätten (2016: 84). Überraschen mag die informierte Leserin, dass die meisten „Linksextremist_innen“ in ostdeutschen Kleinstädten wohnen und überdurchschnittlich oft Landwirte, Arbeiter_innen oder arbeitslos sind (2016: 75). Zudem korrespondiert die Zustimmung zur Linksextremismusskala nicht unbedingt mit der politischen Selbsteinschätzung, da 27 % derjenigen, die sich selbst als weit rechts einordnen, nach der Schroeder’schen Skala ein „linksextremes“ Weltbild haben (2015: 589). Spätestens hier sollten Zweifel aufkommen, ob die Skala wie versprochen „Linksextremismus“ misst. Positive Positionierungen zu Aussagen wie „Der Kapitalismus führt zwangsweise zu Armut und Hunger“ oder „Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind“ (2016: 45) können schwerlich an sich als extremistisch gelten, sondern sind Ausdruck von Kritik, die durchaus belebend für eine Demokratie sein kann. Besondere Aufmerksamkeit möchte ich deshalb der Unterskala „Demokratiefeindlichkeit“ schenken, die sich aus drei Items zusammensetzt. Das Item „Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“ wird

von über 60 % der Befragten bejaht. Auch die Aussage „In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt“ erhält mit 45 % hohe Zustimmungswerte. Bemerkenswert ist, dass diese beiden sehr weich formulierten Items von AfD-Wähler_innen überdurchschnittliche Zustimmung erfahren (2015: 569, 571). Dem dritten Item „Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht verbessert – wir brauchen eine Revolution“ stimmen äußerst rechts positionierte Befragte (29 %) häufiger zu als äußerst links positionierte (22 %) (2016: 46).⁶ Es kann bezweifelt werden, ob eine Zustimmung zu diesen Aussagen wirklich „Demokratiefeindlichkeit“ ausdrückt. Die Verteilung der Antworten zeigt zudem eine hohe Zustimmung bei rechts Positionierten, sodass deutlich wird, dass keine spezifisch linken Positionen abgefragt werden. Dieser Eindruck drängt sich für die gesamte Linksextremismusskala auf, wie die Autor_innen in wenigen nachdenklichen Momenten selbst andeuten. So fragen sie sich, ob manche Befragte bei Fragen zu Sozialismus nicht einen „nationalen Sozialismus“ im Kopf hätten (2015: 581) oder ob es sich bei der Zustimmung zu dem Item „Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland“ um Wunschenken handele (2015: 578). Zusätzliche Zweifel, ob die Skala ein gesellschaftliches Potential von „Linksextremismus“ abbildet, zeigt sich an den Items, die aufgrund eines fehlenden oder sehr schwachen Zusammenhangs mit den 14 Items der Linksextremismusskala nicht in diese aufgenommen wurden. Dies betrifft klar links zu verortende Aussagen wie „Die Überwachung von linken Systemkritikern durch Staat und Polizei nimmt zu“ oder „Nationalstaaten sollten abgeschafft werden“ (2016: 47). Auch die Subskala „Pro Einwanderung“ hat keinen signifikanten statistischen Zusammenhang mit der Linksextremismusskala (2015: 584). Nach Analyse der nur selektiv veröffentlichten Daten,⁷ vermute ich, dass die Skala allenfalls ein Protestpotential gegen „die da oben“ abbilden kann. Teilweise finden diese Protestgruppen ihre politische Heimat bei der Linkspartei und ordnen sich selbst als politisch links ein. Dass sich ein signifikanter Teil der vermeintlichen „Linksextremist_innen“ aber selbst als politisch rechts bezeichnet und die AfD bevorzugt, können die Autor_innen nicht erklären. Den Schroeders gelingt es nicht, zu ergründen, was ein „linksextremes“ Weltbild ausmacht, womit die eingangs beschriebene Leerstelle in der Extremismusforschung, leer bleibt. Nach wie vor ist unklar, was autoritäre Sozialist_innen, die vielleicht mit der Skala abgebildet werden können, mit Antinationalen oder Anarchist_innen, die wohl eher nicht abgebildet werden, verbindet. Der Ansatz, eine gemeinsame Einstellung dieser Strömungen empirisch nachzuweisen, muss scheitern, da eine solche Gemeinsamkeit ideengeschichtlich schlicht nicht existiert.

Bewertet man die beiden Bücher der Schroeders als einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erforschung von „Linksextremismus“, muss das Urteil desaströs ausfallen. Weder beinhaltet die vorliegende Studie eine übergreifende Fragestellung, noch werden die verwendeten Auswertungsmethoden transparent gemacht. Gravierend ist zudem, dass der zentrale Begriff „Linksextremismus“ unterbestimmt und viele Aussagen ohne

belastbare Belege bleiben. Trotz bzw. wegen der aufgezeigten Mängel bietet das Buch aber eine Argumentationshilfe für all jene, die nicht müde werden, vor einer „linksextremen“ Gefahr zu warnen. Die Autor_innen liefern Aussagen und Zahlen zu „Linksextremismus“, die vermeintlich wissenschaftlich fundiert sind, und mit diesen Weihen auch in den politischen Diskurs Einzug finden. Betrachtet man zudem die weitgehend unkritische mediale Rezeption der Ergebnisse ihrer Studie, kann den Autor_innen in propagandistischer Hinsicht durchaus eine gute Arbeit bescheinigt werden. Weit weniger Resonanz fand die Studie in den Wissenschaften. Selbst Anhänger_innen der Extremismusforschung wie Gereon Flümann oder der ehemalige Verfassungsschützer Armin Pfahl-Traughber lassen kein gutes Haar an den Versuchen der Schroeders „Linksextremismus“ zu ergründen (vgl. Flümann 2015; Pfahl-Traughber 2016). Dennoch hat sich der Forschungsverbund erfolgreich für ein weiteres Forschungsprojekt beworben. Das SPD-geführte Familienministerium hat Gelder aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt, um „Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten“ untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse werden – soviel kann vorweggenommen werden – erschreckend sein.

P.S.: Sind viele Mängel der beiden Bücher mit dem Ziel der Autor_innen, ein möglichst grelles Licht von der linken Gefahr zu zeichnen, zu erklären, bleibt jener Satz aus dem Buch von 2016 ein Rätsel: „Nach dem 9. November (9/11) entzündete sich der innerlinksextreme Streit am Verhältnis gegenüber Israel und den USA.“ (2016: 31) Wie kann es dazu kommen, dass zwei etablierte Wissenschaftler_innen die Anschläge auf das World Trade Center aus dem Jahr 2001 falsch datieren?

Literatur:

Bundesministerium des Innern 2016: Verfassungsschutzbericht. Berlin.

Deutz-Schroeder, Monika; Schroeder, Klaus 2016: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Frankfurt a. M.

Flümann, Gereon 2015: Jeder Sechste ein Linksextremist auf der Einstellungsebene? Auseinandersetzung mit der neuen Studie zum Linksextremismus in Deutschland. In: Journal für politische Bildung. Band 5, Nr. 4, S. 79–85.

Pfahl-Traughber, Armin 2016: Eine nicht überzeugende Studie zu linksextremen Einstellungen. Abrufbar unter: <https://hpd.de/artikel/nicht-ueberzeugende-studie-linksextremen-einstellungen-13420> (Zugriff am 21.06.2018)

Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika 2015: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution. Frankfurt a. M.

Siebeck, Cornelia 2013: Später Sieg des Kalten Krieges? In: Gedenkstättenrundbrief Nr. 169 (3/2013) S. 44–54.

Maximilian Fuhrmann studierte Soziologie in Marburg und promoviert zurzeit an der Universität Bremen über das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. 2011 evaluierte er Bildungsprojekte gegen „Linksextremismus“ am Deutschen Jugendinstitut e. V.

Anmerkung

Die Verfassten Studierendenschaften haben kein (allgemein)politisches Mandat. Dies hat sich seit den 60er Jahren in zahlreichen Gerichtsentscheidungen verfestigt. Wie der Autor des folgenden Textes schreibt, sind „[d]ie Argumente [in dieser Thematik] vollständig bis Mitte der 70er Jahre ausgetauscht worden.“ Auch an der Freien Universität ist es um diese Thematik eher ruhig geworden und es hat seit mehr als zehn Jahren keinen Prozess gegeben, in dem dem AStA der FU allgemeinpolitische Äußerungen vorgeworfen wurden. Die Frage, ob es an einer vorsichtigeren oder geschickteren Vorgehensweise des AStAs und/oder an einer weniger aufmerksamen oder klagefreudigen Opposition und Hochschulleitung liegt, sei dahingestellt und wird sich auch nur schwer objektiv beantworten lassen. Deshalb wird der folgende Artikel auch unbearbeitet in seinem Stand von 2008 abgedruckt – es gab einfach zu wenig relevante Entwicklungen in Frage des politischen Mandats, die eine Überarbeitung rechtfertigen würden. Aktuell bleibt das Thema dennoch: Die Frage, ob eine Aussage durch das Mandat der Studierendenschaft gedeckt sei, hängt stets wie ein Damoklesschwert vor jeder Veröffentlichung über den Vertreter_innen des AStAs, schränkt die Möglichkeiten zur Meinungsäußerung ein und führt, um Strafen zu vermeiden, zu Selbstzensur. Es ist auch nicht zuletzt deshalb aktuell, da die Phase relativer Ruhe bald vorbei sein könnte. Die seit 2016 im Berliner Abgeordnetenhaus vertretene, rechtsradikale Partei AfD hat in ihrer Anfrage vom 26. Januar 2018 u. a. nach der Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats durch die Berliner Studierendenvertretungen gefragt. Die Antwort gab an, dass in den letzten zehn Jahren in keinem Fall eine Rüge ausgesprochen oder ein Ordnungsgeld verhängt wurde. Auch legte der Berliner Senat das Mandat der Studierendenvertretungen eher weit aus, indem er auf die Frage nach seiner Auffassung, wann eine Überschreitung gegeben sei, antwortete: „Nach Auffassung des Senates ist bei der Behandlung hochschulpolitischer Themen ein ‚Brückenschlag‘ zu allgemeinpolitischen Fragestellungen nicht zu beanstanden, solange und soweit dabei ein Zusammenhang zu studien- und hochschulpolitischen Belangen erkennbar bleibt.“ Es bleibt abzusehen, ob die AfD diesen momentanen Spielraum durch Klagen versuchen wird wieder einzuschränken. Die Geschichte zeigt, dass Gerichte in der Vergangenheit grundsätzlich gegen die Asten und für eine starke Einschränkung ihres Mandats entschieden haben. Eine Änderung dieser Einstellung bleibt also wünschenswert – aber unwahrscheinlich.

Die FU70-Redaktion, 2018

„Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“

Die Unterdrückung der Kritik: Zur Geschichte des „(allgemein)politischen Mandats“ unter besonderer Würdigung des AStAs der Freien Universität Berlin

Kasi (projekt archiv e.V., 2008)

Die folgende Abhandlung basiert auf einem Referat, das anlässlich des Kongresses zum „politischen Mandat“ an der Universität Potsdam 1995 gehalten wurde. Für das AStA-Magazin „50 Jahre FU“ wurde eine Ergänzung vorgenommen, die den Stand der politischen Auseinandersetzung im April 1998 wiedergab. Der Aufsatz wurde nunmehr überarbeitet und um die aktuelle Entwicklung erweitert. Für die Durchsicht und Überarbeitung der Literaturliste bedanke ich mich bei Manfred Suchan und Ernö Lörincz.

I.
Studierendenschaften wurden nach dem 1. Weltkrieg als Institution mit Zwangsmitgliedschaft und Finanzhoheit eingerichtet. Damit erfüllte sich eine Forderung der freistudentischen Bewegung, die eine Gleichstellung aller Studierenden mit den Korporierten forderte. Insbesondere sollte über die institutionalisierte studentische Selbstverwaltung die soziale Lage der weniger begüterten Kommilitonen verbessert werden. Beispielhaft sei die preußische Verordnung über die Bildung von Studentenschaften vom 18.09.1920 genannt: Die Studentenschaft wurde durch einen AStA repräsentiert. In § 2 wurden als Aufgaben der Studentenschaft u. a. genannt:

„a) Vertretung der Gesamtheit der Studierenden; [...] d) Einigung über die Parteien hinaus zur Mitarbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands [...] Ausgeschlossen sind parteipolitische und religiöse Zwecke.“

In den anderen Ländern existierten ähnliche Vor-

schriften.

1919 wurde als Dachverband die „Vertretung der deutschen Studentenschaft“ (ab 1920 „Deutsche Studentenschaft“) gegründet, der neben den deutschen auch die österreichischen Studierendenschaften angehörten. In der Folgezeit kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den rassistisch und antisemitisch orientierenden völkischen Studentenschaften und der (minoritären) „nationalkulturellen“ Strömung. Die Mehrheit der ASten fiel in die Hände der Korporierten, die freistudentische Bewegung befand sich in einer ausgesprochenen Minderheit. Der 1925 gegründete „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) gewann rasch an Einfluss. Die studentischen Vertretungen einschließlich des Dachverbandes äußerten sich sehr wohl politisch, allerdings nicht in republikfreundlicher Weise: Hetze gegen den Versailler Vertrag, „Kriegsschuldflüge“, Protest gegen französische Truppen im Ruhrgebiet, Aktionen und Hetze gegen jüdische Studierende und Professoren, Bejahung alldeutscher und völkischer Ideologie.

1927 wurde die Preußische Verordnung geändert. Nunmehr konnten auch solche Studierende Mitglieder der Studentenschaft werden, die „durch Sprache, Geschichte, Kultur, Bildung sowie Bekenntnis zum Deutschtum der deutschen Volksgemeinschaft angehört“ (Schapals, S. 51). Bei einer Abstimmung, ob sie eine Studierendenschaft auf Grundlage dieser neuen Verordnung bilden wollten, entschieden sich 26 von 27 Hochschulen dagegen. Sie bejahten vielmehr das „Arier- und Rasseprinzip“. Diese völkischen Studen-

tenschaften bildeten „Freie Studentenschaften“, also nicht mehr gesetzliche Zwangsverbände, sondern private, frei finanzierte Vereinigungen, die sich auf eine Mehrheit der Studierenden stützen konnten.

Die Tatsache, dass die Studierendenschaften sich ungehindert politisch in republikfeindlicher Weise äußern konnten, ist darauf zurückzuführen, dass die Eliten der Weimarer Republik – Verwaltung, Justiz, Universität – weitgehend mit den Ansichten der reaktionären Studenten übereinstimmten.

Der Übergang ins Dritte Reich erfolgte bruchlos. Ab 1929 übernahm der NSDStB verschiedene ASten bzw. Vertretungen der Freien Studentenschaften (Erlangen, Berlin, Gießen, Jena). 1931 stand ein NS-Student an der Spitze des Deutschen Studententages. Am 22.04.1933 wurde das Gesetz über die Bildung von Studentenschaften erlassen, dessen § 2 bestimmte:

„Die Studentenschaft ist Glied der Hochschule und vertritt die Gesamtheit der Studenten. Sie hat mitzuwirken, dass die Studenten ihre Pflichten gegen Volk, Staat und Hochschule erfüllen“.

Mitglieder der Studentenschaft konnten allein Studierende „deutscher Abstammung und Muttersprache“ sein; jüdische Studierende waren damit ausgeschlossen. So wurde die bisherige Politik der meisten ASten „legalisiert“. Im Mai 1933 wurden die Bücher jüdischer und anderer missliebiger WissenschaftlerInnen und AutorInnen verbrannt – an „vorderster Front“ betätigten sich die Studierenden der Berliner Universität. Ausschreitungen gegen Andersdenkende, Überwachung der Professorenschaft und anderer Hochschulmitglieder auf Linientreue (zur Denunziation des Freiburger Rektors durch H. M. Schleyer siehe: Köhler, konkret 1997, 26), Antisemitismus und Revanchismus – der NS-Staat konnte sich auf seine akademischen Eliten verlassen. Opposition war eine individuelle und äußerst marginale Erscheinung (Geschwister Scholl).

II.

Nach dem 2. Weltkrieg erging folgerichtig das Verbot des Dachverbandes „Deutsche Studentenschaft“ durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2.

An der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin (später: Humboldt-Universität) konstituierte sich im Dezember 1945 eine „studentische Arbeitsgemeinschaft“, die sich u. a. die Herausbildung eines demokratischen und dabei konsequent antifaschistischen Lebens zur Aufgabe setzte. Zur Erledigung der verschiedenen Aufgaben wurden Referate eingerichtet. Die studentische Vertretung agierte dezidiert politisch: Sie protestierte am 1. Mai 1946 dagegen, dass über dem Eingang der Universität die Fahne der SED aufgezogen wurde. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft wurde daraufhin abgesetzt. Ohne die studentische Arbeitsgemeinschaft an der Berliner Uni abzuschaffen, verfügte der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ eine Parallelstruktur: den Studentenrat. Diesem wurde als Aufgabe eine eindeutige politische Parteinahme zugewiesen, nämlich die „Unterstützung des Rektors bei der Bekämpfung militaristischen und faschistischen Ungeistes und bei der Förderung fortschrittlichen, demokratischen Denkens und Handelns“

Bei der Wahl im Dezember 1947 bildeten allerdings

die parteilosen Studierenden die Mehrheit im Studentenrat. An der juristischen Fakultät erhielt der Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe Ernst Benda die meisten Stimmen, an der philosophischen Fakultät der Vorsitzende der SPD-Hochschulgruppe, Otto Stolz. Der Studentenrat fand nicht das Wohlwollen der Volksbildungsabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Bei einer Vorsprache am 15.03.1948 wurde dem Studentenrat vorgehalten, dass aus Anlass des 100. Jahrestages „das deutsche Volk [...] das Kommunistische Manifest“ feiere, während „die Studenten glaubten, das nicht mehr nötig zu haben“. Die SMAD beschuldigte darüber hinaus die studentische Vertretung, keine eigenständigen Aktivitäten gegen nazistische und militaristische Tendenzen innerhalb der Studierendenschaft zu zeigen. Endgültig machte sich die Vertretung unbeliebt, als sie die Studenten Otto Stolz (SPD), Otto Hess (SPD) und Joachim Schwarz (CDU) verteidigte, die ohne Disziplinarverfahren relegiert worden waren. Die Studenten hatten in der amerikanisch lizenzierten Zeitschrift „colloquium“ ironisch die einstimmige „Wahl“ des neuen Rektors kommentiert und auf seine NS-Vergangenheit hingewiesen (Schlicht, S. 41, und FU-Doku, Bd. 1).

Die Liquidierung der Selbstverwaltung an der HUB beruhte maßgeblich darauf, dass sich die Vertretung in einer Weise politisch äußerte (und ein solches Recht auf Meinungsäußerung auch explizit reklamierte), die den damaligen Machtorganen nicht gefiel. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR existierten die studentischen Selbstverwaltungen nur noch kurze Zeit. Bis Anfang der 50er Jahre waren sie de facto aufgelöst.

III.

Bereits ab 1946 dachte die amerikanische Militärregierung über eine von der SMAD unabhängige Berliner Universität nach. Die Relegierungen der Studenten Stolz, Hess und Schwarz waren dann Anlass für die Studierenden, die „Gründung einer freiheitlichen Berliner Universität“ zu fordern. Im Juni 1948 konstituierte sich eine Vorbereitungsgruppe, die den Aufbau der neuen Universität in Angriff nahm. Dieses Vorhaben stieß sowohl in der SBZ als auch an mehreren westdeutschen Universitäten auf Kritik und brachte den Vorwurf der Spaltung ein. Am 04.12.1948 wurde die Gründungsfeier der „Freien Universität Berlin“ im Titania-Palast abgehalten. Die zu diesem Festakt geladenen Rektoren der Universitäten der Westzonen erschienen nicht.

Bereits im Oktober 1948 konstituierte sich der „vorläufige AStA“ der FU. Am 18.11.1948 beschloss er das „studentische Statut für die Freie Universität Berlin“, welches als Organe die studentische Vollversammlung (hier Studentenparlament genannt), den Konvent (vergleichbar dem heutigen Stupa) und als Exekutivorgan einen AStA vorsah. Dieses Statut wurde explizit als Bruch mit den bisherigen Traditionen der Studierendenschaften verstanden. Vielmehr reklamierte die Studierendenschaft der FU für sich

„ein erzieherisches Element, das [...] über den rein technischen Rahmen der studentischen Selbstverwaltung hinaus seinen weiteren Ausdruck im gesellschaftlichen Leben der Studenten finden sollte“.

Dies bedeutete – zwar nicht offen ausgesprochen, so doch vielfältig praktiziert – das Recht, sich politisch äußern zu dürfen. Ausgehend von Gründungsanspruch einer „freiheitlichen Universität“ stand der AStA nicht nur in einer antikommunistischen, sondern sehr wohl auch in einer antifaschistischen Tradition. Er sprach sich vehement gegen farbentragende Korporationen aus und gestand nur widerwillig den christlichen Verbindungen eine Existenzberechtigung zu. Mit dieser Ablehnung drückte die studentische Vertretung die mehrheitliche Auffassung der Studierendenschaft aus. Als das Stupa sich 1963 erdreistete, einen Burschenschaftler zum AStA-Vorsitzenden zu wählen, wurde dieser in einer Urabstimmung von den StudentInnen der FU gleich wieder abgewählt (s. Artikel von R. Elker).

Die politisch motivierte Gründung der FU schlug folglich auf den AStA durch, der mit größter Selbstverständlichkeit das Recht beanspruchte, sich zu politischen Ereignissen zu äußern – insbesondere die DDR und die HUB zu kritisieren. Die Studierenden, die eine tragende Rolle bei der Gründung der FU spielten, sahen in ihrer Universität ein Modell für eine neue Universitätsverwaltung. Studierende sollten verstärkt in die Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden und die in Westdeutschland nach wie vor vorherrschende Ordinariatenuniversität zurückgedrängt werden (vgl. AStA FU: „Titanic in voller Fahrt“). Dieser Gründungsgeist sollte sich, wie alle Gespenster, in der folgenden Zeit verflüchtigen. So konzidierte Sontheimer in den 50er Jahren: Studentische Politik sei „in einem sehr begrenzten Rahmen“ (!!) nützlich, da sie in aller Regel harmlos sei. Es sei Sache der Professoren, das Interesse der Studierenden für die Universität als ganzes zu wecken und in den vorgesehenen Grenzen zu halten (vgl. „Titanic...“).

IV.

In Westdeutschland wurden die Studierendenschaften im Rahmen des Reeducation-Programms der Alliierten als Selbstverwaltungen installiert. Sie wurden als „Übungsfeld für die spätere Beteiligung am öffentlichen Leben“ betrachtet (Faure, S. 1). Die ersten AStA-Mitglieder wurden 1945/46 von alliierten Hochschuloffizieren eingesetzt (Krüger, S. 638). Die Alliierten gingen davon aus, dass in der Selbstverwaltung tätige Studierende im späteren Leben ein Musterbeispiel für demokratische Verhaltensweisen abgeben würden (vgl. nur die Karrieren der SDSler Helmut Schmidt und Hans Apel). Erste Aufgabe der Studierendenschaften war die „Vertretung der Gesamtheit der Studenten“, d. h.: die „Vertretung der Interessen“ der Studierenden – eine unbestimmte Formulierung, die im Folgenden von Bedeutung sein wird. Gesetze wurden zunächst nicht erlassen, die Studierendenschaften agierten aufgrund eigener Satzung bzw. der jeweiligen Hochschulsatzung.

Die westdeutschen ASten engagierten sich weniger exponiert als der FU-AStA. Der Marburger AStA erklärte 1951, er werde zu „politischen Fragen“ keine Stellungnahmen abgeben, wohl aber über sein „gesamtdeutsches Referat“ zu „allen gesamtdeutschen Studentenfragen“, und zwar „mit aller gebotenen Deutlichkeit“. Themen waren in den 50er Jahren (Schapals,

S. 92; Schubbe): Forderung nach „Wiedervereinigung“, pauschale Befürwortung der Politik Adenauers (AStA FU); Forderung nach einem „deutschen Beitrag zu einer westeuropäischen Verteidigung“ und damit: Forderung nach einer Armee (Konvent der FU); Protest gegen die Niederschlagung der Aufstände in der DDR (1953) und in Ungarn (1956); Gründung von „gesamtdeutschen“ und „Ungarn-Referaten“ in den ASten; Verurteilung Studierender, die an den Weltjugendfestspielen 1957 teilnahmen; Befürwortung einer Aufrüstung der Bundeswehr zur „Eindämmung der kommunistischen Gefahr“; Kritik an der Suezkrise; sowie beständige Kommentierung der Tagespolitik in der DDR, allesamt antikommunistisch motiviert (hier in einer unrühmlichen Vorreiterrolle: AStA FU). Die ASten engagierten sich auch im Sinne des Antifaschismus durch Kritik an den Korporationen, Sprengung des Parteitages der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP), Proteste gegen Antisemitismus und gegen die Aufführung von Filmen von Veit Harlan (FU Berlin, Freiburg).

Der damals mehr der Rechten zuzurechnende, 1949 gegründete Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) resümierte im Jahre 1960:

„Die deutsche Studentenschaft hat in den entscheidenden Situationen der letzten Zeit politisch verantwortungsbewusst gehandelt. [...] Die Studentenvertreter wurden häufig von der Öffentlichkeit zu politischen Stellungnahmen ermuntert und aufgefordert“ (6. Deutscher Studententag, nach Gerhardt, DUZ 1968, H. 8/9, S. 3).

Diese politischen Äußerungen möchte ich als Wahrnehmung eines „nationalpolitischen Mandats“ bezeichnen und dieses in Abgrenzung zum „allgemeinpolitischen Mandat“ wie folgt umschreiben: Das „nationalpolitische Mandat“ umfasst allgemeinpolitische Äußerungen, die sich im Rahmen des gesellschaftlichen Konsens⁵ (d. h.: des Mainstreams in der BRD) bewegen. Sie sind systemstützend, daher erwünscht, und entsprechen der Intention, dass Studierendenschaften quasi als Vorbilder zur Demokratisierung der Republik beitragen sollten. Breitbach (GBAL-Info) kommentiert: Nationalpolitische Meinungsäußerungen wurden, da sie eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit wiedergaben, nicht als politische Meinungsäußerungen verstanden. „Was selbstverständlich ist, ist nicht politisch!“ Der Begriff des Politischen Mandats ist bis zum Ende der 50er Jahre in der juristischen und politischen Publizistik nicht bekannt. „Wo ein Begriff nicht existiert, da existiert die Sache auch nicht“ (Breitbach).

Interessant ist in der Tat, woher dieser Begriff „(allgemein-)politisches Mandat“ stammt. Schapals (1962) kennt ihn bereits, während die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) 1963 auf die Formulierung „Mandat bei der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte“ zurückgreift. Irritierend ist der Bezug auf ein Mandat. Auch heute wird der Begriff „allgemeinpolitisches Mandat“ verwendet, ohne die „Mandatierung“ zu klären. Ist es ein Mandat durch Auftrag, durch Hochschulgesetz, durch universitäre oder studentische Satzung oder durch einen gesellschaftlichen common sense? Letzteres erklärt zumindest das von mir beschriebene nationalpolitische Mandat: Die Studierendenschaften konnten sich auf einen gesellschaftlichen

Auftrag berufen, das laut zu fordern, was die Regierung und die Mehrheitsgesellschaft ohnehin forderte, nur eben „engagierter“ und „radikaler“. Ein „allgemeinpolitisches Mandat“ konnte jedenfalls nicht aus Gesetzen hergeleitet werden, die es in den 1950er Jahre noch nicht gab. In den Satzungen finden sich ebenfalls keine Hinweise. Es handelt sich aber nicht um eine angenommene Mandatierung. Vielmehr konnten die studentischen VertreterInnen aus ihrer demokratischen Legitimation ableiten, sich zu allgemeinpolitischen Themen äußern zu können. Es überrascht daher nicht, wenn die (studentischen) Kritiker des „allgemeinpolitischen Mandats“ stets jene sind, die, der politischen Rechten entstammend, sich in der Minorität befinden und eine legitimierte Mehrheitsströmung an der Artikulation von Forderungen hindern möchte, wenn sich diese nicht in ihrem Sinne äußert.

V.

Die Forderung, die Studierendenschaften dürften sich auch politisch im Interesse der Studierenden äußern, wurde erstmals 1956 auf einer Delegiertenkonferenz des VDS erhoben. 1962 beschloss der VDS eine Charta mit folgenden Punkten: Die Hochschule darf sich nicht im Staat und von der Gesellschaft isolieren; die Ergebnisse, die die Wissenschaft produziert, „entscheiden die gesellschaftliche Ordnung und Entwicklung“; es „ist keineswegs nur die Aufgabe der Parteien, unsere Demokratie zu gestalten, sondern vielmehr aller Gruppen im Staat“; die Hochschulen haben sich „unbedingt der rationalkritischen Suche nach Erkenntnis und ihrer Vermittlung“ zu verpflichten; Freiheit von Forschung und Lehre, freier Hochschulzugang, Garantie gleicher Ausbildungschancen; die Studierendenschaft ist „aufgefordert, Staat und Gesellschaft mitzugestalten“; ihr stehe damit ein „Raum politisch verantwortlichen Handelns“ zu; das Eintreten für Menschenrechte verpflichtet „die deutsche Studentenschaft, gegen alle Arten der Unterdrückung, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, militärischem, rassistischem oder ideologischem Gebiet, zu protestieren und ihnen entgegenzuwirken“. Dieses Eintreten sei insbesondere unter dem Eindruck der deutschen Geschichte erforderlich.

Schapals führte in seiner Dissertation aus dem Jahre 1962 aus: Es ist umstritten, ob die ASten „die Interessen der Studenten in politischen Fragen wahrzunehmen befugt“ sind; gesetzlich sei dies nicht explizit ausgeschlossen, Parteipolitik hingegen sei unerwünscht; in „der Praxis der Studentenschaften wird ein allgemeinpolitisches Mandat überwiegend bejaht“; aufgrund dessen sei davon auszugehen, dass ein solches Mandat kraft Gewohnheitsrecht den ASten auch zusteht (S. 91 ff). Die Argumentation scheint mir jedoch etwas problematisch, da sich der Eindruck aufdrängt, dieses „Gewohnheitsrecht“ auf politische Äußerung sei aufgrund der seit 1920 andauernden Praxis begründet – eine Traditionslinie, in die sich kaum ein AStA stellen möchte.

Zunächst hatten nur vereinzelt Studierendenschaften den Weg des „nationalen Konsens“ verlassen: Kritik der Kernwaffenversuche, 1958/59 Unterschriften-sammlung des AStA FU gegen NS-Ärzte und NS-Juristen (brachte eine Intervention des Rektors), Proteste

gegen die Apartheidpolitik in Südafrika, Kritisierung des Algerien-Krieges 1961 und des Engagements deutscher Fremdenlegionäre (Marburg und FU). Das einschneidende Ereignis war der Versuch des Verteidigungsministers F. J. Strauß, eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchzusetzen. Zahlreichen ASten sprachen sich dagegen aus und organisierten mit der Anti-Atom-Bewegung die Ostermärsche. Im Januar 1959 wurde an der FU ein großer Kongress gegen die Atomrüstung veranstaltet. Die ASten forderten eine Entspannungspolitik, da die Adenauerpolitik einer „Wiedervereinigung“ entgegenstehe und den Status quo zweier „deutscher Staaten“ verfestige. Insbesondere wurde ein Zugehen auf die DDR gefordert, der Satz „Mit Pankow wird nicht verhandelt“ könne nicht weiterhin Basis der BRD-Politik sein (Schlicht, S. 50/51). FU-Rektor Lüers hingegen erließ ein Raumverbot für eine AStA-Veranstaltung am 08.05.1965 mit dem Journalisten Kuby. Er befürchtete, Kuby würde seine deutschlandpolitischen Thesen wiederholen – eine Maßnahme, die der damalige Kultursenator mit den Worten kommentierte: „Ich würde, wenn ich Rektor wäre, wohl niemals einen auch noch so bedrohlich erscheinenden Redner verbieten, sondern ihn lieber widerlegen“.

Die dem offiziellen Meinungsmonopol entgegenstehende „Radikalisierung“ führte dazu, dass sich 1960 der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) abspaltete. 1961 erfolgte dann der Unvereinbarkeitsbeschluss, wonach ein SPD-Mitglied nicht mehr Mitglied im SDS sein konnte. Dieses Abweichen von der offiziellen bundesdeutschen Politik kommentierten die rechten studentischen Gruppierungen damit, dass eine „Versachlichung“ der Debatte notwendig sei, um mit dem Vorwurf der „Unsachlichkeit“ andere Meinungen zu diffamieren. Implizit wird damit ein Politikmonopol behauptet: Jegliche andere Meinung ist unsachlich bis hin zum Landesverrat.

Staatskonform waren hingegen die Proteste zahlreicher ASten gegen den Mauerbau 1961, die folglich nicht beanstandet wurden. Der FU-AStA beteiligte sich an der Organisation der „Fluchthilfe“. Der AStA in Marburg veranstaltete einen Fackelzug zur „Zonengrenze“, eine Demonstration, an der nicht nur die örtlichen Honoratioren teilnahmen, sondern auch Vertreter der Uni-Leitung – ein beredtes Beispiel für die These vom „nationalpolitischen Mandat“. Die Mehrheit der ASten Anfang der 60er Jahre wurde noch von Korporierten und von CDU-Studenten gestellt. Dem entspricht es, dass Uni-Leitungen an Veranstaltungen der Verbindungsstudenten teilnahmen und fromme Grußworte sprachen. Dies war auch nötig: Der Wandel in den politischen Auffassungen der Studierendenschaft war unverkennbar.

VI.

Die erste dezidierte Stellungnahme gegen allgemeinpolitische Äußerungen der ASten stammt von der Westdeutschen Rektorenkonferenz auf ihrer Sitzung vom 10. bis 12. Juli 1963:

„7. Ein Mandat der Studentenvertretung, die Mitglieder der Studentenschaft ‚bei Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu vertreten‘, besteht nicht. Ein

solches liegt nicht im Aufgabenbereich der Hochschule und würde außerdem gegen fundamentale Grundsätze der Demokratie verstoßen, die hinsichtlich der politischen Meinungsbildung und Meinungsäußerung auf der unbedingten Freiwilligkeit des Einzelnen beruht.

8. Überhaupt kann Betätigung in der Politik nicht zu den Aufgaben der Hochschule und damit auch nicht zu denen der Studentenschaft zählen.

Nur dort, wo es um eine Verteidigung der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung geht, die auch die Grundlage der Existenz freier Forschung und Lehre und damit der Wissenschaftlichen Hochschule selbst darstellen, kann auch die Studentenschaft in die politische Auseinandersetzung eingreifen.“

Diese Ablehnung einer politischen Betätigung (im Grunde eine Beschreibung des „nationalpolitischen Mandats“) prägte die nachfolgenden Auseinandersetzungen und sollte sich zur gefestigten Auffassung der Gegner eines „allgemeinpolitischen Mandates“ entwickeln.

Die ASten ließen sich nicht abschrecken, wiewohl die Repressionen zunahm. Die Bombardierung der vietnamesischen Zivilbevölkerung durch die amerikanische Luftwaffe führte zu einer Solidarisierung mit dem Vietcong. Allerdings wurde 1965 der Berliner AStA-Vorstand (Lefèvre und Damerow) abgewählt, der einen Aufruf SED-nahestehender Menschen gegen den Vietnam-Krieg unterschrieben hatte. Zahlreiche Veranstaltungsverbote durch die Uni-Leitung führten dazu, dass der AStA FU am 16.02.1966 unter Hinweis auf die politisch motivierte Gründung der FU und der Studierendenschaft seinen Rücktritt erklärte: Freie oder Formierte Universität?

Anfang 1967 distanzieren sich 16 Gründungsstudenten der FU, u. a. der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Benda, von der allgemeinpolitischen Tätigkeit des AStA FU. Der AStA antwortete, dass von den Gründungsstudenten ein politisches Mandat in Zweifel gezogen würde, das sie selbst mit der größten Selbstverständlichkeit für sich immer in Anspruch genommen hatten – eben im Sinne eines „nationalpolitischen Mandats“ (s. Schubbe). Nach dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 kommentierte der AStA in einem Bericht an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Berliner Senats die Entwicklung der Studierendenschaft und das Recht auf (nicht-konforme) Meinungsäußerung wie folgt: Die FU-Leitung schränkt die Möglichkeiten der Mitbestimmung der Studierenden immer weiter durch exzessiven Gebrauch des Hausrechtes ein. Eine „objektive“ Wissenschaft existiert nicht und ist nicht denkbar. Vielmehr bewegt sich die Begriffs- und Theoriebildung in einem politischen Raum und ist interessenabhängig. Die Wissenschaftler (inkl. der Studierenden) tragen Verantwortung für die Gesellschaft und müssen daher auch politisch intervenieren. Der AStA FU analysiert den Mythos der Selbstverwaltung nur kurz: Die Gesellschaft sei nach Kompetenzbereichen aufgegliedert, „der Bürger unterwirft sich unkritisch den Sachzwängen“. Die Uni wird auf die „reine, objektive Wissenschaft“ begrenzt. Demokratische Verantwortung dagegen bedeute das Recht, intervenieren zu dürfen und sich nicht auf abgegrenzte Bereiche beschränken zu lassen. Diese m. E. sehr zutreffende Auffassung stand

und steht der traditionellen Auffassung von Selbstverwaltung diametral entgegen.

Die zentralen Themen der politischen Debatte an den Universitäten waren Mitte der 60er Jahre: Vietnam-Krieg, Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen, Deutschlandpolitik (Existenz der DDR, „Wiedervereinigung“), Notstandsgesetze und Demokratieabbau, der 2. Juni 1967, Pressekonzentration (insb. Springer-Presse), Hochschulreform („Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“) und eine mangelhafte Ausbildung (damals unter dem Schlagwort „Elite tut not“, vgl. Damerow et al, Kursbuch Nr. 12/1968).

VII.

Der erste Prozess gegen einen AStA betraf die Frage der Entwicklung der BRD – aus Sicht der DDR. Am 08.05.1967 sollte ein erster Vortrag stattfinden. Der Rektor der Bonner Universität wandte sich nicht gegen die Veranstaltungsreihe des AStAs, sondern erließ ein Raumverbot. Das Verwaltungsgericht (VG) Köln lehnte die Klage des AStA am 06.05.1967 ab: Die Veranstaltung habe einen „Solidaritätscharakter“, dies sei eine „politische Betätigung, die über den Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten und damit der Aufgaben der Studentenschaft hinausginge“. Diese Argumentation – politische Äußerung gehört nicht zu den Aufgaben der Studierendenschaft – sollte die ASten bis heute verfolgen.

Am 17.10.1967 folgte das zweite Urteil, diesmal vom VG Berlin auf die Klage von Mitgliedern des studentischen Konvents: Der Beschluss, mit welchem die Studierendenschaft ihre Solidarität mit dem Vietcong erklärte und Position ergriff gegen die US-Regierung, betreffe keine Selbstverwaltungsaufgaben; Körperschaften des öffentlichen Rechts hätten kein Recht auf freie Meinungsäußerungen. Studierende bräuchten nicht die Studierendenschaft für politische Äußerungen, dafür stünde ihnen der gesellschaftlich-politische Bereich offen. Das „politische Mandat“ sei nicht kraft Gewohnheitsrechts entstanden, sondern „stets umkämpft“ gewesen. Zwar musste das Gericht aufgrund von Unterlagen, die der AStA vorlegte, anerkennen, dass sich der AStA seit 1950 zu politischen Fragen äußerte. Aus der Tatsache, dass der Rektor keine Maßnahmen gegen den AStA ergriffen habe, so das VG, könne aber nicht geschlossen werden, dass die Äußerungen von der Uni-Leitung gebilligt worden seien. Und im Übrigen habe der Rektor 1959 gegen die Stellungnahmen zur Atombewaffnung interveniert.

Das VG Sigmaringen verurteilte im dritten Prozess am 02.02.1968 den AStA Tübingen, „politische Forderungen und Stellungnahmen zu unterlassen, soweit sie nicht hochschulbezogen sind“. Anlass war eine Solidaritätserklärung des Tübinger AStA vom 05.06.1967 an die Studierendenschaft der FU Berlin angesichts der Ermordung von Benno Ohnesorg. Die Resolution endete mit der Rücktrittsforderung an den Regierenden Bürgermeister, welcher dieser Forderung auch nachkam – vermutlich nicht aufgrund der Tübinger AStA-Resolution... (vgl. Darstellung bei Soukup). Dazu das VG: „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“. Die Urteile und Beschlüsse des VG Sigmaringen sollten in der Folgezeit eine führende Stellung erlangen, was die Repression gegen Studie-

rendenschaften betrifft.

Die erste obergerichtliche Entscheidung des OVG Münster vom 31.05.1968 weist folgende wegweisende Begründung auf: Der Universität steht „ein allgemeines politisches Mandat“ nicht zu.

„Was den eigentlichen Staatsorganen nicht gestattet sei, könne auch nicht einer Zwangsvereinigung wie der Studentenschaft gestattet sein, die ihre Rechte von der Universität und damit letztlich vom Staat ableitet“.

Die Gerichtsentscheidungen wurden begleitet von einer heftigen Debatte, dem „Kampf ums politische Mandat“ (s. DUZ 1968, H. 8/9, S. 2–49). Der Heidelberger AStA hatte bereits im März 1968 ein Memorandum zum „politischen Mandat“ vorgelegt, das allerdings auf der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS nicht behandelt wurde.

Verkürzt wiedergegeben waren die Argumentationsstränge folgende:

Die Linke wies darauf hin, das Verbot sei politisch motiviert aufgrund des Kurswechsels in den ASten und innerhalb des VDS hin zur Linken. Es gehe also ausschließlich um die Unterdrückung einer missliebigen Meinung. Die körperschaftliche Struktur der Studierendenschaft sei unzureichend und werde dem politischen Auftrag nicht gerecht. Die Universität und die Studierendenschaft hätten einen nichtstaatlichen, materiell öffentlichen Charakter, politische Äußerungen seien daher über Art. 5 GG gedeckt. Hinsichtlich der Mandatierung wurde darauf verwiesen, dass die ASten und Stupa demokratisch legitimiert seien. Äußerungen dieser von einer Mehrheit gewählten Vertreter wären Äußerungen des Organs der Verfassten Studentenschaft und könnten daher nicht einzelnen Studierenden zugerechnet werden (Gerhardt, Leibfried/Preuß). Vielmehr würden sich die klagenden Studenten – durchweg RCDS oder Korporierte – nicht einer den Mehrheitsverhältnissen im Stupa entsprechenden Politik beugen wollen: der RCDS verhalte sich anti-demokratisch.

Die Rechte bezog sich formal auf die Argumente, die in den Gerichtsentscheidungen und von der WRK vortragen wurden. Dies hinderte den (rechten) Bonner AStA im Juli 1968 allerdings nicht, sich vehement gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ auszusprechen – mit der denkwürdigen Begründung, alle Studenten stünden hinter dieser Auffassung des AStA. Selbstverständlich gibt es auch eine „vermittelnde Auffassung“: der Studierendenschaft stünde ein politisches Mandat zu, wenn Grundwerte der Verfassung gefährdet sind.

Interessant ist hier folgende Behauptung der klagenden Studierenden: Der AStA würde mit seinen Stellungnahmen in ihr Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. freie Selbstentfaltung eingreifen; dieses Recht sei aber nicht verletzt, wenn der AStA eine Meinung äußere, die den politischen Anschauungen der KlägerInnen entspricht. Diese Auffassung entbehrt nicht einer gewissen Unlogik und bedeutet vom Ergebnis eine Beschränkung der Politik der ASten auf die politischen Ansichten von RCDS und Korporierten.

Die Auffassung der Gerichte wurde letztinstanzlich durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 26.09.1969 abgesichert. Das Urteil betrifft die schon erwähnte Solidaritätserklärung des Tübinger AStA. Das Gericht fasst sich eher kurz: Poli-

tische Äußerungen gehörten nicht zum Aufgabenbereich der Studierendenschaft, ob ein Grundrecht auf Meinungsäußerung oder Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 GG zustehe, kann dahinstehen, denn die Meinungsfreiheit erstreckte sich nicht auf Äußerungen politischer Art. Der Tübinger AStA sei im Übrigen „nicht wissenschaftlich verfahren“ auf dem Wege hin zur reinen Erkenntnis, sondern habe „in unwissenschaftlicher Weise politische Forderungen erhoben“. Zur Erinnerung: Es ging um den Tod des Kommilitonen Ohnesorg. Seine Rechtsauffassung hielt das BVerwG mit zweitem Urteil vom 13.12.1979 aufrecht (betr. AStA FH Darmstadt).

VIII.

Mit dem ersten Urteil des BVerwG waren im Grunde, um es salopp zu sagen, „alle Messen gesungen“. Mir ist aus eigener Praxis und der Literatur seit 1967 kein einziges Urteil bekannt, das in letzter Instanz den ASten ein Recht auf eine dezidierte politische Meinung zugestanden hätte. Juristisch war die Frage der Zulässigkeit und Legitimität des „politischen Mandats“ abgehandelt. In der Folgezeit (1969 – 1972) wurden zahlreiche ASten mit Verfahren überzogen (s. bei v. Mutius). Unter Bezug auf die Entscheidung des BVerwG verfestigte sich eine Rechtsprechung, den ASten bestimmte Meinungsäußerungen zu untersagen und für den Fall, dass sich die ASten hieran nicht hielten, Ordnungsgelder zu verhängen.

Begleitet wurden die Prozesse von einem Gutachtenstreit; exemplarisch und beileibe nicht erschöpfend sei hier auf die Stellungnahmen von Ridder/Ladeur, Geck und Rupp, v. Mutius und, am Ende, Zechlin (1978) und Müller (1979) sowie der Empfehlungen der WRK vom 28.08.1969 hingewiesen; eine bemerkenswerte Kritik der Institution „Selbstverwaltungsorgan“ findet sich bei Faure.

Die Hochschulen befanden sich in einer Zeit erheblicher Umbrüche. Bereits im Herbst 1968 war das Ende des SDS absehbar, der 1969 zerfiel und dessen letzte Ortsgruppe 1970 aufgelöst wurde. Nachfolgeorganisationen waren der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB, DKP-nah), Sponti-Gruppen und die verschiedenen Hochschulgruppen der M/L-Parteien. Die meisten ehemaligen SDSlerInnen wanderten allerdings zur SPD und zum SHB (der sich dadurch weiter radikalisierte, bis auch er, da zu sozialistisch und damit zu frech, als offizielle Jugendorganisation der SPD zugunsten der Juso-Hochschulgruppe abdanken musste).

In den Bundesländern wurden neue Hochschulgesetze erlassen und den Studierenden mehr Mitsprache eingeräumt. In Berlin wurde die Verfasste Studentenschaft durch das Universitätsgesetz 1969 abgeschafft, Bayern folgte 1973. Soweit Studierendenschaften in den Gesetzen vorgesehen waren, wurde ihre Betätigung auf den Hochschulbereich und, im äußersten Falle, auf hochschulpolitische Belange eingeschränkt (einige Hochschulgesetze erkennen ein „politisches Mandat“ an, nicht aber ein „allgemeinpolitisches“).

Abgeschlossen wurde die Novellierungsphase mit dem Erlass des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26.01.1976. Dessen § 41 Abs. 1 enthält drei Bestandteile, die hier von Belang sind: Zunächst wird

bestimmt, dass durch Landesrecht Studentenschaften gebildet werden können. Da allerdings in allen Ländern Studierendenschaften seit alters her existierten, entpuppte sich diese „Kann“-Vorschrift als Einfallstor, um die Studierendenschaften abzuschaffen. In Ba-Wü wurde die Verfasste Studierendenschaft prompt 1977 liquidiert. Vorausgegangen war ein Urteil des VG Sigmaringen vom 24.06.1975, in welchem das Gericht im Gegensatz zur oben erwähnten Entscheidung zu der Auffassung gelangte, Verfasste Studierendenschaften seien überflüssig und gehörten abgeschafft. Zum zweiten wurde der Aufgabenbereich der Studierendenschaft auf die „Wahrnehmung hochschulpolitischer [...] Belange der Studentenschaft“ beschränkt. Diese Formulierung wird allgemein dahin verstanden, dass damit die Wahrnehmung allgemeinpolitischer Belange ausgeschlossen ist. Zum dritten wird festgeschrieben, dass die Verfasste Studierendenschaft, die wegen der Zwangsmitgliedschaft einer gesetzlichen Grundlage bedarf, allein in Gestalt einer (Teil-)Körperschaft des öffentlichen Rechts, quasi als Behörde, organisiert sein kann. Dies ist letztlich eine Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung und lässt wenig Raum für die Theorien von der materiellen Öffentlichkeit und dem nicht-staatlichen Charakter der Studierendenschaft à la Ridder, Ladeur, Preuß und Leibfried.

IX.

Genutzt hat das alles nichts. Die ASten ließen sich auch weiterhin nicht davon abbringen, unhaltbare Zustände in der BRD und der restlichen Welt zu kritisieren. Während also Ridder, Ladeur, Preuß und Leibfried die reale Wirklichkeit der Verfassten Studierendenschaft beschrieben, wurde mit den neuen Gesetzen eine der bis dahin 30jährigen Praxis entgegenstehende „Rechtswirklichkeit“ geschaffen. Beispielhaft sei hier aufgeführt, welche Aktionen und Meinungsäußerungen verboten wurden:

- „allgemeinpolitische“ Artikel in AStA-Infos, damit einhergehend Verbot der Uni-Leitung, bestimmte Infos überhaupt zu drucken; dies gilt auch für „allgemeinpolitische“ Artikel, wenn diese mit einem Namenskürzel gezeichnet sind und im Impressum vermerkt ist, dass namentlich gekennzeichnete Artikel nicht unbedingt die Meinung des AStA wiedergeben (diese Äußerung sei sehr wohl dem AStA zuzurechnen..., vgl. Göttinger „Mescalero“-Artikel),
- Dokumentation von Artikeln: Das VG Kassel „rechnete“ mit Urteil vom 31.08.1982 dem Marburger AStA die Dokumentation des rassistischen „Heidelberger Manifests“ als Äußerung zu, wiewohl aus dem Info ersichtlich wurde, dass sich der AStA von diesem „Manifest“, einer Erklärung diverser Hochschulprofessoren, ausdrücklich distanzierte; vgl. ebenso die Dokumentation des „Mescalero“-Artikels durch den Göttinger AStA 1977, der nicht die Meinung des AStAs widerspiegelte, ihm aber zugerechnet wurde (VG Hannover vom 16.05.1977). Selbst eine Dokumentation von Artikeln, um den Stand der Debatte über das „allgemeinpolitische Mandat“ darzustellen, wurde nicht zugelassen (OVG Berlin, 15.01.2004),
- Organisation und Veranstaltung von Demonstrationen mit „allgemeinpolitischem“ Inhalt.
- Diskussionsveranstaltungen mit „allgemeinpoliti-

schem“ Inhalt, damit einhergehend: Raumverbot, auch dann, wenn die Veranstaltung politisch „ausgewogen“ ist (dem AStA Gießen wurde untersagt, Vertreter sämtlicher zum hessischen Landtag kandidierender Parteien zu einer Podiumsveranstaltung einzuladen; VGH Kassel vom 03.10.1977. Selbst eine Veranstaltungsreihe des AStA Tübingen: „Alternative zum herrschenden Lehrbetrieb“ wurde untersagt, VG Sigmaringen vom 30.06.1976, später aufgehoben).

- Finanzierungsverbot von Infos oder Veranstaltungen von nicht-universitären Organisationen, wenn diese „allgemeinpolitisch“ tätig werden, sowie die Finanzierung dieser Organisationen (VGH Kassel, OVG Berlin).
- Gründung von politischen Organisationen und Zeitungen, um das Verbot des „allgemeinpolitischen“ Mandats zu umgehen (VG Kassel vom 23.01.1975).
- „allgemeinpolitische“ Artikel in Infos autonomer AStA-Referate (VG Kassel vom 18.05.1982: es gibt laut HRG keine autonomen Referate, die Meinungsäußerung und die Finanzierung autonomer Referate ist direkt dem vom Stupa gewählten „AStA-Vorstand als Verwalter der Studentenschaftsgelder“ zuzurechnen).
- Erklärung, der Studierendenschaft stünde ein „politisches Mandat“ zu (kann zu erhöhten Ordnungsgeldern führen wegen bewiesener Renitenz).
- Verbot, Mitgliedsbeiträge an die VDS und später den „freien Zusammenschluss der Studierendenschaften“ (fzs) zu bezahlen, da die Verbände ein „politisches Mandat“ für sich reklamierten und auch wahrnehmen. Beitragszahlungen wurden vom VG Münster am 25.02.1976 dem AStA Uni Münster zunächst erlaubt, dem Hamburger und dem Kieler AStA Anfang der 80er Jahre allerdings verboten. Ein entsprechendes Verbot erging 2004 an den AStA FU betreffend Zahlungen an den fzs. Anders entschied das OVG Rheinland-Pfalz mit Beschluss vom 28.01.2005 im Falle des AStA Trier: Ob Zahlungen an den fzs erlaubt sind, könne erst in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden. Die Klage ins Rollen gebracht hatte übrigens ein NPD-Student.
- Reiseverbot zu Kulturveranstaltungen, auch wenn diese dem internationalen Jugend- und Studierendenaustausch dienen (so dem AStA Gießen 1997 widerfahren).
- Verbot der Fachschaft Geschichte, sich inhaltlich mit dem Studienfach auseinanderzusetzen und zu historischen Ereignissen Stellung zu nehmen (so geschehen in Münster 1996).

Die Abgrenzung zwischen „allgemeinpolitischen“, legalen/illegalen „politischen“ sowie legalen/illegalen hochschulpolitischen Äußerungen ist dabei in das Belieben des jeweiligen Verwaltungsgerichts gestellt, welches dann „bei gelassener Betrachtungsweise“ des Sachverhalts (O-Ton VG Kassel vom 31.08.1982) entscheidet. Die Regel ist die, dass in Zweifelsfällen versucht wird, aus hochschulpolitischen Äußerungen einen allgemeinpolitischen und damit illegalen Gehalt zu abstrahieren.

Darüber hinaus sollen die Repressionen der Rechtsaufsicht (Uni-Präsident) nicht unerwähnt bleiben: die Eingriffe in den Haushalt der Studierendenschaft durch Sperrung von Mitteln für angeblich „allgemeinpolitische“ Zwecke oder gar die Infragestellung der

Selbstverwaltung überhaupt, indem die Notwendigkeit bestimmter Referate bestritten wird.

Inhaltlich lässt sich sagen: dem bundesdeutschen Mainstream nicht entsprechende (d. h.: nicht antikommunistische) Bezüge auf den Realsozialismus führen schneller zu einschneidenden Entscheidungen der Gerichte. Das hat sich seit 1967 bis heute nicht geändert, wie die Entscheidung gegen den AStA Gießen (Teilnahme an Weltjugendfestspielen auf Kuba 1997) beweist. Hätte diese Kulturveranstaltung in Oslo, Helsinki, Stockholm oder auf den Fidschi-Inseln stattgefunden, hätte es sicherlich keine Probleme gegeben.

X.

Einer weiteren Eskalation sah sich der Marburger AStA im Jahre 1975 ausgesetzt (s. DuR 1975, 383). Das VG Kassel und der VGH Kassel hatten mehrfach Ordnungsgelder gegen den AStA verhängt wegen „allgemeinpolitischer“ Äußerungen zu Berufsverboten, 1.-Mai-Demonstration, Numerus clausus (Arbeiterkinder werden benachteiligt, „bürgerliches Bildungsprivileg“) und Studienfinanzierung (der AStA hatte sich für Rüstungskürzungen zugunsten einer BAföG-Erhöhung ausgesprochen). Damit „gelang“ es den Gerichten, die Strategie des AStA, hochschulpolitische Forderungen in einen gesellschaftlichen Kontext einzubinden, zu durchkreuzen: Der AStA durfte sich für BAföG einsetzen, aber nicht sagen, dass das BAföG über den Rüstungshaushalt finanziert werden soll – und schon gar nicht, dass die Rüstungskonzerne unbeschreibliche Gewinne einfahren. Nachdem am 01.09.1975 ein neuer AStA gewählt wurde, der weiterhin ein „politisches Mandat“ für sich reklamierte, drohte der Uni-Präsident am 22.10.1975 mit der Einsetzung eines Staatskommissars, der am 31.10.1975 eingesetzt wurde. Einige Hundert Studierender blockierten den AStA und verhinderten so, dass der Staatskommissar seiner Aufgabe nachkommen konnte. Die Entscheidung der Uni-Leitung wurde vom VG Kassel am 27.11.1975 aufgehoben: Zwar stehe dem Uni-Präsidenten die Rechtsaufsicht zu. Da der AStA aber erst seit kurzer Zeit amtiere, könne der Präsident noch keine Prognose für die Zukunft treffen, dass auch der neue AStA permanent gegen Gerichtsentscheidungen verstoßen werde. Die Maßnahme der Uni-Leitung sei daher nicht verhältnismäßig, gegenüber dem alten AStA jedoch wahrscheinlich rechtmäßig gewesen. Der Versuch des Uni-Präsidenten, das Stupa zu zwingen, Schadensersatzklagen auf Rückzahlung von Ordnungsgeldern gegen den AStA-Vorstand anzustrengen, schlug fehl (VG Kassel vom 31.01.1978, m. W. das einzige Urteil, das sich mit diesem Thema befasst).

Die Verfolgung des Göttinger AStA wegen der Veröffentlichung des sogenannten „Mescalero“-Artikels („Buback – ein Nachruf“) im AStA-Info „göttinger nachrichten“ und des folgenden Flugblattes „Schleyer – kein Nachruf“ durch eine AStA-tragende undogmatische Gruppe endete im September 1977 ebenfalls mit einer AStA-Amtsenthörung durch den niedersächsischen Wissenschaftsminister. Diese Staatsaktion – Hausdurchsuchung des AStAs und bei verschiedenen Privatpersonen mit vorgehaltener Maschinenpistole, Untersagung der Veröffentlichung und der Weiterverbreitung des Artikels, Hausverbot für die AStA-Men-

schen, Strafverfahren (Volksverhetzung!) – firmierte allerdings nicht unter dem Verbot der Wahrnehmung eines „allgemeinpolitischen Mandats“, sondern es handelte sich um Repressionen zur „Trockenlegung“ eines vermeintlichen Sympathisantensumpfes (in bewusster Verkennung, dass der „Mescalero“ der damaligen RAF-Politik eine klare Absage erteilte: „Unser Weg zum Sozialismus kann nicht mit Leichen gepflastert sein“). Mittels des allseits bekannten Raumverbotes wurde dem AStA und den Fachschaften in Göttingen untersagt, sich zu politischen Themen zu äußern; universitäre Räume wurden für politische Veranstaltungen nur noch gegen Entrichtung einer Saalmiete zur Verfügung gestellt, womit die Artikulationsmöglichkeit der politischen Linken in Anbetracht der traditionellen finanziellen Nöte erheblich eingeschränkt wurde. Zudem drohte der Uni-Präsident damit, die Studierendenschaft möge sich bezahlte Ordnungsgelder von den einzelnen AStA-Mitgliedern zurückholen. Die gleiche Repressionswelle – der Distanzierungsdruck – führte dazu, dass AStA-Vorstände „freiwillig“ ihr Amt niederlegten (so in Fulda, wo sich der AStA-Vorstand nicht, wie von der Uni-Leitung gewünscht, distanzieren wollte). Andere AStAs distanzieren sich auf Druck vom Mescalero-Artikel oder nahmen ihre Solidaritätserklärungen zurück.

Die Ereignisse des Jahres 1977 waren mit Anlass für die baden-württembergische Landesregierung, in einem neuen Landeshochschulgesetz die Verfasste Studierendenschaft nicht mehr vorzusehen und so die bestehenden AStAs zu liquidieren. Insbesondere der Tübinger und der Heidelberger AStA hatten sich als staatskritisch erwiesen, eine Eigenschaft, die im Jahre 1977 ausgesprochen unerwünscht war. Dass diese Liquidierung der Verfassten Studierendenschaft nicht ganz geräuschlos vonstatten ging, versteht sich. In Stuttgart demonstrierten im November 1977 immerhin 30.000 Menschen gegen das Hochschulgesetz.

XI.

Den Schlusspunkt der Auseinandersetzung um das „politische Mandat“ setzte die Kriminalisierung der Studierendenschaften (sehr umfassend dargestellt bei: Breitbach, DuR 1982, 243).

Zunächst war die Rechtsprechung uneinheitlich. Das erste Urteil stammt vom Amtsgericht (AG) Göttingen vom 18.01.1978. Der AStA Göttingen hatte Gelder für einen Prozesshilfefonds für Hausbesetzer bereitgestellt. Das Gericht verurteilte den Finanzreferenten wegen Untreue (§ 266 StGB – nicht zu verwechseln mit Veruntreuung). Ebenfalls urteilte das Landgericht (LG) Frankfurt (31.01.1980) mit der Begründung, AStA-Infos allgemeinpolitischen Inhalts seien nicht erlaubt, folglich dürfe der AStA sie nicht finanzieren. Das OLG Hamm sprach dagegen Mitglieder des Stupa frei (09.04.1980): Sie hätten keine Pflicht, das Vermögen der Studierendenschaft zu betreuen. Interessant an diesen Urteilen ist, dass sie nicht Eingang in den juristischen Diskurs fanden.

Diese „Ehre“ wurde erst dem Urteil des OLG Hamm vom 15.07.1981 zuteil, mit welchem das Gericht nunmehr zu einer Verurteilung wegen Untreue kam. Es ging um mehrere Ordnungsgelder, die ein AStA aufgrund verwaltungsgerichtlicher Urteile bezahlt hatte,

indem trotz Verbot weiterhin auf dem „politischen Mandat“ beharrt wurde. Damit wurde eine Strategie der ASten, Infos mit politischen Äußerungen zu publizieren und Ordnungsgelder zu bezahlen, unterlaufen (eine sehr kostspielige Strategie, die auf eine finanzielle Trockenlegung der ASten hinauslaufen kann). Einige ASten hatten in den 70er Jahren bis zu 110.000 DM Ordnungsgelder bezahlt.

Letztinstanzlich entschied der BGH am 23.10.1981 auf das Frankfurter Urteil in einem bemerkenswert tendenziös veröffentlichten Beschluss. So ist der Veröffentlichung nicht zu entnehmen, dass die AStA-Mitglieder freigesprochen wurden. Publiziert wurde allein die Passage des Beschlusses, dass die Verwendung von Studierendenschaftsgeldern für „allgemeinpolitische Meinungsäußerungen“ Untreue sei. Der AStA dürfe das Geld nur für gesetzlich und satzungsmäßig zulässige Zwecke ausgeben.

Breitbach kommt in seiner Kritik der Kriminalisierung zu dem Schluss, dass die juristische Konstruktion nicht haltbar ist: Eine Vermögensbetreuungspflicht des AStA-Vorstandes sei nicht erkennbar. Breitbach weist darauf hin, dass die schwammige Formulierung des § 266 StGB nicht zufällig am 26.05.1933 in das Gesetz aufgenommen wurde, als „Ausfluss spezifisch nationalsozialistischen Rechtsdenkens“ (so der Strafrechtler Dahm, zitiert nach Breitbach, DuR 1982, S. 248).

XII.

Anlässlich zahlreicher Verfahren veranstalteten die VDS (jetzt: Vereinigte Deutsche Studentenschaften) im Jahre 1983 einen Kongress zum „politischen Mandat“. Die betroffenen ASten hatten in den Jahre 1981 – 1983, wie schon zuvor der Marburger AStA in der Zeit 1974 – 1976, vergeblich versucht, eine gerichtsfeste Verknüpfung zwischen „allgemeinpolitischen“ und „hochschulpolitischen“ Äußerungen herzustellen, um damit zu dokumentieren, dass eine Trennung nicht möglich ist. In seinem Referat kommt Michael Breitbach, der Anwalt des Marburger AStA, zu einem ernüchternden Ergebnis:

„Die Weichenstellung ist: Ist die Studentenschaft ein Appendix der Verwaltung, ein Anhängsel, dem man – na ja – so ein bisschen selbst bestimmen lässt, was sie als Serviceleistungen machen darf? Oder aber ist die Studentenschaft das, was Ridder und Preuß etwa gesagt haben: Es ist ein vergesellschaftetes Feld, in dem der Studien- und Arbeitsalltag in einer vergesellschafteten, demokratischen Weise angegangen, gestaltet werden kann und deshalb demokratischen Strukturen folgt und daher Ausübung von Grundrechten beinhaltet? [...] Deshalb meine These: die Gutachtenschlachten sind geschlagen. Es gibt auch politisch kein neues Argument mehr in den Debatten seit Mitte der 70er Jahre. [...] Die Hoffnung, dass man ein Gericht – womöglich mit einer kunstvoll abgeleiteten Argumentation – überzeugen kann, ist wirklich gleich Null.“

Der juristische Kampf kann nur gelingen, „wenn man politisch etwas bewirkt hat“ (Breitbach in: GBAL-Wahlinfo). Die Betonung liegt auf „hat“.

Die Feststellung von Breitbach, dass die juristische Auseinandersetzung gelaufen ist, lässt sich daran absehen, dass das juristische „Fachpublikum“ von diesen Dimensionen keine Kenntnis mehr erhält – trotz der

Vielzahl von Verfahren: 1977: so ziemlich jeder AStA, der sich mit den Göttingern solidarisierte; Anfang der 1980er: Hamburg, Gießen, Marburg, Frankfurt/M., Kiel, Göttingen, Osnabrück, Köln, Dortmund, Bochum, Münster, FU Berlin; Mitte der 1980er: Darmstadt; Anfang der 1990er: Göttingen, Hannover; Ende der 1990er: Gießen, Marburg, Münster, Kaiserslautern, FU Berlin, StuRat Potsdam, Bremen; 2000er: Trier sowie insbesondere FU und HU Berlin – sicherlich eine unvollständige Liste. Es gibt kaum noch – von den Informationen betroffener ASten abgesehen – Stellungnahmen und Veröffentlichungen in der juristischen Fachliteratur, da alle Argumente ausgetauscht sind. Kenntnisse über strafrechtliche Verfahren können nur über direkten Kontakt erlangt werden. Dies änderte sich ein wenig mit der Berliner Prozesswelle um die Jahrtausendwende. Im Internet kann – je nach politischer Auffassung – auf verschiedene Darstellungen zurückgegriffen werden.

XIII.

Die ASten, StuRäte und Stupa reklamierten nach wie vor das Recht für sich, intervenieren zu dürfen. Mit weiteren Gutachten wurde angesichts der seinerzeit aktuellen Prozesse ein Anlauf unternommen, mehr Handlungsfreiheit für die ASten zu ermöglichen (Denninger 1993/94, 1996). Die mit Prozessen überzogenen Studierendenschaften organisierten Kongresse zum Thema und gaben eine bundesweit erscheinende Zeitung „PM“ heraus, in welcher sie ihre Sichtweise zum „allgemein-politischen Mandat“ darlegten, – um sich daraufhin weitere Prozesse wegen ihrer Meinungsäußerungen sowie der Herausgabe und der Finanzierung dieser Zeitung einzuhandeln. Vornehmlich der ReferentInnen-Rat (RefRat) der HU sowie der AStA der FU Berlin wurden mit Klageverfahren überzogen, die sich durch die Instanzen schleppten. Für ihr Engagement wurden die Studierendenschaften von HU und FU gleich zu mehreren Ordnungsgeldern bis hin zu 15.000 EUR verurteilt. In diesen Verfahren wurde noch einmal festgeklopft, was als vermeintlich neue Ideen zur Abwehr von Klagen angesehen wurde: Die Unterscheidung von allgemeinpolitisch und hochschulbezogen sei hinreichend bestimmt und vom jeweiligen Gericht am konkreten Fall zu erkennen. Soweit mit der Änderung des BerlHG den Studierendenschaften die Aufgabe übertragen worden ist, die „Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft“ wahrzunehmen, bedeute dieses allein, die politische Bildung der Studierenden zu fördern. Ein „allgemeinpolitisches Mandat“ sei damit nicht zuerkannt worden, welches ohnehin mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei (OVG Berlin v. 25.05.1998). Dieselbe Schlussfolgerung zog das OVG Münster (21.12.1998) für das novellierte nordrhein-westfälische Hochschulgesetz.

Eine neue Qualität in der Auseinandersetzung durfte seit 1998 der AStA Marburg für sich „verbuchen“. Der VGH Kassel attestierte, dass selbst im streng hochschulpolitischen Bereich der AStA einem Mäßigungsgebot unterliege. Mit dem Satz „Der Kampf gegen Verbindungen gehört nicht zu den Aufgaben der Studentenschaft“ wurde die Kritik der AStA-Vorsitzenden an den Korporationen in einem Stadtblatt unterbunden. Da unter den Juristen gemeinhin überpro-

portional viele Korporierte zu finden sind, fand dieses Urteil auch Aufnahme im einschlägigen juristischen Fachblatt (NVwZ 1998, 873). In seiner Entscheidung vom 17.12.2003 stellt der VGH Kassel klar, dass selbst eine Schmähkritik (konkret natürlich wieder an den Verbindungsstudenten...) über die einem AStA auferlegte Mäßigung hinausgeht und damit unzulässig ist. Immer wieder wurde die seit den 60er Jahren bekannte Auffassung vertieft, dass die „Verfasste Studierendenschaft“ als Teil der Universität zur öffentlichen Verwaltung gehört und damit quasi eine Behörde darstellt. Diese Betrachtungsweise mag sich auf die einschlägigen Landesgesetze stützen, geht aber an der gesellschaftlichen Realität von Studierendenschaften völlig vorbei, und das nicht erst seit Inkrafttreten des HRG im Jahre 1976. Als Teil der öffentlichen Verwaltung – und insoweit stringent argumentiert – kann sich die Studierendenschaft auch nicht auf Grundrechte wie etwa dem Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Leider haben einige Studierendenschaften versucht, diese Frage verfassungsrechtlich in ihrem Sinne klären zu lassen. Das ging nicht gut. Die entsprechenden Entscheidungen wurden natürlich und mit einer entsprechenden Auswirkung publiziert. Immerhin konnte der AStA FU einen Pyrrhus-Sieg erringen: Nachdem der Berliner Verfassungsgerichtshof am 27.01.1999 noch beschlossen hatte, dass die Studierendenschaften nicht grundrechtsfähig sind, relativierte er seine Entscheidung am 21.12.2000 dahin, dass den Studierendenschaften zumindest das Grundrecht im Verfahren vor dem Gericht zusteht. Es wird nunmehr auch – zumindest für Berlin – klargestellt, dass die Studierendenschaft als Teil der Universität das Grundrecht auf Wissenschafts- und Forschungsfreiheit für sich reklamieren kann, wenn die Studierendenschaft am Wissenschaftsprozess teilnimmt. Das ist häufig nicht der Fall; die Aufgaben der Studierendenschaft aus § 18 BerlHG unterliegen nicht diesem Grundrechtsschutz (vgl. NVwZ 2000, 549 und 2001, 426). Andererseits wird dem AStA so das Recht eröffnet, selbstverwaltete studentische Projektstudien zu fördern, da diese den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess voranbringen und darüber hinaus zu selbstverwaltetem und eigenständigem Lernen und Forschen anleiten.

Auf der anderen Seite bescheinigte immerhin das BVerwG dem AStA der Uni Münster, dass der AStA sich für ein Semesterticket für Studierende einsetzen und dieses Engagement mit sozialen und ökologischen Motiven begründen darf (Urteil vom 12.05.1999). Die Auffassung des Gerichts wird mit dem schönen Terminus „Brückenschlagstheorie“ bezeichnet. Damit ist gesagt, dass eine Studierendenschaft „allgemein-politisch“ argumentieren darf, wenn damit die hochschulbezogenen Belange der Mitglieder vertreten werden können. Nach über 30 Jahren ist dies allerdings die erste Entscheidung, die eine solche Verknüpfung zwischen „allgemein-politisch“ und „hochschulbezogen“ aufzeigt und für den konkreten Fall des Semestertickets zulässt. Die Semesterticket-Initiativen finden seither kein Ende.

XIV.

Mit dem 6. Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 08.08.2002, von der rot-grünen

Bundesregierung initiiert, wurden zum einen in § 27 HRG das Verbot von Studiengebühren aufgenommen und in § 41 HRG einige Neuerungen aufgenommen. Mit dem Satz „An den Hochschulen werden Studierendenschaften gebildet“ wurde den Ländern zwingend vorgegeben, eine Verfasste Studierendenschaft einzurichten. Den Studierendenschaften wurde die Aufgabe zuerkannt, „die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden zu ermöglichen“ sowie „die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen“. § 41 Abs. 1 S. 3 HRG bestimmte nunmehr, dass „zur Erfüllung ihrer Aufgaben [...] die Studierendenschaft insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen“ kann, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Studierendenschaft und ihre Organe können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen“. Bereits zuvor waren u. a. in NRW und Berlin die Hochschulgesetze geändert und die Vertretung der Belange der Studierenden in der Gesellschaft mit aufgenommen worden. Die Formulierungen wurden vielfach dahingehend verstanden, dass den Studierendenschaften ein „allgemein-politisches Mandat“ zuerkannt wurde. Allerdings führte die Bundesregierung im Rahmen eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) aus, dass mit den Neuregelungen allein das „hochschulpolitische Mandat“ der Verfassten Studierendenschaft präzisiert werden soll. Mit Beschluss des BVerfG vom 26.01.2005 wurden sowohl das Verbot der Studiengebühren als auch der gesamte novellierte § 41 HRG für verfassungswidrig erklärt. Interessant ist hier, dass das Gericht zur Begründung, warum der geänderte § 41 HRG verfassungswidrig sei, sich allein darauf stützte, dass die Bundesländer (konkret: Bayern, Ba-Wü, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt) gezwungen werden, Verfasste Studierendenschaften einzurichten. Dies könne der Bund den Ländern aber nicht vorschreiben. Da der Aufgabenkatalog der Studierendenschaften nicht von ihrem Bestehen abstrahiert werden könne, bräuchte über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des erweiterten Aufgabenkatalogs nicht befunden werden. Der Aufgabenkatalog sei damit vielmehr ebenfalls verfassungswidrig, da Verfasste Studierendenschaften auf Basis der Novellierung nicht konstituiert werden können. Richtig schlüssig erscheint diese Begründung nicht, sie ignoriert die bereits vorhandenen ASten.

XV.

Dass die Berechtigung der Intervention und Kritik nach wie vor wenig bestritten wird, solange ein gesellschaftlicher Konsens nicht überschritten wird (im Sinne des „nationalpolitischen Mandats“), lässt sich an der neueren Geschichte des AStAs der FU dokumentieren.

Im Jahre 2008 wird der AStA FU 50 Jahre alt. Nach seiner Abschaffung durch das Universitätsgesetz wurde er 10 Jahre später mit dem Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) wieder ins Leben gerufen. Vorausgegangen

waren scharfe studentische Kämpfe. Im Hochschulstreik 1976/77 waren z. B. sämtliche Hochschulen der Stadt [d. i.: Westberlin bzw. Berlin (West)] mit 50.000 Streikenden dicht. Die Wiederezulassung der studentischen Selbstverwaltung schien der sichere Weg zu sein, diese nicht institutionalisierten Ausbrüche studentischen Unmuts in geregelte und reglementierte Bahnen zu leiten.

Oppositionelle Politik in Berlin spielte sich in der Stadt und weitestgehend außerhalb der Universitäten ab – wenn auch die Zahl der studentischen AkteurInnen dieser städtischen Aktionen nicht zu übersehen ist: TUNIX-Kongress, taz-Gründung und Gründung der Alternativen Liste (AL), Hausbesetzungen, Mehringhof, TUWAT-Kongress, Reagan-Demo, Anti-IWF, Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, Nolympic 2000, Sozialforum, die Gründung zahlreicher kleiner linksradikaler Blätter: Extradienst, Lincke, FIZZ, 883, InfoBUG, Radikal, Prowo, Interim.

Diese Ansätze von nicht-instrumentalisierter Politik fanden eine Widerspiegelung an der FU und im AStA. Die AL gehörte zu den AStA-tragenden Gruppen, auch autonome Gruppierungen konnten sich in den 80er Jahren artikulieren. Eine andere Strömung im AStA vertrat hingegen die für die Mauerstadt typische Position, wenn auch als Kritik von links getarnt, die real existierende DDR und die Sowjetunion in Grund und Boden zu verdammen, Solidarnosc und Lech Wałęsa in Polen hoch leben zu lassen und den (damals von der Sowjetunion initiierten) Krieg in Afghanistan zu verdammen. So wurden dann auch die damaligen „Widerstandskämpfer“ unterstützt, Menschen, die heute vom „Widerstandskämpfer“ zum nicht unterstützenswerten „Terroristen“ mutiert sind. Damit befanden sich die AStA-Vertreter in einem weitgehend gesellschaftlichen Konsens. Eine Kritik kam allenfalls aus dem Lager der politischen Linken. Probleme mit der Wahrnehmung eines „allgemeinpolitischen Mandats“ waren hier Fehlanzeige.

Eine veränderte Politik des AStA FU führte Mitte der 1980er Jahre dazu, dass derartige Stellungnahmen unterblieben. Die DDR wurde als Realität akzeptiert. Eine Auseinandersetzung mit ihr erfolgte aber nicht, höchstens auf der eher abgehobenen Ebene, dass auch der reale Sozialismus nicht in der Lage sei, das Versprechen von Freiheit und Glück für seine Werktätigen einzuhalten (wenn er je ein solches Versprechen abgegeben haben sollte...).

Ein Schwergewicht wurde jetzt mehr auf die Hochschule, ihre Rolle in der Gesellschaft und die konkreten mafösen Strukturen an der FU und im Hochschul-Senat gelegt (s.: Informationsausschuss des UNiMUTs: „FU Berlin – ein pechschwarzes Gebilde“).

Kleine Initiativen des AStAs und der Erkenntnisgewinn aus selbst organisiertem Lernen in autonomen Seminaren waren mit ausschlaggebend dafür, dass pünktlich zur 40-Jahr-Feier im Dezember 1988 der geballte Unmut losbrach angesichts der Hochschulmiserie, der undemokratischen Verfasstheit der Universität und des selbstherrlichen und arroganten Auftretens der professoralen Macht inklusive der Uni-Leitung. Dieser Vorgang sollte als UNiMUT in die Geschichte eingehen. Da sämtliche Hochschulen in Westberlin von den damals über 100.000 Studierenden bestreikt

wurden, blieb das Aufstellen politischer Forderungen ohne Sanktion. Hier artikuliert sich nicht mehr die „Verfasste Studierendenschaft“, sondern die Studierenden in ihrer Gesamtheit auf der Basis von Plenums- und Vollversammlungsbeschlüssen, legitimiert durch spontan gebildete Besetzerräte, mit lediglich technischer Unterstützung der ASten. Der Protest des UNiMUTs war unberechenbar, nicht instrumentalisierbar, kostete den Senator seinen Stuhl, war aber längerfristig nicht aufrecht zu erhalten. Was aus dieser Zeit geblieben ist, waren lange Zeit die in studentischer Selbstverwaltung organisierten und von der Universität finanzierten Projektutorien, eine verstärkte Frauenforschung und einige Dinosaurier, wie das Projekt Archiv.

Als der AStA am 07.10.1989 dem Staatsrat der DDR eine Grußadresse zum 40. Gründungstag der DDR übersandte, damit die DDR anerkannte und eine 40-jährige antikommunistische Tradition durchbrach, war – ausgehend von den Protesten der normalen, Bildzeitungs-lesenden Berliner BürgerInnen – die Resonanz der Studierenden eine eher unfreundliche. Die Geschichte führte die dem AStA angedrohten Maßnahmen („ab nach drüben“) ad absurdum. Die Grußadresse war nichts mehr wert, als die Mehrheit der DDR-BürgerInnen das Ende ihres Staates beschloss. Bemerkenswert ist jedoch, dass über den Sinn und die Diktion dieser Grußadresse eine politische Debatte geführt wurde und niemand daran dachte, eine Klage gegen den AStA anzustrengen. Damit einher ging – durch eine eher minoritäre Strömung initiiert – das Engagement des AStAs in der Nie-wieder-Deutschland-Kampagne – ein antinationaler Politikansatz, der im Rausch des Zusammenschlusses der BRD mit der beigetretenen DDR entstand.

Aus den Folgejahren sind Stellungnahmen des AStAs gegen den Golfkrieg 1991 und den NATO-Krieg in Jugoslawien, gegen Geschichtsrevisionismus und Rassismus in der BRD hervorzuheben. Der AStA FU intervenierte als einer der ersten gegen den Mob, der in Hoyerswerda, Mannheim und Rostock Flüchtlingsheime attackierte und in Brand setzte. Diese Kritik, die in klassischer Weise übereinstimmte mit der 1962 verabschiedeten VDS-Charta, „gegen alle Arten der Unterdrückung [...] zu protestieren und ihnen entgegenzuwirken“, deckte sich jedoch nur teilweise mit dem gesellschaftlichen Konsens, wie er in Lichterketten seinen Ausdruck fand. Denn der AStA untersuchte die Ursachen der Ausländerfeindlichkeit und konnte daher nicht umhinkommen, die Brandstifter in den Parlamenten und Verwaltungen zu benennen. So erfolgte die faktische Abschaffung des Asylrechts aus dem Grundgesetz, wie sie in den 80er Jahren von den „Republikanern“ gefordert wurde, durch eine große Koalition aus CDU/CSU/SPD in dem Glauben, die Ausländerfeindlichkeit beseitigen zu können, indem die AusländerInnen beseitigt und ausgewiesen werden. Diese sehr dezidierte Wahrnehmung eines „allgemeinpolitischen Mandats“ durch den AStA wurde nicht mit Klagen belegt – zu groß wäre die Gefahr gewesen, dass Kläger mit dem brandschatzenden Mob identifiziert worden wären.

Sein antirassistisches und antifaschistisches Engagement wurde dem AStA erst ab dem Jahre 1997 vor-

gehalten. Oponierende Studierende klagten auf Unterlassung von Äußerungen, die im AStA-Zentralorgan „Neues Dahlem“ zu finden waren, nämlich zur Liquidierung des Rechts auf Asyl, die Forderung nach Abschaffung des Ausländergesetzes sowie Stellungnahmen des AStAs und des Stupas zu Kriegen. Antirassistische Initiativen sollten nicht mehr unterstützt werden. Ferner wurde die Mitgliedschaft bzw. das Bezahlen von Mitgliedsbeiträgen an den studentischen Dachverband „fzs“ untersagt, da dieser allgemeinpolitische Erklärungen abgeben darf. Der AStA sollte mehrere Ordnungsgelder bezahlen, wogegen er allerdings vorgeht.

XVI.

Einige Thesen als Fazit:

1. Seit ihrem Bestehen haben sich die Vertreter der Verfassten Studierendenschaften politisch engagiert. Seit der Existenz linker ASten wird deren nicht-konformes Engagement unter Zuhilfenahme der Verwaltungs- und Strafgerichte verfolgt. Nur wer das sagt, was alle sagen, kann sich gefahrlos zu jedem politischen Thema äußern.
2. Das „politische Mandat“ als Begriff ist eine Erfindung der Gegner des Mandats. Mit dem Begriff wurde eine Bekämpfung unliebsamer Meinungsäußerungen bezweckt. Systemkonforme politische Äußerungen wurden nie belangt. Gesetzlich ist das Verbot des „politischen Mandats“ im § 41 HRG sanktioniert. Das „politische Mandat“ ist ein verbotenes Mandat. Es kennzeichnet das Auseinanderfallen von Legitimität und Legalität.
3. Die Forderung der Studierendenschaften, das „politische Mandat“ als Recht zuerkannt zu erhalten, ist die Forderung, etwas Verbotenes den ASten und StuRäten zu gestatten. Die Forderung, ein „politisches Mandat“ staatlich sanktioniert zu erhalten, ist die Reklamation des Rechts auf Kritik, Kritik am Staat, Kritik an der Gesellschaft. In ähnlicher Weise kann ein „Recht auf Revolution“ eingefordert werden. Als taktisches Mittel, zur Entlarvung, dass es tatsächlich um die Unterdrückung von Kritik geht, mag es angehen, die Forderung auf ein „Recht“ zu erheben. Es dürfte sehr interessant sein, wie Vertreter der politischen Klasse nach Beendigung des Marsches durch die Institutionen heute auf Forderungen reagieren, die sie selbst vor 25, 30 Jahren erhoben haben.
4. Die herrschende Argumentationslinie hat sich dahingehend verfestigt, Studierendenschaften als Anhängsel des Staates in Gestalt einer Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts zu sehen. Die Schlussfolgerungen laufen dann zwangsläufig in die Richtung herrschender justitieller Bearbeitung. Eine Kritik dieser Konstruktion steht aus und wird für die juristische Auseinandersetzung auch wenig bewegen. „Selbstverwaltung“ in der BRD ist eine Spielwiese, die den „Spielern“ einen eigenen, eng umgrenzten Bereich zuweist, in dem sie sich austoben dürfen, ohne Schaden anzurichten. Dies betrifft nicht nur die Studierendenschaften, dies betrifft auch Gemeindevertretungen, die sich bestimmte Reglementierungen des Staates nicht aufdrücken lassen wollen. Die Spielwiese „Selbstverwaltung“ beinhaltet folglich schon die Einschränkung.
5. Juristisch ist der Kampf für Meinungsfreiheit der

ASten und StuRäte im Sinne ihrer WählerInnen nicht zu gewinnen, und auf keinem Fall mit der institutionalisierten Selbstverwaltung. Die Argumente sind vollständig bis Mitte der 70er Jahre ausgetauscht worden. Die Gerichte werden sich auf eine gefestigte, obergerichtlich abgesicherte Rechtsprechung zurückziehen. Die Kenntnis der gesamten Geschichte ist für die weitere politische Auseinandersetzung unentbehrlich.

6. Die Zulassung der Verfassten Studierendenschaften nach dem 2. Weltkrieg war dadurch motiviert, den Studierenden ein Feld zu eröffnen, auf dem demokratische Spielregeln eingeübt werden konnten. Dass dies auch funktioniert hat, zeigen die Karrieren von – wenn auch manchmal nur extrem kurzzeitigen – AStA-Vertretern, die es zum Minister, Staatssekretär, Landrat oder (Regierenden) Bürgermeister brachten. Nach Jahren des Nonkonformismus wird heute immer mehr die Einübung konformen Verhaltens eingefordert und eingeübt. Strukturen und Institutionen werden entsprechend zusammengestutzt. Dies betrifft nicht nur die Verfasste Studierendenschaft, sondern sämtliche Studierenden: Mit der Einführung neuer Studienabschlüsse wird autonomes, selbst organisiertes Lernen zurückgedrängt. Die Aneignung kritischen Denkens ist nicht erwünscht. Ein verschultes Studium mit eng umgrenzten Lehrplänen zielt auf das Einpaucken von Lehrinhalten ab und nicht darauf, dass sich Studierende an der Universität zu selbständig handelnden Subjekten entwickeln (wiewohl doch sicherlich „am Markt“ auch ein Interesse an eigenständigen denkenden und handelnden fachlich qualifizierten Personen bestehen dürfte...).

7. Es gibt 1000 gute Gründe, dass die Studierendenschaften angesichts ihrer Erkenntnismöglichkeiten politisch intervenieren. Wenn nicht sie: Wer dann? Seit Bestehen der BRD haben ASten zu politischen Themen Stellung bezogen. Die AStA- und StuRat-Aktiven müssen allerdings berücksichtigen, dass „allgemeinpolitische“ Äußerungen als Studierendenschaft – und nur so haben sie eine gewisse Effizienz – unter Umständen einen hohen Preis haben: Verbot, Ordnungsgeld, individuelles Strafverfahren. Ob und wie sich Studierendenschaften politisch betätigen, entscheidet sich am konkreten Fall und ist unter diesen Umständen eine Frage der politischen Effizienz.

Ausgesuchte Literatur:

a) zur Geschichte

Schlicht, Uwe, 1980: Vom Burschenschaftler bis zum Sponti. Studentische Opposition gestern und heute. Berlin.

Schäfer, Gerhard, 1977: Studentische Korporationen. Anachronismus an bundesdeutschen Universitäten? Lollar/Lahn.

Friedeburg, Ludwig v. et al., 1968: Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland. Neuwied/Berlin.

Damerow, Peter et al., 1968: Politik in der Freien Universität, in: Kursbuch Nr. 12 „Der nicht erklärte Notstand“, S. 12 ff.

Lönnendonker, Siegwald; Fichter, Tilman (Hg.), 1983: Freie Universität Berlin 1948 – 1973, Dokumentensammlung, Band I – V. Berlin. Schapals, Werner, 1962: Wesen und Rechtsnatur der Studentenschaft, Diss.

Thieme, Werner, 1986: Deutsches Hochschulrecht (mehrere Aufl., zul. 1986). Köln, Berlin.

Krüger, Hartmut, in: Flämig, Christian et al. (Hg.), 1982: Handbuch des Wissenschaftsrechts. Berlin.

Faure, Günther, 1971: Entwicklung und Funktion des politischen Bewußtseins der Studentenschaft in Marburg, Magisterarb., Marburg. Geronimo, 1990: Feuer und Flamme, Amsterdam/Berlin (Edition ID-Archiv im IISG).

Breitbach, Michael, 1983: Referat zum vds-Kongress, in Auszügen wiedergegeben in: GBAL im AStA Wahlplattform III, Marburg.

div. AStA-Infos des Marburger AStAs, 1981 – 1983.

div. Ausgaben marburger blätter, Marburg, 1951 – 1968.

AStA FU (Hg.), 1988: Titanic in voller Fahrt – 40 Jahre FU. Berlin.

Informationsausschuss des UNiMUTs, 1989: FU Berlin – Ein pechschwarzes Gebilde. G*schichten über Ursachen und Hintergründe des UNiMUTs von den StudentInnen der B*reiten Universität Berlin.

Bultmann, Thorsten, 1993: Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Die Hochschulpolitik am Wendepunkt. Marburg.

Schubbe, Yvo; AStA FU, 1998: Zur Geschichte des politischen Mandats. Berlin.

Keller, Andreas, 2000: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Marburg.

Soukup, Uwe, 2007: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967. Berlin.

b) Der Kampf um das PM, Gutachterstreit

Mutius, Albert v., 1972: Zum „politischen Mandat“ der Studentenschaften, VerwArch Bd. 63, 453.

Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 1968: Heft 8/9, S. 1, Darstellung der verschiedenen Positionen.

Leibfried, Stephan: Wissenschaftsprozeß und politische Öffentlichkeit, in: Kritische Justiz (KJ) 1968, S. 29 ff.

Preuß, Ulrich K., 1969: Das politische Mandat der Studentenschaft. Mit Gutachten von Robert Havemann, Werner Hofmann und Jürgen Habermas/Albrecht Wellmer. Frankfurt/M.

Ridder, Helmut; Ladeur, Karl-Heinz, 1973: Das sogenannte Politische Mandat von Universität und Studentenschaft. Ein Rechtsgutachten. Köln.

Rupp, Heinrich: Die Stellung der Studenten in der Universität, 1. Bericht, VVdStL 1969, 113.

Geck, Wilhelm Karl: Die Stellung der Studenten in der Universität, 2. Mitbericht, VVdStL 1969, 143.

Müller, Wilfried, 1979: Vergesellschaftung oder Autonomie? In:

Universität Bremen, Das Politische Mandat der verfaßten Studentenschaft (Pressestelle Universität Bremen).

Denninger, Erhard: Das Politische Mandat der Studentenschaft, Kritische Justiz (KJ) 1994, 1.

Denninger, Erhard, 1996: Zum hochschulpolitischen Mandat der Verfaßten Studentenschaft.

www.HoPo-WWW.de, 1998: Neues aus der Zwangskörperschaft. Internet-Seite.

Markard, Morus, 1998: Politisches Mandat als intellektuelle Verpflichtung. Beitrag zur Veranstaltung des AStA der FU Berlin zum Politischen Mandat am 10.11.1998.

Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (PM-Bündnis), 2000: Politik- und Meinungsfreiheit für die Studierendenschaften. Argumente für die Absicherung der Verfassten Studierendenschaften im Hochschulrahmengesetz. Gießen.

ReferentInnenRat (RefRat) der Humboldt Universität Berlin: Politisches Mandat? Dokumente zum politischen Mandat der Studierendenschaft; Internet-Seite.

c) Verwaltungsrechtsstreite und Kriminalisierung

Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 1968: Heft 8/9, ab S. 50.

„Demokratie und Recht“ (DuR) der Jahrgänge 1975 – 1982.

BVerwGE Band 34, 69, und Bd. 59, 231.

Zechlin, Lothar: Die Rechtsprechung zum pM, DuR 1978, 281.

div. Kommentare zum HRG (alle pM-ablehnend).

div. Ausgaben der Zeitung Arbeiterkampf des Jahres 1977.

div. Ausgaben der NVwZ und NVwZ-RR ab 2000.

Breitbach, Michael: Die Studentenschaft im Strudel der Kriminalisierung, DuR 1982, 243.

Projektstudien an der FU – Über Chancen und Tücken studentischer Lehre

Joshua Schultheis (2018)

¹ Bei der Rekonstruktion der Geschichte der studentischen Tutorien in Berlin stütze ich mich auf den Text „Tutorien, Projektstudien, Projektwerkstätten. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven eines Berliner Reformmodells“ von Manfred Suchan, der vor genau 10 Jahren anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 60sten Geburtstag der FU erschienen ist. Suchan, Manfred, 2008, Tutorien, Projektstudien, Projektwerkstätten. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven eines Berliner Reformmodells; in: Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin, Hrsg. Fu60: Gedenkveranstaltungen: 60 Jahre Freie Universität ; 40 Jahre kritische Uni ; 20 Jahre b*reite Uni. Asta-Magazin. Berlin: AStA FU, S.108-113.

² vgl.: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Hrsg. Hochschuldenkschrift. 2. Aufl. Frankfurt M: V. Neue Kritik, 1972.

Die Beteiligung Studierender an der universitären Lehre hat an der FU eine lange Geschichte.¹ Bei der Neugründung der ‚Freien Universität‘ wollte man nach der Erfahrung der Willfährigkeit der deutschen Universität gegenüber dem Nationalsozialismus und den technisch-wissenschaftlichen Ansprüchen seiner Vernichtungsindustrie Einiges anders machen. Die in West-Berlin nach der Blaupause des sogenannten ‚Berliner Modells‘ gegründeten Hochschulen – neben der FU auch die Technische Universität – sollten nicht mehr einfach nur dem abstrakten und damit politisch missbrauchbaren Ziel der Wahrheitssuche² verpflichtet sein, sondern auch Demokratie und Humanität fördern. Teil davon waren die, nach dem Vorbild US-amerikanischer Universitäten an der FU zum Wintersemester 1952/53 eingeführten, studentischen Tutorien. Zum einen sollte diese Maßnahme, gegenüber der autoritär und hierarchisch organisierten Universität der Vorkriegszeit, egalitäre und demokratische Impulse setzen. Zum anderen sollte sie aber auch dem chronischen Lehrerkraftmangel an der neuen, bei Wissenschaftler*innen anfangs unbeliebten, Universität Abhilfe schaffen. Im Verlauf der 50er und 60er Jahre entwickelte sich eine vielfältige Tutorienkultur an der FU. Neben Tutorien, die Erstsemester in den Studienalltag einführen sollten, gab es auch solche, die reguläre Lehrveranstaltungen begleiteten und andere, die ein eigenständiges, inhaltlich selbstbestimmtes Lehrangebot darstellten. Von Anfang an zeigte sich jedoch der ambivalente Charakter der Betrauung Studierender mit Lehraufgaben: Sie bietet Studierenden

die Chance, eigene Themen - etwa solche, die von den Professor*innen vernachlässigt werden - zu behandeln und anderen Studierenden gleichsam auf Augenhöhe zu vermitteln. Sie ist aber auch ein günstiger Lückenfüller unzureichender Lehre und birgt die Gefahr den studentischen Unmut über unkritische Inhalte doch wieder auf sanfte Art und Weise in die Universität zu integrieren.³

Im Laufe der 60er Jahre, insbesondere durch den rapiden Anstieg der Studierendenzahlen, wurde das Tutorienmodell auch von anderen Universitäten in Westdeutschland übernommen und mit dem Hochschulgesetz von 1969 auch erstmals rechtlich verankert. Damals sah der Wissenschaftsrat, wichtigstes Beratungsgremium der Bundesregierung in Fragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik, als Ziel der Tutorien „selbstständiges, kritisches Denken durch wissenschaftliches Arbeiten“ zu fördern. Ein emanzipatorischer Anspruch, der aber sehr schnell in den Hintergrund treten sollte. Seit 1974 sind die Tutorien direkt den Professor*innen und nicht mehr dem Fachbereich unterstellt, ist die Lehrtätigkeit der Tutor*innen auf vier Semesterwochenstunden beschränkt und deren Arbeit stark reglementiert. Eine unabhängige Bearbeitung frei gewählter wissenschaftlicher Themen wurde durch diese neuen Abhängigkeiten erschwert. Die Idee, durch studentische Tutorien die Möglichkeit zu haben, früh im Studium selbstbestimmt zu forschen, trat hinter das Ziel, auch mit Hilfe studentisch Beschäftigter die neuen Herausforderungen der ‚Mas-

senuniversität‘ zu bewältigen, zurück.

Einen Neuanfang erlebte die studentische Lehre zunächst an der TU. Dort wurden zum Wintersemester 1984/85 die „Projektwerkstätten für sozial- und umweltverträgliches Denken und Handeln“ eingerichtet. Dies geschah vor allem auf Initiative des dortigen AStA im Verbund mit reformwilligen Hochschullehrer*innen und war zum einen eine Reaktion auf ein beschränktes Curriculum, das soziale und ökologische Themen unbehandelt ließ, zum anderen aber auch auf hohe Abbrecherquoten und lange Studienzeiten. Während Studierenden nun zwar wieder die Chance hatten, eigene, möglicherweise kritische Forschung und Lehre zu betreiben, sollten sie damit auch gleichzeitig unzufriedene Kommiliton*innen bei Laune halten und das, was in der regulären Lehre versäumt wurde – Praxisbezug, Förderung von Eigeninitiative, Interdisziplinarität – kostengünstig liefern. Erneut zeigt sich hier, dass der Einbezug von Studierenden in die Lehre nicht nur ein emanzipatorisches Moment hat, sondern auch zur Aufrechterhaltung eines ansonsten ganz und gar nicht zufriedenstellenden Status quo beiträgt.

1988 entstanden an der FU im Rahmen der ‚UNIMUT‘-Bewegung und der Ausrufung der ‚Befreite Uni‘, einer Art Gegenuniversität, zahlreiche autonome Seminare⁴. Für diese verlangte man in der Folge eine finanzielle und institutionelle Absicherung. Die Gelder wurden gewährt und so wurde an der FU ein Projektstudienprogramm nach dem Vorbild der TU implementiert, welches zum Wintersemester 1989/90 mit 68 Tutorien startete. Für einige Jahre konnten Studierende nun an der FU in großem Umfang selbstorganisierte Seminare anbieten. Dies geschah mit großem Erfolg: aus den Projektstudien entstanden zahlreiche Initiativen, Projekte und Vereine - und schließlich diente das Programm auch der HU als Vorlage für die Einführung eigener Projektstudien. Von Anfang an waren die Projektstudien jedoch von Kürzungen betroffen, sodass Anfang der 2000er Jahre nur noch 10 Tutorien übrig blieben. Schließlich wurde das PT-Programm an der FU nach Beschluss des Akademischen Senats vom 8. Mai 2002 endgültig eingestellt. Sowohl an der TU als auch an der HU blieben ähnliche Programme bis heute bestehen.

Was waren die Gründe für diese Entscheidung? Fürchtete man die Projektstudien als potentiell subversiv oder glaubte man tatsächlich, dass man an dieser Stelle schlicht am einfachsten Geld einsparen konnte? Wie dem auch sei, die Entscheidung, die Projektstudien an der FU abzuschaffen, wirkt aus heutiger Sicht etwas unzeitgemäß. Inzwischen hat nämlich die Idee der stärkeren Einbindung Studierender in Forschung und Lehre neuen Aufwind bekommen. Allerdings kommt dieses Mal die Initiative nicht von studentischer Seite, sondern direkt aus der Bildungspolitik von Bund und Ländern. Mit dem neuen Jahrtausend und der sogenannten ‚Bologna-Reform‘ haben sich die Anforderungen an die Hochschulen massiv verändert und potenziert. Gefragt ist dabei aber nicht mehr so sehr „kritisches Denken“ und Erziehung zur Demokratie, sondern Praxisbezug, Berufsvorbereitung und Eigen-

initiative. Gleichzeitig stehen die Universitäten unter stetig wachsendem finanziellen Druck und sind, seit der Durchsetzung des neuen Leitmodells der ‚unternehmerischen Hochschule‘, dazu angehalten selbstständig und ‚kreativ‘ mit diesem Mangel umzugehen. In dieser Situation entdeckten TU und HU im Jahre 2012 die Tugenden studentischer Projektstudien neu für sich und ergänzten die bereits bestehenden Programme. Neben den Projektstudien, gibt es an der HU seit dem auch die ‚Q-Tutorien‘, verwaltet vom ‚bologna.lab‘ und die TU führte zusätzlich zu den Projektwerkstätten die ‚tu projects‘ ein. Diese Programme, gleichsam von oben verordnet, unterscheiden sich der Form nach nur geringfügig von den noch aus den 80er Jahren stammenden und auf studentische Initiativen zurückgehenden Formaten, standen diese doch schon immer auch für das, was heute in besonderem Maße von universitärer Lehre erwartet wird.

Die Ambivalenz studentischer Seminare und Tutorien an der Universität hat sich heute zugespitzt: Sie erfüllen mehr denn je all diejenigen Aufgaben in der Lehre, auf die Professor*innen keine Lust haben und für die sie auch viel zu teuer sind - Projektarbeit, Output-Orientierung, Gruppenarbeit, etc.. Außerdem bilden die Auswahlverfahren für Projektstudien, -Werkstätten und Q-Tutorien ein weiteres Mittel, um den Geist von Konkurrenz und Selbst-Unternehmertum in die Köpfe der Studierenden zu pflanzen. Lernt man durch Modularisierung und ECTS-Punkte bereits das eigene Studium wie einen kleinen Betrieb zu managen, übt man durch die Beantragung von Geldern für das eigene Projekt schon einmal, dass man an der Uni auf sich allein gestellt ist, lernt man mit Absagen und Frustration umzugehen und vor allem erhält man eine erste Lektion im Schreiben von Antragsprosa, die sich vor allem durch redundantes Geschwafel auszeichnet. Auf der anderen Seite bleiben Projektstudien auch eine Chance. Aus einer anderen Perspektive hat man durch sie nämlich die Möglichkeit, wirklich wichtige, vernachlässigte Themen in die Uni zu tragen - und das auch noch staatlich alimentiert und mit Leistungspunkten anrechenbar. Die Floskeln vom „Forschenden Lernen“ und vom „selbstbestimmten forschungsorientierten Studieren“⁵ sind eben nicht nur Floskeln, sondern können tatsächlich Merkmal einer erfüllenden Lehrveranstaltung sein. Die Erfahrung zeigt denn auch, dass studentische Tutorien tatsächlich meistens die besseren Seminare sind.

Was bedeutet das nun für die Situation an der FU? Sollte man sich von studentischer Seite für die Wiedereinführung von Projektstudien einsetzen? Eigentlich würde es gar nicht verwundern, wenn die Verantwortlichen der FU von ganz allein darauf kommen, dass eine Universität ihres Formats ihren Studierenden unbedingt diesen Service anbieten muss. Dass ausgerechnet die „unternehmerischste Hochschule in Deutschland“⁶ kein Programm hat, das ihren Kund*innen ermöglicht sich früh im Konkurrieren um Finanzmittel zu üben, „erste Lehrerfahrungen zu sammeln“⁷ und ein Projekt zu initiieren, das „ökologisch und/oder sozial nützlich und interdisziplinär ausgerichtet“⁸ ist, ist schon fast ein Skandal. Und sollten FU-Studierende

³ Mehr zu dem ambivalenten Charakter von Tutorien siehe den Text „Bis hierher und nicht weiter – kleine Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte“ (2018) von Max Köhler auf S. 122 in diesem Heft.

⁴ Vgl. Dazu den Text „besetzt : die befreite universität berlin im streik“, (1989) von Thomas Schwarz auf S. 74 in diesem Heft.

⁵ Begriffe, die das bologna.lab benutzt, um die Q-Tutorien zu beschreiben. bologna.lab. „Q-Tutorien — bologna.lab - Neue Lehre. Neues Lernen“. (o.J.). <https://bologna-lab.hu-berlin.de/de/projekte-des-bologna-labs/q-programm/q-tutorien/> (abgerufen am 17.06.18).

⁶ Freie Universität Berlin. „Freie Universität ist unternehmerischste Hochschule Deutschlands“, 22. November 2006. https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2006/fup_06_261/index.html (abgerufen am 17.06.18).

⁷ bologna.lab. „Q-Tutorien — bologna.lab - Neue Lehre. Neues Lernen“. (o.J.). <https://bologna-lab.hu-berlin.de/de/projekte-des-bologna-labs/q-programm/q-tutorien/> (abgerufen am 17.06.18).

⁸ Technische Universität Berlin. „TU Berlin: Projektwerkstätten und tu projects“. (o.J.). https://www.projektwerkstaetten.tu-berlin.de/menue/projektwerkstaetten_und_tu_projects/ (abgerufen am 17.06.18).

diesen Umstand tatsächlich skandalisieren, hätten sie ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel gegen das Präsidium: HU und TU haben etwas, das die ‚exzellente‘ FU nicht hat. Das würde sicherlich ins Schwarze treffen. Eine Initiative seitens der Studierenden für die Einführung eines PT-Programms könnte für ihre Argumentation die ganze Klaviatur der Bologna-Sprache benutzen – Selbstverantwortlichkeit, Employability, Entrepreneurship - , die FU also gleichsam mit ihren eigenen Waffen schlagen, um an ihr Ziel zu gelangen. Dies wäre sicherlich erfolgreicher, als solche Begriffe wie ‚kritisch‘ oder ‚emanzipatorisch‘ zu bemühen, die aus der Uni längst verbannt wurden und die für eine Hochschulleitung, die nur in Quantitäten und Kennziffern denken kann, gar nicht verständlich wären. Das, was man realistischer Weise an der FU bekommen könnte, wäre ohnehin ein Programm nach Vorbild bestehender Formate in Berlin und damit geprägt von den selben Ambivalenzen, die diesen eben inhärent sind.

Wichtiger, als die Frage, wie genau man für Projektstudien argumentiert, wären daher zwei Dinge. Erstens, dass die Initiative dafür tatsächlich von Studierenden ausgeht, die Details des Formats daher nicht einfach vom Präsidium diktiert werden können, sodass am Ende gar etwas herauskäme, was noch schlechter als bestehende Programme wäre. Zweitens, dass man parallel eine Strategie dafür entwickelt, wie dann die eventuell wieder eingeführten Projektstudien auch tatsächlich ihr kritisches Potential entfalten können. Das könnte etwa bedeuteten für die Tutor*innen solidarische Strukturen aufzubauen, die dem Konkurrenzprinzip etwas entgegensetzen und die Studierende, die nicht die typischen Karrierist*innen sind, ermutigen und befähigen sich auf die Tutorien zu bewerben. Studentische Lehre ist eben nicht per se emanzipatorisch, sondern kann sich im Gegenteil ganz nahtlos in eine unemanzipatorische Universität einfügen. Damit dies nicht geschieht, bedarf es der ständigen Anstrengung und des Engagements kritischer Studierender. Das muss im Hinterkopf behalten werden, wenn es darum geht die Projektstudien zurück an die FU zu holen!

Im Text tauchen mehrere Abkürzungen von Organisationen, Gruppen oder Parteien auf, hier eine kurze Übersicht mit einer groben ideologischen Einordnung.

APO – außerparlamentarische Opposition; SEW – Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SED-verbunden), ADS – Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten, (SEW verbunden) KBW – Kommunistischer Bund Westberlin (maoistisch), KPD (maoistisch), KPD/ML (maoistisch), GIM – Gruppe internationaler Marxisten (trozkistisch), Rote Zelle(n) (antiautoritär bis maoistisch)

Anmerkung der Redaktion:

Der vorliegende Text ist aus der Arbeitsgruppe Berufsverbote der GEW-Berlin heraus entstanden Die erst 2018 entstandene AG setzt sich für eine Aufarbeitung von Berufsverboten und den Folgen des sogenannten Radikalerlass, sowie eine Entschädigung und Würdigung der Betroffenen ein. Der Text soll einen ersten Anstoß zur Aufarbeitung des Themas in Berlin geben und im Wintersemester 2018/19 durch eine Ausstellung an der FU ergänzt werden.



Wie an der FU die Vertreibung kritischer Köpfe versucht wurde

Berufsverbote an der FU nach dem „Radikalenerlass“ von 1972

Lore Nareyek (Für die AG Berufsverbote der GEW-Berlin, 2018)

Die 60-er bis 80-er Jahre waren in Deutschland Jahrzehnte des Protestes und neuer sozialen Bewegungen, aber auch der politischen Repression und des konservativen Gegenschlags im Namen einer angeblich „wehrhaften Demokratie“. Die weitreichendsten Maßnahmen, die bis heute unzureichend aufgearbeitet sind, waren der sogenannte „Radikalenerlass“ und die Berufsverbote. Eine Darstellung der konkreten Situation an der FU soll hier anhand von Beispielen versucht werden.

Von 1967 – 86 wurden in der BRD „etwa 3,5 Millionen Personen politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25 000 und 35 000 „verdächtige“ Bewerber*innen. Mehr als 10 000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwas 2 250 Bewerber*innen nicht eingestellt und 256 Beamt*innen entlassen. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen.“¹ Von 1970 – Mai 78 gab es in Berlin-West 67 986 politische Überprüfungen bei Einstellungen in den Öffentlichen Dienst, 2090 „Erkenntnisfälle“ und 196 Ablehnungen/Entlassungen.² Hinter diesen trockenen Zahlen verbergen sich viele Einzelschicksale.

Die Praxis an der FU

Es war in den 1970-ern üblich, dass man bei einer Bewerbung für eine Stelle an der FU – auch wenn der betreffende Fachbereich seine Unterstützung der Einstellung kund getan hatte, – einen Brief folgenden Musters vom Chef der FU-Verwaltung, Herrn Tägert, erhielt. Wir zitieren aus einem Schreiben vom 10.2.1978:

„Betr.: Ihre Bewerbung um die Stelle eines Wissenschaftlichen Assistenten am Fachbereich Chemie Sehr geehrter Herr N., wie ich Ihnen telefonisch bereits mitgeteilt habe, hat die Personalkommission des Kuratoriums der Freien Universität Berlin am 21.12.77 beschlossen, Sie nicht als Wissenschaftlichen Assistenten am Fachbereich Chemie einzustellen. Maßgebend für die Entscheidung der Personalkommission war eine Stellungnahme der Landeskommission bei dem Senator für Inneres, welche zur Überzeugung gekommen war, dass Zweifel an Ihrer Verfassungstreue bestehen. (...)

1. Sie sind aktives Mitglied der SEW. (...)
2. Im Jahre 1970 sind Sie in Führungssämtern der SEW-Hochschulgruppe tätig gewesen.
3. Weiterhin drückt sich ihr Bekenntnis zur Zielsetzung der SEW dadurch aus, dass Sie als Mitglied der ADS/Chem an der FU-Berlin zwischen 1971 und 1976 mehrfach für den Fachbereichsrat unter verschiedenen Kennworten (...) kandidierten und auch gewählt wurden. (...) Sie sind von der Geschäftsstelle der Landeskommission zu diesen Tatsachen angehört worden. Sie haben dabei nicht zu erkennen gegeben, dass Sie die Mitgliedschaft bzw. die Aktivitäten für die SEW oder die ADS/Chem beenden wolle. Sie haben sich auch nicht von den verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der SEW distanziert sondern im Gegenteil darauf hingewiesen, dass Sie die Mitgliedschaft in der SEW mit den Pflichten eines öffentlich Bediensteten für vereinbar halten.“(...)

Der betreffende Student hatte jahrelang im Akademi-

¹ Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote. „Vergessene“ Geschichte: Berufsverbote Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland, S.16. Hannover, 2016.

² Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU (Hg.). Gesinnungsüberprüft! Gespräche mit Betroffenen, S.252. Berlin West, 1978.

⁵ Ein schwammiger Begriff, der kein Bestandteil des Grundgesetzes ist, sondern als Kampfbegriff gegen linke Vorstellungen einer anderen Gesellschaft dient und dient. Mehr zu den Legitimierungen für den Kampf gegen links, die auch an der FU erarbeitet wurden und werden siehe den Text „Der Kampf gegen links in wissenschaftlichem Gewand“ (2018) von Maximilian Fuhrmann auf Seite XX in diesem Heft.

⁶ Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote. „Vergessene“ Geschichte: Berufsverbote Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland, S.12. Hannover, 2016.

schen Senat mitgearbeitet hat, Tutorien und andere Lehrveranstaltungen ohne Beanstandung durchgeführt und sein Diplom mit „sehr gut“ abgeschlossen. Nach dieser Ablehnung bestand der Fachbereich Chemie weiterhin auf einer Einstellung, vergeblich.

Die Bewerberin Nora R. schildert ihren Fall folgenderweise:

„Ich habe mein Diplom in Erziehungswissenschaften gemacht und mich auf eine Assistentenstelle für Erkenntnistheorie am Psychologischen Institut beworben. Dabei wurde mir vorgeworfen, dass ich Mitglied der ADSen war und Gründungsmitglied der Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba e.V. sowie dass ich zwei Jahre dort im Vorstand gearbeitet habe.“³

Sie muss zu einer Anhörung beim FU-Verwaltungschef Tägert, bei der sie die Vorwürfe der fehlenden Verfassungstreue zurückweist. Nach ca. 6 Wochen kommt ein Brief vom Wissenschaftssenator mit 3 Fragen:

„ 1. ob ich Mitglied der ADSen oder SEW sei; 2. ob ich irgendwelche Funktionen ausgeübt hätte in diesen Organisationen und 3. die ganz besonders perfide Frage, ob ich bereit sei, die Auffassung des Senators als verbindlich anzuerkennen, dass die ADS und die SEW verfassungsfeindliche Organisationen seien und ob ich ferner bereit sei, mein künftiges dienstliches und außer dienstliches Verhalten nach dieser Auffassung ‚auszurichten‘.“⁴

Die Reihe wäre beliebig fortzusetzen.

Es drohte aber nicht nur Bewerbern für die FU oder andere Hochschulen die Ablehnung aus politischen Gründen, sondern besonders bei dem Übergang in den Schuldienst wurde aussortiert. So musste man sich nach dem Staatsexamen beim Senator für Schulwesen für das Referendariat bewerben. Ab 1973 mussten viele erst für die Einstellung prozessieren, anschließend kam es zu Verhören. Die Vorwürfe: KBW, KPD, SEW - oder andere Mitgliedschaften oder Kandidaturen für universitäre Gremien. Der Senator für Schulwesen Ristock (SPD) erklärte, die Einstellung bezöge sich nur auf das Referendariat, da dies Teil der Ausbildung wäre. Er garantierte, dass die Betroffenen nach dem Referendariat aber keine Einstellung an einer Schule bekämen. In den Verhören wurden weder Personalvertreter noch Rechtsanwälte zugelassen, Protokolle abgelehnt, Einsicht in die Akten verweigert, am Schluss Stillschweigen verlangt.

Auf welcher Grundlage wurde nun dieser immense Apparat an Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbotspraxis in Bewegung gesetzt?

Der Radikalenerlass:

Nachdem sich der Protest der Studentenschaft 1967 gegen den Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, den Abtreibungsparagrafen § 218 und Alt-Nazis in Politik und Verwaltung, immer stärker politisierte, man sich in Arbeitsgruppen über die gesellschaftliche Ver-

antwortung von Wissenschaftlern u.a. auch mit marxistischer Literatur beschäftigte, reagierte das Establishment. Hatte sich Willi Brandt noch die Parole „Demokratie wagen“ aufs Panier geschrieben und mit den Ostverträgen neue Wege beschritten, so wurden innenpolitisch die alten antikommunistischen Schrauben angezogen. In Berlin -West waren aufgrund der Frontstadtpolitik demokratische Gepflogenheiten unterentwickelt, die Löhne zur Freude der Unternehmer gedrückt, z. T. vom Staat subventioniert (Berlinszulage) und Streiks quasi unmöglich, damit der „Osten“ nicht dächte, der „Westen“ hätte Probleme.

Mit dem sogenannten „Radikalenerlass“ der Ministerpräsidenten vom Januar 1972 knüpfte man an diese Tradition an. Es wurde außerhalb der geltenden Gesetze festgelegt, dass jeder im Öffentlichen Dienst jederzeit für die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO) einzutreten hätte⁵. Dazu erhielten die Ämter Listen mit Organisationen, die der Verfassungsschutz für verfassungsfeindlich einstuft (eine Auswahl s. Kasten).

In Berlin-West wurde umgehend eine Landeskommission beim Innensenator eingerichtet, die Anweisungen der Überprüfungen an die Bezirke und Hochschulen gab.

Einer ganzen Generation engagierter junger Menschen wurde ihre angestrebte Berufsperspektive streitig gemacht, ihre Existenz nach vielen Studienjahren in Frage gestellt. Für viele hieß das Arbeitslosigkeit. „Einzelne waren betroffen, viele waren gemeint.“⁶

Die Praxis der Verhöre, ohne Zeugen einer Befragung, bzw. Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt zu sein, verzerrte die Betroffenen und setzte sie extrem unter Druck, hing doch ihre Zukunft von der Befragung ab. Mit polizeistaatlichen Methoden wurden Spitzeldienste angeworben, Material gespeichert, Einträge in Personalakten geschrieben und wenn man später darauf bestand, dass diese gelöscht wurden, fehlten eben in der Akte z. B. 10 Seiten. Bewarb man sich erneut, konnte sich die neue Einstellungsbehörde ihrem Reim auf die fehlenden Seiten machen. Der Makel blieb also lebenslänglich.

Für die Betroffenen, die oft mit der Begründung „kein Bedarf“ abgespeist wurden, obwohl nachweislich Stellen frei waren, hieß es meist umsatteln. Für die, die gegen Entlassungen prozessierten, bedeutete es teilweise jahrelanges Warten auf ein Prozessergebnis und finanzielle Not. Oft trifft man alte Mitstreiter*innen als Taxifahrer*innen oder Erzieher*innen in einer privaten KiTa. Oder als Rentner*innen, die statt einer guten Pension nach einer akademischen Laufbahn mit kleinen Renten auskommen müssen.

Politische Zensur

Aber nicht nur mit Berufsverboten versuchte man die APO-Bewegung zu disziplinieren, sondern man übte direkt Zensur aus.

So plante die Rote Zelle Germanistik am Germanische Seminar der FU 1970 drei Lehrveranstaltungen zu marxistischer Literatur. Wissenschaftssenator Stein (SPD) erfuhr davon und verbot empört dies Seminare. Erst als die Germanisten mit einer Großveranstaltung an der FU und Streiks an FU, TU und HdK (heute UdK) protestierten, konnten die Lehrveranstaltungen

stattfinden. Besonders delikater war auch der Umgang mit linken Professoren. Als das OSI der FU den international renommierten belgischen Ökonomie-Professor Mandel (Trotzkist) berufen wollte, konnte dieser leider nicht zu seiner Vorstellung kommen, da die Bundesregierung ihm die Einreise verweigerte.

Die NoFU

Neben den geheimdienstlichen Aktivitäten von staatlicher Seite organisierten sich überwiegend Professor*innen (E. Fraenkel, R. Löwenthal u.a.) in der „Notgemeinschaft der Freien Universität“ (NoFU) als Teil des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ (existierte bis 2015!) mit der Parole „FU unter Hammer und Sichel“. Die NoFU – Anhänger verteilten Flugblätter am Ku-Damm und sogar vor Betrieben, um in Koalition mit der BILD-Zeitung das Gespenst des Kommunismus an die Wand zu malen, eine Kampagne, die schon die Schüsse auf Rudi Dutschke provoziert hatte. Die NoFU erstellte Listen mit Namen von ADS-Anhänger*innen und anderen (überwiegend Student*innen, aber auch Assistent*innen und Professor*innen), die sie in 6 Folgen bis 1980 (1.664 Namen) an über 11 000 Adressaten in der BRD schickte, an Personen, Verwaltungen und Betriebe.

Diese „Schwarzen Listen“ bewirkten auch Berufsverbote bei der Post, in Krankenhäusern und Betrieben. So erhielt der FU-Mathematikstudent Werner S. mit sehr gutem Diplom bei Schering (heute Bayer) eine attraktive Stelle. Nach wenigen Wochen erklärt man ihm dort, er solle innerhalb einer Stunde seine Sachen packen, er sei entlassen. Er war an der FU Mitglied der ADS gewesen.

Die aktuelle Ablehnung der Berliner Studierendenvertretungen, auf Verlangen der AfD (Januar 2018) Listen mit Namen von Referent*innen und Mitarbeiter*innen der Studierendenvertretungen zu veröffentlichen, erscheint also gerade angesichts der NoFU – Geschichte begründet!

⁷ AZ II A 8.74

Bemerkenswert ist, dass häufig auch die Gerichte – besonders höhere Instanzen – die Berufsverbote absegneten, z.B. das Berliner Verwaltungsgericht, das die Einstellung der Assistentin Sibylle P. an der FU ablehnte, die Mitglied der GIM war, „wegen mangelnder Gewähr ihrer zukünftigen Verfassungstreue“.⁷

Diese Praxis der Verfolgung kritischer Geister wurde an der FU nicht nur von den Student*innen bekämpft. Viele „Mittelbauer“ und Professor*innen (einer der engagiertesten war der Theologe Helmut Gollwitzer), die GEW und ÖTV (Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“, heute Verdi) unterstützten die Betroffenen. Diese Solidarität war immens wichtig, um der Vereinzelung entgegen zu wirken und die Betroffenen zu unterstützen.

Streiks, Großdemonstrationen, z. B. 1976 mit über 16 000 Teilnehmern und ein 3. Russell-Tribunal erreichten eine große Öffentlichkeit. Auch international, besonders in Frankreich, protestierten bekannte Persönlichkeiten und Organisationen, schließlich wurde die Landeskommision 1980 aufgelöst.

Doch wirkten die Berufsverbote lange nach. Auch wenn man keiner Organisation angehörte, war die Verunsicherung bis zu Ängstlichkeit groß, besonders an den Schulen. Eltern denunzierten, Schulräte schnüffelten in Akten und überprüften formale Korrektheit und Pünktlichkeit.

Trotz der Einschüchterung ist es aber nicht gelungen, die Protestbewegung für demokratische Rechte einzudämmen. Weiterhin finden erfreulicherweise große Demonstrationen für Frieden und Abrüstung, Antifaschismus, Umweltschutz, gegen neue Polizeigesetze oder für bezahlbares Wohnen statt. In einigen Bundesländern, Niedersachsen, Saarland, Bremen, ist es gelungen, eine Rehabilitierung der Berufsverbotsopfer einzuleiten und diesen weißen Fleck der Nachkriegsgeschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Das wäre auch hoffentlich bald eine Aufgabe für Berlin und die FU!

So freuen wir uns, dass der AstA uns mit seiner „Gegendarstellung“ Gelegenheit gibt, über dies unrühmliche Kapitel der FU-Vergangenheit zu berichten. Angesichts des hohen Drucks durch verschulte Studienordnungen, Regelstudienzeiten und finanzielle Belastungen der Studierenden, der Ausrichtung der Hochschulen auf Drittmittelfinanzierung, ist es erfreulich, dass die studentischen Hilfskräfte wochenlang streikten, um seit 17 Jahren an der FU eine Lohn-erhöhung zu erreichen und sogar theoretisch ab 2023 eine Ankopplung an der Tarifvertrag der Länder, also den der anderen Beschäftigten an den Hochschulen. Manchmal braucht man eben einen langen Atem!

5 JAHRE KAMPF GEGEN BERUFSVERBOTE

Aufgaben und Ziele der Studentenbewegung heute

Veranstalter: ADSen der Hochschulen Westberlins

Gäste: Prof. Klaus HOLZKAMP (FU)
Prof. Reinhard KÜHNEL (Uni Marburg)
Prof. Wolfgang PFAFFENBERGER (Uni Oldenburg)
Prof. Roderich WAHNSNER (Uni Bremen)

28. Januar '77 Audi Max FU 18 Uhr

WEG MIT DEM BERUFSVERBOT!

ÄNDERUNG ZEIT 1930 UHR ORT AUDI MAX TU

Die Autonomen aus der Kaiserswerther Straße – Ein hochschulpolitischer Abriss

Robert Jung (2018)

Der Begriff der Autonomie hat viele Facetten. Aus seinem altgriechischen Ursprung lässt er sich als „Selbstgesetzlichkeit“ oder „Selbstbestimmtheit“ übersetzen, anders ausgedrückt als „Unabhängigkeit von Fremdbestimmung“. Bezogen auf das Individuum ist Autonomie also ein durchaus emanzipatorischer Begriff, der die Freiheit des Einzelnen von Herrschaft beschreibt. Wer nun an Autonome in Berlin denkt, denkt wahrscheinlich als erstes an die Linksautonomen aus der Rigaer Straße, die einige Zeit die mediale Berichterstattung der Berliner Tageszeitungen dominierten: „Chaoten“, „Kriminelle“, ja sogar „Antidemokraten“ werden sie genannt. Dabei steckt hinter ihrer politischen Praxis eine Kritik an und Befreiung von staatlichen und kapitalistischen Zwängen, welche zwar aus einer rechtsstaatlichen Logik heraus kriminalisiert werden kann bzw. muss, jedoch keinesfalls als antidemokratisch bezeichnet werden kann. Denn Linksautonome organisieren sich in den meisten Fällen basisdemokratisch und konsensorientiert, sei es in selbstverwalteten Hausprojekten, Kneipenkollektiven oder in selbstorganisierter Aktion. Das Grundprinzip lautet: Wer von einer Entscheidung betroffen ist, darf mitentscheiden, ohne institutionelle Hierarchien. Damit ist diese Form der Demokratie weitaus demokratischer und progressiver als jene repräsentativ-parlamentarische Mehrheitsdemokratie, die das deutsche Grundgesetz vorgibt.

Am anderen Ende der Stadt, in der Kaiserswerther Straße in Dahlem, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine andere Form von geliebter Autonomie eta-

bliert. Denn dort hat sich das Präsidium zunehmend von staatlicher und parlamentarischer Kontrolle sozusagen befreit und herrscht nun weitestgehend autonom über die sogenannte Freie Universität: einer staatlichen Einrichtung und Körperschaft öffentlichen Rechts, die eigentlich das Recht auf demokratische Selbstverwaltung durch ihre Hochschulmitglieder genießt. Selbstverständlich gibt es zahlreiche nicht zu übersehende Unterschiede zwischen anarchistischen Autonomiebestrebungen und der Dahlemer Präsidialautonomie – doch einen davon gilt es vorweg festzuhalten: Während die einen eine radikalere Demokratie anstreben, versuchen die anderen, die ihre abzuschaffen.

Im Folgenden soll entlang der Umdeutung des rechtsstaatlichen Begriffs der Hochschulautonomie die Umstrukturierung der sogenannten Freien Universität nachvollzogen und die These begründet werden, dass die Dahlemer Variante der Hochschulautonomie vorwiegend durch ihr Präsidium ausgeübt wird und daher besser als Präsidial- oder Leitungsautonomie beschrieben werden kann. Dazu wird erst einmal die Anwendbarkeit des ursprünglichen Begriffs auf den status quo der FU widerlegt, um anschließend die politischen Weichenstellungen zu beleuchten, die die Autonomisierung des FU-Präsidiums ermöglichten.

Hochschulautonomie

Die Geschichte der Hochschulautonomie reicht zurück bis in die Zeit der Aufklärung. Während bereits Wilhelm von Humboldt (1767–1835) die Akademische

Freiheit in Form von Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Einflüssen zum Ideal erklärt hatte, ließen sich Professor*innen und damit die Universitäten im Nationalsozialismus allzu widerstandslos gleichschalten. Mehr sogar: 1933 vollzog der Deutsche Hochschulverband offiziell die sogenannte Selbstgleichschaltung durch die Wahl eines nationalsozialistischen Vorstandes. Mehr als je zuvor galt es nach der Befreiung vom NS-Regime, die Unabhängigkeit der Hochschulen zum Schutz vor äußerer Fremdsteuerung zu stärken, sodass die Wissenschaft nicht erneut einer faschistischen oder anderweitig menschenverachtenden Ideologie zum Opfer fiel. Nicht zuletzt wurde in den Räumlichkeiten der Ihnestraße 22 des heutigen Otto-Suhr-Instituts an Gebeinen aus dem KZ Auschwitz Rassenforschung betrieben, welche damals noch zum „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ gehörten.

Der Begriff der Hochschulautonomie beschreibt also jene Unabhängigkeit, welche die Hochschulen vor staatlichen Eingriffen schützen und so, eine ideologische Steuerung des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns unterbinden soll. Gleichzeitig leitet sich hieraus das heutzutage bei Professor*innen allzu häufig vorkommende Missverständnis ab, die Hochschule könne oder habe gar „unpolitisch“ zu sein. Vergessen wird dabei jedoch, dass sich die Institution Hochschule nie aus der eigenen Situiertheit in der Gesellschaft isolieren lässt, in der sie sich befindet, sondern immer eng mit ihr verwoben ist – sei es durch Vorstellungen und Erwartungen, die von außen an sie herangetragen werden und an denen sie gemessen wird, oder durch den gesamtgesellschaftlichen Output, den sie sowohl durch Forschungsziele oder Lehrinhalte und -methoden ausübt. Diese wichtige Erkenntnis gilt es festzuhalten: Hochschule und Gesellschaft lassen sich nie getrennt voneinander denken, sondern sind strukturell miteinander verwoben. Dies gilt auch für Begrenztheit des Konzepts der Hochschulautonomie, wie im Folgenden darzulegen sein wird.

An der sogenannten Freien Universität werden die (ehemals) entscheidungstragenden Gremien von einer professoralen Liste namens „Vereinte Mitte“ dominiert. Diese nicht zufällige Dominanz soll später noch genauer beschrieben werden. Diese Liste jedenfalls schreibt in ihrer Programmatik:

8. Die Vereinte Mitte tritt allen Versuchen entgegen, leistungsfremde Kriterien bei der Vergabe von Mitteln oder bei strukturellen Entscheidungen einzubeziehen. Sie verteidigt den Erfolgsweg der Freien Universität und stellt sich allen Versuchen entgegen, die Universität zu repolitisieren und für andere als wissenschaftliche Zwecke zu missbrauchen.

Ohne explizite Nennung wird hier die autonome Hochschule als entpolitisiert und leistungsorientiert beschrieben. Das Politische, also das gesellschaftliche Interesse am Erkenntnisgewinn der Wissenschaft, wird verkannt und eine Entscheidungsfindung anhand von vorgeblich objektiven Leistungskriterien idealisiert. Im Gegensatz dazu sei Politik etwas Subjektives, was an der Hochschule nichts zu suchen hätte. Mithilfe dieser Dichotomisierung wird versucht, eine politische „Neutralität“ der Hochschule zu konstruieren, die es faktisch nicht geben kann: Denn „unpolitisch“ ist, wer

die herrschenden Verhältnisse akzeptiert, und somit bereits zur Stabilisierung des Bestehenden beiträgt.

Auch die Entscheidung, wie auch immer geartete „Leistung“ als einziges Kriterium zur hochschulinternen Mittelvergabe und damit zur generellen Ermöglichung von Wissenschaftsproduktion zu setzen, ist bereits eine genuin politische. Der Versuch einer Streichung des Politischen aus der Hochschule bei gleichzeitiger Etablierung eines Leistungsdogmas ist dabei elementarer Teil der „Unternehmensisierung der Hochschule“: Gemeint sind damit jene Reformen, die sie weg von einem öffentlichem Gemeinwesen, hin zu einem wirtschaftlichen Unternehmen umformen sollen, das seine Entscheidungsfindung in die Hände eines Managements und sich selbst den Verwertungslogiken des Marktes hingibt.

Diese neue Hingabe lässt sich neben der Anpassung des Studiums an Arbeitsmarktinteressen ebenfalls an der marktwirtschaftlichen Zweckorientierung der Forschung messen. In einem Hochschulsystem, in dem die wissenschaftliche Existenz letztlich von materiellen Ressourcen abhängt und ein großer Teil der Forschung von Drittmittelgeber*innen¹ (2015 bestand 37% des Forschungshaushaltes an der FU aus Drittmitteln) finanziert wird, verkommt die Forschung zur reinen Dienstleistung, von der in erster Linie die Auftraggeber*innen profitieren. Diese sind im naturwissenschaftlichen Bereich meist Unternehmen, die sich von der gezielten Erforschung neuer Technologien Umsatzsteigerungen und Wettbewerbsvorteile versprechen, also aus dem von ihnen finanzierten und beauftragten, Wissenschaftsprodukt Kapital schlagen wollen. Forschende sind in diesem Fall gezwungen, ihre Projekte an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu orientieren, anstatt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als Wissenschaftler*innen gerecht zu werden. Der primäre wissenschaftliche Zweck der Forschung ist dabei nicht die Erkenntnis an sich oder gar die emanzipatorische Befreiung des Menschen von jeglichen Zwängen, sondern die Kapitalvermehrung zum Bestehen eines Unternehmens auf dem sogenannten Freien Markt. Hinzu kommen staatliche Institutionen wie die Bundeswehr oder das Verteidigungsministerium, die herrschaftsstabilisierende oder gar ausweitende Interessen verfolgen.

Eine weitere große Geldgeberin im Wettbewerb um Drittmittel ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), welche vor allem in geisteswissenschaftlichen Fächern einen entscheidenden Finanzierungsfaktor darstellt. Dieser völlig intransparent fungierende Verein (DFG e. V.), in welchem ausschließlich Professor*innen Mitglied werden können, entscheidet über einen jährlichen Etat von knapp 3,2 Milliarden Euro, Tendenz steigend, die er als Fördermittel von Bund und Ländern erhält – ohne jede parlamentarische Kontrolle, ganz im Sinne der Hochschulautonomie. Wer jedoch als Forscher*in an diesem mächtigen Geldtopf teilhaben möchte, muss sich mit einem Forschungsprojekt bewerben, welches in einem völlig intransparenten Wettbewerbssystem bestehen muss. Nach welchen Kriterien bei dieser „leistungsorientierten Mittelvergabe“ entschieden wird, bleibt ein wohl behütetes Geheimnis der DFG – die Bewerbenden erfahren nicht einmal, wer das Erstgutachten zu ihrer Arbeit erstellt

¹ „Drittmittel“: Finanzielle Mittel, die nicht von der Hochschule oder dem Senat zur Verfügung gestellt werden, sondern von hochschulexternen Dritten eingeworben werden.

² <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/alt-linke-das-stille-ender-revolte-a-626893.html> (zuletzt geprüft am 20.08.2018).

³ „Kommodifizierung“: Bezeichnet den Prozess, bei dem ein ursprünglich nicht verkäufliches Gut, wie in diesem Fall Wissen, zu einer verkäuflichen Ware wird.

⁴ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=2497> (zuletzt geprüft am 20.08.2018).

und ob diese Person vielleicht in einem Konkurrenzverhältnis zu ihnen steht.

Bereits ein kurzer Einblick in das heutige Hochschulsystem verrät: Mit politischer Neutralität oder Autonomie hat die Finanzierungsabhängigkeit von externen Geldgeber*innen nichts zu tun, seien sie politischer oder wirtschaftlicher Natur. Unter dem Deckmantel des Leistungsdogmas erlangen in erster Linie stark etablierte Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik enorm hohen Einfluss auf die Selektion von Forschungsgebieten, aber auch ihre -ergebnisse. Ihre neu erlangte Hegemonie an der Hochschule grenzt Wissenschaft immer mehr auf systemstabilisierende Bereiche ein und lässt gesellschaftskritische Wissenschaft oft ungefordert. So verdrängen systematische Förderungsabhängigkeit, Leistungsparadigmen und die neoliberale Hegemonie an den Hochschulen nach und nach gesellschaftskritische oder einfach nur unprofitable Wissenschaftsbereiche. Statt gesellschaftlicher Verantwortung steht nun die Verwertbarkeit des Wissens im Vordergrund.

Als Veranschaulichung hierfür eignet sich die vorsätzliche Nichtneubesetzung des Lehrstuhls für Kritische Psychologie an der FU im Jahre 2009. Eine „Bastion der 68er“ schrieb der Spiegel damals, an der das psychische Leid nicht im Menschen, sondern im ausbeuterischen System gesucht wurde und Studierende darüber diskutierten, wie man den Menschen von wirtschaftlichen Zwängen befreien könne.² Dieses Wissenschaftsfeld passte wohl nicht so ganz ins Leitbild der FU-Entscheidungstragenden, jedenfalls wurde der Lehrstuhl bei einer Umstellung der Studienordnungen einfach nicht übernommen, es fand keine Neuberufung der Professur für Kritische Psychologie statt. Mit diesem Lehrstuhl verschwand nicht bloß eine emanzipatorische Professur aus der Wissenschaftslandschaft, sondern ebenfalls der dazugehörige Arbeitsbereich inklusive aller Angestellten, Forschungsprojekten und Lehrveranstaltungen. Ohne jeglichen Widerstand verblasste so eine gesellschaftskritische Tradition an der sog. Freien Universität, denn mit dem Lehrstuhl für Kritische Psychologie wurde auch das letzte Relikt des marxistisch geprägten Psychologischen Instituts der FU, das bereits 1995 im Zuge einer Haushaltskrise des Berliner Senats aufgelöst wurde, ohne viel Aufsehen beseitigt.

Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass das heute dominierende Verständnis von Hochschulautonomie nicht mehr das Ideal der Akademischen Freiheit nach Humboldt vor Augen hat, sondern eine Universität, die sich zwar der staatlichen Regulation durch „harte“ Gesetze oder direkte Einflussnahme entzogen hat, stattdessen aber in eine starke Abhängigkeit von externen Geldgeber*innen geraten ist, die ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen verfolgen. Marktideologie und Wettbewerbsradikalismus halten Einzug an der neuen „autonomen“ Hochschule und machen sie genauso „frei“ wie der sogenannte Freie Markt es ist.

Um dieser Kommodifizierung³ der Wissenschaft effektiv reformpolitisch entgegenzuwirken, müsste die bedingungslose Grundfinanzierung der Hochschulen wiederhergestellt werden. Derzeit läuft die staatliche Hochschulfinanzierung durch den Senat über die so-

nannten Hochschulverträge, die von den Präsident*innen der Berliner Hochschulen mit dem Staatssekretär für Wissenschaft, aktuell Steffen Krach (SPD), hinter verschlossenen Türen für jeweils vier Jahre ausgehandelt werden. Ein Großteil der Finanzierung wird dabei über teils sehr extreme Leistungskriterien vergeben: So schießt der Senat für jede 1000 Euro, die durch Drittmittel erworben worden sind, 500 Euro hinzu. Dies zeigt, wie politisch gewollt das Leistungsdogma und die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen tatsächlich ist. Der Leistungszwang, dem die Hochschulen unterlegen sind, macht dabei auch vor dem Studium nicht halt: Da pro Studienabschluss eine Prämie an die Hochschulen ausgezahlt wird, besteht ein finanzielles Interesse an möglichst vielen Studierenden, während weder genug Lehrpersonal noch ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen: Überfüllte Lehrveranstaltungen sind das alltägliche Ergebnis dieser „Leistung“.

Eine Abschaffung der Leistungskriterien in den Hochschulverträgen zugunsten einer bedingungslosen Grundfinanzierung würde den Leistungszwang der Hochschulen senken und Forschung und Lehre zumindest partiell wieder in wirklich „autonome“, das heißt von der Hochschule bestimmte, Bahnen lenken. Nichtsdestotrotz haben sich Marktideologie und Wettbewerbsradikalismus bereits so tief in das Hochschulsystem und die Bundes- und Landespolitik eingebrannt, dass es ein langwieriger und beschwerlicher Prozess sein wird, die Hochschule von wirtschaftlichen Einflüssen zu befreien.

Präsidialautonomie

Die Implementierung der Marktideologie ist Teil eines Prozesses, den der 2007 emeritierte Professor des Otto-Suhr-Instituts Bodo Zeuner als „Unternehmensierung der Hochschule“⁴ bezeichnete. Neben der Kommodifizierung des Wissens beinhaltet dieser Prozess auch den Abbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschule zugunsten von Managementstrukturen, die wie in einem wirtschaftlichen Unternehmen die absolute Gewalt über den Betrieb übernehmen würden. So entscheidet ein Management bspw. über Gelderverteilung, Personalangelegenheiten und Ausrichtung eines Unternehmens.

In Berlin hat sich kaum eine Hochschule so sehr der eigenen „Unternehmensierung“ angenommen wie die sogenannte Freie Universität. Ermöglicht wurde dieser Prozess durch die „Erprobungsklausel“, die als § 7a im Jahre 1997 im Berliner Hochschulgesetz eingefügt wurde. Diese ermöglicht es den Berliner Hochschulen, sich eine vom Berliner Hochschulgesetz abweichende Grundordnung zu geben, „um neue Modelle der Leitung, Organisation und Finanzierung zu erproben, die dem Ziel einer Vereinfachung der Entscheidungsprozesse und einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, insbesondere der Erzielung eigener Einnahmen der Hochschule, dienen.“

Das muss man sich als bekennende Demokrat*in auf der Zunge zergehen lassen: „Vereinfachung der Entscheidungsprozesse“ und „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit“ als Ziele einer Umstrukturierung von demokratisch selbstverwalteten Wissenschaftsinstituten

tionen. Im „Schlimmstfall“, den die sogenannte Freie Universität nach einhelliger Meinung unter Kritiker*innen der Erprobungsklausel vertritt, ist darunter nichts anderes zu verstehen als die Entdemokratisierung und Ökonomisierung der Hochschule.

Um über Demokratie an der Hochschule zu diskutieren, lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Bereits 1973 wurden die Mitbestimmungsrechte an der Hochschule durch ein äußerst konservatives Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgehöhlt. Erst im Zuge der 68er-Bewegung erkämpft, hatte bundesweit eine Demokratisierung der Hochschule stattgefunden, die eine paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen der Hochschule vorsah. Die Statusgruppen sind heute die Studierenden, Sonstige Mitarbeiter*innen (SoMis), Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (WiMis) und Professor*innen, weshalb oft von einer Forderung nach Viertelparität die Rede ist. Das Bundesverfassungsgericht jedenfalls schrieb in seinem Urteil von 73 eine Mehrheit an professoralen Sitzen in allen Hochschulgremien vor, die unmittelbar Forschung und Lehre betreffen würden. Begründet wurde dies mit einer nicht weiter nachvollziehbaren „herausgehobenen Stellung der Hochschullehrer“, die sich aus Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes (Wissenschaftsfreiheit) ableiten würde. Der Argumentation der habilitierten und lehrstuhlinhabenden Beschwerdeführenden zufolge wären Angestellte und Studierende im Gegensatz zu ihnen selbst „Repräsentanten anderer Funktionen und Interessen“, „die für die Tätigkeit in Wissenschaft, Forschung und Lehre nicht oder nicht ausreichend qualifiziert seien.“ Studierende und Belegschaft wurden somit eines Großteils ihrer demokratischen Teilhabe an der Selbstverwaltung der Hochschule beraubt, und zwar zugunsten einer Wiederherstellung der professoralen Autorität an der Hochschule, die 1968 ausgehend vom Otto-Suhr-Institut der FU noch so erfolgreich in Frage gestellt worden war. Anders ausgedrückt: Unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit holte das Bundesverfassungsgericht die zuvor angefochtene Autonomie der Professor*innen zurück.

Anstatt dass also hochschulpolitische Entscheidungen in gewählten Gremien von allen Statusgruppen gleichermaßen getroffen werden, haben Professor*innen in den meisten Fällen die vorgegebene Mehrheit der Sitze. Im Akademischen Senat (AS), dem zentralen Hochschulgremium an der FU, haben z. B. WiMis, SoMis und Studierende jeweils vier Sitze, während die Professor*innen mit 13 Sitzen vertreten sind. Professor*innen nehmen dementsprechend 52,0 % der stimmberechtigten Sitze ein, wobei sie an der FU gerade einmal 1,2 % aller Hochschulmitglieder darstellen (2016) – outgesourcetes Personal aufgrund seiner völligen Stimmlosigkeit bereits ausgenommen. Diese Form der Akademischen Selbstverwaltung wird oft Selbstverwaltete Gruppenuniversität genannt, ist jedoch besser als eine professoral dominierte Ständedemokratie zu begreifen.

In diese, aus einem demokratischen Blickwinkel bereits überaus prekären Lage, kam also 1997 die Erprobungsklausel ins Spiel. Diese erlaubt es, dass auf Antrag einer Hochschule (also der Hochschulleitung), und mit Zustimmung des Kuratoriums Abweichungen vom Berliner Hochschulgesetz (BerLHG) durch den

Senat zugelassen werden können. Wenn auch nicht das gesamte BerLHG betroffen ist, so sind es doch wenigstens die Hälfte aller Paragraphen, die u. a. die Gremienstrukturen, -zusammensetzung und -kompetenzen sowie weitere Verwaltungsvorgänge regeln. Die Abänderungen werden in einer Grundordnung, die sich die Hochschule selbst gibt, festgehalten – vermutlich aus Gründen der Flexibilität gibt es an der FU jedoch bereits seit 1999 nur eine „Teilgrundordnung“ (TGO). Eine vom Präsidium eingesetzte Arbeitsgruppe arbeitete diese TGO für die FU aus. Die neue Ordnung sah eine immense Stärkung der Exekutivorgane vor, namentlich des Präsidiums und der Dekanate. Es wäre müßig, all die abgeänderten Entscheidungs- und Verwaltungsabläufe aufzuzählen, deshalb soll sich hier auf einige besonders prägnante Beispiele beschränkt werden.

I. Das Präsidium erhält das letzte Wort in sämtlichen Personalangelegenheiten.

Ein kaum merkbarer, aber dennoch großer Schritt in Richtung Hochschulmanagement, ist die Ermächtigung des Präsidiums in allen Personalangelegenheiten. So kann das Präsidium bspw. Berufungsverfahren von Professuren für ungültig erklären oder Vertragsverlängerungen oder gar Einstellungen von unliebsamem Personal verhindern. Für die Personalentscheidungskompetenz – oder sollte besser von Human Resources gesprochen werden – ist laut § 65 Abs. 1 Satz 2 BerLHG das Kuratorium zuständig; in der vom Präsidium initiierten Teilgrundordnung (§ 5 Abs. 8 Nr. 9) erhält jedoch das neue Hochschulmanagement diese entscheidende Kompetenz.

Diese Kompetenzverschiebung resultiert in einem Demokratiedefizit, dass die bisher existierende, jedoch unzureichende Akademische Selbstverwaltung vollständig ad absurdum führt. Da das Präsidium aka Personalmanagement im Akademischen Senat den Vorsitz hat, sitzen nun Wissenschaftliche und Sonstige Mitarbeiter*innen ihrem Arbeitgeber gegenüber. Vor allem befristete Angestellte, zu denen auch Juniorprofessor*innen gehören, trauen sich so kaum noch, in Abstimmungen oder Diskussionen von hegemonialen Leitbildern oder anderen präsidialen Vorgaben öffentlich abzuweichen. Ein Fakt, der ungemein zur Stabilisierung der präsidialen Herrschaft beiträgt – sei es durch Entfernung aufmüppiger Angestellter durch absichtliche Nichtverlängerung ihrer Verträge oder durch Einschüchterung qua entsprechender Androhung.

Doch nicht nur gegenüber Arbeitnehmer*innen besteht innerhalb und außerhalb der Gremien ein solches Abhängigkeitsverhältnis: Auch Professor*innen können ohne Weiteres durch das machthabende Präsidium unter Druck gesetzt werden. Durch sogenannte Zielvereinbarungen zwischen Präsidium und Dekanaten, die hinter verschlossenen Türen meist ohne Kontrolle des Akademischen Senats oder des jeweiligen Fachbereichsrats ausgehandelt werden, hat das Präsidium die Möglichkeit, unliebsame Professor*innen abzustrafen. So geistert das Gerücht herum, der Informatikprofessor Raúl Rojas, der 2010 gegen den von der Vereinten Mitte aufgestellten Peter-André Alt kandidieren wollte, habe letztlich auf Druck eben dieser Liste hin seine Kandidatur kurzfristig zurückgezogen und sei später

⁵ <https://www.tagesspiegel.de/wissen/wahlen-an-der-freien-universitaet-die-fu-mal-links-mal-rechts-mal-kleinkariert/11219194.html> (zuletzt geprüft am 20.08.2018).

mit einer finanziellen und dadurch wissenschaftlichen Marginalisierung abgestraft worden. Raúl Rojas fiel dennoch weitere Jahre durch präsidiumskritische Initiativen und Kommentare auf, u. a. sagte er über die Vereinte Mitte: „Es gibt ein Machtmonopol an der FU, das andere Ideen und Meinungen ausschließt und sich wie ein Perpetuum mobile verewigt, weil die größte ‚Wahlliste‘ die Partei der Indifferenz ist.“⁵ Seine präsidiumskritische AS-Liste „Exzellenz und Transparenz“ trat 2015 allerdings nicht erneut zur Wahl des Akademischen Senats an, hochschulpolitisch trat Rojas seitdem nicht mehr in Erscheinung.

Und auch die studentische Partizipation an der vorgeblich demokratischen Selbstverwaltung ist in einem Abhängigkeitsverhältnis gefangen: Seltener in den zentralen Gremien, dafür umso häufiger in Fachbereichs- und Institutsräten laufen wir Gefahr, unseren potenziellen Prüfer*innen gegenüber zu sitzen. Es muss nicht, kann aber passieren, dass sich studentisches Abstimmungsverhalten schlussendlich in der Benotung einer Hausarbeit oder gar einer Abschlussprüfung niederschlägt – wie in einem Fall, in dem eine Dekanin einer Studierendenvertreterin riet, ihr Amt lieber niederzulegen, da sie mit der politischen Arbeit ihre zukünftige Karriere aufs Spiel setze.

In den angeblich demokratischen Gremien der sogenannten Freien Universität sitzen also Arbeitnehmer*innen ihrem Arbeitgeber, Wissenschaftler*innen ihren Geldgebern und Prüflinge ihren Prüfenden gegenüber. Unter diesen Umständen kann nur von einer Scheindemokratie gesprochen werden – denn selbst gemessen an der repräsentativ-parlamentaristischen Idee sehen all diese Abhängigkeitsverhältnisse zwischen gewählten Interessensvertreter*innen und Machthabenden nicht besonders demokratisch aus. Der Akademische Senat (AS) befindet sich auf Grund dieser Abhängigkeitsverhältnisse in einer strukturell präsidiumsstützenden Zusammensetzung, kritische Stimmen wagen sich aus Angst vor verminderten Aufstiegschancen kaum noch in die Hochschulpolitik. Wer sich in eine Sitzung des AS setzt, kriegt schnell das Gefühl, in eine Feedbackrunde für die neuesten Pläne des Präsidiums geraten zu sein.

II. Das Präsidium bestimmt den Zweck von Professuren.

Mit der Zweckbestimmung von Professuren wird über den Forschungs- und Lehrbereich einer zu vergebenen Professur entschieden. Durch diese Selbstermächtigung hat das Präsidium die Möglichkeit, die vielfältige Wissenschaftslandschaft an der FU nach eigenen Vorstellungen auszurichten und zu homogenisieren. Es selbst argumentiert mit der Strategie- und Konkurrenzfähigkeit der FU, die nur durch ein zentral gesteuertes Leitprofil gewährleistet werden könne. Jürgen Zöllner, Ex-SPD-Wissenschaftssenator und höchst umstrittener FU-Kurator, begründet eine solche Zentralisierung mit der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland in Zeiten der Globalisierung, dem seiner Ansicht nach eigentlichem Zweck der Wissenschaft. So kann man die Hochschule selbstverständlich auch „für andere als wissenschaftliche Zwecke“ (s. Programmatik der „Vereinten Mitte“) missbrauchen.

Wie das Präsidium seine neue erworbene Kompetenz

praktisch einsetzt, wurde bereits weiter oben am Beispiel des Lehrstuhls für Kritische Psychologie beschrieben. Ebenfalls nicht in die exzellentistische Profilschärfung des FU-Präsidiums passt der Lehrstuhl für Ideengeschichte am Otto-Suhr-Institut (OSI), den Klaus Roth momentan noch innehält. Trotz schwerer Krankheit ist er davon noch nicht zurückgetreten in dem Wissen, dass mit ihm auch sein kompletter Arbeitsbereich verloren gehen wird. Ebenfalls auf der Abschlusliste des Präsidiums stand eine Zeit lang das Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, die in letzter Minute doch noch eine Professur zugesichert bekommen haben, sowie aktuell das Osteuropa-Institut, das aufgrund zu wenig quantifizierbarer Leistung komplett gestrichen werden soll: Vier von fünf Professor*innen stehen dort kurz vor ihrer Emeritierung, deren Lehrstühle höchstwahrscheinlich nicht erneut am Institut ausgeschrieben werden.

III. Das Präsidium ist nicht abwählbar.

Ist das Präsidium an der sogenannten Freien Universität einmal gewählt, kann es seine Amtszeit von vier Jahren durchregieren, ohne das finale Instrument der parlamentarischen Kontrolle befürchten zu müssen: Das Misstrauensvotum, ein Standard in den meisten repräsentativ-parlamentarischen Demokratien. Im BerlHG (§ 55 Abs. 2 Nr. 5) ist zwar bloß die Möglichkeit eines Misstrauensvotums vorgegeben, dennoch ist es bezeichnend, dass die FU bei all der Macht, die sie dem Obersten Exekutivorgan zuteil werden lassen hat, sich dennoch gegen dieses finale Instrument entschieden hat. Ein nur durch konkrete Dienstverstöße zu entfernendes Präsidium bildet die Grundlage für die neue „Dikatur des Managements“ (Bodo Zeuner) und zeichnet ein deutliches Schaubild für das autoritäre Potenzial der Neoliberalen Hochschule.

Diese drei Beispiele sind dabei nur ein Ausschnitt aus einer Vielzahl von Umstrukturierungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Einvernehmen mit dem Berliner Senat an der FU vorgenommen wurden. Die ansatzweise demokratische Selbstverwaltung, die die 68er-Bewegung erkämpft hatte, liegt heute dank Erprobungsklausel in Scherben – zumindest in Dahlem auch wenn es an der Humboldt Universität momentan ähnliche Tendenzen gibt. Doch wie konnte es überhaupt 1997 zu einer solch antidemokratischen Gesetzesänderung kommen?

Maßgeblich beteiligt an der Entstehung der Erprobungsklausel (so wie an vielen anderen neoliberalen Eingriffen in das hiesige Bildungssystem) war insbesondere die Bertelsmann Stiftung, welche durch ihr „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) erfolgreich ein (Teil-)Privatisierungsprogramm für die Hochschulen durchsetzte, um den deutschen Wirtschaftsstandort für den internationalen Wettbewerb zu machen. Das CHE (gemeinsam mit der „Hochschulrektorenkonferenz“ und der Hochschul-Informations-System GmbH) setzten sich gegenüber der Kultusministerkonferenz (KMK) für eine stärkere „Finanzautonomie der Hochschulen“ auf Grundlage zentralisierter Leitungsfunktionen ein. In Berlin kam ihrem Vorhaben die Haushaltskrise des Senats in den 90ern zu Gute, die zu erheblichen Zwangseinsparun-

gen an den Hochschulen führte und daher zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten sowie eine finanziell effizientere Verwaltung für die Landespolitik attraktiver machte. Auf diese Haushaltskrise gehen übrigens viele Fehlentscheidungen des Berliner Senats zurück, unter denen die Stadt heute leiden muss: Deregulierung der Hochschulen, massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Verkauf der landeseigenen Sozialwohnungen. Im Jahr 2003 kam § 137a BerlHG ins Spiel, der die Erprobung auf vier Jahre (bis zum 31.12.2007) befristete. Für den anschließenden Zeitraum bis zur nächsten BerlHG-Novellierung 2011 verankerte das FU-Präsidium sein Erprobungsmodell im Hochschulvertrag mit dem Berliner Senat. Im Jahr 2011 wurde die Befristung aus dem § 137a kommentarlos gestrichen. Nun steht dort:

Die gemäß § 7a Satz 1 zugelassenen Abweichungen von Vorschriften dieses Gesetzes sowie die darauf beruhenden Satzungen der Hochschulen gelten fort, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten des § 7a.

De facto bedeutet dieser Paragraph: „Erprobung“ bis in alle Ewigkeit, bzw. bis sich das Abgeordnetenhaus dazu entschließt, den Paragraphen zu streichen. 2019 steht die nächste Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes unter Rot-Rot-Grün an; es bleibt nur zu hoffen, dass die Klausel komplett gestrichen oder zumindest so weit abgeändert wird, dass Wirtschaftlichkeit nicht mehr als primäres Ziel der Hochschulverwaltung gesetzt wird. Verwaltungseffizienz hingegen kann durchaus ein wünschenswertes Ziel sein, jedoch sollte es nicht um jeden Preis verfolgt werden und der Demokratie immer hinten angestellt sein.

Die Idee der Demokratie ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit, und auch wenn die repräsentativ-parlamentarische Ständedemokratie des hiesigen Hochschulsystems nicht das Maß aller Dinge sein sollte, so würde sie doch immerhin eine gute Ausgangslage bieten, um – frei nach § 7a – „neue Modelle der demokratischen Selbstverwaltung und Wissenschaftsorganisation zu erproben, die insbesondere dem Ziel der Selbstbestimmung in Forschung und Bildung dienen.“ Schließlich sollte Demokratie kein Selbstzweck sein, sondern ein empowernder Prozess zur individuellen und kollektiven Emanzipierung von äußeren Zwängen durch praktische Teilhabe an Entscheidungen, von denen man selbst betroffen ist: die Freiheit des Individuums von jeglicher Fremdbestimmung, Autonomie eben.

Die Machtkonzentration, die sich das Präsidium dank Erprobungsklausel selbst zuteilwerden lassen hat, wurde bereits verschiedentlich umschrieben: Absolutismus, Autokratie, Diktatur des Managements. Doch vielleicht ist es am ergiebigsten, die Hochschule an ihren eigenen Begriffen zu messen: Von Hochschulautonomie nämlich kann an der sogenannten Freien Universität längst nicht mehr die Rede sein, denn das würde bedeuten, dass alle Hochschulmitglieder an dieser Autonomie beteiligt wären. Stattdessen haben wir es mit einer exklusiven Autonomisierung des Präsidiums zu tun, da es sich nicht nur weitestgehend vom Senat, sondern ebenfalls von der demokratischen „Last“ entscheidungstragender Hochschulgremien befreit hat. Die sogenannte Freie Universität entspricht heute mehr einer Präsidialautonomie, als dass sie dem

Ideal der Hochschulautonomie auch nur annähernd gerecht würde.

Aus einem Interview im Tagesspiegel, 12.09.2005:
Dieter Lenzen, FU-Präsident 2003-2010:

„Wenn man einen Wettbewerb zwischen den Universitäten wünscht, dann gehört natürlich dazu, dass diejenigen, die für die Institution verantwortlich sind, auch die Personalpolitik machen können. In erster Linie die Fachleute aus den Fachbereichen. Die gesamtstrategische Steuerung muss in die Hände der Hochschulleitungen, also der Dekanate und Präsidien, gebracht werden. Denn die Gesamtlinie einer Uni kann nicht von einer Berufungskommission überblickt werden. Kein Mensch käme auf die Idee, die Bereichsleiter bei Mercedes durch den Wirtschaftsminister oder die Belegschaft auswählen zu lassen. Oder nehmen wir den Exzellenzwettbewerb. Der wird zu einer einzigartigen Verschiebung von Schwerpunkten in den Universitäten führen. Deshalb haben DFG und Wissenschaftsrat den Hochschulleitungen als Antragstellern eine besondere Rolle zugewiesen.“

Daraufhin Thomas Flierl, damaliger Berliner Wissenschaftssenator:

„Ich kann verstehen, dass aus der Sicht eines Präsidenten unternehmensähnliche Steuerungsmodelle beispielgebend sind. Aber es kann nicht sein, dass sich Präsidialregime entwickeln, die sich über die Gremien hinwegsetzen. Es gab ja das böse Wort von Gerhard Casper, dem ehemaligen Stanford-Präsidenten, Demokratie habe an den Hochschulen nichts zu suchen. Ich sage: Autonomie als Selbstzweck bringt nichts. Das führt nur zu stärkerer Hierarchisierung in der Hochschule und zur stärkeren Auslieferung an Partner, die nicht unmittelbar das öffentliche Interesse vertreten. Autonomie kann nur mit doppelter Demokratisierung verbunden sein, nach innen und gegenüber der Gesellschaft.“

Zum Vertiefen:

Zeuner, Bodo (2007): Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang? Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft. Abschlussvorlesung, abrufbar unter: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=2497> (zuletzt geprüft am 20.08.2018).

Walz, Sarah (2016): Wandel der Hochschulstruktur durch weiche Steuerung. Das Beispiel der Freien Universität Berlin. Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

50 Jahre 68 – eine Bilanz oder: Wie die 68er den „Raum Hochschule“ prägten und was davon geblieben ist.

Die Linke.SDS FU (Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband, 2018)

Dieses Jahr steckt voller Jubiläen, neben dem 70-jährigen Bestehen der Freien Universität feiern wir auch 50 Jahre 68er-Bewegung. Grund genug als SDS FU eine kleine Bilanz zu ziehen, was die 68er an der Hochschule damals verändert haben und was sich seitdem weiterhin verändert hat.

Was 68er-Bewegung heißt, bezieht sich natürlich auf mehr, als nur das Jahr 1968. Wir wollen hier keine historische, detaillierte Chronik liefern, sondern lieber thematisch schauen, was uns als heutige SDSler*innen und Studis an den 68ern inspiriert, aber auch was wir kritisieren würden.

Was war damals los?

Der damalige SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) machte in den 60ern eine riesige Wende durch. Das Bild des SDS heute wird zumeist geprägt von Rudi Dutschke, von Anti-Vietnamkriegsdemos mit tausenden Teilnehmenden, von Straßenschlachten mit der Polizei und den Bildern des erschossenen Studenten Benno Ohnesorg bei der Anti-Schah-Demo. Das sind die großen, teils erschütternde Momente dieser Zeit.

Doch was brachte damals so viele junge Leute – nicht nur Studierende – auf die Straße?

Wir glauben, dass der oft beschriebene „Generationenkonflikt“ zwischen der Generation des NS-Regimes und der nachfolgenden Generation, die gegen ihre Eltern rebelliert sicherlich ein Aspekt der Revolte

war, aber lange nicht der einzige. Denn nicht nur in Deutschland und Frankreich gab es Revolten, weltweit rebellierten Menschen gegen das herrschende System, gegen das Bildungssystem, gegen Kürzungen, gegen Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung. In Deutschland ist der Protest als Studi-Protest bekannt, auch wenn das die vielen Streikenden, die Auszubildenden, die Gewerkschafter*innen, die beispielsweise in Bonn gegen die Notstandsgesetze gemeinsam mit den Studierenden demonstrierten, unter den Tisch kehrt. So ist es auch Teil der Strategie der damaligen Politiker gewesen, die Studierenden als radikale Minderheit darzustellen und die Bewegung zu spalten. Leider mit Erfolg. Zu keinem Zeitpunkt nahm die Bewegung in Deutschland das Ausmaß an wie in Paris, wo Studierende und Arbeitende gemeinsam Unis, Betriebe und Stadttheater besetzten, Barrikaden in den Straßen bauten, den längsten Generalstreik der Geschichte Frankreichs organisierten und der französische Präsident kurzfristig aus dem Land verjagt wurde. Und doch: auch in Deutschland hinterließ die 68er-Bewegung die Basis für vieles mehr, als einen Generationenwechsel. Der SDS entwickelte sich damals vom „Seminar-Marxisten“-Trupp zu einem Sammelbecken Hunderter, die nicht nur Marx-Lesekreise an der Universität ins Leben riefen, sondern neue Protest- und Aktionsformen entwickelten. Dieser antiautoritäre Kurs im SDS war ein Strategiewechsel im Verband, der durch die Gruppe „Subversive Aktion“ ausgelöst wurde, der auch Rudi Dutschke angehörte und die 1965 dem Berliner SDS beitrug. Oft waren für die neuen Aktionsformen

die amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society) Vorbild. Teach-Ins, Sit-Ins und andere Protestformen des zivilen Ungehorsams fanden in dieser Zeit ihren Ursprung. Man muss sich den Wandel vorstellen: statt einem Frontalunterricht, einem klaren Verhältnis zwischen autoritären, höher gestellten Lehrenden und den zum Gehorsam verpflichteten Studierenden, entwickelten die Studierenden der 68er Bewegung eine völlig neue Vorstellung vom Lernprozess, von Wissenschaft. Das markanteste Beispiel an dem man diesen Wandel nachvollziehen kann, ist vielleicht Holzkamp, der heute noch bekannt ist als kritischer, marxistischer Professor am Psychologischen Institut der Freien Universität. Zunächst war dieser ein ziemlich gewöhnlicher Professor, der erst Marxist wurde in einem Lesekreis, den seine Studis organisierten. Der zuvor Lehrende wurde im Lesekreis zum Lernenden und später zum Begründer der „Kritischen Psychologie“. Ohne die 68er hätte es ihn so nicht gegeben. Wissensaneignung als gemeinschaftlichen Prozess zu verstehen, der sich nicht nur eindimensional vollzieht, das ist eine Errungenschaft der 68er. Damit einhergehend natürlich auch ein völlig anderes Verständnis von Partizipation und Demokratie.

Als Teil der APO (Außerparlamentarische Opposition) leisteten der SDS und hunderte andere Studierende, Fachschaftsgruppen u. a. einen wichtigen Teil zur Politisierung der Universität. Die lose Arbeitsgruppenstruktur des SDS ermöglichte es, Interessierten unkompliziert einzusteigen und an verschiedenen Kampagnen und Bildungsprojekten teilzunehmen. An der FU entwickelten SDS und AstA damals die „KU – Kritische Universität“, in der zu verschiedenen Themen eigene Seminare und Tutorien entwickelt wurden, als alternatives, kritisches Angebot für Studierende. 30 Arbeitsgruppen wurden dazu gegründet und etwa 4.000 Studierende, Professoren und Assistenten (damals tatsächlich hauptsächlich Männer) nahmen an der Gründungsversammlung teil.

Das Spannende an der 68er-Bewegung, wenn man sie von heute aus betrachtet, ist ihre Vielfältigkeit. Kreative politischen Aktionen, neue Wohn- und Hausprojekte, Institutsreformen, Verbindung von Studium und kritischer Lehre/Wissenschaft, antiautoritäre Utopien und riesige Demonstrationen und Vollversammlungen – wenn man heute zurückblickt, erscheint es einem wie eine Zeit, in der radikal alle Bereiche des Lebens hinterfragt werden sollten, eine Zeit in der Politik und Hochschule, Öffentliches Leben und individuelle Freiheiten zusammen diskutiert wurden.

Und vielleicht ist es sinnvoll genau an dieser Stelle mit der Kritik anzusetzen. Denn so vielfältig und umfangreich die 68er klingen, so viel auch aus ihnen und ihren politisierten Teilen hervorging (Anti-AKW Bewegung, Frauenbewegung, Spontis etc.), so haben sie natürlich keine Revolution gebracht, zumindest nicht im klassischen Sinne und man könnte sagen, sie wurden peu à peu von der neoliberalen Wende eingekauft. Wir wollen dabei zwei Kernpunkte, die wir für tatsächliche „Fehler“ der deutschen 68er-Bewegung halten hervorheben.

1. Die Tomate...

...flog 1968 auf den SDS-Vorstand, der, nach einer

flammenden Rede von Helke Sander zum „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ und die Ignoranz der SDS-Genossen gegenüber feministischen Forderungen, kommentarlos mit der Tagesordnung fortfuhr. Der Tomatenwurf gilt als der Auftakt der 2. Frauenbewegung in Deutschland, in dessen Folge sich in vielen Städten sowohl sogenannte Weiberräte gründeten als auch Kinderläden mit neuem feministisch-emanzipatorischen Ansatz gegründet wurden. Wir wollen damit nicht sagen, dass der SDS ein besonders sexistischer Männerhaufen war, aber wie es auch in Helke Sanders Rede hieß, war er dennoch Abbild damaliger gesellschaftlicher Verhältnisse. So waren zwar mehr Frauen im SDS aktiv, als in kaum einer anderen politischen Organisation dieser Größenordnung der Zeit, aber er war mitnichten frei von Sexismus und vor allem interessierte er sich wenig für „Frauenpolitik“ im Speziellen. Man tat so, als seien jene Fragen sekundär und kein besonderes Problem auch innerhalb linker Organisationen. Diese Revolte, von SDSler*innen ausgehend, eine Revolte in der Revolte, zeigte Stärken und Schwächen des Verbandes auf. Uns sollte klar sein: Wir sollten die Tomate heute als Lehrstück betrachten und daraus lernen, dass, wie es damals hieß, gewissermaßen das „Private auch politisch“ ist, linke Organisationen selbst Abbilder der Gesellschaft sind und uns daher selbstkritisch – auch in eigenen Strukturen – Unterdrückungsverhältnissen entgegenstellen. Sowohl in Bezug auf die Geschlechter als auch auf Rassismus und andere Formen der Unterdrückung.

Als Linke.SDS sehen wir heute positiv auf die wachsenden feministischen Bewegungen in Lateinamerika, Spanien oder auch die Bemühungen um die Politisierung des Frauen*kampftags in den letzten Jahren. Außerdem beobachten wir ein wachsendes Interesse an feministischer Theorie und an einem Zusammendenken von Marxismus und Feminismus, statt einem dualistischen Gegeneinanderstellen von sogenannter „Identitätspolitik“ und „Klassenpolitik“. Wo wir beim nächsten Punkt wären...

2. Der Strategische Fehlschluss

...wäre unserer Ansicht nach die Bündnispolitik des 68-SDS, im Speziellen das mangelnde Bündnis zur Arbeiter*innenklasse, dass sicher nicht nur von Seiten der Studierenden scheiterte, sondern auch mit der desolaten Situation der Gewerkschaften zusammenhing. Mit dem „Abschreiben der Arbeiter*innenklasse“ als revolutionäres Subjekt der Gesellschaft widmete man sich im großen Maße der Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt, einschließlich ihrer Theoretiker wie Mao u. a. Dies machte große Teile der Studierendenschaft blind für das Potenzial der Menschen in ihrem eigenen Land. Erst der Pariser Mai 1968 sorgte dafür, dass in Deutschland wieder über „die Klasse“ und „Generalstreiks“ geredet wurde. Doch bis auf den Sternmarsch in Bonn gegen die Notstandsgesetze blieben jene Verbindungen zwischen Studis und Arbeitern marginal. So blieben am Ende die revolutionären Forderungen und die Möglichkeit der Umsetzung, des Aufbaus von Druck auf die Politik beschränkt und für die Politik und die bürgerlichen Medien blieb es ein Leichtes, die Studierenden weiter

¹ <https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/wissenschaft-trifft-politik/index.html>

vom Rest der Gesellschaft zu spalten. Die Trendwende zur Arbeiter*innenklasse kam zu spät, im Niedergang der Bewegung, und führte zur berühmten Strategie der Roten Zellen, in einzelne Betriebe zu gehen. Jene eher paternalistische Herangehensweise fruchtete leider kaum. Unsere Aufgabe heute wäre es, wieder Proteste zusammenzuführen, als abstrakt „die Arbeiterklasse“ zu suchen oder zu meiden. Beispiele waren hierzu die Solidaritätsaktionen des SDS mit den H&M-Streikenden oder den streikenden Erzieher*innen, aber ein weiteres Beispiel sind auch die Gewerkschaftskämpfe an der Universität selbst, z. B. der TV-Stud-Streik.

Wie steht es um die Errungenschaften heute?

Die Universitätsleitung erzählt stets stolz von der Vergangenheit der Freien Universität. Sie sieht sich in der Tradition der Verteidigung der akademischen Freiheit, als „politisches Diskussionsforum“¹ und fern jeglicher Ideologie. Doch das Verhalten der Freien Universität in verschiedensten Sachverhalten zeigt leider, dass dieses „historische“ Selbstverständnis sich nicht auf die Praxis zu erstrecken scheint. Der akademische Alltag der FU ist weit weniger frei, als es ihr Name suggerieren mag.

Am stärksten ist das spürbar in der wiederholten Unterbindung politischer Aktivitäten von Studierenden sowie der Behinderung der studentischen Selbstverwaltung. So wird die Arbeit des AStA von der Universitätsverwaltung nicht ernst genommen und zunehmend erschwert. Ein wichtiges Instrument der Verwaltung ist dabei eine restriktive Raumvergabe, das hat sich die Universitätsleitung scheinbar von ihrem Pendant der 68er Zeit abgeschaut: Für Veranstaltungen von Studierenden werden keine Räume zur Verfügung gestellt, sofern nicht eine immer länger werdende Liste an Auflagen erfüllt ist; der Universität politisch nicht genehmen Veranstaltungen werden Räume gänzlich verwehrt. Den Studierenden wird trotz der beschworenen Vielfalt und politischen Unabhängigkeit die Möglichkeit zur Schaffung von kritischen Räumen systematisch genommen.

So scheint es im Interesse der Universitätsleitung zu liegen, einen nach innen und außen reibungslos erscheinenden Ablauf des Arbeitsalltags zu sichern und das auf Kosten der Entfaltung der Studierenden. Die Universität ist für die aktuelle FU-Leitung kein Ort derjenigen, die sich an ihr persönlich weiterentwickeln wollen, sondern ein Ort des akademischen Betriebes im wörtlichen Sinne.

Die Freie Universität ist zu einem Unternehmen verkommen: Ihr Produkt sind Personen, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entsprechen, ihr Ziel ist die effiziente Herstellung derselben. Seminare und Vorlesungen sind überfüllt, Studentische Hilfskräfte unterbezahlt. Alles wird mit Sparzwängen der Universität begründet.

Zum unternehmerischen Geist der Freien Universität passt, dass die kritische Wissenschaft seit Jahrzehnten auf dem Rückzug ist. Sei es in der Psychologie, in den Wirtschaftswissenschaften, in den Naturwissenschaften oder auch in den Geisteswissenschaften. Professor*innen und Thematiken, die sich außerhalb des Mainstreams befinden, sind kaum zu finden und

werden immer weniger. Nicht überraschend, bedenkt man, dass das Produktionsziel in konformen Absolvent*innen liegt.

Die Folge des universitären Effizienzwahns und ihrer Repression studentischer Aktivität ist eine akademische Bildung, die zum Konsumgut wird. Das Studium wird Investition der Studierenden in ihre Ich-AG, im Kosten-Nutzen-Kalkül ausgewählt unter vielen möglichen Karrierewegen. Die persönliche und politische Entfaltung der Studierenden ist dabei störender, kostensteigernder Faktor auf dem Weg zum erstrebten Studienabschluss.

Von Freiheit, Ferne von einer Ideologie und einem Charakter als Diskussionsforum ist für die Studierenden dieser „F“U wenig bis gar nichts zu spüren.

Wenn wir rückblickend auf die Fehler und Erfolge der Bewegungen um 68 schauen, um für heute zu lernen, müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass die heutige, historisch spezifische Situation, eine andere ist. Doch es lassen sich Parallelen ziehen, die uns Ansätze für die heutige politische Aktivität als Studierende geben. Auch heute sehen wir uns einem in alten Mustern gefangenen universitären Apparat gegenübergestellt. Und wir glauben, dass wir auch heute Druck von unten brauchen, um diesem Apparat begegnen zu können.

Solchen Druck aufzubauen, ist alles andere als einfach, es erfordert eine breite Politisierung und Mobilisierung. Auf dem Weg dorthin heißt es für uns deshalb, mit Aufbau- und Bildungsarbeit eine Stimmung der Unzufriedenheit mit dem akademischen Status quo nicht nur zu schaffen, sondern sichtbar zu machen. Fragt man die Studierenden, wie es ihnen im Studium ergeht, konfrontiert man sie mit den wünschenswerten Gedanken der wirklich freien Entfaltung und Forschung, einem selbstbestimmten Studium, das nicht durch finanzielle Unsicherheit, Regelstudienzeitdruck und Anwesenheitspflicht dirigiert wird, so findet man diese Unzufriedenheit. Doch man findet ebenso Frust und das Gefühl von Machtlosigkeit. Was die 68er mit ihrer Bewegung geschafft hatten, war, diese Machtlosigkeit zu durchbrechen, und greifbar und erfahrbar zu machen, was es heißt zu partizipieren und etwas in Bewegung zu bringen. Und sie haben dies auf breiter Basis geschafft. Es wird auch heute immer wichtiger, im Kampf gegen die zunehmend autoritär agierende Universität breite Bündnisse zu schaffen. Die Stärke der APO lag in ihrer Vielfältigkeit, in ihrem solidarischen Kampf über die Grenzen verschiedener Gruppen hinaus. Breiter Druck kommt nur aus einem breiten Bündnis der Mobilisierung, geeint im Kampf um eine freie Universität und eine freie, emanzipatorische Gesellschaft.

Verbot eines 68 Kongresses

In Anlehnung an 68er-Konzepte des gemeinsamen Lehrens und Lernens veranstalten wir als SDS Ende des Jahres einen Kongress in Berlin: 68/18 – Geschichte wird gemacht. Wir wollen gemeinsam mit vielen Zeitzeug*innen, Wissenschaftler*innen, Organisationen und Studierenden sowohl die Bewegungen von 68 beleuchten als auch die Herausforderungen und Chancen heutiger Kämpfe diskutieren. Doch die FU

Leitung verbietet dem SDS die Räume dafür. So sei der Kongress, trotz der vielen Zusagen bekannter Wissenschaftler*innen, nicht wissenschaftlich genug und zu sehr parteipolitisch. Obwohl die FU nie Probleme hatte Parteipolitiker wie Frank-Walter Steinmeier oder Wolfgang Schäuble in den Henry-Ford-Bau einzuladen, berufen sie sich hier auf ihre „Pflicht zur Unabhängigkeit“. Dabei ist der Kongress zu 68 bewusst breit aufgestellt und DIE LINKE-Politiker*innen machen einen sehr geringen Prozentsatz aus.

Damit reiht sich dieser Vorfall ein in eine Vielzahl von Vorfällen, die es auch in den 60ern schon gab. 1965 verbot der Rektor der FU ein vom AStA organisiertes Podium mit dem Journalisten Erich Kuby, trotz mehrerer Proteste und Demonstrationen. Der „Fall Kuby“ erregte damals viel Aufsehen², aber auch in den letzten Jahren kam es immer wieder zu Verboten gegenüber Veranstaltungen von Studierenden. Beispielsweise heißt es in einer Resolution des Studierendenparlaments vom 02.07.2015: „In einem aktuellen Fall wird einem lang geplanten Kongress des AStA trotz mehrfacher Aufforderung bisher keine Antwort auf eine Raumanfrage mitgeteilt. Nachdem dieses Jahr mehrere Monate die Sporthalle der „F“U als Flüchtlingsunterkunft genutzt wurde, möchte der AStA in Kooperation mit der Fachschaftsinitiative Psychologie und der Neuen Gesellschaft für Psychologie einen Kongress an die Uni holen, der sich wissenschaftlich mit den Themen ‚Migration und Rassismus‘ auseinandersetzt und einen kritischen Diskurs darüber anstoßen soll, wie Wissenschaft und Politik Themen um Flucht und Bleiberecht behandeln und welche Auswirkungen diese auf die Meinungsbildung der Bevölkerung Europas haben. Dieser Form kritischer Wissenschaft scheint die Universität keinen Raum geben zu wollen“.

Und auch die Ferienuniversität der Kritischen Psychologie musste 2014 allein mehrere Monate auf eine Antwort auf ihre Raumanfrage warten. Dazu heißt es in oben genannter Resolution: „Trotz mehrfacher Aufforderung des AStAs, der Fachschaftsinitiative Psychologie und Professor_innen des an den Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie angebotenen Arbeitsbereich Subjektforschung und Kritische Psychologie an der FU Berlin wurde der Beschluss, ob und unter welchen Konditionen die Räume zur Verfügung gestellt würden, nicht getroffen. Erst nachdem sich auch der Fachbereichsrat Erziehungswissenschaft und Psychologie positiv bezüglich des Kongresses ausgesprochen hatte, wurden die Räume gegen eine Reinigungspauschale freigegeben.“

Es gibt wiederum Beispiele von Veranstaltungen, die offensichtlich laut Universitätsleitung vereinbar waren mit ihrem Neutralitätsgebot, was die Frage eröffnet, warum sie gerade nun zu einem Thema wie 1968, das eine historische Bedeutung für die FU hat, dem Kongress die Räumlichkeiten absagen.

Der Vorwand, der SDS wäre gleichkommend mit einer Parteiveranstaltung, erscheint tatsächlich vorgeschoben, denn im Dezember 2009 konnte der CDU-Politiker Eberhard Diepgen auf Einladung des Studierendenverbands der CDU, des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), stattfinden, von der sogar auf

der offiziellen Universitäts-Website berichtet wurde. Im Jahr 2005 redete CDU-Vorsitzende Angela Merkel höchstpersönlich an der Freien Universität. Besonders fällt dabei auf, dass Merkel nicht etwa wissenschaftlich zu einem Thema aus ihrem naturwissenschaftlichen Fachgebiet, sondern zum Titel „Germany as a Nation of Ideas“ referierte. 2010 gab es eine Rede vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, über die die Furios berichtete: „Wissenschaftlichen Ansprüche“³ wolle er [Müntefering] an seinen Vortrag ‚Ohne Koch und Ohne Kellner‘ nicht erheben“. Und die Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Wirtschaftsrates mit Wolfgang Schäuble (CDU) wurde vom Universitätspräsidenten persönlich mit Grußwort eingeführt.

Ebenso wurde sowohl 2014 eine Veranstaltung mit Grünen-Politikerin Renate Künast zum Freihandelsabkommen TTIP genehmigt als auch die Einladung von Frank-Walter Steinmeier für den 21. Oktober 2015, damals nicht in seiner Funktion als Bundespräsident, sondern als SPD-Minister. Seine Rede wird dabei in der Furios als „Grundsatzrede zur deutschen Außenpolitik“ bezeichnet. In diesem Licht scheint der Ablehnungsgrund des 68-Kongresses, er sei nicht wissenschaftlich genug und zu parteipolitisch, blanker Hohn. Und zu guter Letzt konnte 2009 ein Kongress des SDS an der FU stattfinden: der „Make Capitalism History“-Kongress. Es war das Jahr des Bildungsstreiks 2009, eine bundesweite Schüler*innen- und Studierendenbewegung gegen die Bologna-Reform. Was uns einen wesentlichen Hinweis auf Repression und Widerstand liefert:

In bewegten Zeiten lassen sich Räume an der Hochschule sowohl leichter verteidigen als auch einfordern. In den letzten Jahren sind wir als Studierendenschaft eher in die Defensive gekommen. Es gab wenig Proteste an der FU, die maßgeblich das Klima an der Uni beeinflussen konnten und kaum etwas auf überregionaler Ebene. Der wochenlange TV-Stud-Streik hat hier, vielleicht zum ersten Mal seit Jahren, wieder aufzeigen können, was es heißt, ein Thema an der Uni zu setzen und dafür auf die Straße zu gehen.

Wenn die Schaffung kritischer Räume kein Anliegen der Universitäten ist, ist es an uns Studierenden, dies zu übernehmen. Wir wollen Zetkin, Marx, Luxemburg und Marcuse zurück an die Uni holen, wenn es die FU selbst nicht tut. Wir wollen reflektierte, politische Diskussion und Gesellschaftskritik ermöglichen. Wir wollen die Universität zum Ort der Vielfalt und Entfaltung machen. Wir wollen den antiautoritären Hauch von 1968 wieder an die Uni holen und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dort den Kongress stattfinden zu lassen, statt auf andere Räumlichkeiten in der Stadt auszuweichen. Wir wollen mit unserem „68/18 – Geschichte wird gemacht“-Kongress Geschichte lebendig machen.

Wir wollen gemeinsam mit anderen die Freie Universität zu dem machen, was sie nur behauptet zu sein.

² Zum „Fall Kuby“ vgl. u. a. den Artikel „Von der Freien zur Kritischen Universität“ in der vorliegenden Publikation.

³ <http://www.furios-campus.de/2010/06/03/muntefering-meckert-uber-medien/> (Abruf 17.08.2018).

FSI Geschichte Begins

Janik Hollnagel (2018)

¹ Zur undemokratischen Zusammensetzung der FU-Gremien vgl. Helmut Müller Enbergs, FU: Von der Gruppenuniversität zur Konkursmasse, in dieser Publikation.

² Alle vorangehenden Zitate aus AStA FU, Mein erstes Semester. 24. Auflage, Berlin 2017, S. 104–107.

³ Dies trifft nur auf einen Teil der FSIn (v. a. in den größeren Fächern) zu. Es kam im Laufe der Zeit immer wieder zu Auflösungen sowie Wieder- und Neugründungen, die dann (wohl aus Gewohnheit) den Namen „Fachschaftsinitiative“ und auch meist ihre Organisationsform übernahmen.

⁴ FSI Geschichte, Historisches, online auf <http://fsigeschichtefu.blogspot.eu/historisches/>, abgerufen am 08.09.2018.

⁵ Vgl. Furios. Studentisches Campusmagazin der FU Berlin, #45 fsi wiwiss. Interview vom

FSI: Eine Abkürzung, der man an der Uni immer wieder begegnet. Sie steht für Fachschaftsinitiative. Diese gibt es an der FU an beinahe jedem Institut. Doch was ist das überhaupt? In der neuesten Auflage der AStA-Publikation „Mein erstes Semester“ kann man nachlesen, dass die FSIn „für alle Leute offen [sind], die [...] sich auch für das interessieren, was meist hinter den Kulissen [...] entschieden wird.“ Es geht dabei sowohl um Gremienentscheidungen¹, wie die Besetzung von Professuren oder die Verabschiedung von Studienordnungen, als auch um abstraktere Veränderungen, wie Ökonomisierung oder Neoliberalismus. „Entscheidungen der Unileitung oder des Berliner Senats [sind nicht] einfach nur hinzunehmen“. Die Fachschaftsinitiativen selbst sind „parteilich unabhängig, aber natürlich nicht unparteiisch.“² Sie beanspruchen, nicht nur zu hochschulpolitischen und fachnahen Themen sprechen zu können, sondern vertreten darüber hinaus auch allgemeinpoltische Ansprüche. An den Instituten werden Erstsemestereinführungen, Fahrten, Veranstaltungen, Partys u. ä. organisiert. Außerdem sind die FSIn in der Verfassten Studierendenschaft aktiv. Dort konnte der „Initiativgedanke“ verbreitet werden, indem beispielsweise die formal machtvolle Funktion des AStA-Vorsitzes real stark eingegrenzt wurde.

Dies beschreibt wohl heute nur noch einen Teil der FSIn. Einige, wie die FSI Jura, inszenieren sich schon seit Jahren als „unpolitisch“. Dadurch bleiben zwar Dinge, die sich unter dem Oberbegriff „Service“ (Ersti-Betreuung, Partys usw.) zusammenfassen lassen,

erhalten, jedoch fällt der (gesellschafts-)politische Anspruch und die grundlegende Skepsis gegenüber universitären und anderen Autoritäten weg. Der gemeinsame Name kommt jedoch nicht von irgendwoher. Die Initiativen haben, trotz unterschiedlicher Entwicklung, einen gemeinsamen Ursprung.³ Wann dieser zu verorten ist, scheint in den Initiativen selbst, vergessen worden zu sein. Dabei ist die historische Verortung, aus welcher konkreten historischen und politischen Situation die FSIn entstanden, von enormer Wichtigkeit für die Auseinandersetzung und Weiterentwicklung der Struktur und des Basisdemokratiekonzeptes. Es finden sich hierzu in Selbstdarstellungen. Z. B. schreibt die FSI Geschichte auf ihrer Webseite äußerst unkonkret: „Die Fachschaftsini Geschichte existiert etwa seit den 80er Jahren“⁴. Etwas konkreter wird es bei der FSI Wirtschaftswissenschaften, die in einem Interview mit der Furios angab, alte Protokolle von 1978 gefunden zu haben.⁵ Ansonsten sparen sich die FSIn über ihre Geschichte aus. Diese Lücke soll hier nun zumindest teilweise gefüllt werden, indem zuerst der Kontext der FSI-Gründungen geschildert werden soll und anschließend, anhand einiger Unterlagen (v. a. Protokolle, Zeitschriften, Ersti-Reader und Flugschriften) aus den Jahren 1977–1985⁶, die frühe Geschichte der FSI Geschichte zumindest in groben Zügen rekonstruiert werden.⁷ Im Abschluss kann dann geschaut werden, inwiefern sich das heutige FSI-Konzept⁸ mit den Ansprüchen der Gründungsphase deckt.

Basisgruppen an der FU – Das gab's doch schonmal!

Im Zuge der 68er-Bewegung sprossen überall antiautoritäre Gruppen aus dem Boden. Zum Teil waren diese kampagnenorientiert, wie auch zahlreiche studentische Ad-Hoc-Gruppen an der FU. Auch wurden in ganz Berlin Stadtteil- und Betriebsbasisgruppen gegründet, die sich immer mehr dem ökonomischen Kampf zuwandten, um über spontane Aktionen das „proletarische Klassenbewusstsein“ bei den Arbeiter_innen zu wecken. Zeitgleich verstetigten sich ab Sommer 1969, zusammengehend mit dem sich abzeichnenden Ende des SDS, an vielen Fachbereichen der FU die Ad-Hoc-Gruppen zu Roten Zellen, die jedoch schon den Aufbau einer kommunistischen Partei anstrebten und oft straff organisiert waren. Am bekanntesten ist wohl die Rote Zelle Germanistik (Rotzeg), es gab jedoch u. a. auch eine Rote Zelle Historiker (Rotzhis). 1970 sollen 400–500 Studierende in West-Berlin (also FU und TU) Mitglieder der Roten Zellen gewesen sein, weitere 1.000 galten als Sympathisant_innen.⁹ All diese Gruppen gingen jedoch sehr bald in den entstehenden kommunistischen Parteien, besser bekannt als K-Gruppen, auf (in Berlin v. a. KPD-AO (bald nur noch KPD), KB/ML und PL/PI)¹⁰.

Die KGruppen hatten sich schnell an Detailfragen über die „richtige Linie“ aufgerieben, zugleich scheiterten sie permanent an ihrem Anspruch eine Massenpartei zu sein und kamen über einen kleinen Kreis an ideologisch-geschulten Kadern selten hinaus.¹¹ Stattdessen kam es ab Mitte der 1970er Jahre zu einer Renaissance der Basisbewegung. Der historische Kontext war die Sponti-Bewegung. Im Gegensatz zu den K-Gruppen, sollte hier alles etwas weniger verkopft, alles etwas weniger ernst und ideologisch aufgeladen. Das anti-autoritäre Element trat wieder in den Vordergrund, vielleicht sogar in einer radikaleren Form als es um 68 der Fall war. Auch gab es eine enge Verzahnung mit der Häuserbesetzungsbewegung. Man orientierte sich wieder an der Basis und war direkt an den Problemen der Betroffenen. Die Gruppen wurden „offen“. D. h., dass auch Unorganisierte partizipieren konnten und sollten. Den Höhepunkt der Spontis stellte wohl der TUNIX-Kongress an der TU im Januar 1978 dar, an dem über 20.000 Menschen teilnahmen. Er gilt als Geburtsstunde der taz und der Alternativen Liste (AL), und damit der Grünen. Vor allem aus (orthodox-) marxistischer Perspektive wurde das „spaßige“ Erscheinungsbild der Spontis gerne als „kleinbürgerlich“ bezeichnet, da sie den Klassenkampf aus dem Blick zu verlieren drohten.¹² An den Universitäten war die erste Äußerung des neuen Geistes wohl der „Berufsverbote-Streik“¹³ 1976/77. Wie der Name schon sagt, wurde er dadurch ausgelöst, dass Professoren, die zur Wahl der SEW bzw. KPD aufgerufen hatten, ein Berufsverbot drohte.¹⁴ In Kritzlers Text ist auch die Rede von entstehenden Sponti-Gruppen an der FU. Als Beispiele nennt er das Sozialistische Arbeitskollektiv Jura (SAK-jur) und die Fachbereichsinitiative (FBI). Dies klingt nun schon sehr dicht an den Fachschaftsinitiativen und dieser Verdacht scheint auch zuzutreffen. Bevor wir uns allerdings mit den Akten der FSI Geschichte befassen, soll noch ein, neben antiautoritärer

Tradition der 68er und Sponti-Bewegung, dritter, entscheidender Punkt für die frühe Geschichte der FSI genannt werden: die Wiedererstehung der Verfassten Studierendenschaft.¹⁵ Die Verfasste Studierendenschaft und mit ihr auch der AStA war 1969 aufgrund der durch die eingeführte Drittelparität nun vorhandenen Repräsentation der Studierenden abgeschafft worden. Als die Drittelparität durch das Bundesverfassungsgericht 1973 gekippt wurde, standen die Studierenden nun ohne Interessensvertretung da.¹⁶ 1976 kam es zur Gründung des Unabhängigen Studierendenausschusses (UStA), der v. a. zum Sprachrohr der entstehenden Basisgruppen lancierte. Im „nationalen Studentenstreik“ 1977/78, der eigentlich der Bewahrung der letzten von 1969 gebliebenen Reformen im Hochschulrahmengesetz (HRG) dienen sollte, wurde eine Verankerung desselben im Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) und somit die Entstehung eines neuen AStA erreicht, auch wenn das eigentliche Ziel scheiterte. Dieser wurde 1980 eingerichtet. Über anfängliche Streitigkeiten über Satzung und Budget wird an dieser Stelle zunächst nicht berichtet. Sofern von Relevanz fließen sie in den folgenden Teil ein. Trotz dieser Probleme ist die Wiederbegründung der Verfassten Studierendenschaft wohl ein entscheidender Faktor für das lange Bestehen, der spontaneistischen Basisgruppen.

Die FSI Geschichte

Aus der Frühzeit der FSI existiert u. a. ein Ersti-Reader aus dem Sommersemester 1981: der „Roter Kommentar gegen den grauen Alltag“. Diese Veröffentlichung ist schon an sich interessant. Er „setzt die Tradition des vormaligen ‚Roten Heftes‘ fort“, welches „früher“ von ADS(en) und Jusos herausgegeben wurde. Außerdem richtet sich der Titel expliziert gegen das vom Fachbereich (13) herausgegebene kommentierte Vorlesungsverzeichnis, auch „Graues Heft“ genannt. Das „Rot“ im Titel bezieht sich dabei, wie zu erwarten, keineswegs auf das Design der Kommentare, diese sind ganz simpel schwarz auf ungebleichtes, weißes Papier kopiert, sondern auf den Inhalt.¹⁷ Im Reader lässt sich auch lesen: „Hervorgegangen ist die Fachschaftsinitiative aus der Erstsemestergruppe von 1979 und den politischen Organisationen sowie etliche Unorganisierten nach verschiedenen Aktionen gegen die Sprachklausuren.“ Einige Seiten später findet sich auch noch ein persönlicher Erfahrungsbericht zur Gründung. Der die Autor_in beschreibt sein_ihr Verlorenheitsgefühl an der Universität: die Beratung eines Dozenten schaffte eher Verwirrung als Klarheit, von älteren Studierenden gab es dann noch eher Gegenteiliges über „relative Linke“ und „NOFU-Dozenten“¹⁸ zu hören, andere Erstsemester erschienen mit Bücherstapel zu Seminaren, während die schildernde Person „um die Zeit noch nicht mal ne Semesterkarte [hatte]“. Die Erstsemestergruppe (und später FSI) diente dementsprechend auch zunächst als Orientierung im Studium, Verhinderung der Vereinzelung und als Widerstandszelle gegen den Uni-Bluff. Politische Arbeit stand zunächst nicht im Vordergrund. Jedoch wurde durch die Arbeit in der Ausbildungskommission (ein empfehlendes Gremium für den Fachbereichsrat (FBR), das zur Hälfte mit Studierenden besetzt ist), bei der eine neue Sprachklausur

8. Januar 2011, online auf <http://www.furios-campus.de/2011/01/08/45-fsi-wiwiss/>, abgerufen am 08.09.2011.

⁶ Nicht alle Jahre sind gleichermaßen dicht abgedeckt.

⁷ Eine genauere Aufarbeitung inkl. Recherchen in Archiven, bei anderen Fachschaftsinitiativen und durch Zeitzeug_innenbefragungen stehen noch aus, weshalb die Rekonstruktion an einigen Stellen vage bleiben muss. Sie ist allerdings durch den Autor geplant.

⁸ Die oben erläuterte Darstellung des AStA deckt sich im Wesentlichen mit Selbstbeschreibungen der FSI Geschichte, weshalb auf eine gesonderte Darstellung hier verzichtet wurde.

⁹ Vgl. Der Spiegel, Nr. 41/1970 vom 05.10.1970, S. 101, online auf <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43800907.html>, abgerufen am 08.09.2018. Vgl. auch Karl-Heinz Schubert (Hg.), Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Westberlin 1988.

¹⁰ KPD-AO: Kommunistische Partei Deutschlands-Aufbauorganisation, KB/ML: Kommunistischer Bund/ Marxisten-Leninisten, PL/PI: Proletarische Linke/Parteinitiative.

¹¹ Einige dieser Gruppen bestehen jedoch bis heute fort.

¹² Zum TUNIX-Kongress vgl. Anina Falasca, „Spaßige Spontis“ und „fröhliche Freaks“. Zur theoretischen Neuorientierung der Neuen Linken um 1978, in ABG 2018/II, Mai 2018. Im in diesem Heft vertretenen Text von Helmut Müller Enbergs „FU: Von der Gruppenuniversität zur Konkursmasse“ ist nur von 6.000 Teilnehmenden die Rede. Jedoch wird hier die Zahl von Falasca übernommen, die dem neuesten Forschungsstand entspricht.

¹³ Uwe Schlicht, Vom Burschenschaftler bis zum Sponti. Studentische

Opposition gestern und heute, Berlin 1980, S. 128f.

¹⁴ Zum Streik vgl. in dieser Publikation Arthur Kritzer, Der vergessene Aufbruch: Streik an der FU 76/77, auf S. 62. Zum Thema der Berufsverbote vgl. in dieser Publikation Lore Nareyek, Wie an der FU die Vertreibung kritischer Köpfe versucht wurde, auf S. 164.

¹⁵ Sicherlich könnten hier noch weitere Punkte genannt werden, z. B. der Rückgriff auf räte-demokratische Ideen der Arbeiter_innenbewegung. Die drei genannten scheinen aber die drei unmittelbarsten und damit wichtigsten zu sein.

¹⁶ Vgl. Fabian Bennewitz, 30 Jahre ASTA. Eine kleine Geschichte der Verfassten Studierendenschaft der FU, in ASTA FU (Hg.), Out of Dahlem Nr. 12, Berlin 2001, S. 4–11.

¹⁷ Laut dem Inhaltsverzeichnis auf dem Cover: „Dozentenporträt, Veranstaltungsbesprechung, Frauenteil, Erstsemestertips [sic], Fachschaft, Informationen e. t. c.“.

¹⁸ Bei der NoFU (1970–1990), der Notgemeinschaft für eine freie Universität, handelte es sich um einen rechten Professor_innenverband, der relativ erfolgreich versuchte, die Demokratisierung der Hochschulen und damit die Schwächung ihres eigenen Status zu verhindern.

surregelung erarbeitet wurde, die autoritäre Struktur der Uni deutlich: Sämtliche Vorschläge wurden im FBR abgeblockt.

Neben der Arbeit in der Ausbildungskommission wurde Geld für Prozesskosten als „Nachspiel des 76er-Streiks“ organisiert. Auch gibt es eine sehr treffende Beschreibung davon, was die FSI nicht sein möchte: zum einen keine politische Hochschulgruppe, die „man erst [...] aufmachen muß, wenn man mal seine Meinung gemeinsam kundtun will“ (also keine Kampagnen-Gruppe/Aktionsbündnis) zum anderen keine, bei der man „erst seine Ansichten verbiegen muß, damit man [...] eintreten kann“ (also keine Parteistruktur mit bereits festgelegtem Programm). „Die Fachschaft ist ein loser Zusammenschluß verschiedener am Fachbereich bestehender Gruppen: Alte Ini, Rote Garde, Khg, Ads, Lhv, Jusos und einer Menge unorganisierter Leute“.

Die FSI Geschichte ist also 1979 im Wintersemester entstanden und ist seitdem am Friedrich-Meinecke-Institut präsent. Zwei Anhaltspunkte lassen allerdings auf eine Vorläufer-Gruppe vermuten: 1. ist es relativ wahrscheinlich, dass das organisierte Prozesskosten-Geld für Leute am Fachbereich gesammelt wurde und 2. bleibt offen, wer die erwähnte „Alte Ini“ ist. Den Beweis liefert dann ein Info-Blatt „Hystericon“ Nr. 3. Zwar heißt es hier an keiner Stelle FSI, allerdings ist mehrfach von der „Initiative“ die Rede. Das Blatt selbst ist offen für alle Studierenden am FB 13 konzipiert. Es wird eine 14tägige Herausgabe angekündigt und das Abgabedatum für die nächste Ausgabe ist der 28.10.1977. Dies legt das Erscheinungsdatum also sehr sicher auf 1977 fest und zeigt, dass zumindest ein Vorläufer der FSI bereits existierte. Diese scheint noch durch den Maoismus beeinflusst zu sein, denn als (Beinahe-)Wahlspruch des Hystericon wird das Mao-Zitat: „LASST TAUSEND BLUMEN BLÜHEN !!!“ angegeben. Diese Beeinflussung könnte allerdings auch mehr in Umgangform und Folklore, als in theoretischer Folgsamkeit liegen. Auch wird die „Meinecke Volkszeitung“ erwähnt, die Anfang des vorhergehenden Semesters (also SoSe 1977) erschien. Ein wichtiges Thema sind die Repressionen im Zuge des 1976/77er Streiks. So wurden einige Kommiliton_innen relegiert oder erhielten sogar Strafverfahren. Die Vorwürfe waren u. a. Nötigung (meistens wegen erzwungenem Seminarabbruch), Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch und sogar Körperverletzung. Zwar waren hier 1977 Teilerfolge zu verzeichnen, da einige der Verfahren eingestellt wurden. Dass das Thema nachhaltig belastend war, sieht man daran, dass die FSI, wie oben erwähnt, noch 1979 Geld für die Deckung dieser Repressionskosten auf-treiben musste. Auch in einigen der Dozent_innenporträts lässt sich die Verbitterung der Studierenden noch spüren. Zwei seien hier als Beispiel herausgegriffen: Ernst Nolte und Wolfgang Wippermann. Ernst Nolte war seinerzeit einer der berühmtesten Faschismusforscher, später wurde er durch seine NS-verharmlosenden Aussagen zu einem Hauptakteur im Historikerstreit (die FSI Geschichte kritisiert hier übrigens in Grundzügen schon genau die Punkte, die 1981 die Debatte bestimmen würden). Laut der FSI-Beschreibung warf er den protestierenden Studierenden 1976/77 vor,

„Quasifaschisten“ zu sein und warf sogar einer Studentin vor, am Tod des Historikers Friedrich Zipfel schuld zu sein, woraufhin „in nicht unerheblicher Weise [ihre] Zukunft verbaut wurde“.

Wolfgang Wippermann, heute eher als „Linker“ bekannt, war Noltes Schüler und beschäftigt sich u. a. ebenfalls mit Faschismus-Forschung. Im Berufsverbote-Streik 76/77 gehörte er zu der Gruppe, die Verfahren gegen streikende Studierende in Gang brachten. Dafür wird er auch 1977 im Hystericon als „Nofu-Nachwuchsstar“ bezeichnet. 1981 wird ihm jedoch schon eine gewisse Emanzipation von Nolte bescheinigt und seine Arbeiten zum Neofaschismus gelobt. Seine Vergangenheit macht ihn jedoch „für viele ältere Semester zu einem schwierigen Fall.“

Das Thema Faschismus spielte auch sonst eine wichtige Rolle in der Fachschaftsinitiative. So kritisiert sie eine Ringvorlesung, die 1982/83 am FMI im Kontext des 50sten Jahrestags der sogenannten Machtergreifung stattfindet und stellt kurzerhand ein Gegenprogramm auf die Beine. Dabei sollen marginalisierte Themen zum Nationalsozialismus in den Vordergrund gestellt werden, z. B. die Rolle der Justiz, des Großkapitals, von Frauen, Kunst und Geschichtswissenschaft während der NS-Zeit. Dazu sind z. T. namhafte Wissenschaftler_innen für Vorträge oder Podiumsdiskussionen geladen.

Im Allgemeinen steht die FSI dem Institut, den Dozierenden und der angebotenen Lehre kritisch gegenüber. In den Dozierendenporträts im Roten Kommentar kommt nur ein Bruchteil gut weg. Es ist die Rede von „autoritär-bornierten Dozenten wie auch [...] inhaltlich borniert und verfälschend aufgezogenen Lehrveranstaltungen“. Die Geschichtswissenschaft wird oft so betrieben, „daß einem die Lust am Studium vergeht“, und sei „völlig einseitig“. Der Grund ist, dass nicht nur der historische und dialektische Materialismus, sondern auch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze nicht vorkommen. Letztlich bestimme immer noch der Historismus den Fachbereich. Auch Frauenforschung kommt so gut wie nicht vor, und dies sowohl als Forschung über Frauen als auch als Forschung von Frauen. Am Friedrich-Meinecke-Institut arbeiten in den frühen 80er Jahren fast ausschließlich Männer. Daher fordert die FSI auch für das Lehrprogramm: historischen Materialismus, eine kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Geschichtstheorien, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, nicht-eurozentristische Geschichtswissenschaft, einen nicht-verharmlosenden Umgang mit dem Faschismus und mindestens einen weiblichen Lehrstuhl für Frauengeschichte. Die FSI versuchte nun diese im offiziellen Curriculum nicht vorkommenden Themen durch eigene Veranstaltungen abzudecken. Neben der bereits erwähnten Faschismus-Reihe wären das z. B. eine Veranstaltungsreihe zur ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika und eine Veranstaltungsreihe zu Geschichtstheorien, beide im Sommersemester 1985.

Zusätzlich zu den öffentlichen Veranstaltungen gründet sich aus der FSI heraus und um sie herum eine Vielzahl von AGs und Initiativen. Bei den meisten ist nichts über Größe, Zeitraum des Bestehens oder konkrete Inhalte bekannt. Doch sollen hier einige als Beispiel aufgeführt werden: Veranstaltungs-AG, Kür-

zungs-AG, Öffentlichkeits-AG, Erstsemestergruppe, Videogruppe, Friedensinitiative, Nicaragua-AG, mehrere Frauen-AGs (mit Arbeitsschwerpunkt, z. B. „Frauen in der Antike“) usw. Dieser Überblick zeigt recht gut das Tätigkeitsspektrum der FSI: Neben Alltäglichem, Öffentlichkeitsarbeit, aktuellen Aktionen (Kürzungen) und Wissenschaftlichem gibt es auch offene „allgemeinpolitische“ AGs, in diesem Fall zu den Themen Frieden und Nicaragua.

Zum Schluss sollen noch hochschulpolitische Themen zur Sprache kommen. Die FSI war, wie gesagt, den hochschulpolitischen Themen ihrer Zeit verhaftet. In den Gremien setzte sie sich für Studierendenrechte ein, kämpfte gegen die Sprachklausuren, Zugangsbeschränkungen für Seminare u. ä. Sogar eine alternative Studienordnung wurde entworfen. Es wurden regelmäßig Fachbereichsvollversammlungen abgehalten und es gab regen Austausch mit dem AStA. Von fachbereichs-, ja sogar uniübergreifender Bedeutung war im betrachteten Zeitraum z. B. die Boykottaktion gegen die Studentenwerksbeiträge (letztlich erfolglos, wir zahlen das immer noch...), in denen der Auftakt zur Einführung von Studiengebühren gesehen wurde. Auch die FSI beteiligte sich hier an der Mobilisierung, sammelte Unterschriften etc. Ein Thema soll hier hervorgehoben werden, da es unmittelbar mit der (Re-)Konstituierung der Verfassten Studierendenschaft an der FU in Verbindung steht: die Debatte um den Fachschaftsrat.

Mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft gab es nicht nur die Möglichkeit, wieder einen AStA zu wählen, sondern auch die Möglichkeit, Fachschaftsrate an den einzelnen Fachbereichen zu bilden. Der erste, und möglicherweise der einzige, der sich je konstituiert hat, wurde vermutlich am 21.01.1981 gewählt, wie es aus einem Wahlauftrag der Fachschaftsinitiative zur Vollversammlung hervorgeht. Neben der Vorstellung der bisherigen FSI-Arbeit, die nun im FSR fortgeführt werden sollte, wird erläutert, dass die FSI die Möglichkeit wahrnehmen möchte, „aus der neuen, stärkeren, weil besser organisierten Position heraus, mit ASTA und Fachschaften, für die volle Durchsetzung unserer Forderungen, wie Satzungs- und Finanzhoheit und politisches Mandat zu kämpfen.“

Hier wird ein Problem deutlich, weshalb nun doch nochmal ein Rückblick auf die Einführung der Verfassten Studierendenschaft getan werden muss: Nach der Wiedereinführung ließ das gewählte Studierendenparlament über die Satzungsentwürfe der verschiedenen Gruppen in einer Urabstimmung entscheiden. Dabei gewann der Entwurf der Basisgruppen und des LHV, der, ganz im Sinne der Basisgruppen, die mit einer verfassten Struktur ohnehin schon ein Problem hatten und zum Teil gerne beim selbstorganisierten UStA geblieben wären, viele partizipative und wenig repräsentative Elemente enthielt. Jedoch wurde dessen Bestätigung im StuPa, welchem die formale Entscheidung unterlag, durch die Jusos verweigert, wodurch die nötige Mehrheit verfehlt wurde. Es wurde zunächst ein AStA ohne Satzung gewählt. Später (vermutlich 1982) wurde dem AStA schließlich eine Satzung vom Senat aufgedrängt, die basisdemokratische Elemente, wie eine zentrale Stellung der Urabstimmungen und

Vollversammlungen sowie das imperative Mandat, stark einschränkte. Außerdem versuchte der Senat, die finanziellen Mittel der Studierendenschaft zu beschränken, indem Konten eingefroren und die Beitragsordnung aufgehoben und eine neue dann auf 4 DM begrenzt wurde.¹⁹

Das Problem für den FSR Geschichte war nun, dass zwar eine Satzung für die Fachschaft am FB 13 verabschiedet und vom StuPa bestätigt wurde, da jedoch die Universitätsleitung die Satzung des StuPas nicht anerkannte (bzw. dieses keine offiziell bestätigte Satzung hatte), waren natürlich alle Entscheidungen dessen im Auge der Unileitung nichtig. Davon abgesehen, war ihr die Fachschaftssatzung ohnehin ein Dorn im Auge, sie sah als oberstes Beschlussorgan die Fachschaftsvollversammlung vor, als Exekutivorgan einen FSR bestehend aus fünf Mitgliedern, der jedoch sehr eng an die VV rückgekoppelt war. Die FSI wollte nun dieses Gremium nutzen, um die studentischen Interessen noch vehementer vertreten zu können. Sehr wichtig war hierbei wohl auch die angestrebte Finanzhoheit.

Die Satzung wurde letztlich, wie beim AStA, durch eine andere, repräsentativere, die an die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen angelehnt war, ersetzt. Vermutlich deshalb, kam es auch zu einem Umdenken in der FSI und nur ca. 3 Jahre, 1984, erklärt die FSI, „eine ‚Legalisierung‘ der Fachschaftsinitiativen abzulehnen.“ Die ganze Erklärung ist eine „prinzipielle Ablehnung der Fachschaftsrate“, ein Apell gegen Institutionalisierungen und für das aktuelle offene Prinzip, das v. a. auch „unorganisierte“ Studierende partizipieren ließe. Die bessere Rechtsstellung und das eigene Budget scheinen nicht mehr unbedingt gewünscht zu sein – ersteres, da eine persönliche Haftbarmachung möglich wäre, letzteres, da der AStA bisher alles finanziert hätte. Zu dieser Zeit scheinen die massiven finanziellen Anfangsprobleme also weitestgehend aus der Welt geräumt. Bei „aufoktroierten FSR-Wahlen“ tendierte die FSI zur Beteiligung. Wahlen wurden nun zunächst nicht abgehalten. Die Erkenntnis, ab wann dies geschehen ist und ob je wieder ein gewählter FSR am Geschichtsfachbereich konstituiert wurde, bleibt der weiteren Recherche vorbehalten, auch wenn letzteres höchstwahrscheinlich nicht wieder passiert ist. 2012 wurde die Wahlordnung für die ohnehin fast nie einberufenen Fachschaftsrate vom StuPa aufgehoben, was auch vom Präsidium bestätigt wurde.

Auch wenn es im untersuchten Zeitraum scheinbar keine bis wenig Probleme mit rechten Studierendengruppen am Fachbereich Geschichte gegeben hat, so gab es doch einen Widersacher: der UDF – Unabhängiger Demokratischer Fachschaftsrat Geschichte. Zuerst sollte gesagt werden, dass dieser kein Fachschaftsrat war, sondern sich nur so nannte. Vielmehr handelte es sich um eine Hochschulgruppe der Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA), einer trotzkistischen Gruppe. Der UDF lehnte gewählte Körperschaften (trotzdem der irreführende Name) inkl. Des AStA ab. Er baute eine Parallelstruktur zur FSI auf und gab sich basisdemokratisch, indem er beispielsweise für die Wahl von Seminarsprecher_innen sorgte. Laut Aussagen der FSI handelte es sich jedoch zumeist um dieselben „Reisekader“, die von Seminar gingen und versuchten, Sympathisant_innen und

¹⁹ Vgl. für den etwas unübersichtlichen Prozess AStA-FU, Erstsemester-Info WS 83/84, S. 6–13.

²⁰ FSI Geschichte, Hammer und Morgenstern. Zeitschrift der Fachschaftsini Geschichte. WS 84/85, S. 13f.

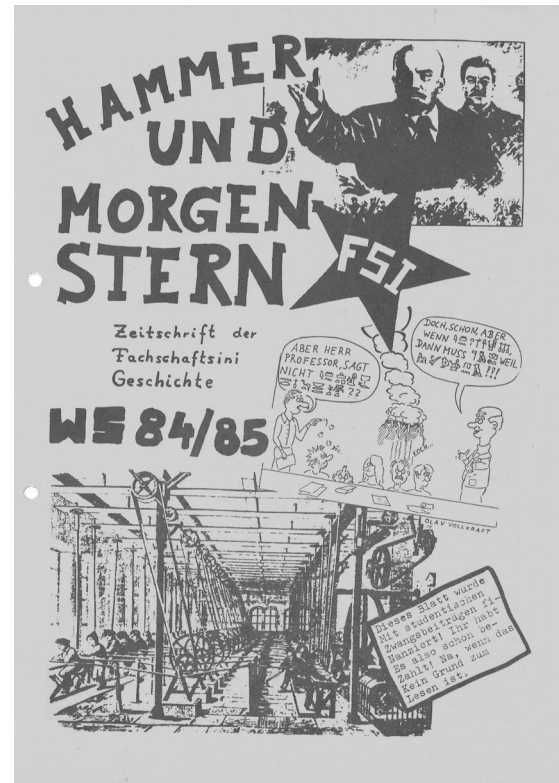
schließlich Nachwuchs für ihre Kaderorganisation zu gewinnen. In einem Artikel der FSI Geschichte wird sich weniger über Zielsetzung und Organisationsform als darüber, dass diese nicht offen kommuniziert und nur „in dunkelmännerhaften Manier Ausgewählten eröffnet“ wurden, beschwert.²⁰ Auch bei den Fachbereichsratswahlen (nicht verwechseln mit Fachschaftsrat) 1984 trat der UDF an und wurde dort von der FSI als schärfster Gegner ausgemacht. Neben der FSI (in Listenunion mit der Frauenliste) und der UDF traten noch der RCDS (Kommentar der FSI: Das beste ist diese Gruppe, da sie eh am Fachbereich nicht auftaucht, zu ignorieren!), die Kunsthistorikerinitiative und die Jusos an.

Was bleibt?

Der Vergleich der Anfangsphase zu heute zeigt viele Gemeinsamkeiten aber auch einige Unterschiede. Gemeinsamkeiten liegen v. a. in der Organisation (auch wenn heute viel Wissen um den Ursprung der Konzeption verloren gegangen ist) sowie dem allgemein- und hochschulpolitischen Anspruch. Ein Unterschied ist sicherlich die Mobilisierung. Zwar wurde auch damals schon auf Plena über ungleich verteilte Arbeitsbelastung geredet und Aufgaben z. T. in Abwesenheit verteilt, so ist doch allein das Netz an Arbeitsgruppen, welche sich um die FSI herum spannte, heute unvorstellbar. Auch ist die Tatsache, dass die Verfasste Studierendenschaft sowohl als Institution an sich als auch die Zusammensetzung ihrer Organe massiv umkämpft war, heute nahezu vergessen. Auch die Veränderungen am Friedrich-Meinecke-Institut sind interessant: Die damals geforderten Bereiche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Frauengeschichte und eine nicht-eurozentrische Perspektive finden heutzutage durchaus statt (der historische Materialismus nicht). Jedoch ist v. a. Frauengeschichte, bzw. ein Gender-Schwerpunkt, auch heute noch eher eine Seltenheit am FMI, auch ist das Institut, was das Personal angeht, immer noch fast ausschließlich, männerdominiert.

Hier konnte zumindest ein kleiner Einblick in den Alltag einer Fachschaftsinitiative in den späten 70ern/frühen 80ern gegeben werden. Ob diese nun stellvertretend stehen kann, müsste erst durch ähnliche Recherchen bei anderen Initiativen ermittelt werden, ist allerdings ziemlich wahrscheinlich. Auch gilt es noch, die langfristige Entwicklung durch Hinzuziehung der Akten aus den späteren Jahren zu ergründen. Besonders spannend wäre es, die Auswirkungen des großen UNiMUT-Streiks auf die Basisorganisationen zu erforschen.

P. S. Fun-Fact: Die FSI Geschichte betrieb auch damals schon im „Historikeraufenthaltsraum“ ein studentisches Café mit Namen „Rostquelle“. Das Geschichtsinstitut war damals noch in der Rost- und Silberlaube untergebracht. Die Raumnummer des Cafés lautete KL 30/234.



„Bei uns gefällt’s bestimmt nicht jedem – aber es kann sehr lustig sein“. In den frühen Publikationen der FSI Geschichte, wie hier „Hammer und Morgenstern“ aus dem WS 84/85, kommt ernstgemeinte Politik meist in spaßiger Verpackung.

Ernö Lörincz studierte von 1985 bis 1992 Mathematik und Physik an der ELTE in Budapest. Er zog 1995 nach Berlin, arbeitete dort u. a. im „projekt archiv“ und war bereits 2008 am Jubiläumsmagazin zu 60 Jahren FU beteiligt.

Das Interview führte Reinhard Neubauer.

Ein Blick über den Tellerrand: Interview mit Ernő Lörincz

FU70: Hallo Ernő. Du gehörst ja zu den wenigen Menschen, die schon zum zweiten Mal an einer Broschüre zu einem runden Geburtstag der Freien Universität Berlin beteiligt sind.

E. L.: Ja, ich hatte bereits 2008 mit dem „projekt archiv“ einige Interviews geführt und redigiert.

FU70: Dann hast Du ja mit dieser Tätigkeit eine ziemlich Bandbreite an Erfahrungen und Geschichten kennen gelernt. Wie sieht denn der Vergleich zu Deiner Biografie aus, die ja deutlich anders verlaufen ist?

E. L.: Ja, mein Lebenslauf ist etwas ungewöhnlich und in dieser Ungewöhnlichkeit auch noch einmal sehr speziell. Obwohl: Es gibt viele Ähnlichkeiten, da unterscheidet sich der Osten nicht vom Westen. Ich bin in Cluj geboren, in Rumänien, aber als Angehöriger der ungarischen Minderheit. Ich habe in Cluj das ungarische Lyzeum besucht, mit Rumänisch als erster Fremdsprache. Meine Eltern lebten getrennt, mein Vater war damals schon in Ungarn. Ich war ein ziemlich guter Schüler, aber kein braver...

FU70: Wie das?

E. L.: Na ja, wir haben schon dolle Sachen gemacht und manchmal über die Stränge geschlagen. Ich war ein großer Freund „westlich-dekadenter Rockmusik“. Ich hatte schon mit 10 Jahren einen Plattenspieler. Meine Mutter und ich, wir sind dann öfters über den lokalen

Flohmarkt gegangen, da gab es alles. Ich bin ein Fan von Led Zeppelin und Pink Floyd, aber auch von Deep Purple und den Rolling Stones. Und von Transsylvania Phoenix, das war die rumänische Untergrund-Band. Die Musiker sind irgendwann einmal nach Deutschland emigriert, in den 70ern. Das war nicht die Musikrichtung, die in Rumänien sehr gelitten war.

FU70: Ja, ja, Walter Ulbricht sprach auch mal von Jey-jey-jey-Musik...

E. L.: Da war Nicolae Ceaușescu nicht viel anders, der „Titan der Titanen“, der selbst ernannte „Genius seiner Epoche“...

FU70: Die Staatsführer, die an maßloser Selbstüberschätzung leiden, sterben nicht aus...

E. L.: Morgens gab es an der Schule einen Appell, wir mussten in Uniformen antreten und die rumänische Nationalhymne singen und dem großen Conducător danken. Am Wochenende gab es dann das Gegenprogramm, es wurden Partys veranstaltet, da wurde dann Musik gespielt, entweder West-Rock oder Underground. An der Uni in Cluj gab es einen studentischen Club, da wurde auch solche Musik gespielt, da gingen wir Schüler hin. Problematisch wurde es immer dann, wenn ungarische Musik gespielt wurde und die Schnüffler der Securitate, die da gerade Dienst machen mussten, nicht mehr verstehen konnten, worum es ging... Man musste schon sehr aufpassen. Mit

Ceaușescu war das schon so eine Sache. Es gab strenge Regeln, keiner hat sich dran gehalten, aber wenn Du erwischt wurdest, war es schlecht. Rumänien war aber auch offener als andere realsozialistischen Länder: Man konnte an der Schule auch Englisch und Französisch lernen – statt Russisch. Das habe ich natürlich gemacht. Das war in Ungarn undenkbar. Mit Rumänien ging es aber in den 1980ern immer mehr bergab. Alle haben es gemerkt, einer nicht. Das Land war sehr arm. Meine Mutter sagte mir: Junge, Du sollst etwas Besseres werden, Du sollst studieren, aber nicht in Rumänien, da gibt es keine Perspektive. Geh nach Ungarn.

FU70: Das hast Du dann doch auch gemacht?

E. L.: Wenn das mal so einfach gewesen wäre... Ich wollte emigrieren und machte gerade in der 12. Klasse mein Abitur. Um das Abitur zu machen, musstest Du in einer Parteiorganisation sein, bei den „Falken“ und den „Pionieren“. Da kamen die Leute von der Securitate in die Schule und haben mich vor der gesamten Klasse rund gemacht: Warum ich denn dieses schöne Land verlassen möchte? Ich sagte, ich will zu meinem Vater nach Ungarn. Was ich nicht sagte: Die Studienbedingungen in Rumänien waren verschärft worden, ich hätte nur noch in Rumänisch studieren können, nicht in Ungarisch. Als ich meiner Mutter von diesem Vorfall erzählte, sagte sie, sie sei auch von der Geheimpolizei verhört worden. Man habe sie geschlagen. Ich wollte nur noch weg.

FU70: Wann war das?

E. L.: 1985. Ich bin dann nach Budapest gezogen und habe mich in der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) eingeschrieben, für Mathematik und Physik. Das hatte ich meiner Mutter versprochen, sie war damals schwer krank und ist dann gestorben. Eine Wohnung zu bekommen war nicht einfach. Anfangs hat mir mein Vater Geld für die Miete gegeben, dann habe ich bei Bekannten gewohnt und dort auch gegessen. In der Mensa war ich eigentlich nie.

FU70: Gab es Geld vom Staat?

E. L.: Nein. Ich habe viel gejobbt – das war genauso, wie es in den Berliner Interviews beschrieben wird. Permanente Jobberei, während der Vorlesungszeit, in den Semesterferien. Ich habe in Kneipen gearbeitet oder Bücher verkauft, Samisdat...

FU70: ...sicherlich nicht ungefährlich...

E. L.: Richtig, das war Untergrund-Literatur, gerne gekauft, aber vom Staat nicht gerne gesehen. Ich habe dann im Telemarketing gearbeitet und dort richtig gut Geld verdient. 4000 Forint im Monat, das war mehr, als viele Arbeiter verdienen.

FU70: Wie viel war das?

E. L.: Das waren umgerechnet ungefähr 80 DM, also 40 €. Oder knapp 600 DDR-Mark. Ehrlich, das war in

Ungarn viel Geld. Ich konnte mir einiges leisten.

FU70: Was hast Du gemacht?

E. L.: Unvergessen sind die Semesterferien im Sommer 1986. Eine unglaubliche Zeit. Am 27.07.1986 trat zum ersten Mal eine bedeutende westliche Rockgruppe im Ostblock auf. Es war die letzte Live-Tournee von Queen, im Népstadion.

FU70: Népstadion?

E. L.: So hieß damals das Ferenc-Puskás-Stadion in Budapest. Puskás ist der beste und bekannteste ungarische Fußballer, er gehörte zum Wunderteam, ist aber nach dem Aufstand 1956 geflohen und spielte für Real Madrid. Er war eine Unperson im sozialistischen Ungarn.

FU70: Und Queen?

E. L.: Irre. Der Eintritt war zum sozialistischen Freundschaftspreis, da habe ich mir schleunigst eine Karte besorgt. 80.000 andere aber auch. Freddy Mercury als bekannter Schwuler machte erkennbar nicht den Eindruck, ein sozialistisches Vorbild sein zu wollen. Er stand mehr für die „westliche Dekadenz“. Ich kannte alle Lieder. Es war schon dunkel, Brian May holte eine akustische Gitarre heraus und Freddy Mercury sagte: Als Referenz an das Publikum singe ich jetzt ein Lied nur für Euch. Und er sang dann ein ungarisches Volkslied.

FU70: Auf Englisch?

E. L.: Quatsch. Auf Ungarisch! Tavaszi Szél Vízét Áraszt. Er hatte sich den Text in die Hand geschrieben! Alle haben mitgesungen. Bis auf die Fans aus der DDR. Die konnten kein Ungarisch.

FU70: Irre.

E. L.: Sage ich doch. Und am 10.08.1986 fand zum ersten Mal ein Formel-1-Rennen im Ostblock statt: Der Große Preis auf dem Hungaroring. 200.000 Zuschauer waren dabei. Bernie Ecclestone, dem ja ansonsten eine gewisse Sparsamkeit nachgesagt wird, hatte Freikarten springen lassen, da hatte ich dann mal kurzerhand zugeschlagen. Die Veranstaltung wäre ansonsten unbezahlbar gewesen. Das war dann schon richtige „westliche Dekadenz“.

FU70: Und wer hat gewonnen?

E. L.: Keine Ahnung. Müsste ich googeln... Nelson Piquet.

FU70: Vielleicht noch einmal zurück zum Studium: Wie lief das so ab?

E. L.: Es war reglementiert und der Inhalt vorgegeben, aber die Professoren haben dann das gemacht, was sie für richtig hielten. Wir konnten frei und eigenverantwortlich lernen, es gab keinen Zwang, bestimmte Vor-

lesungen zu besuchen. Es gab auch eine studentische Interessenvertretung an der Uni, die war nicht parteigebunden. An der Uni und natürlich auch in der Stadt gab es viele Clubs. Budapest war und ist eine Weltstadt. Hier hatte ich deutlich weniger Probleme, meine Lieblingsmusik zu hören. Wir hatten zwar keine „Freie Universität“, aber schon jede Menge Freiräume, um sich zu entfalten. Ich hatte keine Probleme mit Physik und Mathematik und kam mit dem Stoff gut zurecht. Im Rahmen des Physik-Studiums haben wir uns dann auch mit Computern befasst.

FU70: Oja, in der DDR war man damals stolz auf die selbst entwickelten größten Mikrochips der Welt. Das war dann das angestrebte Weltniveau.

E. L.: Na ja, wir hatten noch schrankgroße Computer mit Magnetbändern, also die Technik-Ära davor. In den 80er und 90er Jahren fand eine neuerliche industrielle Revolution statt, nämlich die elektronische.

FU70: Du warst dann nicht mehr up to date?

E. L.: Nee, ehrlich nicht. Aber wenn Du das Prinzip des Programmierens verstanden hast, dann kannst Du darauf aufbauen. Das hat sich nicht geändert. Es bleibt halt bei dem bekannten Satz vom lebenslangen Lernen. Du kannst in der EDV-Technologie nicht auf einem Stand stehen bleiben, es geht immer weiter, weiter, weiter.

FU70: Wie bist Du dann nach Berlin gekommen?

E. L.: Das war in den Semesterferien 1989. Ich fuhr in die „Hauptstadt der DDR“. Rumänien war arm, Budapest war eine Weltstadt, aber die Hauptstadt war dann doch ein Kulturschock. Dort konnte man alles kaufen.

FU70: Alles kaufen? Ost-Berlin?? „Haben wir nicht, führen wir nicht, kommt auch nie wieder rein.“

E. L.: Es gab mehr als bei uns. Und weil ich ein Ungar war mit Reisefreiheit, konnte ich mit meinem Pass im Bahnhof Friedrichstraße kurz die Seite wechseln. Dann bin ich mit der S-Bahn nach West-Berlin gefahren. Na, das war dann der Kulturschock im Quadrat.

FU70: Mir fällt Nina Hagen ein: „Alles so schön bunt hier.“

E. L.: Genau. Aber niemand wollte meine Forints haben. Also bin ich wieder zurück in den Osten. Was ich aber unbedingt noch erwähnen muss: Ich habe in Ost- und auch in West-Berlin nette Menschen kennen gelernt, damals, 1989. Mit denen bin ich heute noch befreundet. Das fand dann 1990 eine Fortsetzung: In Berlin spielte im Juli meine Lieblingsband, Pink Floyd. Es war das berühmte „The Wall“-Konzert. Ich war in Budapest und traf dort ein Mädchen aus Australien. Sie fragte, was ich gerade mache. Ich sagte: Ich trampe nach Berlin, da spielt Pink Floyd, und sie sagte: Cool, da komme ich mit. Dann sind wir zusammen getrampt, von Budapest nach Berlin. Wir mussten – ich mit meinem ungarischen, sie mit ihrem australischen

Pass – unterschiedliche Grenzübergänge nehmen, und wir sind dann doch gemeinsam in Berlin angekommen. Dort trafen wir meine „alten“ Freunde aus dem Jahr 1989 wieder und gingen zu der kaum noch vorhandenen Mauer, wo das Konzert stattfinden sollte. Erst sollte der Eintritt frei sein, dann sollte es richtig DM kosten. In der DDR war am 1. Juli 1990 die DM angekommen. Wir kamen dann für umsonst rein. Das Konzert war gut, der Sound war schlecht. Mit der Frau telefoniere ich heute noch, bis ans andere Ende der Welt, über Skype.

FU70: Und dann?

E. L.: Ja, dann habe ich 1992 mein Studium erfolgreich abgeschlossen. Aber irgendwie hatte ich den Eindruck, dass ich mit den erworbenen Kenntnissen nichts mehr richtig anfangen kann. Vielleicht im Museum für Verkehr und Technik... Ich habe am Pädagogischen College in Budapest eine zweite Ausbildung als „social worker“ absolviert, das interessierte mich mehr. Ich wollte nicht mehr Programmierer werden. 1995 bin ich dann nach Berlin gereist. Mein alter Kumpel studierte an der TU, da habe ich dann im Café Campus lange Zeit gearbeitet, danach in Künstlergruppen, dann als freier Mitarbeiter im „projekt archiv“.

FU70: Ein Fazit?

E. L.: Am Studium haben mir insbesondere die Semesterferien gefallen, aber auch die Möglichkeit, mein Studium selbst zu gestalten. In einer Zeit des Weltumbruchs habe ich viel erlebt. Das waren tolle Erfahrungen, die Zeit davor und auch die Zeit danach war nicht so überwältigend. Das Studium ließ mir zwar Freiheiten, aber am Ende hatte ich den Eindruck, von einer technischen Revolution überrollt worden zu sein. Der Abschluss bot keine Perspektive – ich glaube, das war für viele Techniker im Ostblock sehr typisch.

FU70: Und nun?

E. L.: Mir geht es nicht gut, ich schlage mich so durch. Um mit Joe Cocker zu sprechen: „With a little help from my friends.“

FU70: Was sagt man dem Pink-Floyd-Fan? „Shine on you crazy diamond.“

E. L.: Danke.

- ABG Arbeit – Bewegung – Geschichte (Zeitschrift)
 ADS Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten
 AfD Alternative für Deutschland
 AG Aktiengesellschaft
 AG Amtsgericht
 AG Arbeitsgemeinschaft
 AK Aktionskreis
 AKW Atomkraftwerk
 AL Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
 APO Außerparlamentarische Opposition
 APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
 AS Akademischer Senat
 AStA Allgemeiner Studierendenausschuss/Allgemeiner Studentenausschuss/Allgemeiner StudentInnenausschuss
 Audimax Auditorium maximum
 BA Bachelor of Arts
 BAföG Bundesausbildungsförderungsgesetz
 BAK Bundesastenkonzferenz
 Ba-Wü Baden-Württemberg
 BE Besetzungseinheit
 BerLHG Berliner Hochschulgesetz
 BGH Bundesgerichtshof
 BKA Bundeskriminalamt
 BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 BMI Bundesministerium des Innern
 BND Bundesnachrichtendienst
 BRD Bundesrepublik Deutschland
 BUG Bildung und Gesellschaft
 BVerfG Bundesverfassungsgericht
 BVerwG Bundesverwaltungsgericht
 BVG Berliner Verkehrsbetriebe
 BWL Betriebswirtschaftslehre
 CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
 CHE Centrum für Hochschulentwicklung
 CIA Central Intelligence Agency
 CSU Christlich-Soziale Union in Bayern
 DDR Deutsche Demokratische Republik
 DED Deutscher Entwicklungsdienst
 DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft
 Deutsche Universitätszeitung
 DGB Deutscher Gewerkschaftsbund
 DHfP Deutschen Hochschule für Politik
 DIN Deutsches Institut für Normung
 Dipl. Diplom
 DIS Deutsch-Israelische Studiengruppe
 DKP Deutsche Kommunistische Partei
 DM Deutsche Mark
 DPA Deutsche Presse-Agentur
 DuR Demokratie und Recht (Zeitschrift)
 EbLT Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training
 EDV Elektronische Datenverarbeitung
 EEF European Education Forum
 ELTE Eötvös-Loránd-Universität
 EPK Entwicklungs- und Planungskommission
 ESG Evangelische Studierendengemeinde/Evangelische Studentengemeinde
 ESIB European Student Information Bureau
 EU Europäische Union
 FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung
 FB Fachbereich
 FBI Fachbereichsinitiative
 FBR Fachbereichsrat
 fdGo freiheitlich demokratische Grundordnung
 FDP Freie Demokratische Partei
 FH Fachhochschule
 FMI Friedrich-Meinecke-Institut
 FSI Fachschaftsinitiative
 FSR Fachschaftsrat
 FU(B) Freie Universität (Berlin)
 Fzs Freier Zusammenschluss von Studierendenschaften/Freier Zusammenschluss von Student*innenschaften
 GBAL Grün-Bunt-Alternative Liste
 GdP Gewerkschaft der Polizei
 Gestapo Geheime Staatspolizei
 GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 GG Grundgesetz
 GIM Gruppe Internationale Marxisten
 H&M Hennes & Mauritz
 HdK Hochschule der Künste
 HFB Henry-Ford-Bau
 HRG Hochschulrahmengesetz
 HSP Hochschulstrukturplan
 HSU Humanistische Studentenunion
 HU(B) Humboldt-Universität zu Berlin
 IfP Institut für Psychologie
 IISG/IISH Internationales Institut für Sozialgeschichte/International Institute for Social History (Amsterdam)
 InfoBUG Info Berliner Undogmatischer Gruppen
 Ini Initiative
 ISA Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
 ISI Ingrid-Strobl-Institut
 IWF Internationaler Währungsfonds
 Jusos Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
 KB/ML Kommunistischer Bund/Marxisten-Leninisten
 KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland/Westberlin
 KgU Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit
 KHG Kommunistische Hochschulgruppe
 KJ Kritische Justiz (Zeitschrift)
 KMK Kultusministerkonferenz
 KPD Kommunistische Partei Deutschlands
 KPD/ML Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
 KPD-AO Kommunistische Partei Deutschlands-Aufbauorganisation
 KSG Katholische Studentengemeinde
 KSV Kommunistischer Studentenverband
 KU Kritische Universität
 Ku'damm Kurfürstendamm
 KWG Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
 KZ Konzentrationslager
 LAI Lateinamerikainstitut
 LAK Landesastenkonzferenz Berlin
 LG Landgericht
 LHSK Landeshochschulstrukturkommission
 LHV Liberaler Hochschulverband
 LK Leistungskurs
 LSD Liberaler Studentenbund Deutschlands
 LZ LIEBLINGSZEITUNG
 M/L Marxismus-Leninismus
 MA Master of Arts
 MEW Marx-Engels-Werke
 MP Maschinenpistole
 MSK Marxistischer Studentenbund Spartakus
 NATO North Atlantic Treaty Organization
 NC Numerus clausus
 NoFU Notgemeinschaft für eine freie Universität
 NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 NRW Nordrhein-Westfalen
 NS Nationalsozialismus
 NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 NSDStB Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
 NVwZ(-RR) Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (-Rechtsprechung-Report)
 OLG Oberlandesgericht
 OPEC Organization of the Petroleum Exporting Countries, zu dt. Organisation erdölexportierender Länder
 OSI Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
 OSS Office of Strategic Services
 ÖTV Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
 OVG Oberverwaltungsgericht
 PC Personal Computer
 PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
 PI Psychologisches Institut
 PL/PI Proletarische Linke/Parteiiinitiative
 PM Politisches Mandat
 PR Public-Relations
 PROWO Projekt Wochenzeitung
 RAF Rote Armee Fraktion
 RCDS Ring Christlich-Demokratischer Studenten
 RefRat ReferentInnen-Rat (HU) / Referent_innenrat
 RFT Repubblica Federale Tedesca (italienisch für BRD)
 RIAS Rundfunk im amerikanischen Sektor
 Rotzcg Rote Zelle Germanistik
 Rotzhis Rote Zelle Historiker
 RPK Rote Pressekorrespondenz
 RSPO Rahmenstudien- und -prüfungsordnung
 SA Sturmabteilung
 SAKjur Sozialistisches Arbeitskollektiv jura
 SBZ Sowjetische Besatzungszone
 SDS Die Linke.SDS Sozialistisch-demokratischer Studierendenvorband
 SDS Sozialistischer Deutscher Studentenbund
 SDS Students for a Democratic Society
 SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
 SEW Sozialistische Einheitspartei Westberlins
 SHB Sozialdemokratischer Hochschulbund
 SMAD Sowjetische Militäradministration in Deutschland
 SoMis Sonstige Mitarbeiter_innen
 SoPo Sozialistische Politik (Zeitschrift)
 SoSe Sommersemester
 SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 SRP Sozialistische Reichspartei
 SSD Staatssicherheitsdienst
 StGB Strafgesetzbuch

Struko Strukturkommission
Stupa Studierendenparlament
StuRat Studierendenrat
SU Sowjetunion
taz Die Tageszeitung
TDD (Die) Transformation der Demokratie
TFH Technische Fachhochschule Berlin (heute: Beuth Hochschule für Technik Berlin)
TGO Teilgrundordnung
TTIP Transatlantic Trade and Investment Partnership
TU Technische Universität (Berlin)
TV-Ini Tarifvertrag-Initiative
TV-Stud Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten
UB Universitätsbibliothek
UDF Unabhängiger Demokratischer Fachschaftsrat
UdK Universität der Künste
UPI Ulla-Penselin-Institut
US(A) United States (of America), zu dt. Vereinigte Staaten von Amerika
UStA Unabhängiger StudentInnen-Ausschuss
VadöD Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin
VDS Verband Deutscher Studentenschaften, später: Vereinigte Deutsche Studentenschaften
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VerwArch Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG Verwaltungsgericht
VGH Verwaltungsgerichtshof
VoKü Volxküche
VV Vollversammlung
VVdStL Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (Zeitschrift)
VWL Volkswirtschaftslehre
WDR Westdeutscher Rundfunk
WG Wohngemeinschaft
WiMis Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen
WiWiss Wirtschaftswissenschaft(en)
WRK Westdeutsche Rektorenkonferenz
WS Wintersemester
ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen

FU70: Gegendarstellungen

asta-magazin

*„Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.“*

Dies trifft auch auf weite Teile der FU Geschichte zu. So ist der Universitätsleitung zwar daran gelegen, einige Aspekte der Universitätsgeschichte – insbesondere solche, die sich mit dem eigenen Anspruch an eine exzellente Eliteuniversität vereinigen lassen – hervorzuheben, andere werden jedoch bewusst im Dunkeln gelassen. Dies betrifft – wie sollte es auch anders sein – insbesondere solche von selbstorganisierten studentischen Bewegungen und der teils sehr heftigen Repression gegen diese, denn solche Erzählungen passen nicht in das sich liberal gebende Narrativ einer Erfolgsgeschichte. Jedoch ist in weiten Teilen der Universität der Anspruch, dass diese eine wahrhaft freie Universität sei, längst verschwunden, die Neoliberalisierung ist auf dem Vormarsch und wer diese nicht mitträgt, sieht sich ihr doch oft hilflos gegenüber. Der letzte Lichtblick ist hierbei, was sich durch die gesamte Geschichte der Universität zieht, eine kritische Gegenbewegung (größtenteils von der Studierendenschaft getragen). An ihr ist es die verdrängten Geschichten, die noch im Dunkeln liegen, ans Licht zu bringen. Nur hier liegt – und lag immer – das Potenzial, diese Universität grundlegend zu verändern, und dass sie verändert werden muss, steht außer Frage.

Der vorliegende Band versammelt verschiedenste historische Texte, Interviews mit Zeitzeug*innen und aktuelle Beiträge zur Politik und Geschichtsschreibung sowie vermeintlich Alltäglichem an der FU.

ISBN 978-3-926522-33-7

